C 21734 D



Betriebsratswahlen '75 S.12

Arbeiterkampf

Jg.5 Nr.65 19.8.'75 Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes DM 1,–

Lohnraub und „Sparpolitik": Die Krise – ein großer Raubzug des Imperialismus

Im Juli ist in der Bundesrepublik die Arbeitslosigkeit weiter angestiegen: um 33.100 auf zur Zeit 1.035.200 Arbeitslose und 650.000 Kurzarbeiter. Dieser Anstieg ist deshalb besonders auffällig, weil er in eine Jahreszeit fällt, in der normalerweise in der Vergangenheit die Arbeitslosigkeit sich abschwächte. Bedeutsam ist diese Entwicklung auch, da die werktätige Bevölkerung seit Monaten mit weitgehenden Sparmaßnahmen belastet wird, da weitere Einsparungen im sozialen Bereich durchgezogen werden, da der Lohnraub für die kommenden Tarifrunden bereits diskutiert wird, während gleichzeitig den Kapitalisten über die bisherigen Konjunkturprogramme allein 11 Milliarden DM in den Rachen geschmissen wurden und ein weiteres Programm über mindestens fünf Milliarden DM in Planung ist. „Sparpolitik" und Lohnraub – das heißt das Abwälzen der Krisenlasten auf die werktätigen Massen einerseits und Milliardengeschenke an die Kapitalisten andererseits – haben aber nicht das bewirkt, was die Kapitalisten und ihre SPD/FDP-Regierung den Werktätigen versprachen: Eine Besserung der Lage, einen baldigen Aufschwung der „Wirtschaft" und im Gefolge dann auch wieder bessere Zeiten für die werktätige Bevölkerung.

Das Gegenteil ist der Fall: Während Massenentlassungen, Kurzarbeit, Senkung des Lebensstandards und Abbau des „Sozialstaats" für eine längerfristige Perspektive geplant werden, sind Anzeichen für eine Besserung der Lage nicht erkennbar.

Es ist kein Geheimnis, daß beispielsweise die Arbeitslosenzahl noch in diesem Jahr die 1,5 Millionen überschreiten wird und daß die Kapitalisten sich auf eine dauerhaft zur Verfügung stehende Reservearmee an Arbeitslosen einrichten, um so das Lebensniveau der Massen weiter zu senken.

Demgegenüber blühen, wachsen und gedeihen die imperialistischen Monopole, schreitet die Entwicklung des Kapitalexports und damit Abbau der Arbeitsplätze im Inneren voran, vollzieht sich ein gewaltiger Prozeß der Kapitalkonzentration und Monopolisierung in der BRD, dessen Kennzeichen steigende Betriebsstillegungen und Fusionen sind.

Im ersten Teil dieses Artikels wollen wir uns mit den Hintergründen der imperialistischen Expansionspolitik und der Bedeutung der gegenwärtigen Krise als Motor hierfür auseinandersetzen und vor allem den bei vielen Linken, besonders bei den Revisionisten, aber auch solchen Organisationen wie dem KBW, vorherrschenden Ansichten entgegentreten, die jetzige Krise mache bereits die „auswegslose Lage" des Imperialismus deutlich und verbessere somit unmittelbar die Chancen für die Revolution.

Im zweiten Teil des Artikels behandeln wir die Durchsetzung der imperialistischen Krisenpolitik, ihre Auswirkungen auf die Bevölkerung, „Sparpolitik" und Lohnraub und die Rolle, die die Gewerkschaften bei der Durchsetzung dieser Politik spielen.

Weltweite Krise

Alle kapitalistischen Länder sind

Alle kapitalistischen Länder sind von einer schweren wirtschaftlichen Krise betroffen. Für das Jahr 1975 erwartet die OECD („Organisation für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit" einen **Rückgang des Wachstums** von 4 % in den kapitalistischen Ländern und einen **Rückgang des Welthandels** um 8 % („Welt", 16.7.).

(„Welt", 16.7.).

Den hohen Inflationsraten der

Den hohen Inflationsraten der letzten Jahre folgte in fast allen Ländern ein Rückgang des Industriewachstums bei steigenden Arbeitslosenzahlen und gleichzeitig weiterhin hohen Preissteigerungen.

(Siehe Grafik 1 Seite 2)

Die Einbrüche im Wachstum betreffen insbesondere auch die imperialistischen Hauptländer. So wird in Japan für 1975 ein Rückgang der Industrieproduktion von 18 % erwartet. In den USA, wo sie seit November 1974 um 14 % sank („Weser-Kurier", 29.5.), wird der Rückgang auf 12,1 % geschätzt. Selbst in der BRD ist die Industrieproduktion im ersten Halbjahr dieses Jahres um 5,5 % gesunken, nach Angaben des BDI-Instituts iwd vom 7.8. sogar um . . 9 %! (Vgl. auch nebenstehende Graphik).

In allen Ländern ist die Arbeitslosigkeit stark gestiegen und hat den höchsten Stand seit 40 Jahren erreicht. Zu 15 Millionen Arbeitslosen in den kapitalistischen Ländern kommen noch etwa 5 - 6 Millionen Kurzarbeiter („Welt", 16.7.). Gegenüber dem Vorjahr hat sich die Zahl der Arbeitslosen fast verdoppelt!

(Siehe Grafik 2 Seite 2)

Vor allem gehen fast alle Länder von einem bleibenden Sockel fester Arbeitslosigkeit aus, der sich in den nächsten Jahren nicht vermindern wird.

Auch die „Stabilitätspolitik" hat nicht verhindern können, daß weiterhin die Preise steigen:

- BRD	+ 6,4 %
- Großbritannien	+ 26,0 %
- Frankreich	+ 12,0 %
- USA	+ 12,0 %
- Japan	+ ca. 27,0%

(letzter verfügbarer Stand nach Angaben der bürgerlichen Presse.)

(letzter verfügbarer Stand nach Angaben der bürgerlichen Presse.)

Wieweit die Krise bereits gediehen ist, zeigt die Lage vor allem in den USA.

Fortsetzung Seite 2

Portugal

Jetzt kann alles gewonnen oder verloren werden

Die seit Wochen andauernde konterrevolutionäre Offensive in Portugal verstärkt sich täglich. Nachdem die PS mit ihrem Austritt aus der Provisorischen Regierung am 11. Juli, dem die PPD wenige Tage später folgte, den Auftakt für eine breite Mobilisierung gegen die Arbeiterbewegung und den linken Flügel des MFA gegeben hatte, hat nunmehr die gesamte Rechte, von der CDS über die Katholische Kirche bis zur faschistischen „Befreiungsarmee" ELP eine Welle des konterrevolutionären Terrors entfacht.

Inzwischen wurden hauptsächlich in Nord- und Mittelportugal über 50 Parteibüros der PCP und des MDP, in Einzelfällen auch des MES, der FSP und anderer linker Organisationen, von faschistischen Terrortrupps, teilweise unterstützt durch aufgehetzte kleinbürgerlich-kleinbäuerliche Massen, angegriffen, geplündert und niedergebrannt.



Reaktionärer Überfall auf das P.C.-Büro in Alcobaca

Reaktionärer Überfall auf das P.C.-Büro in Alcobaca

Fortsetzung Seite 30

Neuentwurf zum § 218 Setzt sich die CDU/CSU durch?

Am 25.2. wurde auf Antrag der CDU/CSU die von der SPD/FDP vorgeschlagene Fristenlösung (Freigabe der Abtreibung in den ersten drei Monaten) vom Bundesverfassungsgericht als „verfassungsfeindlich" abgeschmettert.

Seitdem bemühen sich SPD/FDP, einen Neuentwurf zustande zu kriegen, der den Rahmen des Urteils „voll ausschöpfen" soll. Der jetzige Entwurf, der kurz vor der Sommerpause des Bundestages fertiggestellt wurde, beweist klar und deutlich, daß es überhaupt nichts „auszuschöpfen" gab. Angesichts der Forderung vieler Frauen nach einer generellen Abtreibungsfreiheit war die Fristenregelung zwar auch nur eine unbefriedigende Lösung, jedoch im Verhältnis zu den jetzigen Vorschlägen sogar noch ein gewisser Fortschritt.

Das „Ein-Indikationen-Modell"

Aus den Beratungen der SPD und FDP ist folgender Vorschlag hervorgegangen, der im September zur ersten Lesung im Bundestag kommen soll: Als sogenannte Generalklausel soll die „Ein-Indikationen-Lösung" gelten, nämlich die medizinische Indikation. Diese läßt dann drei weitere Indikationen zu, die als „Unterfälle" betitelt wurden, so daß es insgesamt vier Indikationsmöglichkeiten für die schwangeren Frauen gibt. Im einzelnen sind dies:

- Bei einer gesundheitlichen Gefährdung der schwangeren Frau;
- wenn das Kind aller Wahrscheinlichkeit nach mit erheblichen körperlichen oder geistigen Schäden zur Welt kommen würde;
- wenn eine Vergewaltigung vorliegt;
- wenn die sozialen Verhältnisse der Mutter so sind, daß ein weiteres Kind eine Gefährdung ihrer Gesundheit oder Psyche darstellt.

Mit diesen vier Möglichkeiten, die nur innerhalb einer 3-Monats-Frist zulässig sind, hat die SPD/FDP auf einen früheren Entwurf des SPD-Abgeordneten Müller-Emmert zurückgegriffen, der vor zwei Jahren eine Abstimmungsniederlage (gegen die Fristenregelung) erlitt.

Da die ersten drei vorgeschlagenen Indikationen auf einer Empfehlung des 76. Deutschen Ärztetages fußen, ist es nur allzu erklärlich, daß selbst die CDU/CSU nichts dagegen einzuwenden hat. Lediglich die katholische Kirche lehnt selbst diese Indikationsmöglichkeiten ab.

So wurde dann auch vor der Sommerpause des Bundestages noch ein CDU-Abgeordneter, Friedrich Vogel, beauftragt, mit der SPD/FDP „Fühlung aufzunehmen", um möglichst zu einem „mehrheitsfähigen Beschluß" zu kommen.

Doch bis dahin muß die SPD/FDP wahrscheinlich noch ein paar „Zugeständnisse" machen: Die CDU/CSU lehnt nämlich eindeutig die vierte – die soziale Indikation – ab und wäre höchstens bereit, eine Formulierung aufzunehmen, die als „Notlagen"-Indikation bezeichnet wird. Dies war übrigens auch die Forderung auf dem 76. Deutschen Ärztetag gewesen, wo in widerlicher Manier über die Freigabe der Abtreibung hergezogen wurde.

Fortsetzung Seite 2

Italien

Auf dem Weg zum „historischen Kompromiß"?

In Italien laufen im Herbst Tarifverhandlungen für rund vier Millionen Arbeiter. Darunter mit rund einer Million Metallern der kampfstärkste Teil der italienischen Arbeiterklasse.

Die Situation vor den Tarifkämpfen ist gekennzeichnet durch die schwerste Wirtschaftskrise seit Kriegsende, durch einen starken Rückgang der Produktion, durch zunehmende Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit und durch eine Inflationsrate von nahezu 20%.

Zugleich vollzieht sich nach den Regional-, Provinzial- und Kommunalwahlen vom 15. Juni in großen Teilen Italiens die Ablösung der Vorherrschaft der Christdemokratie (DC). Die DC, aber auch die weit rechtsstehenden Sozialdemokraten (PSDI) stecken in einer tiefen inneren Krise. Die Kontakte zwischen der revisionistischen „KP" (PCI) und dem Kapital werden zusehends intensiver und „vertrauensvoller".

Der von den Revisionisten angestrebte „historische Kompromiß", das heißt ihre Regierungsbeteiligung zur Lösung der kapitalistischen Krise, scheint in Reichweite gerückt; praktisch vollzieht er sich schon auf vielen Ebenen der staatlichen Verwaltung. Dieser „Kompromiß" soll nach dem Willen der Revisionisten auch in den kommenden Tarifverhandlungen zum Ausdruck kommen.

Nach den Wahlen vom 15. Juni: „Linksverwaltungen" allerorten!

Die Wahlen brachten deutliche Zugewinne für die PCI und die „Sozialisten" (PSI) und Verluste vor allem für die DC. Bei den besonders wichtigen Regional-Wahlen lag die DC mit 35,3% (-2,6% gegenüber den Regional-Wahlen 1970) nur noch sehr knapp vor der PCI mit 33,4% (+5,5,%). In sieben Regionen (statt vorher drei) wurde die PCI stärkste Partei.

Am 15. Juni wurde in Italien in 15 von 20 „Regionen" (etwa den Bundesländern der BRD vergleichbar), in 86 von 95 „Provinzen" (Verwaltungseinheiten innerhalb der „Regionen") und in 6.345 Städten und Orten („Kommunen") gewählt (siehe AK 63, S. 17).

Fortsetzung Seite 28

„Verfassungsschutz" – CDU/CSU auf dem Vormarsch

Zum 15.9. soll der bisherige Präsident des „Verfassungsschutzes" (BfV) Günter Nollau (parteilos, aber SPD-Anhänger) vorzeitig in Pension gehen. Sein Nachfolger wird der ebenfalls parteilose, aber als „aufgeklärter Konservativer" eingestufte Richard Meier, zuletzt Abteilungsleiter des BND-Schlüssel-Ressorts „Nachrichtenbeschaffung". Meier war von 1959 bis 1965 Mitglied der Jungen Union/CDU; sein Austritt aus der CDU erfolgte pro forma, weil er als Abteilungsleiter angeblich nicht zum „Exponenten parteipolitischen Gekungels" werden wollte.

Diese Ablösung Nollaus ist das Resultat einer von der CDU/CSU, Springer-Presse, „Quick" usw. zusammen mit den durch die SPD 1967/68 abgehalfterten rechtsgerichteten BND-Veteranen betriebenen Hetz-Kampagne. Danach soll Nollau „mit der SPD-Spitze zu stark und gegen den Kanzler-Spion Guillaume zu schwächlich engagiert gewesen" sein („Spiegel", 30/75).

Nollau soll bereits seit Anfang der 60er Jahre engsten Kontakt zu Wehner gehabt haben. Im Zuge der personellen „Reformen" des „Sicherheits"-Apparates durch die SPD machte Nollau Karriere. 1967 wurde er Vizepräsident des BfV, 1970 Leiter der Abteilung „Öffentliche Sicherheit" im Innenministerium. Im Mai 1972 löste er den als Altnazi schwer belasteten BfV-Präsidenten Schrübbers ab.

Im Mai 1974 wurde Nollau, in dem durch die „Aufdeckung" Guillaumes aufgeheizten Klima, als Agent der DDR in Verdacht gebvracht. Obwohl sich die Anschuldigungen als plumpe Fälschungen entpuppten, konnte das der Kampagne gegen Nollau keinen Abbruch tun. Strauß erklärte: „Die Bedenken gegen Nollau bleiben." („Bild", 27.5.75)

Nollau dementierte heftig: „Das ist alles Blech. Ich trete nicht zurück." Aber sein „Sturz" war bereits eingeleitet. Die SPD kämpfte bis zum Schluß darum, den Posten wieder mit einem Mann ihrer Wahl zu besetzen, so den LfV-Präsidenten Dr. Horchem aus Hamburg, so den Hamburger Polizeipräsidenten Redding, so den Münchner Polizeipräsidenten Schreiber ...

Wie aber Axel Springer sein „Hamburger Abendblatt" (11.5.75) bündig bemerken läßt: „ ... hat sich der Bundeskanzler in dieser wichtigen Personalfrage nicht durchsetzen können." Vielmehr beeilte sich das SPD-Präsidium, den von der FDP vorgeschlagenen Meier wegen seines „fachlichen Könnens" als „Idealbesetzung" hochzuloben.

Tatsächlich vollzieht sich unter Meiers scheinheiliger Devise – „Abbau der parteipolitischen Bindungen der hohen Beamten des Verfassungsschutzes" – eine eindeutige Kräfteverschiebung zugunsten der CDU/CSU (und ihres Anhängsels von morgen, der FDP).

BfV-Präsident Nollau hatte das Konzept enes „präventiven Verfassungsschutzes" vertreten, d.h. er forderte nicht nur den Kampf gegen die Erscheinungsformen des „Linksradikalismus" und „Terrorismus", sondern Beseitigung der Ursachen dieser Erscheinungen durch eine sozial-reformerische Integrationspolitik.

Der neue Präsident Meier soll damit nun Schluß machen:

- *Er soll das Amt aus de Publizität herausziehen. Er will nicht „ständig Erklärungen abgeben ... Der Ruf der Diskretion schafft erst das nötige Vertrauen bei den Informanten." („FR", 25.7.)-*
- *Stattdessen soll die „Effizienz der Terrorbekämpfung", die „Ausforschung des Vorfelds der Terror-Verbrechen" von ihm intensiviert werden.*

Mit dem „parteilosen" CDU-Mann Meier als Präsidenten, dem CDU-Mitglied Hans Bardenhewer als Vizepräsidenten und FDP-Mitglied Werner Smoydzin als Vertreter des BfV in der Abteilung „Innere Sicherheit" des Bundesinnenministeriums sind die Weichen für die Ausschaltung des SPD-Einflusses im „Verfassungsschutz" gestellt. Damit hat die CDU/CSU einen weiteren zentralen Hebel des Staatsapparates zur Verwirklichung ihrer offenen Konfrontationspolitik in der Hand.

Diesem neuesten Erfolg der Comeback-Intrigen der CDU/CSU war bereits vorausgegangen:

- ► *Die Berufung des „Sicherheitsexperten" und langjährigen Innenministers der CDU, Benda, zum Präsideten des Bundesverfassungsgerichtes. Erfolge seiner Politik liegen mit dem Urteil zum Verbot der „Reform" des § 218 sowie mit der neuesten Absegnung der Berufsverbotepraktiken durch das BVG jedermann vor Augen.*
- ► *Die Ablösung des Chefs im Bundeskanzleramt, Horst Ehmke, nach dem Sturz Brandts in Verbindung mit der Guillaume-„Affäre". Mit Ehmke wurde der Motor der personellen Säuberungen des „Sicherheits"-Apparates von Alt-Faschisten und unfähigen Christ-Bürokraten, und ihre Ersetzung durch SPDler beseitigt. Im neuen „Koordinator" der Geheimdienste, Manfred Schüler, hat die CDU/CSU einen praktischen Fürsprecher ihrer „Offensiv"-Linie.*
- ► *Im Zuge der Anti-Nollau-Kampagne gelang es der CDU/CSU auch, Wehners Einfluß „hinter den Kulissen" zu schwächen. Dazu gehörte auch die Anschuldigung, Wehner sei in die Bestechungsaffären um Wienand und Steiner u.a.m. verwickelt.*
- ► *Einen besonders gelungenen Coup konnten nicht bekannte Hintermänner mit der Denunziation von ÖTV-Vorstandsmitglied Hans Faltermeyer, sowie dem Chef des Bonner Verbindungsbüros des DGB, Walter Böhm, als angebliche „Agenten der DDR" im August/November landen. Die Beschuldigungen gegen Böhm mußten zurückgenommen werden. Gegen Faltemeyer liegen noch heute keine Beweise vor. Die Kampagne erreichte jedoch die Verstärkung der antikommunistischen Ausrichtung der DGB-Führung, die sich beeilte, ihre Loyalität zum Bonner Staat zu versichern.*
- ► *Insbesondere erreichte die Kampagne auch eine Störung der Zusammenarbeit zwischen DGB und FDGB der DDR.*
- ► *Letzter Fall einer Kampagne gegen einen SPDler im Apparat der „Inneren Sicherheit" ist der groteske Versuch, den Bundesverfassungsrichter Dr. Simon, der gegen die Ablehnung des „Reform"-Vorschlags zum § 218 durch das BVG gestimmt hatte, als „Sympathisanten der Baader-Meinhof-Bande" für die zum nächsten Jahr bevorstehende Neuwahl der BVG-Richter zu disqualifizieren.*

Es ist offensichtlich, daß die CDU/CSU und ihre Freunde Springer, „Quick" usw. jeden Vorwand zum Anlaß einer breit angelegten Kampagne nutzen, wenn es darum geht, noch im Vorfeld eines parlamentarischen Machtwechsels eine faktische Ablösung der SPD im Staatsapparat zu betreiben. Die SPD setzt dem keinen ernsthaften Widerstand entgegen. Ihre Ausbootung aus der offiziellen Regierungsgewalt wird nur noch der Nachvollzug bereits geschaffener Tatsachen im Staatsapparat sein. ●

Antifa-Kommission, KB/Gruppe Hamburg





IMPRESSUM



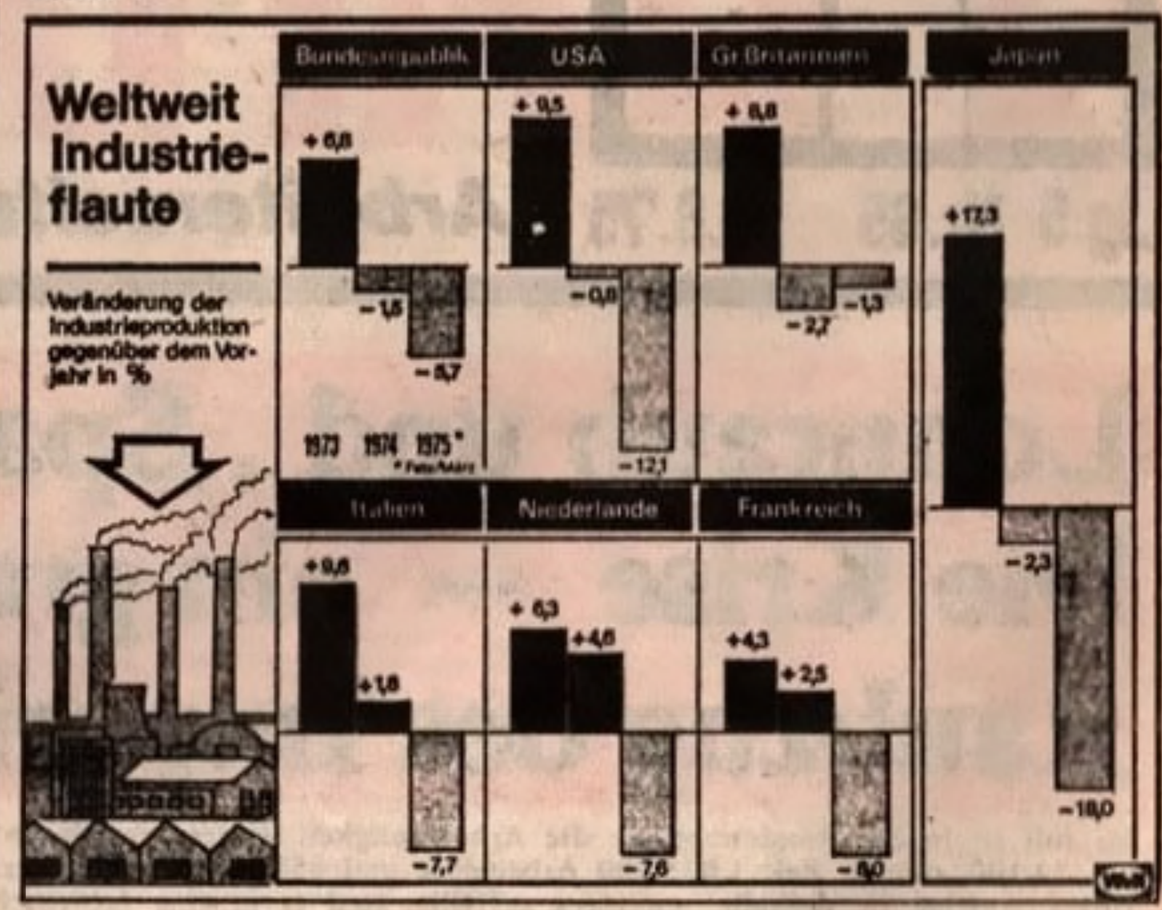
Herausgeber – Druck – Verlag
J. Reents, Verlag ARBEITERKAMPF, 2 Hamburg 13, Rutschbahn 35, verantw. Redakteur: Kai Ehlers, Auflage: 15.000
Erscheinungsweise: viermal vierteljährlich, Verkaufspreis 1,- DM. Verlagskonten: Dresdner Bank, Kto.-Nr.: 451 8378 J. Reents, und Postscheckkonto Hamburg Nr.: 24o 595, J. Reents.
Ein Teil der Auflage enthält eine Beilage des Verlags J. Reents.

Lohnraub und „Sparpolitik":

Die Krise –

Fortsetzung von Seite 1

Grafik 1:



aus: „Handelsblatt" 1.7.75

Grafik 2:



aus: „Bremer Nachrichten" 29.7.75

USA

Die sinkende Industrieproduktion brachte im ersten Halbjahr 1975 einen Rückgang des Bruttosozialpro-

Die sinkende Industrieproduktion brachte im ersten Halbjahr 1975 einen Rückgang des Bruttosozialprodukts um 5,6 %. Im Haushaltsbudget wird für dieses Jahr ein Defizit von 52 Milliarden Dollar verzeichnet, das *„größte US-Budgetdefizit in Friedenszeiten"*. Der bisherige „Rekord" betrug im Kriegsjahr 1943 54,9 % Mrd. Dollar („Zeit", 28.2.75).

Während die US-Regierung mit „Konjunkturprogrammen" den US-Kapitalisten Milliarden in den Rachen schmeißt, verschlechtert sich die Lage der Werktätigen in den USA rapide:

Mit 9,1 % Arbeitslosen haben in den USA heute über acht Millionen Menschen keine Arbeit (zuletzt waren es 1940 8,1 Millionen Menschen). Dazu kommen noch etwa 4 Millionen, die keine Dauerbeschäftigung, sondern nur eine zeitlich begrenzte Arbeit fanden sowie 1,1 Millionen, die die Arbeitssuche aufgaben und gar nicht mehr als Arbeitslose registriert sind. Unter den Jugendlichen beträgt die Arbeitslosigkeit bereits 21 %, in der schwarzen Bevölkerung sogar 42%!

Etwa 8 % der US-Bevölkerung lebt heute unter dem offiziellen Existenzminimum und hat ein Anrecht auf Lebensmittelkarten (alle Zahlen nach „Weser-Kurier", 29.5.1975 und „Zeit", 28.2.1975).

„Weser-Kurier", 29.5.1975 und „Zeit", 28.2.1975).

Dies sind nur einige wenige Beispiele, wie brutal die Kapitalistenklasse und ihre Regierung die Folgen der kapitalistischen Krise auf die werktätige Bevölkerung abwälzen.

Neuentwurf zum § 218
Setzt sich die CDU/CSU durch?

Fortsetzung von Seite 1

Die restlichen drei Indikationen *„würden der schon seit den dreißiger Jahren (!) laut Richterspruch anerkannten medizinischen Indikation"* entsprechen – so die „FAZ" vom 13.6. Und weiter: alle drei Fraktionen (also auch die SPD/FDP) hätten die Neigung, sich dem anzuschließen.

„Streitigkeiten" gibt es zwischen CDU/CSU und Regierungsparteien nur noch bezüglich des „Instanzenweges", der ja möglichst nach Frau Focke (SPD) „so wenig verdächtig wie möglich" aussehen soll. („FAZ", 19.6.75)

„Absolute Spitze" sind dabei die Vorschläge der CDU/CSU, was die Diskriminierung und Bevormundung von Millionen Frauen angeht: Will die SPD/FDP noch ermöglichen, daß ein „Arzt des Vertrauens" die „Beratung" der Schwangeren vornimmt, sowie ein zweiter Arzt dann den Eingriff (nach positivem Bescheid des Ersteren, versteht sich), möchte die CDU/CSU, daß zwei Ärzte befinden, die von der Behörde ausschließlich für diese Tätigkeit bestellt werden!

Weiter soll verhindert werden, daß – lehnt ein Arzt ab – sich die Frau einen anderen Arzt aussuchen kann. Stattdessen soll die Entscheidung der zwei Behörden-Ärzte unbedingt verbindlich auch für andere Ärzte sein!

Darüberhinaus fordert die CDU/CSU Bestrafung der Frau bei illegaler Abtreibung, während der Müller-Emmert-Entwurf Straffreiheit für die Frau und lediglich Bestrafung des abtreibenden Arztes vorsieht. In letzter Konsequenz bedeutet dies natürlich, daß kaum eine „normale" Frau einen Arzt finden wird, der unter Strafandrohung eine Abtreibung gegen die gesetzlichen Bestimmungen vornehmen wird, bzw. daß die Preise für Abtreibungen noch enorm in die Höhe schnellen („erhöhtes Risiko" der Ärzte).

Jedoch ist sich hier die SPD/FDP noch nicht einig. Einige Abgeordnete wollen anscheinend den „Kompromiß" haben: Straffreiheit der Frau nur, wenn sie in „außergewöhnlicher Bedrängnis" gehandelt hat. Damit wäre auch die CDU/CSU einverstanden.

Ebenfalls umstritten ist die Formulierung der „Besinnungszeit", die von der CDU/CSU und auch von Teilen der SPD/FDP gefordert wird. Danach soll zwischen der „Beratung" und dem Schwangerschaftsabbruch eine „Besinnungszeit" von drei Tagen liegen.

Sei es nun der Entwurf der SPD/FDP-Regierung, die noch im Februar groß tönte: „Wir lassen die Frauen nicht im Stich!" oder der schärfere Entwurf der CDU/CSU – b e i d e laufen darauf hinaus, die Bevormundung und Erniedrigung der Frauen zu bewahren. ●

Arbeitsgruppe Frauen, KB/Gruppe Hamburg

ein großer Raubzug des Imperialismus



Arbeitslosenschlangen in New York 1975

Rezession und verschärfte Strukturkrise

Nach der Krise 1966/67 leitete der BRD-Imperialismus einen steilen Aufschwung ein, der einerseits durch eine verschärfte Rationalisierung im Inneren und damit Steigerung der Produktivität, vor allem aber mit einer gewaltigen Expansion auf dem Weltmarkt durch den **Warenexport** erreicht wurde. Die Bedingungen hierfür waren für den BRD-Imperialismus gut: er besaß eine geringe Inflationsrate und eine relativ unterbewertete Währung; so war er in der Lage, zu günstigen Preisen auf dem Weltmarkt aufzutreten. Hinzu kommt, daß Technik und Produktion hochentwickelt sind, schnelle

Weltmarkt aufzutreten. Hinzu kommt, daß Technik und Produktion hochentwickelt sind, schnelle

Lieferfristen und ein zuverlässiger Service garantiert wurden. Nicht zuletzt spielten hier natürlich auch die relativ ruhige Klassenkampfsituation in der BRD, geringe Streikaktivitäten der Arbeiterklasse und gute Zusammenarbeit der Gewerkschaftsführungen mit den Kapitalisten eine Rolle.

Die starke Abhängigkeit der BRD vom Warenexport birgt allerdings auch große Gefahren in sich: in Zeiten der internationalen Krise, bei steigender Inflation und dem Zusammenbruch des Weltwährungssystems, bei eingeschränkter Verfügungsgewalt über die Rohstoffe der Länder der Dritten Welt sinken die Absatzchancen. Vor allem aber bietet der Warenexport nicht die Expansionsmöglichkeiten und Profitquellen, die das imperialistische Kapital braucht. Einerseits sind die Märkte begrenzt, denn nur ein geringer Teil der in der hochindustrialisierten BRD hergestellten Produkte läßt sich in den Ländern der Dritten Welt absetzen. Andererseits erschweren relativ hohe Löhne und Sozialleistungen zunehmend die Konkurrenzfähigkeit. Für den BRD-Imperialismus entsteht zunehmend *„die Notwendigkeit der Kapitalausfuhr"*, da *„dem Kapital ein Spielraum für ‚rentable' Betätigung fehlt"* (Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, Werke Bd. 22).

Mitte der sechziger Jahre war für die Kapitalisten in der BRD der Inlandsmarkt als eine – durch die Zerstörungen des Zweiten Weltkrieges hervorgerufene – hervorragende Profitquelle erschöpft. Man forcierte den Export von Waren, während gleic' zeitig, aber in wesentlich geringerem Umfang, der **Kapitalexport** zunahm.

So betonte der Vorstandschef der Bundesbank Ulrich auf einer Sitzung der „Deutschen Entwicklungsgesellschaft" DEG (hinter dem Tarnnamen „industrieller Entwicklungshilfe" verbirgt sich das expansive imperialistische Kapital):

„Die deutsche Wirtschaft müsse mehr noch als bisher im Ausland investieren, sie könne sich auf die Dauer nicht mehr auf den Export als Konjunkturventil verlassen" (FAZ 31.7.). Und: *„ ... das Ausland sollte mehr als bisher als Produktionsstandort und weniger als Exportmarkt betrachtet werden. Während Schweden das gleiche, Großbritannien das Doppelte und die USA das Vierfache ihrer Exportleistungen im Ausland produzieren, belaufe sich die deutsche Auslandsproduktion lediglich auf 2/5 der Exportleistung"* („Handelsblatt", 31.7.).

Verstärkter Kapitalexport bedeutet, daß in großem Umfang Kapital hierfür „freigesetzt" werden muß. Für das Monopolkapital heißt das vor allem eine Umstrukturierung der BRD-Wirtschaft. In einem Interview mit der „Wirtschaftswoche" (25.7.75) schilderte der Chef der Gutehoffnungshütte, Menges, die Situation folgendermaßen:

„Wir hier in der Bundesrepublik ... müssen uns immer stärker umstellen auf die high sophisticated techno-

„Wir hier in der Bundesrepublik ... müssen uns immer stärker umstellen auf die high sophisticated techno-

logy, auf die wirklich hochentwickelte Technik, bei der wir heute noch an der Spitze liegen und auch im kommenden Jahr noch an der Spitze liegen werden......

Wenn wir uns weiter wirtschaftlich entwickeln wollen, dann brauchen wir einen Markt. Der deutsche Markt ist erschöpft, der Inlandsmarkt gibt kein Wachstum mehr her. Die expandierenden Märkte brauchen unsere Technologie und wir brauchen die Märkte."

Und die BDA (Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände) stellt in ihrem Geschäftsbericht 1974 folgende imperialistische Strategie auf:

„Im System weltwirtschaftlicher Arbeitsteilung wird es, kraft ihres hohen Leistungsstandes, auch künftig Aufgabe der Wirtschaft der Bundesrepublik sein, durch den Export von Investitionsgütern, den Bau von Anlagen und Fabriken und die Vermittlung des erforderlichen know how zu einer gleichmäßigen Industrialisierung beizutragen. Es ist möglich, daß demgegenüber der Export von Gütern mit geringem technologischen Standard langfristig relativ zurückgeht. Das entspräche dem historischen Prozeß, nach dem die hochindustrialisierten Staaten auf die jeweils einfacheren Technoligien verzichten, die in Ländern mit geringeren Lohnkosten einen optimalen Standort finden" (Jahresbericht der BDA 1974).

Entkleidet man diese Aussage ihrer ideologischen Verschleierungen („historischer Prozeß" etc.), so verbirgt sich dahinter die Strategie: Errichtung westdeutscher Produktionsstätten im Ausland, Eroberung ausländischer Märkte, Ausquetschung dieser Länder, vor allem der Arbeiterklasse.

Für diesen verstärkten Export von Kapital streben die Imperialisten an: Spezialisierung der Wirtschaft in der BRD auf hochentwickelte Techniken, während die sogenannte „lohnintensive" Produktion zum großen Teil ins Ausland verlegt werden soll. Dieser Prozeß ist in den letzten Jahren verstärkt eingeleitet worden. So sind es gerade die lohnintensiven Branchen, die verschärfte Strukturkrisen durchmachten:

- die Krise der **Textilindustrie** im letzten Jahr (die heute noch nicht beendet ist) führte zu Massenentlassungen in der BRD und verstärkten Investitionen im Ausland (hierunter fallen auch die Bereiche Leder und Schuhe):
- die **Foto- und optische Industrie** hat ebenfalls im Inneren Massenentlassungen durchgeführt (besonders erwähnt seien hier Rollei und Voigtländer) und sind ins Ausland (vor allem Asien) gezogen;
- dieser Prozeß wird im Bereich **Maschinenbau** (Menges am 10.1. 1975 in der „Wirtschaftswoche": *„Auf Produkte höchsten Schwierigkeitsgrades und Engineering-Arbeiten will sich der Maschinenbau im deutschen Heimatland beschränken"*)und **Elektrotechnik** verstärkt vorbereitet und durchgezogen, in denen Kurzarbeit und Entlassungen weiter steigende Tendenz haben.

und durchgezogen, in denen Kurzarbeit und Entlassungen weiter steigende Tendenz haben.

- Dieser Prozeß läuft in einigen Bereichen der **Automobilindustrie** voll an. Besonders deutlich wird dies an den Massenentlassungen bei VW, während gleichzeitig um neue Werke in den USA, dem Irak und sogar im faschistischen Chile verhandelt wird!

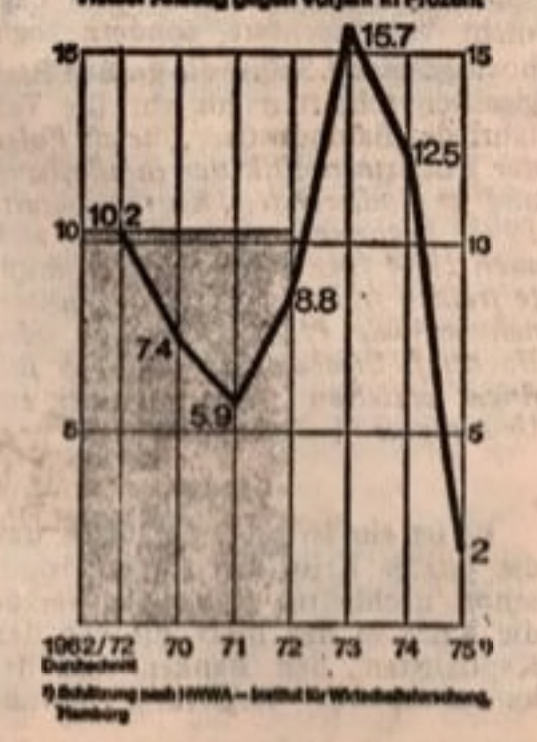
Die jetzige Wirtschaftskrise ist vor allem eine Strukturkrise, die verschärft wird durch eine Rezession. Diese Strukturkrise ist von den Kapitalisten bewußt forciert und vorangetrieben worden. Sie haben dabei auch b e w u ß t einen Rückgang des bisher ständig steigenden Warenexports in Kauf genommen (vergleiche BDA-Zitat: *„daß demgegenüber der Export von Gütern ... langfristig relativ zurückgeht")*.

Diese Strukturveränderungen werden vor allem auf dem Rücken der werktätigen Bevölkerung in der BRD vorgenommen.

Warenexport des BRD-Imperialismus

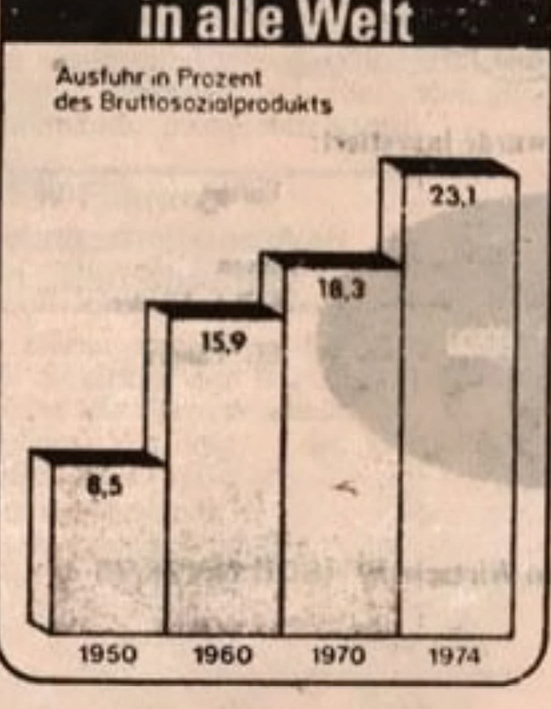
„Unter dem Schutz günstiger Umtauschkurse für die Mark, die bis Anfang 1973 noch dazu fest waren, hatte die Industrie der Bundesrepublik ihre großen Exporterfolge" („Zeit", 4.7.75).





aus: „FAz.. 28.5.75

So stieg der Warenexport bis 1973 stetig und steil. Hier boten sich also ergiebige Profitmöglichkeiten. Der Anteil des Exports am Bruttosozialprodukt der BRD stieg ebenfalls ständig und betrug 1974 23,1 %. Allein von 1970 bis 1974 stieg er um 85 %, von 125 Mrd. DM auf 230 Mrd. DM.



aus: „Welt" 2.5.75

Welche Auswirkungen Einschränkungen im Export haben, zeigt die Tatsache, daß inklusive der Dienstleistungen heute jeder vierte Arbeitsplatz in der BRD vom Warenexport abhängig ist („Handelsblatt", 5.6.75). Wohin das führt, zeigt wiederum das Beispiel VW. Noch 1973 waren die Werke zu mehr als 70 % vom Export abhängig. Heute ist der Anteil unter 60 % gesunken; vor allem aber mußte die Belegschaft dran glauben: Seit 1971 wurden über 40.000 Beschäftigte entlassen!

40.000 Beschäftigte entlassen!



aus: „Handelsblatt" 17.3.75

Ebenfalls stetig gewachsen ist der Überschuß der Ausfuhren gegenüber den Einfuhren. 1974 erreichte er die Rekordsumme von 50,8 Mrd. DM. Die seit Jahren positive Handelsbilanz ist mit ein Faktor für die starke internationale Stellung der BRD.

Seit Anfang dieses Jahres ist mit diesem steilen Anstieg Schluß. Zwar gab es im ersten Halbjahr 1975 immer noch einen Überschuß, aber die Entwicklung des Exports in diesem Jahr läßt erwarten, daß am Jahresende erstmals seit dem 2. Weltkrieg der Export der BRD real zurückgeht und nicht weiter ansteigt. So ging beispielweise im Mai 1975 der Export gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat um – 17 % zurück („FAZ", 8.7.75).

In der bürgerlichen Presse posaunen die Kapitalisten hinaus, das zu hohe Lohnniveau in der BRD und „unersättliche Forderungen" der Arbeiter seien Schuld Am Exportrückgang; die Arbeiter würden somit ihre eigenen Arbeitsplätze gefährden. So will das Monopolkapital darüber hinwegtäuschen, daß von ihm die Initiative ausging, eine Exportkrise zu erzeugen. Seit 1973 setzten sie nämlich über die SPD/FDP-Regierung einen Kurswechsel durch: Die DM wurde aufgewertet, die Unterbewertung, Garant für günstige Preise, fiel weg, die Waren verteuerten sich (auch hier ist insbesondere auf das Beispiel der der verteuerten VW-Autos auf dem US-Markt zu verweisen). Durch die Hochzinspolitik (Politik des „teuren Geldes") im Lande wurden zusätzliche Investitionen erschwert, während Auslandsinvestitionen begünstigt wurden.

Noch auf einem anderen Feld zeigt sich, daß diese Politik bewußt vorangetrieben wurde. Während der Warenaustausch mit den kapitalistischen Ländern zurückging, ließ man gleichzeitig ein Profitventil geöffnet: der Osthandel (ohne China und die DDR, die nach wie vor unter „Binnenhandel" aufgeführt wird) ist ungewöhnlich um 22,2 % im II. Halbjahr 1975 gestiegen und beträgt jetzt 7,7 % (1974: 6,1 %) am gesamten Warenexport.

Entwicklung des Kapitalexports des BRD-Imperialismus

In den beiden letzten Jahren haben die BRD-Kapitalisten so viel Kapital exportiert, wie in den 20 Jahren nach dem zweiten Weltkrieg zusammen! Von 26,6 Mrd. 1972 ist der Kapitalexport 1974 auf 36,8 Mrd. DM gestiegen und liegt mittlerweile bereits über 40 Mrd. DM. **Bemerkenswert ist vor allem folgendes: Während im Inland die Investitionstätigkeit der Unternehmen stagniert und sich vor allem auf Rationalisierungs- und Ersatzinvestitionen beschränkt, werden im Ausland vor allem Erweiterungsinvestitionen getätigt (nach einer Untersuchung des BDI-Insituts iwd in „idw" 28/75).**

Bedeutsam sind auch folgende Tatsachen: Über 50 % aller Auslandsinvestitionen liegen in den Händen von 64 von 1.191 Unternehmen; der größte Teil der Investitionen verteilt sich auf die entwickelten kapitalistischen Länder, die gleichzeitig einen entsprechenden Absatzmarkt bieten, und auf Länder, die immer mehr in die kapitalistische Entwicklung einbezogen werden, so beispielsweise Brasilien (vergl. nebenstehende Grafik).

In der Tat ist der Kapitalexport des BRD-Imperialismus verglichen mit dem beispielsweise der USA noch sehr schwach; dies zeigt das Verhältnis Kapitalexport : Warenexport im Gesamtexport:

1967 betrug es	19 % : 81 %
1970 betrug es	34 % : 66 %
1974 etwa	40 % : 60 %

(Zahlen nach Trammer, BRD-Monopole).

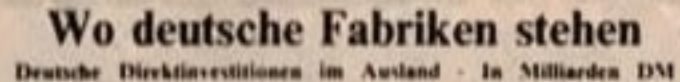
In den USA beträgt es etwa 80 % Kapitalexport zu 20 % Warenexport!

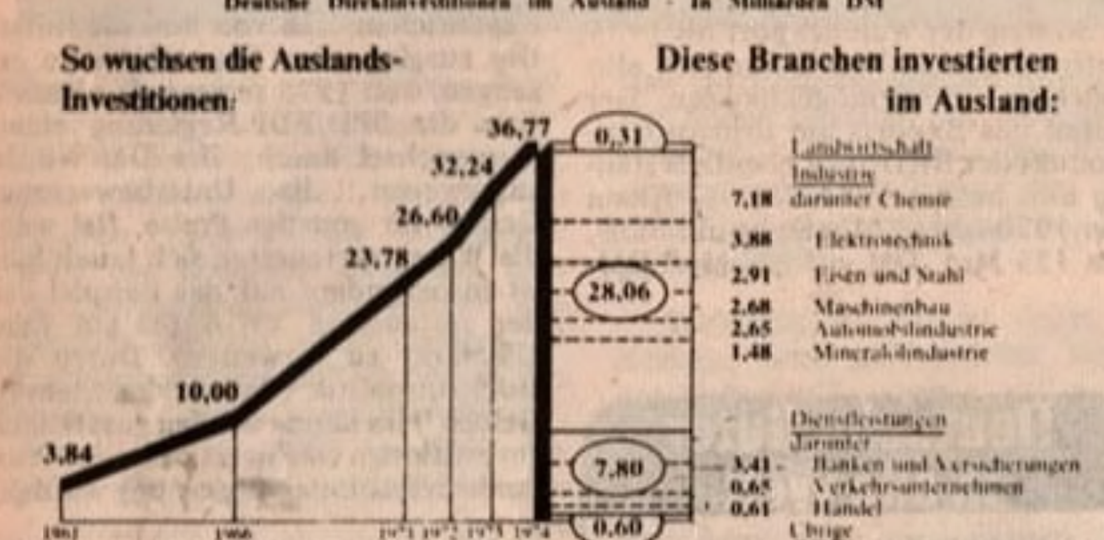
Gerade deshalb, weil der Kapitalexport noch sehr schwach entwickelt ist, drängt das Monopolkapital danach, diese Entwicklung zügig voranzuteiben.

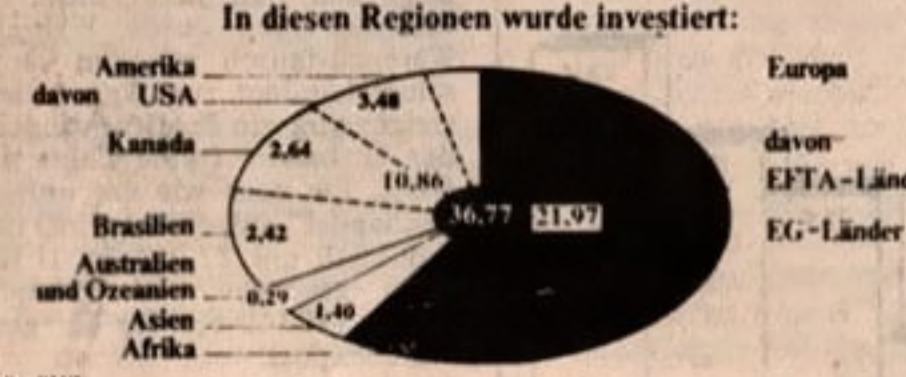
Fortsetzung Seite 4

Die Krise – ein großer Raubzug des Imperialismus

Fortsetzung von Seite 3







aus: „Informationsdienst der deutschen Wirtschaft" (BDI) Nr. 28/75

Steigende Profite und Zusammenschlüsse

Das Jahr 1974 brachte ebenfalls einen Anstieg der Fusionen – Ausdruck der beschleunigten Konzentration. Mit 318 Unternehmenszusammenschlüssen wurden die bereits sehr hohen Vorjahreszahlen noch übertroffen. Die Tatsache, daß mehr als die Hälfte davon kontrollpflichtig war und vom Bundeskartellamt genehmigt werden mußte (nach „Handelsblatt", 18.2.75) macht deutlich, daß diese Zusammenschlüsse vor allem auf das Konto der Großkonzerne gehen.

Folgende Zahlen veranschaulichen dies noch:

- **1973 erwirtschafteten die 10 umsatzstärksten Industriebetriebe der BRD 20 % des gesamten Industrieerlöses;**
- **1974 – also nur ein Jahr später – betrug ihr Anteil bereits 24 % („Zeit", 4.7.75).**

verschärft wurde, zeigt, daß dies mit dem Ziel geschieht, die eigene Macht zu stärken und die imperialistischen Expansionspläne zu verwirklichen. Die „Ausweglosigkeit des Kapitalismus" bei der Bewältigung der Probleme, die einige „linke" Optimisten gerne propagieren, ist nur eine Erfindung ihres eigenen Wunschdenkens, nicht aber Realität.

„Bei einem Bankrott des konkurrierenden Kapitalisten und der konkurrierenden Nation g e w i n n t das Kapital, weil es sich noch stärker konzentriert" (Lenin, Bd. 21, s. 224, Hervorhebung bei Lenin).

Die jetzige Weltwirtschaftskrise ist Folge und Ausdruck des verschärften Konkurrenzkampfes der Imperialisten untereinander. Die Schwächeren werden zurückfallen, die Stärkeren werden noch stärker, die Monopole sind die Sieger. Auch international hat dieser Kampf einige Veränderungen ergeben.

„Unter dem Kapitalismus ist ein gleichmäßiges Wachstum in der ökonomischen Entwicklung einzelner Wirtschaften und einzelner Staaten unmöglich. Unter dem Kapitalismus gibt es keine anderen Mittel, das gestörte Gleichgewicht von Zeit zu Zeit wieder herzustellen, als Krisen in der Industrie und Kriege in der Politik" (Lenin, Bd. 21, S. 344/345).

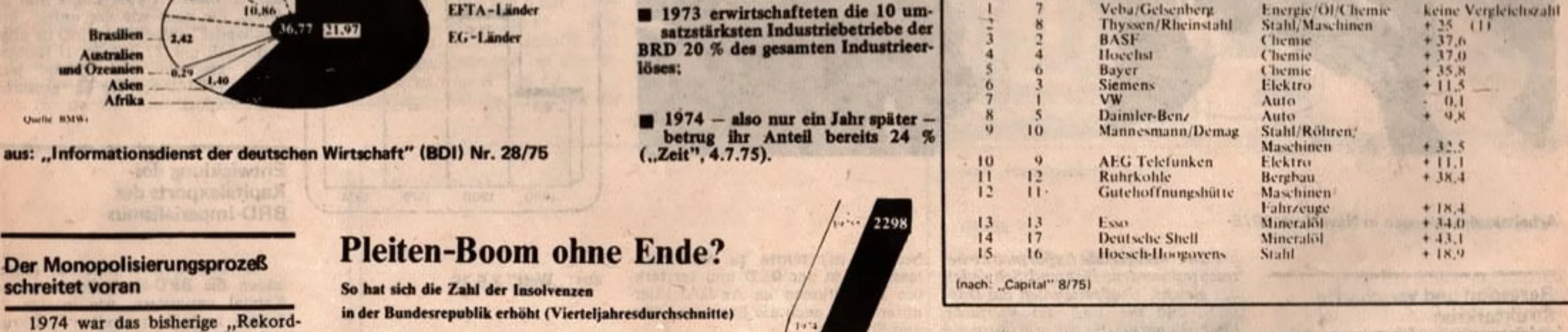
Der BRD-Imperialismus hat seine Macht gestärkt

Die Treffen auf politischer Ebene zwischen den Regierungschefs der drei größten europäischen imperialistischen Staaten und von US-Präsident Ford zunächst nacheinander in der BRD, dann gemeinsam am Rande der KSZE-Konferenz in Helsinki, sind Beleg für die starke Rolle, die die BRD aufgrund ihrer ökonomischen Macht mittlerweile weltpolitisch spielt.

Im internationalen Vergleich kann der BRD-Imperialismus dabei eine Reihe von „Vorzügen" bieten:

- die BRD besitzt die geringste Inflationsrate unter den Konkurrenten;
- sie besitzt hohe Außenhandelsüberschüsse und
- die größten Gold- und Devisenreserven;
- nach den USA mit 13 % Anteil am Weltexport ist die BRD mit 12 % zweitstärkste Export-Macht;
- das Bruttosozialprodukt der BRD konnte in den letzten Jahren ständig gesteigert werden, während das der USA seit Jahren stagniert;
- und der BRD-Imperialismus kann sich auf relativ stabile politische Verhältnisse im Inneren stützen.

(siehe nebenstehende Grafiken)



Die 15 größten Industrieunternehmen der BRD:

Rang (1974)	Rang (1973)	Firma	Branche	Umsatzsteigerung (1974 in Prozent)
1	7	Veba/Gelsenberg	Energie/Öl/Chemie	keine Vergleichszahl
2	8	Thyssen/Rheinstahl	Stahl/Maschinen	+ 25 (1)
3	2	BASF	Chemie	+ 37,6
4	4	Hoechst	Chemie	+ 37,0
5	6	Bayer	Chemie	+ 35,8
6	3	Siemens	Elektro	+ 11,5
7	1	VW	Auto	- 0,1
8	5	Daimler-Benz	Auto	+ 9,8
9	10	Mannesmann/Demag	Stahl/Röhren/Maschinen	+ 32,5
10	9	AEG Telefunken	Elektro	+ 11,1
11	12	Ruhrkohle	Bergbau	+ 38,4
12	11	Gutehoffnungshütte	Maschinen Fahrzeuge	+ 18,4
13	13	Esso	Mineralöl	+ 34,0
14	17	Deutsche Shell	Mineralöl	+ 43,1
15	16	Hoesch-Hoogovens	Stahl	+ 18,9

(nach: „Capital" 8/75)

Der Monopolisierungsprozeß schreitet voran

1974 war das bisherige „Rekordjahr" der Pleiten in der Bundesrepublik. Mit 7.800 lag die Zahl über der bisher höchsten Zahl von „Bereinigungspleiten" gleich nach der Gründung der BRD (1951: 5.802, 1954: 5.494). Von 1.050 Pleiten vierteljährlich 1970 hat sich die Zahl auf 1.379 im Jahr 1973, 1.930 im Jahr 1974 und nach Schätzungen (siehe nebenstehende Grafik) auf etwa 2.300 im Jahr 1975 erhöht.

Betroffen hiervon waren, neben einer großen Zahl von Klein- und Mittelbetrieben, überwiegend noch Familienunternehmen; außerdem vor allem die Bauwirtschaft, die nach Jahren des Booms heute vor einer Überproduktionskrise steht, sodaß hunderttausende Wohnungen leerstehen, die von den Werktätigen nicht gekauft werden können. In die dritte Kategorie fallen vor allem solche Pleiten, bei denen kleinere und mittlere Betriebe von Großkonzernen aufgekauft und später stillgelegt wurden, oder wo nur einzelne Betriebsteile übernommen wurden. Dies hat sich

gekauft werden können. In die dritte Kategorie fallen vor allem solche Pleiten, bei denen kleinere und mittlere Betriebe von Großkonzernen aufgekauft und später stillgelegt wurden, oder wo nur einzelne Betriebsteile übernommen wurden. Dies hat sich
vor allem im Maschinenbau und in der Metallindustrie ereignet.

Pleiten-Boom ohne Ende?

So hat sich die Zahl der Insolvenzen in der Bundesrepublik erhöht (Vierteljahresdurchschnitte)



*) 1. Vierteljahr Quelle: Statistisches Bundesamt

aus: „ Informationsdienst der deutschen Wirtschaft" 22/75

789
*) 1. Vierteljahr Quelle: Statistisches Bundesamt
aus: „ Informationsdienst der deutschen Wirtschaft" 22/75

Die steigende Zahl der Zusammenbrüche macht das Wolfsgesetz des Kapitalismus deutlich: Im stärker werdenden Konkurrenzkampf sind die kleineren Betriebe nicht mehr in der Lage, den Großbetrieben und Monopolen mit ihrer riesigen Kapitalkraft und ihren technischen Möglichkeiten etwas entgegenzusetzen. Sie gehen entweder kaputt oder werden vom Monopol „geschluckt", das damit seine Herrschaft über die gesamte Gesellschaft weiter ausbaut.

Die in den letzten Jahren verstärkt einsetzende Monopolisierung ist Teil der Gesamtstrategie des BRD-Imperialismus: Die Umstrukturierung der Wirtschaft, das expansive Drängen nach neuen Märkten ist Motor dieses Prozesses. Im internationalen Konkurrenzkampf sind nur mächtige und finanzkräftige Monopole in der Lage zu bestehen. Durch die zunehmende Konzentration von Kapital wollen sich die BRD-Monopole in die Lage versetzen, diesen Konkurrenzkampf zu gewinnen.

Gefördert wurde dieser Prozeß durch den kapitalistischen Staat und das Finanzkapital. Die Politik des „teuren Geldes" bewirkte, daß kleinere Betriebe nicht mehr in der Lage waren, Kredite aufzunehmen und pleite machten, während die Monopole aufgrund ihrer großen Kapitalkraft solche „Hürden" mühelos nehmen.

Die Banken haben diesen Prozeß beschleunigt: *„Zu lange haben wohl auch die Banken ... immer mehr gutes Geld den Schlechten nachgeschmissen"*, schrieb das „Handelsblatt" am 3.5.74. Und die „Welt am Sonntag" vom 5.5.74 kommentierte: *„Die Härte der Bundesbankiers bei ihrer Politik des teuren Geldes brachte Schwächen der Unternehmen und Fehler ihrer Führung, bis dahin von Jahren des Booms gnädig verdeckt, brutal ans Licht"*.

Beschleunigte Konzentration

Unternehmenszusammenschlüsse in der BR Deutschland

1974	318
1973	242
1972	269
1971	220
1970	305
1968	168
1969	65

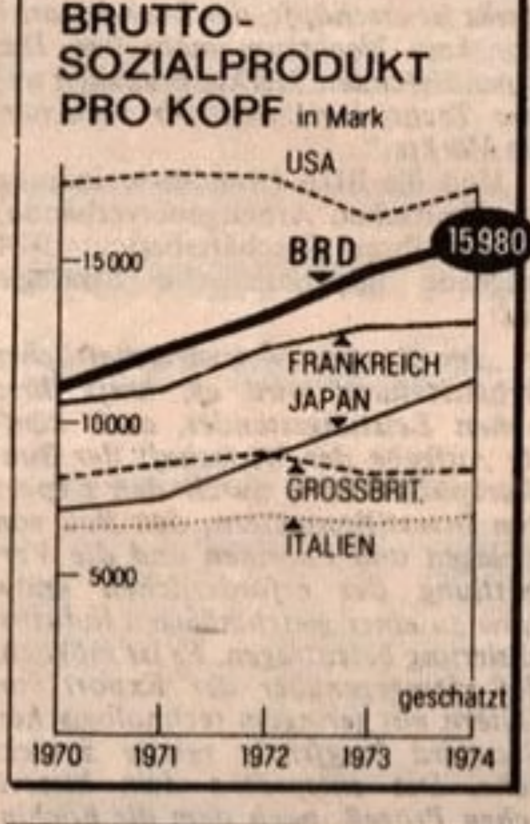
aus: „Handelsblatt" 18.2.75

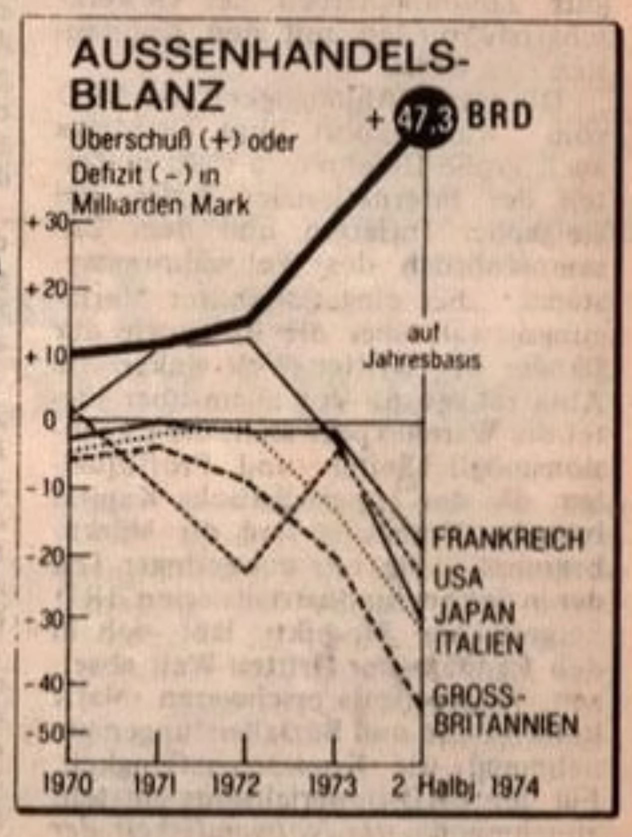
Die forcierte Veränderung in der Struktur der BRD-Wirtschaft hat allerdings den Konkurrenzkampf der Monopole nicht ausgeschaltet. Im Gegenteil, beim Kampf um das größte Stück vom Profitkuchen hat es einige Verschiebungen gegeben. Am auffälligsten ist der Rückfall des stark exportabhängigen VW-Konzerns, der seit 1960 die Nr. 1 unter den BRD-Konzernen war und in diesem Jahr nur Platz 7 einnimmt. Platz 1 und 2 nehmen jetzt die fusionierten Konzerne Veba/Gelsenberg und Thyssen/Rheinstahl ein.

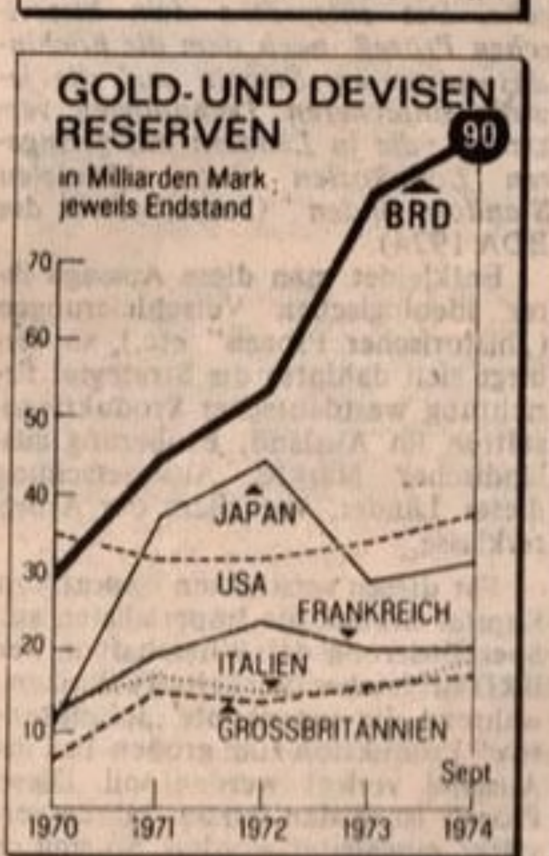
Mit Ausnahme von VW konnten alle in der Liste der 15 größten Industriebetriebe verzeichneten Unternehmen zum Teil gewaltige Umsatzsteigerungen verzeichnen. Schon das allein entlarvt die Demagogie von der „Ölkrise", die an „unser aller" Verschlechterung der Lage schuld sein soll. Die Monopole haben ihre Lage nicht verschlechtert, sondern sogar noch gestärkt! Selbst die großen Baugiganten schnitten gut ab: Die Talfahrt der Bauindustrie, *„die als Folge der Hochzinspolitik der Bundesbank und explodierenden Kosten bereits 1973 begonnen hatte, setzte sich auch 1974 fort. Wer klein war, mußte freilich früher sterben. Großunternehmen wie Philip Holzmann oder Hochtief, Strabag oder Grün & Bilfinger erzielten ... noch immer ein Umsatzplus"* („Zeit", 4.7.75).

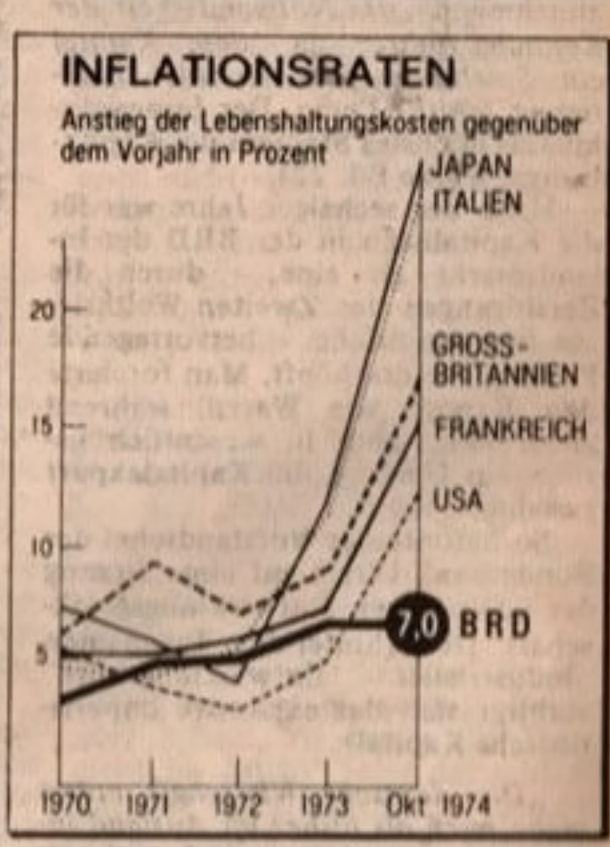
Es ist ein Irrtum zu glauben, daß die jetzige Krise den Imperialismus schon nachhaltig schwäche. Gerade die Krise in der BRD, die von den Kapitalisten, den Banken und der kapitalistischen Regierung bewußt


BRUTTO-SOZIALPRODUKT PRO KOPF in Mark
AUSSENHANDELS-BILANZ Überschuß (+) oder Defizit (–) in
+47,3 BRD









Die kapitalistischen Länder im internationalen Vergleich (aus: „Spiegel" 6.1.75)



Die Kämpfe der Arbeiterklasse gegen die imperialistische Krisenpolitik sind nur schwach entwickelt. (Unser Bild: Generalstreik in Italien im Frühjahr 1975).

Wie diese Macht ausgespielt wird, zeigt die Erpressung Italiens durch die Imperialisten, insbesondere durch den BRD-Imperialismus, vor über einem Jahr (siehe Artikel zu Italien in diesem AK).

Die „New York Times" stellte damals fest: *„Nachdem Italien Widerstand gegen weitere Anleihen aus dem Euromarkt antraf, mußte es sich wegen der Kredite an den internationalen Währungsfond und den gemeinsamen Markt und auch an einzelne Verbündete wie die Vereinigten Staaten wenden. Und diese haben Bedingungen niedergelegt, die zweimal in wenigen Monaten die italienische Koalition zu Fall brachten ... Es sind die Weltwährungsmächte, deren Finanzminister jetzt in Washington tagen, die die Lösung der politischen Krise Italiens in der Hand halten und nicht die Politiker in Rom"* (nach „FAZ", 12.6.74).

Damals erreichten die Imperialisten, insbesondere auch durch die Erpressungspolitik des BRD-Imperialismus, daß in den wesentlichen kapitalistischen Ländern die „Stabilitätspolitik" Helmut Schmidts durchgesetzt wurde. Schmidt setzte ebenfalls überall die berüchtigte „Sparpolitik" durch, das heißt ein verschärftes Vorantreiben des Massenelends.

So vermerkt die „FAZ" in einem Kommentar zum Besuch Giscard d'Estaings in der BRD: *„Giscard und Schmidt einigten sich vor gut einem Jahr darauf, den Beschluß der Gipfelkonferenz vom Oktober 1972 wahrzumachen, nämlich durch eine gleichgerichtete Wirtschafts- und Währungspolitik aller Mitgliedsländer die europäische Einigung, zunächst die Wirtschafts- und Währungsunion, voranzubringen. Dem gemeinsamen Wort folgte Giscards Tat, erst sachte und behutsam, dann immer härter bis zur Roßkur (!!)"* (19.7.).

Schmidt konnte auch bei den neuerlichen Treffen die Strategie des Imperialismus herausarbeiten und durfte sich sogar der Zustimmung des mächtigen US-Imperialismus sicher sein.

Danach sollen die kapitalistischen Staaten die noch vor etwas über einem Jahr vom BRD-Imperialismus durchgesetzten Restriktionen abbauen und stattdessen Konjunkturprogramme aufstellen:

- in der EG sollen vor allem öffentliche Aufträge vergeben werden;
- mit geldpolitischen Erleichterungen sollen die Kapitalisten zu Investitionen angereizt werden;
- die Staaten werden zum Zwecke der Konjunktur-Ankurbelung aufgefordert, mehr Schulden zu machen und damit die Etat-Defizite zu steigern („FAZ", 19.7.).

Ausgenommen von diesen Beschlüssen wurden zum Teil Großbritannien und Italien, denen die Aufgabe gestellt wurde, zunächst noch verstärkt mit Anti-Inflationsprogrammen zu arbeiten.

Weitere Erfolge des BRD-Imperialismus waren:

- das Versprechen Frankreichs, in die eruopäische „Währungsschlange" zurückzukehren;
- die Verpflichtung auf eine *„schärfere Kontrolle des Finanzgebarens in der Gemeinschaft"* („FAZ", 25.7.).

Mittlerweile haben Frankreich und die USA Konjunkturprogramme vorgelegt; in Großbritannien erreichte die Labour-Regierung eine Verpflichtung der Gewerkschaften auf einen Lohnstop.

Die französische Regierung hat in ihrem Programm 15 Milliarden Franc (8,7 Mrd. DM) zur Ankurbelung der Konjunktur bereitgestellt.

In den USA wird die Besteuerung von Unternehmensgewinnen und Investitionen bis zu 50 % gesenkt („FAZ", 2.8.). Das ergibt kurzfristig 16 Mrd. Dollar (40 Mrd. DM) für die Kapitalisten, von denen 12 Mrd. Dollar von den Finanzämtern bar ausgezahlt werden („Wirtschaftswoche", 1.8.).

Insgesamt hat sich an den Treffen der imperialistischen Staatschefs gezeigt: Der BRD-Imperialismus hat seine Position vor allem in Europa gestärkt. Ökonomisch ist er heute einer der mächtigsten Staaten, politisch strebt er nach immer mehr Macht (vgl. auch den Artikel zur „Nach-Vietnam-Politik . . ." in AK 64). Das gefährliche Großmachtstreben des BRD-Imperialismus ist eine zunehmende Gefahr für die Völker. ●

KB/Gruppe Bremen

Die neueste Schul„reform": Lehrermassenarbeitslosigkeit

1976: 20 000 arbeitslose Lehrer

Trotz des akuten, auch von bürgerlichen Kräften jahrelang anerkannten Lehrermangels sind wir in diesem Jahr zum erstenmal in der Geschichte der BRD mit Massenarbeitslosigkeit von Lehrern konfrontiert. In Hessen allein wurden zum 1.8. rund 600 fertig ausgebildete Lehrer arbeitslos. Dazu kommen – nach den Plänen des Kultusministeriums – 1.630 Lehrerstudenten mit dem 1. Lehrerexamen, die nicht in den Vorbereitungsdienst aufgenommen werden, um ihre Ausbildung abzuschließen.

Lehrerarbeitslosigkeit durch Planstellenabbau

Diese katastrophale Entwicklung wird mit Hilfe eines rigorosen Lehrerplanstellenabbaus vorangetrieben. In Hessen (SPD-regiert) kürzte der Kultusminister die neuen Planstellen schlicht von 1.700 auf 922, in Baden-Württemberg (CDU-regiert) von 3.200 auf 2.408. In Bayern (CSU-regiert) wurden die neu bewilligten Stellen von 14.000 (1973/74) um fast die Hälfte auf 7.500 (1974/75) zurückgeschraubt. Der Hamburger Senat strich allein 737 Planstellen. Dazu kommt noch ein Hauptseminar für ca. 60 Referendare an Volks- und Realschulen.

Für einen großen Teil der zukünftigen Lehrer hat der Lehrerberuf schon aufgehört, bevor er richtig angefangen hat: 556 von 1.146 Bewerbern für die zweite Ausbildungsphase an Volks-, Realschulen und Gymnasien stehen allein in Hamburg ohne Arbeitslosengeld, ohne Ausbildungsplatz, mit ungewisser Zukunft erst einmal auf der Straße.

Ist es heute schon unerträglich für Schüler, Eltern und Lehrer, daß angesichts steigender Klassenfrequenzen und Klassenzusammenlegungen, angesichts hohen Unterrichtsausfalls (Niedersachsen zwischen 10 % und 60 %, Hamburg bisher mindestens 10 %, an den Berufsschulen wesentlich mehr), hunderte von fertigen und fast fertigen Lehrern, Erziehern und Sozialpädagogen auf der Straße stehen, so ist vorauszusehen, daß es sich bei dieser Situation noch um die „Ruhe vor dem Sturm" handelt: Die GEW schätzt nach einer Umfrage bei den Kultusministerien, daß 1976 über 10.000 Lehrer arbeitslos sein werden, neueste Informationen sprechen sogar von 20.000 Lehrern (Tagesschau, 12.8.75).

„Pillenknick" und „Geldverknappung"

Zum Abbau der staatlichen Leistungen im Bildungsbereich müssen die Legenden vom „Pillenknick" und der „Geldverknappung" herhalten. In Hamburg soll der „Pillenknick" inzwischen dazu geführt haben, daß – im Vergleich zum vorigen Schuljahr – 3.000 Erstklässler weniger eingeschult worden sind. „Dank" den Sparmaßnahmen hat das aber nicht zu einer Erleichterung, sondern zu Verschlechterungen geführt: fast 80 % der Neueingeschulten werden in Klassen mit 30 - 36 Schülern gepfercht, 7 % sogar in solche mit mehr als 36 Schülern.

Auch die „Geldverknappung" ist von der Bundesregierung selber hinlänglich widerlegt worden: Das „Konjunktur-Wiederbelebungs- und Unterstützungsprogramm" sowie der Kriegshaushalt sind ein milliardenschwerer Gegenbeweis.

Lehrer als Sündenböcke für eine kinderfeindliche Schulpolitik

Der bürgerliche Staat versucht so, die zunehmende Unzufriedenheit mit seiner Schulpolitik auf seine Beamten zu lenken und diese als „Sündenböcke" dem „Volkszorn" zu opfern. Das Mißtrauen, das durch diese Hetzkampagne geschürt wird, soll dazu führen, daß Eltern, Schüler und Lehrer nicht die gemeinsamen Interessen im Kampf gegen die Lehrerarbeitslosigkeit und die kinderfeindliche Schulpolitik des Staates erkennen – sondern sich gegeneinander ausspielen lassen.

GEW-Führung: Lehrerarbeitslosigkeit ein „Betriebsunfall"

Dieser staatlichen Politik die auf die Spaltung der Betroffenen zielt, leistet die Gewerkschaftsführung ungeniert Vorschub. So lehnte der Hamburger GEW-Vorsitzende trotz eines gegenteiligen Beschlusses der Vertrauensleuteversammlung am 12.6. eine Beteiligung der GEW an einer Elterndemonstration (18. Juni) ab mit den Worten, *„eine Demonstration könne er als Vorsitzender nur verantworten, wenn sie eindeutig eine GEW-Demonstration sei"* (Hamburger Lehrerzeitung 11/12). Diese unverschämte Haltung legen die GEW-Führer auch gegenüber dem Problem der Lehrerarbeitslosigkeit an den Tag. Mit keinem Wort wird in den offiziellen Stellungnahmen auf die Politik des Staates eingegangen, die er mit der Lehrerarbeitslosigkeit macht – ebensowenig auf die ideologische Hetze der bürgerlichen Zeitungen. Nach Meinung der Hamburger GEW-Führer ist zwar *„das Problem arbeitsloser Lehrer ... die Folge politischer Entscheidungen"* (1), allerdings erfährt man nichts über diese Entscheidungen, ihre Ziele und die weiteren Absichten des Staates. Die GEW-Führung ist sich sogar nicht zu schade, die offiziellen Propagandalügen vom Geldmangel zu übernehmen. In einem Vorstandspapier behauptet der Hamburger GEW-Vorsitzende Wunder, die frühere reformfreudigere Bildungspolitik sei *„1974 aufgrund der Haushaltssituation der staatlichen Haushalte aufgegeben"* (2) worden.

Eindeutig ist in der GEW parallel zum Abbau innergewerkschaftlicher Demokratie hier eine negative Entwicklung festzustellen: noch im September 1974 und abgeschwächt im Januar 1975 sprach Wunder vom „Scheitern" der Reformpolitik und deutete dabei „restaurative Tendenzen" als eine der Ursachen an. Seit Anfang Februar sind solche Standpunkte in der GEW durch den GEW-Vorsitzenden Frister als „systemkritisch" für unerwünscht erklärt. Folglich handelt es sich bei der Lehrerarbeitslosigkeit auch nicht mehr um eine bestimmte Politik dieses Staates – sondern höchstens noch um einen Betriebsunfall des kapitalistischen Systems.

GEW-Führung fordert keine Änderung der staatlichen Schulpolitik – sondern nur ihre bessere Planung!

Da die GEW-Führung hinter der Lehrerarbeitslosigkeit und der Schulmisere keine Absicht erkennen will, hat sie auch nichts Grundsätzliches an der staatlichen Bildungspolitk auszusetzen. Das wird besonders deutlich an den langfristigen Forderungen zur Lehrerarbeitslosigkeit:

- *„das Problem arbeitsloser Lehrer ist zugleich ein Problem mangelnder Planung auf Bundes- und Landesebene"*, also
- *„die GEW fordert vom Senat baldmöglichst die Vorlage eines Schulentwicklungsplans,*
- *auf seiner Grundlage ist ein Lehrerbedarfsplan vorzulegen"*,
- *„Bund und Länder müssen Entwicklungspläne für alle Bereiche vorlegen, in denen Studenten des Lehramtes ebenfalls tätig werden können"*.
- *„Die GEW (!!) muß umgehend Vorstellungen zum Verhältnis von Ausbildungsplätzen und Planstellen im Bildungsbereich entwickeln und dementsprechend politisch tätig werden"* (alle Zitate aus 3).

Diese Argumentationsweise ist typisch für die sozialdemokratisch versumpfte Politik der DGB-Gewerkschaften: keine Kritik mehr am kapitalistischen System – stattdessen sogar das Angebot, sich an seiner reibungsloseren Planung zu beteiligen. Dahinter steht die Vorstellung vom „organisierten Kapitalismus", eine uralte sozialdemokratische Demagogie. Ein Schritt auf dem Weg dahin, die Gewerkschaften zu Kampforganisationen der Arbeiterklasse zu machen, besteht auch darin, in der GEW dafür zu kämpfen, daß die arbeiterfeindliche und menschenverachtende Bildungspolitik dieses Staates beim Namen genannt wird.

Sozialplan für arbeitslose Lehrer: Verarschung der Betroffenen

Noch im Juli forderte die GEW die Anstellung aller Lehrer. Mittlerweile erhebt die GEW diese Forderung nicht mehr und fällt damit den an der Schulfront kämpfenden Eltern in den Rücken. Stattdessen beschränkt sich die GEW jetzt auf die Forderung nach „Unterbringung aller Lehramtsbewerber in Ausbildungs- bzw. Arbeitsplätzen" und Maßnahmen die durch Veränderung der Arbeitsbedingungen die Möglichkeit der Beschäftigung von Lehrern erhöhen (z.B. Arbeitszeit, Teilzeitbeschäftigung, Altersgrenze)" (Erziehung und Wissenschaft 8/75).

Es ist daher nur logisch, wenn die GEW sich besondere Gedanken über die B e w ä l t i g u n g der Lehrerarbeitslosigkeit macht – nicht etwa um ihre B e s e i t i g u n g. Entscheidend ist, daß die GEW-Führung nicht im mindesten daran denkt, die Forderung nach mehr Lehrerplanstellen zu erheben. Die GEW-Führung ist also nicht bereit, in irgendeiner Weise am Kampf der Schüler und Eltern gegen die Verschärfung der Bildungsmisere teilzunehmen, sondern fordert sozusagen eine „Umorganisierung" der Misere, die die arbeitslosen Lehrer auch irgendwie (z.B. als halbe Lehrkräfte o.ä.) unterbringen soll. Dies von einer Gewerkschaft, die für sich in Anspruch nimmt, bei der Vertretung der bildungspolitischen Interessen der Bevölkerung die erste Geige zu spielen.

Die GEW-Führung behandelt das Problem der Lehrerarbeitslosigkeit eindeutig und gezielt von einem „ständischen Standpunkt" her, der für die betroffenen Lehrer hundertprozentig in die Sackgasse führen muß. ●

Eine Genossin der BO Eimsbüttel und Lehrerkomittee KB/ Gruppe HH

Zitate:
(1) GEW-HH Vorstandsanlage 36/75
(2) GEW-HH Vorstandsanlage 33 b/7:
(3) GEW-HH Vorstandsanlage 33 a/7!



„General Blumenthal"- Schachtanlage, Recklinghausen: Betriebsrat treibt krankgeschriebene Kollegen zur Arbeit

Auf der zur Ruhrkohle AG gehörenden Schachtanlage „General Blumenthal" in Recklinghausen hat sich der Betriebsratsvorsitzende Brandau als eifriger Kapitalistenknecht und Arbeiterantreiber hervorgetan. Diesem „Arbeitnehmervertreter" erschien die Zahl der Krankmeldungen zu hoch. Das veranlaßte ihn freilich nicht, eine Verbesserung der mörderischen Arbeitsbedingungen unter Tage zu fordern. Stattdessen pöbelte er die Kollegen auf einer Betriebsversammlung an, wenn sich der Krankenstand nicht reduziere, werde er „mit der Pannschüppe dazwischengehen" (besonders schwere und breite Schaufel) und drohte, der Betriebsrat werde sich die „Schichtenbilder", d.h. die Anwesenheitslisten bestimmter Kollegen, genauer ansehen (laut „Welt der Arbeit" vom 4.7.75).

Kollegen, die mehr als durchschnittlich krank sind und bei denen „keine besonderen medizinischen Gründe vorliegen, will der Betriebsrat empfehlen, ihren Arbeitsplatz aufzugeben. Wenn solche Kollegen nicht freiwillig gehen wollen (nämlich in die Arbeitslosigkeit), will ihnen der Betriebsrat bei einer Kündigung jede Unterstützung versagen, Kündigungen also zustimmen! Auf diese Weise haben die Bergbaukapitalisten dann freie Hand, um „frische Kräfte" einzustellen, die sich profitabler ausbeuten lassen, bis es auch bei ihnen so weit ist ...

Dieses Beispiel zeigt in aller Deutlichkeit, worin rechte Gewerkschaftsfunktionäre in der kapitalistischen Krise ihre Aufgabe sehen: die Produktion sichern, die ordnungsgemäße Führung des Betriebes gewährleisten, Ruhe im Betrieb halten. Reaktionäre Gewerkschaftsfunktionäre erweisen sich damit zunehmend als die Erfüllungsgehilfen der Kapitalisten, die dafür Sorge tragen, daß der Profitfluß nicht durch die Bedürfnisse der Arbeiter geschmälert wird. Mit einer Vertretung der Arbeiterinteressen hat eine solche Politik jedoch wirklich nichts mehr zu tun. Von diesem Standpunkt aus, den Betriebsräte ja schließlich haben sollten, kann man das Verhalten des BR von „General Blumenthal" nur als völlig pervers bezeichnen. Solche Leute gehören ins Bergwerk! ●

KB / Gruppe Bremen

VW stützt die faschistische Junta in Chile!

Weitere Expansionspläne auf Kosten der VW-Arbeiter

Die staatlichen Volkswagenwerke wollen in Chile (der Diktatur der faschistischen Militärs) produzieren. Zunächst 15.000 Käfer VW 1300 sollen in Chile montiert werden („Handelsblatt", 23.7.). Bereits vor einiger Zeit hatte VW einen Vertrag über die Lieferung von 600 Taxen abgeschlossen, von denen 200 im August geliefert werden sollen. Auch



Daimler-Benz hat mittlerweile seine Beteiligung an einer LKW-Fabrik in Chile angekündigt.

Nachdem die BRD-Regierung schon im Mai der chilenischen Junta einen Milliarden-Kredit bei den „Umschuldungsverhandlungen" gewährt hat, ist dies ein neuerlicher ungeheuerlicher Beweis für die offene Unterstützung des faschistischen Regimes in Chile, das nur Dank der Wirtschaftshilfe der Imperialisten noch imstande ist, seine Herrschaft aufrecht zu erhalten, während die Arbeiter und Bauern in Chile immer mehr ins Elend abrutschen und ein großer Teil des chilenischen Volkes unter dem Existenzminimum lebt.

Man vergleiche diese Haltung mit dem Investitionsboykott westdeutscher Kapitalisten gegenüber Portugal und der politischen Erpressung der SPD/FDP-Regierung, verbunden mit einem lächerlichen, für Portugal aber sehr wichtigen, 70-Millionen DM-Kredit, der gebunden ist an eine „pluralistische" (sprich kapitalistische, vielleicht chilenische?) Entwicklung.

Die Parallelen sind eindeutig: Gestern wurde das faschistische Salazar/Caetano-Regime in Portugal vom BRD-Imperialismus politisch, wirtschaftlich und militärisch gestützt, während die linke Regierung der Unidad Popular in Chile wirtschaftlich boykottiert wurde.

Heute werden das vom Faschismus befreite Portugal und der revolutionäre Prozeß in Portugal vom BRD-Imperialismus politisch und wirtschaftlich boykottiert und erpreßt und über die NATO sogar militärisch bedroht, während das faschistische Regime in Chile sich bester Unterstützung erfreut. Daran ändern auch alle Worte einiger Minister der SPD nichts, die hin und wieder die chilenische Junta kritisieren.

Der BRD-Imperialismus erweist sich immer aufs Neue als Freund der Faschisten, während seine Feindschaft dem Streben der Völker zum Sozialismus gilt.

Die Entlassungen sind gelaufen, VW geht verstärkt nach draußen

Nachdem der größte Teil von 31.000 Entlassungen in der BRD gelaufen ist, nehmen die Expansionspläne des VW-Konzerns immer deutlicher Gestalt an.

Das Projekt in Chile ist ein Teil dieser Pläne.

Mit dem Bau eines VW-Werkes im Irak soll vermutlich im nächsten Jahr begonnen werden, in zwei bis drei Jahren sollen dann etwa 50.000 Autos im Jahr produziert werden. Auch die Pläne eines Werkes in den USA werden konkreter. Bei den Verhandlungen mit dem Betriebsrat und den Gewerkschaftsführern um Entlassungen wurde dabei immer betont, daß ein Werk in den USA nicht zur Debatte stünde. Mit diesem damals schon sehr durchsichtigen Hinhalten erkaufte man sich das Stillhalten der Gewerkschaftsvertreter.

Mittlerweile ist aber deutlich: die Entlassungen im Inland dienten zum einen einem verstärkten Abbau der Kapazitäten und der Rationalisierung in den BRD-Werken, zum anderen sind sie eine langfristig vorgeplante Maßnahme für den verstärkten Kapitalexport, der zu Lasten der Arbeiter in der BRD betrieben wird.

Die VW-Pläne für die USA schilderte VW-Boß Schmücker auf der unlängst abgehaltenen Aktionärs-Hauptversammlung: *„Eines ist sicher, den Bau einer VW-Fabrik auf der ‚grünen Wiese' wollen wir nach Möglichkeit vermeiden. Andere Wege, eine Produktion im Land aufzubauen – etwa auf dem Weg einer Kooperation mit anderen Firmen sind denkbar und werden zur Zeit überprüft"* („Wirtschaftswoche", 25.7.).

Verhandlungen mit Chrysler sind wiederholt aufgenommen worden und Schmücker war bereits persönlich in den USA. Die Aussichten beurteilte ein amerikanischer Gewerkschaftsführer, Woodcock von der Automobilarbeiter - Gewerkschaft UAW, folgendermaßen:

„Volkswagen könnte jene Autotypen beisteuern, die in Chryslers Produktpalette fehlen. Die Marktstärke von VW sowie Chryslers unausgenutzte Kapazitäten passen hervorragend zueinander. Ich kann nur hoffen, daß sich die Partner ineinander verlieben und heiraten." („Wirtschaftswoche", 25.7.).

Auf dem US-Markt versucht VW mittlerweile verzweifelt Boden gut zu machen.:

– zum erstenmal nach 16 Jahren fiel VW in der Liste der Importeure auf dem US-Markt auf den dritten Platz zurück, hinter die beiden japanischen Firmen Toyota und Datsun. Bekannt geworden ist auch das „Dumping" (vorübergehendes Herunterdrücken unter den Herstellungspreis) von VW. So kostet der Golf LS in der BRD 10.300 DM, was etwa 4.407 Dollar entspricht. In den USA wird er mit allen Extras zur Zeit für 3.330 Dollar verkauft (Woodstock: in „Wirtschaftswoche" vom 25.7., gegen VW läuft in den USA mittlerweile ein Verfahren wegen Preis-Dumping).

Je schwieriger die Export-Lage für VW wird, desto konkreter werden die Pläne eines eigenen US-Werks oder einer Produktions-Beteiligung. Schmücker sprach bereits wieder von der Vermeidung *„dramatischer Beschäftigungseinbrüche"* („Zeit", 25.7.). Damit ist klar, daß weitere Entlassungen mit einem solchen Projekt verbunden sind. ●

KB/Gruppe Bremen

Autoindustrie plant weiter Massenentlassungen

Nach einer Meldung der „FAZ" vom 4.8. plant die Automobilindustrie bis 1985 insgesamt ca. 200.000 Arbeiter auf die Straße zu setzen.

„Die Zahl der Beschäftigten im deutschen Kraftfahrzeugbau wird sich von 1973 bis 1985 wahrscheinlich von 626.000 auf 430.000 verringern. Zu diesem Ergebnis kommt die Baseler Prognos AG in einer Studie des hessischen Sozialministeriums."

Entlassungen in der Elektroindustrie

Bereits bis heute wurden in der Elektroindustrie große Entlassungen vorgenommen. Siemens hat bis heute seine Inlandsbelegschaft um 1 % (ca. 2.000 Kollegen) reduziert. Insgesamt soll nach einer Meldung des „Zentralverband der Elektrotechnischen Industrie" allein im April dieses Jahres der Beschäftigungsstand um 8 % reduziert worden sein – diese Entwicklung soll anhalten.

Weiterhin müssen in der Elektroindustrie die meisten Kollegen kurzarbeiten (127.200) und die Arbeitslosenrate liegt in der Elektroindustrie am höchsten (207.000). (Meldungen aus „FAZ" vom 28.7.)

Massenentlassungen bei Natronag

Natronag, eine Papiersackfabrik und 99 %ige Tochter der Papierwerke Waldohof, Aschaffenburg, will 150 der 630 Kollegen entlassen.

Gleichzeitig mit den Entlassungen soll das Produktionsprogramm rationalisiert werden. So sollen nur noch Spezialsäcke hergestellt werden (staubdichte beispielsweise). Der Betriebsrat verhandelt momentan um einen Sozialplan und will u.U. gerichtliche Schritte gegen die Entlassungen einleiten. (Meldung aus „Handelsblatt" vom 28.7.) ●

Gebaut, Kassiert, Stillgelegt!

Seit dem 29. Juli liegt die „Wilhelmine Essberger", ein 240.000 Tonnen (to) tragender Tankerriese, in der Geltinger Bucht, am Außenende der Flensburger Förde, vor Anker. Dort befindet sie sich „in guter Gesellschaft", denn auch die „John Augustus Essberger" (151.000 to) und die „Humboldt" (222.000 to) der Bremer Schlüssel-Reederei liegen dort schon seit einigen Wochen und warten auf Beschäftigung. Die „Heinrich Essberger", ein Neubau von 240.000 to, wird im Herbst dieses Jahres folgen.

Eine britische Schiffsmaklerfirma fand am 26. Juni heraus, daß *„. . . . eine stillgelegte Tankerflotte von 428 Einheiten (Schiffen) mit 35,8 Millionen to Tragfähigkeit vorhanden ist"*. („Hamburger Abendblatt", 11.7.75) Und weiter: *„. . . bis jetzt wurden 115 Stornierungen (Auftragsrückzüge für Neubauten) mit zusammen 28,2 Mio. t Tragfähigkeit bekannt."* („HA", 11.7.75)

Diese Zahlen allein verdeutlichen schon, daß in der gesamten kapitalistischen Welt ein Überangebot an Tankern besteht. Das liegt zum einen daran, daß die Kapitalisten von einer weiteren gigantischen Steigerung des Rohölbedarfs ausgegangen sind. Diese erwartete Steigerungsrate ist aufgrund der rezessiven Konjunktur und der damit verbundenen Drosselung der Produktion nicht eingetreten.

Die Tanker jedoch, die für den erwarteten Rohölbedarf benötigt worden wären, wurden gebaut! Die stillgelegten Tanker sind also das Produkt einer gigantischen Überproduktion von Tankertonnage.

Diese Art der kapitalistischen „Planung" läßt sich deutlich an Zeitungsmeldungen, die knapp ein Jahr auseinander liegen, zeigen. So schrieb die „Deutsche Verkehrszeitung" am 7.2.74: *„Um die steigenden Mineralöltransporte durchführen zu können, muß die Tankertonnage auf rund 422 Mio. to Tragfähigkeit vergrößert werden. Das würde eine Verstärkung der Welttankerflotte bis 1980 um 209 Mio. t oder 95 % bedeuten."*

Der „Spiegel" schrieb am 3.2.75 (6/75): *„In diesem Jahr, in dem die bereits vorhandene Welttankerflotte von rund 250 Mio. to mangels Auslastung eigentlich schrumpfen müßte, (!) werden im Schnitt pro Woche drei neue Supertanker die Werft verlassen."* Und weiter: *„Selbst wenn bis 1980 kein neuer Tanker mehr geordert (bestellt) und jeder zehn Jahre alte Tanker verschrottet würde, wäre nach den Voraussagen einiger Ölexperten zu Beginn der achtziger Jahre noch immer ein Tankerüberschuß vorhanden. (!) Denn neben den hohen OPEC-Preisen werden Öl aus der Nordsee und aus Alaska, die Öffnung des Suezkanals und der Bau von Raffinerien in OPEC-Ländern die Nachfrage nach Tankerkapazitäten für Rohöl dämpfen."*

Riesige Steuermittel für neue Tanker

Die „Wilhelmine Essberger" hat ca. 128 Mio. DM gekostet. 15 % der Baukosten erhielt die Reederei Essberger aus Bundesmitteln!! Denn: *„Ein spezielles Programm, von der Regierung 1973 beschlossen und 1974 erstmals mit einem Haushaltsansatz von 150 Mio. bedacht, sollte durch Erhöhung des normalen (?!) Zuschusses für Seeschiffe von 12,5 auf 15 % für Tanker Anreiz bieten, die Transportkapazitäten für Rohöl unter deutscher Flagge aufzustocken. Drei Reedereien kamen diesem Lockruf aus Bonn mit jeweils zwei Bestellungen nach: die Hamburger Reederei John T. Essberger, das Lübecker Unternehmen Egon Oldendorff und die HAPAG-LLOYD AG."* („Welt", 16.7.75)

Auch für das Haushaltsjahr 1975 hat die Bundesregierung wieder 150 Mio. bereitgestellt! Während also die bereits subventionierten Tanker nicht mehr eingesetzt werden können, werden neue Tanker immer noch aus den Steuermitteln der Werktätigen finanziert.

Die BRD-Imperialisten brauchen „sichere" Energiezufuhr zur Durchsetzung ihrer Großmachtpläne!

Das Bremer Institut für Seeverkehrswirtschaft fand heraus, daß 52,3 % der Tanker, die für die sieben bedeutendsten internationalen Mineralölkonzerne das Rohöl transportieren, Eigentum der Gesellschaften selbst sind („HA", 22.9.73). Zu Beginn des Tankerprogramms (1973) erklärte die Bundesregierung, daß ***„die deutsche Handelsflotte (ohne Zweifel) aus energieversorgungspolitischen Gründen genügend Tanker selbst dann, wenn die Ertragsaussichten auf diesem Wirtschaftssektor dauerhaft schlechter wären" (braucht).*** („Welt", 16.7.75)

Hier wird schon deutlicher, wohin der Hase laufen soll: es soll erreicht werden, daß die BRD mit eigenen Schiffen mit Rohöl versorgt werden kann, für den Fall nämlich, daß die ausländischen Konzerne keine Tanker mehr zur Versorgung zur Verfügung stellten.

Alles in allem laufen alle Maßnahmen auf dem Ölsektor auf das Gleiche hinaus: ob es nun die Integration der Gelsenberg AG in die Veba AG ist, der Aufbau „zweiseitiger" Beziehungen zu reaktionären Regimes im Nahen Osten (z.B. Iran, Saudi-Arabien) oder der Ausbau der BRD-Tankerflotte – die BRD-Imperialisten waren und sind bestrebt, so weit wie möglich „unabhängig" zu werden, und so nicht mehr auf die ausländischen Mineralölkonzerne angewiesen zu sein, koste es was es wolle! Denn nur so können sie ihre eigenen imperialistischen Ziele, die dann notwendigerweise den Interessen der US-Imperialisten entgegenlaufen, durchsetzen.

Steuermittel für den Bau und Steuermittel für den Betrieb

Die Reedereikapitalisten waren gerne bereit, die zur Verfügung gestellten Millionen für den Bau von Tankern zu kassieren. Aber genau so laut wie diese Herrschaften damals nach dem Tankerprogramm geschrien haben, schreien sie heute nach Unterstützung für den Betrieb der Tanker!

Professor R. Stödter („Miteigentümer" bei Essberger) auf der Überführungsfahrt der „Wilhelmine Essberger" in die Geltinger Bucht: *„Um den Einsatz dieser Tanker auch zu sichern, sollte auch eine staatliche Ladungslenkung, wie sie in anderen westlichen Ländern längst praktiziert wird, auch für die deutsche Tonnage gelten. Danach dürfte das nach Deutschland importierte Rohöl zu einem bestimmten Prozentsatz (50 %) nur von deutschen Tankern transportiert werden."* („HA", 30.7.75)

Das sagt ein Mann, dessen Verband (Verband Deutscher Reeder) vor nicht allzu langer Zeit die „Freiheit der Weltmeere" in Gefahr sah, als die Länder der Dritten Welt sich ihren gerechten Anteil am Ladungstransport für ihre Schiffe sichern wollten. Trotz der auf dem Tankermarkt bestehenden Überkapazität ist sich der Reeder Stödter recht sicher, daß die Essbergertanker zu Weihnachten wieder beschäftigt sind. („HA", 30.7.75)

Man kann gespannt sein, ob dies dann aufgrund von Subventionen oder aufgrund von Transportreglementierungen sein wird. ●

Seeleute-Genossen,
KB/Gruppe Hamburg

Arbeitsgericht Flensburg:

Grünes Licht für weitere Entlassungen!

Im Zuge der Rationalisierung des Danfoss-Konzerns waren im März 49 Kollegen des Flensburger Werkes auf die Straße gesetzt worden. 14 der entlassenen Kollegen führten gegen die Entlassung einen gemeinsamen Arbeitsgerichtsprozeß (siehe dazu AK Nr. 61). Am 30. Mai und 3. Juli fanden zwei weitere Verhandlungen vor Gericht statt. Die erste Sitzung hatte Richter Lüdemann einfach abgebrochen, nachdem die Kollegen ihre Stellungnahme vorgebracht hatten. In dieser hatten sie u.a. darauf verwiesen, daß Danfoss Neue einstelle und teilweise Überstunden fordere.

Nun wurde die Kollektivklage der Kollegen als „unbegründet" abgewiesen. In der Urteilsbegründung heißt es: *„Die Kündigung des Arbeitsverhältnisses ist hier sozial gerechtfertigt, da sie durch dringende betriebliche Erfordernisse bedingt ist".*

„Es genügt jedenfalls nicht, pauschaul auf Neueinstellungen insbesondere in auswärtigen oder sogar in Übersee gelegenen Betrieben der Beklagten oder auf gelegentliche Überstunden in einigen Teilbereichen zu verweisen ..."

„Dringende betriebliche Erfordernisse" für den Kapitalisten, mehr aus den Arbeitern rauszuholen bzw. im Ausland billiger zu produzieren, rechtfertigt auch „sozial" die Kündigung. Bei einer derartigen ausdrücklichen Unterstützung des Arbeitsgerichts für die kapitalistische Rationalisierung mag es auf den ersten Blick verwunderlich erscheinen, weshalb das Gericht so viele Sitzungen dafür benötigte. Das hatte andere Gründe.

• Richter Lüdemann hatte den miesen Trick auf Lager, den Prozeß in zwei Gruppen aufzuspalten – „das müssen sie schon dem Gericht überlassen". Bei der zweiten Gruppe wurde der Streitwert auf 600 DM erhöht, was die Kollegen jetzt blechen müssen. Doch nicht nur durch zwei getrennte Prozesse sollte die gemeinsame Klage der Kollegen aufgesplittert werden. Bei beiden Verhandlungen sollten die Kollegen gegen die übrige Belegschaft ausgespielt werden, indem die Verhandlung auf „persönliche Kündigungsgründe" bzw. die „soziale Auswahl" bei Neueinstellung vom Gericht gelenkt wurden.

In der Urteilsbegründung heißt es dazu:

„In einem derartigen Fall kann nur durch einen klaren Sachvortrag in allen Einzelheiten und unter Beweisantritt Stellung bezogen werden, wobei beispielsweise unter Namensnennung (sprich: Denunziation) *darzulegen wäre, welcher Art die Neueinstellungen waren oder in welchen Abteilungen welche Art von Arbeitskräften Überstunden zu leisten hatte".* Richter Lüdemann ist Spezialist auf diesem Gebiet: Stellte er doch vor einigen Monaten bei einer Schulung des Arbeitgeberverbandes (da gehört er auch hin) in Arbeitsrecht einigen Danfosslehrlingen die Aufgabe, unter drei Schlossern mit verschiedenen familiären Verhältnissen einen zur Entlassung vorzuschlagen!! Wen wundern dann noch die Spaltungsmanöver dieses Richters, der auch bei seiner Tätigkeit außerhalb des Gerichts schon bewiesen hat, welche engen Beziehungen zu Danfoss er hat.

Gerade Aufgabe der Entlassenen wird es sein, ihre Erfahrungen vor dem Arbeitsgericht bei Danfoss darzulegen. Kurz vor dem Urlaub wurde aus einer dänischen Zeitung bekannt, daß im Flensburger Werk lt. Aussage des Personalchefs aus dem dänischen Hauptwerk weitere 100 bis 120 Kollegen entlassen werden sollen. Es hat sich in dem Prozeß gezeigt, daß die rechtlichen Möglichkeiten systematisch eingeengt werden. Das unterstreicht die Notwendigkeit, gegen Kapitalisten und ihre „unabhängigen Behörden" die Rationalisierung selbständig zu bekämpfen. ●

Danfoss/Storno-Zelle
KB/Gruppe Flensburg

Der „heiße Draht" der Kapitalisten

Der im folgenden abgedruckte Brief des „Arbeitgeberverbandes Nordwestdeutscher Zement- und Kaliwerke e. V." an die Zement- und Kalikapitalisten zeigt sehr anschaulich, wie die Kapitalisten auf anstehende Untersuchungen der Gewerbeämter vorbereitet werden.
Der Abschlußbericht der „untersuchenden" Gewerbeaufsichtler dürfte keine Beanstandungen zu verzeichnen haben!

Abschrift:

Arbeitgeberverband Nordwestdeutscher Zement- und Kaliwerke e. V. 472 Beckum, Wilhelmstr. 98, Postf. 1769, Tel.: (o2521)4575/6, Fernschreiber Nr. 89446

Persönliche Information
Z-Rundschreiben NRW – Nr. 5/75
K-Rundschreiben – Nr. 3/75

den 21. März 1975

An die D i r e k t i o n e n der Mitgliedsfirmen
p e r s ö n l i c h , v e r t r a u l i c h !

Betr.: Betriebskontrollen im Rahmen des Jugendarbeitsschutzgesetzes

Sehr geehrte Herren,

wie wir von der Landesvereinigung der Industriellen Arbeitgeberverbände Nordrhein-Westfalen e. V. erfahren, hat das Arbeits- und Sozialministerium Nordrhein-Westfalen die Gewerbeaufsichtsämter angewiesen, in der Zeit vom 2. bis 13. Juni 1975 in einer Sonderaktion in Betrieben mit 1 – 199 Beschäftigten die Einhaltung der Vorschriften des Jugendarbeitsschutzgesetzes zu überprüfen. In diese Überprüfung werden Zement- und Kaliindustrie einbezogen. Wir empfehlen Ihnen daher, die Bestimmungen des Jugendarbeitsschutzgesetzes genau zu beachten. Überprüft werden soll die Einhaltung der Vorschriften über:

Tägliche Höchstarbeitszeit
Wöchentliche Höchstarbeitszeit
Tägliche Freizeit
Ruhepausen
Frühschluß vor Sonntagen
Sonntagsruhe
Ersatzfreizeiten
Nachtarbeitsverbot
Sonntagsruhe
Ersatzfreizeiten
Nachtarbeitsverbot
Berufsschule
Urlaub
Akkord-,Fließ-,und Prämienarbeit
Ärztliche Untersuchungen (Erstuntersuchungen nicht durchgeführt, Nachuntersuchungen nicht durchgeführt)
Ärztliches Beschäftigungsverbot
Formvorschriften
Sonstiges
Verbot der Beschäftigung von Kindern.

Da die Gewerbeaufsichtsämter keinen Überblick über den jeweils genauen Beschäftigungsstand der Firmen haben, empfehlen wir, daß sich auch Betriebe mit einem die Zahl 200 übersteigenden Beschäftigungsstand (etwa bis 300 Arbeitnehmer) auf diese Aktion einstellen.

Mit freundlichen Grüßen
Arbeitgeberverband Nordwestdeutscher Zement- und Kaliwerke e. V.
Witt

(Den Brief entnahmen wir dem „Informations-Dienst", Frankfurt, Nr. 90, vom 26.7.75.) ●

Chemie-Komitee
KB / Gruppe Hamburg

Anzeige

Anzeige



„Fabrikbesetzung"

„Fabrikbesetzung"

Die Vertrauensleuteleitung der Belegschaft Seibel & Söhne gibt eine Broschüre „FABRIKBESETZUNG" heraus, die einen guten Überblick über Verlauf und Stand des Kampfes gibt (Solidaritätspreis 4,– DM). Andererseits ist diese Broschüre aber auch mit Vorsicht zu genießen, was die Lorbeeren für die IG Chemie und deren Unterstützung angeht.

So schreiben die Erwitter in der Einleitung ihrer Broschüre: „Unsere Gewerkschaft, die IG Chemie, Papier, Keramik, hat unseren Notwehrakt mit aller rechtlichen und finanziellen Hilfe voll unterstützt." Schön wär's ja gewesen.

Die Broschüre ist zu beziehen über:
Erwitte Solidaritätskomitee Hamburg
c/o R. Horn
2 Hamburg 20
Mansteinstr. 36
Tel. 40 50 08
oder direkt:
Betriebsrat/Vertrauenskörperleitung der Firma Seibel & Söhne
4723 Neubeckum
Postfach 225
Tel. 02943/3356
Spendenkonto:
Belegschaft der Fa. Seibel & Söhne, Volksbank Erwitte, Konto Nr. 8499

Hamburg:

Siemens will Frauen und Ausländer entlassen

Wir haben bereits im Ak 63 darauf hingewiesen. daß bei Siemens in Hamburg Entlassungen vor der Tür stehen. Nach typischer Kapitalistenmanier verfährt auch Siemens bei den jetzt anstehenden Kündigungen so, daß sie, um jedes einheitliche Vorgehen der Kollegen zu verhindern, erst einmal versuchen, die Ausländer und Frauen loszuwerden.

Wir haben schon öfters beschrieben, was sich Siemens bei den Frauen hat alles an Tricks einfallen lassen.

In ähnlicher schweinischer Form wollten sie jetzt 15 türkischenKollegen kündigen. Diese türkischen Kollegen arbeiten seit mehreren Jahren in der Montageabteilung I. Sie wurden z.T. von heute auf morgen in eine andere Abteilung versetzt. Wohl auch zu dem Zweck, sie von ihren Kollegen, mit denen sie jahrelang zusammengearbeitet haben, zu trennen. Sie wurden mit der Begründung , daß in der MA nichts mehr zu tun sei, versetzt. Im Schiffsbau ließ man sie einige Wochen wesentlich härtere Arbeit machen, um dann unter der Hand zu verbreiten, sie seien faul, man könne sie nicht gebrauchen etc. Da die Kapitalisten aber wegen „Faulheit" nicht kündigen können, einigten sie sich mit dem Betriebsrat (!) auf Kündigung wegen „Arbeitsmangel". Sechs von den ersten 15 Kündigungen, die geplant waren, sind nun ausgesprochen worden. Zuvor starteten die Geschäftsleitung und Betriebsrat noch ein besonderes Manöver. Sie suchten die Kündigungskandidaten mit einem türkischen Dolmetscher auf, durch den der BR-Vorsitzende den Kollegen empfehlen ließ, selber zu kündigen. Die Rechnung ging fur diese Leute aber nicht auf. Die Kollegen fielen auf dieses üble Spiel nicht herein. Daraufhin erklärte die GL, daß sie einigen Kollegen noch einmal eine „Chance" geben und ihre „Probezeit " verlängern würde . Man scheut sich wohl noch vor größeren Entlassungen mit einem Schlag und will das Ganze häppchenwiese servieren. Übrig für die Kündigungen jetzt blieben die sechs, denen „Arbeitsunwilligkeit" vorgeworfen wird. **Die betroffenen Kollegen haben fast alle eine größere Familie zu Sie sind erst einige Jahre in der BRD, also mit Leichtigkeit abzuschieben!**

Diese sozialen Schwierigkeiten interessierte die Mehrheit des Betriebsrates in keiner Weise. So kam es, daß nur 40% des Betriebsrates den Kündigungen widersprechen wollte ! ! Also konnten die Kapitalisten mit Zustimmung des Betriebsrates die ersten sechs Kündigungen durchziehen.

.Gleichzeitig sollten auch neun Frauen, 8 Türkinnen und eine Westdeutsche, die Vertrauenfrau ist, die Kündigung ausgesprochen werden. Bei diesen Kündigungen versuchte man erst gar nicht, durch irgendwelche Verschiebungen in andere Abteilungen etwas zu verheimlichen. Doch inzwischen hatte sich auch der Widerspruch innerhalb des BRs verschärft und diesmal lehnte die Mehrheit des BRs die Kündigungen ab. Dies ist zweifellos ein Schritt in die richtige Richtung! Die Kolleginnen haben bei einer Kündigungsschutzklage wesentlich bessere Chancen. den Prozeß auf Weiterbeschäftigung vor dem Arbeitsgericht zu gewinnen.

Und daß die Kollegen sich diese Kündigungen nicht bieten lassen wollen, haben sie bei einer ersten Zusammenkunft in der letzten Woche gezeigt. Die Männer sind bereit, sich gegen diese bereits ausgesprochenen Kündigungen zu wehren. Ein gewerkschaftlich organisierter Kollege hat den Rechtsbeistand der IGM in Anspruch genommen. Die unorganisierten Kollegen haben bereits durch ihren Rechtsbeistand eine gemeinsame Kündigungsschutzklage eingereicht. Auch die Frauen, denen ja noch nicht gekündigt worden ist, haben sich an dieser ersten Zusammenkunft beteiligt, denn auch sie sind nicht gewillt, sich nach jahrelanger Schufterei einfach von Siemens rausschmeißen zu lassen. Es wird für die Kollegen, die bei Siemens arbeiten, eine sehr wichtige Erfahrung sein, zu sehen, daß man sich Kündigungen nicht gefallen zu lassen braucht, daß man durchaus etwas dagegen unternehmen kann. Doch noch viel entscheidender wird es sein, die Spaltung zwischen deutschen Arbeitern und ausländischen Arbeitern zu überwinden, damit (bei Einbeziehung des Vertrauenskörpers und, wenn möglich, auch ein Teil des BRs) eine gemeinsame Kampffront der Kollegenschaft zur Abwehr der kommenden Kündigungen bei Siemens entwickelt werden kann! ●

Betriebszelle Siemens
KB-Gruppe Hamburg

„Sozial"amt hilft durchArbeitsvermittlung:

89,– DM Wochenlohn!

Die hohe Arbeitslosigkeit nutzt die Kapitalistenklasse und ihr Staat zu immer neuen Möglichkeiten, billige Arbeitskräfte zu vermitteln. So schickt das Arbeitsamt in Lübeck Leute, die finanzielle Schwierigkeiten bei der Überbrückung der Zeit vom Antrag auf Arbeitslosengeld bis zur Zahlung desselben haben, zum „Sozial"amt. Hier wird einem dann aus der „Patsche geholfen". Die „Sozial"arbeiter halten sich bei dieser „Hilfe" streng an „Recht und Gesetz": Im Bundessozialhilfegesetzt § 18 heißt es: *„Jeder Hilfesuchende muß seine Arbeitskraft zur Beschaffung des Lebensunterhaltes für sich und seine unterhaltsberechtigten Angehörigen einsetzen."* Und weiter § 19 (1) *„Für Hilfesuchende, die keine Arbeit finden können, sollen nach Möglichkeit Arbeitsgelegenheiten geschaffen werden."* Man kann sich auch nach § 20 (1) richten und im Einzelfall *„die Bereitschaft eines Hilfesuchenden zur Arbeit prüfen."* Auf Grund dieser Paragraphen vermittelt das „Sozial"amt die Hilfesuchenden dann an das Garten- und Friedhofsamt. Oder man kann in der „Sozial"amts-eigenen Wäscherei Wäsche für städtische Altersheime reinigen. An das Gartenbauamt vermittelt darf der „Naturfreund" in den städtischen Parks oder umliegenden Wäldern schaffen. Hier arbeitet man mit festeingestellten Kollegen zusammen, die Tariflohn bekommen und in einem festen Arbeitsverhältnis stehen. Die Bezahlung der Hilfesuchenden wird nach § 19 (2) geregelt. *„Entweder"* kann ihnen *„das übliche Arbeitsentgeld oder Hilfe zum Lebensunterhalt"* gewährt werden. Aus Spargründen zahlt das „Sozial"amt natürlich nicht den üblichen Lohn, sondern „Hilfe zum Lebensunterhalt", und zwar für die oben erwähnten Arbeiten 89,– DM pro Woche! Das sind 2,22 DM Stundenlohn. Man kann noch Mietbeihilfe bis zu 180,– DM monatlich dazubekommen. – Na, wenn das nicht „sozial" ist! Jetzt kommt noch § 19 (3) zur anwendung. *„Wird Hilfe zum Lebensunterhalt gewährt, so wird kein Arbeitsverhältnis im Sinne des Arbeitsrechts und kein Beschäftigungsverhältnis im Sinne der gesetzlichen Kranken- und Renten-Versicherung begründet. Die Vorschriften über den Arbeitsschutz finden jedoch Anwendung."*

Das Bundessozialhilfegesetz wurde im März 1974 geändert. Es enthält jetzt folgende Bestimmungen: *„Aufgabe der Sozialhilfe ist es, dem Empfänger der Hilfe die Führung eines Lebens zu ermöglichen, das der Würde des Menschen entspricht. Er soll in absehbarer Zeit wieder selbst für seinen Lebensunterhalt sorgen können und hat zur Erreichung dieses Ziels nach Kräften mitzuwirken. Wer sich weigert, durch Leistung einer zumutbaren Arbeit zu seinem Lebensunterhalt selbst beizutragen, hat keinen Anspruch auf Sozialhilfe".* „Würde des Menschen"! Die ist ganze 89,– DM die Woche wert!! Die hohe Zahl der Arbeitslosen erhöht auch die Zahl der Hilfesuchenden. Die Stadt kann also verstärkt auf diese billigen Arbeitskräfte zurückgreifen. Gleichzeitig haben diese schlecht bezahlten Kräfte die Funktion als Lohndrücker.

Für die Kapitalisten und ihren Staatsapparat deuten sich hier noch „großartige Möglichkeiten" an. Möglichkeiten, wie sie unter dem Hitlerfaschismus bereits wahrgenommen wurden. Die hohe Arbeitslosenzahl wurde durch Vermittlung der Arbeitslosen z.B. zum Straßenbau und anderen Arbeitseinsätzen abgebaut.

Ablehnung der Arbeit bedeutete damals für die Arbeitslosen Streichung der Unterstützungsgelder. Aber auch die „Bezahlung" der Arbeitseinsätze verbesserte die Höhe der Unterstützungsgelder nicht. ●

Metallzelle II
KB/Gruppe Lübeck

Arbeitsplatzsicherung a la SPD

– Massenentlassungen bei Reynolds –

Nach Einführung der Kurzarbeit am 23.6.75, durch die angeblich Entlassungen verhindert werden sollten, wurde der Betriebsrat am 30.7.75 davon informiert, daß bis zum 30.9.75 70 Kollegen gefeuert werden sollen. Das ist das vorläufige Ergebnis einer Etappe, in der die immensen Aufwendungen an Steuergeldern zuerst als „für die Schaffung", später als „für die Erhaltung von Arbeitsplätzen" nötig deklariert wurden.

So tönte Senator Kern in einem großaufgemachten Artikel der „Morgenpost" vom 1.2.75: *„Ich sehe keine Gefahr für die Arbeitsplätze".* Der Reynolds-Pressesprecher zur „Welt" am 4.2.75: *„Die 1.200 Arbeitsplätze bei Reynolds in Altenwerder sind nicht gefährdet."* Sogar als schon durch die Presse bekannt war, daß größere Entlassungen anstehen, besaß die SPD-Bürgerschaftsfraktion die Unverschämtheit, als Hauptgrund für die Zustimmung zum arbeiterfeindlichen Verkaufsmodell die „Erhaltung" der Arbeitsplätze anzugeben. Als nun der Senat trotz seines Taktierens an den Entlassungen nicht mehr vorbeikonnte, behauptete Senatsdirektor Kölling auf der Reynolds Betriebsversammlung am 13.8.75 dreist, daß die Reynolds Kollegen den 1,7 Mio. Hamburgern dankbar sein müßten, daß angeblich „nur" 50 Kollegen gekündigt würden, der Rest aber weiterarbeiten dürfe. Aber schon einen Tag zuvor wußte die „FR" zu melden, daß nach den Senatsplänen in den nächsten fünf Jahren 500 fliegen sollen. („FR", 12.8.75) Es wird hieran deutlich, daß ein unverschämtes Täuschungsmanöver gegenüber der Hamburger Bevölkerung und den Reynolds Kollegen stattfinden sollte.

Die Entlassungen sind Rationalisierungsmaßnahmen, die aufgrund des als Kurzarbeit getarnten Tests durchgeführt werden. Der Reynolds-Vertrauenskörper zu diesen Vorgängen in einem Flugblatt, das am Morgen vor der Betriebsversammlung verteilt wurde:

„Trotz aller aufgewandten Steuergelder (Bisher etwa 650 Mio. DM) und Versprechen (Senator Kern: „1.200 neue Arbeitsplätze") wie den Zusagen, im Rahmen des Verkaufes alle Arbeitsplätze zu erhalten, werden jetzt 70 Kollegen entlassen, 30 umbesetzt, die Belegschaft gespalten, alles durch die Aufteilung des Werkes. Auf der einen Seite wird das Walzwerk unter Geschäftsführung von Reynolds stehen, auf der anderen Hütte und Gießerei unter den drei Firmen Reynolds, VAW und Österreichische Metallhütte. Monatelang sind Verhandlungen über Steuergelder der Hamburger Bevölkerung und die Zukunft der Belegschaft geführt worden.

Jetzt wird deutlich, daß die Interessen der Belegschaft überhaupt nicht berücksichtigt worden sind, den Interessen der Unternehmer ist dagegen voll und ganz entsprochen worden...

Aus den Aussagen der Geschäftsleitung wie einzelner Abteilungsleiter ist zu entnehmen, daß dies die Entlassungs- und Umbesetzungszahlen sind, auf die man sich erstmal mit VAW geeinigt hätte, d.h. daß erst der erste Schritt gegen die Belegschaft vollzogen wird und daß weitere folgen werden. Daraus wird klar, daß jetzt der Zeitpunkt gekommen ist, solidarisch mit den direkt Betroffenen gegen die Maßnahmen vorzugehen. Aus einer Abteilung haben sich ca. 20 Kollegen nach Feierabend getroffen, um über Gegenmaßnahmen auf der Betriebsversammlung zu diskutieren. In einer darauffolgenden VK-Sitzung wurden die Entlassungen abgelehnt. Auf der Betriebsversammlung sollte eine Protesterklärung verabschiedet werden, in der die Geschäftsleitung aufgefordert wird, die Kündigungen zurückzunehmen.

Die Erklärung sollte dazu dienen, in der Öffentlichkeit über die Vorgänge bei Reynolds zu informieren."

Ähnlich wie die Auffassung des VK war die Stellungnahme des Betriebsrates (BR) auf der Betriebsversammlung.

Durch Beiträge aus der Belegschaft sowie durch erheblichen Beifall wurden die Stellungnahmen von VK und BR unterstützt. Daß die Demagogie des Senats nicht, wie von Seiten dieser Vögel gewünscht, verfing, drückte sich durch den Demonstrationszug einer Abteilung aus. Die Kollegen hatten mit dem VK Transparente mit Parolen vorbereitet, wie: ***„Gegen den Betrug von Reynolds und Senat hilft nur die entschlossene Tat", „650 Mio. Steuern, 70 Kollegen will Reynolds dafür feuern", „Arbeitsplätze her, sonst geben wir keine Ruhe mehr", „Im Rationalisieren sind sie fix, für die Arbeitsplätze tun sie nix", „70 waren nur der erste Streich, doch der zweite folgt sogleich".*** Dieser deutliche Ausdruck der Ablehnung der Entlassungen durch die Belegschaft machte den anwesenden Senatsdirektor Kölling und die Geschäftsleitung sichtlich nervös.

Der Versuch, das Aufstellen der Transparente als „nicht ordnungsgemäßen Ablauf der Betriebsversammlung" darzustellen, wurde mit Pfiffen und Buh-Rufen zurückgewiesen.

Der BR-Vorsitzende dazu: *„Wenn überhaupt jemand die Ordnung gefährdet, dann die Geschäftsleitung, die mit ihrer Vorgehensweise genügend Unruhe in den Betrieb gebracht hat, so daß diese Transparente als Unmutsäußerung dagegen gerechtfertigt sind."*

Die später folgende Rede von Kölling war offenbar mit der Absicht verbunden, die Belegschaft mit schulmeisterlicher Arroganz abzukanzeln und zu beschimpfen. Diese Absicht wurde unter großem Beifall von einem BR-Mitglied als „Unverschämtheit" zurückgewiesen.

Leider wurde durch zu langes Warten des VK der Zeitpunkt verpaßt, um mit mehr Kollegen vors Tor zu gehen, so daß zum Schluß der Betriebsversammlung nur relativ wenig Kollegen mitkamen, um der dort hinbestellten Presse ihren Protest mitzuteilen.

Auf der Betriebsversammlung wurde mit Mehrheit eine Protesterklärung beschlossen, in der die Kündigungen mit aller Schärfe zurückgewiesen wurden.

Die bürgerliche Presse:

Die Berichterstattung in der Presse über die Ereignisse bei Reynolds entsprachen dem nur wenig. Wenn Kern sich mit „Bei Reynolds muß Hamburg Haare lassen" („MoPo" v. 13.8.) zu Wort meldet, die FDP-Führerin Helga Schuchardt zuerst den Konkurs fordert, dann aber dem Modell zustimmt, gibt es Balkenüberschriften, wenn die Kollegen sich melden, gibt es höchstens kleine unauffällige Bemerkungen auf der dritten Seite. Wie im Fall der Presseerklärung des BR (siehe Abdruck), aus der z.B. in der „Morgenpost" nur ein Satz zitiert wurde. Es ist wohl nur logisch, daß jene Lumpenjournalisten kein Interesse daran haben, ein Gangsterstück aufzudecken, das sie unterstützt haben. Nicht anders verfuhren sie mit der Berichterstattung über die Betriebsversammlung. Trotz der ausführlichen Aussagen von Kollegen gab es in der „MoPo" vom 14.8.75 nur einen winzigen Artikel auf der letzten Seite.

Das „Hamburger Abendblatt" stellte die Sache so dar, als wäre CDU-Führer Echternach der Interessenvertreter der Kollegen.

Was tun?

Um die Maßnahmen gegen die Entlassungen gab es unter den Kollegen viele Auseinandersetzungen. Die einen resignierten von vornherein („da kann man doch nichts machen"), andere schwankten („Ich würde ja mitmachen, aber die anderen wollen ja nicht.").

Nur ein kleiner Teil schlug gemeinsame Abwehrmaßnahmen vor, die selbstverständlich auch den größten Erfolg garantieren.

Durch die in der Zentralwerkstatt durchgeführten drei (!) Abteilungsversammlungen erreichten die Kollegen, daß die Geschäftsleitung (GL) ihren Forderungen nachgibt und die Namen derjenigen, die nicht gekündigt werden sollen, nennt.

Ein weiterer guter Ansatz war das Treffen von 25 Kollegen nach Feierabend, wo die Durchführung des Demonstrationszuges zur Betriebsversammlung geplant wurde. Die Durchführung selbst war auch ein guter Erfolg. Nur allein auf solche Aktionen ist es zurückzuführen, daß die Geschäftsleitung jetzt nicht mehr 70, sondern „nur" noch über 50 Kollegen vorerst entlassen will.

Als einen Versuch, die aktivsten Kollegen an die Kette zu legen und die übrigen einzuschüchtern, muß der Angriff der GL auf die gewerkschaftliche Betätigung im Betrieb gesehen werden.

Auf ein Flugblatt des VK, das zu einer öffentlichen VK-Sitzung zur Vorbereitung der Betriebsversammlung aufrief, reagierte sie nervös mit einem Schreiben, in dem u.a. stand: „Schließlich sei bemerkt, daß Vertrauenskörper-Sitzungen während der festgesetzten Arbeitszeiten nicht öffentlich sind, bzw. überhaupt sein können (nichtstatthaftes Entfernen vom Arbeitsplatz)."

Die Aufgabe der Linken im Betrieb wird es sein, gerade um auf die noch kommenden Angriffe vorbereitet zu sein, die maßgeblich an den Aktionen beteiligten Kollegen zusammenzufassen zu einer kontinuierlichen gewerkschaftlichen Arbeit im Betrieb. ●

Betriebzelle Reynolds

Hamburger Stahlwerke:

Terror mit Methode

Vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Wirtschaftskrise haben auch die HSW-Kapitalisten die verstärkte Rationalisierung und Ausbeutung der Arbeiter und Angestellten auf ihre Fahnen geschrieben. Dabei können sie heute die Erfolge für ihre mehr als dreijährige Offensive gegen die Arbeiter und Angestellten bei HSW verbuchen. Nachdem es ihnen nunmehr vollständig gelungen ist, den Betriebsrat und den Vertrauensleutekörper mit solchen „Kollegen" zu besetzen, die offen und ungeschminkt die Absichten der Kapitalisten in der Belegschaft durchsetzen. Ein Kampf um bessere Arbeits- und Sozialbedingungen hat dabei keinen Platz. Den derzeitigen Versuchen, durch Kurzarbeit, Entlassungen und technischer Rationalisierung den Arbeitsdruck auf die Kollegen noch weiter zu steigern, stehen die Kollegen fast schutzlos gegenüber.

Mit Gerüchten Angst verbreiten. . . .

Lange bevor diesmal der endgültige Termin für die Kurzarbeit feststand, wurden eifrigst Gerüchte in den Betrieb hineingetragen. Erst hieß es, Kurzarbeit nur drei Wochen im August und nur für das Stahlwerk (StW), dann: Kurzarbeit für alle, dann: Totale Betriebsstillegung vom 11.8. - 10.9., die Reduktion bleibt bei voller Produktion.

Wie schon so oft, verkündete der BR dann die endgültigen Termine der Kurzarbeit. (Stahlwerk etc. vom 10.8. - 7.9., Reduktion vom 24.8. - 7.9., Walzwerk (WW) vom 10.8. - 31.8.) Ebenfalls von der Kurzarbeit betroffen sind die Angestellten.

Die „Begründung" durch den BR fiel sehr „knapp" aus: „Der Betriebsrat hat nach eingehender Prüfung der ihm übermittelten Unterlagen die Betriebsvereinbarung über Kurzarbeit vom 10.3.75 dahingehend durch einstimmigen (!) Beschluß ergänzt bzw. erweitert, daß die Mitarbeiter des StW und WW ... zur Kurzarbeit angemeldet werden" (Aushang v. 11.7.)

Als Begründung ist das gar nichts. Nicht einmal die abgedroschenen Formeln der „wirtschaftlichen Schwierigkeiten" wurden benutzt.

. . . und dann zuschlagen!!!!

Doch bei der Verkündung dieser Kurzarbeit (mittlerweile die dritte von vier Wochen im Jahre 1975) blieb es nicht allein. Zusätzlich tauchten Gerüchte um massenhafte Entlassungen auf. Am Montag, den 21.7.75, mußten viele Kollegen, Angestellte und Arbeiter, kurz vor Feierabend im Personalbüro erscheinen, wo ihnen klargemacht wurde, daß sie schon gekündigt seien oder demnächst zur Kündigung anstehen. Es wurde viel von der „schlechten wirtschaftlichen Lage" erzählt, die die Entlassungen nötig machten. Welche wirtschaftlichen Schwierigkeiten die Entlassenen bei gegenwärtig 1,1 Millionen Arbeitslosen in der BRD bekommen, ist den HSW-Kapitalisten egal.

Entlassen werden ca. 70 Angestellte, Techniker etc. und eine noch unbekannte Zahl von gewerblichen Kollegen.

Das „Risiko" der Kapitalisten oder Einsparungen im großen Stil!!!

Das Klagen über die „schlechte wirtschaftliche Lage" ist eine freche Lüge. Denn nach der Veröffentlichung seiner Bilanzen gehört Korf (Haupt-Besitzer der HSW) nicht zu den „Verlierern" der Stahlindustrie: *„Das Geschäftsjahr '74 war für die Korf Stahl AG das bisher erfolgreichste Jahr. Sowohl beim Umsatz als auch beim Ergebnis wurden Spitzenwerte (!) erzielt" ... „Bei einem um 38% auf 705,8 Mill. DM erhöhten Gruppenumsatz wurde ein Gruppenergebnis von 49,5 Mill. DM erwirtschaftet"* („Süddeutsche Zeitung" v. 3.7.75).

Diese Ergebnisse fanden (natürlich!) die *„vollste Befriedigung des Vorstandes"* (ebenda). Dabei kann Korf darüber am meisten „befriedigt" sein, daß es ihm gelungen ist, bei einem nur um 20 (!) Personen vergrößerten Personalbestand im gesamten Konzern den Gewinn um 800% (!) zu vergrößern: Von 6,2 Mio. DM auf 49,5 Mio. DM („Welt" vom 2.7.75). Wie Korf froh vermeldete, hat *„sich am deutlichsten das Ergebnis 1974 bei den Hamburger Stahlwerken gebessert, an der die Korf Stahl AG mit 51% beteiligt ist. Sie erwirtschaftete einen Jahresüberschuß von 33 Mill. DM."* („Süddeutsche Zeitung" vom 3.7.75).

Für die Kollegen bei HSW bedeutet dieser Gewinn allerdings harte Arbeit unter brutalen Arbeits- und Sozialbedingungen.

Daß Korf unter der gegenwärtigen „Flaute" nicht allzusehr zu „leiden" hat, geht aus seinen weiteren Plänen hervor. Eine in der Korf-Stahl AG beabsichtigte Kapitalerhöhung um 10 Mio. DM *„soll ausreichen, um die Eigenmittelanteile an zwei solide durchfinanzierten neuen Projekten zu bestreiten: erstens rückt der Baubeginn für das mit 37,5% Korf-Anteil in Ottmarsheim/Elsaß geplante Stahl- und Walzwerk näher ... und zweitens steht in Emden (mit 700 - 900 Mill. DM geschätzten Investitionen) das von der Korf Stahl AG initiierte große Eisenschwammprojekt deutscher Stahlunternehmer bevor ..."* („Welt" vom 2.7.75). Und weiter heißt es: *„Ohne Dämpfung durch die Stahlbaisse läuft andererseits das Anlagengeschäft für Direktreduktionen auf vollen Touren weiter".*

Rationalisierungen bei HSW!!

Bei HSW soll die Kurzarbeit im August dazu dienen, den Ausbau des dritten Ofens und die Hallenentstaubung weiter zu treiben. Die Kollegen dagegen müssen wieder finanzielle Verluste hinnehmen. Die mittels Entlassungen bei den Kollegen erzeugte Angst um den verbliebenen Arbeitsplatz nutzen die HSW-Kapitalisten für eine erneute Mehrbelastung der Kollegen aus. Bei den Angestellten war ganz deutlich festzustellen, daß mit der Arbeit früher begonnen und später aufgehört wurde und daß „freiwillig" auf die Mittagspause verzichtet wurde. Außerdem machten die Kollegen die Arbeit für die Entlassenen so „nebenbei" gleich mit.

Im Magazin wurdenMitte Juni Einsparungen im großen Stil vorgenommen. Die Ausgabe wurde werktags am 19.oo Uhr eingestellt und am Wochenende vollständig (3 Planstellen eingespart). Diese drei Kollegen sind heute auch schon mit Sicherheit entlassen worden. Für die Kollegen, die bisher Schichtarbeit hatten, entstehen finanzielle Verluste. Bei den Elektrikern der WE/E sind schon oder sollen demnächst 9 Kollegen entlassen werden, von denen einige schon über 3 Jahre bei HSW beschäftigt sind.

Die Entlassungen bei den Angestellten wurden so „gerechtfertigt", daß erst einmal die „Doppelverdiener" bei HSW entlassen werden sollen. Dies wurde auch noch als besonders sozial verkauft.

Den Entlassungen in den verschiedenen Betriebsteilen stehen Anzeigen für die Anwerbung neuer Arbeitskräfte gegenüber (siehe Kasten). Ausserdem werden immer mehr Kollegen als Anlernlinge für den „Hüttenfacharbeiter" eingestellt. Dabei entstehen für die HSW-Geschäftsleitung fast keine Kosten, denn 90 % der Umschüler beziehen ihr Geld vom Arbeitsamt.

Ein dicker Hammer: Urlaubssperre

Einen dicken Hammer leisteten sich die HSW-Kapitalisten mit der Ende Juni verordneten Urlaubssperre. Vielen Kollegen war schon im Januar und Februar 75 auferlegt worden, ihren Termin für den Jahresurlaub festzulegen. Jetzt wurde kurzfristig (einige erfuhren erst 3 Tage vor ihrer Reise davon) eine Urlaubssperre für Juli verhängt.

Den Kollegen wurde angeboten, im August und September während der Kurzarbeit den Jahresurlaub zu nehmen.

Dabei war es den HSW-Kapitalisten egal, ob diese Urlaubssperre Kollegen mit schulpflichtigen Kindern betraf, die im August eben wieder zur Schule müssen, oder ausländische Kollegen, die verständlicherweise im Dezember und über die Weihnachtstage ihren Urlaub beansprucht hatten. Besonders bei den ausländischen Kollegen, die sich zur Wehr gesetzt hatten und ihren eigentlichen Jahresurlaub forderten, wurde sofort mit der Kündigung gedroht. Nur so konnten die HSW-Kapitalisten auch diesmal wieder ihre Ziele durchsetzen.

In dieser Atmosphäre der Angst und Unsicherheit wurden im Juli 50.000 to Stahl produziert, mehr als je zuvor. Dies wurde aber nur erreicht durch gnadenlose Hetzerei und Antreiberei und ohne Rücksicht auf Verluste.

Und alles bei einer mörderischen Hitze. Für die Kollegen war es da ein glatter Hohn, wenn die „Bild-Zeitung" v. 11.7. schrieb: *„Aber es gibt auch Firmen, wo sich das Schwitzen bezahlt macht – da gibt's Hitzezuschläge. Zum Beispiel bei den Hamburger Stahlwerken bekommt ein Schmelzofenarbeiter (Durchschnittslohn 12 Mark) bei Hitze bis zu fünf Mark Stundenzuschlag. Dann schwitzt er auch bei 70 Grad."* ●

Daran ist kein wahres Wort!

Entlassung von BR-Kandidaten !!

Ein weiterer Höhepunkt der Offensive gegen die Belegschaft sind die Entlassungen zweier fortschrittlicher Kandidaten der letzten Betriebsratswahl. Daß die Kandidaten nach dem BetrVG ein halbes Jahr Kündigungsschutz haben, hat die Kapitalisten nicht gekümmert. Einem der betroffenen Kollegen soll erklärt worden sein, daß im Falle von Rationalisierungen der Kündigungsschutz für Betriebsräte nicht gelte. ●

HSW-Betriebszelle
KB / Gruppe Hamburg

„... diesen Staat und seine Verfassung als einen hohen positiven Wert erkennen"

Das Bundesverfassungsgericht verschärft die Praxis der Berufsverbote

Am 25. Juli veröffentlichte das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe eine umfangreiche Entscheidung zum Thema „Radikalenerlaß". Mit diesem Urteil wurde ein seit 1972 schwebendes Verfahren abgeschlossen, in dem der aus Schleswig-Holstein stammende Heiner Sämisch darum gekämpft hatte, als Rechtsreferendar seine Ausbildung abschließen zu können.

Sämisch war die Übernahme in den Vorbereitungsdienst verweigert worden, da er sich aktiv an der Arbeit der „Roten Zelle Jura" an der Kieler Universität beteiligt haben soll. Nach Meinung der Justizbehörden verfolgte die „Rote Zelle Jura" „verfassungsfeindliche Bestrebungen". Das Bundesverfassungsgericht nahm allerdings nicht nur zur Frage Stellung, ob „Radikale" vom Staat ausgebildet werden müssen, sondern zu a l l e n wesentlichen Punkten der bisherigen Berufsverbotepraxis. **Mit diesem Urteil zeichnet sich eine deutliche Verschärfung der Verfolgung von Demokraten und Kommunisten im öffentlichen Dienst ab.**

Das Urteil läßt sich in sieben Punkten zusammenfassen:

1 „*Die politische Treuepflicht* (der Beamten) *fordert mehr als nur eine formal korrekte, im übrigen uninteressierte, kühle, innerlich distanzierte Haltung gegenüber Staat und Verfassung; sie fordert vom Beamten insbesondere, daß er sich eindeutig von Gruppen und Bestrebungen distanziert, die diesen Staat, seine verfassungsmäßigen Organe und die geltende Verfassungsordnung angreifen, bekämpfen und diffamieren. Vom Beamten wird erwartet, daß er diesen Staat und seine Verfassung als einen hohen positiven Wert erkennt, für den einzutreten sich lohnt.* (!)

Politische Treuepflicht bewährt sich in Krisenzeiten und in ernsthaften Konfliktsituationen, in denen der Staat darauf angewiesen ist, daß der Beamte Partei für ihn ergreift. " (1)

„***Ist auf die Beamtenschaft kein Verlaß mehr, so sind die Gesellschaft und ihr Staat in kritischen Situationen ‚verloren'.*** " (2)

2 „*Der Überzeugung, daß der Bewerber die Gewähr* (der Verfassungstreue) *nicht bietet, liegt ein Urteil über die Persönlichkeit* (!) *des Bewer-*

2 „*Der Überzeugung, daß der Bewerber die Gewähr* (der Verfassungstreue) *nicht bietet, liegt ein Urteil über die Persönlichkeit* (!) *des Bewerbers zugrunde, das zugleich eine Prognose* (!) *enthält und sich jeweils auf eine von Fall zu Fall wechselnde Vielzahl von Elementen und deren Bewertung gründet.* " (1)

3 „*Die Einstellungsbehörde entscheidet über den Antrag auf Übernahme in das Beamtenverhältnis, ohne verpflichtet zu sein, vorher den Bewerber zu ihren Zweifeln anzuhören.* (!!) *Bei dieser Entscheidung gibt es keine ‚Beweislast' weder für den Bewerber ... noch für die Einstellungsbehörde, daß der Bewerber diese Gewähr nicht bietet.* " (2)

Dem „Angeklagten" wird also das Recht streitig gemacht, zu den gegen ihn erhobenen Vorwürfen Stellung nehmen zu können und sie unter Umständen zu widerlegen. Das ist natürlich auch nicht mehr nötig, da ja sowieso nicht „bewiesen" werden soll, daß der Bewerber „unzuverlässig" ist. Es reicht eine unbewiesene Behauptung der Einstellungsbehörde.

Erst wenn der Betroffene sich entschließt, gerichtlich gegen das Berufsverbot vorzugehen, erfährt er, was man ihm vorwirft:

„*Soll der Ablehnungsbescheid durch Anfechtungsklage angegriffen werden, so hat der Bewerber Anspruch auf Mitteilung der Umstände, auf die die Einstellungsbehörde ihre Ablehnung stützt.* " (2)

Allerdings hat ein solches Gerichtsverfahren nur wenig Zweck, denn es „*ist die gerichtliche Nachprüfung darauf beschränkt, ob diese Stelle* (Einstellungsbehörde) *von einem unrichtigen Sachverhalt ausgegangen ist und ob sie den beamtenrechtlichen und verfassungsrechtlichen Rahmen, in dem sie sich frei bewegen kann* (!), *verkannt hat.* " (2)

4 Scheinbar als fortschrittliches Bonbon findet sich im Urteil die Aussage, „*daß für die Übernahme in den Vorbereitungsdienst eine gewissermaßen ‚vorläufige' Beurteilung ausreicht, der alle Umstände zugrunde gelegt werden können, die der Einstellungsbehörde ohne weitere zusätzliche Ermittlungen bekannt sind* ..., *die sie sich aber nicht erst von anderen* (Staatsschutz-) *Behörden systematisch nach entsprechenden Erhebungen zutragen läßt ... Solche Ermittlungen und die Speicherung ihrer Ergebnisse für Zwecke der Einstellungsbehörden* (sind) *schwerlich vereinbar mit dem im Rechtsstaatsprinzip verankerten Gebot der Verhältnismäßigkeit*". (2)

Wenn hier die Benutzung von Verfassungsschutzmaterial scheinbar weitgehend eingeschränkt wird, so sollte man sich dadurch nicht täuschen lassen: Nach den Punkten 2 und 3 sind vom Verfassungsschutz gelieferte Fakten ja gar nicht mehr nötig für ein

man sich dadurch nicht täuschen lassen: Nach den Punkten 2 und 3 sind vom Verfassungsschutz gelieferte Fakten ja gar nicht mehr nötig für ein

Berufsverbot – es reicht ja bereits die „Überzeugung" des einstellenden Beamten, daß der Bewerber „unzuverlässig" sei! Selbstverständlich wird der Verfassungsschutz auch in Zukunft weiter intensiv schnüffeln, aber die Betroffenen werden noch seltener erfahren, wieweit diese Bespitzelung geht – der Verfassungsschutz soll noch stärker unter Ausschluß der Öffentlichkeit arbeiten. Die Karlsruher Richter sagen auch, warum Verfassungsschutzpraktiken nicht offiziell in Berufsverbotsfällen auftauchen sollen: „*Sie vergiften ... die politische Atmosphäre, irritieren nicht nur die Betroffenen in ihrem Vertrauen in die Demokratie, diskreditieren den freiheitlichen Staat, stehen außer Verhältnis zum ‚Ertrag'* " (2).

Nach Ansicht des Bundesinnenministeriums sollen allerdings auch künftig „Erkenntnisse" ausgewertet werden, die „*unabhängig von einer späteren Bewerbung zu früherer Zeit bei den Staatsschutzbehörden angefallen sind*" („FR", 30.7.75). Also alles wie bisher – nur etwas Schminke über diese „häßlichen" Praktiken.

5 „*Ein Teil des Verhaltens, das für die Beurteilung der Persönlichkeit eines Beamtenanwärters erheblich sein kann, kann auch der Beitritt oder die Zugehörigkeit zu einer politischen Partei sein, die verfassungsfeindliche Ziele verfolgt – unabhängig davon, ob ihre Verfassungswidrigkeit durch Urteil des Bundesverfassungsgerichts festgestellt ist oder nicht*" (1).

Damit ist höchstrichterlich abgesegnet, daß bloße Mitgliedschaft in Organisationen, die der Staat für „verfassungsfeindlich" hält, für ein Berufsverbot ausreicht. Allerdings muß eine solche Mitgliedschaft nicht unbedingt zum Berufsverbot führen – das bleibt völlig in der Willkür des Staates, ebenso wie die Feststellung, ob eine Organisation „verfassungsfeindliche Ziele verfolgt".

6 In einer ziemlich langen Urteilspassage führt das Gericht aus, daß zwar eine Partei nicht verboten sein kann, dennoch aber die Mitgliedschaft in ihr Zweifel an der Verfassungstreue des Bewerbers bedeuten können, d.h. das sogenannte Parteienprivileg gilt nicht für Beamte – sie dürfen sich nicht frei parteipolitisch betätigen. Darüber hinaus bemerkt das Gericht zynisch, daß man zwar nach dem Grundgesetz politische Überzeugungen haben darf, ohne deswegen benachteiligt zu werden, daß das aber nicht heißt, man dürfe ohne weiteres diese politischen Überzeugungen auch äußern und sich in ihrem Sinne betätigen (2)!!

7 Schließlich bestätigt das Gericht, daß auch Ausbildungsverbote rech-
diese politischen Überzeugungen auch äußern und sich in ihrem Sinne betätigen (2)!!

7 Schließlich bestätigt das Gericht, daß auch Ausbildungsverbote rechtens sind, wo der Staat ein Ausbildungsmonopol hat, da die politische „Treuepflicht" alle Beamten binde – auch die in der Ausbildung befindlichen. Falls der Staat aber ein Ausbildungsmonopol auch für Berufe hat, (z.B. Juristen) die nicht ausschließlich zum öffentlichen Dienst gehören, muß er eine Ausbildungsmöglichkeit schaffen, die nicht den Beamtenstatus vorsieht – separat für „Verfassungsfeinde". (1)

Verschärfung der Berufsverbotepraxis auf der ganzen Linie

Was die neue vom Bundesverfassungsgericht vorgeschriebene Handhabung des „Radikalenerlasses" bedeutet, wird besonders deutlich beim Vergleich mit der bisherigen Praxis, ja selbst mit dem scharfen „Genscher-Entwurf" vom Frühjahr 1974.

So wurden selbst nach dem „Genscher-Entwurf" noch dem Bewerber die Gründe für eine Ablehnung genannt und es war zwingend vorgeschrieben, dem Bewerber Gelegenheit zur Anhörung zu geben. Das fällt jetzt alles weg – offenbar plant man Berufsverbote in so großem Maßstab, daß solche „Formalien" nur den reibungslosen Ablauf stören könnten.

Weiter mußten sich bislang Berufsverbote immer auf Tatsachen stützen, die in vollem Umfang gerichtlich nachprüfbar sind. Da jetzt die „Beweislast" weggefallen ist, braucht man sich nicht mehr um Tatsachen zu kümmern; die Einstellungsbehörde urteilt im freien Ermessen.

Bislang mußte bei Berufsverboten aktive Verfassungsfeindlichkeit vorliegen; so lehnten mehrere Gerichte Berufsverbote gegen Mitglieder der DKP ab, die sonst keinerlei politische Aktivität zeigten (so im Fall Horst Griese, Bremen). Jetzt reicht für ein Berufsverbot mangelnde Solidarität mit der kapitalistischen Staats- und Gesellschaftsordnung, also mangelnde aktive Verfassungstreue aus.

Bislang galt Mitgliedschaft in einer Partei wie etwa der DKP als „Indiz" für Zweifel an der Verfassungstreue, jetzt reicht Mitgliedschaft a l l e i n bereits für ein Berufsverbot aus – so wie es die CDU/CSU bereits seit langem fordert. In diesem wichtigen Punkt geht das Verfassungsgericht auch über die Regierungsvorlage der SPD/FDP-Koalition zur Verschärfung des Radikalenerlasses hinaus („Welt", 29.7.75).

(1) *Elf Leitsätze aus Karlsruhe – in „SZ", 26./27.7.75*

(2) *Auszüge aus dem Urteil in „FR", 30.7.75* ●

Berufsverbotekommission
KB / Gruppe Hamburg

Ein aufschlußreiches Dementi

Im ARBEITERKAMPF 61 und in ROTFRONTSTADT 3 der westberliner AK-Beilage berichteten wir anläßlich des Grundsatzurteils des II. Senats des Bundesverwaltungsgerichts gegen die DKP-Lehrerin Anne Lenhart vom 22.4.75 über die Säuberungswelle im Öffentlichen Dienst. Gemäß diesem Urteil lasse nicht nur die vermutete Mitgliedschaft in einer als „verfassungsfeindlich" bezeichneten Partei an der „Treuepflicht" des Beamten gegenüber dem bürgerlichen Staat zweifeln, sondern bereits „das auf innerer Überzeugung fußende Bekenntnis des Bewerbers zu den mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung nicht zu vereinbarenden Zielen einer extremistischen politischen Partei" („FR", 23.4.). In diesem Zusammenhang druckten wir als Beispiel, wie derartige „Zweifel" gewonnen werden, einen „*vor wenigen Tagen veröffentlichten Auszug aus*

litischen Partei" („FR", 23.4.). In diesem Zusammenhang druckten wir als Beispiel, wie derartige „Zweifel" gewonnen werden, einen „*vor wenigen Tagen veröffentlichten Auszug aus*

der Personaldatei des Verfassungsschutzes für Bewerber im Öffentlichen Dienst" ab und kommentierten: „*Nach Vorbild eines Viehmarktes werden alle Bewerber nach einem ausgeklügelten Punktsystem eingestuft, das eindeutig braune Handschrift trägt...*" (AK 61).

Vom Westberliner Landesamt für Verfassungsschutz wurde dieser Personalbogen jedoch als „Fälschung" bezeichnet. Ein ähnliches „Dementi" erschien noch einmal am 1.7.75 in der „FAZ". Aufschlußreich ist allerdings die Begründung des Dementis des Verfassungsschutzes:

„*Recherchen im Verbreitungskreis ergaben, daß offensichtlich in einer linken Wohngemeinschaft versucht worden ist, die vorbeugenden Maßnahmen des Senats gegen Verfassungsfeinde in einer Karikatur analog der Flensburger Verkehrssünderkartei darzustellen. Diese als computergerechtes Formular angefertigte Unterlage soll einem Angehörigen der Innenverwaltung, der für den Verfassungsschutz arbeite, vorgelegt worden sein. Dessen Bemerkung, bei den Punktberechnungen stimme einiges nicht, aber gewisse Ähnlichkeiten seien gegeben, soll die Verfasser zur Verbreitung in linken Kreisen und unter Journalisten veranlaßt haben*" (Tages-Spiegel, Zit. nach Extra-Dienst 34/IX).

seien gegeben, soll die Verfasser zur Verbreitung in linken Kreisen und unter Journalisten veranlaßt haben" (Tages-Spiegel, Zit. nach Extra-Dienst 34/IX).

Dementiert wird also nicht die E x i s t e n z eines derartigen Punktsystems, sondern nur einige angebliche Fehler bei der Punkte b e r e c h n u n g. Hier sollte man nun nicht kleinlich sein und d a r ü b e r mit den Herren „Verfassungsschützern" streiten. Im Gegenteil! Dies „Dementi" ist als offizielle B e s t ä t i g u n g der Fragebögen (bis auf einige Kleinigkeiten) anzusehen. ●

Ein Westberliner Genosse

IG-Chemie, Hamburg:

In kapitalistischer Manier

Einen ganz besonderen Beitrag zum Thema „Steigerung des Gewerkschaftsvermögens" leistete sich die IG-Chemie Ende Juli bei Beiersdorf (Hamburg). So erhielten alle in der IG-Chemie organisierten Mitglieder ein Schreiben der Verwaltungsstelle Hamburg ins Haus, in dem diese ihre „*Sorge um die Beitragsentwicklung der Mitglieder bei der Beiersdorf AG*" zum Ausdruck gab. „*Obwohl die Verdienste unserer Mitglieder nicht schlecht sind*", behauptete die Verwaltungsstelle frech, „*ist die Beitragsleistung vieler Mitglieder bei Beiersdorf so gering, daß der Durchschnittsbeitrag z.Zt. um ca. fünf DM hinter dem Beitrag der Mitglieder in vergleichbaren Betrieben zurückliegt.*" Und weiter: „*Als Mitglied im größten Betrieb des Hamburger Tarifbereiches sollten sie eigentlich eine entsprechende Einflußnahme auf Tarifabschlüsse nehmen, nur muß dazu das Organisationsverhältnis in Ordnung sein ... Mit dem derzeitigen Beitrag kann die IG-Chemie ihren Auftrag nicht mehr* (!?) *wirkungsvoll erfüllen.*"

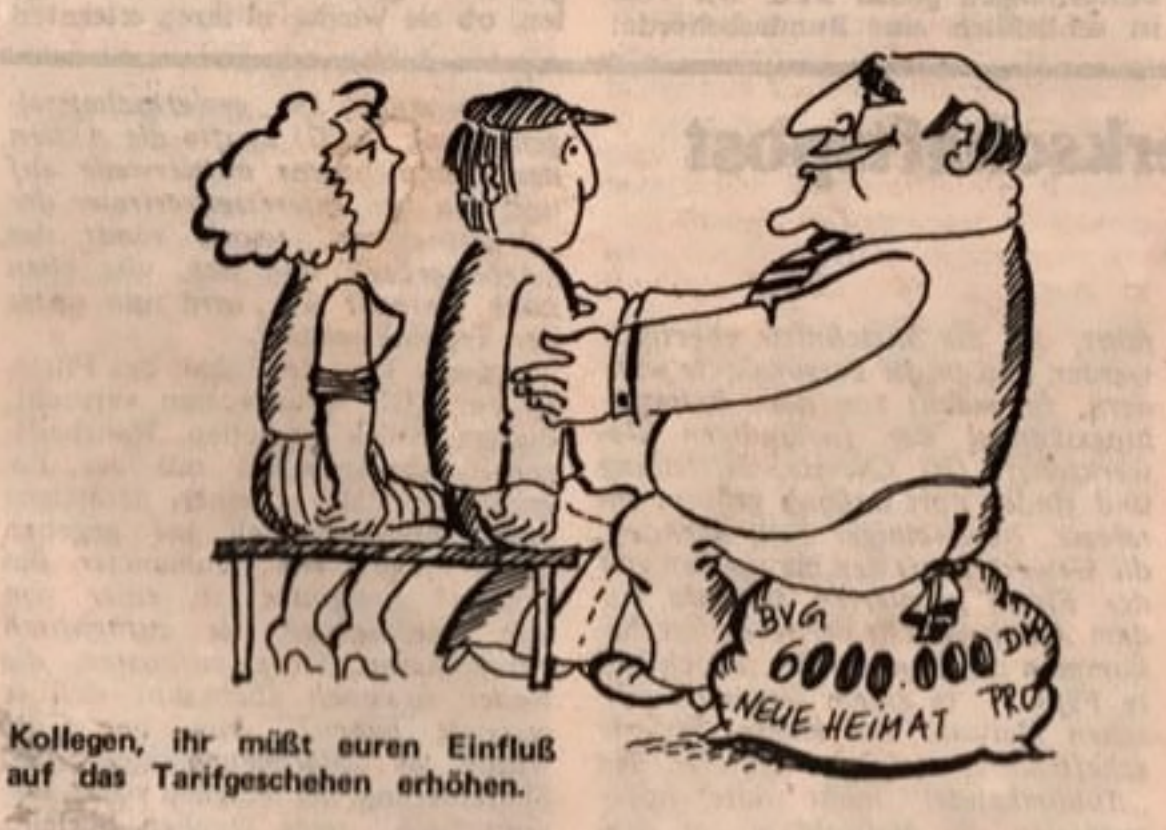
Damit auch die innergewerkschaftliche Demokratie – wie die Gewerkschaftsführung sie versteht – nicht zu kurz kommt, legte die Verwaltungsstelle zum Schluß noch klar, daß nur der an der Beitragserhöhung vorbeikommt, der bis zum 10.9. s c h r i f t l i c h dagegen Einspruch erhebe (dafür dann allerdings mit der Satzung kollidiert und einen Ausschluß riskiert).

Dieses unverschämte Vorgehen, Beitragserhöhungen, die in einigen Fällen bis zu 300% ausmachen, einzutreiben, ohne auf der anderen Seite nur den Versuch zu unternehmen, den Mitgliedern darzulegen, wozu sie gebraucht werden, stieß natürlich im ganzen Betrieb auf breite Empörung. Nur verständlich, wenn man bedenkt, daß sich viele Kollegen zu Recht fragen, was die IG-Chemie mit den z.Zt. schon schätzungsweise mindestens 180.000 DM jährlich an Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen allein bei Beiersdorf für ihre Mitglieder tut. (Bei ca. 1.500 Mitgliedern und mindestens zehn Mark monatlich Beitrag.) Die Begründung: „*Entsprechende Einflußnahme auf Tarifabschlüsse*" kann den Kollegen nur wie Hohn vorkommen, hat die Gewerkschaft bei Beiersdorf doch z.B. in der letzten Tarifrunde e i n e i n z i g e s Flugblatt zur Information und das n a c h dem Abschluß, zustande gebracht. Kosten dafür: ca. 200 bis 300 DM!

Die meisten Kollegen erfuhren über den fertigen Nacht- und Nebelabschluß von 6,8% aus der Presse oder der Tagesschau. Von „Einflußnahme" oder „Mitwirkung" also keine Spur.

Man braucht sich nicht nur die letzte Tarifrunde anzusehen, um zu begreifen, daß mit dem „*Auftrag, den die IG-Chemie nicht mehr* (!?) *wirkungsvoll erfüllen*" könne, sicherlich nicht die Politik gemeint ist, die zum Inhalt hat, eine Verbesserung des Lebensstandards der Kollegen in der chemischen Industrie mit allen Mitteln, die einer so großen Organisation zur Verfügung stehen zu erreichen. Wirkten sich doch alle Tarifabschlüsse der letzten Jahre real für die Kollegen als eine Lohnsenkung aus. Das wird noch deutlicher, wenn man sich ansieht, wie das Beitragsaufkommen der Mitglieder verteilt wird. Allein die Tatsache, daß die IG-Chemie lediglich knapp acht Prozent des gesamten Beitragsaufkommens in den Streikfond zurücklegt, z.B. 1972 bei einem durchschnittlichen Beitrag von 8,84 DM ganze 70 Pfennige, macht klar, daß für die Gewerkschaftsführung nicht der Gedanke an größere und bessere Streikunterstützung ausschlaggebend ist. Diese Regelung ist Ausdruck der sozialdemokratischen Politik der IG-Chemie-Führer, die insgesamt auf die Verhinderung von Streiks ausgerichtet ist.

Die Finanzierung des gewerkschaftlichen Apparates verschlingt allerdings ca. 57% der Mitgliederbeiträge. Hieran wird ungefähr deutlich, was die organisierten Kollegen mit ihren Beiträgen finanzieren. Den verstärkten Ausbau des „hauptamtlichen Stranges" der Gewerkschaften, den weiteren Aufbau von Gefolgsleuten, die den sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern durch dick dünn folgen, letztlich, die weitere Ausbildung von mehr solcher schon profilierter Kommunistenjäger wie z.B. des Sekretärs Ph. von Kodolitsch.



Kollegen, ihr müßt euren Einfluß auf das Tarifgeschehen erhöhen.

Der Widerspruch zwischen Beitragshöhe und dem, was für die Kollegen dabei herauskommt, wurde gerade an diesem Schreiben der Verwaltungsstelle für viele Mitglieder extrem deutlich. Viele Kollegen werden wohl daraus leider den Schluß ziehen, aus der IG-Chemie auszutreten, statt diesen Machenschaften entschlossen entgegenzutreten. Das allerdings scheint die IG-Chemie bewußt einzukalkulieren.

Einige fortschrittliche Kollegen allerdings haben diese Schweinerei aufgegriffen, indem sie breit mit einem Schreiben die Diskussion anregten mit dem Ziel, diese miese Beitragseinpeitscherei abzulehnen und gemeinsam dagegen vorzugehen. Außerdem wird auch damit gefordert, eine Mitgliederversammlung einzuberufen, auf der dann der erste Hamburger Sekretär, Walter Holst, der sich z.Zt. auf einer Kur erholt (und für weitere Schläge gegen fortschrittliche Gewerkschafter vorbereitet?!), die Möglichkeit hat darzustellen, was die Verwaltungsstelle mit den „*nicht schlechten Verdiensten ihrer Mitglieder*" meint. Man sollte das einmal in Relation stellen zu dem Gehalt von Walter Holst (ca. 4.000 bis 4.500 DM), das ja schließlich die Kollegen finanzieren. ●

Betriebszellenleitung Beiersdorf
KB / Gruppe Hamburg

"Deutsche Bundespost: Die Rationalisierungspolitik wird durchgesetzt".

Die Bundespost ist das größte Dienstleistungsunternehmen Europas. Hier arbeiten rund 525.000 Menschen. Die gezielt betriebene Politik der Defizite führte im Laufe der Jahre zu einem Schuldenberg von insgesamt 44,32 Mrd. DM (vergl. dazu AK 50). In diesem Jahr allerdings soll die Wendung eintreten: nach den vorläufigen Zwischenberichten erwartet man diesmal kein Defizit, sondern rechnet sogar mit einem Plus von 100 Mio. DM. Diese „unternehmerische Leistung" geht zurück auf die gegenwärtig verstärkt betriebene Durchsetzung einer langfristig angelegten Rationalisierungspolitik, die das Unternehmen Bundespost auf noch ungeahnte wirtschaftliche Höhen führen soll. Der Betrieb soll sich „gesundschrumpfen", was mit vielfältigen Folgen für die Kollegen verbunden ist. Die Rationalisierung gefährdet nicht nur die Arbeitsplätze, sie führt auch dazu, daß die Kollegen mehr arbeiten müssen. Oftmals werden auch die Arbeitsinhalte in einschneidender Weise verändert. Daneben wird die Disziplinierung verschärft, also die Einschüchterung und Unterdrükkung der Kollegen am Arbeitsplatz.

Diese Rationalisierungspolitik wurde systematisch entwickelt und durchgesetzt. Schon 1970 wurde vom „Rationalisierungskuratorium der Wirtschaft" (RKW), Forschungsprojekt Deutsche Bundespost, festgestellt: Es wird *„schon in nächster Zukunft im Postdienst ... spürbare Personalfreisetzungen geben. In mittel- und langfristiger Vorausschau soll es ... zu Arbeitsplatzverminderungen kommen. ... Es wird damit gerechnet, daß durch den Abschluß der Automatisierung im Fernsprechinlanddienst und durch die Erhöhung des Automatisierungsgrades auf 95 % im Fernsprechauslanddienst ca. 90 % der jetzt vorhandenen Arbeitsplätze überflüssig werden".* (Materialbericht Bd. 16, Deutsche Bundespost).

Der Bericht des RKW bildet den Abschluß der ersten Phase der Rationalisierungspolitik, in der Rationalisierungsmaßnahmen schwerpunktmäßig und vor allem zum Zwecke der wissenschaftlichen Forschung und Auswertung durchgeführt wurden. Es waren damals etwa 100 Einzelmaßnahmen, die über das ganze Bundesgebiet verstreut worden waren. Gleichzeitig war das der Auftakt zur allgemeinen und planmäßigen Anwendung der Ergebnisse der wissenschaftlichen Vorbereitung. Bereits kurzfristig wurden damit schon gewisse Erfolge erzielt. Georg Leber, ehemaliger Gewerkschaftsführer und damals für die Post zuständiger Minister, erklärte Ende Dezember 71 im SPD-Pressedienst: *„In jedem großen Unternehmen gibt es Rationalisierungsreserven. Auch bei der Post. Sie müssen beharrlich freigesetzt werden. Das ist ein kontinuierlicher Prozeß. Die Zahl der jährlich durch Rationalisierungsmaßnahmen eingesparten Arbeitsplätze beläuft sich bei der Bundespost auf durchschnittlich 5.000. Diese Anstrengungen werden fortgesetzt. Sie können auch noch intensiviert werden."*

1972 wurde in der Rationalisierungspolitik ein weiterer wesentlicher Schritt getan. Eine umfassende Neubemessung aller Tätigkeiten bei der Bundespost wurde eingeleitet, die bis 1974 abgeschlossen werden sollte. *„Durch diese Maßnahme soll sich nach Meinung des Ministeriums eine Einsparung von voraussichtlich 28.000 Arbeitsplätzen ergeben. Daneben ist außerdem noch eine Reihe von betrieblichen Rationalisierungsmaßnahmen geplant. Dadurch sollen in den nächsten Jahren weitere Arbeitsplätze wegfallen."* (Funktionärszeitschrift der DPG „Gewerkschaftliche Praxis" Nr. 3/4, 1974). Unter betrieblicher Rationalisierung versteht man beispielsweise die Auflösung und Zusammenlegung von einzelnen Dienststellen oder ganzen Ämtern.

Diese Schritte, nämlich Neubemessung und weitere betriebliche Rationalisierungsmaßnahmen, sollen bereits mittelfristig zu erheblichen Rationalisierungsergebnissen führen: „Bis 1977 sollen insgesamt 49.000 Beschäftigte durch Rationalisierung und durch ein neues, der Refa-Methode entsprechendes Bemessungsverfahren von Tätigkeiten eingespart werden" („Südd. Zeit.", 1.7.74).

Der gegenwärtige Postminister Gscheidle, ehemals 2. Vorsitzender der DPG, machte kürzlich in einem Brief an die Mitglieder der Bundestagsfraktion von SPD und FDP seinen Standpunkt zur Rationalisierung klar. Er legte dar, *„daß die Weiterführung der Rationalisierungsmaßnahmen im Personalbereich der Post dringend notwendig sei, zumal sie – wie der Minister versicherte – weder das Dienstleistungsangebot noch die Dienstleistungsqualität der Bundespost berührten"* („Südd. Zeit", 30. 6. 75). In diesem Brief erklärte Gscheidle wörtlich: ***„Ich bin bereit, zu dieser zweifellos unpopulären Aufgabe meinen Beitrag zu leisten. Allerdings wird es mir nur mit Ihrer Unterstützung gelingen, alle Mitarbeiter von der Notwendigkeit dieses Vorgehens zu überzeugen".***

Also eine Verminderung der Zahl der Arbeitsplätze bei steigendem Dienstleistungsaufkommen, das ist einer der Kernpunkte der gesamten Rationalisierungsbemühungen. Und die Kollegen sollen dieses Vorgehen auch noch unterstützen. Angesichts der konkreten Auswirkungen dieses „Vorgehens" ist das der reine Hohn.

Durch den bestehenden Einstellungsstopp werden keine Neueinstellungen für vorübergehenden oder ständigen Bedarf mehr vorgenommen. Bei saisonbedingten Personalengpässen (z. B. Urlaubszeit, periodisch auftretende Krankheitswellen, usw.) werden keine Aushilfen eingestellt. Gegenwärtig werden aber von dieser Regel mit besonderer Genehmigung der Oberpostdirektion (OPD) noch Ausnahmen gemacht. Dies hängt u. a. von dem Widerstand der Kollegen gegen die mit der Einhaltung dieser Vorschrift für sie verbundenen Mehrarbeit ab. Doch spätestens ab 1. 1. 76 soll es auch diese Ausnahmen nicht mehr geben. Aber auch schon heute kommt es immer häufiger zu vorübergehend enorm steigenden Arbeitsbelastungen. Auf diese Weise soll eine gegenwärtig noch als Ausnahme empfundene Situation zu einem Dauerzustand werden.

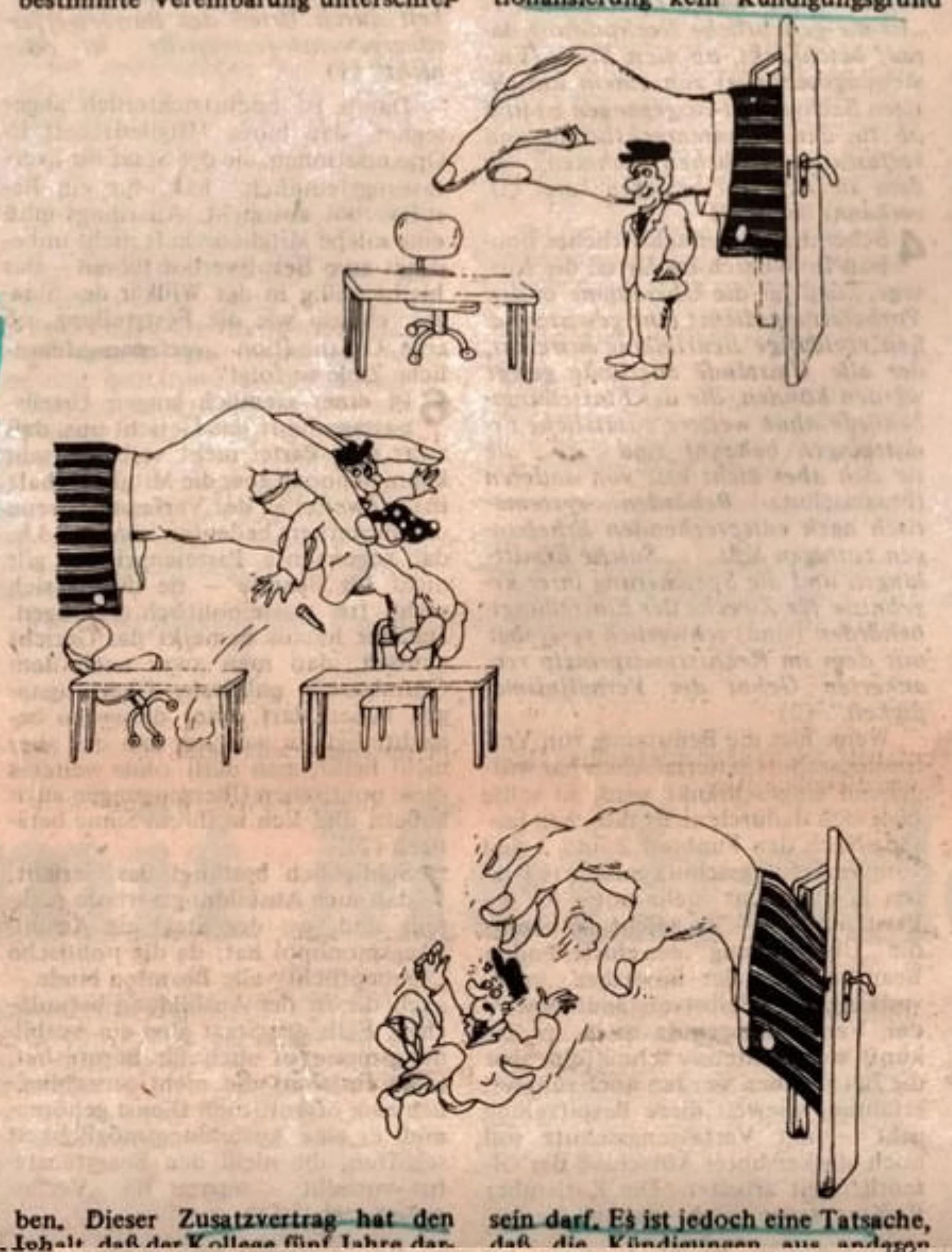
Durch die Bemessungen werden Planstellen gestrichen. So rausrationalisierte Kollegen verlieren ihren bisherigen Arbeitsplatz und werden versetzt, z. Zt. noch innerhalb der Grenzen einer OPD. Die OPD Hamburg beispielsweise ist zuständig für das Gebiet zwischen Cuxhaven und Lübeck. So gibt es Kollegen, deren Familie in Cuxhaven lebt und die selbst in Hamburg auf Zimmer wohnen. Nur am Wochenende können sie nach Hause fahren. Aber die Überlegungen des RKW sehen auch einen Personalausgleich zwischen den Oberpostdirektionen vor. Deshalb ist damit zu rechnen, daß es in der Zukunft Versetzungen auch über weit größere Entfernungen geben wird. Die Post ist schließlich eine Bundesbehörde!

Der Planstellenabbau hat auch zur Folge, daß sog. „Dauervertreterposten" gestrichen werden. Das sind praktisch Planstellen, die bei Personalausfällen für Vertretungsaufgaben zur Verfügung stehen. Die Post hat schon damit begonnen, sie vollständig zu streichen.

Werden Kollegen aufgrund von Rationalisierungsmaßnahmen versetzt, so kommen sie in der Regel in Ämter, wo noch nicht rationalisiert worden ist. Aber auch dort steht die Rationalisierung an, und es geht immer der zuerst, der zuletzt gekommen ist. Es beginnt dann eine Versetzungstournee, bei der das Ende nicht immer in Sicht ist. Dieser Versetzungsterror hat zur Folge, daß manche betroffenen Kollegen irgendwann „freiwillig" kündigen. Diese Kündigung gilt dann als „natürlicher Abgang", sie wird nicht zu den Rationalisierungsfolgen gezählt.

Fernmeldehandwerker, die ausgelernt haben, werden von der Post nicht mehr – wie früher – in ein festes Arbeitsverhältnis übernommen. Dies geschieht nur, wenn sie zusätzlich zum normalen Arbeitsvertrag eine bestimmte Vereinbarung unterschreiben. Dieser Zusatzvertrag hat den Inhalt, daß der Kollege fünf Jahre darauf verzichtet, „ausbildungsgemäß" (d.h. als Fernmeldehandwerker) von der Post beschäftigt zu werden. Übrigens feiert die DPG-Führung diese Möglichkeit des Zusatzvertrages als einen großen Erfolg ihrer Arbeit, denn *„immerhin werden dadurch die Kollegen vor der sonst sicheren Arbeitslosigkeit bewahrt"!*

Gegenwärtig arbeiten schon 490 Fernmeldehandwerker in Hamburg im Postdienst, die meisten davon in der Zustellung! Nach Ablauf der fünf Jahre sollen die betroffenen Kollegen die Möglichkeit erhalten, zu wählen, ob sie wieder in ihren erlernten Beruf zurück oder im Postdienst bleiben wollen. Auch dies wird von der DPG-Führung als ein Erfolg ihrer Arbeit ausgegeben. Doch der Personalüberhang im F-Bereich wird durch die fortschreitende Rationalisierung ständig vergrößert, und in fünf Jahren wird die Fernmeldereserve im Postdienst noch erheblich größer sein als heute. Also kann die Post die noch heute versprochene Möglichkeit einer „freien Entscheidung" tatsächlich gar nicht zulassen. In der Industrie können die betroffenen Kollegen schon heute nicht mehr unterkommen, denn auch dort wird kräftig rationalisiert. In fünf Jahren werden ihnen dann fünf Jahre Berufspraxis fehlen, ja sie haben dann noch nie in ihrem erlernten Beruf gearbeitet, da sie ihm sofort nach der Lehre den Rücken zukehren mußten. Die Folgen dieser Situation liegen auf der Hand.



Einstellungsstopp, laufende Neubemessungen und Planstellenabbau verringern den Personalbedarf, nicht aber gleichzeitig auch den Personalbestand. In einem Rationalisierungsschutzvertrag zwischen DPG und BPM wurde vereinbart, daß die Rationalisierung kein Kündigungsgrund sein darf. Es ist jedoch eine Tatsache, daß die Kündigungen aus anderen Gründen zunehmen. Die Kollegen kündigen entweder gezwungenermassen „freiwillig", oder ihnen wird gekündigt. Als Kündigungsgründe gelten beispielsweise *„Störung des Betriebsfriedens", „unzureichende Dienstauffassung", „überdurchschnittlich häufige krankheitsbedingte Fehlzeiten".* Diese Gründe sind völlig willkürlich anwendbar.

Die Post arbeitet immer häufiger auch mit dem Mittel der Kündigungsdrohung, die sie meist ergänzt durch vermehrte Arbeitskontrollen. Die Kündigung selbst wird selten durchgeführt, weil sie arbeitsrechtlich völlig unhaltbar ist. Aber auch so wird schon eine Wirkung erzielt. Die Kollegen werden eingeschüchtert, es wird Angst verbreitet. Auf diese Weise wird das Betriebsklima zusätzlich systematisch verschlechtert, was mitunter zu „freiwilligen" Kündigungen von betroffenen Kollegen führt. Das gleiche Ergebnis wird durch sog. „Dienstplanänderungen" erzielt, die hauptsächlich teilzeitbeschäftigte Kollegen betreffen. Hausfrauen, die bislang aus gutem Grund nur Vormittags gearbeitet haben, müssen jetzt auch nachmittags und abends arbeiten und kommen vermehrt in die Wochenenddienste hinein. Wenn ihnen das nicht paßt, so sagt man ihnen, dann können sie ja kündigen!

Gegen die solcherart durchgesetzte Rationalisierungspolitik unternimmt die DPG natürlich nichts, denn die Sozialdemokratie begrüßt grundsätzlich die Rationalisierung. Daran ändert auch der Rationalisierungsschutzvertrag nichts, er klärt im Grunde nur Verfahrensfragen: Die Spielregeln müssen lediglich eingehalten werden. Danach ist der Versetzungsterror durchaus zulässig, er soll sogar noch ausgeweitet werden. Auch das erpresserische Vorgehen gegenüber den ausgelernten Fernmeldern ist absolut legal. Aber die Post bleibt nicht an den ohnehin weit gesteckten arbeits- und tarifrechtlichen Grenzen stehen.

In einigen Diensten (z. B. Nachtdiensten, in Diensten mit überwiegend teilzeitbeschäftigten Kollegen) wurde schon versucht, auf kriminelle Weise die Arbeitszeit der Kollegen dort zu verkürzen. Daß dies sogar in einigen Fällen gelang, wirft ein bezeichnendes Licht auf die Personalvertretung dieser Ämter. Im Hamburger PA 2 beispielsweise sind fast alle der rd. 80 Kolleginnen, die dort sauber machen, nach einer Bemessung von vorher 36 Arbeitsstunden die Woche auf 25 herabgesetzt worden, „um Entlassungen zu verhindern". Arbeitszeitverkürzungen dieser Art bedeuten immer gleichzeitig auch Lohnsenkungen. **Die Kolleginnen müssen natürlich in der verkürzten Arbeitszeit die gleiche Menge Arbeit bewältigen wie vorher. Also weniger Lohn und mehr Arbeit, das ist ein weiteres Prinzip der kapitalistischen Rationalisierung!**

Die Rationalisierung bei der Bundespost befindet sich gegenwärtig im Stadium mit der mittelfristigen Zielsetzung: Bis 1977 soll der Personalbestand um fast 50.000 Kollegen vermindert werden, und zwar ausschließlich durch den sog. „natürlichen Abgang"! Welche Ziele – in konkreten Zahlen darstellbar – langfristig angestrebt werden, können wir heute noch nicht genau angeben. Aber wir haben gewisse Anhaltspunkte, so z. B. einen Vergleich mit der schweizerischen Post „PTT": **„Im Briefdienst etwa schaffen zwei PTT-Leute soviel wie drei ihrer deutschen Kollegen. Im Paketdienst nimmt es ein Schweizer mit drei bis vier deutschen Postlern auf. Und ein eidgenössischer Fernmeldetechniker betreut achtmal (!!!) soviel Telefonanschlüsse wie sein Kollege in einem deutschen Fernsprechamt"** („Stern" Nr. 27, 1974).

Diese Perspektiven zeigen uns nur deutlich, daß wir den Widerstand gegen die Rationalisierungspolitik noch enorm verstärken müssen durch den Aufbau einer breiten Abwehrfront.

Kampf der kapitalistischen Rationalisierung bei der Bundespost! •

Postzelle
KB/ Gruppe Hamburg

IG Chemie Gewerkschaftspost auf dem Glatteis

In der „Gewerkschaftspost" (GP) der IG Chemie vom Juli 75 stand ein Artikel mit der Überschrift: „Max von der Grün auf dem Glatteis – Hand in Hand mit dem Westdeutschen Rundfunk". Hierin erregte sich „GP"-Schreiber W. Hinrichs über einen verfilmten Roman des linken Schriftstellers, der am 22. und 24. Juni im WDR gesendet wurde.

Der fortschrittliche Film mit dem Titel „Stellenweise Glatteis" schildert die Geschichte des Kraftfahrers und Betriebsrates Maiwald bei einer Firma im Dortmunder Hafengebiet und beruht auf authentischen Unterlagen: *Maiwald entdeckt zufällig auf dem Schreibtisch des Chefvorzimmers eine Wechselsprechanlage, die als Abhörgerät im gesamten Betrieb so geschaltet ist, daß alle Unterhaltungen der Beschäftigten aufgefangen und auf Tonband mitgeschnitten werden können. Maiwald erführt, daß die Mitschnitte abgetippt werden und in die Personalakte wandern. Er macht von dem Bespitzelungsskandal der zuständigen Gewerkschaft (IG Chemie) Mitteilung und findet dort anfangs größtes Interesse. Nach einiger Zeit, nachdem die Gewerkschaft den inzwischen von der Firma gefeuerten Maiwald vor dem Arbeitsgericht vertreten hat, bekommen die Funktionäre jedoch kalte Füße: – in einem Gespräch zwischen Maiwald und einem Gewerkschaftsführer verlangte letzterer, den „Abhörskandal" nicht weiter hochzuspielen, da Maiwald ja vor dem Arbeitsgericht Recht bekommen hätte. Der Kollege, der auf eine Verbreiterung dieser Schweinerei in der Gewerkschaftspresse besteht (was ihm zunächst auch zugesichert wurde), wird durch die Abwiegelei des Gewerkschaftssekretärs von seinem Vorhaben abgebracht. Grund für diesen Sinneswandel: Die gewerkschaftseigene Bank (BFG) kaufte die Aktien des Unternehmens mittlerweile auf und aus dem Interessenvertreter der „Arbeitnehmer" wurde somit der „Arbeitgeber" und das, was eben noch Unrecht war, wird nun unter den Teppich gekehrt.*

Soweit kurz der Inhalt des Films. In der „GP" wurde nun versucht, diesem Stück jeglichen Wahrheitsgehalt abzusprechen mit der Begründung, daß es einen derartigen oder ähnlichen Fall nie gegeben habe: *„Darf ein ‚Romancier der Linken' Ereignisse zu einer von ihm ausdrücklich als authentisch bezeichneten Story aufpusten, die weder so noch überhaupt sich je ereignet haben?"* M.v. der Grün wurde als *„Märchenerzähler"* und Schreiberling, der lediglich vom *„Tresenplausch"* seine Quellen beziehe, abgestempelt.

Fest steht aber, daß es ähnliche Fälle häufig gibt und sie keineswegs an den Haaren herbeigezogen sind.

Erst vor kurzem war in der Presse von einer Abhöraffäre in Bottrop (Ruhrgebiet) die Rede. Telefongespräche von Mitarbeitern des Tiefbauamtes der früheren Stadt Gladbeck sind abgehört und auf Tonband aufgenommen worden. Zwei Bedienstete des ehemaligen Gladbacher Tiefbauamtes sind verdächtigt, illegal gelauscht zu haben. Nach Informationen aus der Stadtverwaltung sollen die Bandaufzeichnungen später zu „dienstlichen Zwecken" abgespielt worden sein. (Alle Angaben nach „FR" vom 28.7.75)

Seine Absicht bezüglich des Stücks legte der Schriftsteller selbst dar:

Als er gefragt wurde, ob er es vertreten könne, einen Vorgang, der sich „nicht zugetragen" habe als allgemeingültig zu publizieren, antwortete er: *„Ich habe ein Modell aus der Wirklichkeit benutzt, obgleich ich das doch gar nicht nötig gehabt hätte. Für mich als Autor kann nur wichtig sein, ob etwas möglich ist heutzutage, nicht ob es wirklich stattgefunden hat. Insofern bin ich mit meinem Buch und Fernsehfilm nicht dokumentarisch, sondern authentisch geworden. Fiktives kann durchaus authentisch, ein Märchen kann wahrer sein als die authentischste Reportage." („GP")*

Was der „GP" allerdings an diesem Film so aufstieß, ist wohl weniger die Tatsache, daß das Dargestellte nicht bis ins einzelne von der Wirklichkeit kopiert ist, sondern daß das Stück eine berechtigte, „typische" Kritik an der Gewerkschaftsführung und deren Unternehmen mit einschließt. So ließ sie die Katze dann auch aus dem Sack: „Es geht vielmehr darum ... wieweit der Bogen zwischen Dichtung und Wahrheit überspannt werden darf, ohne lebende Personen oder verdiente, aktive Institutionen (also sie selbst) in Mißkredit zu bringen." („GP")

Für eine Gewerkschaftszeitung wäre es aber sicher sinnvoll, sich mal über den „Wahrheitsgehalt" der übrigen reaktionären bürgerlichen Filme im Fernsehen auseinanderzusetzen, die tagtäglich auf die Bevölkerung einwirken. Stattdessen hetzt sie demagogisch gegen einen der wenigen fortschrittlichen Filme, die im Fernsehen überhaupt noch gezeigt werden, um solche Filme zukünftig zu verhindern. •

Chemiekomitee,
KB/Gruppe Hamburg

Kahlschlag bei der Bundesbahn

– fast die Hälfte der Kollegen soll rausrationalisiert werden –

Schon mit diesem Sommerfahrplan fährt die Bundesbahn mit einem erheblich eingeschränkten Programm. 10% der Zugkilometer („Frankfurter Neue Presse", 2.6.) wurden eingespart. In erster Linie ist davon der Nahverkehr (sprich Berufsverkehr) betroffen, mit dem täglich Millionen von Kollegen an die Arbeitsplätze gekarrt werden. 12% der Verbindungen („FR", 2.5.) wurden hier weggestrichen, im Fernverkehr liegen die Einsparungen dagegen „nur" etwa bei 6%.

Schon in den letzten Haushalten hat die SPD/FDP-Regierung sich bemüht, die DB auf „Unrentabilität" hin zu durchforsten, was zur Folge hatte, daß von 1970 - 75 das Steckennetz bereits um 18% beschnitten wurde und 60.000 Kollegen ihren Hut nehmen konnten („FR", 7.4.). Den Auftakt für den jetzigen Kahlschlag auf dem Rücken der Kollegen und der gesamten Bevölkerung gab Verkehrsminister Gscheidle allerdings erst am 20.3.75. An seiner Begründung wurde klar, daß es nicht um die Menschen geht, sondern daß zum Vorteil des Unternehmens „Schritt für Schritt" (denn sonst kann man den Protest nicht so geschickt auffangen) eine Verkehrsauslese im nicht kostendeckenden (!) DB-Verkehr stattfinden soll.

Schon am 27.5. reichten allerdings die Rationalisierungen der Regierung nicht mehr aus. Obersparschwein Apel schickte ein Schreiben an Gscheidle.

Dazu die großbürgerliche „FAZ": *„Apel ist offenbar gewillt, mit aller Härte die Zuwendungen an das größte öffentliche Verkehrsunternehmen zu drosseln. Der DB-Vorstand ist nicht auf Vordermann."*

Hier einige Beispiele (nach „FR"), wie verheerend sich der neue Plan im Frankfurter Umland auswirkt:

Am 29.4. wurde bekannt, daß in Hessen ein Drittel aller „Nebenstrekken" (400 km) geschlossen werden. Die Meldungen kamen Schlag auf Schlag. 28.4.: Friedberg-Nidda wird stillgelegt. 12.3. Friedrichsdorf-Gräveneibach und Friedrichsdorf-Friedberg. 4.4.: Wetzlar-Lollar entfällt. 7.4.: Homburg-Friedberg wird eingestellt. Schon am 6.3. hatte man den Nachtzug nach Niedernhausen abgeschafft. Eine ganze Reihe von Bahnhöfen wurde ganz geschlossen. In Außengebieten wurden die Menschen auf reduzierte Busverbindungen vertröstet. Am Schlimmsten sieht es an Abenden und an Wochenenden aus. Es gibt Strecken, auf denen jetzt schon um 19 Uhr der letzte Bahnbus verkehrt. Viele Menschen im Frankfurter Umland sich abends ganz von der Stadt abgeschnitten, oder auf Privatbusse zu Wucherpreisen angewiesen (Neuenhain, Königstein usw.).

Daneben gab es weitere Rationalisierungen. Wie etwa die Schließung von 600 Stückgutbahnhöfen in diesem Jahr („FR", 24.5.).

Gleichzeitig mit der bevölkerungsfeindlichen Fahrplanreduzierung wird im Augenblick der Personalbestand der DB brutal eingeschränkt. Nach offizieller Planung sollen bis 1979 60.000 Kollegen „entfallen", bis 1985 insgesamt 120.000. Und das alles angeblich ohne Entlassungen. Nach Angaben von Frankfurter DB-Kollegen sind das allerdings Lügen, denn erstens wurden in letzter Zeit schon Kollegen entlassen (und andere stehen davor), und zweitens gilt bei den Kollegen als „offiziell", daß fast die Hälfte, also 200.000, auf die Straße fliegen werden.

Schon heute kann man an den Schaltern der Lokalbahnhöfe nur noch bis mittags an Wochenenden Karten kaufen oder Auskünfte bekommen. Fast seit Anfang des Jahres herrscht bei der DB Einstellungsstop. Wie bei der Post wurden erheblich Lehrstellen gestrichen.

„Nachfrage gesunken"?, „unrentabel"?

Mit dem demagogischen „Argument", daß die „Nachfrage gesunken" und viele Strecken „nicht mehr rentabel" seien, begründeten die DB-Bosse diese Schritte.

Klar wird, daß es der DB gar nicht darum geht – mit oder ohne Steuergelder – eine Einrichtung für die Bedürfnisse der Menschen zu sein. Stattdessen setzt die DB nach dem Vorbild der privaten Wirtschaft den „Rotstift" an. In vielen Großstädten profitiert die DB zudem von den kürzlichen Erföhungen der Verbundtarife. Desweiteren stehen im Personenverkehr (mal wieder) Erhöhungen um 9% –(„Süddeutsche Zeitung", 3.5.) an. Weitere Schikanen kommen auf Menschengruppen wie z.B. die Körperbehinderten zu, die jetzt für ihren Rollstuhl extra Frachtgebühr blechen sollen („FR", 12.3.).

Besonders entlarvend nehmen sich diese Fakten gegenüber der gerade 2% erreichenden Steigerung der Tarife im Güterverkehr aus. Dieser Zweig der DB wird von Großindustrie genutzt und verursacht durch Billig-Preise in erster Linie das 30 Milliarden-Defizit, das aus Steuergeldern und überhöhten Personen-Fahrtkosten gedeckt wird (Nach der „FAZ" vom 13.6. stecken angeblich vier Milliarden des Defizits im Nahverkehr, 1,5 im Kleingut. Großgut und Spitzengehälter der Bahn-Bosse werden „vorsichtshalber" gar nicht angegeben).

Selbst die 172.000 Rentner der DB müssen die Rationalisierungen mittragen, die weit über das vergleichbare Maß in der Privatwirtschaft hinausgehen. Die Bundesbahnversicherungsanstalt nämlich zahlt ihnen nicht mehr die Nebenrente aus, die sie sich durch mühsame Beitragszahlungen in Jahren angespart hatten („Spiegel" 17.3.75).

Mehr Qualität?

Im Mai brachte die Zeitung „WIR" (für Mitarbeiter der DB) ein Interview mit dem Präsidenten der zentralen Transportleitung der DB, Diplom-Ingenieur Fakiner. Neben der Betonung, *„Die Planung noch stärker an (profit)wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu orientieren"*, behauptete er frech, daß *„der Fahrplanwechsel für unsere Kunden keine spürbaren Nachteile bringen"* werde.

Aber schon in derselben Nummer schrieben die DB-Kapitalbürokraten, *„daß Fahrgäste in den Flutstunden gelegentlich* (??) *nur Stehplätze vorfinden. Das sei sicherlich nicht die glücklichste Lösung, geschweige denn imagefördernd – es muß aber in Kauf genommen werden."* Dazu wurde gleich noch unterstellt, daß der Bürger angeblich diese Einsparungen selbst wolle: *„Irgendwo muß die Bahn ja den Rotstift ansetzen, wenn sie zum Sparen gezwungen* (?) *ist . . . – diese Aussage, aufgeschnappt im Nahverkehrszug Frankfurt-Offenbach, beweist, daß auch die Bundesbahnkunden die Situation richtig einzuschätzen wissen. Vernünftige* (?!) *Fahrplanänderungen werden akzeptiert, wenn die Argumente stimmen!!! Hier mitzuhelfen ist unser aller Aufgabe."*

Ein blanker Hohn, wie Fakiner angebliche Vorteile des neuen Fahrplans herausstellte. Es handelte sich durchweg um Verbesserungen auf Fernstrecken, also bei D- und TEE-Zügen (Anpassung an Taktfahrplan der Schweizer Bahn, Zeitgewinn auf der Strecke Paris-Kopenhagen usw.). Was sich ein Kollege im Berufsverkehr wohl dafür kaufen kann?

Entlassungswelle bei der DB steht noch bevor!

Bei den Entlassungen von wenigstens 120.000 Kollegen in den nächsten Jahren wird es sich vornehmlich um ausländische Kollegen drehen, die im Paket- und Expressverkehr eingesetzt sind. Außerdem aber auch um Kollegen, die bei der Bahn nur angestellt, nicht aber beamtet sind. So ist es nach Informationen von DB-Kollegen in den letzten Wochen schon geschehen. Die Zahlen darüber wird die DB-Führung sicherlich nicht bekanntgeben, da sie ja gelogen hat, daß es keine Entlassungen gebe. Bezeichnend ist auch, daß in Frankfurt gerade jetzt Fälle bekannt wurden, daß Kollegen aus politischen Gründen (z.B. angebliche Agitation am Schalter) vom Beamten- ins Angestelltenverhältnis zurückgestuft werden.

Der Fahrkartenverkauf soll in naher Zukunft ganz eingestellt werden, wie heute schon auf der Strecke Offenthal-Götzheim. Für den Nahverkehr wird es Automaten geben, für den Fernverkehr kann man dann die Karten nur noch in Reisebüros kaufen)Was die DB-Bosse für dieses Husarenstück wohl von den Reisekonzernen in die Tasche geschustert bekommen?).

Den DB-Kollegen stehen heiße Zeiten bevor. Aber gerade für sie wird es noch schwerer als für Kollegen in anderen Bereichen. Zum einen ist die Hetze in der bürgerlichen Presse gegen die Bahner wie gegen viele Beschäftigte im Öffentlichen Dienst ungeheuer stark, zum anderen sind die Kollegen in viele Dienststellen aufgesplittert und können wohl auch von ihrer Gewerkschaft (GdED) wenig Unterstützung erwarten. Dort wimmelt es neben rechten SPD-Fürsten (zumindest in Frankfurt) nur so von CDU-lern. Was die ÖTV betrifft, so sei nur vermerkt, daß sie in der letzten Tarifrunde bei dem 6%igen Abschluß noch nicht einmal den Spielraum ausgenutzt hat, den der Staat in seinem Haushalt vorgesehen hatte. 800 Mio. Mark flossen dem Staat für arbeiterfeindliche Maßnahmen mehr zu, anstelle in die Tasche der Kollegen. ●

Genosse der Bezirksgruppe-West, KB/Gruppe Frankfurt, mit Unterstützung eines DB-Kollegen.

Soziales Unternehmen-DB ein paar Fakten

1. (nach „Stern" 15/75). Einige Beispiele über Arbeitsbedingungen von Kollegen bei der DB:

Bahnhof Waldshut, Stellwerk III. Decken und Wände sind verschmutzt. Toilette menschenunwürdig, Waschbecken im Kohlenkeller. Als Leitungswasser kommt pures Rheinwasser (!) aus der Röhre.

Fürth (Nebenstelle): Einsturzgefahr des Kamins.

Tübingen: Wellblechbude als Aufenthaltsraum. Nur ungenügende Heizung, Mäuse. Waschbecken aus dem 18. Jahrhundert.

Vach (Stellwerk I): Stühle defekt. Zugluft. Der Schreibtisch stammt aus dem Privatbesitz eines Kollegen, da der alte mal zusammengebrochen ist und nicht ersetzt wurde. Trockenklosett mit Geruchsbelästigung.

2. Hier ein paar Fakten über andere DB-„Kollegen":

Personalchef H.J. Gröben bekommt 1975 auf DB-Kosten in Frankfurt, Nansenring 19a, eine Villa für 480.000 DM!

Vaerst (Eisenbahnpräsident) ist neben seiner Stellung bei der DB noch in verschiedenen Aufsichtsräten (u.a. Lufthansa und deutsche Verkehrskreditbank), ebenso Eisenbahnpräsident Eichinger (z.B. Iduna, deutsche Speisewagengesellschaft). ●

Ein Genosse,KB/Gruppe Frankfurt

„Schutzabkommen" für Vertrauensleute zeigt: DPG-Führung und Postministerium Hand in Hand beim Spiel mit verteilten Rollen

Im März dieses Jahres ist zwischen DPG und BPM (Bundespostministerium) eine Vereinbarung ausgehandelt worden, deren Inhalt der „Schutz der gewerkschaftlichen Betätigung von Funktionsträgern der Deutschen Postgewerkschaft" ist. Durch dieses Abkommen sollen Vertrauensleute einen ähnlichen arbeitsrechtlichen Schutz erhalten wie Personalräte, d.h. sie dürfen wegen ihrer gewerkschaftlichen Betätigung nicht benachteiligt werden. Insbesondere soll diese Vereinbarung angeblich Versetzungen, Abordnungen oder Umsetzungen der Funktionsträger verhindern.

Das Kernstück dieser Vereinbarung ist in ihrem § 6 niedergelegt: *„Die Funktionsträger der Deutschen Postgewerkschaft dürfen gegen ihren Willen nur dann zu einem anderen Amt versetzt oder länger als drei Monate abgeordnet werden, wenn die Versetzung oder Abordnung zuvor von dem Dienstvorgesetzten mit dem zuständigen Organ der Deutschen Postgewerkschaft mit der ernsthaften Absicht einer Verständigung erörtert worden ist. Sollte hierbei eine Einigung nicht erzielt werden, ist die Angelegenheit von dem Präsidenten der Oberpostdirektion mit der Bezirksverwaltung der Deutschen Postgewerkschaft nochmals mit dem ernsthaften Ziel einer Verständigung zu erörtern.*

Umsetzungen von Stelle zu Stelle innerhalb eines Amtsbereichs, die länger als drei Monate dauern, oder Abordnungen bis zu drei Monaten zu einem anderen Amt hat der Amtsvorsteher rechtzeitig mit dem zuständigen Organ der Deutschen Postgewerkschaft zu erörtern."

Die Gewerkschaftsführung gibt dieses Abkommen als einen großen Erfolg ihres „Kampfes" aus, weil darin einer alten Forderung der Gewerkschaftsbewegung entsprochen worden sei. Tatsächlich ist dies jedoch keineswegs der Fall.

So beinhaltet das Abkommen erstens lediglich ein Anhörungsrecht für gewerkschaftliche Organe, von einer wirklichen Mitbestimmung ist also nicht die Rede. Außerdem entscheidet der Präsident der OPD völlig eigenständig, wenn der „ernsthafte Versuch" einer Verständigung gescheitert ist. Die Post kann also nach wie vor gute Gewerkschafter beliebig versetzen, abordnen und umsetzen, wenn sie es will.

Zweitens regelt das Abkommen auch, daß höchstens fünf Prozent aller Gewerkschaftsmitglieder in den Genuß dieses „Schutzes" kommen dürfen! Für jeden Amtsbereich muß die DPG offiziell eine Liste derjenigen Funktionäre aufstellen und der Post zur Kenntnis bringen, auf die das Abkommen angewendet werden muß. Da es in der Regel jedoch mehr Vertrauensleute gibt oder geben wird, fällt ein gewisser Teil davon nicht unter die ohnehin schon löcherige Regelung. Es ist hier also letzten Endes die Gewerkschaftsführung, die darüber entscheidet, wer von dem „Schutz" ausgenommen wird.

Von der gegenwärtigen Rationalisierungswelle bei der Post werden immer mehr Kollegen betroffen. (siehe dazu den Artikel in dieser AK-Ausgabe). Ein wahres Versetzungskarusell ist die Folge davon. Das Wort des Ex-Kanzlers Brandt **„Für jeden nur noch e i n e n Arbeitsplatz, nicht mehr s e i n e n"** gewinnt immer mehr an Bedeutung. Unter diesen Umständen ist es durchaus ein wesentliches Privileg, seinen alten Arbeitsplatz behalten zu können. Da Post und offizielle DPG-Organe darüber in gegenseitigem Einvernehmen befinden, ist gewährleistet, daß dieses Privileg nur gezielt vergeben wird. Der Bestechung gewerkschaftlicher Funktionsträger ist damit Tür und Tor geöffnet. Auf der anderen Seite stellt dies eine Möglichkeit dar, sie für geleistete Dienste im Sinne einer Interessenvertretung der Post und DPG-Führung zu belohnen.

Dieses Abkommen schützt die gewerkschaftliche Tätigkeit fortschrittlicher und konsequenter Kollegen also keineswegs. Es klärt im Grunde lediglich Verfahrensfragen, die dienstrechtlichen Machtmittel der Bundespost bleiben unangetastet. Trotzdem ist es von den Vertretungsorganen der Kapitalisten bereits heftig angegriffen worden. Diese gewerkschaftsfeindliche Demagogie sieht darin einen *„entscheidenden Schritt auf dem Weg zum Verbändestaat"*, die dem Gleichheitsgrundsatz im Grundgesetz Art. drei Abs. drei widerspreche und somit verfassungswidrig sei. Die Vereinbarung müßte also auf alle rechten Spalterorganisationen ausgedehnt werden, und davon gibt es bei der Post sehr viele. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat in einer „Kleinen Anfrage" zum Ausdruck gebracht, daß sie darin *„eine nicht durch das Grundgesetz abgedeckte einseitige Begünstigung von Gewerkschaftsfunktionären"* sieht.

Bundespostminister Gscheidle muß jetzt auf einen Regierungsbeschluß hin erneut mit der DPG verhandeln, um eine *„verfassungskonforme Auslegung"* sicherzustellen.

Dieses Schattenboxen verfolgt zum einen das Ziel, der Gewerkschaftsführung die Möglichkeit zu verschaffen, sich erneut in ihrem „gewerkschaftlichen Kampf" zu profilieren. Zum anderen werden darin noch einmal die Grenzen des Abkommens sichergestellt: *„Das allgemeine Dienstrecht darf nicht unterlaufen werden!"* Wahrlich ein geschickt aufgemachtes Spiel mit verteilten Rollen, bei dem die Kollegen völlig außen vor stehen!

Von den DPG-Funktionären wird übrigens mittlerweile schon völlig offen gesagt, daß dieses Abkommen das Ergebnis eines „Handels" sei. Die DPG konnte es nur abschließen, weil sie „Gegenleistungen" erbracht hat: Die Tarifrunde wurde etwa zeitgleich mit diesen Abkommen ausgehandelt. Das Ergebnis ist bekannt, nämlich 6% lineare Erhöhung. Daneben wurde die noch im letzten Jahr erhobene Forderung nach 300 DM Urlaubsgeld mittlerweile völlig fallengelassen. Darüber wird gegenwärtig nicht mehr verhandelt. Außerdem hat die DPG-Führung sich dem Schlichtungsabkommen der ÖTV für den Öffentlichen Dienst zu Beginn dieses Jahres freiwillig und ohne jeden Zwang angeschlossen, damit solche „Pannen" wie im letzten Jahr (Streik) nicht mehr vorkommen.

Dieses Abkommen ist nicht von den Postkollegen erkämpft worden. Seine spärlichen Möglichkeiten sind natürlich von den fortschrittlichen Kollegen so weit wie möglich zu nutzen. Es muß aber auch klar gemacht werden, welche Spaltungsabsichten und Täuschungsmanöver der Staat und die DPG-Führung mit diesem Abkommen verbinden. Es soll dazu beitragen, die verschärfte Ausbeutung und den Ausverkauf der Interessen der Postkollegen zu verschleiern. ●

Postzelle KB - Gruppe Hamburg

Betriebsrätewahlen 1975: Leichter Linkstrend wurde bestätigt

Die Mehrheit westdeutscher Betriebsräte wurde in der dafür vorgesehenen Zeit vom 1. März bis 31. Mai 1975 gewählt. Einige „Nachzügler" folgten noch im Juni und sogar Juli. Seit Inkrafttreten des neuen Betriebsverfassungsgesetz (BVG) sind gleichzeitige Wahlen in allen Betrieben vorgesehen. Sowohl der bürgerliche Staat als auch die Gewerkschaftsführung versprachen sich durch diese neue Regelung eine bessere Beeinflussungs-Möglichkeit, weil sie so konzentriert ihre großen Propaganda-Apparate – vor allem die bürgerliche Presse – effektiver zum Einsatz bringen können.

Dennoch wurde diesmal – im krassen Gegensatz noch zu 1972 – davon kaum Gebrauch gemacht. Sowohl die Gewerkschaftsführungen als auch die Kapitalisten versuchten stattdessen, die Wahlen diesmal sowenig als möglich „anzuheizen". In der bürgerlichen Presse tauchten sie kaum auf. Der Grund dafür liegt in der allgemeinen wirtschaftlichen Krisen-Situation. Diese gestattete es weder den Kapitalisten noch den Gewerkschaftsführern – auch nicht mit Rückgriff auf die üblichen demagogischen „Argumente" – durch Hinweise auf „großzügige Zugeständnisse", „hartnäckige Verhandlungserfolge" etc.pp. den Arbeitern eine erfolgreiche Betriebspolitik vorzuspiegeln und ihnen weiszumachen, daß am besten alles „beim alten" bleiben müßte. So waren sowohl die Kapitalisten, als auch die Gewerkschaftsführer daran interessiert, daß die Wahlen diesmal möglichst „unpolitisch" und klammheimlich über die Bühne gezogen wurden.

In einer größeren Zahl von Betrieben traten linke Kandidaten zu den Wahlen an; sowohl auf den offiziellen Listen der DGB-Gewerkschaften (von denen einige sogar von linken und links-sozialdemokratischen Kräften dominiert wurden; z.B. Merck

Wahlen an; sowohl auf den offiziellen Listen der DGB-Gewerkschaften (von denen einige sogar von linken und links-sozialdemokratischen Kräften dominiert wurden; z.B. Merck

in Darmstadt oder Pierburg in Neuss) als auch vermehrt auf Oppositions-Listen. Auf diese Betriebe konzentrierte sich das propagandistische Trommelfeuer der Gewerkschaftsführer und auch der Kapitalisten mit persönlichen Verleumdungen und Verdächtigungen linker Kandidaten, einer widerlichen und verlogenen antikommunistischen Hetze etc. Ergänzt wurden diese Versuche, die linke Opposition in den Betrieben klein zu halten natürlich noch durch die übliche Palette undemokratischer Machenschaften, Manipulationen am Wahlverfahren etc. durch die „altgedienten" Berufsbetriebsräte und ihre SPD-Anhängerschaft im Betrieb und den gewerkschaftlichen Gremien (besonders in den Vertrauenskörpern).

Aus den – allerdings nur spärlichen – Veröffentlichungen der DGB-Gewerkschaften, sowie unseren eigenen Berichten und Artikeln in der linken Presse scheint sich der Trend, der sich schon in den letzten BR-Wahlen 1972 gezeigt hat, fortgesetzt zu haben: höhere Wahlbeteiligung, Vergrößerung der Zahl der Betriebe, die überhaupt einen Betriebsrat gewählt haben, Stärkung der DGB-Gewerkschaften gegenüber Unorganisierten und rechten „Gewerkschaften" (wie z.B. CGB und DAG), Stärkung linker Kräfte auf den DGB-Listen, vermehrtes Auftreten erfolgreicher gewerkschaftsoppositioneller Listen.

Also eine weitere leichte Verschiebung nach links, die sich allerdings noch in begrenztem Rahmen hält und keineswegs als qualitativer Sprung nach vorn bezeichnet werden kann. Verschärft haben sich gegenüber 1972 auch die antikommunistische Hetze und die sonstigen Abwehrmaßnahmen der kapitalistischen „Betriebsgemeinschaft", wie etwa Rausschmisse und (fristlose) Kündigungen von frischgewählten linken Betriebsräten (z.B. bei Iduna und Broscheck in Hamburg – vergl. Artikel dazu in dieser Ausgabe), Gewerkschaftsausschlüsse (zehn allein im Hamburger Chemiegroßbetrieb Beiersdorf) und sonstige innergewerkschaftliche Disziplinierungsaktionen (wie z.B. Funktionsverbote; vergl. z.B. Artikel über den Hamburger Chemie-Betrieb Colgate in dieser Ausgabe).

In vielen westdeutschen Großbetrieben ist in den letzten Jahren der Unmut der Arbeiter (und vielfach auch der Angestellten) mit ihren bisherigen BR-Fürsten gewachsen. Grundlagen dafür sind zum einen die die Arbeiter immer unmittelbarer treffenden Auswirkungen der kapitalistischen Krisenpolitik (verschärftes Arbeitstempo, Kurzarbeit, Entlassungen, Kürzungen bei den „innerbetrieblichen Zulagen", allgemeine Zunehme der innerbetrieblichen Repression, Gängelung gewerkschaftlicher Aktivitäten etc.pp.); zum anderen haben die – durch tausend Fäden unmittelbar mit den Konzernherren verbundenen – BR-Matadore häufig nicht mehr die Fähigkeit, diesen Unmut der Arbeiter zu integrieren; ist ihr Image schon allzu ramponiert, letztlich auch dadurch, daß sie alle kapitalistischen Sanktionen gegen die Arbeiter „abgesegnet" haben und deswegen (zu Recht!) von den Arbeitern als „mitschuldig" angesehen werden.

Dies war der Boden für das stärkere und vermehrte Auftreten oppositioneller und schein-„oppositioneller" Kräfte und Gruppen zu den diesjährigen Betriebsrätewahlen.

Diese Gruppen hatten einen höchst unterschiedlichen politischen Charakter. Die Mehrheit der Oppositionslisten kandidierten – z.T. mit, z.T. ohne den „Segen" der Gewerkschaftsführung – noch im Rahmen der politisch-ideologischen Bandbreite des Sozialdemokratismus. Daneben traten auch – stärker als noch 1972 – klassenbewußte und linke Listen zur Wahl an.

Einschränkend muß allerdings auch darauf hingewiesen werden, daß es nur in wenigen Fällen (z.B. Opel-Bochum) gelang, Erfolge der letzten Wahl diesmal noch auszubauen. Viele linke Kollegen und Gruppen, die noch 1972 recht erfolgreich bei den Wahlen abschnitten, mußten diesmal Einbußen und Niederlagen hinnehmen, traten z.T. gar nicht mehr an. Zu stark waren in den drei vergangenen Jahren die Repressionen seitens der Geschäftsleitungen und Gewerkschaftsführungen. Vielfach

nehmen, traten z.T. gar nicht mehr an. Zu stark waren in den drei vergangenen Jahren die Repressionen seitens der Geschäftsleitungen und Gewerkschaftsführungen. Vielfach

waren linke Betriebsräte inzwischen aus den Betrieben gefeuert, haben – großenteils den Gewerkschafts-Ausschluß in der Tasche – resigniert oder wurden auch durch breit angelegte widerliche Hetzkampagnen (die in aller Regel von den SPD-Gruppen und DGB-Führern getragen wurden) von ihren Kollegen isoliert. Oftmals konnten linke Kollegen im Verlauf der letzten drei Jahre erneut vom DGB-Apparat integriert werden. Häufig half das Kapital bei solchen Aktionen mit (beruflicher Aufstieg etc.).

Während sich 1972 der Linkstrend vor allem in den Großbetrieben bis zu 5.000 Beschäftigten und Mittelbetrieben durchsetzte und sich in den Mammut-Betrieben (mit einigen 10.000 Beschäftigten) praktisch kaum Veränderungen zeigten, sind dieses Jahr gerade Veränderungen bei den letzteren – vor allem in der Metallindustrie – herausragendes Ereignis der BR-Wahlen 1975.

Wir wollen im folgenden einige markante Abläufe und Ergebnisse in verschiedenen Großbetrieben, wie auch einige wichtige Erfolge der Arbeiterlinken darstellen:

Opel-Rüsselsheim

Bereits zur BR-Wahl 1972 hatte es unter den Kollegen ziemlich breiten Protest mit der alten BR-Mafia (Hahn, Powitz und Späth) gegeben: Mangels linker Alternative wählten über zwölf Prozent der Kollegen ungültig. Noch kurz vor der Wahl hatte es erneut Zündstoff gegeben, als die BR-Bosse vom Kapital beantragten Sonderschichten zustimmten und danach den VK beauftragten, dies den Kollegen „schonend" beizubringen. Hier waren die Voraussetzungen für das Auftreten einer oppositionellen Liste äußerst günstig. Um keinen Boden an eine wirkliche Opposition abzutreten, hat die Sozialdemokratie dies Gelände dann gleich selbst besetzt und eine „linke", „oppositionelle" Liste den Kollegen zur Wahl angeboten, die von noch nicht verbrauchten „linken" Sozialdemokraten (Heller, Milden und Müller) angeführt wurde. Diese „linke" Liste, die als „innerbetriebliche Opposition" auftrat, wurde ebenfalls von der IGM-Verwaltungsstelle anerkannt und konnte somit als weitere „offizielle IGM-Liste" auftreten. Sie gewann auf Schlag 41,2% und stellt jetzt den Vorsitzenden und seinen Stellvertreter im neuen BR. Die alte Garde wurde mit nur 28,9% ziemlich abgeschlagen (den Rest der gültigen Stimmen erhielten die Rechten von DAG und CMV). Die IGM insgesamt kann jetzt 34 von insgesamt 45 Sitzen mit ihren Mitgliedern besetzen.

Der Erfolg der „linken" Sozialdemokraten, der vor allem in der Fähigkeit des Aufsaugens aller Protest-Stimmen bestand, war offenbar schon vorher so gut wie sicher, so daß sich die Listen-Führer noch allerhand offenkundige Schweinereien erlauben konnten, ohne mit der alten Garde gleichgesetzt zu werden: So wurden einige als „links" bekannte Wahlkandidaten nachträglich wieder von der Liste gekantet und gegen bekannte Rechte aus dem Hahn-Powitz-Klüngel ausgetauscht. So wurden den Wahlkandidaten der ausländischen Kollegen von anfänglich sicheren Listenplätzen immer weiter nach unten Manövriert, bis sie schließlich das Handtuch warfen und ausschieden.

Trotz alledem müssen die 41% für die „linke" Liste weitgehend als oppositionelle Stimmen verstanden werden, wenn sie auch noch einmal auf die Mühlen der Sozialdemokratie gelenkt werden konnten. Hier – wie auch in anderen Betrieben – zeigt sich der große Mangel an linken Arbeiter-Kadern, die generell mit der Sozialdemokratie (auch in ihrem „linken" Gewande) gebrochen haben. Dennoch hat dies Wahlergebnis erstmals nach 20-jähriger rechtssozialdemokratischer Herrschaft, die nie angefochten worden war, die Dinge in Fluß gebracht und es ist durchaus „normal", wenn dieser Prozeß gewissermaßen über die Etappe des „linken" Sozialdemokratismus verläuft.

Klöckner-Humbold-Deutz (KHD), Köln

verläuft.
Klöckner-Humbold-Deutz (KHD), Köln

Ähnlich wie bei Opel-Rüsselsheim war die Situation auch hier. Getragen vom Protest eines Teils der Belegschaft mit der kapitalhörigen Politik des alten BRs (Bleffert), kandidierte eine „linke" sozialdemokratische Liste „Metallarbeiter" dagegen, konzentrierte ihre Kritik aber hauptsächlich auf die Person des BR-Vorsitzenden. Allerdings hatten die „Metallarbeiter" nicht den „Segen" der IGM-Führer und mußten gegen deren Hetze (einschließlich Drohung mit Gewerkschafts-Ausschluß) antreten. Unter diesem Druck trat ein Kollege von der „Metallarbeiter"-Liste wieder zurück.

Das Eingreifen der „linken" Sozialdemokraten war allerdings für die SPD ziemlich wichtig, kandidierte doch ebenfalls eine sogenannte „rote Liste" (der „KPD/ML"), so daß die Möglichkeit einer Konzentration von Protest-Stimmen bei der „ML" keineswegs ausgeschlossen war.

Gegenüber dem letzten Wahlergebnis verlor dann die offizielle IGM-Liste mit Bleffert an der Spitze neun Sitze und zwar sieben an die „Metallarbeiter" (= 1.904 Stimmen) und zwei an die „KPD/ML" (= 592 Stimmen). Die Angestellten-Liste der IGM (die ein „Leitender" anführte) verlor einen Sitz an die DAG).

Die erste (konstituierende) Sitzung galt denn auch dem Versuch einer Strangulierung der neuen Opposition durch die alte (und neue) BR-Mehrheit. Diese stellte bei der Betriebsleitung Antrag auf fristlose Kündigung eines Betriebsrats-Mitgliedes und verhängte einen allgemeinen „Maulkorb", der die Informationspolitik der einzelnen Betriebsräte auf das Bekanntgeben mehrheitlich gefaßter Beschlüsse einschränkte. Dies zeigt, daß die rechte BR-Mehrheit durch Druck die Anpassung der neuen Opposition erzwingen will. Erfahrungsgemäß haben die rechten Sozialdemokraten damit bei ihren „linken" Brüdern regelmäßig Erfolg, so daß die Ansätze oppositioneller Politik kaum von langer Dauer sein dürften.

Klöckner-Hütte, Bremen

Die Bremer Klöckner-Hütte gehört traditionell zu den kampfstärksten westdeutschen Betrieben mit einer relativ weit linksstehenden Arbeiterschaft. Dies ist auch im Zusammenhang mit dem langjährigen gewerkschaftspolitischen Einfluß der (inzwischen weitgehend zerfallenen) Gruppe „Arbeiterpolitik" zu sehen, die hier vor allem in der Zeit des KPD-Verbots nach 1956 an Boden gewinnen konnte. Inzwischen ist der Einfluß dieser Gruppe auf der Hütte zerstört und ihre Kader sind aus dem Betrieb gefeuert. Als „Nachlaß-Verwalter" sind die weiter rechts angesiedelten Gruppen der DKP und linke Sozialdemokraten aufgetreten.

In den letzten Jahren haben die Bremer Hüttenarbeiter eine Reihe von Niederlagen hinnehmen müssen (vor allem im Sommer '73, als der „wilde" Streik um die Teuerungszulage zusammenbrach), die weitgehend in der opportunistischen Politik der DKP-Gruppe und der linken Sozialdemokraten begründet liegt. Seitdem ist die ehemals sehr hohe Kampfkraft der Hüttenarbeiter ziemlich verblaßt. Dennoch ist die Hütte auch heute noch eine der „Hochburgen" der westdeutschen Arbeiterbebewegung.

Während die DKP – bei schwindendem Einfluß in den Betrieben – sonst allerorts eine Politik der totalen Anpassung an die DGB-Führungen (und damit in der Regel an deren r e c h t e Ableger im Betrieb) vollzog und an vorderster Front nur im Kampf gegen die linke Opposition gesehen ward, trägt sie auf der Klöckner-Hütte der allgemeinen Stimmung Rechnung und entwickelt eine Politik, die sogar noch links von der „linken" Sozialdemokratie angesiedelt ist. Mit ihrer Politik – „so rechts wie möglich, so links wie nötig" – operiert die DKP-Gruppe innerhalb des von der örtlichen IGM-Führung zugestandenen Rahmens und bemüht sich gleichfalls, möglichst wenig Einfluß an mit ihr konkurrierende „links"sozialdemokratische Gruppen zu verlieren.

Wie auch in anderen Betrieben mit starker linker Tendenz unter den Arbeitern (wie z.B. Ford-Köln), hat die IGM-Führung ihr „Prinzip" der „Einheitsliste" total aufgelöst, so daß die für viele Kollegen nur schwer zu durchschauende Situa-

den Arbeitern (wie z.B. Ford-Köln), hat die IGM-Führung ihr „Prinzip" der „Einheitsliste" total aufgelöst, so daß die für viele Kollegen nur schwer zu durchschauende Situa-

tion von insgesamt sechs offiziellen IGM-Listen entstand; einer Situation also, in der vor allem die rechten Sozialdemokraten (mit Auftrag der IGM-Führung) im Trüben zu fischen hoffen.

Das Auftreten so vieler, offiziell von der IGM abgesegneter Wahllisten, macht deutlich, daß es der IGM bei ihrem ansonsten scheinbar mit Klauen und Zähnen verteidigten „Prinzip" der „Einheitsliste" keineswegs ernst ist, sondern daß sie mit diesem „Argument" in der Regel bloß die linke Opposition bürokratisch niederhält und ausschaltet (entweder von der Wahl oder aus der Gewerkschaft): In mehrheitlich von linken Vertrauensleuten besetzten Funktionärskörpern, haben die rechten Sozialdemokraten (u.a. rechte Elemente) kaum Chance auf einen aussichtsreichen Listenplatz; also räumt ihnen die IGM-Führung die Möglichkeit einer eigenen Liste ein. Existiert im Betrieb eine recht breite gewerkschaftsoppositionelle Basis, tauchen die DGB-Führer mit einem ganzen Rudel offizieller Listen auf, die die ganze politische Bandbreite von rechtsaußen bis „links"-demagogisch abdecken, um von dieser Warte aus einen wohlabgestimmten Kampf gegen die Opposition und zugunsten der Sozialdemokratie zu führen.

Auf der Klöckner-Hütte wurde zweimal gewählt, nachdem die erste Wahl – aus der die Linken erfolgreich hervorgingen – vom reaktionären CMV (sog. „Christlicher Metallarbeiter Verband") angefochten und vom Gericht (unter hahnebüchenen Beschuldigungen) für ungültig erklärt wurde. Die zweite Wahl hat dann den Erfolg der Linken noch ausgebaut.

Bei der ersten (und zweiten) Wahl kandidierten die Angestellten auf einer einheitlichen Liste (Persönlichkeits-Wahl), während bei den Arbeitern sechs IGM-Listen und eine CMV-Liste auftauchten:

- Liste 1: CMV (Reaktionäre und Faschisten),
- Liste 2: „linke" Sozialdemokraten (H. Bär),
- Liste 3: DKP und links-unabhängige (Röpke/Florian; diese Liste war mit 37 Kandidaten die stärkste),
- Liste 4: „Linke" Sozialdemokraten (Abteilungsliste)
- Liste 5: rechte Sozialdemokraten
- Listen 6 und 7: „linke" Sozialdemokraten (Abteilungslisten).

Die Schmutzarbeit gegen die Liste 3 (Röpke) erledigten vor allem die rechten Sozialdemokraten und der CMV. Von persönlicher Diffamierung bis zu übelster antikommunistischer Hetze wurde alles aufgeboten. Da fehlte „die Mauer" ebensowenig wie der „Schießbefehl", da wurden der Röpke-Mannschaft die von den Kapitalisten erlassene Kurzarbeit angelastet etc.pp.; d.h. – obgleich als offizielle IGM-Liste anerkannt führten die Sozialdemokraten hiergegen einen ähnlichen Wahlkampf wie sonst gegen die „Chaoten" der Oppositionslisten anderer Betriebe.

Das Wahlergebnis brachte einen recht guten Erfolg der Linken: Die Röpke-Liste erhielt über 50% der Arbeiterstimmen und damit 14 von 24 Arbeitersitzen. Der CMV wurde weit abgeschlagen (122 Stimmen, kein Sitz), und die rechten Sozialdemokraten erhielten vier Sitze. Den Rest bekamen die „linken" Sozialdemokraten, von denen dann später zwei Röpke mit zum Vorsitzenden wählten (Stimmverhältnis 16:15; bei den Angestellten kamen vor allem Rechte durch).

Bei der Wiederholung der Wahl änderte die IGM nach eindeutigem und einheitlichem Votum des Vertrauensmännerkörpers die Taktik. Jetzt sollte auch bei den Arbeitern Persönlichkeits-Wahl durchgeführt werden. Somit kandidierten dann insgesamt 104 Kollegen auf derselben Liste im Arbeiterbereich. Aus dieser Änderung in der Taktik versprachen sich offenbar die Sozialdemokraten und Reaktionäre einen Zugewinn.

Die verschiedenen politischen Gruppierungen führten den Wahlkampf blockweise gegeneinander. Die Röpke-Gruppe stellte nur 24 Kandidaten zur Wahl, die – ohne Ausnahme – allesamt gewählt wurden

Gruppierungen führten den Wahlkampf blockweise gegeneinander. Die Röpke-Gruppe stellte nur 24 Kandidaten zur Wahl, die – ohne Ausnahme – allesamt gewählt wurden

(damit hat die Röpke-Gruppe jetzt alle 24 Arbeitersitze; einen Zugewinn von zehn). Röpke selbst erhielt über 2.200 Stimmen, der letzte seiner Gruppe immer noch über 770. Bei den Angestellten setzten sich Rechte durch. Die AfA („Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen", SPD) wurde total abgebürstet, der CMV ebenso. Interessant dabei auch, daß sich die „links"sozialdemokratische Gruppe um H. Bär auflöste und Bär selbst nun offen bei den Rechten mitmischte; ohne Erfolg allerdings.

Der KBW empfahl die Wahl einer Dreier-Gruppe, die ebenso wie die Wahlempfehlung einer Fünfer-Gruppe durch die „KPD/ML" unter den Tisch fiel (KBW: zwischen 123 und 43 Stimmen; „KPD/ML": zwischen 165 und 70 Stimmen). Als weitere Empfehlung sprach sich der KBW gegen die Wahl von DKP-Mitgliedern aus und empfahl statt dessen einige „linke" Sozialdemokraten; die „ML"-Kandidaten „forderten" in ihrem Sieben-Punkte-Programm u.a. den „Sozialismus", aber nicht „unter russischer Knute" ...

Ford-Köln

Das Wahlergebnis bei Ford-Köln hat wohl das größte „öffentliche Aufsehen" im diesjährigen Betriebsratswahlkampf überhaupt erregt. Hier gelang es einer Reihe von „linken Oppositionslisten" auf Anhieb die alte verhaßte BR-Mafia um Lück und Kuckelkorn aus dem Sattel zu heben.

Es gab insgesamt 15 Wahllisten, davon zwölf im Arbeiterbereich und drei bei den Angestellten. Eine Angestellten-Liste und drei bei den Arbeitern gehörten zum Block der „Oppositions"-Listen. Die „Opposition" erreichte damit 17 BR-Sitze bei den Arbeitern, gegenüber 14 Sitzen der „offiziellen" IGM. Im Angestelltenbereich erzielte die „Oppositions"-Liste zwei Sitze gegenüber vier der IGM und vier der DAG.

Der Wahlkampf selbst wurde mit „harten Bandagen" und „allen Regeln der Kunst" der Diffamierung, persönlichen Verunglimpfung, Mauschelei, Betrügerei seitens der rechten Sozialdemokraten (Lück/Kuckelkorn) gegen die „Opposition" geführt. Die IGM-Führung unterstützte den Wahlkampf der Rechten voll und ganz. Gegen alle 83 Kandidaten der „Oppositions"listen sind inzwischen Ausschlußanträge durch die Ortsverwaltung eingereicht worden.

Betrieb und Gewerkschaft

Das Wahlergebnis brachte der DAG die Rolle eines „Züngleins an der Waage". Es gab dann Absprachen mit der „Opposition" und danach ein gemeinsames Auftreten von „linker Opposition" und DAG gegen die Lück/Kuckelkorn-Clique. Die DAG wurde dafür mit dem Sitz des stellvertretenden BR-Vorsitzenden belohnt. Die Forderung der Arbeiter: „Kuckelkorn und Lück, müssen jetzt ans Band zurück", wurde bisher durch gemeinsames Bemühen der Betriebsleitung und der IGM-Ortsverwaltung vereitelt: Der „Express' (10.6.75) wußte zu berichten, daß diese Herrschaften jetzt *„eigene Büros im Betrieb erhalten"* sollten, um auch weiterhin ihre Hände frei zu haben für ihr arbeiterfeindliches Geschäft. Auch *„das jahrelang gesungene Lied, daß wer im Ford-Betriebsrat sitzt, auch das Sagen in der IGM-Ortsverwaltung (Köln) hat, gilt nicht mehr"*. (ebenda)

Interessant ist nun die politische und gewerkschaftspolitische Plattform der Ford-„Opposition" und die nachträgliche Beurteilung des Wahlergebnisses durch die Gewerkschaftsführung.

Die stärkste „Oppositions"liste, die sog. „Wählergemeinschaft" (die wie die IGM-Hauptliste zwölf Sitze erhielt), wurde von Schwarzenberg angeführt, der bisher eher als Wasserträger der Lück/Kuckelkorn-Clique galt und erst offenbar kurz vor dem Wahlkampf entdeckte, daß sein Herz „links" schlägt.

Schwarzenberg und seine Gruppe führte den Wahlkampf keineswegs mit betriebspolitischen Inhalten, sondern ausschließlich als Kampf gegen die BR-Führer Lück und Kuckelkorn. Dies erklärte er nach dem Wahlkampf auch ganz offen gegenüber der „Welt der Arbeit" (16.5.75): *„Unsere Aktion hat sich lediglich gegen Ernst Lück und Wilfried Kuckelkorn (...) gerichtet"*.

kampf auch ganz offen gegenüber der „Welt der Arbeit" (16.5.75): *„Unsere Aktion hat sich lediglich gegen Ernst Lück und Wilfried Kuckelkorn (...) gerichtet"*.

Die demagogischen Ausfälle („kommunistisch gesteuert") der Lück und Kuckelkorn „konterte" die Schwarzenberg-Gruppe auf derselben demagogischen Wellenlänge: *„Wir weisen auf's schärfste zurück, eine kommunistisch gesteuerte* (?!) *Liste zu sein. Im Gegensatz zu Kuckelkorn, der bereits eine Rüge des IGM-Vorstandes wegen Mißbrauch der Druckeinrichtungen der IGM OV Köln zur Herstellung eines kommunistischen Flugblattes* (??) *erhalten hat, sind die Kollegen unserer Wählergemeinschaft Liste 5 mehrfach von der IGM für gute Gewerkschaftsarbeit ausgezeichnet worden ..."* (zitiert nach „Klassenkampf", Zeitung der SAG, 17.6.75). Und die IGM konnte in ihrer Auswertung der Wahl frohlocken: *„Wahlgewinner Ernst Schwarzenberg will sich indes nicht in die linke Ecke drängen lassen"*. („WdA", 16.5.75): *„Auf unserer Liste waren zwei DKP-Mitglieder, aber auch auf der IG Metall-Liste waren DKP-Mitglieder"*. (Schwarzenberg, ebenda). (Die ohnehin wenig einflußreiche DKP-Betriebsgruppe hatte sich in den Auseinandersetzungen um die Betriebsratswahl zerstritten und war auseinandergefallen.)

Die ebenfalls zum „Oppositions"-block zählenden vier „Initiative"-Listen, die zusammen sechs BR-Sitze erreichten, haben sich offenbar aus dieserart „Auseinandersetzung" herausgehalten und propagierten ein betriebsbezogenes Forderungsprogramm, u.a. gegen *„Geheimverhandlung"* und *„besseren Informationsfluß"* durch den BR, für *„stundenweise Freistellung der Vertrauensleute"* zwecks *„Information und Beratung der Kollegen"*, weiterhin reichlich opportunistisch: *„Kurzarbeit nur dann, wenn* (??) *in der Folgezeit keine Entlassungen stattfinden"* und schließlich offen spalterisch: *„Haustarif für die Ford-Werke"*. Ihre korrekte Forderung gegen Gewerkschaftsausschlüsse von kritischen Kollegen ergänzten sie aber gleichzeitig durch die damagogische Parole: *„Keine Chaoten und Extremisten in den Betriebsrat"* (alles zitiert nach „Klassenkampf", 17.6.

Wie muß das Wahlergebnis bei Ford eingeschätzt werden? – Was die für die „Oppositions"-Listen abgegebenen Wahlstimmen anbelangt, gilt das gleiche wie etwa für das Wahlergebnis bei Opel-Rüsselsheim. D.h., die Wahlstimmen bringen eine tatsächliche oppositionelle Strömung unter den Arbeitern – mehr oder weniger klassenbewußt – zum Ausdruck; sie sind Erscheinung einer sich langsam und stetig entfaltenden neuen Tendenz in der westdeutschen Industriearbeiterschaft, die auf den Bruch mit der *rechts*-sozialdemokratischen Betriebsherrschaft zielt, ohne den Boden der Klassenversöhnung schon verlassen zu haben.

Obgleich der Niedergang der Lück und Kuckelkorn vorhersehbar war, ist die IGM nicht von sich aus mit einer offiziellen „oppositionellen" (links-sozialdemokratischen) Wahlliste aufgekreuzt, sondern hat den Lück-Clan hartnäckig unterstützt und über die „Oppositions"-Listen den üblichen Schmutz ausgekübelt. Nicht zuletzt diese halsstarrige und wenig flexible Haltung der örtlichen IGM-Führung hat zum Schein einer konsequenten Opposition bei der Schwarzenberg-Liste beigetragen.

Die unflexible Haltung der Kölner IGM-Führung ist vor allem vor dem Hintergrund nach wie vor schwelender Auseinandersetzung auf der unteren und mittleren Funktionärsebene der unteren und mittleren Funktionärsebene der örtlichen IGM zu sehen: Vor über einem Jahr wurde der damalige IGM-Ortsvorstand unter Tolusch aufgelöst und mehrere örtliche Führer aus der IGM ausgeschlossen, unter ihnen der als „links" geltende Tolusch, ebenso einige rechte Sozialdemokraten. Tolusch wurde *„Zusammenarbeit mit Linksextremisten"* und *„Veruntreuung von Gewerkschaftsgeldern"* vorgeworfen. Belegt wurden diese Vorwürfe durch „geschworene Eide" der Lück und Kuckelkorn, die so – im Verbund mit der IGM-Führung – den Kölner Ortsvorstand auf Rechts-Kurs bringen und ihren persönlichen Einfluß stark ausbauen wollten. Diese Aktion gegen den weitgehend beliebten Tolusch (der früher selbst BR-Vorsitzender bei Ford war), hat auch nachträglich nicht das Einverständnis der IGM-Basis, sowie eines großen Teils der unteren und mittleren Funktionärsebene bekommen und u.a. dazu geführt, daß nach wie vor kein ordentlicher Ortsvorstand in Köln zustande gekommen ist (ein von oben eingesetzter „provisorischer" Vorstand leitet die IGM-Geschäfte zusammen mit der Lück/Kuckelkorn-Mafia).

stande gekommen ist (ein von oben eingesetzter „provisorischer" Vorstand leitet die IGM-Geschäfte zusammen mit der Lück/Kuckelkorn-Mafia).

Tolusch selbst hat sich unterdes mit anderen Kräften in der Linken Gruppe „Einheits-Aktion" zusammengeschlossen und in den Wahlkampf massiv gegen Lück und Kukkelkorn eingegriffen. Auch die DGB-Führung begründet die Niederlage der offiziellen IGM-Liste mit *„Querelen in der IG Metall-Verwaltungsstelle Köln"* und deren Ex-Vorsitzender Tolusch („WdA", 16.5.75). Trotz Dementi von Wahlgewinner Schwarzenberg („Mit Tolusch hat das nichts zu tun", ebenda), erklärte Rechts-Ausleger Kuckelkorn – nicht zu Unrecht – die „Drahtzieher der Opposition" *„in der sogenannten ‚Einheitsaktion' und in dem aus der IG-Metall ausgeschlossenen Ex-Bevollmächtigten Günter Tolusch, der eine alte Rechnung begleichen wolle"* (ebenda).: *„Seit Herbst vergangenen Jahres haben sich um Tolusch Arbeitskreise zur Vorbereitung der Betriebsratswahlen getroffen ..."* (Kuckelkorn, ebenda).

Unabhängig von der Existenz einzelner ehrlicher linker Kollegen auf den „Oppositionslisten" spielen diese – in objektiver Hinsicht – keine andereRolle als solche „Oppositionslisten", die mit Segen der Gewerkschaftsführung und dem Ziel antreten, einer wirklich klassenbewußten Opposition keinen Raum zu lassen und für die Gewerkschaftsführer (durch allzu kapitalhörige Machenschaften) verlorenes Terrain wieder zurückgewinnen. Daß es dieser „Opposition" – im Gegensatz zu vergleichbaren Betrieben – auf Anhieb gelang, mehr als die Hälfte der 23.000 Wahlstimmen auf sich zu vereinigen, ist vor allem Ergebnis der extrem arbeiterfeindlichen Haltung der Lück-Gruppe, die z.B. – um nur einen markanten Fall herauszugreifen – 1973 an der Spitze von gekauften Schlägern, Zivilbullen, Meistern und höheren Angestellten den „wilden" Streik brutal zusammenknüppelte. Trotz alledem bedeutet die Abservierung der Lück/Kukkelkorn-Clique einen Erfolg für die Ford-Arbeiter und größere Schwierigkeiten für die Kapitalisten, ihren bisherigen Kurs gegen die Arbeiter durchzusetzen.

Bremer Vulkan

Die zum Thyssen-Konzern gehörende Vulkan-Werft in Bremen gehört – wie auch die Bremer Klöckner-Hütte – zu den kampfstärksten Betrieben der BRD. Das herausragende Ereignis der diesjährigen Betriebsratswahlen war, daß der gewerkschaftliche Vertrauenskörper die IGM-Ortsverwaltung zwang, ihr Ziel einer Listenwahl zugunsten der Persönlichkeitswahl fallenzulassen. Damit erzwang der aus Linken und links-sozialdemokratischen Kräften sich zusammensetzende Vertrauenskörper (durch einstimmigen Beschluß!) die Einbeziehung von vier linken Kollegen, die zuvor aus der Gewerkschaft ausgeschlossen worden sind (hierbei handelt es sich um Mitglieder des KBW und der „KPD"). Dies ist ein ausgezeichnetes Beispiel von Arbeiter-Solidarität.

Schon bei der letzten BR-Wahl auf dem Vulkan hat sich eine politische Wende in Betriebsrat und Vertrauenskörper abgezeichnet, deren sichtbarster Ausdruck die Ablösung des bisherigen BR-Vorsitzenden und SPD-Mannes Kirchhoff durch den linken, parteilosen Bettelhäuser war.

Auf der vom Vertrauenskörper durchgesetzten offenen Persönlichkeits-Wahlliste kandidierten schließlich 53 Kollegen um die 29 BR-Sitze, unter ihnen viele Türken. Gewählt wurden schließlich zwölf neue Kollegen, 17 Betriebsräte wurden bestätigt. Im neuen Betriebsrat sitzen jetzt sechs türkische Betriebsräte. Drei der vier ausgeschlossenen Kollegen wurden ebenfalls gewählt. Die linke Gruppe um den BR-Vorsitzenden Bettelhäuser konnte ihre Position verbessern. Einbußen mußte die SPD-Betriebsgruppe hinnehmen.

Um einer Entwicklung von „Berufsbetriebsräten" entgegenzuwirken, wurden sechs von insgesamt acht freigestellten Betriebsräten durch neue Kräfte ausgetauscht (zum Ärger des SPD-Betriebsgruppen-Chefs). Auf derselben Linie wurden auf einer kurz nach den Wahlen stattfindenden Vertrauensleute-Sitzung einige SPD-Betriebsgruppen-Mitglieder aus der Tarifkommision abgewählt und durch neue Kollegen ersetzt.

Daimler Benz, Untertürkheim

Mit seinen rund 26.000 Arbeitern und Angestellten gehört das Zweig-

Daimler Benz, Untertürkheim

Mit seinen rund 26.000 Arbeitern und Angestellten gehört das Zweig-

werk Untertürkheim (bei Stuttgart) des Daimler Benz-Konzern zu den größten Industriebetrieben der BRD. Wie auch schon beim letzten Mal 1972 kandidierte auch diesmal wieder eine linke Oppositions-Gruppe gegen die offizielle IGM-Liste (des SPD-Karrieristen Hauff) zu den BR-Wahlen. Sie erreichte mit 2.653 Stimmen (= 18%) fünf Sitze im neuen BR. Die SPD-Gruppe (die offizielle IGM-Liste) erreichte mit 10.572 Stimmen (=76%) insgesamt 22 Sitze. Der erstmals kandidierende rechte CMV (sog. Christlicher Metallarbeiter Verband, CDU-orientiert) bekam mit 933 Stimmen (= 6%) einen Sitz.

Im Gegensatz zu vergleichbaren Großbetrieben, in denen oppositionelle Gruppen zu den BR-Wahlen antraten, gehört DB-Untertürkheim eher zu den kampfschwachen Betrieben mit vergleichsweise wenig Streikerfahrung. Dieser Umstand liegt auch in der rechtssozialdemokratischen Betriebspolitik der SPD-Gruppe und der örtlichen IGM begründet.

1972 kandidierten auf der Oppositions-Liste drei Arbeiter, nämlich die langjährigen IGM-Vertrauensleute Hoss, Mühleisen und der italienische Kollege D'Andrea. Sie erhielten damals auf Anhieb 3.034 Stimmen. Das entsprach 28% der Gesamtstimmen, bzw. etwa 38% der für die Hauff-Gruppe abgegebenen Stimmen. Mit diesem Ergebnis hätten die Oppositionellen insgesamt neun BR-Sitze erhalten können (wenn so viele kandidiert hätten) (vergl. dazu: AK Nr. 22, Oktober '72). Als Reaktion der IGM-Führer erfolgte der Gewerkschafts-Ausschluß für Hoss und Mühleisen und ein zweijähriges Funktionsverbot für D'Andrea. Diesmal kandidierten insgesamt elf Arbeiter auf der Oppositionsliste, gegen die inzwischen ebenfalls ein Ausschluß-Verfahren aus der IGM angestrengt wurde.

Die oppositionelle Gruppe steht dem „Sozialistischen Büro" (SB) nahe, das sich aus sozialistischen und links-sozialdemokratischen Kräften zusammensetzt. Mehr noch: Die Hoss/Mühleisen-Gruppe ist sozusagen das proletarische Aushängeschild des SB. Mit ihr hat das SB in der Vergangenheit gern seinen Blick für machbare linke Arbeiterpolitik zu belegen versucht. In seiner öffentlichen Berichterstattung hat das SB die Entwicklung in Untertürkheim und speziell der Hoss/Mühleisen-Gruppe über Jahre hinweg breiten Raum gegeben, Sonder-Zeitungen herausgebracht usw. Zu wichtigen Fragen der Arbeiterbewegung (z.B. Vorbereitung zur diesjährigen Betriebsratswahl) hat das SB durch den Mund der Hoss/Mühleisen-Gruppe Stellung bezogen (vergl. AK 52).

Demgegenüber fällt die Erklärung des SB für den Rückgang des Wahlerfolges recht mager und „schief" aus. (Um nicht mißverstanden zu werden: Wir halten das Wahlergebnis der Hoss/Mühleisen-Gruppe durchaus für einen Erfolg der Arbeiterlinken): „ ... *auf Grund der höheren Wahlbeteiligung* (um 22%) *hat sich der prozentuale Anteil* (der Hoss/Mühleisen-Liste) *von 28 auf 18 Prozent verringert."* Und: Die *„höhere Wahlbeteiligung schlug sich nicht zugunsten der Liste Hoss/Mühleisen nieder"* („links", Nr. 68). – In der Tat. Aber warum? – Dies wird – zumindest direkt – vom SB nicht beantwortet. Zum absoluten Rückgang der Wahlstimmen (um etwa 400) sagt das SB überhaupt nichts. Stattdessen wird vertröstet: *„Immerhin stellt die oppositionelle Liste nunmehr fünf Betriebsratsmitglieder, von denen zwei ausländische Kollegen sind"*. Das ist zweifellos schön, ersetzt aber keine Analyse des Wahlergebnisses und der – vom SB ja wohl angeleiteten – Betriebsarbeit der oppositionellen Gruppe.

In einer anderen Zeitung des SB, „Express" (Nr. 5/75), finden sich immerhin zwei Bemerkungen: Hier beklagt das SB, daß die IGM-Liste die *„volle organisatorische und agitatorische Unterstützung"* der IGM-Vorstände fand, während man die Hoss/Mühleisen-Liste vor allem durch *„Rückgriff auf antikommunistische Meinungen in der Bevölkerung"* bekämpfte: *„Von Peking über Moskau zu Baader-Meinhof persönliche Verdächtigungen und Verleumdungen"*. In der Tat, die Gewerkschaftsführung hat die Hoss/Mühleisen-Liste mit derselben Munition beschossen wie die anderen Oppositionslisten und nur „hartnäckige Illusionisten" hätten das anders erwarten können.

Leider besteht ein wesentlicher Zug der SB-Politik darin, Charakter und Aktivitäten der der Gewerkschaftsführung ständig zu verschleiern und beschönigen. Dies läuft letztlich auf die politische Entwaff-

Leider besteht ein wesentlicher Zug der SB-Politik darin, Charakter und Aktivitäten der der Gewerkschaftsführung ständig zu verschleiern und beschönigen. Dies läuft letztlich auf die politische Entwaff-

nung der Arbeiter hinaus und stärkt damit die rechts-sozialdemokratischen Betriebsgruppen, die ja höchst offiziell im Namen der auch vom SB stets „in Schutz genommenen" IGM-Führungen auftreten. Die opportunistische Politik des SB gegenüber der Gewerkschaftsführung mag ein wesentlicher Grund für den Erfolgs-Rückgang der Hoss/Mühleisen-Gruppe gewesen sein. Wir haben diese opportunistische Politik des SB schon häufig kritisiert, am umfassendsten vor etwa zwei Jahren im Zusammenhang mit der Entwicklung einer linken Arbeiterpolitik in den Darmstädter Chemie-Großbetrieben Merck und Röhm. Das SB ist auf diese Kritik niemals eingegangen, zumindest nicht öffentlich.

Ein weiterer Grund für den Erfolgsrückgang mag in der falschen Ausrichtung des von der Hoss/Mühleisen-Gruppe geführten (und vom SB auch allgemein so empfohlenen) Wahlkampfes liegen. Statt der unmittelbaren Interessen der Arbeiter wurden Verfahrensfragen des Wahlvorganges in den Mittelpunkt der Wahlkampfagitation gerückt. Die Hoss/Mühleisen-Gruppe agitierte in erster Linie für die – wie sie es nannte – „Demokratisierung" des Wahlablaufs und kritisierte dabei die undemokratischen Machenschaften der SPD-Gruppe. Erst in zweiter Linie (gewissermaßen nebenbei) wurde für ein betriebliches Forderungsprogramm geworben. – Auch diese – u. E. auf den Kopf gestellte – Ausrichtung haben wir ausführlich kritisiert (vergl. AK 52, Nov. 74), allerdings wiederum ohne jede Resonanz aus Richtung des SB.

Auch eine vom SB im Juni einberufene „Redaktionskonferenz" zu den Betriebsrätewahlen, an der – nach „Express" (7/8-75) – 100 Kollegen und Betriebsräte teilnahmen, brachte offenbar keinerlei Ergebnisse im Sinne einer konkreten Analyse gemachter Erfahrungen und Festlegung einer Betriebsräte-Politik für die Zukunft. Der „Express" drückt diesen Sachverhalt etwas ‚vornehmer' aus: *„Die Diskussion zu diesem Thema"* (gemeint: *„Chancen ... für eine linke Betriebsratspolitik"*) *„hatte angesichts der objektiven Situation stärker den Charakter der Sammlung (!) von Problemen, denn den der Entwicklung einer durchsetzbaren Strategie."* Offenbar ist das SB an diesem Punkt mit seiner Weisheit am Ende?!

Dem weiteren Text ist zu entnehmen, daß es auf der SB-Konferenz zu Differenzen in der „Gewerkschaftsfrage" und damit der betrieblichen Strategie gekommen ist. Während einige Konferenz-Teilnehmer linke Betriebsrats-Politik in den Dienst einer *„Veränderung des Bewußtseins der gewerkschaftlich Organisierten"* (wieso nur dieser und nicht aller Arbeiter?) gestellt wissen wollten und gleichzeitig sich eine *„grundlegende (!!) Veränderung des Apparates"* (der Gewerkschaften) nicht vorstellen konnten, schwärmten andere Konferenzteilnehmer – nach bekannter SB-Manier – vom genauen Gegenteil. Die letzte Position hat offenbar die Sympathien der SB-Führung.

Wir haben schon bei früheren Gelegenheiten darauf hingewiesen, daß es letztlich eine gefährliche Illusion ist, von der Wandelbarkeit der Gewerkschaftsapparate im Sinne einer Klassenpolitik auszugehen. Wir dagegen halten es hier mit Lenins Einschätzung und der x-fach gemachten tatsächlichen Erfahrung der internationalen Arbeiterbewegung, daß nämlich die bürgerlichen Gewerkschaftsapparate erst zusammen mit dem bürgerlichen Staatsapparat verschwinden werden, und sich keinesfalls schon vorher – auch nicht unter dem Eindruck starker Massenkämpfe – in Instrumente der Arbeiterklasse „verwandeln". Sich in diesem Punkt Illusionen hinzugeben – wie es das SB tut – bedeutet letztlich auch die heutige Politik der Gewerkschaftsapparate den Arbeitern zu „versüssen", gefährliche (weil entwaffnende) Erwartungen (Illusionen) zu wecken und zu stärken und damit letztlich den Einfluß der bürgerlichen Gewerkschaftspolitik in der Arbeiterklasse zu stärken und eine effektive Oppositionspolitik zu verhindern.

Im Kern bedeutet die SB-Propaganda zum Thema Gewerkschaftspolitik die „theoretische" Begründung und schein-marxistische Bestätigung spontan ohnehin vorhandener Illusionen innerhalb der Arbeiterbewegung. Dies ist naturgemäß ein eher schwankender Boden für eine oppositionelle Politik in Betrieb und Gewerkschaft.

Opel – Bochum

Opel – Bochum

Seit mehreren Jahren arbeitet bei Opel in Bochum eine „Gewerkschaftsoppositionelle Gruppe" (GOG). Von dieser Gruppe getragen kandidierte schon zur BR-Wahl 1972 eine oppositionelle Liste, die damals – vor drei Jahren also – bereits 14 % der Stimmen (= fünf BR-Sitze) gewinnen konnte. Die oppositionellen Betriebsräte wurden – wie üblich – aus der IGM ausgeschlossen, konnten aber über eine Klage vor Gericht in diesem Jahr den Ausschluß wieder rückgängig machen (vergl. AK 61, S. 31).

Bei der diesjährigen BR-Wahl bemühten sich die oppositionellen Betriebsräte sehr lange und intensiv um eine Persönlichkeitswahl auf einer einheitlichen betrieblichen Vorschlagsliste. Sie konnten sich dabei auf die Beschlüsse der VK-Mehrheit berufen. Diese Versuche wurden abermals durch die reaktionäre BR-Mehrheit um den SPD-Karrieristen Perschke torpediert und es kam zur Listenwahl. Die oppositionelle „Liste für die Gewerkschaftsforderungen", auf der diesmal 16 Arbeiter kandidierten, konnte ihren bisherigen Einfluß mehr als verdoppeln (nahezu verdreifachen): Sie erhielt 4.601 Stimmen und damit 36,3 %. Die Oppositionellen stellen somit im neuen Betriebsrat jetzt zwölf Arbeiter-Betriebsräte. Da bei Opel eine Gemeinschaftswahl (von Arbeitern und Angestellten) stattfand, hätten die Oppositionellen sogar noch zusätzlich zwei Angestellten-BR-Sitze erhalten. Diese entfielen aber, weil auf der Oppositionsliste keine Kollegen im Angestellten-Verhältnis kandidierten.

Die offizielle IGM-Liste erhielt mit 52,8 % 6.701 Stimmen. Im neuen Betriebsrat hat die Perschke-Gruppe jetzt ‚nur' noch 18 Arbeiter- und 5 Angestellten-Sitze. Eine dritte Liste, die von Angestellten gebildet wurde, erhielt mit 945 Stimmen (= 7,4 %) zwei Arbeitersitze.

Die Oppositionellen bei Opel führten einen vorbildlichen Wahlkampf. Ihr Programm gliederte sich in vier Teile:

„1. Teil: Aktuelle Forderungen der Belegschaft.
2. Teil: Zur Durchsetzung der Forderungen
3. Teil: Forderungen zur sofortigen Verbesserung der BR-Arbeit bei Opel und für die Kontrolle des BR durch die Belegschaft.
4. Teil: Gewerkschaftliche Forderungen der gesamten Arbeiterschaft."
(zitiert nach einem Bericht des „Solidaritäts-Komitee Opel/Bochum", vergl. AK 58, S. 29).

Vor allem das kämpferische und konsequente Forderungs-Programm weist die Opel-Opposition als tatsächlich linke und klassenbewußte Gruppe aus:

Fortsetzung Seite 14

Betriebsrätewahlen 1975: Leichter Linkstrend wurde bestätigt

Fortsetzung von Seite 13

Im „1. Teil" wird das in 13 Punkte unterteilte betriebliche Sofort-Programm aufgestellt, das neben vielen betriebs-spezifischen Forderungen u. a. solche nach *„bezahlter Pause"*, *„keinen Sonderschichten-Zwang"*, *„voller Lohn bei Kurzarbeit"*, *„keine Entlassungen"*, *„keine Befristung der Arbeitsverträge"*, *„Runter mit dem Arbeitstempo"*, für *„ausreichende Klimaanlagen"*, *„bessere sanitäre Anlagen"*, *„ausreichende Pausenräume"*, *„Übernahme aller Lehrlinge in ihren Ausbildungsberuf nach Abschluß der Lehre"* aufführt. Der letzte Punkt ist der besonderen Rolle der ausländischen Arbeiter gewidmet. Hier heißt es: *„Gleiche Behandlung für alle Kollegen, keine Diskriminierung der ausländischen Kolleginnen und Kollegen! Menschenwürdige Wohnheime! Betriebliche Sprachkurse für ausländische Kollegen!"*

Der „2. Teil" des Programms beschäftigt sich ausführlich mit dem BVG (Betriebsverfassungsgesetz). U. a. werden folgende drei Forderungen aufgestellt und begründet: *„Die Friedenspflicht muß weg!"*, *„Die Schweigepflicht muß weg!"*, *„Keine Repressalien gegen kämpferische Kollegen!"*

Der „3. Teil" des Programms setzt sich für die unmittelbare Verbesserung der BR-Arbeit ein. In sechs Abschnitte unterteilt wird u. a. gefordert: *„Bekanntgabe der (einzelnen) Abstimmungsergebnisse des Betriebsrates"*, was die bisherige BR-Mehrheit durch Aufstellung einer arbeiterfeindlichen Geschäftsordnung für den BR zu verhindern suchte. Weiterhin wird ein *„Bereitschaftsdienst der Betriebsräte für die Spät- und Nachtschicht"* gefordert, gegen alle *„Sonderzuwendungen für die Betriebsräte"* Stellung genommen. Bezüglich der Durchführung der Betriebsversammlungen werden ebenfalls Verbesserungsvorschläge gemacht. In einer recht weitgehenden Forderung heißt es schließlich: *„Bereitschaft der Betriebsräte, jederzeit zurückzutreten, wenn die Mehrheit der Kollegen ... das Mißtrauen ausspricht."*

Der „4. Teil" im Oppositions-Programm verdient besondere Aufmerksamkeit, insofern es sich hierbei um gewerkschaftliche Propaganda-Forderungen handelt, die zwar erstens nicht hier und heute uns zweitens nicht von den Opel-Kollegel allein durchgesetzt werden können, die aber für die Arbeiterklasse insgesamt dringende Bedeutung haben.

Zu diesem Komplex heißt es in der einleitenden Begründung: „.... *(es) gibt Forderungen der Arbeiterschaft, die in einem Betrieb kaum durchsetzbar sind, sondern den Kampf der gesamten Arbeiterschaft erfordern. Wir Kollegen, die Betriebsräte werden wollen, wollen uns dafür einsetzen, daß gerade aus den Großbetrieben wie Opel der einheitliche Druck für diese dringenden Forderungen verstärkt wird."* In diesem Programm-Teil heißt es dann konkret:

„1. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit, für Männer und Frauen, für deutsche und ausländische Arbeiter!
2. Weg mit dem spalterischen Punktesystem!
3. 6 Wochen Mindesturlaub, 2 Wochen Bildungsurlaub!
4. Steuerfreier 13. Monatslohn!
5. Erhöhung und sofortige Auszahlung des Arbeitslosengeldes, Abschaffung der Sperrlisten!
6. Gegen die Illegalisierung von Streiks!
Streikrecht auch für Lehrlinge!
7. Gleiches Recht für deutsche und ausländische Arbeiter! Weg mit den diskriminierenden Ausländergesetzen!
8. Für lineare Lohnerhöhungen! Kein Tarifabschluß ohne Urabstimmung mit einfacher Mehrheit!
9. Für die innergewerkschaftliche Demokratie! Gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse und die Ausschlüsse kämpferischer Kollegen aus der Gewerkschaft! Für die Wiederaufnahme der ausgeschlossenen Kollegen!"

Es ist nur logisch, daß die Oppositions-Liste dem massiven reaktionären und antikommunistischen Trommelfeuer der Gewerkschaftsführer unterzogen wurde. Da wurde von *„Akademikern"* gehetzt, die *„als Arbeiter getarnt, unentwegt die Ziele der Revolutionären Gewerkschaftsopposition im Betrieb verfolgen"*, die *„mit ferngesteuertem Auftrag die solidarische Basis der Arbeitnehmer im Betrieb zerstören wollen"*, *„den Arbeitgebern in die Hände arbeiten"*, *„sich geschworen haben, die Ewig-Unzufriedenen zu sammeln und für ihre politischen Zwecke zu mißbrauchen"*, die *IG Metall und Eure Betriebsratsmitglieder in Reden und anonymen Schriften ständig verleumdet, diffamiert und unsachlich angegriffen haben"*, *„den politischen Auftrag haben, die IG Metall zu zerstören"*, *„unseren demokratischen Staat stürzen"* wollen usw. usf. (alle Zitate aus nur einem Flugblatt der IGM, das offenbar direkt vom Frankfurter Vorstand herausgebracht wurde; es ist von Vorstands-Mitglied Benz unterzeichnet).

Im selben Flugblatt wird die Oppositions-Gruppe dann noch zweimal wider besseres Wissen der *„KPD/ML, sowie deren Hintermännern"* zugerechnet, die dann wiederum aber *„im Hinterstübchen einer Kneipe mit KPD-Funktionären und politisch Hilfswilligen ihre Liste produziert"* hätten.

Auch IGM-Boss Loderer höchstpersönlich ließ es sich nicht nehmen, ein eigens von ihm unterzeichnetes Flugblatt mit der Forderung: *„Erteilt den Spaltern die verdiente Abfuhr"* verteilen zu lassen.

Bei soviel gewerkschaftlicher Solidarität mochte auch die DKP nicht zurückstehen. Sie übernahm – wie gewöhnlich in solchen Fällen – den Schlamm- und Schmutz-Part: Sie läßt in ihrer „Betriebs"zeitung „Roter Kadett" (April '75) eine Reihe oppositioneller Kollegen namentlich Revue passieren und versucht persönliche „schmutzige Wäsche" zu waschen, um sie als Kollegen-Schweine darzustellen. So soll ein oppositioneller Kollege dafür verantwortlich gemacht werden, daß zwei andere (ebenfalls oppositionelle und klassenbewußte) Arbeiter – nämlich Rudi Wischnewski und Andreas Lara – einige Zeit vorher fristlos gefeuert wurden. Die beiden Sprecher der GOG hätten sie *„ins offene Messer geschickt"*. Ein anderer oppositioneller Kollege wäre – so wußte die DKP zu berichten – *„fast (?) in Tränen ausgebrochen"*, als man ihm vor drei Jahren mit dem Gewerkschaftsausschluß drohte. In dieser Weise geht es dann über fast zwei Zeitungs-Seiten.

Der großartige Wahl-Erfolg der Opel-Opposition wird diesen Herren „Arbeitervertretern" sicherlich noch manch schlaflose Nacht bereiten.

100 linke Betriebsräte in Hamburg

Hamburg ist zweifellos die westdeutsche Großstadt, in der die Arbeiterlinke bei diesen Betriebsrätewahlen am stärksten aufgetreten ist – sowohl auf oppositionellen Wahllisten, als auch auf den offiziellen Listen der DGB-Gewerkschaften.

In mehreren Betrieben konnten klassenbewußte Oppositionslisten zwischen 30 und 40% der Wahlstimmen gewinnen:

Die Oppositionsliste „Alternative" gewann bei **Hannomag-Henschel** 35% der Arbeiterstimmen und erhielt damit vier BR-Sitze. Die IGM erhielt mit 64,9% acht Arbeiter-Sitze, dazu noch vier Angestellten-Sitze (vgl. AK 58, S.1/26).

Auch bei **P.E.I.** (Philipps Elektronik Industrie) gewann die Liste „Alternative" 36% der Arbeiterstimmen und damit vier Sitze im neuen BR (vgl. AK 64, S. 9).

Im Chemie-Betrieb **Colgate** gewann die oppositionelle „Liste Frauen" 37% der Arbeiterstimmen und stellt jetzt zwei BR-Sitze, sowie den ersten Ersatzkandidaten. Die IG-Chemie gewann die restlichen vier Arbeitersitze; die DAG alle neuen Angestellten-Sitze. Weder die IG-Chemie noch die Oppositionellen kandidierten im Angestelltenbereich, der in diesem Betrieb zum großen Teil aus überall in der BRD herumkutschierenden „Vertretern" besteht, an die praktisch nur der Kapitalist herankommt.

Im Druck-Betrieb **Broschek** gewann die oppositionelle Liste „Argumente" 38% der Arbeiterstimmen und damit fünf Sitze im BR. Sie kandidierte gegen drei sozialdemokratische Listen, die zusammen 62% erhielten. Die Oppositionellen stellen den BR-Vorsitzenden.

Die Wahlerfolge in diesen Betrieben liegen auf derselben Höhe, wie z.B. bei Opel-Bochum und etwa beim Hamburger Betrieb des Öl-Konzern **Texaco**, bei dem schon vor einigen Monaten gewählt wurde und wo die oppositionelle Gruppe ebenfalls 36% der Stimmen erhielt. Ein ebensolches Ergebnis erhielten die Linken auch bei **Iduna** (Versicherungskonzern in Hamburg), die allerdings auf der offiziellen HBV-Liste kandidierten, aber dennoch in derselben Oppositionsrolle sich gegen die alteingesessene DAG durchsetzen mußten. – Diese Ergebnisse zwischen 30 und 40% der Wahlstimmen zeigen, daß auch heute schon ein gutes Drittel der Wahlstimmen in Groß- und Mittelbetrieben für klassenbewußte und linke Kandidaten erzielbar ist. Voraussetzung dafür scheint uns ein konsequentes – an den unmittelbaren Interessen der Kollegen orientiertes – Auftreten (und Programm) der linken Kandidaten ebenso zu sein, wie ihre langjährige Erprobung in den täglichen betrieblichen Auseinandersetzungen (bei der Mehrheit der linken Wahlkandidaten handelt es sich um im Betrieb gut bekannte aktive Vertrauensleute und Gewerkschafts-Aktivisten).

Neben den genannten Oppositionslisten traten in Hamburger Betrieben weitere auf, allerdings mit weniger Erfolg. So z.B. im Hamburger Chemie-Großbetrieb **Beiersdorf**. Hier erhielt die oppositionelle Liste „Alternative" 14% der Arbeiterstimmen und damit zwei Sitze im neuen BR. In einigen Betrieben kandidierten oppositionelle Einzelkandidaten – zumeist von ihren Kollegen dazu gedrängt – und erzielten z.T. beachtliche Ergebnisse. So z.B. im Chemie-Betrieb **Severa**, wo ein einzelner Kollege 44% der Arbeiterstimmen auf sich vereinigen konnte.

Alle genannten Oppositionslisten entstanden in scharfer Auseinandersetzung mit den alteingesessenen BR-Fürsten und ihren betrieblichen SPD-Gruppen, sowie die sie vorbehaltlos unterstützenden Gewerkschaftsführungen. Sie entstanden allesamt in Reaktion auf undemokratische Machenschaften, Mauscheleien bei den Listen-Aufstellungen und den Versuchen, die linke Opposition vollkommen auszuschalten.

In verschiedenen Hamburger Betrieben, in denen – oft genug aufgrund von Initiativen der betrieblichen Linken – Persönlichkeitswahlen stattfanden, kandidierten linke Kollegen blockweise gegen die Sozialdemokraten. So z.B. bei der **HHLA** (Hamburger Hafen und Lagerhaus AG, dem größten Hamburger Hafenbetrieb). Hier kandidierte die linke Gruppe „Alternative" und gewann vier von insgesamt 27 BR-Sitzen. Weniger erfolgreich kandidierten linke Gruppen – im Rahmen der Persönlichkeitsliste – in den Chemie-Betrieben **Hoechst** und **Norddeutsche Affinerie**. Die linken Kandidaten erzielten alle zwischen 15 und 10% der Stimmen, aber keinen BR-Sitz.

Insgesamt muß Hamburg als relativ schweres Pflaster für eine linke Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit eingeschätzt werden: Bei einer enorm und unvergleichbar hochgezüchteten, extrem rechts ausgerichteten SPD-Betriebsorganisation, ist das Element der Spontaneität in der Hamburger Arbeiterschaft kaum entwickelt, gibt es kaum Streik- und Kampferfahrungen, kaum spontane Bereitschaft zum Widerstand gegen die kapitalistische Krisen- und Rationalisierungs-Politik, die üblicherweise der (fruchtbare) Boden einer alternativen linken Betriebspolitik ist.

Trotzdem haben die Linken – und besonders die Kommunisten unter ihnen – hier besser abgeschnitten, als in irgendeiner anderen Großstadt der BRD. Dieses Ergebnis steht zweifellos im Zusammenhang mit der vieljährigen Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit unserer Organisation und darf wohl auch als Bestätigung für die Richtigkeit unserer Politik in diesem Bereich gewertet werden.

Was uns selbst anbelangt, so haben – allein in Hamburg – etwa hundert Mitglieder und Sympathisanten unserer Organisation derzeit Sitz und Stimme in einem Betriebsrat. Etwa gleich viele stehen auf den Ersatzlisten. Dies dürfte mehr sein, als die anderen größeren kommunistischen Organisationen (also KBW, ABG, KABD, „KPD", „KPD/ML") in der gesamten BRD zusammen erreicht haben.

Dabei war es keineswegs unsere Taktik, mit aller Macht bei den Wahlen zu kandidieren. Im Gegenteil: wir haben in einer Reihe von Betrieben, in denen wir recht stark vertreten sind, bewußt nicht kandidiert und halten nach wie vor ein differenziertes Herangehen von Kommunisten an die BR-Wahlen für richtig. (Zum taktischen Vorgehen der Kommunisten bei den BR-Wahlen vgl. auch unseren Vorschlag, den wir als Sonderausgabe des AK im Januar '75 herausbrachten).

Verteilt auf die einzelnen Branchen, ergibt sich für uns in Hamburg etwa folgendes Bild: Jeweils 20 Betriebsräte haben wir im Organisationsbereich der IG-Metall, der ÖTV (besonders Hafen und Transportbetriebe) und der Gewerkschaft HBV; etwa 15 im Organisationsbereich der IG-Chemie und knapp zehn im Bereich der IG-DruPa; der Rest verteilt sich auf die Bereiche der IG-BSE, NGG und kleinere Gewerkschaften (GHK). Darüberhinaus existiert noch ein gewisser – in Hamburg aber relativ schwach entfalteter – Sektor linkssozialdemokratischer Betriebsräte, mit denen es in bestimmten Betrieben eine gewisse fruchtbare Zusammenarbeit gibt.

Verglichen mit den letzten BR-Wahlen 1972, zu denen wir erstmals antraten und in denen wir etwa 30 Genossen durchbrachten, haben wir unseren Erfolg diesmal verdreifacht, obgleich eine Vielzahl unserer damaligen BR-Genossen nicht wieder in ihren Betrieben kandidieren konnten, weil sie dort inzwischen gekündigt waren.

Offenbar war für die Gewerkschaftsführer und die Kapitalisten der relativ große Erfolg der betrieblichen Linken bei den BR-Wahlen in Hamburg weitgehend vorhersehbar, obgleich diese Herrschaften nichts, aber auch gar nichts fehlen ließen, um diesen so weit als möglich einzuschränken. Der „Spiegel" (21/75) vom 20. Mai wußte – offenbar aus Gesprächen mit Gewerkschaftsführern – zu berichten: *„Vor allem in Berlin und Hamburg gelang den Exstremisten die Unterwanderung mehrerer Betriebe."* Aufgezählt wurden dann einige Hamburger Chemie-Betriebe (Hoechst, Beiersdorf, Texaco, Norddeutsche Affinerie) in denen angeblich *„die Funktionäre nur noch mühsam gegen die Radikalen"* ankämen.

Und Springers „Welt" (14.6.75) wußte über die Hamburger BR-Wahlen zu berichten: „ ... *in einigen Bereichen – bei der Metallindustrie und in der chemischen Industrie – haben sich Radikale durchgesetzt."* Und: *„Die IG Metall kündigt ein Untersuchungsverfahren an."*

Nun denn. Wir haben uns schon vor den Wahlen keine Illusionen über die Reaktionen der Gegenseite gemacht. Bis Redaktionsschluß lagen bereits Anträge auf fristlose Kündigung gegen zwei frischgewählte linke Betriebsräte im Druckgewerbe auf dem Tisch (die allerdings bisher mehrheitlich im neuen BR abgelehnt wurden, sodaß der Kapitalist inzwischen Klage beim Arbeitsgericht eingereicht hat). Ebenfalls auf dem Tisch liegen fristlose Kündigungen gegen sieben linke Angestellte eines Versicherungsbetriebes, davon drei Betriebsräte und drei Ersatz-Kandidaten. In diesem Fall akzeptierte die rechte DAG-BR-Mehrheit (und riskiert damit erhebliche Einbußen in ihrem bisher noch bestehenden Ansehen bei den Kollegen). Gegen drei linke Betriebsräte aus dem Transport-Gewerbe haben rechte SPD-BR-Mehrheiten vorm Arbeitsgericht Anträge auf Ausschluß aus dem BR gestellt.

Die Vielzahl weiterer Unterdrükkungsmaßnahmen gegen linke Betriebsräte und Kandidaten – angefangen von Gewerkschafts-Ausschlüssen und befristeten Funktionsverboten innerhalb der Gewerkschaften bis hin zu den vielen täglichen Schikanen durch die Kapitalisten, wie Versetzungen in isolierte Abteilungen, Zulagen-Kürzungen usw. usf. – runden das Bild ab: ein Bild, das deutlich macht, daß weder die Kapitalisten, noch die Gewerkschaftsführer das Wahl-Votum der Kollegen (und die damit verbundenen sogenannten „demokratischen Spielregeln") akzeptieren werden.

Uns selbst kommt es nicht darauf an – sozusagen „unter allen Umständen" oder auch nur hauptsächlich – unsere BR-Sitze zu „erhalten" und deswegen den Erpressungsmanövern in irgendeiner Weise nachzugeben. Unsere Betriebsräte-Genossen werden vielmehr – wie alle Mitglieder und Sympathisanten unserer Organisation – ihre Politik in Unterordnung unter die Interessen ihrer Kollegen und in möglichst enger Zusammenarbeit mit ihnen, sowie im Auftrag von ihnen zu entwickeln suchen. Dies ist in der konkreten Praxis nicht immer ganz leicht und es tauchen hier auch verschiedentlich Fehler und Versäumnisse auf (über die wir uns zu gegebener Zeit auch öffentlich auseinandersetzen werden); dennoch versuchen wir, unter dieser generellen Ausrichtung, den Angriffen der Kapitalisten und ihrer vielfältigen Agenten – wie der Gewerkschaftsführer, SPD-Gruppen, rechten BR's – Widerstand zu leisten und in diesen Auseinandersetzungen das politische und Klassenbewußtsein der Kollegen zu entwickeln, wie auch unsere betriebliche Basis zu verbreitern.

Die Linken

Abgesehen von unserer Organisation – und da im Wesentlichen auch hauptsächlich auf Hamburg beschränkt – hatte sich die sich kommunistisch nennende Bewegung in diesen BR-Wahlen nicht gerade mit Ruhm bekleckert.

Der Block der Rechtsopportunisten (also KBW, ABG, KABD) spielte bei den Wahlen praktisch gar keine Rolle mehr. Ihrer eigenen Presse zufolge, beteiligten sie sich – bis auf wenige vereinzelnte Ausnahmen – mit eigenen Kräften gar nicht an den Wahlen. Und dies keineswegs, weil sie es für politisch falsch gehalten hätten (dies hat keine dieser Organisationen behauptet – im Gegenteil –, sondern weil ihnen offenbar hier die geeigneten betrieblichen Kader gefehlt haben).

Für die ABG (=„Arbeiter-Basis-Gruppe", jetzt umgetauft in „Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD") ist diese Tatsache immerhin bemerkenswert und bedeutet einen Rückgang ihres betrieblichen Einflusses, verglichen mit den BR-Wahlen 1972. Damals hatten sie noch einen recht starken Einfluß in den Münchner Druckbetrieben und – mit Abstrichen auch in einigen Metallbetrieben, der auch zu den Wahlen zum Ausdruck gebracht wurde. Offenbar steht dieser Rückgang an betrieblichen Einfluß im Zusammenhang mit dem Übertritt wichtiger betrieblicher Kader (aus dem Druckgewerbe) zur DKP. Diese bedauerliche Entwicklung ist allerdings eine vorhersehbare und logische Quittung der rechtsopportunistischen Politik der ABG.

Ähnlich „erfolgreich" war auch der KBW, der aber immerhin seine bisherige betriebliche Hochburg halten konnte: das „Heidelberger Max-Planck-Institut für Kernphysik". In diesen *„erfolgreichen Betriebsratswahlen"* – so wußte die „KVZ" (17/75) stolz zu berichten – wurde *„ein Stadtratskandidat des KBW (E.Dohm), der als Kommunist der ganzen Belegschaft durch seine Arbeit bekannt ist"* gewählt (Platz 4), der zusammen mit ÖTV- und unorganisierten Kollegen auf einer „Wahlplattform" kandidierte, die dann acht von neun BR-Sitze erhielt.

Von einem ähnlichen Erfolg wußte die „KVZ" (13/75) zu berichten: Im „Rehabilitationszentrum Neckargemünd" gewann – offenbar auf Initiative von KBW-Mitgliedern – eine fortschrittliche ÖTV-Liste neun von elf BR-Sitzen gegen eine ständische Ärzte-Liste.

Einen fast ganzseitigen (!!) Artikel widmete die „KVZ" (14/75) der Darstellung des BR-Wahlkampfes am „Max-Planck-Institut für Medizinische Forschung" (Heidelberg). Auch hier wurde eine ÖTV-Gruppe gewählt, die zuvor ein – sehr eng begrenztes – Betriebsprogramm aufstellte. Wei-

Fortsetzung von Seite 14

terhin berichtete die „KVZ", daß KBW-Mitglied Helga Rosenbaum, ebenfalls Stadtratskanidatin und Mitglied der KBW-Ortsleitung – nicht – gewählt wurde und mit 74 von insgesamt 167 gültigen Stimmen Ersatzmitglied wurde.

Auch in den BR-Wahlkampf im „Deutschen Krebsforschungsinstitut" (Heidelberg), hat der KBW energisch eingegriffen (vergl. „KVZ", 18/75). Eine – offenbar auf Initiative von KBW-Mitgliedern zustande gekommene – „Programmliste" von ÖTV- und unorganisierten Kollegen erhielt drei von acht Angestellten BR-Sitzen und keinen Sitz bei den Arbeitern und Beamten. Bei den Angestellten handelt es sich zumeist – wie auch in den vorher dargestellten „Betrieben" – um Akademiker. Der KBW-Genosse – so berichtete die „KVZ" – erhielt die viert-meisten Stimmen.

Im Nicht-akademischen Bereich kann der KBW allerdings weniger großartige Erfolge vermelden: In der kleinen „Chemischen Fabrik Weyl" kandidierte – im Rahmen einer Persönlichkeitswahl – eine Gruppe fortschrittlicher Kollegen blockweise gegen die alte BR-Riege und erhielt drei von neun BR-Sitzen (vergl. „KVZ" 18/75).

Einen Erfolg meldete die „KVZ" (19/75) auch aus der Metallindustrie: Bei Teldix in Heidelberg (450 Angestellte, 250 Arbeiter) kandidierte auf einer Betriebsliste eine Kollegen-Gruppe, die sich zuvor auf ein „Programm" vereinheitlicht hat. Das Ergebnis der Wahlen stellt die „KVZ" nicht klar dar. Es heißt, daß auch „einige" dieser Kollegen gewählt wurden. – Bei „John Deere" in Mannheim konnten sich – lt. „KVZ" (17/75) – fünf fortschrittliche Kollegen, darunter vier ausländische – bei der Wahl durchsetzen. Ob die Arbeit dieser Kollegen im Zusammenhang mit dem KBW steht, bleibt unklar.

Außer in den genannten Fällen, kandidierten KBW-Mitglieder u.W. nur noch bei Klöckner (erfolglos) und Vulkan in Bremen (vergl. entsprechende Abschnitte).

Diese Aufstellung zeigt recht anschaulich, daß der KBW – obgleich zahlenmäßig noch die stärkste Organisation der westdeutschen revolutionären Linken – nach wie vor eine reine Studentenpartei und Organisation der „werktätigen Intelligenz" ist und nur wenig mehr als gar keinen Einfluß in der Arbeiterschaft hat. Mehr noch: Der früher bei einigen seiner Gründungs-Gruppen (v.a. KB-Bremen) vorhandene Einfluß in einigen Industriebetrieben scheint inzwischen – dank der genialen „Richtlinien" der Heidelberger KBW-Führer zur Betriebs- und Gewerkschaftspolitik – auf den Hund gekommen zu sein. Bei den Wahlen 1972 hatte der KB-Bremen immerhin noch acht Betriebsräte in Bremer Industriebetrieben durchgebracht.

Die inzwischen massiv nach rechts driftende Gewerkschaftspoltik des KBW zeigen verschiedene „KVZ"-Kommentare zu BR-Wahlkämpfen in einigen Großbetrieben: Bei KHD in Köln (vergl. entsprechenden Abschnitt) kandidierten z.B. zwei Oppositionslisten gegen die alte BR-Garde, und zwar eine links-sozialdemokratische und eine Liste der „KPD/ML". Über diese „Spaltung" konnte der KBW bloß jammern (vergl. „KVZ", 15/75). Die Schuld an der Existenz von drei konkurierenden Listen dort, sehen die Kölner KBW-Mitglieder aber nicht in der korrupten Politik der alten BRs um Bleffert, sondern in der Opposition.

„Zur Listenwahl war es gekommen, weil die (oppositionelle) KHD-Metallarbeiterliste und die Rote Liste von vorn herein eigene Listen aufgestellt hatten." – Das in der Tat sieht der KBW nicht gern. Auch den Erfolg der Oppositionslisten kann der KBW offenbar bloß bedauern: *„Es gibt jetzt einen Betriebsrat, der sich aus drei Fraktionen zusammensetzt und kein einheitliches Kampforgan (!?) der Belegschaft sein kann. Das wird nur dem Kapitalisten nützen."* („KVZ", 15/75).

Zweifellos – ein e i n h e i t l i c h e s Kampforgan der Belegschaft" wird dieser KHD-Betriebsrat nicht sein. Das allerdings liegt nicht an der Existenz von nunmehr drei „Fraktionen" dort, sondern an der Tatsache, daß die reaktionäre Bleffert-Crew sich ohnehin nicht als ein „Organ der Belegschaft" und schon gar nicht als ein „K a m p f organ" derselben versteht, sondern eben als Propagandist der Kapitalsinteressen etc. Weil aber der KBW in seiner politischen und klassenmäßigen Beschränktheit die bloße Form (formale 'Einheit') stets ü b e r den Inhalt (den Klassenkampf und die Interessen der Arbeiter) stellt, muß ihm das Auftreten fortschrittlicher Fraktionen innerhalb der Arbeiterbewegung stets als geschicktes „Spaltungsmanöver" erscheinen. ●

Fortsetzung Seite 37

Broschek, Hamburg: Kapitalisten leiten fristlose Kündigung des BR-Vorsitzenden ein !

Bei der Hamburger Tiefdruckerei Broschek (ca. 600 Kollegen) werden die Angriffe der Kapitalisten gegen den Versuch, eine konsequente Interessenvertretung von Arbeitern und Angestellten aufzubauen, immer schärfer.
Insbesondere stehen die vier fortschrittlichen Kollegen unter zunehmendem Beschuß, die bei den diesjährigen Betriebsrätewahlen über ihre „Argumente"-Liste, so genannt nach ihrem Info, als stärkste Gruppe (38 %) in den Betriebsrat (BR) einziehen konnten.

Bisheriger Höhepunkt der Schläge der Kapitalisten ist die jetzt eingeleitete fristlose Kündigung des zur „Argumente"-Gruppe gehörenden BR-Vorsitzenden.

Hergesuchte Vorwände

Mit der fadenscheinigen Begründung des „versuchten Betruges" (!) verlangten die Broschek-Kapitalisten Anfang August vom BR, er solle der fristlosen Kündigung zustimmen. Der BR lehnte mit 10 : 1 ab. Nun werden die Kapitalisten vor's Arbeitsgericht gehen, um den in Wahrheit p o l i t i s c h motivierten Rausschmiß durchzusetzen.

Der unmittelbare Anlaß, den die Kapitalisten zum Vorwand nahmen, war ein außerhalb des Betriebes geführtes Gespräch des BR-Vorsitzenden mit BRs des Springer-Konzerns, in dem es um die Maschinenbesetzung der Tiefdruckerei ging. Dieses Gespräch führte der Kollege im Auftrag des Broschek-BR. Beim Kapitalisten war jedoch mißlicherweise angegeben worden, es handle sich um einen Besuch bei der Geschäftsstelle der IG Druck und Papier.

In dem Schreiben, mit dem vom BR die Zustimmung zur fristlosen Kündigung gefordert wird, heißt es dann knallhart, mit der falschen Angabe sei *„der Tatbestand des versuchten Betruges nach §§ 43, 263 StGB erfüllt. ..., so daß uns auch in weiterer Berücksichtigung des in seinem Verhalten* (das des BR-Vorsitzenden, AK) *liegenden kriminellen Unwertgehalts (!) nicht zugemutet werden kann, das Arbeitsverhältnis mit ihm fortzusetzen."*

In der insgesamt lauen Begründung, die der BR zur Ablehnung der Kündigung gab, steht u. a.: *„Aus dem Tatbestand ergibt sich, daß der Vorsitzende im Auftrag des Betriebsrates eine betriebsbezogene Tarifpraxis (Maschinenbesetzung) mit dem Betriebsrat eines anderen Betriebes abklären sollte. Da es sich insoweit um eine Frage der Freistellung nach § 37, Abs. 2 BetrVG handelt, bleibt letztlich nur der Vorwurf der Fehlinterpretation der betriebsbezogenen Abwesenheit des Vorsitzenden."*

Da jedoch die bisherige Begründung des Kapitalisten für eine fristlose Kündigung in einem Verfahren vor dem Arbeitsgericht auf etwas wackeligen Beinen steht, muß davon ausgegangen werden, daß der Kapitalist mit noch härteren „Vorwürfen" aufwarten wird. Vorgearbeitet wurde dafür schon.

Insbesondere im Zusammenhang mit der Veröffentlichung einer antifaschistischen Resolution (gegen ein geplantes Treffen der HIAG in Hamburg) durch die „Argumente" erhob der Kapitalist den „Vorwurf" der „parteipolitischen Betätigung" gegen die fortschrittlichen BR's (siehe AK 64).

Die Auseinandersetzung um die Einhaltung des Manteltarifs

In der Tiefdruckerei Broschek praktizieren die Kapitalisten wie in vielen anderen Betrieben auch ganz unbekümmert den Bruch der in den Manteltarifverträgen getroffenen Vereinbarungen.

So werden die großen Druckmaschinen heute noch mit weniger Kollegen betrieben als der 1974 abgeschlossene Manteltarif vorschreibt. Bemerkenswert ist, mit welchen Mitteln die Beibehaltung dieses Zustandes von den Broschek-Kapitalisten bislang durchgesetzt werden konnte.

Zum einen: offen erpresserische Drohungen werden gegen die Kollegen eingesetzt. Da läßt sich der Vertreter der Broschek-Kapitalisten darüber aus, man werde aus dem Kapitalistenverband austreten, wenn im Betrieb die Forderung nach Einhaltung des Manteltarifvertrages (MTV) weiter erhoben werden. Dann sei der MTV für den Betrieb nicht mehr bindend. Eine andere – ebenso erpresserische – Drohung lautet, man werde den Betrieb dichtmachen, wenn die Kollegen nicht endlich Ruhe geben.

Darüberhinaus ist es den Broschek-Kapitalisten bis zu einem gewissen Grade gelungen, ihre „Lohntopf-Theorie" in den Köpfen der Kollegen – besonders in der Abteilung Tiefdruck – zu verankern. Diese „Lohntopf-Theorie" besagt, daß den Kapitalisten nur ein bestimmter fester Betrag für Löhne zur Verfügung stehe. Man könne somit wählen, ob man weiter mit zu wenig Arbeitern die Druckmaschinen bedienen wolle und dann die gleichen Löhne bekomme, oder es werden mehr Arbeiter eingestellt, dann müsse aber der Lohn gekürzt werden (Abbau der Übertarife), um die neu Einzustellenden bezahlen zu können.

Diese „Theorien" haben das eindeutige Ziel, die Entwicklung des Bewußtseins darüber zu behindern, daß auch die Höhe der Löhne zu allererst vom Kräfteverhältnis zwischen Arbeitern und Kapitalisten, d.h. für die Arbeiter von ihrer Kampfkraft und ihrem politisch-ideologischen Niveau abhängt.

Eine wichtige Stütze der Broschek-Kapitalisten, ihre „Lohntopf"-Argumentation – insbesondere in der Abteilung Tiefdruck – an den Mann zu bringen und die Organisierung des Kampfes für die Durchsetzung der MTV-Bestimmungen zu torpedieren, stellen die ca. ein Dutzend besonders hoch bezahlten Maschinenführer dar. Sowohl ihre Stellung im Betrieb (ähnlich der von Meistern und Vorarbeitern) als auch die überdurchschnittlich hohe Bezahlung, die in der Regel individuell mit dem Kapitalisten ausgehandelt wird, machen die Maschinenführer besonders anfällig für unsolidarisches Verhalten. Sie stellen eine privilegierte Schicht von Arbeiteraristokraten dar.

Bei Broschek wirkt sich das konkret so aus, daß die Maschinenführer im Tiefdruck dem Kampf für die Durchsetzung einer ausreichenden Maschinenbesetzung reserviert bis ablehnend gegenüberstehen. Z.B. fürchten sie – unter Bezugnahme auf die „Lohntopf-Theorie" – eine Gefährdung ihrer hohen Übertarife.

Zudem bestehen bei den Maschinenführern starke antikommunistische Vorurteile, z.T. wird offen gegen die fortschrittlichen BR's der „Argumente"-Gruppe Stimmung gemacht.

Der Kampf bei Broschek (z.B. in der Frage der Maschinenbesetzung) wird nur dann vorankommen können, wenn die fortschrittlichen Kollegen verstanden haben, daß man den Arbeitern unbedingt die Stellung und die Rolle der Maschinenführer deutlich machen muß und wenn es gelingt, den nicht zu unterschätzenden ideologischen, den Kampf hemmenden Einfluß der Maschinenführer – insbesondere auf die Hilfsarbeiter im Tiefdruck – zu brechen.

Zu einigen Fehlern der fortschrittlichen Kollegen bei Broschek

Es soll sich darauf beschränkt werden, am Beispiel der Auseinandersetzung um die Durchsetzung der Bestimmungen des MTV bei Broschek zu prüfen, inwieweit es den fortschrittlichen Kollegen gelungen ist, ihre im Wahlkampf propagierten Prinzipien auch zur Grundlage ihrer Arbeit danach zu machen.

So heißt es in „Argumente", Nr. 1, daß *„ein BR, der sich nicht auf die Kraft der Kollegen orientiert, nichts erreichen wird"*. Und weiter: *„Selbst Betriebsräte, die es mit den Interessen der Arbeiter und Angestellten ernst meinen, werden feststellen müssen, daß bei Verhandlungen mit den Unternehmern keine Erfolge mehr erzielt werden, wenn nicht ein entsprechender Druck der Belegschaft vorhanden ist."* („Argumente", Nr. 2).

Genau dieser Druck aus der Broschek-Belegschaft ist aber z. Z. nicht in ausreichendem Maße vorhanden, um die Verhandlungen mit den Broschek-Kapitalisten in der Frage der Maschinenbesetzung im Tiefdruck zu einem erfolgreichen Abschluß zu bringen. Dennoch haben die „Argumente"-BR's ihr Hauptaugenmerk auf die Auseinandersetzung im BR und mit dem Kapitalisten gelegt.

Stattdessen wäre es erforderlich gewesen, das Schwergewicht auf die inhaltliche Auseinandersetzung unter den Kollegen zu legen. Dazu gehört vor allem, die Positionen des Kapitalisten, z.B. die „Lohntopf-Theorie", einer „kritischen Würdigung" zu unterziehen. Dazu gehört auch, den Arbeitern die Rolle und Stellung der Maschinenführer im Tiefdruck deutlich zu machen.

Wie unzureichend das geschehen ist, hat besonders die letzte Betriebsversammlung gezeigt, auf der zur Frage der Maschinenbesetzung im Tiefdruck von den Kollegen so gut wie keine Beiträge kamen.

Schwierigkeiten scheinen die fortschrittlichen Kollegen der „Argumente"-Gruppe auch dort zu haben, wo es darum geht, bestehende Ansätze des Widerstandes gegen den Kapitalisten im Betrieb zu organisieren. So hat es vor (!) der oben erwähnten letzten Betriebsversammlung, besonders unter einigen Hilfsarbeitern im Tiefdruck, eine gewisse Bereitschaft gegeben, gegen die Pläne der Broschek-Kapitalisten in der Frage der Maschinenbesetzung Stellung zu nehmen. Die fortschrittlichen Kollegen um die „Argumente" haben es jedoch versäumt, sich z.B. mit diesen Kollegen vor (!) der Betriebsversammlung zusammenzusetzen und mit ihnen gemeinsam entsprechende Beiträge für die Betriebsversammlung auszuarbeiten und damit den Kollegen die Möglichkeit zu geben, ihren Widerstand zu artikulieren.

An diesen Beispielen zeigt sich, vor welch schwieriger Situation die neu gewählten fortschrittlichen BR's stehen:

Die 38 % der bei den BR-Wahlen für sie abgegebenen Stimmen drücken in erster Linie die Kritik der Kollegen an der abgewirtschafteten BR-Politik der alten Sozialdemokraten aus, und bedeuten nicht so sehr die Übereinstimmung mit den Vorstellungen der „Argumente"-Gruppe. Diese Übereinstimmung müssen sich die „Argumente"-Betriebsräte erst in der täglichen Auseinandersetzung mit den Kollegen erkämpfen.

Druck-Komitee
KB / Gruppe Hamburg ●

Letzte Meldung !

Inzwischen haben die Broschek-Kapitalisten beim Arbeitsgericht ihren **schriftlichen Antrag auf fristlose** Kündigung des Betriebsrats-Vorsitzenden vorgelegt. Gleichzeitig beantragen sie darin den Ausschluß des Vorsitzenden und eines weiteren Mitgliedes aus dem BR. Dieser Kollege ist der presserechtlich Verantwortliche der „Argumente"-Gruppe.

Von Bedeutung dabei ist, daß die Begründung, mit der die Kapitalisten die Zustimmung des Betriebsrates zum fristlosen Rausschmiß des BR-Vorsitzenden forderten („versuchter Betrug"), in den Hintergrund gerückt wird. Im Zentrum ihres Kündigungsantrages steht nun ihr eigentliches Anliegen: Die Politik der „Argumente".

Für den Kapitalisten sind die „Argumente":

„.... Kampfblätter des Kommunistischen Bundes, ..., bei denen es sich insgesamt um eine parteipolitische Veröffentlichung der ‚Betriebszelle Broschek und Druckkomitee bzw. der Druckanleitung der Broschek-Zelle des Kommunistischen Bundes (KB) Gruppe Hamburg' handelt. Das ergibt sich aus einem Artikel im ‚Arbeiterkampf' – Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes – Nr. 60 auf Seite 32, der die Gruppe ‚Argumente' als links von der Sozialdemokratie in Opposition zur Drupa (das ist die Industriegewerkschaft Druck und Papier) stehend und als Kern der linken Opposition fortschrittlich und kommunistisch bezeichnet."

Daraus werden dann die „Tatbestände":
- parteipolitische Betätigung,
- Bruch der Vertrauensvollen Zusammenarbeit

gegen zwei der „Argumente"-BR's hergeleitet.

Daß der Kapitalist es besonders eilig hat, die Kollegen aus dem Betrieb zu bekommen, geht aus dem sehr kurzfristig anberaumten Termin hervor:

Montag, den 15. September 1975, 11.00 Uhr, beim Amtsgericht Hamburg, 2 Hamburg 50, Gerichtsgebäude, Allee 125, I. Stock, Saal 138. ●

BASF, Ludwigshafen: Kampf der Lehrlinge gegen Nichtübernahme

Bei BASF Ludwigshafen sollen 25% der Lehrlinge (= 125 Kollegen) nicht in ein Arbeitsverhältnis übernommen werden. Nach bestandener Prüfung sollen Einstellungsgespräche geführt werden und die Lehrlinge nach der „Bedarfslage" in den einzelnen Berufsgruppen und nach „Leistungsgesichtspunkten" ausgewählt werden. Die Lehrlinge setzen sich dagegen zur Wehr. Am 30.7. fand eine Demonstration von Lehrlingen statt, die im Lehrlingsheim Limburger Hof wohnen. An ihr beteiligten sich etwa 100 BASF-Lehrlinge.

Im folgenden drucken wir Ausschnitte einer Resolution der Jugendvertrauensleuteversammlung vom 5.8. ab:

„Die Jugendvertrauensleuteversammlung vom 5. August 1975 beschließt gegen die Nichtübernahme von mehr als 25 Prozent der Lehrlinge, die zur Zeit ihre Prüfung ablegen, die Forderung. Übernahme aller Auszubildenden nach Abschluß der Prüfung! Die Jugendvertrauensleuteversammlung wendet sich gegen den Versuch der Werksleitung, durch Nichtübernahme von Auszubildenden Lohn einzusparen und sich auf dem Rücken der Arbeiter Profite zu sichern. ...

Diesen Angriff der Werksleitung nehmen wir nicht hin. Wir beauftragen die Jugendvertretung, eine Veranstaltung mit den Betroffenen durchzuführen, wo alle übrigen Lehrlinge eingeladen und weitere Schritte besprochen werden. Diese Versammlung muß nach der Arbeitszeit stattfinden, da die Werksleitung zu dem Trick griff, die Betroffenen nach Abschluß der Prüfung bis zum Bescheid der Einstellung oder Nichteinstellung zu entlassen. Diesem Versuch, die Betroffenen von den anderen Kollegen abzuspalten, treten wir mit diesem Treffen entgegen. Wir fordern die Jugendvertretung auf, eine Pressekonferenz einzuberufen. Weiterhin fordern wir die Gewerkschaft auf, die genannten Schritte zu unterstützen. Ludwigshafen, den 5. August 1975"

Zwei Chemie-Lehrlingsgenossen,
KB/Gruppe Hamburg ●

Solche Betriebsräte brauchen wir!

Als die Firmenleitung des Schweizer Arzneimittelkonzerns Ciba-Geigy AG wegen „unzureichender Auslastung" beim Betriebsrat Kurzarbeit für das westdeutsche Werk in Grenzach beantragte, lehnte der kurzerhand ab! Der Konzern, erklärte er stattdessen den Kapitalisten, habe jahrelang *„dank des Beitrages der Grenzacher Mitarbeiter"* gut verdient. *„Die Arbeiter und Angestellten seien nun aus den Finanzreserven zu stützen; statt Kurzarbeit verlangt der Betriebsrat daher eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich und schließlich die Zusicherung, auch über 1975 hinaus keine Entlassungen aus betrieblichen Gründen vorzunehmen"* („FAZ", 4.8.75).

– Was für lange Gesichter wohl die Kapitalisten gezogen haben, als sie das hörten?!

Da kann man nur sagen: Das muß Schule machen!

Metallkomitee
KB/Gruppe Hamburg ●

Der Iduna-Coup

Sieben aktive Gewerkschafter gekündigt

Innerhalb von drei Tagen wurden Anfang August in der Hamburger Hauptverwaltung der Iduna-Versicherung drei im März neu gewählte Betriebsrats (BR)-Mitglieder, drei teilweise amtierende Ersatzmitglieder des BR und ein weiterer Kollege der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) f r i s t l o s gefeuert.

Alle sieben Kollegen gehören der HBV-Betriebsgruppe Iduna an. Diese Betriebsgruppe war bisher nicht von sozialdemokratischen Funktionären beherrscht, sondern hatte sich aus einem Kreis aktiver gewerkschaftlich orientierter Angestellten gebildet. Diese setzten der früher bei Iduna allein vertretenen Standespolitik der DAG erstmals fortschrittliche Alternativen entgegen.

Bei der Betriebsratswahl im Frühjahr erreichte die Betriebsgruppe im Betriebsteil Iduna-Leben als „Liste der Gewerkschaft HBV" 32 % der Stimmen und bildete so erstmals eine starke Fraktion gegenüber den DAG-Fürsten. Im Betriebsteil Iduna-Allgemeine gelang es der Betriebsgruppe, einen Sitz und den ersten Ersatzsitz im BR zu stellen. Damit ist die Gewerkschaft HBV hier überhaupt erstmals vertreten!

In den von der DAG beherrschten Betriebsräten beider Firmenteile fanden die Kapitalisten willige Lakaien. Sie stimmten den Kündigungsanträgen sofort zu. Nur dadurch konnten die drei amtierenden Betriebsräte überhaupt entlassen werden. Lediglich bei zwei Nicht-Betriebsräten erhob der Betriebsrat Iduna-Leben „Bedenken". Er begründete sie in einem Fall mit „Mitläufertum", im anderen mit „jugendlicher Unerfahrenheit". Das hinderte die Kapitalisten selbstverständlich nicht am sofortigen Vollzug der Kündigung.

Noch am Tag der Kündigung wurden die sieben Gewerkschafter entlassen und mit H a u s v e r b o t belegt. Die Pförtner wurden mit S t e c k b r i e f e n der Gekündigten ausgerüstet, um bei deren Auftauchen gegebenenfalls die Polizei zu holen.

Die Kündigungsgründe

Die Iduna begründete die Kündigungen im wesentlichen mit „Verstößen" gegen die „Treuepflicht" laut dem Arbeitsvertrag, gegen die „Schweigepflicht" gem. § 79 Betr. V. G. und die „Pflicht zur vertrauensvollen Zusammenarbeit" gem. § 74 Betr. V.G.

Gegen diese Bestimmungen hätten die sieben verstoßen, indem sie am 24.7. die „Informationen der Betriebsgruppe Iduna" an ihre Kollegen verteilt hätten. Außerdem sei damit der „Tatbestand des § 104 Betr. V. G. (wiederholte ernstliche Störung des Betriebsfriedens durch gesetzwidriges Verhalten) gegeben".

Es seien auch an „Kunden, Passanten, Mitarbeiter von Fremdfirmen und Besucher" Flugblätter weitergegeben worden. *„Ein Unternehmen wie die Iduna, das sich mit Versicherungen und Bausparen befaßt, ist in erhöhtem Maß darauf angewiesen, daß ihm von der Öffentlichkeit Vertrauen in seine Solidität und Führung entgegengebracht wird. Wird die Öffentlichkeit jedoch in unzutreffender und entstellender Form und betriebsstörender Absicht über betriebsinterne Vorgänge unterrichtet, muß befürchtet werden, daß das notwendige Vertrauen der Öffentlichkeit in Gefahr gerät."*

Tatsächlich hatte die Betriebsgruppe in ihrer „Information" über die Entlassungspraktiken der Geschäftsleitung gegen eine Reihe von Angestellten im Zusammenhang mit der Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen berichtet und das willfährige Zustimmen der DAG-Betriebsräte angeklagt. Die Betriebsgruppe erklärte, daß sie sich ihren Kollegen gegenüber verantwortlich fühle und forderte die Einberufung einer Betriebsversammlung zu diesem Thema.

Der Iduna wird es schwer fallen, in den anstehenden Prozessen die Rechtmäßigkeit der Kündigungen nach den bestehenden Gesetzen zu beweisen. Sollten allerdings die Kündigungen für legal erklärt werden, wäre dies ein entscheidender Schlag gegen die Meinungsfreiheit im Betrieb. Der Arbeiterklasse würde damit praktisch das Recht abgesprochen, sich kritisch mit ihrem jeweiligen Kapitalisten auseinanderzusetzen. Es könnte ja seinen Geschäften abträglich sein . . .

Der Coup gegen die Sieben wurde anscheinend auf „höchster Ebene" zwischen dem Iduna-Vorstand und dem HBV-Hauptvorstand abgesprochen, dem die aktive und relativ selbständige Arbeit der Betriebsgruppe seit langem ein Dorn im Auge war. Für diese Absprache gibt es mehrere deutliche Hinweise:

1. Die unmittelbaren und auch höher geordenten Vorgesetzten der Sieben wurden erst in letzter Minute vom Vorstand eingewiesen, nachdem anscheinend auf „höchster Ebene" alles klar war.

2. Als die ersten Gekündigten bei der Geschäftsstelle ihrer Gewerkschaft HBV sofort nach der Kündigung erschienen und u.a. die Frage des Rechtsschutzes klären wollten, wurde ihnen von seiten der örtlichen Verwaltungsstelle erklärt, der HBV-Hauptvorstand habe schon mitgeteilt, daß er die Fälle entscheiden werde. Von HBV'lern aus dem Betrieb konnte er überhaupt noch nicht informiert sein . . .

3. In der Hamburger HBV-Geschäftsstelle kam es zu folgendem Kabarettstück: Einige der gekündigten Kollegen suchen gerade die Verwaltungsstelle auf. Dort begegnet ihnen jemand aus der P e r s o n a l a b t e i l u n g der Iduna!

(Im nächsten AK werden wir zu den Auseinandersetzungen im Betrieb vor und nach den Kündigungen, der Stellung der HBV und der Spalter-DAG und den eingeleiteten juristischen Schritten sowie einer von 100 Versicherungskollegen durchgeführten Solidaritätsveranstaltung zugunsten der Gekündigten ausführlicher Stellung nehmen.) ●

Zelle Iduna,
KB/Gruppe Hamburg

Colgate-Palmolive, Hamburg:

Funktionsverbot für linke Frauenliste

Ende Juli wurden die drei linken BR-Kandidatinnen der Liste „Frauen", die bei den diesjährigen BR-Wahlen auf Anhieb 37 % aller Stimmen und damit zwei Betriebsratssitze von sechs erreichten, von der Gewerkschaftsführung bis zum 1.7.1976 mit Funktionsverbot belegt.

Vorausgegangen war dieser Entscheidung des Hauptvorstandes ein Antrag der Verwaltungsstelle Hamburg auf Ausschluß der drei Frauen. Der mehrheitlich von rechten Sozialdemokraten besetzte Vertrauenskörper (VK) überging bei der Aufstellung der BR-Kandidaten im März dieses Jahres bewußt die drei bekannten und beliebten Frauen, so daß ihnen gar keine andere Möglichkeit blieb, als auf einer eigenen Liste für die Interessen der Kolleginnen und Kollegen bei Colgate zu kandidieren. Nach dem großen Wahlerfolg der „Liste Frauen", (die offizielle IG Chemie-Liste erhielt nur 100 Stimmen mehr!) tat sich der Hauptvorstand mit seiner Entscheidung schwer.

Ganze vier Monate benötigte der Hauptvorstand (HV), um den Frauen mitzuteilen, daß er *„nach Abwägung aller Einzelheiten"*, *„insbesondere unter Berücksichtigung der Ziffer 12 der Richtlinien für Betriebsrätewahlen"* (wonach Frauen „gemäß ihrem zahlenmäßigen Anteil" bei der BR-Wahl zu berücksichtigen seien – AK-Red.) zu der Auffassung gelangt sei, die drei Frauen nicht aus der Gewerkschaft auszuschließen.

Allerdings haben die drei Frauen mit ihrer Kandidatur auf einer gesonderten Liste laut IG-Chemievorstand „ o b j e k t i v gegen die Ziffer 16 der Richtlinien verstoßen". Somit müsse gegen sie ein Funktionsverbot bis zum 31.7.76 ausgesprochen werden. Der Termin des Funktionsverbotes ist so gewählt, daß die drei Frauen erst in drei Jahren, bei der übernächsten (!) VK-Wahl, ihre innergewerkschaftliche Arbeit wieder aufnehmen können. Also ein Ausschluß auf drei Jahre!

Was für eine Begründung! Ihr habt zwar völlig zu Recht kandidiert, es stimmt auch, daß wir selber, der Hauptvorstand der IG Chemie, eine angemessene Vertretung der Frauen fordern und unsere Statthalter im Frauenbetrieb Colgate euch, die einzigen kandidierenden Frauen somit zu Unrecht nicht aufgestellt haben – aber o b j e k t i v (? ?) habt ihr trotzdem gegen unsere Satzung verstoßen und damit sprechen wir euch Funktionsverbot aus.

Fazit: Objektiv steht die IG Chemie-Satzung also den berechtigten Interessen der Mitglieder, hier der Frauen, entgegen – derart offen hat die Gewerkschaftsführung wohl bisher noch nie zugeben müssen, wie gewerkschaftsfeindlich ihre Satzung ist!

Zu Beginn des „Jahres der Frau" schrieb die Gewerkschaftsführung in ihrer Postille „gp":

„Frauen sollen nicht nur wählen, sondern auch gewählt werden. Weitere Schwerpunkte, die im internationalen Jahr der Frau im Mittelpunkt der gewerkschaftlichen Bemühungen stehen sollen, sind die gerechte Entlohnung der Arbeiterinnen ... und die Schaffung humaner Arbeitsplätze".

Frauen, wie die drei von Colgate, die diese Aufgaben wirklich anpakken, werden nun mit Funktionsverbot bestraft – welch ein Hohn, ihr Herren Gewerkschaftsführer!!

Es muß die Aufgabe aller fortschrittlichen Kräfte in und außerhalb der Gewerkschaften sein, dieses Funktionsverbot auf breitester Ebene zurückzukämpfen. Voraussetzung dafür ist seine Veröffentlichung in allen fortschrittlichen Arbeiterorganen und die Einleitung einer Solidaritätskampagne.

Die drei Frauen selber tun gut daran, ihre Wählerbasis gegen dies Verbot gewerkschaftlicher Tätigkeit rebellisch zu machen. ●

Chemie-Komitee
KB / Gruppe Hamburg

Hoffmann-La Roche, Schweiz

Das Kartellamt – der Preiswächter?

Das westdeutsche Kartellamt hat gegen Hoffmann-La Roche, den größten Pharmaproduzenten der Welt verfügt, die Preise für seine beiden profitträchtigsten Produkte, Valium und Librium, um 40 bzw. 35 % zu senken. Gegen dieses Urteil hat HoffRoche (Branchenkürzel) beim Berliner Kammergericht (natürlich) Berufung eingelegt.

Valium und Librium sind praktisch die einzigen Mittel, die die Ärzte bei Streß, Nervosität, Schlaflosigkeit etc. verschreiben. Diese beiden Beruhigungsmittel haben schon viel Aufsehen erregt.

So mußte HoffRoche bereits im April 1973 in England die Preise für die beiden Medikamente um 60 bzw. 7o % senken. Heute kostet Valium 5 in Großbritannien 1.75 Schweizer Franken, in der BRD rund 17,5o Franken (jeweils umgerechnet) und in der Schweiz selbst 23 Franken. Wenn das Kartellamt mit seiner verfügten Preissenkung durchkommt, würde Valium in der BRD immer noch 10,50 Franken kosten, immerhin genau 6 mal (!) so teuer sein wie in England.

An diesem Beispiel wird mal wieder deutlich, daß das Kartellamt nicht die Aufgabe eines „Preiskommissars" hat, wie uns die Reformisten aller Schattierungen weiszumachen versuchen, sondern es hat lediglich die Aufgabe, besonders starke Auswüchse des Kapitalismus zu mildern, wenn diese allzu offensichtlich werden.

Wahrscheinlich wird das Berufungsverfahren ähnlich verlaufen, wie seinerzeit der „Merck-Prozess". Damals hatte das Kartellamt eine Preissenkung von 60 - 70 % für Vitamin B-12 Präparate von Merck/Darmstadt gefordert, das Kammergericht aber lediglich 14 -.43 % verhängt (mit der Aussicht auf Berufung beim Bundesgerichtshof und weiterer Preissenkungsreduzierung).

Das Vorgehen ist eindeutig: Zunächst wird eine Preissenkung verhängt, um der Bevölkerung Sand in die Augen zu streuen über „unseren Sozialstaat", wo die Kapitalisten angeblich nicht alles machen können, dann wird, wenn alle glauben, es ist gut gegangen, ein Prozeßweg beschritten, wo die Preissenkungen nach und nach wieder abgebaut werden, bis zum Schluß nichts dabei herausgekommen ist. (Nebenbei bemerkt, die Prozeßkosten trägt natürlich der Staat, wenn der Prozeß „leider" verlorengegegangen ist). ●

Chemiekomitee
KB/ Gruppe Hamburg

„United Brands" Auch in Europa „am Ball"

„United Brands" (früher „United Fruits"), größter Bananenlieferant der Welt, länger schon als der berüchtigte ITT-Konzern unter seinem früheren Namen gleichbedeutend mit imperialistischer Ausplünderung (besonders in Lateinamerika), gibt auch in Westeuropa „Kostproben" seiner Geschäftspraktiken:



Im Bestreben, marktbeherrschende Positionen („Chiquita") zu erreichen, drosselte er seinem däni-

schende Positionen („Chiquita") zu erreichen, drosselte er seinem däni-schen Zwischenhändler, der auch Konkurrenz-Bananen verkaufte, die Lieferungen bis zu 50%. In Irland jagten die „Chiquita"-Bosse ihren Marktanteil von 3 auf 30% hoch, indem sie ihre Konkurrenz durch Dumping-Preise laufend unterboten.

Mittlerweile beträgt der Anteil von „United Brands" („UB") am Bananengeschäft in der BRD 45%, in der EG insgesamt 40%. Damit ist der Konzern in der Lage, die Bananenpreise in den meisten westeuropäischen Ländern frei zu diktieren.

Das wirkt sich dann so aus, daß Bananen, die mit ein und demselben Schiff nach Europa gebracht werden, in den verschiedenen Ländern zu den unterschiedlichsten Preisen verkauft werden, gerade so, wie es sich für „UB" am profitbringendsten auswirkt.

Um seine – zwar besonders skrupellosen – , so doch im Kapitalismus durchaus „normalen" Geschäftspraktiken abzusichern, wurden auch in Westeuropa für 750.000 Dollar Regierungsbeamte „eingekauft", wie in Mittelamerika schon oft erprobt. Schon 1935 hatte der US-Autor Kempner in seinem Buch „Das Bananenimperium" über den Konzern, der heute mit einem Jahresumschlag von 100 Millionen Kartons insgesamt 30% der Weltbananenproduktion kontrolliert zutreffend geschrieben: *„Dies mächtige Unternehmen hat Konkurrenten erdrosselt, Regierungen gefügig gemacht, Eisenbahnen gefesselt, Pflanzer ruiniert, Genossen-*

*rungen gefügig gemacht, Eisenbahnen gefesselt, Pflanzer ruiniert, Genossen-**schaften erstickt, Arbeiter tyrannisiert, Organisierung von Arbeitern bekämpft und Verbraucher ausgebeutet."*

Nun wird bei der Eg-Kommission in Brüssel ermittelt, ob „United Brands" seine „beherrschende Marktstellung mißbraucht hat" (natürlich nur in puncto Preise). Da werden die „Chiquita"-Bosse wohl mal wieder ein paar Dollars locker machen müssen ... ●

Auffangzelle
KB/Gruppe Bremerhaven

Leserbrief

Ex-Kapitalist als Laufbursche

Ich arbeite in einem Büro der Transportbranche. Vor einigen Tagen wurden mir von dem Boten eines anderen Transportbetriebes einige Papiere überbracht – ein ganz alltäglicher Vorgang. Umso mehr wunderte mich der ungläubige Gesichtsausdruck einiger Kollegen.

Später erfuhr ich, daß es sich bei dem Boten um den ehemaligen Kapitalisten und Hauseigentümer Axel Dahlström handelte, früher Inhaber der gleichnamigen Schiffsmaklerfirma, die 1971 liquidiert wurde.

Tatsache ist, daß die Tätigkeit eines Boten kaum eine spezielle Vorqualifikation erfordert und dementsprechend ist auch der Preis einer Boten-Arbeitskraft. Wenn nun ein abgehalfterter Kapitalist noch nicht mal in seiner ursprünglichen Branche einen einigermaßen gut dotierten Posten bekommt (die Lage auf dem Arbeitsmarkt ist in dieser Branche lange noch nicht so schlecht wie in anderen Branchen), so läßt das nur einen Schluß zu: Seine Fähigkeiten reichen nur für einen Boten-Job!

Wer könnte die Überflüssigkeit und das Schmarotzertum der Kapitalistenklasse besser beweisen als ein früherer Vertreter dieser Gattung selber? ●

Ein Genosse des Hafenbereichs
KB/Gruppe Hamburg

Berbera (Somalia): Imperialisten erfinden „sowjetischen Raketenstützpunkt"

Im Juni wartete US-Kriegsminister Schlesinger mit Luftaufnahmen auf, die angeblich einen sowjetischen „Stützpunkt" in Berbera (Somalia), am Golf von Aden zeigten. Mit Hilfe dieser Fotos wollte Schlesinger zusätzliche 13,8 Mio. Dollar (rund 35 Mio. Mark) für den Ausbau von Diego Garcia, US-Stützpunkt inmitten des Indischen Ozeans, locker machen. *„Andernfalls müssen wir mit katastrophalen Folgen rechnen"*, behauptete Schlesinger.

B e w i e s e n wurde durch die Luftaufnahmen nur eines: daß nämlich die USA eine ausgedehnte Spionage-Tätigkeit, u.a. mit „Luft-Aufklärern", gegen unabhängige Länder betreiben. Was im übrigen auf den Fotos eigentlich zu sehen war, wurde in sehr verschiedenen Versionen zum Besten gegeben:

– „Bild" wußte zu berichten, daß auf den Fotos *„Raketen-Startanlagen, eine Startbahn für Düsenkampfflugzeuge, Öldepots, Sender und Kasernen für etwa 1.500 sowjetische Soldaten zu erkennen"* seien, kurz: ***„ein riesiger Raketenstützpunkt"*** der Sowjetunion („Bild", 12.6.).

– Die Hamburger „Morgenpost" behauptete, *„Experten"* hätten auf den Fotos *„Stellungen für Boden-Boden- und Boden-Luftraketen ausgemacht"* – ***„ein großer Raketen-Stützpunkt"*** („Mopo", 12.6.).

– Laut „Süddeutscher Zeitung" *„belegen"* die Fotos, *„daß die Sowjetunion in Berbera bereits Bodenraketen installiert hat. Unterkünfte für etwa 1.500 sowjetische Soldaten sind im Bau."* Die Sowjetunion habe *„den amerikanischen Angaben zufolge im Hafen von Berbera Anlagen für Langstreckenrakten (!), Benzinlagertanks sowie eine Flugpiste errichtet, welche auch schwer beladenen Langstreckenbombern (!) dienen könnte"* („SZ", 23.6.).

streckenrakten (!), Benzinlagertanks sowie eine Flugpiste errichtet, welche auch schwer beladenen Langstreckenbombern (!) dienen könnte" („SZ", 23.6.).

– Dagegen sprach die „Welt" nur von einem ***„Stützpunkt für Antischiffraketen"*** („Welt", 14.6.). Von mehr als einer ***„Missile Handling and Storage facility"***, d.h. Lagerungs- und Wartungsmöglichkeiten für Raketen, hatte anscheinend nicht einmal Schlesinger gesprochen (lt. „Le Monde", 2.7.). Der US-Abgeordnete Bartlett, der dann Somalia besuchte, betonte ausdrücklich, ***„daß sowohl er als auch Schlesinger (!) immer nur von Depots und Wartungseinrichtungen, nicht jedoch von Abschuß-Stellungen (!!!) gesprochen hätten"*** („Frankfurter Rundschau", 8.7.). – Wie die anderen Stories in die bürgerliche Presse gelangt sind, scheint demnach „rätselhaft"!

Die Regierung Somalias widersprach sogleich den Behauptungen Schlesingers. Sie lud zahlreiche ausländische Journalisten und Abgeordnete des US-Kongresses ein, sich an Ort und Stelle umzusehen. Am bekanntesten wurde der „Reisebericht" des Abgeordneten Bartlett, auf den wir darum hier etwas näher eingehen wollen.

Bereits bei der Frage, welcher Partei Bartlett angehört, gehen die Meinungen der bürgerlichen Presse auseinander: Während die „FAZ" ihn für ein Mitglied der „Demokraten" hält (8.7.), erscheint er in der „FR" und in der Frankfurter „Neuen Presse" als „Republikaner" (8.7.). Auch darüber, was Bartlett tatsächlich „gesehen" haben will, gibt es unterschiedliche Versionen:

– Lt. „FAZ" vom 8.7. sprach Bartlett von einer *„Raketenstation, die zur Lagerung und zum Auftanken von Oberflächenraketen mit einer Reichweite von 30 bis 60 Kilometer dient"*. Er sagte, *„daß es sich nicht um eine komplette Raketenbasis, sondern um eine Reparatur- und Versorgungs- und Lagerstätte für die auf sowjetischen Schiffen installierten Raketen handelt, die in diesem Gebiet stationiert seien."*

– Die „FR" vom 8.7. spricht dagegen nur davon, Bartlett habe *„klare Anzeichen (!) dafür festgestellt, daß die Sowjetunion in der somalischen Hafenstadt Berbera Anlagen für die Lagerung und Wartung von Raketen errichtet hat"*. Und zwar habe Bartlett einen *„Kran (!) für die Verladung von Raketen"* (?) und *„eine Kiste (!) für eine Styx-Rakete"* (sowjetische Schiffsrakete) gesehen. Ferner soll Bartlett *„Russen und Somalier in Kasernen gesehen"* (??) haben. *„Außerdem werde in der Nähe ein Flugplatz gebaut"*.

Es liegt auf der Hand, daß Bartlett die „Russen in Kasernen" natürlich nicht g e s e h e n hat, sondern bestenfalls über ihre Anwesenheit s p e k u l i e r t (ebenso wie die Geschichte mit dem Kran und der Kiste). So erwähnte ein anderer US-Abgeordneter, der ebenfalls in Somalia war – Samuel Stratton – denn auch nur, er habe e i n e n (!!) sowjetischen Soldaten gesehen sowie *„Zivilisten, die ihm Sowjets zu sein schienen"* (lt. „Le Monde", 12.7.).

Für die Anwesenheit von Sowjets in Somalia gibt es im übrigen einen sehr einfachen Grund: Wie die „Frankfurter Rundschau" am 10. Juli berichtete, hat die Sowjetunion in Somalia *„die bislang größte Luftbrücke in der Geschichte Afrikas eingerichtet"*, um *„fast 200.000 vom Hungertod bedrohte Nomaden in Somalia in Ostafrika in andere Gebiete des Landes zu transportieren"*.

Das, was die US-Abgeordneten in Somalia tatsächlich „g e s e h e n" haben wollen, ist offensichtlich äußerst mager: Ein Kran (im Hafen!!), eine Kiste, ein sowjetischer Soldat...

Selbst wenn man die Behauptung als wahr unterstellt, daß die Sowjetunion in Berbera eine Reparaturwerkstätte für Schiffsraketen unterhält (die „FR" vom 7.7. spricht in diesem Zusammenhang übrigens von einem *„Schuppen"* !!), so bleibt der Vergleich mit den anfänglichen Schauermärchen der bürgerlichen Presse (siehe obige Zitate!!) ein anschauliches Beispiel für die ‚Glaubwürdigkeit' dieser Presse. Diese Art von „Pressefreiheit" entlarvt sich als Narrenfreiheit der Journalisten, im Interesse der imperialistischen Kriegspropaganda haarsträubende Lügen in Umlauf zu bringen.

Diego Garcia – Stützpunkt des US-Imperialismus

Diego Garcia – Stützpunkt des US-Imperialismus

Ebenso bezeichnend ist es, daß Schlesinger die „Luftaufnahmen" genau in dem Moment auftischte, wo es um weitere Millionen für den Ausbau von Diego Garcia geht. Schon als Admiral Zumwalt (Chef der US-Marine-Operationsabteilung) im Februar 1974 runde 32 Mio. Mark für Diego Garcia forderte, behauptete er, ***„nur so sei.... eine Verhinderung einer sowjetischen Vorherrschaft möglich"*** (lt. „Kölner Stadtanzeiger", 22.3.74).

So stimmten denn auch beide Häuser des amerikanischen Kongresses jetzt Ende Juli dem weiteren Ausbau von Diego Garcia zu: dadurch wurden etwa 18,1 Mio. Dollar (rund 45 Mio. Mark) endgültig frei, die schon im vorigen Jahr genehmigt worden waren, sowie weitere 13,8 Mio. Dollar (rd. 35 Mio. Mark) zusätzlich bewilligt („FR", 30.7.75).

Die Koralleninsel Diego Garcia liegt mitten im Indischen Ozean, rund 1.500 Kilometer von der Südspitze Indiens entfernt. Von Großbritannien wurde diese Insel zum Militärstützpunkt ausgebaut. 1966 schlossen dann Großbritannien und die USA einen für 50 Jahre gültigen Vertrag über die gemeinsame Nutzung von Diego Garcia. Die US-Imperialisten errichteten dort ein militärisches Nachrichtenzentrum und eine Funkstation für die U-Boote der US-Navy. Die USA legten außerdem auf Diego Garcia eine 1.500 m lange Piste für Transportflugzeuge sowie Brennstoff- und Ersatzteillager an.

Anfang 1974 wurde die zweite Phase des Ausbaus von Diego Garcia angegangen: Die Landebahn soll auf 3,6 km verlängert werden, so daß sie auch von Langstreckenbombern (z.Zt. B-52) benutzt werden kann. Ferner soll Diego Garcia zum Zentrum für „Langstreckenpatrouillenflugzeuge" (d.h. Spionageflugzeuge!) werden. Es soll ein Stützpunkt für Polaris-U-Boote (mit strategischen Atomraketen) errichtet werden. Das Versorgungslager soll erweitert werden. **Von Diego Garcia aus wären sowohl Moskau als auch Peking im Bereich amerikanischer Atomwaffen.**

(Angaben nach Oskar Weggel, „Zur Lage im Indischen Ozean", in ‚China aktuell', Mai 1974.)

Gegenwärtig werden die weiteren Ausgaben für Diego Garcia *„in den nächsten Jahren"* vom Pentagon (US-Kriegsministerium) mit über 40 Mio. Dollar (über 100 Mio. Mark) angegeben. Nach anderen amerikanischen Schätzungen werden es **„weit über 100 Mio. Dollar"** (über 255 Mio. Mark) sein. Allein die Operationskosten für die (noch zu beschaffenden!) Kriegsschiffe, die von Diego Garcia aus den Indischen Ozean „patrouillieren" sollen, werden auf jährlich mehr als 800 Mio. Dollar (mehr als 2 Mrd. Mark) geschätzt.. Die Beschaffungskosten dieser Schiffe würden bei 5-8 Milliarden (!) Dollar (13-20 Mrd. Mark) liegen (Angaben nach „FAZ", 29.7.75).

„Russische Gefahr" im Dienst der imperialistischen Kriegspropaganda

Um für diese ungeheure Aufrüstung „Stimmung" zu machen, beschwören die Imperialisten unermüdlich die angeblich drohende „sowjetische Vorherrschaft" im Indischen Ozean.

Wir haben uns mit diesem Thema schon wiederholt befaßt und die Ungeheuerlichkeit der imperialistischen Propaganda-Lügen (die ihre hartnäkkigen Nachbeter sogar bei einigen Leuten finden, die sich „Kommunisten" zu nennen wagen!!) in vielen Punkten nachgewiesen.

Wir beschränken uns deshalb auf eine von uns bisher nicht behandelte Veröffentlichung zu diesem Thema. Es ist ein Artikel von Jörg Weigand in der Imperialisten-Zeitschrift „Sicherheitspolitik heute" (Nr. I/75).

Weigand schreibt dort, unter Berufung auf eine Untersuchung der CIA, zur Situation im Indischen Ozean: **„Mit einer gewissen Genugtuung wird festgestellt, daß der Westen – zumindest im Augenblick noch – mit seinen anwesenden Kriegsschiffen den Sowjets überlegen ist."**

Im Indischen Ozean habe die Sowjetunion im November 1974 *„35 Kriegsschiffe und Hilfsschiffe gehabt"*; ihnen hätten 13 britische, 14 französische und 9 (?!) amerika-

Im Indischen Ozean habe die Sowjetunion im November 1974 *„35 Kriegsschiffe und Hilfsschiffe gehabt"*; ihnen hätten 13 britische, 14 französische und 9 (?!) amerika-

nische Kriegsschiffe gegenübergestanden (d.h. zusammen 36). Dazu komme, *„daß sich unter den westlichen Einheiten je ein amerikanischer und ein französischer Flugzeugträger befinden. Diesen schwimmenden Flugplätzen haben die Sowjets zur Zeit in jenem Gebiet nichts Vergleichbares entgegenzusetzen'.* Ausserdem sei damit zu rechnen, *„daß im Falle eines Konflikts die australische die südafrikanische und besonders die in letzter Zeit stark ausgebaute iranische Marine eingreifen werden."*

Diese Rechnung, die bereits die Überlegenheit des US-Imperialismus und seiner Verbündeten deutlich zeigt, enthält indessen noch einen wesentlichen Fehler: Sie berechnet nämlich auf sowjetischer Seite in die Summe der Schiffe auch „Hilfsschiffe" ein (Versorgungsschiffe u.ä.), während sie auf ‚westlicher' Seite nur die Kriegsschiffe zählt. Die Angabe von 36 : 35 Schiffen ist also von vornherein grob irreführend (ob die Zahl der ‚westlichen' Kriegsschiffe überhaupt richtig angegeben ist, ist außerdem noch fragwürdig; zumindest die Angabe für die USA scheint sehr niedrig!).

Weigand selbst gibt an, daß die sowjetische Flotte Mitte 1973 folgende Kriegsschiffe im Indischen Ozean gehabt habe: 1 Kreuzer, 2 Geleitschiffe bzw. Zerstörer, 1 U-Boot, 1 Landungsboot, 1 Minensucher – also zusammen gerade 6 Kriegsschiffe. Nach einer anderen Meldung waren es im Sommer 1974 dann 5 „Überwasserkampfschiffe" und 1 U-Boot sowie 15 Minensucher, die zur Entminung der Küste von Bangla Desch eingesetzt waren und wenig später abgezogen wurden (lt. „FAZ", 13.5.75).

Diese Zahlen zeigen, daß die Überlegenheit des US-Imperialismus und seiner Verbündeten im Indischen Ozean zahlenmäßig sogar noch weit stärker ist, als es in dem von Weigand behaupteten Verhältnis 36 : 35 erscheint.

Dazu kommt die völlige Überlegenheit der Imperialisten in der Frage der Stützpunkte. Hier hat die Sowjetunion den Imperialisten, wie Weigand schreibt, nichts Vergleichbares entgegenzusetzen. Weigand widerlegt die bekanntesten kursierenden bürgerlichen Propaganda-Märchen über die angeblichen „sowjetischen Stützpunkte" im Indischen Ozean:

„Der Hafen von Aden, oft zitiert und als wichtigstes russisches Bollwerk bezeichnet (!), dient lediglich zur Verproviantierung und zur Übernahme von Brennstoff.

Berbera, auf der anderen Seite des Golfes von Suez, verfügt zur Zeit noch nicht einmal über eine geeignete Werftanlage; Kasernen und Flugplatz werden gerade gebaut.

Die Insel Sokotra, der Volksrepublik Südjemen vorgelagert, verfügt lediglich über eine winzige Landepiste und scheint auch als Hafen nicht genügend ausgebaut zu sein.

Mogadischu, in Somalia, verfügt über ein zu seichtes Hafenbecken, um größere Schiffe aufnehmen zu können..."

Weigand bzw. die von ihm benutzte „Analyse" der CIA übertreiben wahrscheinlich immer noch, wenn sie beispielsweise vom Bau von Kasernen und eines Flugplatzes in Berbera sowie eines Flugplatzes bei Mogadischo sprechen. Auf jeden Fall lösen sich hier die wichtigsten durch die Presse geisternden „sowjetischen Stützpunkte" in Nichts auf!

Es ist bezeichnend, daß die Bourgeoisie derartige „Analysen" ihrer Geheimdienste zwar in Fachzeitschriften oder auch gelegentlich mal in großbürgerlichen Informationszeitungen wie der „FAZ" veröffentlichen läßt, während sie gleichzeitig, vor allem in der Massenpresse, dazu total in Widerspruch stehende, ins Groteske übertriebene Märchen verbreiten läßt.

Wir schließen uns nicht den „Kommunisten" an, die die Anwesenheit sowjetischer Kriegsschiffe auf den Weltmeeren a n s i c h für einen Ausdruck imperialistischer Politik halten. W e n n die Sowjetunion noch ein sozialistischer Staat wäre, so wäre es für Kommunisten einfach i d i o t i s c h, wenn man die Sowjetunion auffordern würde, die Weltmeere den imperialistischen Flotten zu überlassen! Da die Sowjetunion jedoch kein sozialistischer Staat ist, vielmehr in ihrer Außen-

einfach i d i o t i s c h, wenn man die Sowjetunion auffordern würde, die Weltmeere den imperialistischen Flotten zu überlassen! Da die Sowjetunion jedoch kein sozialistischer Staat ist, vielmehr in ihrer Außen-

politik selbst imperialistische Züge angenommen hat, so lehnen wir die Anwesenheit sowjetischer Kriegsschiffe beispielsweise im Indischen Ozean ebenso ab wie die der Imperialisten und ihrer Verbündeten.

Ebenso entschieden treten wir aber der imperialistischen Kriegspopaganda entgegen, die mit unglaublichsten Lügen eine angebliche „sowjetische Überlegenheit" beschwört, um von ihrer eigenen Aufrüstung und Expansion abzulenken.. Die Sowjetunion spielt zweifellos im Indischen Ozean nicht die Rolle einer mit dem US-Imperialismus konkurrierenden „Supermacht"; vielmehr dürfte sie in jeder Hinsicht (Flottenstärke, Stützpunkte) dort sogar gegenüber einer ‚mittleren' imperialistischen Macht wie Frankreich deutlich unterlegen sein.

Ambitionen des französischen Imperialismus im Indischen Ozean

Die französischen Imperialisten unterhalten im Indischen Ozean die Stützpunkte Dschibuti (am Golf von Aden) und Reunion (Insel westlich von Madagaskar). Ihren Flottenstützpunkt Diego Suarez auf Madagaskar mußten sie im letzten Jahr aufgeben, nachdem Madagaskar nach dem Sturz eines von Frankreich abhängigen neokolonialistischen Regimes in den letzten Jahren immer stärker eine Politik der Unabhängigkeit und des Antiimperialismus eingeschlagen hat.

Als Ersatz für Diego Suarez hat Frankreich schon seit 1973 seinen Stützpunkt auf Reunion ausgebaut. Die früher in Diego Suarez stationierten französischen Fremdenlegionäre sind jetzt auf Reunion. Dort befindet sich auch das Oberkommando der französischen Flotte im Indischen Ozean.

Im Mai hat Frankreich seine Besatzung in Dschibuti um 300 Mann verstärkt. 5.000 französische Soldaten und Fremdenlegionäre sind dort stationiert. Von Dschibuti aus können Hubschrauber und Mirage-Flugzeuge eingesetzt werden.

Als wichtigste französische Kriegsschiffe im Indischen Ozean werden genannt: Raketenkreuzer „Duquesne" und zwei Fregatten – mit Anlaufhafen Dschibuti – sowie Flugzeugträger „Foch" und „Kriegsschiff" (?) „La Charente" – mit Anlaufhafen Saint-Denis (Reunion). Im Hafen von Dschibuti liegt *„gelegentlich"* auch der Flugzeugträger „Clemenceau", der meist in Toulon (Mittelmeer) stationiert ist (Angaben nach „FAZ", 29.7.75).

Außer Dschibuti und Reunion versuchen die französischen Imperialisten offenbar auch, sich auf der Komoren-Insel Mayotte (zwischen Mosambik und Madagaskar) festzusetzen.

Im Dezember 1974 hatte auf den von Frankreich besetzten Komoren-Inseln eine Volksabstimmung stattgefunden, wobei sich die überwiegende Mehrheit für die Unabhängigkeit von Frankreich aussprach (rund 90 %). Nur auf der Insel Mayotte hatte es eine Mehrheit (rund Zweidrittel) gegen die Unabhängigkeit gegeben.

Als im Juli nunmehr die Komoren „einseitig" ihre Unabhängigkeit erklärten, erhob der französische Minister für die „Überseegebiete", Stirn, den Anspruch, daß für Mayotte *„weiterhin das französische Gesetz angewendet wird"* („Le Monde", 12.7.). Wenig später wies der Staatschef der Komoren, Ahmed Abdallah, darauf hin, daß *„gewisse französische Persönlichkeiten versuchen, auf den Komoren Unruhe zu stiften"* („Le Monde", 17.7.). Vor der OAU (Organisation afrikanischer Staaten) klagte Abdallah Frankreich an, es habe Kriegsschiffe nach Mayotte geschickt und seine Truppen dort verstärkt. Der Ministerrat der OAU warf Frankreich daraufhin Aggression gegen die Komoren vor („Corriere della Sera", 22.8.).

Frankreich unterhält auf den Komoren offiziell 200 Polizisten (gendarmes) und 150 Fremdenlegionäre („Le Monde", 12.7.), die nun offenbar von den anderen drei

22.8.).

Frankreich unterhält auf den Komoren offiziell 200 Polizisten (gendarmes) und 150 Fremdenlegionäre („Le Monde", 12.7.), die nun offenbar von den anderen drei

Komoren-Inseln abgezogen und – durch weitere Truppen verstärkt – insgesamt auf Mayotte stationiert werden sollen.

Was Staatschef Abdallah angeht, so scheint er selbst gegenüber neokolonialistischen Manövern nicht abgeneigt. Er erklärte, daß Mayotte für Frankreich eine wichtige Basis sei, *„um seine Präsenz im Indischen Ozean zu sichern"*. Frankreich habe aber den Fehler begangen, sich mit Gewalt Mayottes bemächtigen zu wollen; stattdessen hätte man darüber diskutieren sollen (nach „Le Monde", 15.7.). ●

Putsch auf den Komoren

Am 3. August wurde auf den Komoren Präsident Ahmed Abdallah durch einen Staatsstreich der in der „Nationalen Einheitsfront" (FNU) zusammengeschlossenen Oppositionsparteien gestürzt. Die FNU hatte bereits die Ernennung Abdallahs als Staatschef „energisch verurteilt" und die Einsetzung eines „Direktoriums" gefordert, das alle politischen Gruppierungen umfassen sollte („Le Monde", 12.7.75).

Die Haltung des neuen Regime zu den Beziehungen mit Frankreich beurteilt die konservative französische Zeitung „Le Figaro" als ***„gemäßigt"*** (5.8.). Die neuen Regierungspolitiker ***„wünschen gute und enge Beziehungen zu Paris"*** („FAZ", 7.8.).

Zu dem Putsch erklärte Prinz Said Ibrahim, jahrelang Abgeordneter der gaullistischen UDR (!!) und jetzt Führer der „Volkspartei" (UMMA): *„Ich billige den Putsch ... Wir verstehen die Haltung von Mayotte, das französisch bleiben will. Aber wir glauben, daß die Mayotte-Partei ihre Haltung ändern und eine weitgehende Autonomie der Insel im Rahmen einer Föderation akzeptieren könnte ..., wenn sie sich von unserem ehrlichen Willen zur Zusammenarbeit mit Frankreich überzeugt hat"* (nach „Le Figaro", 5.8.).

Olivier Stirn, französischer Staatssekretär für „überseeische Departements und Territorien", erklärte unterdessen, der Staatsstreich sei *„eine rein komorische Angelegenheit"*, mit der Frankreich nichts zu tun hätte („Le Monde", 6./7.8.). Aber klar doch, Monsieur Stirn! ●

Afrika-Politik der BRD: Rechtskurs verschärft

Die Afrika-Politik des BRD-Imperialismus wird zunehmend bestimmt durch Drohungen und Repressionen gegen fortschrittliche und revolutionäre Staaten einerseits und enge Zusammenarbeit und Freundschaft mit reaktionären Marionettenregimes und den Rassisten Südafrikas andererseits (vergl. auch AK 64 zur Afrika-Reise Genschers). Die letzten Wochen haben neue Erscheinungen dieses Kurses gezeigt.

– Die BRD weigert sich, ihren Beitrag zur Bewältigung des Flüchtlingsproblems in Guinea-Bissao an den zuständigen Ausschuß der UNO zu zahlen. Durch den Kolonialkrieg waren über 100.000 Menschen gezwungen, nach Senegal, Gambia und Guinea-Conacry zu flüchten. Durch erhebliche Waffenlieferungen an Portugal (besonders Jagdbomber) ist die BRD direkt mitverantwortlich für das Flüchtlingselend. Die von der UNO angeforderten 4 Mio. Dollar – ein Tropfen auf den heißen Stein! – sind bisher zur Hälfte gezahlt. Selbst Staaten wie Norwegen, Dänemark, Schweiz, Großbritannien und die USA haben ihren Beitrag anstandslos hingeblättert. Die (minimale, ökonomisch unerhebliche) Zahlung solcher Gelder läuft bisher weitgehend routinemäßig, automatisch. Das Verhalten der BRD-Imperialisten ist daher als offene Provokation, als Drohung auch anderen fortschrittlichen Staaten gegenüber zu verstehen.

Grundlage der Haltung der BRD ist, daß die PAIGC immer noch keine Anstalten gemacht hat, diplomatische Beziehungen zu Bonn aufzunehmen, angesichts der Unterstützung der ehemaligen Kolonialfaschisten durch die BRD eine nur zu verständliche Haltung! (Nach „Extra-Dienst", 5.8.75).

– Gleichzeitig werden die Beziehungen zur faschistischen „Südafrikanischen Republik" (RSA) weiter verbessert. Erstmals in der Geschichte der BRD wird mit dem Außenminister ein hoher Repräsentant der Rassisten im September auf Einladung Genschers die Bundesrepublik besuchen. Eine „Geste der Freundschaft", die nicht einmal von den „Kalten Kriegern" der CDU/CSU während deren Regierungszeit gewagt wurde, und die zugleich sämtliche Sanktionsbeschlüsse der UNO ignoriert.

Im Mittelpunkt der Gespräche sollen die „Verbesserung der wirtschaftlichen (und militärischen?!) Beziehungen" stehen.

Angesichts solcher Vorstöße versteht es sich schon fast von selbst, daß weder Sozialdemokraten noch „Liberale" ein Wörtchen verloren, als der ZDF-Korrespondent Günter Peus aus der „RSA" ausgewiesen wurde, weil er (durchaus zaghaft übrigens) die faschistische Unterdrückung dokumentiert hatte. Offenen Beifall für diesen eklatanten Verstoß gegen die Pressefreiheit erhielten die Faschisten von der CSU, deren Boß Strauß gerade seinen Urlaub in diesem „Land nach seinem Geschmack" verbringt.

Der Bayernkurier schreibt: „*Seit Jahren führt Günter Peus seinen privaten* (!) *Propagandakrieg* (!) *gegen die Republik Südafrika. ... Über das Wüten der roten Heilsbringer aus Mozambique* (!) *hätte Peus einen korrigierenden Bericht* (?) *bringen können. Aber es zog ihn in das friedliche* (!!) *Südafrika. Dort suchte er beharrlich nach Schattenseiten. Der Verbreitung einer zielbewußt aufbereitenden Polemik wollte Informationschef Dr. Eshel Rhoodie nicht zusehen. Er wies den fatalen Gast aus, höflich und korrekt.*" (Nach „Extra-Dienst", 8.8.75).

Die Braunen unter sich – widerlich! ●

„Hilex 75" NATO probt den 3. Weltkrieg

Während unlängst in Helsinki auf der KSZE-Konferenz geschwollene Reden über „Entspannung" und die „Notwendigkeit der Abrüstung" gehalten wurden, entwarfen die Strategen der Nato eine Konzeption für die „*politische*" Stabsübung „Hilex '75", mit der im Herbst dieses Jahres „*die Probe für einen dritten Weltkrieg zwischen Ost und West*" gemacht werden soll (lt. FR, 5.8.75).

Den Imperialisten und der in ihren Diensten stehenden Generalität geht es bei dem vorgesehenen „Planspiel" darum, herauszufinden, „*wie ihre Stäbe jede einzelne Stufe der Eskalation einschätzen und wie sie unter Umständen reagieren würden, die der Kuba-Krise von 1962 (!) nicht unähnlich sind*" (FR, ebenda).

Als „*Vorabend eines dritten möglichen Weltkrieges*" bezeichnen die Pläne für „Hilex 75" folgende internationale Situation:

„***Die arabischen Staaten haben mit einem totalem Embargo alle Erdöllieferungen an Westeuropa eingestellt (!).***

In Portugal etabliert sich ein eindeutig kommunistisches Regime (!).

In Italien und Frankreich droht (!) die Machtübernahme durch die Kommunisten (!).

Die Wirtschaftssituation in den westeuropäischen Ländern ist so katastrophal, daß die staatlichen Sozialleistungen eingestellt werden müssen (!!!). Es kommt zu Hungerunruhen (!) und Straßenschlachten (!). Die Regierungen sind nicht mehr in der Lage, Recht und Ordnung aufrechtzuerhalten (!).

In dieser Situation beginnt Moskau aggressive Flotten m a n ö v e r (!) am Nordkap (!) und schickt Kriegsschiffe durch die Dardanellen (!) ins Mittelmeer . . . " (FR, ebenda; Hervorhebungen von uns, die Red.).

Nicht unlogisch konstatieren selbst die Journalisten der bürgerlichen „Frankfurter Rundschau", daß „*die Stabsübung . . . von einer katastrophalen Weiterentwicklung gegenwärtiger Trends (!) ausgeht*" (FR, ebenda).

In der Tat wird nach den Plänen für „Hilex 75" als h a u p t s ä c h l i c h e r Kriegsgrund die Verschärfung des Widerspruchs zwischen den imperialistischen Hauptmächten (USA, BRD, Frankreich, Japan etc.) und den Rohstofförderländern der „Dritten Welt" einerseits und andererseits die krisenhafte Zuspitzung der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung in den Ländern des Imperialismus selbst genannt!

Die Nato-Strategen erklären mit brutaler Offenheit, daß sie bereit sind

- **auf die berechtigten Maßnahmen der Rohstofföderländer (namentlich der Erdölförderlänger) zum Schutze ihrer nationalen Ressourcen und zur Entwicklung einer unabhängigen nationale Wirtschaft mit K r i e g zu antworten;**
- **den Kampf der Arbeiterklassen um eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung (Sozialismus) mit K r i e g zu verhindern;**
- **und selbst gegen die Widerstandsaktionen der werktätigen Massen gegen die zunehmende Verelendung und politische Entrechtung mit Waffengewalt vorzugehen.**

Der Sowjetunion wird abermals (!) mit dem Einsatz der Nato-Streitkräfte –aufgrund eines billigen und jederzeit konstruierbaren Vorwands („*Flotten m a n ö v e r*") – gedroht, wobei für die „Hilex 75"-Planer vonvorherein feststeht, „*daß es zum A t o m k r i e g kommt*" (*FR, ebenda, Hervorhebungen von uns, die Red.*).

Mit der Stabsübung „Hilex 75" wird von den Imperialisten der gefährliche Kriegskurs, den vor allem der amerikanische Kriegsminister Schlesinger und sein westdeutscher „Amtskollege" Leber (SPD!) – zumal „nach Vietnam" – mit immer schriller werdenen Tönen propagiert haben, konsequent fortgesetzt und zur offiziellen Nato-Strategie ausgearbeitet.

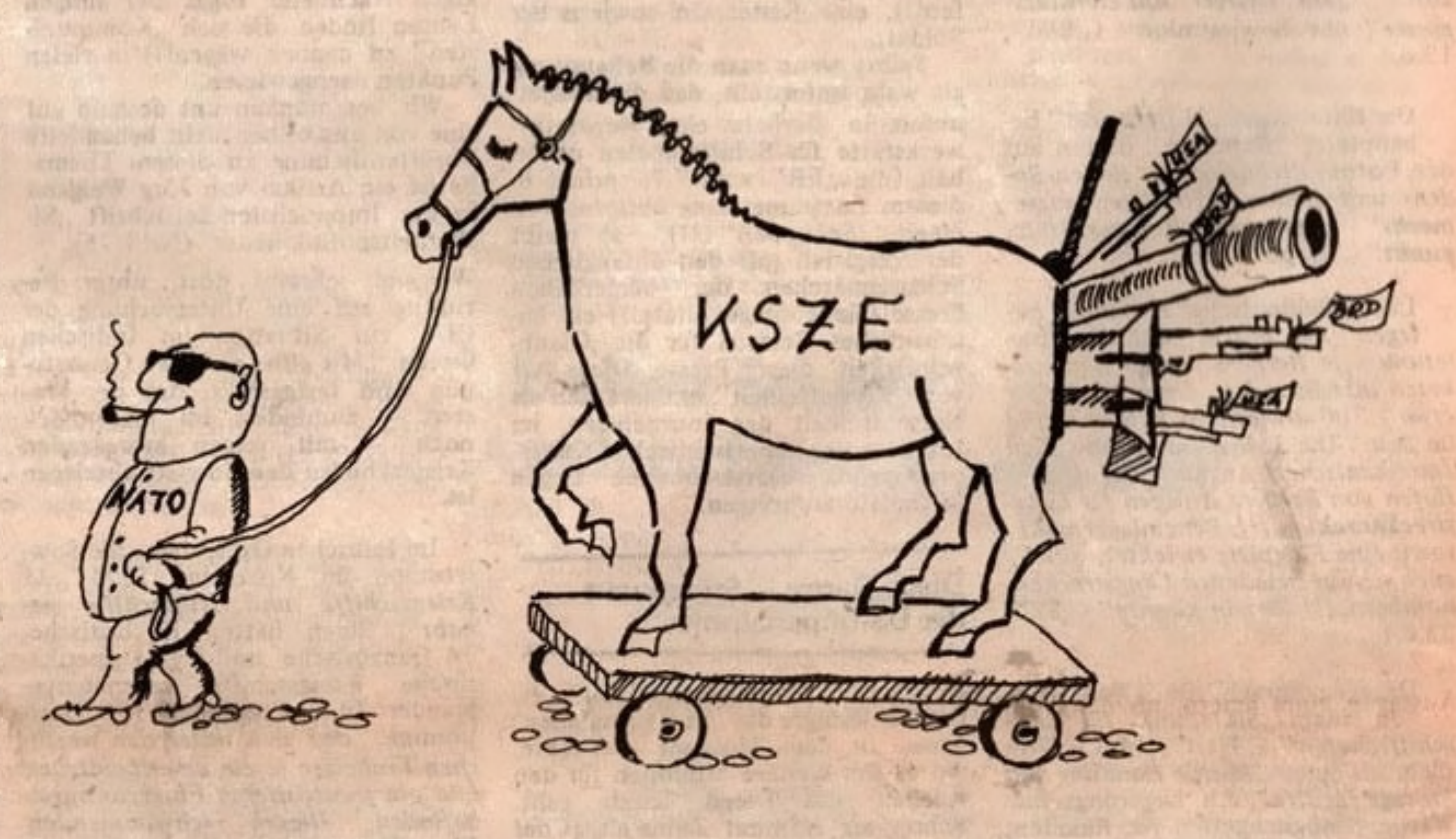
Der endgültige Sieg der indochinesischen Völker über die US-Aggressoren hat den Imperialisten noch einmal mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß ihre Zeit abläuft. Die Imperialisten wissen, daß die Konkurrenz zwischen ihnen selbst um Rohstoffquellen, Absatzmärkte und Einflußgebiete sehr rasch zunehmen und immer mehr den Charakter offener Konfrontationen annehmen wird – sie wissen, daß sich der Kampf der Völker der „Dritten Welt" gegen die imperialistische Hegemonie und für nationale Unabhängigkeit und das Selbstbestimmungsrecht noch ausdehnen wird und sprunghaft verschärfen kann – sie wissen, daß die Arbeiterklasse und die übrigen Werktätigen im „eigenen" Lande sich auf längere Sicht nicht „ruhig" halten lassen, angesichts immer schärfer werdender Angriffe auf ihren Lebensstandard (Löhne, „Sozialleistungen", etc.) und die bürgerlich-demokratischen Rechte.

Die Stabsübung „Hilex 75" dient den Nato-Imperialisten dazu, diese Widersprüche gewaltsam zu lösen bzw. sich auf die gewaltsame Lösung dieser Widersprüche vorzubereiten – wobei ein dritter Weltkrieg ausdrücklich einkalkuliert wird. Wenn von den Imperialisten selbst dieses Manöver als „*politisch*" (im Gegensatz zu „*militärisch*") qualifiziert wird (siehe FR, ebenda), so bedeutet das lediglich, daß man sich noch in der Phase der Vorbereitung zu neuen kriegerischen Abenteuern befindet – denn „***der Krieg ist die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln***".

Wenn die Nato-Strategen erklären, daß sie solche Übungen (wie „Hilex 75") brauchen, „*um den Bereitschaftszustand des Bündnisses aufrechtzuerhalten*" (FR, ebenda), so unterstreicht das, daß die Haupttaktik, deren sich die Imperialisten bedienen, nach wie vor die Gewalt bleibt.

Betrugsmanöver – wie die sogen. „Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit" in Helsinki – dienen der Gewalt nur als Behelfe! ●

Metall-Komitee
KB/Gruppe Hamburg



Nach dem Scheitern der US-Aggression in Indochina – der SEATO-Pakt wird aufgelöst

Dieser Tage kamen der thailändische Außenminister Chatichai Choonhaven und sein australischer „Kollege" Conald Willesee überein, der im September dieses Jahres tagenden Vollversammlung der SEATO-Mitgliedstaaten die Auflösung des Paktes über einen Zeitraum von zwei bis drei Jahren vorzuschlagen. Eine entsprechende „gemeinsame Erklärung" des thailändischen Ministerpräsidenten und des Präsidenten der Philipinen, Marcos, ging schon im Juli der Übereinkunft mit Australien voraus. „Auch die übrigen, noch in der SEATO verbliebenen Länder, Großbritannien, ... Neuseeland befürworten die Auflösung, so daß sich die USA allein nicht widersetzen dürften" („SZ", 14./15. 8. 75).

Der SEATO-Pakt, 1954 gegründet, diente den USA als militärische Basis ihrer Aggressionen in Süd-Ost-Asien. Der praktische Nutzen dieses Paktes lag allerdings weniger im militärischen Zusammenschluß der Mitgliedstaaten zu „gegenseitiger Hilfeleistung" etc., sprich: gemeinsamer Aggression, als vielmehr darin, daß das SEATO-Bündnis den US-Imperialisten ermöglichte, die einzelnen Mitgliedstaaten als territoriale Aufmarschgebiete gegen Indochina zu nutzen. Konkret diente Thailand den USA während der ganzen Zeit der ganzen Zeit der Aggression gegen Vietnam, Kambodscha und Laos als zentrale militärische Operationsbasis, die weitaus größeres Gewicht in der Gesamtstrategie hatte, als etwa der zeitweilige Einsatz australischer Bodentruppen in Vietnam, was mehr symbolischen Charakter trug. Entsprechend fungierten die anderen SEATO-Länder als Nachschub-Bastionen, Sitz von Militärstützpunkten, Anlaufhäfen der 7. US-Flotte, etc. p. p.

Aus alledem wird ersichtlich, daß mit der Niederschlagung der US-Aggression in Indochina der SEATO-Pakt seine „Existenzberechtigung" verloren hat, nur noch relativ kostspieliges Anhängsel der USA ist, was es gilt, im Rahmen des Abbaus der „konventionellen Präsenz" zugunsten der Strategie des „atomaren Präventivschlages" abzuschütteln (siehe dazu auch die Artikel zur sog. „Nach-Vietnampolitik" des US-Imperialismus in AK 63 und 64).

So ist denn auch der Vorschlag zur Auflösung der SEATO keineswegs auf dem bescheidenen Mist der thailändischen Regierung gewachsen, wie in der imperialistischen Presse behauptet wird. Die USA haben vielmehr, beispielsweise durch die vor kurzem erfolgte drastische Kürzung der sog. „Militärhilfe" für Thailand, deutlich mit dem Zaunpfahl gewunken und wohl ohnehin in internen Absprachen vorweg „Grünes Licht" gegeben.

Die thailändische Regierung wiederum versuchte diesem Prozeß scheinheilig, durch die Inszenierung von angeblichen „harten Auseinandersetzungen" mit den USA über deren künftige militärische Präsenz in Thailand, diplomatisches Kapital abzugewinnen, für die Verhandlungen über die künftigen Beziehungen zu den befreiten indochinesischen Ländern.

Wie „konsequent" die „antiamerikanische Haltung" Thailands tatsächlich ist, wird daran sichtbar, daß der thailändische Außenminister bei seiner Unterredung in Australien „Wert darauf (legte), daß der Manila-Pakt, der 1954 die Grundlage für die Bildung der SEATO darstellte, auch nach der Auflösung der SEATO-Organisation erhalten bleibt (!)" („SZ", 14./15. 8. 75).

Die australische Regierung ihrerseits „bekräftigte ihr Bekenntnis zum ANZUS-Pakt mit Neuseeland und den Vereinigten Staaten, der 1951 unterzeichnet wurde und die beiden Länder unzweideutig unter den Schutz der Vereinigten Staaten stellt". („SZ", 14./15. 8. 75).

Die Auflösung der SEATO ist also weder ein Schritt der Abrüstung, noch etwa der Ausdruck eines verstärkten Unabhängigkeitsstrebens der SEATO-Länder von der Supermacht USA (wie evtl. gewisse „links"-verbrämte „Vaterlandsverteidiger" orakeln werden??!), sie ist vielmehr schlicht die Beseitigung einer überlebten militärischen Organisation im Rahmen einer strategischen Umorientierung der USA und ihrer gleichgesinnten Kumpane, an deren Ende der Imperialismus blutrünstiger, gefährlicher und entschlossener denn je dastehen wird! ●

Indochina-Kommission
KB/ Gruppe Hamburg

Neue 5. Kolonne des US-Imperialismus

Neben den in allen Ländern der Welt wühlenden CIA-Agenten und der kürzlich erfolgten Umgruppierung der Killertruppen „Ledernacken", die nunmehr als strategische Eingreifreserve auch für Westeuropa „zuständig" sind (vergl. AK 64), soll künftig eine weitere 5. Kolonne durch Subversion und Terror die Belange des US-Imperialismus in der Welt durchsetzen helfen.

Als „Marineattachés" getarnt, soll eine 2.500 Soldaten umfassende Elitetruppe der amerikanischen Armee mit der Bezeichnung „SEAL" (Abkürzung für Sea-Air-Land) sämtlichen **US-Botschaften im Ausland zugeteilt** werden. Zwar schon lange geplant, sehen die US-Imperialisten nach der Geiselnahme in der amerikanischen Botschaft in Kuala Lumpur jetzt den richtigen Zeitpunkt gekommen, dieses Projekt auch zu verwirklichen. Um was es sich tatsächlich bei diesen ominösen „Botschaftsangehörigen" handelt, erhellt sich schon allein daraus, daß fast alle ehemalige Vietnam-Kämpfer sind. Unter dem Vorwand, die US-Botschaften vor „Terrorangriffen zu schützen", sollen sie „*in enger Zusammenarbeit mit dem Geheimdienst CIA Aktivitäten von Guerillas und Revolutionären in ihren Gastländern beobachten, deren Regierungen beraten und US-Bürger schützen.*"

Daß diese „erfahrenen Vietnamkämpfer" in ihren „Gastländern" ihre Aktivitäten keineswegs aufs „Beobachten" beschränken werden, dürfte klar sein. So schreibt selbst die „Süddeutsche Zeitung", daß „*dem Bericht* (der „New York Times") *zufolge die Elitesoldaten auch Spezialisten* (!) *in Gegenaktionen* (!) *wie etwa Entführungen* (sind)." Man wird sich also in der nächsten Zeit auf gezielte Provokationen und Blutbäder von Seiten dieser Killertruppen gefaßt machen müssen. Der „Süddeutschen Zeitung" zufolge sollen die Einsatzorte dieser Truppe die europäischen Hauptstädte (!), sowie Länder des Nahen Ostens, Lateinamerikas und des pazifischen Raumes sein (13.8.75).

Die relative Offenheit der US-Imperialisten, mit der sie die geplanten Eingriffe in die Souveränität und „innere Sicherheit" der „Gastländer" zugeben, paßt zu dem immer aggressiver werdenden Ton, mit dem die USA in den letzten Monaten den Völkern der Welt mit Krieg und Atomwaffen drohten. Die Drohung mit Massenvernichtung und die Infiltration auf „diplomatischen Kanälen" – das sind nur verschiedene Nuancen imperialistischer Politik. ●

Metallkomitee
KB/Gruppe Hamburg

US-Imperialisten: Kidnapping unter Drogeneinfluß

Bereits im Mai enthüllten wir in AK 61, wie die US-Imperialisten gewaltsam ehemalige Angehörige der Thieu-Soldateska an der Rückkehr in ihre Heimat hinderten.

Abgesehen vom Abschaum der alten Saigoner Ober- und Unterwelt, die als Kriegsgewinnler, Opiumschmuggler, Folterknechte usw. allen Grund hatten, Südvietnam vor dem Sieg der Befreiungstruppen rechtzeitig freiwillig zu verlassen, entlarvt sich die gewaltige, von der bürgerlichen Presse zur „Flucht vor dem roten Terror" hochstilisierte „Evakuierungskampagne" der US-Imperialisten immer deutlicher als das größte Kidnapping der Geschichte.

Das wird erneut durch Untersuchungen des demokratischen Abgeordneten aus dem US-Repräsentantenhaus, J. Eilsberg, bestätigt.

Eilsberg gelang es nachzuweisen, daß vietnamesische Staatsbürger unter Gewaltanwendung und Drogeninjezierung an der Rückkehr in ihre Heimat gehindert wurden und auf den US-Luftwaffenstützpunkt Guam im Pazifik verschleppt wurden.

Dem Bericht zufolge waren 65 nach Thailand geflüchtete Vietnamesen bereit (offensichtlich nach dem Aufruf der Provisiorischen Revolutionsregierung zur „nationalen Aussöhnung") nach Südvietnam zurückzukehren, ein Ansinnen, das natürlich nicht in das Bild der vom US-Imperialismus verbreiteten angeblichen „Massenflucht vor dem Kommunismus" paßte. So wurden sie denn mit Gewalt daran gehindert:

„Nachdem sie von Offizieren der (US-)Luftwaffe bedroht (!) worden waren, erklärten sich 52 Vietnamesen bereit, nach Guam zu gehen", heißt es in dem Eilsberg-Bericht. *„Die 13, die nicht wollten, wurden zunächst mit Gefängnis und dann mit dem Tode bedroht, falls sie nicht nach Guam gingen."* Diese 13 Vietnamesen wurden, nachdem sie sich weiterhin hartnäckig weigerten, von den US-Schergen zusammengeschlagen *„und jeweils von vier Amerikanern in einen Raum getragen, wo sie Injektionen* (Drogen – d. Red.) *erhielten."*

Seine eigenen Untersuchungen macht Eilsberg zusätzlich durch die Aussagen eines amerikanischen Militärarztes glaubhaft, der die gekidnappten Vietnamesen nach ihrer Entführung untersuchte.

Dieser zusätzlichen Bestätigung hätte es allerdings kaum bedurft, weil die US-Luftwaffe selbst (!) – witzigerweise in ihrem Bemühen, sich selbst von diesen Vorwürfen zu entlasten – sie bestätigte! In einem Bericht der Luftwaffe heißt es nämlich, daß die Vietnamesen *„der Hysterie nahe (!!)"* verlangt hätten, *„nach Vietnam zurückgebracht zu werden"*.

Daraufhin trafen amerikanische und thailändische Beamte die Entscheidung *„die Vietnamesen zu betäuben und nach Guam zu bringen."*

Unter der Drogeneinwirkung, heißt es weiter, sei den Vietnamesen dann während des Fluges erzählt worden, es gehe ins Delta-Gebiet (im Süden Vietnams) und nicht ins Ausland.

Zur eigenen Rechtfertigung führt der Bericht bezeichnenderweise noch an, daß die Vietnamesen nur *„Beruhigungsmittel (bekommen hätten)*, wie sie regelmäßig (!) bei Evakuierungssituationen (sprich Kidnapping – d. Red.) *zum Wohlbefinden (?!) der Patienten verabreicht werden oder weil diese wegen geistiger oder seelischer Störungen für sich (?) oder andere (?) eine Gefahr darstellen."*

Es erübrigt sich wohl, zu diesem Gangstertum der US-Luftwaffe noch weitere Ausführungen zu machen. Es sei hier nur noch kurz auf einen – allerdings bezeichnenden – Aspekt der Geschichte hingewiesen: Während nämlich Eilsberg ganz offensichtlich grundsätzlich kritisiert, daß die Vietnamesen überhaupt g e w a l t s a m an der Rückkehr in ihre Heimat gehindert wurden, geht der Luftwaffen-Bericht auf diesen Vorwurf mit keinem Wort ein. Von diesem Vorwurf fühlen sich die verantwortlichen Stellen der US-Luftwaffe eben gar nicht getroffen, denn gerechtfertigt wird nicht die Entführung an sich, sondern ihre Methode (unter Drogeneinfluß). So heißt es denn auch allen Ernstes: „In stundenlangen Diskussionen war es nicht möglich, sie zu überzeugen, daß es keine Möglichkeit zur Rückkehr (nach Vietnam) gab", deshalb habe man halt Drogen angewandt.

Das ist die Mentalität eines kaltblütigen Mörders, der nicht in Frage stellt, o b man, sondern w i e man jemanden umbringt. ●

Indochina-Komitee, KB/Gruppe Hamburg

US-Veto gegen Aufnahme Nord- und Südvietnams in die UNO!

In der Nacht zum 12. 8. 75 haben die USA im Sicherheitsrat der „Vereinten Nationen" (UNO) zum ersten Mal seit 30 Jahren ein Veto gegen die Aufnahme neuer Mitglieder eingelegt – es ging um Nord- und Südvietnam! Nachdem der US-Imperialismus schon jahrzehntelang dem vietnamesischen Volk die größten Qualen aufzwungen hat, die je ein Volk in der bisherigen Geschichte zu ertragen hatte, konnte er es sich jetzt nicht einmal verkneifen, nach der militärischen Niederlage, in niederträchtiger Rachsüchtigkeit der DRV und RSV auf diplomatischer Ebene erneut einen Knüppel zwischen die Beine zu schmeißen! „Begründet" wurde das US-Veto damit, daß der UN-Sicherheitsrat eine Woche zuvor die Diskussion über die Aufnahme Südkoreas (!!) abgelehnt hat, für dessen makaber anmutenden Aufnahmeantrag die USA über ihre extrem „guten Beziehungen" wohl selbst gesorgt hat!

Die Vertreter der beiden Vietnams, Nguyen Van Luu und Dinh Ba Thi, wiesen in einer gemeinsamen Erklärung darauf hin, daß die USA, „die Südkoreafrage nur als Vorwand für ihr Veto benutzt" habe („FR", 13. 8. 75). Es war doch völlig klar, das die Staaten des Sicherheitsrates nicht ausgerechnet die wohl mit Chile brutalste, blindwütigste faschistische Diktatur der Welt in die UNO aufnehmen konnten, ohne völlig ihr Gesicht zu verlieren!

Der chinesische UN-Botschafter, Hung Hua wies auf die Selbstverständlichkeit hin, das die Regierung in Pjöngjang (VR Korea) einziger „rechtmäßiger Vertreter des koreanischen Volkes" sei, und die vom CIA ausgehaltene Park Tschung Hee-Clique kein Recht hat, überhaupt eine UN-Mitgliedschaft zu beantragen.

Eine interessante Begebenheit am Rande (für alle „Freunde" des „demokratischen Sozialismus"!) ist noch, daß der „sozialistische" schwedische Botschafter Kay Sundberg, „bedauerte, daß der Rat im Fall Korea in der vergangenen Woche keine Einigung im Sinne der Universalität (?!!) der Vereinten Nationen habe erzielen können". („FR", 13. 8. 75). ●

Indochina-Kommission KB/ Gruppe Hamburg



Das ist der Agent des US-Imperialismus im UN-Sicherheitsrat, Daniel Moynihan – die Genugtuung über die schmierigen Manöver seiner Auftraggeber steht im deutlich ins Gesicht geschrieben!

Laos: Revolutionär-demokratische Umwälzung schreitet voran!



Mitarbeiter der Nachrichtenagentur der Pathet Lao bei der Arbeit in einer Berghöhle



Eine Kämpferin der Fauenkompanie bei Schießübungen



Das medizinische Netz erstreckt sich zu jeder Gemeinde der befreiten Gebiete

Wie schon im AK 61 berichtet, wurde nach den großartigen Siegen des vietnamesischen und kambodschanischen Volkes im Mai dieses Jahres auch die revolutionär-demokratische Entwicklung im Nachbarland Laos vom Volk, unter Führung der Pathet Lao, verstärkt vorangetrieben. Im ganzen Land demonstrierten Zehntausende für den vollständigen Rausschmiß der US-Imperialisten Zehntausende für den vollständigen Rausschmiß der US-Imperialisten und für die Ablösung der reaktionären Elemente in der amtierenden Koalitionsregierung.

Inzwischen ist die amerikanische „Entwicklungsbehörde" „US-AID", neben der Botschaft wichtigste Diversionszentrale des CIA im Lande, aufgelöst worden. Von den ca. 1.200 als „Botschaftspersonal" notdürftig getarnten US-Agenten sind nur noch 100 derzeit in Vientiane („FAZ", 23. 6.75). Logisch, daß mit schwindenden Positionen der Imperialisten die bürgerliche Presse wie ein Geier mit ihrer Hetze über das laotische Volk herfällt.

So behauptet die in solchen Dingen bekanntlich virtuose „FAZ" z.B., daß nach dem Rausschmiß der CIA jetzt Moskaus „Agenten und Spione das Land überschwemmen" (23.6.75). Auch der Fortbestand der 1974 auf der Grundlage des sog. „18-Punkte-Abkommens" gebildeten Koalitionsregierung von Pathet-Lao und der sog. „Vientiane-Seite" sei „nur noch formell" etc. p.p. („NZZ", 17.6.75)

Tatsächlich jedoch wird von Seiten der Pathet Lao, obwohl sie mit Abstand die stärkste politische und militärische Kraft im Lande ist und schon vor dem Abkommen von Vientiane 1973 vier Fünftel des Landes unter Kontrolle hatte, an der Durchführung des „18-Punkte-Programms" und der darauf basierenden Kaolition mit den Patrioten der „Vientiane"-Seite festgehalten.



Fortsetzung Seite 20

Fortsetzung von Seite 19

Laos: Revolutionär-demokratische Umwälzung schreitet voran!

Bei den im Mai abgelösten Ministern und Militärs handelte es sich dagegen um eine konspirierende Gruppe von Konterrevolutionären, die, über den General Vang Pao mit der CIA verbunden, schon im August '73 einen (gescheiterten) Putsch gegen die Koalitionsregierung versuchten und in diesem Frühjahr, nach einer Meldung der Nachrichtenagentur „Kaosan Pathet Lao", an einem erneuten Versuch arbeiteten.

Wie stark jedoch inzwischen die von der Pathet Lao betriebene Politik der „nationalen Versöhnung" auf der Grundlage der Interessen und Bedürfnisse des Volkes, diesen Kräften den Boden unter den Füßen weggezogen hat, wird z.B. daran deutlich, daß der Oberkommandierende der „Vereinigten Sicherheitsstreitkräfte Vientiane", der Putschist und Rechtsextremist General Pathammavong, aufgrund einer Forderung der Kadetten der Offiziersschule Vientiane seines Postens enthoben wurde. („Horizont", 22/75)

Die durch Ablösung bzw. Rücktritt der reaktionären Kräfte freigewordenen Ministersessel sind nach einer vorübergehenden Wahrnehmung der Amtsgeschäfte durch Pathet-Lao Genossen wieder von den „Neutralisten" besetzt. Allerdings von solchen Leuten, deren „Neutralität" natürlich von den Imperialisten angezweifelt wird, da sie nämlich „schon seit längerer Zeit mit dem Pathet Lao zusammengearbeitet (!!)" haben („NZZ", 17.6.75).

Insgesamt ist das laotische Volk durch diese Entwicklung auf dem Weg zu seiner vollständigen Befreiung und der Liquidierung der in- und ausländischen Reaktion, der Zerschlagung des alten reaktionären Staatsapparates sowie der Verbrüderung der wirklich patriotischen Kräfte in Verwaltung und Armee mit den Revolutionären der Pathet Lao etc., ein gutes Stück vorwärtsgekommen.

Revolutionären der Pathet Lao etc., ein gutes Stück vorwärtsgekommen.



Eine Mittelstufe der Unterstufe im Kreis Huang Khou. Das Kultur- und Erziehungswesen in den befreiten Gebieten hat einen großen Fortschritt erfahren. Die Zahl der Studenten und Schüler übersteigt jetzt 100.000.

Das wird vor allem an der nebenstehend abgedruckten Erklärung der „Laotischen Patriotischen Front" und der Resolution der „Konferenz der vorgesetzten Offiziere der nationalen Armee" (der Seite Vientianes, Red.) deutlich. ●

Indochina-Kommission,
KB/Gruppe Hamburg

Laos: Für eine „Streitmacht, die der Heimat und dem Volke dient" !

Am 6. Juni ging eine 12-tägige „Konferenz der vorgesetzten Offiziere der nationalen Armee" (der Seite Vientianes) zu Ende, die sich zur Aufgabe gestellt hatte, Richtlinien für die Neuorganisierung und den künftigen Charakter der einst „königlichen Armee" zu erarbeiten, nachdem diese im Verlauf der jüngsten Auseinandersetzungen von einer Reihe reaktionärer Offiziere gesäubert wurde. Hier nun nach einer Meldung der Nachrichtenagentur „Kaosan Pathet Lao" vom 14.6.75 die Ergebnisse in Auszügen:

„Es wurde eine vier Punkte umfassende Resolution verabschiedet, deren Ziel die Umformung der nationalen Armee in eine Streitmacht ist, die der Heimat und dem Volke dient. Auf der Grundlage des Abkommens von Vientiane, dessen Protokoll, des aus 18 Punkten bestehenden politischen Programms, des Befehls von Ministerpräsident Prinz Souvanna Phouma sowie der Rede, die der amtierende Minister für Verteidigung, General Khamoune Boupha, hielt, bezieht sich die Resolution auf den ernsten Wunsch aller Offiziere und Soldaten der nationalen Armee sowie des ganzen laotischen Volkes und umfaßt folgende Punkte:

1. Die nationale Armee muß ihre Organisation festigen und eine Neuordnung ihres Kommandostabes von Bataillonsebene bis hin zu ihrem höchsten Organ, dem Ministerium für Landesverteidigung, vornehmen. All diejenigen Offiziere müssen ausgewechselt werden, die von den Massen für untauglich befunden werden. Die Organisation nach Regimentern muß aufgehoben werden. An ihre Stelle müssen unabhängige, mobile Bataillone treten. Die beiden Seiten sind übereingekommen, Offiziere der patriotischen Streitkräfte in führende Positionen von Battaillonsebene bis ins Ministerium für Landesverteidigung zu berufen. Die nationale Armee löst vollständig und bedingungslos die ‚Sonderverbände' in Laos auf, schafft den 2. und 5. Militärsektor ab und ersetzt die 5. Militärzone durch den 2. Militärsektor ...
2. Alle Offiziere und Soldaten der nationalen Armee müssen an politischen Schulungen teilnehmen, die zum Ziel haben, ihren Patriotismus und ihre Achtung vor dem Volke zu steigern, Freunde von Feinden zu unterscheiden, die Linie und die Politik der Regierung zu verstehen und sich mit der Befreiungsarmee des laotischen Volkes zu vereinen. Die nationale Armee darf niemanden täuschen, muß strenge Disziplin halten und darf sich nicht vor den Drohungen fürchten, die von reaktionären Kräften, von den Henkern des US-Imperialismus und von Thailand eingesetzt werden.
3. In Ausführung des politischen Programms der 18 Punkte wird die nationale Armee ihren Personalbestand von 50.000 auf 30.000 Mann verringern. Die entlassenen Offiziere und Soldaten sollen zu ihren Familien zurückkehren und bei deren Produktion helfen, oder sie werden Produktionseinheiten für den nationalen Wiederaufbau zugeteilt. Hinsichtlich der regulären Armee müssen alle Einheiten Planungen und Normen für die Produktion erstellen. Sie werden je nach dem Erfolg ihrer Arbeit belohnt oder bestraft werden. Gleichzeitig müssen sie zur Erhöhung der Produktion Sparsamkeit üben, gemäß dem Leitsatz „Noch etwas länger Entbehrungen hinnehmen und für immer das Glück sicherstellen".
4. Bezüglich des Kommandoprinzips wird die Vorschrift erlassen, daß alle Einheiten unter das Kommando des Ministeriums für Landesverteidigung gestellt werden müssen. Alle vom Kommandostab erteilten Aufträge bedürfen zunächst der Zustimmung des Verteidigungsministeriums. Die Beziehungen zwischen der nationalen Armee und der Volksbefreiungsarmee müssen in Einklang mit der Politik der Regierung der nationalen Einheit und auf der Grundlage der Unabhängigkeit und Gleichheit der beiden Armeen stehen. Die Offiziere müssen sich den Soldaten gegenüber wie Brüder aus derselben Familie verhalten." ●

Indochina-Kommission,
KB/Gruppe Hamburg

Erklärung der

Erklärung der Laotischen Patriotischen Front

In einer Erklärung vom 27. Juni '75 nimmt das Zentralkomitee der Laotischen Patriotischen Front (LPF) zu der Situation in Laos Stellung, die nach den großen Erfolgen der Befreiungsbewegung in den letzten Monaten entstanden ist.

In der Erklärung (die auszugsweise in der „Peking Rundschau" v. 15.7.75 veröffentlicht wurde) heißt es:

„Als Resultat der Sabotagetätigkeiten der USA-Imperialisten und der laotischen Ultrareaktionäre ist der Frieden in unserem Lande bedroht, die Verwirklichung der nationalen Eintracht blockiert und die Bevölkerung im Gebiet unter der Kontrolle von Vientiane lebt in Hunger und Elend. Sie ist aller demokratischen Rechte beraubt. Die breiten Massen, die Polizisten und Soldaten erheben sich zum Kampf, weil es keinen anderen Ausweg gibt.

Deshalb ist die LPF der Ansicht, daß der Aufstand der Studenten, Arbeiter, Bauern, Soldaten, Polizisten, Funktionäre und anderen, die den alten administrativen und militärischen Apparat, ein Instrument des amerikanischen Neokolonialismus in unserem Land stürzen und die Macht in ihre Hände nehmen, eine ganz richtige und legitime Aktion ist...

Die Einschätzung der Lage durch die LPF und durch die Bevölkerung verschiedener Schichten des Landes stimmt überein. Sie betonen, daß die ultrarechten Reaktionäre, die ins Ausland geflohen sind und mit den Ultrareaktionären im Land unter einer Decke stecken, die wichtigsten und gefährlichsten Feinde unseres Vaterlandes sind und vom Volk unterdrückt werden müssen...

Die LPF hofft, daß die Mitglieder der Provisorischen Regierung der Nationalen Union (PRNU) von Laos mit Prinz Souvanna Phouma als Ministerpräsident und des Nationalen Politischen Koalitionsrates mit Prinz Souphanouvong als Präsident, die den Interessen des Vaterlandes und des Volkes treu sind, klar ihre schwere Verantwortung für die Geschichte erkennen und entschlossen gegen den Feind der Nation und die laotischen Reaktionäre, die ins Ausland geflohen sind, oder sich noch im Inland versteckt halten, und alle ihre Komplicen kämpfen...

Was die USA betrifft, müssen diese für den von ihnen in Laos jahrelang geführten Aggressionskrieg die Verantwortung übernehmen. Die LPF ist der Ansicht, daß die PRNU mit der USA-Regierung gleichberechtigte Beziehungen aufnehmen soll, wie sie es mit den Regierungen anderer Länder getan hat. Aber die amerikanische Regierung muß sofort die Einmischung in die inneren Angelegenheiten von Laos einstellen, das militärische amerikanische Personal aus dem Königreich abziehen und alle Spionageorganisationen des CIA in Laos auflösen.

Die LPF appelliert an die Volksmassen aller Schichten und Nationalitäten, die patriotischen Offiziere, Soldaten und Polizisten, mit allen patriotischen Kräften eng zusammenzuarbeiten, den politischen Kampf in den Städten und auf dem Land zu fördern und zu stärken und alle angemessenen Maßnahmen zu ergreifen, um die folgenden Ziele zu erreichen:

Alle bösartigen Machenschaften des Feindes der Nation zu zerschmettern,

alle jetzt im Inland versteckten Reaktionäre und Verräter loszuwerden

und die Armee zu reorganisieren, entsprechend der neuen Lage.

Wir müssen unsere Anstrengungen verstärken, um das politische 18-Punkte-Programm in die Tat umzusetzen, mit dem Ziel, ein friedliches, unabhängiges, demokratisches, neutrales vereintes und blühendes Königreich von Laos aufzubauen, und so zur Konsolidierung des Friedens in Indochina, in Südostasien, in der Welt beitragen." ●

Indochina-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Vietnam: Große Erfolge beim Wiederaufbau!

Der Wiederaufbau Vietnams ist, wie schon mehrfach im AK berichtet, im vollen Gange, wenn auch die provisorische Revolutionsregierung Südvietnams nach insgesamt mehr als 115-jähriger Fremdherrschaft ein überaus schweres Erbe angetreten hat. Insbesondere die jüngeren, imperialistischen Aggressionen, die japanische Okkupation im 2. Weltkrieg, der französische Kolonialkrieg, sowie natürlich vor allem die blindwütigen Zerstörungen durch die US-Imperialisten haben Südvietnam unersetzliche Verluste an Menschen, eine weitgehend rückständige, deformierte Industrie und eine durch Detonationen und bio-chemische Vernichtungsmittel weitgehend verwüstete Natur beschert.

Was die Industrie angeht, so hat beispielsweise im Jahre 1972 das Saigoner Regime etwa 25 mal mehr importiert als exportiert! Die Industrieproduktion erreichte etwa 13 % des gesamten sog. Sozialproduktes und ging im letzten Jahr der faschistischen Herrschaft allein um 4o % zurück! („Horizont", 5/75).

Inzwischen haben nach einer Meldung von „Radio Ho-Tschi-Minh-Stadt" (ehem. Saigon) rund 550 Betriebe in der Umgebung der Hauptstadt die Arbeit wieder aufgenommen, in denen ca. 50.000 Menschen beschäftigt sind. Aber immer noch sind etwa 1 Million Menschen arbeitslos.

Das rührt vor allem daher, daß der imperialistische Krieg die traditionellen, sozialen Strukturen der vietnamesischen Gesellschaft zerstört hat: vor der US-Aggression lebten ca. 80% der Bevölkerung von der Land- und Forstwirtschaft, sowie der Fischerei. Von den etwa 20 Millionen Menschen Südvietnams wurden durch den Krieg etwa 6 Millionen zu Flüchtlingen, die aus den zu „Free Kill Zonen" erklärten Gebieten vor den Terror-Überfällen der US-Armee und der Saigoner Söldner flüchteten. Sie hausten rings

len der US-Armee und der Saigoner Söldner flüchteten. Sie hausten rings

um die großen Städte in elendigen Slums – ihre Rückgliederung in die alten Heimatgebiete ist eines der ersten dringenden Probleme, vor denen das vietnamesische Volk steht, um überhaupt erst die Grundlage für einen systematischen Wiederaufbau zu schaffen.

In einer breit angelegten Kampag-

In einer breit angelegten Kampagne haben bisher allein aus Ho-Tschi-Minh-Stadt 125.000 Menschen in der nördlich gelegenen Provinz Binh Phuoc eine neue Heimat gefunden! „Die revolutionären Behörden stellen ihnen Land, Saatgut, landwirtschaftliche Geräte und Nahrungsmittel für den Aufbau ihrer neuen Existenz zur Verfügung." („Neues Deutschland", 19./20.7.75).

In einer anderen Provinz, in Long Khanh, wurden 8.000 Hektar vom alten Regime geraubten Bodens an rund 5.000 Familien übergeben! („ND", 23.6.75).

Der landwirtschaftliche Wiederaufbau wird trotz aller begrüßenswerten, revolutionären Initiativen, die das Volk mit großem Elan ergreift, noch etliche Jahre in Anspruch nehmen. Südvietnam, die traditionelle Reiskammer des Landes, ist zur Zeit von Importen abhängig, die einstmals sehr ertragreichen Kautschuk- und Kokusnußplantagen haben stark unter dem imperialistischen Krieg gelitten, insgesamt sind 18.000 Quadratkilometer Wald mit teilweise wertvollen tropischen Hölzern entlaubt, bzw. im chemischen Bombenkrieg gänzlich vernichtet worden. Hinzu kommt, daß die imperialistischen Konzerne einen starken Raubbau an den Holzreserven betrieben haben, ohne wieder aufzuforsten.

Die Einsatzbereitschaft des Volkes zur sofortigen Beseitigung der ärgsten Mängel ist indessen groß: Einwohner der Küstenprovinz Phu Yen z.B. leisteten im Mai 50.000 freiwillige Arbeitsstunden zur Wiederherstellung und Erweiterung des Bewässerungssystems für den Reisanbau! („ND", 23.6.75).

Auch die Solidarität des Volkes der DRV, insbesondere der Arbeiter, ist groß: „Der Sieg im Süden wirkt wie ein Fanal... Da verpflichteten sich die Beschäftigten der „Bac Hdac" Schiffswert einen gerade auf den Namen „Da Nang" getauften Frachter für Lebensmitteltransporte vorfristig fertigzustellen. Da stellte ein Maschinenbaubetrieb zusätzlich zum Plan 2 Ponton-Brücken her, die dringend im Süden gebraucht wurden. Da nahmen Handwerksbetriebe die außerplanmäßige Produktion von Hacken auf, damit die jetzt aus den KZ-Dörfern zurückkehrenden Bauern in Südvietnam mit Arbeitsgeräten ausgerüstet werden können, um ihre Felder zu bestellen." („ND", 20.6.75).

Große Schwierigkeiten beim Übergang zum planmäßigen Wiederaufbau bereiten insbesondere noch tausende, über das ganze Land verstreute Blindgänger und Minen, von denen teilweise die Pläne „verschwunden" sind, d.h. von den Imperialisten vor ihrem Abzug vernichtet wurden. „Zahlreiche Bauern, die jetzt ihre Felder wieder bestellen wollten, wurden von explodierenden Sprengkörpern getötet oder verletzt" („SZ" 15.7.75) – so fordert die imperialistische Aggression noch im Nachhinein ihre Mord-Opfer!

7,4 Millionen Tonnen Bomben hat die amerikanische Luftwaffe während des Krieges über Indochina, vor allem über Südvietnam abgeworfen! Allein in der Provinz Quang Tri haben Entschärfungstrupps von Soldaten der Befreiungsarmee und Bauern seit der Einstellung der Kampfhandlungen 12.700 Blindgänger und Minen unschädlich gemacht!! (ebenda)

Insgesamt gesehen ist jedoch der nationale Wiederaufbau in der kurzen Zeit seit dem Sieg über die Imperialisten so weit vorangeschritten, daß sich jetzt die Übergabe der Macht an

sten so weit vorangeschritten, daß
sich jetzt die Übergabe der Macht an

herausgebildete zivile Organe vollzieht, und die zunächst provisorisch gebildeten militärischen Verwaltungskomitees „nach Erfüllung ihrer Aufgaben" ihre Tätigkeit einstellen. Nach einer Meldung der Hanoier Zeitung „Nhan Dan" ist die Macht bereits in sechs Südvietnamesischen Provinzen an die auf Volskversammlungen gebildeten „revolutionären Volkskomitees" übergeben worden, in weiteren Orten vollzieht sich gegenwärtig dieser Prozeß. Auf lokaler Ebene finden Wahlen zu den Volkskomitees der Gemeinden und Kreise statt. ●

Indochina-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Flüchtlingselend

Von welcher Art ein Großteil der Flüchtlinge ist, die sich mit der Niederlage des US-Imperialismus aus Vietnam abgesetzt haben, wurde im AK 61 schon dargestellt: die feinen und nicht ganz so feinen Damen und Herren aus High Society und Unterwelt des Saigoner Marionettenregimes, das ganze Lumpenpack, das sich am Blut des vietnamesischen Volkes vollgesogen hat.

Unterstrichen wurde das jetzt noch einmal durch Meldungen zweier US-Goldfirmen, der „US Silver Corporation" und der „Deak-Perera International Inc.". In den vier Lagern, in denen die meisten dieser „Flüchtlinge" in den USA untergekommen sind, werden z.Zt. täglich für 40.000 Dollar Gold verschoben (bislang für über drei Mio.). Allein die „US Silver" rechnet damit, für insgesamt rund 10 Millionen Dollar Gold von den „Flüchtlingen" einzuhandeln!

Das sind zig-Millionen, die dem vietnamesischen Volk gestohlen wurden und gewiß nur ein Bruchteil dessen, was dieses Schmarotzergesindel schon vor der Evakuierung durch ihren Schutzpatron, den US-Imperialismus außer Landes gebracht hat! ●

Auffangzelle
KB/Gruppe Bremerhaven

Erneute Kriegshetze gegen das demokratische Korea

Vor 25 Jahren, am 25. Juni 1950, brach in Korea der *„Vaterländische Befreiungskrieg"* aus. Das Volk Südkoreas mit Unterstützung der Koreanischen Demokratischen Volksrepublik (KVDR) im Norden kämpfte gegen den Imperialismus und seine südkoreanischen Vasallen für die Befreiung vom Imperialismus und für die Wiedervereinigung des geteilten Korea. Noch heute ist im Norden dieser Tag *„Der Kampftag gegen den US-Imperialismus"*, an dem in diesem Jahr in Pjöngjang, der Hauptstadt der KVDR, 200.000 Menschen teilnahmen. (nach „Peking Rundschau", Nr. 27 vom 8.7.75)

Den 25. Jahrestag des Korea-Krieges benutzte das faschistische Pak Jung Hi-Regime im Süden Koreas, um seine Kriegsdrohungen gegen den Norden zu verstärken. Nach den Gerüchten und wilden Ausfällen der letzten Zeit gegen die KVDR über einen *„bevorstehenden Angriff der Kommunisten"*, nach den Drohungen des US-Imperialismus, Atomwaffen gegen den Norden einzusetzen und der Androhung Pak Jung His, eigene Atomwaffen herzustellen (vgl. dazu AK 63), wurde kurz vor dem 25. Jahrestag des *„Vaterländischen Befreiungskrieges"* am 22. Juni die Alarmstufe drei in Südkorea verhängt.



Demonstration am „Kampftag gegen den US-Imperialismus" 1975 in Pjöngjang

Angeblich sollten sich nordkoreanische Truppen am 38. Breitengrad, der Demarkationslinie zwischen Nord- und Südkorea, konzentrieren und eine *„Lieferung von schweren Waffen und Rüstungsanlagen aus China an Nordkorea"* bevorstehen, all das sind allerdings *„unbestätigte Meldungen"*, wie selbst die „Frankfurter Allgemeine" (25.6.) zugab. Bis zum 12. Juli wurde dann die Alarmstufe 1 verhängt, womit praktisch in Südkorea der Kriegszustand verhängt war.

In Südkorea setzte eine neue Aufrüstungs- und Unterdrückungswelle ein:

- **Die Streitkräfte wurden in die höchste Verteidigungsbereitschaft versetzt;**
- **der Bevölkerung wurden Luftschutzübungen wie in Kriegszeiten aufgezwungen, deren Zeitpunkt vorher nicht bekannt war;**
- **für sämtliche Behörden des Landes wurde eine Urlaubssperre verhängt, in allen Büros des Landes wurden Bereitschaftsdienste eingesetzt, die 24 Stunden rund um die Uhr im Einsatz waren (auch an den Wochenenden), („Bild am Sonntag", 13.7.);**
- **im ganzen Land werden antikommunistische „Sicherheitsbelehrungen" abgehalten.**

Die militärische Aufrüstung ist auf dem Rücken der südkoreanischen Arbeiter und Bauern ausgebaut worden. Durch Steuererhöhungen sollen zusätzlich rund 1 Milliarde DM für Kriegsrüstung herausgepreßt werden („Süddeutsche Zeitung", 30.6.). Mittlerweile stehen außer 600.000 Mann regulärer Truppen noch 3,5 Millionen Mitglieder eines sogenannten „Zivilschutzkorps" und eine zwei Millionen starke „Heimwehr" in Alarmbereitschaft, beziehungsweise werden ausgebaut.

Alle Studenten und Schüler werden paramilitärisch organisiert und erhalten wöchentlich 4 Stunden militärische Ausbildung.

In diesem Klima geschürter Kriegshysterie versucht das Pak-Regime seine Herrschaft einerseits mit der Staatsideologie Antikommunismus aufrecht zu erhalten, ist aber andererseits gezwungen, immer wieder zu offener Repression gegen den starken demokratischen Widerstand im Lande zu greifen (vgl. dazu auch AK 63). So verabschiedete das Parlament in Seoul im Juli im Schutze des Kriegszustands neue verschärfte „Sicherheitsgesetze":

- alle Männer im Alter von 17 bis 50 Jahren müssen an 10 Tagen im Jahr eine militärische Ausbildung absolvieren und sich dem „Zivilverteidigungskorps" anschließen;
- alle wegen „politischer Delikte" schon einmal verurteilten Personen dürfen überwacht werden und können jederzeit ohne besonderen Grund verhaftet werden. („Neue Zürcher Zeitung", 10.7.)

Wie alle faschistischen Regimes versucht das südkoreanische mit dem ständigen Einhämmern eines drohenden Krieges aus dem Norden und dem Antikommunismus sowie mit faschistischer Unterdrückung im Inneren seine Existenz zu erhalten. Es kann sich dabei auf die Unterstützung der Imperialisten verlassen.

Widerliche Hetzkampagne der BRD-Propaganda-Presse

Die Presse in der BRD hat nach der Niederlage des US-Imperialismus in Indochina begierig die Meldungen von einem angebliche drohenden Angriffskrieg Nordkoreas aufgenommen. Mit bloßen Behauptungen und wilden Gerüchten wurden diese Greuelmeldungen verbreitet, ohne daß auch nur der Versuch einer konkreten Beweisführung gemacht wurde. Führend war hierbei wieder einmal Springers Hetzpresse. Am 27. Juni brachte die „Bild"-Zeitung einen Artikel unter der Überschrift:*„Kim Il Sung, der dicke Mörder, der geliebt werden will"*. In diesem Artikel aus dem journalistischen Schweinestall wurde praktisch nichts an Verleumdung, Tiefschlägen und übelster Hetze ausgelassen.

So heißt es beispielsweise in einer Bildunterschrift:*„Mit der bei Genossen üblichen Schirmmütze auf dem kahlen Schädel . . ."*, den der Präsident der KVDR nebenbei bemerkt gar nicht hat. Die Absicht ist eindeutig: nur hetzen und verächtlich machen. In dem Artikel wußten „Bild"-Journalisten dann von einem geplanten Krieg Nordkoreas zu berichten.

14 Tage später berichtete die „Bild am Sonntag" vom 13. Juli mit einer Riesenschlagzeile auf der ersten Seite:*„Kriegsgefahr! Alarmstufe 1 in Südkorea! Seoul: Rote Invasion steht bevor."* Auf drei Seiten berichteten dann südkoreanische Geheimdienstleute und kriegslüsterne „Bild"-Journalisten von der drohenden Invasion aus dem Norden.

Die Tatsache, daß BRD-Journalisten ungestraft solche Horror- und Lügenmeldungen verbreiten können, daß dann kurze Zeit später Kriegsminister Leber ohne sonderlichen Protest, aber mit begeisterter Zustimmung der bürgerlichen Hetzschreiber seine Drohungen mit dem Atom-Krieg gegen Länder wie beispielsweise das sozialistische Korea aussprechen kann, zeigt einmal mehr, wie weit auf diesem Gebiet die Gleichschaltung der Presse zurUnterstützung der aggressiven Politik der Imperialisten bereits gediehen ist.

Fortsetzung Seite 22

Südkorea: Faschistische Diktatur verstärkt von Imperialisten gestützt

Seit sich die Niederlage des Imperialismus in Indochina deutlicher abzeichnete, erfreute sich die herrschende Ausbeuterklasse in Südkorea noch zunehmender Unterstützung durch die Imperialisten. Neben den massiven militärischen Anstrengungen der faschistischen Pak Jung Hi-Clique, die hauptsächlich vom amerikanischen und japanischen Imperialismus gefördert werden, soll dieses Regime in Südkorea durch größere Wirtschaftskraft abgesichert werden.

Die Wirtschaft des südkoreanischen Marionettenstaates steckt in ernsten Schwierigkeiten: die Importe übersteigen die Exporte (4,5 Mrd. US-Dollar) um zwei Mrd. US-Dollar (laut „Handelsblatt" v. 30.6.75), wodurch sich das Land zunehmend verschuldet und noch weitgehender in Abhängigkeit vom Imperialismus gerät.

In der Landwirtschaft wirkt sich, wie in den meisten kapitalistischen Ländern, die Krisenhaftigkeit besonders stark aus. In der Provinz Süd-Cholla verloren von 1968 bis 1973 1.360.000 Bauern ihre Existenz (laut „Korea Today", 5/75); die Getreideproduktion sank von 1970 - 73 in Südkorea um 418.000 Tonnen. Damit die miserable Versorgungslage für die südkoreanische Bevölkerung sich nicht noch weiter verschlechtert, mußten 1970 2,1 Mio Tonnen Getreide eingeführt werden, 1972 schon 3,1 Mio Tonnen und 3,6 Mio Tonnen 1973 (alle Zahlen „Korea Today", 5/75).

Eine Stabilisierung der südkoreanischen Wirtschaft sollen Investitionen aus den imperialistischen Ländern bringen. Mit diesem Kapital werden vor allem Industrien angesiedelt, die Güter für den Export in die imperialistischen Länder produzieren. Wegen der Hungerlöhne in Südkorea (s.auch AK 63) ermöglichen diese Produkte den Kapitalisten einen hohen Extraprofit.

Um auch westeuropäische Kapitalisten in stärkerem Maße als bisher an der Ausbeutung der südkoreanischen Arbeiter zu beteiligen, besuchte der südkoreanische Minister für Wirtschaftsplanung Ende Juni 1975 u.a. die BRD und warb für die antikommunistische „Bastion Südkorea", die ihre Verteidigungsfähigkeit bereits erwiesen habe („FAZ", 27.6.75). Anscheinend ist es ihm gelungen, dem profitgierigen BRD-Kapital Südkorea als Ausbeutungsobjekt schmackhaft zu machen: *„Als Investitionsmotive nennen deutsche Unternehmen die niedrigen Lohnkosten in Korea und die Sicherung des Gewinntransfers durch die Regierung"* („FAZ", 27.6.).

Das BRD-Kapital war an den Direktinvestitionen des Auslands in Südkorea bis Ende '74 nur mit 1,3 % beteiligt („HB", 30.6.75).

Auch der japanische Imperialismus will noch mehr aus diesem Land herausholen und das Terrorregime des Pak Jung Hi stützen. Das japanische Kapital beteiligt sich an den für 1975 vorgesehenen Auslandsinvestitionen allein mit einem Anteil von 47,2 % ! (BfA/NfA, v. 10.7.75) – Streitigkeiten zwischen der japanischen und der südkoreanischen Regierung, die wegen der gewaltsamen Verschleppung oppositioneller Südkoreaner aus Japan durch den südkoreanischen Geheimdienst KCIA entstanden waren, wurden nach der Befreiung Südvietnams beiseite geschoben und die japanische Wirtschafts,hilfe' für Südkorea wieder aufgenommen. Damit kommen die japanischen Imperialisten auch einer Forderung der USA nach:

„Die Wiederaufnahme der Wirtschaftshilfe an Südkorea entlastet außerdem Amerika, das von Japan einen größeren Beitrag zur Stabilität in Asien fordert" („FAZ", 26.7.75).

Nordkorea gegenüber erschwert die japanische Regierung dagegen den Handel, indem sie die vorher übernommene Exportversicherung suspendiert hat, wie übrigens auch die BRD („FAZ", 19.7.75).

Die USA erhöhen ebenfalls die Kapitalhilfe für Südkorea im Rahmen des „Security Assistance Program" (Sicherheits-Hilfsprogramm) auf 196,3 Mio US-Dollar 1975 gegenüber 46,9 Mio US-Dollar 1974 und 142 Mio US-Dollar 1973.

Hinzu kommen Entwicklungskredite von 25 Mio US-Dollar und Zahlungen für gestiegene Kosten und Transport von 19,5 Mio US-Dollar (BfA/NfA, 19.6.75.).

Die umfangreichen wirtschaftlichen Maßnahmen der Imperialisten in Südkorea zeigen einerseits, welches Interesse sie an „stabilen Verhältnissen" in Südkorea als Brückenkopf des Imperialismus auf dem asiatischen Festland haben; andererseits machen sie erneut deutlich, daß die Imperialisten für ihre Profitgier Völker in Unterdrückung und Elend halten bzw. dieses Geschäft von ergebenen Sachwaltern erledigen lassen, während sie gleichzeitig in demagogischer Weise ihr großes Geschrei über die angebliche Gefahr für die „Demokratie" erheben, wenn Völker (wie das portugiesische) gegen die Ursache von Unterdrückung und Faschismus kämpfen, nämlich gegen den Kapitalismus.

KB/Gruppe Bremen

Ein weiterer Beleg für die Unterstützung des faschistischen Südkorea durch die BRD:

Neuer Militärattaché

In Bonn fuhlt sich nun schon der neue Militarattaché bei der Botschaft der Republik Korea recht wohl. Es ist Oberst Song Sung Han. Der Oberst ist ein Freund Deutschlands. Er besuchte 1967 die Fuhrungsakademie in Hamburg und beherrscht fließend die deutsche Sprache.

Oberst Song Sung Han gehorte in Vietnam der beruhmten „Weißpferd-Division" als Chef des Stabes an und gilt in Korea als Experte fur Militarstrategie und Taktik.

Die Mitglieder der Deutsch-Koreanischen Gesellschaft wunschen dem neuen Militarattaché viele gute Freundschaften hierzulande und Erfolge in seiner Position bei der Botschaft in Bonn. Ihm zur Seite steht Major Shin, seit langem ein recht aktiver Mann, wenn es darum geht, Kontakte zu deutschen Freunden zu schmieden.

Oberst Hong, scheidender Militarattaché, erhielt zum Abschied von Deutschland fur seinen Einsatz das Große Bundesverdienstkreuz. Staatssekretär Fingerhut vom Bundesverteidigungsministerium überreichte ihm die hohe Auszeichnung.

Dieser Artikel erschien in „Koreana", dem Organ der „Deutsch-Koreanischen Freundschaftsgesellschaft", die sich die Unterstützung der faschistischen Pak-Clique zum Ziel setzt. Ihr Präsident ist der ehemalige CSU-Geschäftsführer und Bundestagsabgeordnete Leo Wagner (Nach „Freundschaft mit Korea" 6/75, Hervorhebungen von uns, die Red.)



Journalistischer Schweinestall



Kim Il Sung der dicke Mörder, der geliebt werden will

Der kommunistische Diktator von Nordkorea plant einen neuen Krieg. Das Beispiel Vietnam hat ihn mutig gemacht

Thema des Tages

Verleumdungen, Tiefschläge und Hetze aus Springer's journalistischem Schweinestall

Fortsetzung von Seite 21

Kim Ir Sen: friedliche Wiedervereinigung

Die Imperialisten versuchen ihre „Beweise" für eine bevorstehende „Invasion" der KVDR in Südkorea vor allem aus einer Rede abzuleiten, die Kim Ir Sen (auch Kim Il Sung) – Präsident der KVDR und Vorsitzender der Partei der Arbeit Koreas – im April auf einem Bankett in Peking hielt. In dieser Rede sagte der Genosse Kim Ir Sen:

„ . . . *die US-Imperialisten und die herrschende Clique Südkoreas* (intensivieren) *ihre faschistische Unterdrückung der südkoreanischen Bevölkerung und verstärken ihre Vorbereitungen eines Krieges gegen die nördliche Hälfte der Republik. Die Geschichte verläuft aber nicht nach dem Willen der US-Imperialisten und ihrer Lakaien, sondern sie schreitet unaufhörlich nach dem Willen und Handeln der Völker, die die Geschichte machen, vorwärts.*

Wenn die südkoreanischen Herrscher weiterhin mit Bajonetten die in der südkoreanischen Gesellschaft gärende Unzufriedenheit und Empörung der Bevölkerung unterdrücken, so führt das unausbleiblich zum Ausbruch einer umso machtvolleren Revolution.

Wenn der Feind rücksichtslos einen Krieg entfesselt, werden wir entschieden mit Krieg antworten und die Aggresssoren restlos vernichten.

In diesem Krieg werden wir lediglich die militärische Demarkationslinie verlieren, aber die Wiedervereinigung des Vaterlandes erringen. Frieden oder Krieg im heutigen Korea hängen letzten Endes von der Haltung der Vereinigten Staaten ab, denn sie sind es, die die Macht in Südkorea in der Hand haben und sich für die Herren des Landes halten" („Peking Rundschau" Nr. 17, 29.4.75)

Eindeutig wird hier die Kriegs- und Aggressionspolitik der US-Imperialisten angeprangert und nicht eine „Invasion" oder ähnliches angedroht. Im gemeinsamen Abschlußkommuniqué nach Kim Ir Sens China-Reise heißt es dann auch:

- **selbständige und friedliche Wiedervereinigung Koreas;**
- **Lösung der Korea-Frage durch das koreanische Volk ohne jede fremde Einmischung;**
- **Auflösung der „UNO-Kommandos";**
- **Abzug aller US-Truppen aus Südkorea** (nach „Peking Rundschau" Nr. 18 vom 6.5.75).

Die Zeitung der KVDR „Rodong Simun" veröffentlichte einen Artikel, in dem die „kriegslüsternen" Truppen Nordkoreas geschildert wurden: *„Zu einer Zeit, da der US-Imperialismus und seine Lakaien ein lauteres Geheul denn je über eine ‚drohende Invasion in den Süden' anstimmen und so tun, als würde bald ein Krieg ausbrechen, jäten unsere Kämpfer gemeinsam mit den Bauern die Felder der Kollektivwirtschaften, wo die Reissprößlinge gut wachsen; und überall in der nördlichen Hälfte der Republik ist das Dröhnen der Hämmer für den sozialistischen Aufbau zu hören."* („Peking Rundschau" Nr. 25, vom 29.6.75)

USA-Truppen raus aus Südkorea!

Neben der militärischen Aufrüstung und der weiteren faschistischen Unterdrückung im Inneren verfolgen die Pak Jung Hi-Clique und die US-Imperialisten noch ein weiteres Ziel: am 16. September beginnt die Sitzungsperiode der UNO-Vollversammlung, auf der auch wieder die „Korea-Frage" zur Debatte steht. Die US-Imperialisten und ihre Marionetten müssen nun befürchten, daß die Vollversammlung die Auflösung des seit 1950 in Südkorea stationierten „UNO-Kommandos" beschließt, hinter dem sich nichts weiter als 42.000 US-Soldaten verbergen.

Darüberhinaus besteht für die USA die Gefahr, daß zusätzlich noch der Abzug aller US-Truppen aus Korea beschlossen und damit die Möglichkeit der friedlichen Wiedervereinigung eröffnet wird. Bereits vor einem Jahr hat ein solcher Antrag in der UNO nur knapp die Mehrheit verfehlt.

Der Präsident der KVDR, Kim Ir Sen, hat im Juni auf einer Rundreise (nach seinem Besuch in der VR China) durch Jugoslawien, Rumänien, Algerien und Mauretanien vor allem die „blockfreien"Staaten in der UNO zur Unterstützung der Forderung der KVDR aufgefordert und ihm ist Unterstützung zugesagt worden.

An der Demarkationslinie zwischen Nord- und Südkorea stehen sich Soldaten der KVDR und des US- Imperialismus gegenüber.

Der US-Imperialismus versucht nun neben der Kriegshetze ein zusätzliches Manöver: zusammen mit Südkorea schlug er vor, das UNO-Kommando aufzulösen und es durch amerikanische und südkoreanische Offiziere als zusätzlichen Bestandteil des Waffenstillstandsabkommens von 1953 absegnen zu lassen („Süddeutsche Zeitung", 30.6.). Daß dies nichts an der Gefahr des Eingreifens des US-Imperialismus, der mit Südkorea auch noch einen bilateralen „Beistandsvertrag" unterhält, in Korea ändert, zeigen die Erfahrungen in Indochina, wo angeblich auch nur noch „Militärberater" im Lande waren.

Mit den Drohungen des Einsatzes von Atomwaffen durch US-Präsident Ford und Verteidigungsminister Schlesinger, mit dem Ausbau der in Südkorea stationierten US-Truppen um 4.000 Mann auf 42.000 seit der Niederlage in Indochina haben die US-Imperialisten vor aller Welt deutlich gemacht, daß es ihnen nicht um Frieden, sondern um Unterdrückung der Völker geht.

Genosse Kim Ir Sen sagt dazu: *„Wenn die Vereinigten Staaten aufrichtig den Frieden in Korea wünschen und nicht die friedliche Wiedervereinigung Koreas verhindern wollen, müssen sie mit der Unterstützung jener verräterischen Kräfte aufhören, die die Bevölkerung Südkoreas verworfen hat, und dürfen sich nicht in die Angelegenheiten der südkoreanischen Bevölkerung einmischen, damit diese nach ihrem Willen die Gesellschaft demokratisieren und eine demokratische politische Macht errichten kann.*

Die US-Imperialisten müssen ihre aggressiven Ambitionen, ‚zwei Korea' zu schaffen und aus Südkorea auf ewig ihre Kolonie und Militärbasis zu machen, aufgeben und aus Südkorea abziehen.

Wenn die US-Truppen aus Südkorea abziehen und eine demokratische Person mit nationalem Bewußtsein dort die Macht ausübt, so wie es die südkoreanische Bevölkerung wünscht, werden wir einen dauerhaften Frieden in Korea fest garantieren und die Frage der Wiedervereinigung Koreas auf friedlichem Weg und unter uns Koreanern erfolgreich regeln."

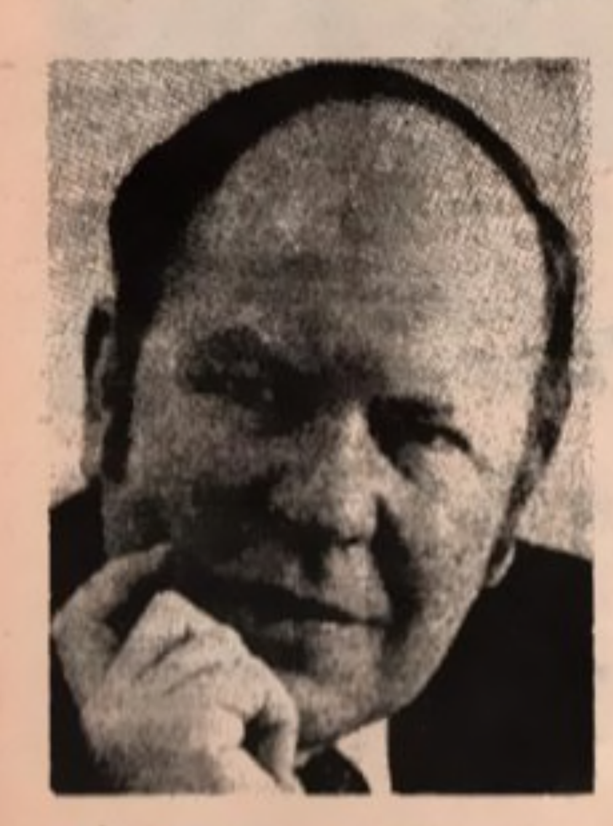
(Rede auf einem Bankett in Peking, „Peking Rundschau" Nr. 17, vom 29.4.75) ●

KB/Gruppe Bremen

1 : 0 für Labour-Linke – Rechter Labour-Minister wird in seinem Wahlkreis abgewählt

Im Londoner Wahlkreis Newham North-East wählte am 24.7.75 eine linke Mehrheit bei der Neuwahl des Parlamentskandidaten den bisherigen Rechtsaußen Reginald Prentice ab. Prentice ist gegenwärtig „Minister für Entwicklung der Überseegebiete" im Kabinett Wilson. Der Gegenkandidat, der Linkssozialist Tony Kelly, wurde mit 29 zu 19 Stimmen zum neuen Parlamentskandidaten gewählt.
Peinlich für Prentice. Das erste Mal in der Labour-Geschichte war es einem Minister passiert, von seinem eigenen Wahlkreis abgewählt zu werden!

Als diese Entwicklung in Newham abzusehen war, setzten die rechten Parteiführer alles in Bewegung, um das zu verhindern:



Reginald Prentice

- 14 Kabinettsmitglieder, darunter auch Wilson, setzten zusammen mit 160 Abgeordneten einen „öffentlichen Brief" auf, in dem sie sich mit Prentice solidarisch erklärten.
- Öffentlich warnte Wilson vor der „Infiltration" der Labour-Party durch „nichtrepräsentative Gruppen" und kündigte an, daß man dem nicht untätig zusehen werde.

Erstaunlich ist diese kämpferische Solidarität seitens Wilsons mit Prentice, wenn man bedenkt, daß gerade zwischen den beiden häufig lautstarke „Flügelkämpfe" aufgeführt worden sind, bei denen Prentice den rechten, Wilson den „linken" Part übernommen hatte!

Die Linken in Newham ließen sich indessen nicht einschüchtern und stimmten Prentice nieder. Konkrete Auseinandersetzungen hatte es zwischen den Rechten und den Linken in der Vergangenheit reichlich gegeben:

- **Die „Bentonville Five"**: Dabei handelt es sich um die fünf Dokker, die im Rahmen der Massenkämpfe 1972 gegen das Antistreikgesetz für einige Tage ins Gefängnis gesteckt wurden, was dem Kampf der Arbeiter das Genick brechen sollte. Das Gegenteil war der Fall. Die Empörung unter den englischen Arbeitern darüber war so groß, daß die „Fünf von Pentonville" wieder freigelassen werden mußten. Die Labour-Party, damals in Opposition, unterstützte – mit Ausnahme einiger rechter Führer – zumindest in Worten die Kämpfe der Arbeiter. Prentice – stramm rechts – sprach sich in Newham gegen die Solidarisierung mit den „Fünf von Pentonville" aus.

- **Die „Shrewsbury Two"**: Die „Zwei von Shrewsbury" sind zwei von drei Bauarbeitern, die Ende '73 nach einem „wilden" Bauarbeiterstreik vor Gericht standen und in einem einmaligen Schauprozeß zu Gefängnisstrafen bis zu zwei Jahren verurteilt wurden (wir berichteten damals im AK darüber). Der zweite Arbeiter, der 35-jährige Eric Tomlinson, wurde gerade jetzt, Ende Juli, aus der Haft entlassen; der letzte, Des Warren, hat noch fünf Monate abzusetzen. Die Solidaritätskampagne mit den „Shrewsbury-Arbeitern" war längst nicht mehr so breit wie zu den „Pentonville-Dokkern". Auch die Gewerkschaftsführung sah sich nicht mehr gezwungen, zum Protest breit zu mobilisieren, geschweige denn – wie anläßlich der Inhaftierung der Docker – zum Streik aufzurufen. Innerhalb der Labour-Party waren es nur noch die, die sich als „Sozialisten" verstehen, die sich für eine Solidarität mit den Bauarbeitern aussprachen und ihre Freilassung forderten. Prentice gehörte verständlicherweise nicht dazu.

- **EG-Mitgliedschaft**: Prentice ist einer der vehementesten Vertreter der Mitgliedschaft Englands in der EG, während ja die linke Minderheit in der Labour-Party diese bis zum Schluß bekämpft hat.

- Anläßlich von Streiks hat sich Prentice immer durch arbeiterfeindliche Reden hervorgetan, in denen er die Arbeiter als „egoistisch" bekämpfte, sie könnten „nie genug bekommen". So hetzte er z.B. beim Bergarbeiterstreik Anfang '74 in antikommunistischer Manier gegen die „rote Unterwanderung" der Bergarbeitergewerkschaft (Vorsitzender der schottischen Abteilung ist Mc-Gahey, Mitglied der revisionistischen Communist Party).

Anläßlich einer aktuellen Diskussion in Newham über die Forderung an die Labour-Regierung, endlich den letzten inhaftierten Bauarbeiter freizulassen, platzte den Linken dann der Kragen und sie kündigten an, Prentice abzuwählen. Als Prentice am Wahlabend vor dem Parteibüro ankam, wartete eine aufgebrachte Mitgliedermenge davor. Er mußte unter dem Schutz von Polizeiketten zum Eingang geführt werden. Nach seiner Abwahl warteten bereits 400 Menschen vor dem Büro, die ihn mit den Rufen *„Prentice jetzt raus, Wilson als nächster raus!"* empfingen. („Guardian", 24. 7.75.).



Prentice (links) muß durch eine Polizeikette vor aufgebrachten Labour-Mitgliedern auf dem Weg in sein Parteibüro geschützt werden.

Diese Perspektive ist natürlich genauso illusionär, wie sie erfreulich ist. Die Rechten haben in der Labour-Party trotz starker linker Opposition immer das Heft in der Hand gehabt. Und sie sind auch jetzt natürlich nicht ernsthaft in ihrer Machtposition gefährdet. Sie nehmen die Newham-Auseinandersetzung aktuell zum Anlaß, eine verstärkte Kampagne gegen die „Unterwanderung der Partei durch kommunistische Kräfte" zu führen und dabei die Rechte stärker zu formieren:

So hat sich im Zuge der Auseinandersetzung zwischen Rechten und Linken zur Europa-Frage die SDA (Sozialdemokratische Allianz) gegründet, die den unverhältnismäßig („nichtrepräsentativ") großen *„Einfluß des linken Flügels zurückdrängen will"* („FAZ", 18.6.75). Der offene Antikommunismus gehört zum Kern der Programmatik dieses Vereins. Nach Prentices Abgang sagte die SDA ihm sofort ihre volle Unterstützung zu.

Prentice selbst hat angekündigt, daß er sich das Votum seines Wahlkreises auf keinen Fall gefallen lassen würde, schließlich sei er ja „von den Leuten von Newham gewählt" und kein „Delegierter seines Parteibezirks". Er werde mit allen Mitteln gegen den Beschluß vorgehen und hat schon beim NEC (National Executive Comitee) der Partei die Revision beantragt.

Die Unterstützung für Prentice „kannte keine Parteien mehr". Im liberalen „Guardian" wurde er genauso in Schutz genommen vor den bösen Radikalen, wie von den Tories: Machte doch das Newhamer Parteibüro der Tories Prentice das Versprechen, keinen Kandidaten gegen ihn aufzustellen, falls er bei der nächsten Wahl als unabhängiger Kandidat kandidieren müßte! Die Newhamer Tories wurden allerdings von oberster Tory-Spitze inzwischen zurückgepfiffen. Diese Solidarität zwischen rechts und rechts ging wohl doch ein bißchen zu weit. Das Angebot dürfte der Labour-Führung wohl auch ziemlich peinlich gewesen sein ... ●

Chemie-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Spanische Revolutionäre für engere Zusammenarbeit

Die beiden spanischen revolutionären Organisationen O.R.T. (Organizacion Revolucionaria de Trabajadores) und die baskische ETA (V) (1, siehe Anmerkung) haben offenbar eine engere Zusammenarbeit beschlossen. Beide Organisationen haben sich angesichts der Verschärfung der Krise des spanischen Faschismus schon vor Monaten und unabhängig voneinander für ein enges Bündnis aller spanischen Revolutionäre ausgesprochen.

ETA (V.) hatte nach Abschluß des 2. Teils ihrer 6. Versammlung im Februar d.J. ein Dokument mit programmatischem Charakter herausgegeben, in dem die politische Linie einer revolutionär-demokratischen Alternative zum Faschismus entwickelt wurde. Die von der spanischen revisionistischen KP geführte „Demokratische Junta" wurde darin als eine Schein-Alternative, die *„genau den Notwendigkeiten des Großkapitals entspricht"* abgelehnt.

ETA (V.) betonte: *„Nur wenn die konsequenteren, patriotischen und revolutionären Kräfte in dieser Alternative vorherrschend werden, können wir vorwärtskommen."* Und: *„Man muß schon jetzt die Alternative mit all denjenigen bilden, die bereit sind, nicht mit dem Großkapital zu paktieren, dieses zu schwächen und die für einen höheren Grad der Selbsverwaltung von Euskadi sind."* („Botschaft an das baskische Volk – abgedruck in DIE INTERNATIONALE Nr. 13).

Auch O.R.T. propagiert seit etwa einem Jahr die Bildung einer demokratischen Volksfront, d.h. den Zusammenschluß aller Kräfte, die ernsthaft gegen Faschismus, Oligarchie und Imperialismus kämpfen.

In der letzten Ausgabe des Zentralorgans von O.R.T., „En lucha", begrüßt die O.R.T.-Leitung die von ETA (V.) entwickelten Positionen die zuvor ausführlich zitiert werden:

„O.R.T. glaubt, daß wir im Baskenland (wo die „Demokratische Junta" keine Bedeutung erlangt hat) eine Situation erreicht haben, in der die Schaffung eines Organs der Volkseinheit notwendig wird." („En lucha", 25. Juni 75)

Somit scheint die schon seit langem bestehende freundschaftliche und solidarische Zusammenarbeit zwischen ETA (V.) und O.R.T., die in den vergangenen Massenkämpfen in Euskadi gefestigt wurde, eine neue Stufe erreicht zu haben und auf eine – auch organisatorische – Festigung hinauszulaufen. ●

Portugal-Spanien-Kommission, KB/Gruppe Hamburg

Anmerkung 1)

Im Baskenland operieren verschiedene Organisationen und Gruppierungen mit dem Namen ETA. Sie unterscheiden sich untereinander häufig durch den Zusatz einer römischen Ziffer, also etwa ETA IV, ETA V, ETA VI, usw.. Die römische Ziffer kennzeichnet eine bestimmte Vollversammlung der ETA, auf der sich die betreffende Gruppierung abspaltete. Insgesamt wird von etwa zwölf Gruppierungen gesprochen, die aber zumeist unbedeutend, z.B. wohl auch „untergegangen" sind. Sie sind zumeist nationalistischer oder auch trotzkistischer Couleur. Die bedeutendste Organisation ist die ETA V, eine revolutionäre Organisation, die u.a. für die Massenmobilisierung im sog. „Burgos-Prozeß" 1970/71 und für die Hinrichtung von Carrero Blanco verantwortlich ist. Wir selbst haben schon mehrfach wichtige Dokumente der ETA V abgedruckt, so z.B. in DIE INTERNATIONALE Nr. 4 die Erklärung der ETA „An die Arbeiterklasse und das übrige baskische Volk" (von August 1973) und in DIE INTERNATIONALE Nr. 13 ein weiteres Dokument der ETA, auf das die O.R.T. nunmehr eingegangen ist.

Leider haben wir uns in diesen Fällen selbst verwirren lassen und als Urheber der abgedruckten Texte einmal ETA IV angegeben, in ARBEITERKAMPF-Artikeln z.T. auch ETA VI. Die große Zahl der Abspaltungen innerhalb des baskischen Widerstands ist typisch für Bewegungen mit einer ehemals rein nationalistischen Vergangenheit, in der erst später der revolutionäre Marxismus zu wirken begann. Ähnliche Situationen finden sich z.B. auch im irischen oder palästinensischen Widerstand.

England:

Arbeiter gegen bürgerliche Pressefreiheit

Wie bereits in AK 64 berichtet, brüstete sich ein gewisser McWrither in einer großen Zeitungsanzeige am 19.6.75, daß seine Leute für die sich verschärfenden Klassenkämpfe gut gerüstet seien – u.a. durch eine eigene Druckerei, die bei einem Druckerstreik eine drei Mio.-Tageszeitung drucken könnte. Doch die Prahlerei fiel einige Nummern kleiner aus, als es McWrither geplant hatte. Denn die englische Bourgeoisie weiß genau, daß die Drucker (nicht nur in Portugal!) zu den kämpferischsten Teilen der Arbeiterklasse gehören:

Die oben erwähnte Anzeige sollte ursprünglich in allen großen Tageszeitungen erscheinen. Laut „News of the World" vom 22.6.75 lehnten jedoch die meisten Zeitungen die Veröffentlichung ab, da sie Kampfmaßnahmen der Drucker befürchteten. Nur ein südenglisches Regionalblatt und der liberale (!) „Guardian" druckten die Anzeige. Letzterer begründete das in einer Stellungnahme auf kritische Leserbriefe anderntags mit einem Hinweis auf die „Pressefreiheit"!

Am 22.6.75 veröffentlichte „News of the Week" auf der ersten Seite einen besonders scharfen Angriff auf die Arbeiter und ihre shop stewards – vorgebracht in einem Artikel von Lord George-Brown, ehemaliger Labour (!) Abgeordneter und Außenminister, heute Direktor amerikanischer Finanzgesellschaften in England. Er meinte u.a., daß das Heer der Arbeitslosen wohl noch nicht groß genug sei, denn *„es gibt noch viele Unterbeschäftigte und Unbeschäftigte (Nichtstuer), die weiterhin ihren Lohn bekommen."*

Die Drucker stoppten daraufhin die Maschinen für zwei Stunden und forderten, eine Antwort drucken zu dürfen, was die Direktion verweigerte. Immerhin wurden in dieser Nacht zwei Millionen Zeitungen weniger von ihnen gedruckt. („Workers Press" 23.6.75) ●

Chemie-Komitee KB/Gruppe Hamburg



Lord George-Brown in Ausübung der Pressefreiheit (Karikatur aus „Socialist Worker", 28.6.75)

Spanien:

Verhaftung von Offizieren wegen verbotener politischer Betätigung

Am 29. Juli wurden ein Major und fünf Hauptleute der spanischen Armee verhaftet. Innerhalb weniger Tage wurden mehr als zwanzig weitere Offiziere (vorwiegend aus Barcelona) festgesetzt. Sie sollen Verbindung zu oppositionellen politischen Gruppen und Parteien gehabt haben.

Den spanischen Soldaten ist per Gesetz jede politische Betätigung – die nicht im Sinne der Faschisten ist, versteht sich – verboten. Von den verhafteten Hauptleuten sollen neun sowie ein Major nun vor ein Militärgericht kommen. Gegen sie ist nach Art. 303 des Militärkodex Anklage wegen *„Verschwörung mit dem Ziel, das Delikt des Aufruhrs zu begehen"* erhoben worden.

Die Verhafteten gehören dem Heer und der Luftwaffe an. Unter ihnen befinden sich Dozenten der Heeresschule ebenso wie Angestellte des Heeresministeriums. Die großbürgerliche „Frankfurter Allgemeine Zeitung" schreibt: *„Die Offiziere, die zu den angesehensten spanischen Militärs gehören, hatten sich für eine Demokratisierung Spaniens eingesetzt und die Überalterung und angebliche Unfähigkeit eines Teils der spanischen Generalität kritisiert"* („FAZ", 9.8.75). (Die französische Tageszeitung „Le Monde" veröffentlichte die Namen von sieben Verhafteten, allerdings ohne weitere Angaben: Ein Major namens Luis Otero (43), die Offiziere: Restituo Valero (39), José Forte (41), Antonio García (34), José Rheinlein (30), Manuel Fernandez (36), Firmín Ibarra (38) – „Le Monde", 8.8.75)

Innerhalb der spanischen Armee gibt es eine „Demokratische Militärunion", der heute etwa 1.000 Offiziere angehören sollen. Diese Union besteht offenbar schon seit Jahren, wurde aber erst politisch bedeutend, seit sie nach dem Sturz des Caetano-Regimes in Portugal (April 74) recht großen Zulauf erhielt. Diese „Demokratische Militärunion" hat offensichtlich seit längerem politische Diskussionsgruppen und -seminare durchgeführt, die zunächst von den obersten Militärstellen geduldet wurden, die jedoch heute zerschlagen werden sollen, seit die fortschrittliche Rolle der portugiesischen Streitkräfte dort offensichtlich zu große Zustimmung findet und Kritik am spanischen Regime zu deutlich wurde.

Die Militärbehörden haben außer „zahlreichen Dokumenten" eine Liste mit den Namen von mehreren hundert Soldaten beschlagnahmt, deren politische Loyalität zum Franco-Regime wohl auch überprüft werden soll.

Diese Verhaftungsaktion ist die zweite größere (bekannt gewordene) oppositionelle Regung innerhalb der spanischen Streitkräfte seit dem Bürgerkrieg (1936 - 39). Die spanische Armee gehört als reine Bürgerkriegsarmee zu einer der reaktionärsten der Welt.

Ende Februar dieses Jahres erregte die Festnahme von zwei führenden Militärs in Barcelona schon einmal Aufsehen. Es handelte sich um den Major Julio Bosquets und den Hauptmann Julves. Anlaß zu der Verhaftung soll gewesen sein, daß Julves sich geweigert hatte, die Namen von Arbeitern der Untergrundbahn den Militärbehörden bekannt zu machen. Die Arbeiter hatten dagegen protestiert, daß das Militär die Metro übernehmen wollte, wenn die Arbeiter der Metro in den Streik treten würden. Der Major Busquets hatte den Hauptmann in seiner Haltung bestärkt und gegenüber den Angriffen seiner Vorgesetzten verteidigt. Beide erhielten 15 Tage Arrest. Zur Person Busquets: Er ist der „bekannteste Militärsoziologe Spaniens" („NZZ", 24.2.75). Sein Buch „Berufsoffizier im heutigen Spanien" gilt als Standardwerk. Busquets hat eine Professur an der Universität von Barcelona und ebenso wie Julves Politikwissenschaften studiert.

Wenige Tage nach der Verhaftung von Busquets und Julves erschien ein von 25 Offizieren unterzeichnetes Protestschreiben. Zu den Unterzeichnern gehörte auch ein Generalleutnant der Guardia Civil. Das Schreiben wurde an den Capitán General von Barcelona, Baños, und den Heeresminister geschickt und zirkulierte in zahlreichen Kasernen. In dieser Deklaration ging es im wesentlichen um drei Punkte: Franco soll die Macht in jüngere Hände geben; die Streitkräfte sollen nicht zu repressiven Maßnahmen gegen das Volk mißbraucht werden, Soldaten seien keine Polizisten; die strikte Trennung der zivilen und militärischen Gerichtsbarkeit wurde gefordert (nach „NZZ", 24.2.75). Außerdem betonten die Verfasser ihre patriotische Gesinnung und sprachen sich für die von Arias Navarro geförderten „politischen Assoziationen" aus (diese Assoziationen sind der einzig zugestandene legale Rahmen der politischen Gruppenbildung in Spanien, mit der Auflage, Politik nur innerhalb der Ideologie der faschistischen „Bewegung" zu machen).

Besonderer Gegenstand der Kritik soll die enge Zusammenarbeit der politischen Polizei mit dem militärischen Informationsdienst „Segunda Bis" (Abteilung Zwei Doppelt) sein. Was die Militärgerichtsbarkeit betrifft, so gab es schon während des Burgos-Prozesses (1970) Proteste innerhalb der Armee, die sich gegen einen „Prestigeverlust" durch das Zuschanzen unpopulärer polizeilicher Aufgaben richtete. Laut der spanischen faschistischen Justizordnung fallen alle Delikte des „Terrorismus", die sehr weit und immer ohne stichhaltige Beweise festgelegt werden, unter die Militärgerichtsbarkeit. Todesurteile werden daher in der Regel nur von Militärgerichten gefällt...

Mag im einzelnen die Kritik an den politischen Spitzeldiensten und anderen politischen Unterdrückungsaufgaben der Armee auch fortschrittlich sein (wie z.B. die Weigerung des Hauptmanns Molinas Anfang des Jahres, Namen von Streikführern an die politische Polizei weiterzugeben, was seine Strafversetzung ins nordafrikanische Ceuta zur Folge hatte), so geht es im Grunde bei dieser Kritik mehr um das „Ansehen" der spanischen Armee als um eine Ablehnung der brutalen Strafverfolgung der politischen Opposition. ●

Spanien/Portugal-Kommission KB/Gruppe Hamburg

England:

Nicht ganz reibungslos – Widerstand gegen 6 Pfund-Lohndiktat

Gegen das von der Wilson-Regierung verordnete Lohndiktat (keine Erhöhung darf über sechs Pfund pro Woche liegen, bei einer offiziellen Inflationsrate von 26%!), regt sich Widerstand in den Gewerkschaften und Betrieben. Trotz der Entscheidung der obersten TUC-Führung, das Lohndiktat zu unterstützen, haben sich einige Einzelgewerkschaften dagegen ausgesprochen

– So die **Amalgamated Union of Engineering Workers** (Metallarbeitergewerkschaft AEUW). Garvin Laird, einer der AEUW-Führer, sagte, trotz der Entscheidung des TUC könne man nicht davon sprechen, daß „alle Gewerkschaften zustimmen würden". Die Mitglieder selbst müßten entscheiden, ob sie zustimmen oder nicht.

– Die **Civil and Public Services Association** (mit 200.000 Mitgliedern die größte Gewerkschaft im Bereich des Öffentlichen Dienstes) sprach sich mit 15 zu vier Stimmen der Leitung dafür aus, gegen das Labour-Lohndiktat zu arbeiten und forderte einen TUC-Sonderkongreß – allerdings erst für das nächste Jahr! Auch war man bereit, zuzugestehen, daß es „unfair" sei, die ganze Labour-Politik zu verdammen, schließlich habe die Wilson-Regierung *„den Versuch gemacht, die Last zu teilen und den Niedrigbezahlten zu helfen"* (!?). Andererseits sei das Lohndiktat *„ein starker Angriff auf den Lebensstandard der Arbeiter und wird eine große Arbeitslosigkeit hervorrufen"*. („Guardian", 28.7.75).

– Zwar hat sich die Executive der **National Union of Mineworkers** (NUM) unter Führung von Gormley für die Unterstützung der sechs-Pfund-Regelung ausgesprochen, ist aber in den einzelnen lokalen Zweigen auf Widerstand gestoßen:

1. McGahey, schottischer Bergarbeiterführer, Mitglied der revisionistischen Communist Party, sprach von einer „Ausbeutung der Bergleute". Er wies auf die unglaubliche Frechheit der Exekutive hin, nur eine Woche nach der jährlichen Konferenz der NUM in Scarborough, die sich für die Forderung der Bergleute in der gegenwärtigen Tarifrunde von 100 Pfund pro Woche ausgesprochen hatte, diese Entscheidung der Mitglieder einfach über Bord zu werfen!

2. Arthur Scargill, Vorsitzender der Bergarbeiter von Yorkshire, warf Gormley und der NUM-Exekutive Verletzung der Gewerkschaftssatzung vor, indem sie nicht nur die Scarborough-Konferenz mißachtet hätten, sondern auch die Konferenz im letzten Jahr, auf der ausdrücklich jede Art von staatlichen Lohnleitlinien abgelehnt worden ist. Die Yorkshire Delegierten riefen Ende Juli ihre Mitglieder dazu auf, in der demnächst stattfindenden Urabstimmung über die Tarifforderung die sechs-Pfund-Regelung abzulehnen.

3. Auch die NUM-Delegierten in Kent sprachen sich einstimmig für den Boykott des Lohndiktats aus und riefen ebenfalls dazu auf, mit „Nein" zu stimmen.

– Weitere Gewerkschaften, die sich gegen das Lohndiktat ausgesprochen haben: die der **Feuerwehrleute**, der **Postbeamten**, die **Association of Technical and Managerical Staffs** (technisches Personal). Diese haben zusammen mit der AEUW angekündigt, auf dem jährlichen TUC-Kongreß im Herbst in Black Pool eine Protestresolution einzubringen. Erfahrungsgemäß fielen solche Resolutionen allerdings bislang immer sehr zahm aus und blieben für die TUC-Führer ohne weitere Folgen. So nach dem Motto, daß man eigentlich damit ja nicht einverstanden sei, aber doch „im Interesse des Ganzen" sich kompromißbereit zeigen wolle, allerdings doch von der Labour Regierung erwarte, daß sie alle Nachteile für die Arbeiter abwende usw.

Entscheidend aber wird sein, wie die ersten Tarifrunden im Rahmen des Lohndiktats ausgehen – z.B. die bei den Bergarbeitern. ●

Chemiekomitee KB/Gruppe Hamburg

Spanien:

Kampf den geplanten Todesurteilen

Die faschistische Justiz in Spanien bereitet zur Zeit Terrorprozesse gegen vier Antifaschisten vor: Eva Forest, Antonio Durán, Antonio Garmendia und Angel Otaegui. Die Staatsanwaltschaft hat für alle vier bereits die Todesstrafe beantragt!

Der endgültige Prozeßtermin ist immer noch ungewiß; es wird teilweise damit gerechnet, daß die Faschisten noch die „Sommerpause" an Schulen, Universitäten und auch einigen Betrieben nutzen wollen, um die Prozesse durchzuziehen.

Gegen Eva Forest (Ärztin) und Antonio Durán (Metallarbeiter und Streikführer) lautet die „Anklage" auf maßgebliche Beteiligung bei der Planung und Durchführung bei der Hinrichtung des ehemaligen spanischen Ministerpräsidenten Carrero Blanco durch ein ETA-Kommando (1973). Beweise liegen dem „Sondergericht für öffentliche Ordnung" natürlich keine vor.

Die sehr ausführliche und von scheinbarer Intimkenntnis der inneren Verhältnisse der ETA und des exakten „Tatherganges" zeugende Anklageschrift soll vortäuschen, daß die beiden Angeklagten „voll geständig" waren. Tatsächlich konnten von der faschistischen Justiz alle Zusammenhänge aus der von ETA V. in Frankreich selbst herausgegebenen Broschüre „Operation Menschenfresser" abgeschrieben werden. Hier schilderte ETA, um ihre Urheberschaft nachzuweisen, den genauen Hergang der Tötung von Spaniens oberstem Staatschef. Die Faschisten brauchten nur noch irgendwelche Namen einzusetzen.

Mit dem geplanten Mord an Eva Forest und Antonio Durán will der spanische Staat alle antifaschistischen Kräfte exemplarisch einschüchtern und gleichzeitig demonstrieren, daß er unnachgiebig wie eh und je jeden verfolgt, der sich gegen ihn auflehnt. Der Faschistenstaat will dem Volk vormachen, daß letztendlich alle antifaschistischen Aktionen bestraft und die Täter geschnappt werden. Tatsächlich kann davon ausgegangen werden, daß beide Angeklagten, Forest und Durán, mit der Hinrichtung von Carrero Blanco absolut nichts zu tun hatten, daß es sich bei ihnen vielmehr um von dem Staat politisch mißliebige Personen handelt, denen konkrete „Straftaten" aber nicht nachgewiesen werden können.

Die Faschisten wollen jetzt Opfer haben; es ist fast egal, wer es ist. Getroffen werden soll die gesamte Linke und alle spanischen Antifaschisten. Sie sollen durch diese Exekutionsprozesse eingeschüchtert werden und den Eindruck vermitteln, daß der spanische Faschismus letztlich doch nicht zu besiegen ist.

Die beiden anderen vom Tod bedrohten Genossen, Garmendia und Otaegui, sind beide Militante von ETA V. Sie sind „angeklagt", ein Mitglied der Guardia Civil, nämlich den Chef des Informationsdienstes (politischer Spitzeldienst), einen bekannten Folterer, getötet zu haben. Bekanntlich gehören solche „Strafkommandos" gegen bekannte Folterknechte zu den „normalen" militärischen Aktionen der ETA. Sie haben auch den praktischen Sinn, daß sich immer weniger Bullen bereit finden, solche Schweinereien gegen ETA-Genossen und andere baskische Patrioten durchzuführen, weil sie dann Angst um ihr Leben haben müssen.

Garmendia und Otaegui (der Garmendia – lt Anklage – lediglich bei sich zu Hause beherbergt hatte) sind bereits dem Kriegsgericht von Burgos übergeben worden. Nicht nur wegen fehlender Beweise ist dieser Prozeß eine Farce, sondern auch aus dem Grund, daß Garmendia durch eine schwere Kopfverletzung als „Folge" seiner Verhaftung, praktisch geistesgestört ist und dem Prozeß überhaupt nicht folgen können wird.

Breite Solidarität des spanischen Volkes

Besonders im Baskenland ist die Forderung nach Verhinderung der Todesurteile durch massenhafte Kämpfe schon sehr verankert. An dem Kampftag vom 11. Juni während des Ausnahmezustandes, an dem sich fast 100.000 Menschen trotz brutalster Repression beteiligten, waren die zentralen Parolen: *„Weg mit dem Ausnahmezustand!", „Garmendia und Otaegui, das kämpfende Volk wird euch retten!".*

Am 24. Juni beschlossen fast alle antifaschistischen Organisationen von Euskadi, die Todesurteile durch einen Generalstreik zu verhindern. Folgender Aufruf an das baskische Volk wurde von diesen Organisationen veröffentlicht:

„Trotz der zwischen ihnen bestehenden Differenzen sind die versammelten politischen Organisationen ETA V, ETA VI-LCR, MCE, ORT, Carlistische Partei, Kommunistische Partei von Euskadi, PSOE, PTE angesichts der drohenden Todesurteile gegen die beiden baskischen Patrioten und Militanten der ETA, Garmendia und Otaegui, zu folgender gemeinsamer Entscheidung gekommen:

- *In ganz Euskadi zu einem Generalstreik vom ersten Tag des Prozesses an aufzurufen.*
- *Schon jetzt eine intensive Kampagne zur Vorbereitung des Generalstreiks zu führen.*

Ganz Euskadi erhebt sich für Garmendia und Otaegui".

(Aus: „Abenduak" Nr. 11, Zeitung der ORT in baskischer und spanischer Sprache.)

Die Breite dieses Bündnisses von revolutionären Organisationen (ETA V., ORT, MCE, PTE) über eine trotzkistische Gruppierung (ETA VI.-LCR), die Revisionisten (Kommunistische Partei von Euskadi) bis hin zu den Reformisten (PSOE) und zu den Monarchisten (Carlistische Partei) ist nur zu erklären aus dem im baskischen Volk tief verwurzelten Bewußtsein von Solidarität und der Notwendigkeit des einheitlichen Kampfes gegen den gemeinsamen Feind, den Faschismus.

Auch die Koordinationsstelle der Arbeiterkommissionen von Euskadi rief im Juli alle anderen Arbeiterkommissionen Spaniens auf, gemeinsam Garmendia und Otaegui zu retten: *„Ganz Euskadi wird sich erheben, wenn die Prozesse anfangen. Mit Eurer Unterstützung, mit der entschlossenen und aktiven Unterstützung der Arbeiterklasse aller Nationalitäten Spaniens, werden wir sie retten".* (Aus: „Servir al Pueblo" – Zentralorgan von MCE, Juli '75).

Daß dieser Prozeß ein „zweites Burgos" werden soll, geht aus vielen Veröffentlichungen der spanischen Revolutionäre hervor. Vor heute etwa fünf Jahren konnten in einem spektakulären Schauprozeß vor dem Kriegsgericht in Burgos durch eine breite Massenmobilisierung in ganz Spanien und durch internationale Solidaritätsaktionen Todesurteile gegen sechs baskische Patrioten verhindert werden. Um die internationale Öffentlichkeit auf den Prozeß aufmerksam zu machen, hatte die ETA damals den westdeutschen Wahlkonsul Beihl in Bilbao entführt.

Auch in anderen Teilen Spaniens haben bereits Solidaritätsaktionen stattgefunden. In Barcelona gab es während des Ausnahmezustandes im Baskenland (der am 26. Juli aufgehoben wurde) zahlreiche Kurzdemonstrationen, die stärkste war am 11. Juni, Tag des Generalstreiks im Baskenland. Die PSUC (katalanische KP) und die Demokratische Versammlung von Katalonien hatten dazu aufgerufen (Nach „Mundo Obrero", vierte Juni-Woche).

Am 21. Mai hatte es schon einmal eine Demonstration von etwa 1000 Menschen gegeben, in der Parolen wie *„Weg mit dem Ausnahmezustand!" „Freiheit für Euzkadi!", „keine Todesurteile!", „Freiheit für Garmendia, Forest und Duran!"* gerufen wurden. Diese Demonstration war von MCE, der katalanischen „Sozialistischen Partei Nationaler Befreiung" und „Bandera Roja" (der größte Teil dieser Organisation ist zur revisionistischen KP-Mutterpartei übergetreten) organisiert worden (nach „Servir al pueblo", Nr. 40, Juni 75).

Auch in Frankreich haben zahlreiche Demonstrationen und Kundgebungen aus Solidarität mit dem baskischen Volk und gegen die geplanten Todesurteile stattgefunden. So haben in Paris etwa 10.000 Menschen demonstriert und in Bayonne (nahe der spanischen Grenze) etwa 1000 Menschen am 3. Juni.

Auch in der BRD hat es verschiedene Solidaritätsdemonstrationen gegeben, die vor allem von spanischen Emigrantenorganisationen (UTE „Union spanischer Emigranten", CAPPSE = Komitee zur Unterstützung der politischen Gefangenen in Spanien) und politischen Organisationen initiiert wurde (wie MCE, Lucha Obrera, PCE). In Düsseldorf, Stuttgart, Westberlin und Frankfurt fanden Solidaritätsdemonstrationen statt. Die größte war in Frankfurt/M. mit ca. 1000 Teilnehmern.

Angesichts der unverhohlenen Unterstützung der SPD/FDP-Regierung für die Verlängerung der faschistischen Herrschaft in Spanien unter dem Deckmantel, daß ein „Demokratisierungsprozeß" bereits in vollem Gange sei – hat die westdeutsche revolutionäre Linke in verstärktem Maße die Aufgabe, die tatsächliche faschistische Unterdrückung in Spanien aufzudecken und eine teilnehmende Solidarität mit allen verfolgten anti-faschistischen Kämpfern Spaniens zu wecken und zu fördern.

Keine Todesurteile für Eva Forest, Antonio Durán, Antonio Garmendia und Angel Otaegui!! ●

Spanien/Portugal-Kommission KB-Gruppe Hamburg

Revolutionäre hervor. Vor heute etwa fünf Jahren konnten in einem spektakulären Schauprozeß vor dem Kriegsgericht in Burgos durch eine

Spanien/Portugal-Kommission KB-Gruppe Hamburg

Welle von Verhaftungen in Spanien

In den letzten Wochen hat die spanische Polizei Massenverhaftungen gegen spanische Antifaschisten durchgeführt. Die brutalen und blutigen Polizeiaktionen richteten sich in erster Linie gegen tatsächliche oder vermutete Mitglieder der ETA V.

Offensichtlich ist es den spanischen Faschisten gelungen, einen bedeutenden Führer der ETA V. zu verhaften. DEr 27jährige Perez Beotegui (genannt „Wilson") tappte, wie es heißt in eine Polizeifalle. Er wurde am 23. Juli auf dem Platz Lluchmayor in Barcelona von schießwütigen Guardia-Civil-Bullen umringt und

es heißt in eine Polizeifalle. Er wurde am 23. Juli auf dem Platz Lluchmayor in Barcelona von schießwütigen Guardia-Civil-Bullen umringt und

erhielt eine schwere Kopfverletzung. „Wilson" wurde schon lange von der spanischen Polizei als der planende Kopf bei der Hinrichtung des ehemaligen Ministerpräsidenten Carrero Blanco gesucht. Beotegui gilt als Führer der militärischen Front der ETA V. und als einer der Chefs der „Kommandos für Sonderaufgaben". Die Verhaftung von „Wilson" wurde fast zwei Wochen von der spanischen Polizei verheimlicht. Dann präsentierten die Zeitungen phantastische „Geständnisse". In widerlicher Manier hieß es, „Wilson habe „gesungen", und einfach alles, was er gewußt habe gestanden und sogar angeboten, mit der Polizei zu den „pisos francos" zu gehen (als „pisos francos" = freie Wohnungen werden die Treffpunkte der ETA bezeichnet) (FAZ, 6. 8. 75).

Die Polizei behauptete, Beotegui sei verhaftet worden, als sich gerade eins seiner Kommandos anschickte, vierzig inhaftierte ETA-Genossen aus dem Gefängnis von Segovia zu befreien. Ein Tunnel aus dem Gefängnis sei schon gegraben gewesen. *„Der Plan war schon in einer fortgeschrittenen Phase . . . und hatte große Aussicht auf Erfolg"*, so ein Sprecher der Bullen („Correre de la Sera", 6.8.75).

Beotegui selbst habe den Auftrag gehabt, in Barcelona einen Konsul zu entführen, zusammen mit anderen Genossen eine Bank auszurauben, ein Waffenlager auszuheben usw. usw

Zum selben Zeitpunkt der Verhaftung von Beotegui in Barcelona, geriet ein anderer ETA-Führer, Felix Eguia Inchaurraga in Madrid in den Kugelhagel der Bullen und wurde schwer verletzt. Auch er soll ein Chef der „Kommandos für Sonderaufgaben" sein.

Zusammen mit Beotegui und Eguia wurden in Barcelona und Madrid viele andere Menschen verhaftet, darunter ein Arbeiterpriester und drei Nonnen, die „Wilson" geholfen haben sollen.

Am 30. Juli kam es in den Hauptstraßen von Madrid zu einer Verfolgungsjagd, die nach Augenzeugenberichten an die Zustände während des spanischen Bürgerkrieges erinnerte. Angeblich war der Polizei bekannt geworden, daß ein ETA-Kommando einen Anschlag in Madrid plane. Sofort wurde eine Großfahndung eingeleitet. Als das „verdächtige Auto" gefunden wurde, begann die Schie-

einen Anschlag in Madrid plane. Sofort wurde eine Großfahndung eingeleitet. Als das „verdächtige Auto" gefunden wurde, begann die Schie-

ßerei. In dem Auto sollen „drei bewaffnete Basken" gewesen sein, von denen einer gleich im Kugelhagel starb, ein anderer wenig später im Krankenhaus.

Kurz darauf griff die Polizei eine Wohnung in einem der Außenbezirke von Madrid mit Tränengas, Maschinengewehren und künstlichem Nebel an: die Wohnung war jedoch leer. Doch auch hier fand sich natürlich ETA-verdächtiges Material, Waffen und Propaganda.

Am selben Tag wurden in Madrid und Barcelona – wie es hieß – zehn „Mitglieder einer bekannten Terrororganisation" festgenommen.

Am 8. August wurden fünf weitere angebliche ETA-Mitglieder in San Sebastian verhaftet und drei Häuser, in denen die ETA ihre Genossen und Material versteckt gehalten hatte, gefunden.

Bei allen Verhaftungsaktionen, die nach dem 23. Juli durchgeführt wurden, behauptet die Polizei, Beotegui habe ihr die Hinweise gegeben . . .!

Schon am 17. Juli hatten die Mörderbanden der Polizei innerhalb von 24 Stunden 29 „ETA-Mitglieder" in Bilbao und 14 „Mitglieder der Jugendorganisation der ETA" in San Sebastian verhaftet! Am 11.7. wurden zwei „ETA-Mitglieder" verhaftet, die angeblich das Dynamit für die „Himmelfahrt" von Carrero Blanco besorgt haben sollen.

Außerdem hat die Polizei in den letzten Wochen über 35 „Mitglieder der FRAP" (Revolutionäre antifaschistische, patriotische Front) verhaftet. Nach der Verhaftung der ersten 17 FRAP-Mitglieder hatte diese Organisation in Madrid einen Bullen, der vor der Fluggesellschaft Iberia Wache hielt, erschossen und einen anderen schwer verletzt. (Die FRAP bekannte sich öffentlich zu dieser Erschießung.)

Ein (weiterer) Beweis für die Zusammenarbeit der französischen Regierung mit den spanischen Faschisten bei der Verfolgung oppositioneller Spanier war die schweinische Auslieferung eines politischen Flüchtlings am 5. August.

Bei der spanischen Grenzkontrolle zwischen San Sebastian und Biarritz entdeckten die Zöllner im Kofferraum eines Wagens einen Mann, der, wie die französische Zeitung „Le Monde" schreibt, ein Mitglied der ETA sein soll (Juan Miguel Arcelus-Beti).

der, wie die französische Zeitung „Le Monde" schreibt, ein Mitglied der ETA sein soll (Juan Miguel Arcelus-Beti).

Arcelus gelang die Flucht zu dem wenige Meter entfernten französischen Kontrollhäuschen. Nach höchsten Konsultationen zwischen der spanischen und der französischen Regierung wurde Arcelus schließlich nach mehreren Stunden mit der „Begründung", die französische Kontrolle habe auf spanischem Boden gestanden und der Flüchtende könne daher nicht geschützt werden, den 100 spanischen Bullen ausgeliefert, die das Häuschen umzingelt hatten.

Diese Auslieferung ist ein klarer Bruch eines zwischen Spanien und Frankreich seit Mai 1966 bestehenden Abkommens, wonach die Zusammenziehung der französischen und spanischen Kontrollen (zur Erleichterung des Durchgangsverkehrs) nicht bedeuten, daß der französische Grenzposten deshalb juristisch exterritorial (d.h. außerhalb französischen Gebiets) ist.

Letzte Meldung: Aus Rundfunkmeldungen vom 15.8. ging hervor, daß in Galizien insgesamt 50 Menschen während einer großangelegten Razzia verhaftet worden sind, unter ihnen zahlreiche Frauen und Matrosen. Sie sollen der „Union des galizischen Volkes" angehören, von der gesagt wird, daß sie in letzter Zeit gemeinsame Aktionen mit Kommandos der ETA V. durchführt.

Weiterhin berichtete der spanische Nachrichtensprecher, daß in letzter Zeit immer häufiger Angehörige linker Organisationen (er nannte FRAP) mitten in der Nacht aus ihren Häusern gewaltsam entführt werden und an irgendeinen unbekannten Ort gebracht werden, wo man sie „verhört". Der Sprecher erwähnte, daß die verhörenden Personen (Spitzel, politische Polizei, oder was auch immer) eine erstaunliche Kenntnis der linken Szenerie hätten... ●

Spanien/Portugal-Kommission KB/Gruppe Hamburg

Spanien:

Werftarbeiter von „El Ferrol" verurteilt

10. März 1972: 4.000 Werftarbeiter der staatlichen Werft Bazán demonstrierten aus Protest gegen die Entlassung von sechs Kollegen und für ihre Forderung eines lokalen Tarifvertrages geschlossen zu einem anderen Werk. Die Guardia Civil in großem Aufgebot griff die demonstrierenden Arbeiter an. Sie feuerte blind in die Menge. Zwei Arbeiter wurden ermordet und 20 zum Teil schwer verletzt. Die Nachricht über die Todesschüsse löste eine Welle von Empörung in „El Ferrol" aus. Die ganze Stadt ging auf die Straße. Barrikaden wurden errichtet und es gab schwere Kämpfe mit der Polizei, bei denen über 15 Bullen verletzt wurden. Alle Läden schlossen aus Protest, Arbeiter und Angestellte traten in den Streik.

Daraufhin kappten die faschistischen Behörden alle Telefonverbindungen, um Solidarisierungen der Arbeiter in anderen Städten zu verhindern. Die Kanonen der Schiffe des US-Kriegshafens von El Ferrol waren einen Tag lang drohend auf die wichtigsten Zentren der Stadt gerichtet. Aus anderen Teilen des Landes wurde Verstärkung für die Guardia Civil herangekarrt. Die besondere Brutalität des Polizeieinsatzes hängt unmittelbar mit der Benutzung von El Ferrol als US-Stützpunkt zusammen; für die Amis war der Kampf der Werftarbeiter eine „Gefährdung ihrer Interessen."

Zunächst wurden 150 Arbeiter verhaftet. Sie erhielten hohe Geldstrafen, die die meisten ersatzweise im Gefängnis absitzen mußten. 20 der Verhafteten hatten jetzt (Mitte Juli 1975) einen Prozeß vor dem Madrider „Sondergericht für Öffentliche Ordnung". Die Anklage lautete auf „Terrorismus" (!) und „unerlaubten Zusammenschluß", d. h. Verbindung zu den (illegalen) Arbeiterkommissionen. Unter den Angeklagten waren bekannte Führer der Arbeiterkommissionen wie Rafael Pillado, Amor Deus und Riobó, einer von ihnen war selbst von Schüssen der Bullen damals schwer verletzt worden.

Alle drei wurden von diesem Terrorgericht zu zehn (!) Jahren Gefängnis verurteilt. Andere Arbeiter erhielten geringere Gefängnisstrafen, mindestens jedoch ein Jahr, zehn Arbeiter wurden freigesprochen.

Der Betriebsrat Rafael Pillado sagte in einem Schlußwort vor Gericht: *„Ich hatte wichtige Gewerkschaftsämter inne, habe als Arbeitervertreter, übrigens von hundert Prozent der Belegschaft gewählt, mit zwei spanischen Ministern verhandelt. Ich habe die Rechte meiner Kollegen verteidigt, an Arbeiterversammlungen und an Streiks teilgenommen. Wenn das Terrorismus ist, dann bin ich ein Terrorist und werde mein ganzes Leben ein Terrorist bleiben"* („FAZ", 11.7.75).

Während des Prozesses gab es zahlreiche Solidaritätsstreiks in Galizien und vor allem – in El Ferrol. ●

Spanien/Portugal-Kommission KB/Gruppe Hamburg

Ein Bumerang
Wie Pinochet 119 Morde vertuschen wollte ...

Im Juli veröffentlichte die chilenische Presse ausführlich die Nachricht, daß 119 chilenische Linke in anderen lateinamerikanischen Ländern von ihren eigenen Genossen (!) bzw. von den jeweiligen Geheimdiensten ermordet worden sein sollen. Alle 119 gehören zu den 1.500 bis 1.800 vermißten Widerstandskämpfern, die irgendwann von der DINA (dem berüchtigten chilenischen Geheimdienst) verhaftet wurden, deren Verhaftung aber von der Junta nicht bestätigt wurde und über deren Schicksal man nichts weiß.

Das chilenische Wochenblatt „El Mercurio", offizielles Sprachrohr der Junta und der chilenischen Monopolbourgeoisie, berichtete in seiner Ausgabe vom 7.7.75 unter der Schlagzeile:

„60 ermordete MIRisten identifiziert" – „In Übereinstimmung mit der Wochenzeitschrift aus Buenos Aires „Lea" ist dies die Namensliste von chilenischen MIRisten, die in den letzten drei Monaten von ‚ihren eigenen Kampfgefährten' ermordet worden sind. Die Zeitung schreibt weiter, daß diese Morde in Argentinien, Kolumbien, Venezuela, Panama, Mexiko und Frankreich registriert worden seien und den ‚Höhepunkt eines langen Prozesses von Meinungsverschiedenheiten, gegenseitiger Diskriminierung und Streit um Geld bilde, der beim Sturz der marxistischen Regierung Salvador Allendes begonnen habe."

Darauf folgte die Namensliste der 60 Toten, unter ihnen auch 9 Frauen (aus: Sondernummer des Informationsbulletins chilenischer Flüchtlinge in Westberlin „Chile Combatiente". Außerdem zitierte „El Mercurio" eine unbekannte brasilianische Zeitung „O Dia", die eine zweite Liste mit 59 Namen und ähnlicher Version veröffentlichte.

Das Ziel, das die Junta mit dieser Pressekampagne verfolgte, war eindeutig: Angesichts der immer stärker werdenden Volkswiderstands-Bewegung, die vom MIR angeführt wird und bereits die verschiedensten Sektoren und sozialen Schichten umfaßt, angesichts der immer chaotischer werdenden wirtschaftlichen Lage und des zunehmenden internationalen Drucks, sowie dem Druck von Familienangehörigen, die z.T. im Ausland sind, wollte sich die Militär-Junta nicht nur vor der Weltöffentlichkeit, sondern auch vor dem chile- land sind, wollte sich die Militär-Junta nicht nur vor der Weltöffentlichkeit, sondern auch vor dem chile-nischen Volk die Hände in Unschuld waschen. So schrieb „El Mercurio", jene ausländischen Politiker und Journalisten, die das chilenische Regime für das Verschwinden der „Extremisten" verantwortlich machten, hätten nun eine deutliche Erklärung. *„Opfer ihrer eigenen Methoden, von den eigenen Genossen umgebracht, zeigt jede einzelne dieser tragischen Episoden, daß die Gewalttätigkeiten zu Opfern des blinden und unerbittlichen Terrors wurden, den sie selbst provozieren"* (zitiert nach „FR", 12.8.75).

Gleichzeitig nutzte die Junta-Presse die Gelegenheit, das „Friedenskomitee", das von der chilenischen Kirche gegründet worden ist und für politisch Verfolgte in Chile eintritt, heftig anzugreifen, indem sie behauptete, daß diese 119 vermutlich Ermordeten auf der Liste dieses Komitees als verschwunden galten und die Anwälte dieses Komitees für diese Personen Gnadengesuche eingereicht hätten. Die der Junta-Propaganda hörigen Journalisten betonten, daß diese Gnadengesuche Bestandteil einer internationalen Kampagne seien, um das Land in Mißkredit zu bringen, da diese 119 Personen „freiwillig" und „geheim" das Land verlassen hätten. Das „Friedens-Komitee" hätte dies gewußt und die Kampagne entfacht, um seine Situation in Chile zu festigen.

Bis hierher schien alles ein ausgeklügelter Akt der Desorientierung zu sein, getreu der hohen Schule der CIA – Methoden, die überall in der Welt angewandt werden. Dies makabre Manöver der chilenischen Junta verwandelte sich jedoch in einen Bumerang, weil das chilenische Volk sich nicht mit den „Erklärungen" zufrieden gab.

1. ist die mutige und heftige Reaktion der Familienangehörigen der Verschwundenen zu nennen, die mit Verzweiflung, Schmerz und Bestürzung reagierten. Diese Reaktion wurde von dem Chilenischen Widerstand aufgegriffen. Es wurden tausende von Personen mobilisiert und der Protest ergriff breite Kreise der chilenischen Gesellschaft, bis hin zu Richtern (!) und Mitgliedern der Streitkräfte (!).

2. antwortete das „Friedens-Komitee" sofort dem „Mercurio" und warf der Zeitung „Leichtfertigkeit" und „Unmenschlichkeit" in dieser Berichterstattung und Kommentierung vor.

Der Protest war so stark, daß das „Friedenskomitee" im „Mercurio" (!) selbst eine Gegenanzeige veröffentlichen konnte.

In einem weiteren Bericht gab das „Friedens-Komitee" bekannt, daß die Verwandten fast aller 119 angeblich im Ausland getöteten Chilenen sowohl deren Verhaftung durch die chilenische Junta als auch deren späteres Verschwinden gemeldet hätten. In 67 Fällen lägen beglaubigte Erklärungen der Familenangehörigen vor, wonach sie konkrete Beweise für die Festnahme hätten; in weiteren 26 Fällen lägen indirekte Hinweise auf ihre Verhaftung vor. In 115 Fällen hätten die Familienangehörigen Haftverschonung beantragt. Bei vier von 119 Fällen hätten die entsprechenden chilenischen Stellen offiziell die Verhaftung der Betreffenden anerkannt.

3. ist die Dementierung von Seiten der argentinischen Regierung zu nennen. Sie besagte, daß nichts von irgendeinem Zusammenstoß bekannt sei, bei dem chilenische Bürger umgekommen sein sollen, weder mit den argentinischen Sicherheitskräften noch aufgrund interner Auseinandersetzungen.

Das würde bedeuten, daß die chilenischen Toten entweder von dem chilenischen Staatssicherheitsdienst, der die Anden überquerte, hingerichtet worden sind, oder dies die „Antikommunistische Argentinische Allianz" besorgte, die schon für den Tod General Prats verantwortlich zeichnete.

4. Ein weiterer bedeutsamer Beweis gegen die Junta ist der Hungerstreik, den 97 politische Gefangene seit sechs Tagen im Konzentrationslager Puchuncavi, in der Provinz Valparaiso, durchführen. Die Gefangenen protestieren mit diesem Hungerstreik gegen das Verschwinden der 119, denn sie sahen viele von ihnen in den verschiedenen Konzentrationslagern und in Folterkammern. Eben- [illegible] in den verschiedenen Konzentrationslagern und in Folterkammern. Ebenso protestieren sie gegen die Haft von Personen, gegen die gar keine Anschuldigungen erhoben worden sind. In Santiago dementierten Regierungssprecher den Hungerstreiks, aber seine Existenz ist doch nicht zu leugnen.

Die fünfte Tatsache ist die Haltung, die die gesamte katholische Kirche (!) eingenommen hat. Sie rief für den 5. August um 22 Uhr zu einer Messe auf, bei der sie Gott darum bat, der Aufklärung über das Verbleiben der Verschwundenen beizustehen. Weiter hieß es in der Predigt wörtlich: „Es ist traurig, in Furcht, Arbeitslosigkeit, ohne Nahrung und in Elend leben zu müssen" („SZ", 8.8.). Über 4.000 Menschen nahmen an dem Gottesdienst teil.

Bischof Alvear erklärte: *„Wir haben hier ein Problem der Wahrheitsfindung und eines der Gerechtigkeit. Der Wahrheitsfindung deshalb, weil die bisherigen Informationen nicht bestätigen, daß die Leichen, die man angeblich im Ausland gefunden hat, tatsächlich den genannten Personen entsprechen; der Gerechtigkeit, weil wir glauben, daß die Familienangehörigen der Verschwundenen das Recht auf eine Antwort haben, auf die sie schon so lange warten. Die Kirche ist der Ansicht, daß es großer Wahrheits- und Gerechtigkeitsliebe bedarf, um eine Klärung in dieser dringenden Untersuchung durchzusetzen."* (nach „Informationsbulletin", s.o.)

Dies ist insofern von Bedeutung, daß die katholische Kirche bisher nicht gegen die Junta Stellung genommen hatte.

5. Inzwischen wurde das Manöver Pinochets noch durchsichtiger. Denn laut der „Frankfurter Rundschau" vom 12.8.75 existiert die angebliche brasilianische Zeitung „O Dia" überhaupt nicht und die argentinische „Lea" ist Mitte Juli mit der berüchtigten Meldung zum ersten (!) und bisher einzigsten Male erschienen. Der Auftraggeber dürfte klar sein ...

Aufgrund des heftigen Protestes sah sich die Junta-Presse inzwischen veranlaßt, „ihre Taktik zu ändern". Den Beweis dafür liefert die Ausgabe vom 3. August der Zeitung „El Mercurio", in der sie die Militär-Junta auffordert, Schritte zu unternehmen, um herauszufinden, was mit den 119 verschwundenen, wahrscheinlich ermordeten Chilenen geschehen sei. Augusto Pinochet oder „Oberster Staatschef", wie er sich zu nennen pflegt, wird dieser Empfehlung des „Mercurio" natürlich nicht folgen können, da es sich hier offensichtlich um Personen handelt, die vom Staatsgeheimdienst, der berüchtigten DINA, ermordet worden sind, die Pinochets Befehlsgewalt direkt unterstellt ist.

Argentinische Faschisten – Pinochets Helfershelfer:

Schon vor wenigen Wochen wurden zwei Chilenen ermordet in einem Auto in Buenos Aires aufgefunden. Ihre Leichen waren in Fahnen eingewickelt, die folgende Aufschrift trugen:

„SIE GEHÖRTEN ZUM MIR"

Unterzeichner: *„Schwarze Brigade"*

Die beiden Pässe gehörten Linken, die nach dem Militär-Putsch in Chile verschwunden waren. Die Familienangehörigen der vermutlichen Opfer erklärten bei der Identifizierung der Leichname, daß die Pässe nicht zu den Ermordeten gehörten. Daraus läßt sich schließen, daß die Junta die beiden Personen, auf deren Namen die Pässe lauteten, und deren Freilassung von den Familienangehörigen und der internationalen Solidarität mit Nachdruck gefordert worden war, schon in Chile ermordet hatte und dies durch zwei weitere Morde **an Chile-Flüchtlingen in Buenos Aires vertuschen wollten.**

In einem anderen Fall wurden ebenfalls Familienmitglieder von Chile-Flüchtlingen zur Identifizierung gerufen, was jedoch nicht erfolgen konnte, denn man hatte kurz zuvor schnell noch die Leichen verbrannt.

Weitere 15 Chilenen wurden vor einiger Zeit ermordet aufgefunden. Die Leichen trugen die Unterschrift verschiedener reaktionärer Gruppen, einige die von Militär-Brigaden, die zu diesem Zweck von Chile nach Argentinien gereist waren.

Dies alles sind Früchte der „brüderlichen" Zusammenarbeit zwischen Pinochet und Isabelita Peron, die dank der Gründung der „Heiligen Liga gegen den Kommunismus" (Santa Liga contra el Communismo) beider Länder im wesentlichen darin besteht, chilenische Genossen zu verfolgen, brutal zu ermorden oder aber wieder nach Chile auszuliefern.

Erste Namensliste bekannt – weitere können folgen

Diese neuesten, offiziell bekanntgegebenen Fälle sind nur ein Bruchteil der Genossinnen und Genossen, deren Gefangenschaft beharrlich geleugnet wird und deren Schicksal unbekannt ist. Sie sind entweder schon ermordet worden oder werden den Henkern der Junta bald zum Opfer fallen. Wir greifen unter den 60 Ermordeten einige Fälle, über die wir nähere Angaben haben, heraus:

Martin Elgueta Pinto
Mitglied des ZK des MIR, verhaftet nach dem Putsch.

Manuel Villalobos
Soziologiestudent, verheiratet, ein Kind, zu Hause von seiner Familie von dem Geheimdienst DINA verhaftet.

Carmen Bueno
Filmschauspielerin. 1974 während Filmaufnahmen für den Film „Die Verteidigung der Menschenrechte", der von der Chilenischen Kirche in Auftrag gegeben worden war, verhaftet. Ihre Familie hat ihre Verhaftung angezeigt. International bekannte Filmschauspieler haben bei der Junta Petitionen für die Freilassung der Genossin eingereicht.

René Chanfreau Oyarce
Französisch-Chilene. Der französischen Regierung wurde eine Liste mit den Namen von zehn Gefangenen französisch-chilenischer Abstammung übergeben, unter ihnen auch der des Genossen René, dessen Familie bei der französischen Regierung persönlich intervenierte. Neun Häftlinge wurden gegen die Zusage eines Kredites freigelassen, nur der Genosse René war nicht dabei.

Arturo Stalin Aguilera Peñaloza
Mitglied der Kommunistischen Partei Chiles. Er wurde im September 1974, zusammen mit zwei Bewohnern des Armenviertels, Aranda und Flores, von dem chilenischen Geheimdienst DINA verhaftet. Aranda wurde kurz darauf, am 9. September, tot seinen Familienangehörigen übergeben.

Maria Silvia Adela Neira Muñoz
Mitglied der kommunistischen Jugend. Sie wurde am 9. Dezember 1974 um 18 Uhr an der Ecke der Straße Antofagasta und San Alfonso in Santiago verhaftet.

Muriel Dockendorf Diaz
24 Jahre, aus Temuco in Südchile, Ökonomiestudent aus Concepcion, im 2. Studiensemester. Er wurde 1974 in Santiago verhaftet. Er ist Mitglied des MIR. Seit seiner Verhaftung verschollen.

(Angaben nach „Chile Combatiente") ●

Eine Westberliner Genossin in Zusammenarbeit mit Chile-Flüchtlingen in Westberlin

Tourismus-Werbung für das faschistische Chile

Im Februar 1975 kam eine Gruppe (bestechlicher) westdeutscher Journalisten und Touristikkaufleute, die Chile auf Einladung der Junta-Behörden bereisten, zu der Auffassung, *„Klima, Landschaft und Essen, wie auch die gegenwärtige Atmosphäre sind sehr gut".*

„Mit gut organisierten Werbeaktionen könnten viele Touristen für einen Besuch des Andenlandes gewonnen werden." (laut „Extra-Dienst").

Ausgerechnet die „liberale" „Süddeutsche Zeitung" präsentierte jetzt die ersten Früchte der Anstrengungen dieser Pinochet-Komplizen. Auf ihrer Ski- und Bergfahrerseite der Wochenendausgabe vom 2./3.8.75 fand sich folgende redaktionelle Notiz:

„Sommerskifahren in Chile. Deutschlands alpine Ski-Nationalmannschaft (aha!) *bereitet sich in Portillo in Chile auf die Rennsaison des Olympia-Winters vor. Erstmals haben Skifans jetzt Gelegenheit, die Asse zu begleiten. Sport-Scheck bietet eine Drei-Wochen-Flugreise vom 17.8. bis 6.9. zum Preis (Linienflug, Vollpension, Transfers, Service und Taxen) von 3.680,– DM an. Die Gäste wohnen im selben Hotel wie die Mitglieder der Nationalmannschaft."*

Was für Figuren hinter derartigen Versuchen stecken, die faschistische Junta international aufzuwerten, zeigt folgender Tatbestand: In der BRD gibt es neuerdings ein „Solidaritätskomitee Wahrheit über Chile". Es wurde von der „Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft e.V." ins Leben gerufen, die unter der Leitung des Ex-CDU-Bundestagsabgeordneten Artur Mißbach und seines Komplizen Karl Friedrich Grau steht (der seinerzeit auch Verhandlungen über eine Zusammenarbeit CDU-NPD führte).

Dieses „Solidaritätskomitee" hat sich zur Aufgabe gestellt, für die internatonal weitgehend isolierte chilenische Junta in der BRD zu werben ●

Südamerika-Kommission KB/Gruppe Hamburg

Detroit:

Detroit:

Neue Aufstände stehen bevor

Rollende Barrieren räumten die Menschen von den Straßen: Panzer mit aufgesessenen Fallschirmjägern, die – Viererformationen nebeneinander – den Raum von Häuserfront zu Häuserfront ausfüllten. Ihre Maschinengewehre schossen auf alles, was sich auf den Straßen und Plätzen bewegte. Über den Dächern kreisten Dutzende Hubschrauber – sie feuerten auf Dachluken und Simse. Auf Bürgersteigen und in Hausfluren lagen Tote, zum Teil verkohlt.

Draußen trieben Uniformierte mit Kolbenstößen Gefangene zusammen! – Dies ist nicht etwa ein Kriegsbericht aus Vietnam, sondern ein Bericht über die Ereignisse von Detroit (USA) während der. Rassenkämpfe 1967 („Spiegel" 32/67).

Annähernd 40 Menschen, fast ausnahmslos Schwarze, wurden allein in Detroit erschossen – über 80 insgesamt. Über 3.000 wurden verwundet; an die 10.000 verhaftet.

Heute, im Zeichen einer ständig steigenden Arbeitslosigkeit (über 8 Millionen oder rund 9 % im Mai 75) hängen die Wolken neuer Konflikte drohender denn je.

Wieder steht Detroit an der Spitze. Einst chromblitzendes Aushängeschild kapitalistischer Wirtschafts-„ordnung", degeneriert es heute immer mehr zu einem Monument planloser Produktionsweise, einer ausschließlich am Profit orientierten Gesellschaft. Nachdem fast zwei Millionen unverkaufte Autos auf Parkplätzen und in Schaufenstern herumstanden, wurden in kurzen Abständen 20 Betriebe geschlossen und rund 280.000 Arbeiter entlassen.

Die Arbeitslosenquote liegt heute in Detroit (einer Stadt von der Größe Hamburgs) bei 14 %. Bei der farbigen Bevölkerung, der Mehrheit in Detroit, liegt der Prozentsatz schon über 30 %, bei den schwarzen Jungarbeitern und Schulabgängern sind über 50 % ohne Job. Schaut man sich diese Zahlen genau, stellt man fest, daß der überwiegende Teil der Arbeitslosen von der farbigen Bevölkerung gestellt wird, jener Gruppe von Menschen, die in den großstädtischen „Konzentrationslagern" der amerikanischen Neger – so der schwarze Dichter James Baldwin – ausschließlich für das Profitinteresse der Kapitalisten gehalten werden.

In Detroit – für die Arbeit an Fließbändern bei Ford, General Motors, Chrysler usw. – nicht irgendeiner Arbeit, sondern Arbeit in ihrer brutalsten und stumpfsinnigsten Form, die nicht Geschicklichkeit erfordert, sondern Unterwerfung, Kapitulation vor der Notwendigkeit zu leben. Alle 40 Sekunden sechs Nieten in einen Kotflügel – und das 60 Minuten pro Stunde, 10 Stunden pro Tag, sechs Tage pro Woche.

1955, in der Zeit des größten Booms der amerikanischen Autoindustrie, hatten die eng mit den Kapitalisten verfilzten Gewerkschaftsbosse - ähnlich wie die IG Chemie in der BRD zu Beginn dieses Jahres – eine „einmalige" Begünstigung „erstritten": Fonds für „Supplemental Unemployment Benefits" (SUB). Aus diesem, von den Kapitalisten mit großem Geschrei eingerichteten Fonds, sollten die entlassenen Arbeiter unterstützt werden und so über die staatliche Arbeitslosenunterstützung von durchschnittlich 65 (!) Dollar die Woche hinaus auf etwa 95 Prozent ihres letzten Lohnes (ca. 180 Dollar pro Woche) kommen.

Welche Augenwischerei derartige Fonds bedeuten, zeigte sich sehr schnell: Bereits im April bzw. Anfang Mai sind die Fonds von General Motors und Chrysler ausgelaufen. Die Ford und American Motors Fonds werden noch etwa einen Monat länger funktionieren. Damit hat die zweite, drückendere Phase der Arbeitslosigkeit begonnen, das Leben mit 65 Dollar staatlicher Arbeitslosenunterstützung pro Woche.

Kein Wunder, daß bürgerlicche Zeitungen offen die Befürchtung äußern, der Konflikt von 67 werde sich wiederholen. Wie sich die Bourgeoisie auf diese Situation vorbereitet, zeigt ein Beispiel: Das Defizit im Stadthaushalt veranlaßte den schwarzen Bürgermeister Young, ähnlich wie in New York, 25 % der städtischen Bediensteten bis zum Jahresende zu entlassen. Im Rahmen dieser Aktion wollte er auch 825 Polizisten kündigen.

Der überwiegende Teil Weiße, um so das Rassengleichgewicht in der Polizei zumindestens annähernd herzustellen. Ein Bundesbezirksrichter hob diese Entscheidung auf Klage der Polizeigewerkschaft auf und verfügte stattdessen, daß die Entlassung nicht auf das Dienstalter (sog. „Senioritätsprinzip") Rücksicht zu nehmen brauche und daß Schwarze und Frauen zu „bevorzugen" sind. („Neue Zürcher Zeitung", Mai 75)

Von weißen Polizisten wird mehr Brutalität und Härte erwartet, wenn es darum geht, die schwarzen Fließbandsklaven in ihren Ghettos zu halten. ●

USA-Kommission, KB/Gruppe Hamburg

Enthüllungen der italienischen Wochenzeitung „Giorni" – im Wortlaut einem Artikel von G. Cappato

„Chile-Spezialisten" der CIA jetzt in Italien

„In Italien sind mehr als 50 Agenten der CIA, der mächtigen amerikanischen Spionagezentrale, tätig, welche regulär der aus 3.000 Soldaten bestehenden Spezialeinheit angehören, die von den USA nach Europa gesandt wurde, um den Vormarsch des Kommunismus auf dem alten Kontinent aufzuhalten.

Diese USA-Agenten werden in Italien von drei Operationschefs befehligt: Von William Meriam, *der offiziell Vizepräsident der ITT-International Sales Corporation ist und seinen Hauptsitz in Rom hat.*

John McCone, *ehemaliger Direktor der CIA, ist in San Marino tätig.*

Vernon Walters, *General der Armee und stellvertretender Direktor der CIA, Urheber des Putschplanes, durch den die Demokratie in Chile gestürzt wurde, organisiert heute von Neapel aus geheime Aktivitäten und unterhält, nachdem er die gleiche Aufgabe gegenüber den griechischen Obristen erfüllt hat, Beziehungen zu den italienischen Neofaschisten.*

Die drei „Vorkämpfer" der CIA befinden sich in Italien zu dem Zweck, Veränderungen im sozialistischen Sinne zu verhindern. Die Superagenten bedienen sich einer Schar von Informanten und gedungenen Meuchelmördern, die durch Honorare entlohnt werden und in alle wichtigen Bereiche des Landes eingeführt wurden – Industrie, Parteien, Armee, in die hinter der Regierung stehenden Kreise, in die Polizei – wo sie getarnt arbeiten. Man schätzt, daß die Zahl dieser Informanten nicht unter 30.000 liegt und daß ihre Entlohnung von der Bedeutung der von ihnen gelieferten Informationen und der erfüllten Aufgaben abhängt.

die ganze Welt aus. Die römische Filiale übt offiziell eine nicht näher bezeichnete Tätigkeit auf dem Gebiet der ‚Marktforschung' aus. Das Interessante ist, daß diese Auslandsniederlassung von jenem Mann geleitet wird, der insgeheim in Fragen der wirtschaftlichen Desorientierung dem Weißen Haus als ‚Berater' dient. Meriam ist Stratege des Wirtschaftskrieges, und in dieser Eigenschaft zwang er im Auftrag der CIA die sozialistische Regierung Allende auf die Knie.

Hier taucht die Frage auf: Warum wurde ein so wichtiger Mann nach Rom geschickt, um ein in der Peripherie arbeitendes Büro der ITT zu leiten? – Meriam errichtete in Italien einen stabilen Stützpunkt mit einem Büro und einem Privat-Haus und reist in Begleitung eines ‚Gorillas' in Privatflugzeugen. In Wahrheit ist Meriam auf präzisen Befehl Henry Kissingers ‚unser Gast' und hat die Aufgabe, ‚Italien vor dem Kommunismus zu retten.'

John McCone, von 1961 bis 1965 Generaldirektor der CIA, ließ sich in San Marino nieder, wo er sich eine Basis für seine Tätigkeit schuf. Dort erhält und liefert er Informationen, die ihm von den verschiedenen in Italien geworbenen Agenten übermittelt werden. Es heißt, von Radio San Marino ausgestrahlte verschlüsselte Informationen seien nach Samsum in der Türkei gerichtet, wo die USA eine mächtige Anlage unterhalten, die in direktem Kontakt zur Zentrale der CIA in den USA steht ...

Auch er war in erheblichem Maße an dem Putsch in Chile beteiligt und wird als eine der wichtigsten grauen Eminenzen der Geheimdiplomatie der USA betrachtet ...

dieser Informanten nicht unter 30.000 liegt und daß ihre Entlohnung von der Bedeutung der von ihnen gelieferten Informationen und der erfüllten Aufgaben abhängt.

Auch er war in erheblichem Maße an dem Putsch in Chile beteiligt und wird als eine der wichtigsten grauen Eminenzen der Geheimdiplomatie der USA betrachtet ...



Nicht zufällig sagte ein ehemaliger Agent der CIA, Victor Marchetti (der zur Zeit des heißen Krieges mit der UdSSR in Deutschland tätig war) vor einiger Zeit in einem Interview mit der ‚New York Times' folgendes: ‚Müßten die Amerikaner in Italien ernsthaft fürchten, daß die Kommunisten die Macht übernehmen und folglich bestimmte Betriebe vergesellschaften oder aber den Flottenstützpunkt in Neapel an die Sowjets abtreten, dann würde die CIA nicht zögern, und wenn die einzige Möglichkeit, die Kommunisten an der Kontrolle Italiens zu hindern, die Unterstützung der neofaschistischen Kräfte wäre, würde man keinen Augenblick zögern, sich dieser Faschisten zu bedienen.'

Nach Ansicht der CIA ist wahrscheinlich jetzt diese Notwendigkeit eingetreten.

Gehen wir nun zum Mechanismus der auf unserer Halbinsel wirkenden Spionagezentrale über und befassen wir uns vor allem mit ihren führenden Köpfen.

William Meriam leitet in Rom in der Via Abruzzi 25 ein Unternehmen, das im Telefonverzeichnis nicht vermerkt ist. Diese Gesellschaft nennt sich ITT und ist nur eines der zahlreichen Internehmen, die von der ITT-International Co. abhängen. In dieser Form breitet sich die American Telephone und Telegraph über

Vernon Walters ist stellvertretender Generaldirektor der CIA seit 1972. In der Spitze der amerikanischen Geheimdienste repräsentiert er die Subversionstechnik. Praktisch ist er ein ‚Gelehrter' für Fragen des Bürgerkrieges und des illegalen Kampfes. Außerdem ist er Spezialist für die Ausarbeitung geeigneter Methoden, um sich in die inneren Angelegenheiten fremder Länder einzumischen. Von ihm stammen Normen, nach denen Agenten der CIA ausgebildet werden, um in Ländern zu wirken, in denen ein Putsch geplant ist ... Von ihm stammt der ‚Centauro-Plan', dessen sich Diktator Pinochet beim Sturz Allendes bediente, des militärischen Planes natürlich, denn der wirtschaftliche stammte von Meriam.

General Vernon Walters arbeitet am Sitz der NATO in Neapel, und da er ein überzeugter Katholik ist, hat er viele Freunde im Vatikan, wie auch unter zahlreichen weltlichen Vertretern der DC.

Die drei Hauptakteure der CIA, die den Putsch in Chile vorbereiteten und leiteten, befinden sich also heute in Italien. Dazu kommt, daß der derzeitige Direktor der CIA, William E. Colby, Spezialist für ‚italienische Angelegenheiten' ist: Er lebte acht Jahre in Rom in seiner Eigenschaft als Resident der CIA in Italien." ●

Krise der Bourgeoisie –

Die argentinische Bourgeoisie steckt zur Zeit in ihrer seit Jahren schwersten Krise. Der Peronismus, der noch vor zwei Jahren Hunderttausende begeistern und für seine Ziele mobilisieren konnte, hat – jedenfalls in der Form der Regierung Isabels – vor den Massen abgewirtschaftet. Die ökonomische Lage *„ist verzweifelt, verzweifelt"* – so der erst kürzlich abgesetzte Wirtschaftsminister Rodrigo in einer Fernsehansprache („FAZ", 2.7.):

– Die Inflationsrate beträgt nach Meldungen vom 10.7. 100 bis 200 %, laut „FAZ", 23.7., bereits 200 – 300 %. Die Notendruckereien sind dabei, Aufträge ins Ausland zu vergeben, weil die Inflation ihre Kapazitäten überrollt („NZZ", 14.7.).

● Die Auslandsschulden Argentiniens betragen zehn Milliarden Dollar. Ein Drittel, d.h. 3,3. Mrd. Dollar, müssen bis Ende des Jahres gezahlt werden. Dabei konnten schon die Verpflichtungen für Juni kaum noch geleistet werden („FAZ", 21.7.).

● Das Defizit im Staatshaushalt wird derzeit für das Jahr '75 auf 100 Mrd. Pesos geschätzt (im Mai war eine DM = 6,4 Pesos).

● Das Defizit in der Handelsbilanz schätzt man auf eine Milliarde Dollar. Allein im ersten Halbjahr '75 brachte der argentinische Export 500 Mio. Dollar weniger ein, als im gleichen Zeitraum des Vorjahres („FAZ", 21.7.).

● Die Devisenreserven wurden in weniger als einem Jahr von zwei Milliarden Dollar auf 750 Mio. abgebaut, wovon aber auch nur 200 Mio. direkt zur Verfügung stehen.

Diese Misere sollte durch das „Programm der Wahrheit" vom ehemaligen Wirtschaftsminister Rodrigo gelöst werden. Der „Plan Rodrigo", der vom US-Imperialismus diktiert wurde („inspiriert", wie es „Le Monde" am 17.7. vornehm ausdrückte), verzichtete auf jegliche Demagogie und Rücksichtnahme gegenüber den Massen und sah die offene und brutalste Auspressung des Volkes zugunsten des Imperialismus vor: Die Löhne sollten um maximal 38% erhöht werden (bei einer Inflationsrate Anfang Juni von 100 bis 200%!!), um

Massen und sah die offene und brutalste Auspressung des Volkes zugunsten des Imperialismus vor: Die Löhne sollten um maximal 38% erhöht werden (bei einer Inflationsrate Anfang Juni von 100 bis 200%!!), um

dann jegliche Lohnverhandlungen möglichst bis 1977 auszusetzen. Die öffentlichen Tarife wurden gleichzeitig um 180% erhöht (!), jegliche Preiskontrollen wurden aufgehoben. Der Plan sah enorme Erleichterungen für Investitionen von ausländischem Kapital vor und kündigte die Reprivatisierung verstaatlichter Betriebe an. Der Peso wurde innerhalb eines Monats zweimal, um insgesamt 66% abgewertet. („FAZ" und „Nachrichten für Außenhandel", 11.6.75). Inzwischen ist eine weitere Abwertung erfolgt. Die „FAZ" lobte dieses Konzept als „realistisch" und einzigen – wenn überhaupt möglichen – Ausweg aus der Krise; allerdings wurde bedauert, daß Rodrigo seine „Schocktherapie" etwas „ungeschickt vorgetragen" habe („FAZ", 1.7.). Die „Schocktherapie" ließ sich das argentinische Volk dann auch nicht gefallen. Nach zahlreichen Kämpfen und einem erzwungenen Generalstreik mußte die Regierung Lohnerhöhungen von 100 bis 130% zustimmen (dazu weiter unten), Lopez Rega verflüchtigte sich nach Spanien und Rodrigo trat schließlich Mitte Juli zurück. Die erste Maßnahme seines Nachfolgers, der inzwischen der vierte (!) Wirtschaftsminister der Regierung Isabel war, war die erneute Ankündigung von Preiskontrollen – nichts als ein Ausdruck der augenblicklich ausweglosen Situation.

Er blieb nur wenige Tage im Amt, trat zurück, und die argentinische Bourgeoisie suchte weiter nach einem Wirtschaftsminister mit Patentrezept. Auch „Hilfe" vom ausländischen Kapital ist zur Zeit nicht in Sicht. Kreditverhandlungen mit den USA, Japan und Venezuela kommen nicht vom Fleck („FAZ"). Vielmehr haben die USA Ende Juli die Verhandlungen über einen 250 Mio. Dollar-Kredit abgebrochen. *„Keine Regierung ist bereit, auch nur einen Centavo in das argentinische Chaos zu investieren".* (Kurier am Mittag, 29.7.).

Die Haltung der BRD-Imperialisten gegenüber Argentinien ist derzeit ähnlich „skeptisch". Dabei ist die BRD nach den USA immerhin Argentiniens zweitgrößter Handelspartner, und Argentinien steht an dritter Stelle bezüglich privater BRD-Direktinvestitionen in Lateinamerika. Ein deutsches Unternehmen lehnte z.B. kürzlich die Übernahme einer argentinischen Niederlassung „wegen zu großen Risikos" ab („FAZ", 8.8.). Siemens hat den Abzug sämtlicher Führungskräfte aus Argentinien eingeleitet, nachdem im Juli ein leitender Siemens-Manager entführt und gegen ein Lösegeld in nicht genannter Höhe freigelassen worden war. Siemens folgte damit dem Beispiel mehrerer US-Konzerne, die ihre argentinischen Werke von Uruguay und Brasilien aus „fernsteuern" lassen. Allerdings scheint die Furcht der Imperialisten vor Entführungen nur ein Grund dafür zu sein. Denn mit dem Abzug der Führungskräfte geht teilweise der Abbau von wertvollen Maschinen etc. einher ... („FAZ", 8.8.).



Die erhofften Kredite von der Weltbank und der BDI (Lateinamerikanische Entwicklungsbank) scheinen zunächst auch auszubleiben. (Abgesehen von BDI-Krediten über 280 Mio. Dollar, die aber schon im Frühjahr '75 bewilligt wurden und an Projekte – wie die Elektrifizierung ländlicher Gebiete – gebunden sind.)

Ursache der Krise – Die vom Imperialismus abhängige Entwicklung

Ursache der Krise – Die vom Imperialismus abhängige Entwicklung

Äußerlich haben zu dieser Krise Faktoren beigetragen wie der Einfuhrtstopp der EG-Staaten für Rindfleisch (wovon vor allem Argentinien und Uruguay betroffen sind), die wegen einer Dürreperiode schlechte Getreideernte, die Überbewertung des Peso, die zur Behinderung der Exporte und Importstimulierung führte („Le Monde", 17.7.).

Die grundlegende Ursache liegt aber in den „traditionellen" Schwierigkeiten der argentinischen Bourgeoisie (die sich seit dem zweiten Weltkrieg immer wieder in Wirtschaftskrisen und harten Klassenauseinandersetzungen ausgedrückt haben): Der Widerspruch zwischen völliger Abhängigkeit des Industriekapitals vom US-Imperialismus und dem Streben der nationalen Bourgeoisie nach (begrenzter) Unabhängigkeit und nationaler Stärke – dies im Zusammenhang mit den Sonderinteressen der Agraroligarchie (deren Macht noch immer nicht gebrochen ist) und nicht zuletzt der sehr kampfstarken Arbeiterklasse. Diese Widersprüche sollte Peron lösen, weil er durch sein tief verankertes Ansehen im Volk eine Zeit des Klassenfriedens und durch sein Programm die Stärkung der nationalen Bourgeoisie durchzusetzen versprach.

Die jetzige Lage in Argentinien beweist erneut, daß der „dritte Weg", der Weg der Klassenversöhnung, nie auf Dauer funktionieren kann. Sobald die politischen und ökonomischen Rechte für das Volk „zu weit gehen", spielt die Bourgeoisie bei der Versöhnung nicht mehr mit. Bleiben Vergünstigungen für das Volk aus, entlarvt sich die Ideologie der Klassenversöhnung vor den Massen als Betrug. Als zunächst Campora seine vorsichtig nationalistische Politik entwickelte – Stärkung des nationalen Kapitals auf Kosten der Agraroligarchie, partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den Imperialisten statt direkter Abhängigkeit, Gesetze zur Verstaatlichung der Banken, zur staatlichen Kontrolle über Auslandsinvestitionen, über Getreidehandel und Bodenrente, Lohnerhöhungen mit anschließendem Lohn- und Preisstop – reagierten die Kapitalisten mit der Zurückhaltung von Investitionen, Warenhortung, Entwicklung eines Schwarzmarktes usw. Als dann Peron selber die offenere Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie betrieb, z.B. die brutale Unterdrückung jeder linken Opposition und Säuberung der peronistischen Bewegung einleitete, entlarvte sich seine Ideologie zunehmend und die Durchsetzung des sozialen Friedens wurde unmöglich. Isabel schließlich ging auf dem – von Peron vorgezeichneten – offen arbeiterfeindlichen Kurs immer weiter voran. Ein Weg, der konsequent zur immer brutaleren politischen Repression und auf wirtschaftlicher Ebene zum Plan Rodrigos führte, der die Massenkämpfe auslöste.

Der Volkswiderstand wächst

Die Breite und Stärke der Kämpfe zeigte erneut, daß die argentinische Arbeiterklasse nicht bereit ist, das Konzept der offenen und brutalsten Abwälzung der Krise auf das Volk kampflos hinzunehmen. Diejenigen Sektoren des Peronismus, die mit allen Mitteln die Faschisierung in Argentinien voranzutreiben versuchten, nämlich die Mafia um Lopez Rega und Isabel, haben sich vor dem argentinischen Volk entlarvt.

Die Absetzung von Rega, der Organisator der geheimen Terrororganisation „AAA" (Antikommunistische Allianz Argentiniens") war, der Rücktritt von Rodrigo und die Erzwingung des Generalstreiks sind daher ein großer Erfolg der Kämpfe der Arbeiterklasse. Diese hat sich damit von der Enttäuschung über die unerfüllten Hoffnungen und Erwartungen, die sie in die peronistische Regierung gesetzt hatte, wieder erholt. Andererseits zeigt sich, daß der Peronismus ideologisch noch nicht überwunden ist, wenn auch die zunehmende Radikalisierung und Militanz die ideologischen Grundlagen des Peronismus – Klassenversöhnung statt Klassenkampf – mehr und mehr angreift und den Prozeß des organisatorischen Zerfalls der Peronistischen Bewegung beschleunigt. (Dazu weiter unten.)

Zweifellos wichtigste Kraft und Motor der Massenkämpfe sind PRT/ERP, heute die stärkste bewaffnete Organisation Südamerikas, und die Montoneros vom linken Flügel der Peronisten, die im Verlauf der letzten Ereignisse eine starke Linkswendung vollzogen haben und vollziehen.

Organisation Südamerikas, und die Montoneros vom linken Flügel der Peronisten, die im Verlauf der letzten Ereignisse eine starke Linkswendung vollzogen haben und vollziehen.

Die PRT/ERP wächst

Als die Peronisten in Argentinien „wiederzugelassen" wurden und Campora an die Macht kam, geriet die PRT/ERP (Revolutionäre Arbeiterpartei und ihr bewaffneter Arm, das Revolutionäre Volksheer) in eine schwierige politische Phase. Die Massen waren voller Illusionen in die peronistische Regierung, die die Militärdiktatur unter Lanusse ablöste, und jubelten Campora und später Peron zu. Die PRT/ERP gab ihre Waffen nicht ab und kündigte an, daß sie den bewaffneten Kampf gegen die imperialistischen Monopole und das Militär fortsetzen werde. Gleichzeitig kämpfte sie gegen die bürgerliche Ideologie des Peronismus und die peronistische Regierung als letzte Karte der Bourgeoisie. Verzichtet wurde anfangs allein auf bewaffnete (nicht politische) Angriffe gegen die Regierung, weil die Massen dieser Regierung noch vertrauten und solche Aktionen nicht verstanden hätten. Die Linksperonisten, insbesondere die Montoneros, kritisierten zunächst diese Politik der PRT auf's Schärfste, die ideologischen Auseinandersetzungen intensivierten sich. Jetzt, zwei Jahre später, hat sich die Einschätzung und Politik der PRT/ERP gegenüber Peron als richtig erwiesen.

Die Montoneros auf Linkskurs

Die Montoneros hatten zunächst mit allen Mitteln für die peronistische Regierung gekämpft und mit dem Regierungsantritt Camporas sämtliche bewaffnete Aktionen eingestellt. Angesichts der zunehmend arbeiterfeindlichen Politik der Regierung nahmen die Montoneros dann im Herbst '74 – noch zu Lebzeiten Perons – ihre bewaffneten Aktionen wieder auf, um die peronistische Bewegung gegen „ihre Verräter" zu verteidigen. Peron selber wurde dabei nie oder nur sehr vorsichtig angegriffen, obwohl er persönlich die massive Repression gegen die Montoneros und die gesamte peronistische Linke einleitete. Heutiges Ziel der Montoneros ist die Absetzung von Isabel und der Kampf für den „wahren" Peronismus. D.h. eine Politik, wie Peron sie 1943/44 entwickelt hatte und an deren Tradition Campora anzuknüpfen versucht hatte. (Die damalige Machtübernahme von Peron war von einer infolge des zweiten

Vormarsch der Linken

Weltkrieges außerordentlich vorteilhaften Stellung Argentiniens als Agrarexporteur auf dem Weltmarkt begleitet. Dies ermöglichte sowohl die Finanzierung der Nationalisierungen und den Beginn des Aufbaus schwerindustrieller Anlagen, als auch soziale Zugeständnisse an das argentinische Proletariat. Peron gelang es damit, sich eine breite, soziale Basis zu schaffen. Nach Kriegsende änderten sich die ökonomischen Grundlagen, dem Programm Perons war der Boden entzogen. 1955 wurde er von Militärs gestürzt und flüchtete nach Madrid. Seitdem lastet das unerfüllbare Programm Perons wirtschaftlich und politisch auf der argentinischen Bourgeoisie, da sie derartige Zugeständnisse nicht verkraften kann, ideologisch auf der Arbeiterklasse, da es ihre Wünsche und Forderungen auf den Pfad der Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie zu treiben versucht.)

Der politische Arm der Montoneros ist die „Authentische Peronistische Partei" (APP), die im Frühjahr dieses Jahres kurz vor den Provinzwahlen in Misiones gegründet wurde. Obwohl die APP in Misiones nur einen sehr kurzen Wahlkampf führen konnte, die Provinz fast keinerlei kämpferische Tradition hat und obwohl Lopez Rega den Wahlkampf mit massivem Stimmenkauf führte (Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände im Wert von acht Millionen Dollar wurden verteilt, „FAZ", 21. 7.), konnte die APP (im Wahlbündnis mit der Tercera Posicion, einer weiteren Abspaltung der peronistischen Partei) 9,5% der Stimmen gewinnen. – Das ist ein beachtlicher Erfolg, der auf die Ausdehnung und Verbreiterung der APP in ganz Argentinien schließen läßt. (Zu den Positionen der argentinischen Linken: siehe DIE INTERNATIONALE Nr. 11.)

Der Prozeß der Einheit im Lager des Volkes ist fortgeschritten

Fast alle bewaffneten Organisationen von einiger Bedeutung haben sich inzwischen zusammengeschlossen. So hat sich die FAR (Revolutionäre Streitkräfte) schon vor über einem Jahr den Montoneros angeschlossen. Nach der FAP (Peronistische Streitkräfte, die links von den Montoneros standen), ist kürzlich auch die FAL (Befreiungsstreitkräfte) in die ERP eingetreten. Dadurch ist die ERP, der bewaffnete Arm der PRT, weiter gestärkt worden. Dieses Zusammengehen ist auch ein Zeichen für das Anwachsen der revolutionären Kräfte Argentiniens.

Auf der Ebene der Gewerkschaften gibt es verschiedene Formen der Zusammenarbeit zwischen den Linken. Zum einen existieren klassenkämpferische Gewerkschaften, bzw. Gewerkschaftskomitees, die nicht nur für ökonomische Forderungen und innergewerkschaftliche Demokratie kämpfen, sondern auch den uneingeschränkten Klassenkampf propagieren und entwickeln. Die Zusammenfassung dieser Klassengewerkschaften erfolgt im MSB (Gewerkschaftliche Basisbewegung), der von der PRT gegründet wurde. Der MSB ist je nach regionalen Besonderheiten unterschiedlich organisiert, zum Teil innerhalb, zum Teil auch außerhalb der traditionellen peronistischen Gewerkschaften. (In Salta z.B. arbeitet der MSB innerhalb der CGT, dem nationalen Dachverband der peronistischen Gewerkschaften, und ist dort so stark, daß er eine völlige Mobilisierung – für einen Streik oder andere Kampfmaßnahmen – durchsetzen kann.)

Zum zweiten gibt es sogenannte „kämpferische Gewerkschaften", die sich noch nicht eindeutig vom Peronismus gelöst haben, aber entschieden gegen die nationalen Gewerkschaftsbürokraten vorgehen und militante Streiks etc. durchführen. (Die Gewerkschaftsbürokratie in Argentinien spielt eine andere Rolle als die in der BRD. Sie arbeitet mit regelrechten Mafiamethoden, ungeheurer Korruption, Zusammenarbeit mit den Militärs, bewaffnete Schlägertrupps werden gegen Gewerkschafterversammlungen eingesetzt usw.). Vor kurzem wurde eine nationale Koordinierungsorganisation für diese kämpferischen Gewerkschaften gegründet, in der unter anderem auch PRT und Montoneros vertreten sind.

Über die gewerkschaftliche Zusammenarbeit hinaus bildete sich eine „Nationale Koordination gegen Folter und Repression", in der die Jugendorganisationen verschiedener bürgerlicher Parteien, die Montoneros und PRT zusammenarbeiten. In diesen Organisationen arbeiten auch Mitglieder der revisionistischen KP Argentiniens, wobei aber die KP als Partei in den Massenkämpfen eine untergeordnete Rolle spielt, da sie sich im wesentlichen nur auf kleinbürgerliche Schichten in Buenos Aires stützt.



Argentinisches Militär durchsucht ein Bauernhaus nach Guerillas

Der Generalstreik – vorbereitet durch die Revolutionäre und übrige Linke

Die wichtigsten Kämpfe der letzten Monate wurden von der revolutionären Linken initiiert. So auch der Generalstreik, bei dem auch die Montoneros eine große Rolle spielten. Er fand n u r statt, weil die Klassengewerkschaften und die linken peronistischen Gewerkschaften zahlreiche und massive Kampfmaßnahmen durchführten und z.B. in Cordoba den Generalstreik schon eine Woche früher in die Tat umsetzten. Die CGT-Führer mußten den Generalstreik ausrufen, sonst wären sie überrollt worden.

Besondere Bedeutung hatten in der Entwicklung auf den Generalstreik hin die Kämpfe von Villa Constitucion. In Villa war die Wahl der regionalen Gewerkschaftsführung jahrelang verschleppt und verhindert worden. Als dann Ende letzten Jahres die Wahl endlich durchgesetzt werden konnte, wurde eine revolutionäre, kämpferische Führung gewählt. Daraufhin ließen die CGT-Bosse in Übereinstimmung mit der Regierung die neue Führung sofort verhaften. 5.000 Stahlarbeiter traten in Streik. Die Kollegen zahlreicher Betriebe und die Bevölkerung aus der Umgebung von Villa solidarisierten sich, in ganz Argentinien fanden Spendensammlungen und Solidaritätsaktionen statt. Arbeiter von Villa führten selbständig militante Aktionen durch. Nach 60 Tagen Streik wurde so die Mehrheit der kämpferischen Gewerkschaftsführer freigelassen und übt jetzt auch ihre Funktion aus. Diese Kämpfe (genauer Bericht dazu in AK Nr. 63) haben der Arbeiterbewegung in Argentinien einen wesentlichen Aufschwung und Antrieb gegeben.

Hier noch einige Beispiele von Aktionen, die zur Durchsetzung des Generalstreiks beigetragen haben:

- Es gab „wilde" Streiks in den Bereichen Textil, Plastik, Papier, Autoindustrie, öffentlicher Verkehr und in Mendoza, Chubut und Cordoba („NZZ", 5.7.).
- In Avellaneda, einem Arbeitervorort von Buenos Aires, versammelten sich Tausende von Arbeitern, stoppten Autobusse. Die Fahrgäste mußten aussteigen und die Busfahrer sollten die Arbeiter zum Präsidentenpalast von Buenos Aires bringen. Die Regierung konnte sich gegen diesen Ansturm nur wehren, indem sie die Brücken, die die Innenstadt von Buenos mit den Vororten verbinden, hochziehen und absperren ließ („FAZ", 5.7. Die argentinische Bourgeoisie sah wohl schon Petersburg 1917 vor sich?!).
- In La Plata rief die regionale Gewerkschaftsführung dazu auf, Isabel nicht mehr als die Vorsitzende der peronistischen Partei anzuerkennen (1.7.).

Ergebnis des Generalstreiks, der – abgesehen von einem Notdienst – mit 100 %iger Beteiligung durchgeführt wurde, sind die ursprünglich geforderten Lohnerhöhungen von 80 bis 130%, die allerdings bei der rasenden Inflation schon jetzt wieder ausgeglichen sind. Außerdem wurde ein „Tag der nationalen Arbeit" ausgehandelt, d. h. jeder Arbeiter soll einen Tag im Monat gratis (ohne Lohn) für die „Wiederherstellung der Wirtschaft" arbeiten.

Der Druck der Arbeiter war aber so groß, daß die CGT-Führer es sich nicht leisten konnten, allein mit diesem „Kompromiß" aufzutreten. Sie stellten kurz darauf ein Programm auf, das unter anderem fordert: Verstaatlichung der Banken, des Aussenhandels, der Monopole usw. D.h. ein Programm, das niemals unter einer bürgerlichen Regierung realisierbar ist. (Die einzelnen Forderungen sind übrigens dem PRT(!)-Programm entnommen.) Die CGT-Führer sind im Moment einem ungeheuerlichen Druck von zwei Seiten ausgesetzt. Erstens von Seiten der Arbeiter und zweitens vom Imperialismus, der nicht bereit ist, solche „Abenteuer" zu unterstützen. Sie haben das Programm aufgestellt, um die Massen zu beruhigen, aber niemand von Seiten der Herrschenden wird diese Pille schlucken.

Die Piloten einer argentinischen Fluggesellschaft, die Kollegen aus dem öffentlichen Verkehr, in den Fordwerken und bei General Motors setzten ihren Streik nach Beendigung des Generalstreiks fort, mit Forderungen für höhere Löhne, gegen die Abgabe eines Tageslohns und für die Freilassung von politischen Gefangenen. (Der Streik bei Ford ist inzwischen beendet, nachdem die Geschäftsleitung mit der Stillegung des Werkes drohte und die militanten Führer der Kämpfe verhaftet wurden („FAZ", 26.7.), über den Stand der anderen Kämpfe ist derzeit nichts bekannt.) „Es gärt weiter in den Betrieben", schrieb die bürgerliche Presse dazu.

Anfang August streikten die Drucker, Setzer und Redakteure von „La Nacion" (der „FAZ" Argentiniens) für Lohnerhöhungen von 100% und für die Freilassung von Raimundo Ongaro, dem Vorsitzenden der kämpferischen Druckergewerkschaft, der seit ca. einem Jahr inhaftiert ist. „Solche Episoden wiederholen sich täglich im ganzen Land und in allen Bereichen" („FR", 8.8.).

Ausdruck der Kampfbereitschaft der argentinischen Arbeiterklasse sind auch die Massenaktionen gegen die faschistische Mafia des Peronismus um Isabel und Lopez Rega. Hier eine Auswahl:

- Ende Juni forderten 70.000 Menschen auf dem Plaza de Mayo (großer Platz in Buenos Aires) den Rücktritt von Lopez Rega („SZ", 30.6.).
- Überall konnte man Flugblätter von den Montoneros finden, die den Rücktritt Isabels forderten und zu Massenkundgebungen aufriefen („FAZ", 5.7.).
- Am 4.7. demonstrierten 100.000 Menschen vor dem Präsidentenpalast unter Parolen wie: „Das Volk für Peron (!!), die männliche Hexe (= Lopez Rega) vor das Exekutionskommando" („FR", 8.7.).
- In den Industrievierteln von Buenos Aires kam es zu Zusammenstößen zwischen der Polizei und Tausenden von bewaffneten (!) Arbeitern, die Parolen der Montoneros riefen.

Sowohl die ERP als auch die Montoneros führten starke bewaffnete Kämpfe durch, die offensichtlich immer mehr Unterstützung der Bevölkerung finden.

Tucuman ist dabei das wichtigste Ereignis für Argentinien, wenn nicht für ganz Lateinamerika. In dieser Provinz leistete die PRT (bzw. die Vorläufer der PRT) seit fast zehn Jahren eine politische Arbeit unter den Massen. Seit gut einem Jahr kämpft die Landkompanie der ERP in dieser Provinz. Trotz des konzentrierten Einsatzes von Tausenden von Soldaten, modernen Waffen, Hubschraubern ist es dem Militär in über sechs Monaten nicht gelungen, die Landkompanie zu zerschlagen.

Das wichtigste Ereignis war Ende Juli die Schlacht von Manchala. Die Armee verlor 28 Männer, die ERP zwei. (Einer der Gefallenen war ein Genosse des chilenischen MIR, der in Argentinien in der ERP kämpfte – dies im Rahmen der internationalistischen Zusammenarbeit der Organisationen der revolutionären Koordinationsjunta von Lateinamerika.)

Nach dieser Schlacht brachen die Militärs ihr „Soziales Programm" für Tucuman als zwecklos ab, das sie nach der Ablösung einer gewählten zivilen Regierung durchführen wollten. So hatten sie z.B. eine Krankenversorgung und soziale Einrichtungen organisiert, Lebensmittel verteilt usw., um die Bevölkerung zu beruhigen und die ERP zu isolieren. Der Abbruch des Programms zeigt, daß diese Art sozialer Demagogie in Tucuman nicht mehr verfängt. In dieser Situation leiteten die Militärs – in Argentinien bisher einmalige – Repressionsmaßnahmen ein: In der Schule Nr. 31 in Famailla wurde ein KZ errichtet. In ganz Tucuman ist seitdem der „Belagerungszustand" ausgerufen mit nächtlichem Ausgehverbot. Die Hauptstadt wird regelrecht durchkämmt. Das Militär sperrt dazu ganze Stadtteile ab. Wenn man hinaus will, zum Beispiel zur Arbeit, muß man den Personalausweis abgeben und abends wieder abholen. Das Militär regiert heute offen die Provinz, die Zivilregierung existiert praktisch nicht mehr. Trotz dieser Repression gehen die Aktionen der ERP weiter, und nach Berichten aus Argentinien wird die ERP in Tucuman, gerade als Folge der Repression, jeden Tag größer. Auch in anderen Teilen des Landes wurden und werden erfolgreiche bewaffnete Aktionen durchgeführt:

- Anfang Juli griff eine Einheit der Montoneros in Cordoba Einrichtungen der Bourgeoisie an. Bomben und automatische Waffen wurden gegen Pressebüros, die Stadtverwaltung, Geschäfte und Banken eingesetzt. Es wurden Flugblätter verteilt mit dem Aufruf: „Übernehmt die Straßen" („FR", 10.7.).
- Ende Juli fand ein zweiter Angriff in Cordoba statt. Im Stadtzentrum gingen Bomben hoch und es gab ein zweistündiges Gefecht mit der Polizei („FAZ", 1.8.).
- Ebenfalls Ende Juli führten die Montoneros einen Angriff auf Polizei- und Militärposten und Geschäftszentren in Buenos Aires durch.
- Ende Juni griff eine Guerillaeinheit (wahrscheinlich der ERP) die Kaserne eines Eliteregiments in Buenos Aires an. Es gab eine Auseinandersetzung mit Maschinengewehren, Handgranaten, Kanonen. Die Armee wurde in Alarmbereitschaft versetzt.
- Mitte Juli wurde der Bürgermeister von La Plata, ein Anhänger von Lopez Rega, liquidiert.

Das Ausmaß und der Erfolg der bewaffneten Aktionen deuten den Vormarsch der linken Bewegung an. Die Tatsache, daß die ERP in Tucuman nach wie vor arbeitet, oder auch die Angriffe in Großstädten wie Cordoba und Buenos Aires beweisen die Stärke der revolutionären und linksperonistischen Organisationen, die nur möglich ist bei weitgehendem Rückhalt und Verankerung in der Bevölkerung.



Brutales Vorgehen der Polizei gegen demonstrierende Arbeiter

Bourgeoisie auf Lösungssuche

Die argentinische Bourgeoisie hat es mit zwei zusammen nicht lösbaren Problemen zu tun: Der wirtschaftlichen Krise einerseits und dem starken Volkswiderstand und der anwachsenden revolutionären Bewegung andererseits. Dabei zeigt die Belassung der völlig abgewirtschafteten Isabel im Amt, einhergehend mit ständigem Wechsel hoher Regierungsämter, die Zerstrittenheit der Bourgeoisie und ein anwachsendes Machtvakuum. Spekulationen der bürgerlichen Presse mit leiser Hoffnung auf die derzeitigen Oppositionsparteien, sie könnten dieses Machtvakuum ausfüllen, sind ziemlich unsinnig (z.B. betreffs der Radikalen Bürgerunion, die sich mit ziemlich massiver Kritik an der volksfeindlichen Wirtschaftspolitik und an Isabel/Lopez Rega um Imagepflege mühte, um den Anschluß an die Stimmung in den Massen vor allem auch kleinbürgerlicher Schichten nicht zu verlieren. Die Radikale Partei wird aber keineswegs die Arbeiterklasse binden können.

Die entscheidende Rolle spielen vielmehr die Militärs, wenn auch mehr im Hintergrund. Sie haben bisher keine öffentliche Stellungnahme zur politischen und wirtschaftlichen Lage abgegeben und halten sich vielmehr (taktisch klug) aus den Konflikten heraus („FAZ"), sieht man einmal von Tucuman ab. Das bedeutet aber nicht, daß das Militär schweigend im Abseits stünde, vielmehr finden seit mehreren Wochen ständig Gespräche zwischen führenden Generälen und Isabel statt, ebenso mit bürgerlichen Oppositionsparteien (vor allem der Radikalen Bürgerunion), mit dem Verteidigungsminister. Vertreter der drei Waffengattungen (Heer, Marine, Luftwaffe) verhandelten untereinander („FR", 9.7.), und kürzlich führte der Armeechef Laplane Gespräche mit den Chefs sämtlicher Wehrbezirke („FAZ", 12.7.). Ständige Beratungen finden auch zwischen Militärs und Gewerkschaftsführung (!!) statt („FAZ", 26.7.).

Fortsetzung Seite 28

„ML" und „Revis" in Argentinien

Die **PCR** – argentinische Bruderpartei der „KPD/ML"– rief bei Regionalwahlen in der argentinischen Provinz Misiones dazu auf, die Vertreter des rechten Peronismus zu wählen. Begründung: Lopez Rega und Isabel Peron würden den nationalistischen Kurs der Dritten Welt vertreten und stünden in „Opposition zu dem faschistischen Imperialismus der Yankees und der Russen". Zum Glück, oder gerade darum, ist die PCR in Argentinien völlig unbedeutend. (Aus „Apal", Lateinamerikanische Presseagentur, 28.4. 75).

Die KP Argentiniens hat sich nach langjähriger und „treuer" Unterstützung der Regierung Perons und Isabels etwas Neues zur Lösung der Probleme (der Bourgeoisie) einfallen lassen: Sie fordert eine Regierung aus einem breiten Bündnis aller demokratischen Kräfte und Parteien – und jetzt kommt es – unter Einbeziehung des Militärs! Dies wohlbemerkt in Argentinien, wo das Militär zu den verhaßtesten Institutionen gehört und im Militär nicht einmal die geringsten Anzeichen einer peruanischen oder portugiesischen Strömung von gewisser Bedeutung erkennbar sind. (Nach „FAZ", 28.7.)

Fortsetzung Seite 27

Das alles deutet auf eine intensive Vorbereitung und Planung der Militärs hin, unter Vermeidung eines offenen Putsches zum augenblicklichen Zeitpunkt.

Erstens können auch die Militärs zur Zeit die wirtschaftliche Krise – etwa durch einen Putsch – nicht lösen. *„Die Militärs haben inzwischen begriffen, daß mit Bajonetten allein die wirtschaftlichen Schwierigkeiten derzeit nicht zu beheben sind"* (Kurier am Mittag, 29.7.). Oder wie „Le Monde" (17.7.) es ausdrückte: *„Jedermann in Argentinien ist überzeugt, daß die Lösung der politischen Krise nicht mehr ausreicht, um eine verrückt gewordene Wirtschaft wie durch einen Zauber zu reparieren"*.

Dabei ist eben die wesentliche Frage, ob die politische Krise (d.h. die Massenbewegung) in der augenblicklichen Situation durch ein direktes Eingreifen des Militärs (also durch Repression) eingedämmt werden kann. Die bisherigen Militärdiktaturen in Argentinien hatten immer eine breite, oftmals starke peronistische Massenbewegung gegen sich (General Ongania z.B. mußte nach dem Volksaufstand in Cordoba 1969 abgelöst werden.) Jetzt bietet sich ihnen die Chance, den völligen Verschleiß des Peronismus abzuwarten und so wesentlich günstigere Bedingungen für eine Machtübernahme zu schaffen.

Aus diesem Grunde strebt das Militär an, „erst fünf Minuten n a c h zwölf" („FAZ", 26.7.) einzugreifen, um sich so weit wie möglich als „Retter der Nation" profilieren zu können und einen breiten und massiven Volkswiderstand (der zum jetzigen Zeitpunkt zu erwarten wäre) zu verhindern. Hinzu kommt, daß das Militär zur Zeit noch nicht stark genug ist, um der Revolutionären Linken und bewaffneten Organisationen wie den Montoneros entscheidende Schläge zu versetzen. Die Ereignisse in Tucuman und die letzten Aktionen von Buenos und Cordoba sind Niederlagen, die derzeit nicht ohne weiteres aufzufangen und zu verhindern sind.

Und drittens schließlich müssen vor einem Eingreifen der Generäle die eigenen Reihen auf einen gemeinsamen Kurs ausgerichtet werden; dies nicht zuletzt auch in Bezug auf die Soldaten der unteren Ränge, bei denen es Unruhe und Unzufriedenheit geben soll, insbesondere wegen der extremen Verschlechterung der Lebensbedingungen („FR", 9. 7.).

So wurde Ende Juli der erste Appell des Militärs an alle Einheiten veröffentlicht. Es wird dort auf- der Lebensbedingungen („FR", 9. 7.).

So wurde Ende Juli der erste Appell des Militärs an alle Einheiten veröffentlicht. Es wird dort aufgerufen zur „Geschlossenheit" und zum „Zusammenhalt der drei Teilstreitkräfte". Der Luftwaffenchef versicherte, daß sich die Luftwaffe in nichts einmischen werde, was sie nichts angehe (?), daß sie aber auch *„keinerlei Störung der institutionellen Ordnung im Lande zulassen"* werde. Die Führung des Heeres warnte vor der Gefahr, *„daß terroristische Elemente die Ordnung stören."*(„SZ", 29.7.)

Das erste Ziel der Generäle war die Entmachtung der peronistischen Mafia um Isabel, um die Massenkämpfe einzudämmen. (Es war eine Militäreinheit, die die Leibgarde von Lopez Rega entwaffnete, bevor er ins Exil geschickt werden konnte, und es ist nicht bekannt, daß Isabel als Oberkommandierende der Streitkräfte jemals den Befehl zu dieser Entwaffnungsaktion gegeben hätte, „FAZ", 26.7.). Inzwischen sind auch alle engeren Vertrauten Regas aus ihren Positionen entfernt. Der nächste Schritt ist allen Anzeichen nach die Einrichtung einer Regierung, in der die Generäle entscheidenden Einfluß haben, ohne sich aber in den Vordergrund zu stellen.

In diese Planung paßt die letzte Kabinettsumbildung von Anfang August: Als Innenminister (!) wurde ein Militär, Oberst Vincente Damasco, eingesetzt, wenn auch einige Militärs dies direkt sichtbare Engagement für verfrüht hielten („FR", 15.8.), wegen der „Gerüchte um einen Militärputsch" (!). Die Militärs werden ihren Einfluß auf die Regierung nutzen, um ihren Machtanspruch und den militärischen Apprat zu stärken, ohne aber vorerst allzu offen aufzutreten. Die brutale Unterdrückung und das Vorgehen in Tucuman geben die Richtung an, die die Generäle ansteuern, die sie aber noch nicht für ganz Argentinien durchsetzen können. Darauf aber bereiten sie sich intensiv und auf allen Ebenen vor. Insofern sind das Militär und die argentinische Linke in einen Wettlauf mit der Zeit getreten. ●

Südamerika-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Nach den Wahlen sprachen sich DC und PSDI sehr entschieden gegen Koalitionen mit der PCI aus. Insbesondere versuchten sie, in diesem Sinn die PSI unter Druck zu setzen. Die PSI hatte bisher vielfach in Koalition mit der DC und PSDI sowie der „Republikanischen Partei" (PRI) gestanden – das sogenannte „Centro-Sinistra" (Mitte-Links-Bündnis). Die PSI unterstütze bisher auch „von außen" die von DC und PRI gebildete Regierung Moro.

Die PSI entschied sich jedoch schon bald nach den Wahlen für die Linie *„Linksverwaltungen überall, wo es möglich ist"*. Diese Linie wurde Anfang Juli auf einem Treffen der Regional- und Provinzial-Sekretäre der PSI bekräftigt.

Bis Anfang August waren in fünf Regionen, in 29 Provinzen und in über 30 größeren Städten „Linksverwaltungen" („giunte di sinistra") zustande gekommen – d.h. in einem Drittel des Landes! –(lt. „Corriere della Sera"). Diese Angaben sind jedoch unvollständig, da die Regierungsbildungen noch nicht abgeschlossen sind.

Von den Regionen standen schon bisher drei unter linker Verwaltung (Koalition PCI-PSI) – nämlich Toscana, Umbrien und Emilia-Romagna. Dazu kamen nunmehr Ligurien und Piemonte (das ist die Region, in der Turin liegt). In Ligurien haben PCI und PSI 21 von 40 Sitzen, In Piemonte dagegen nur 30 von 60; hier verhalf ihnen ein „Überläufer" (wahrscheinlich von der PSDI) zur Mehrheit. In der Region Marche/Marken (Mittelitalien) verfügen PCI und PSI ebenfalls genau über die Hälfte der Sitze. Auch hier wäre eine linke Verwaltung noch möglich.

In einigen anderen Regionen waren DC und PSDI gezwungen, ihre schroff antikommunistische Haltung (keine Zusammenarbeit mit der PCI) zu revidieren. So wurde erstmals in der Lombardei (Region um Mailand) eine sogenannte *„offene Mitte-Links-Regierung"* gebildet. Das heißt, daß die PCI zwar in der Opposition ist, aber bei der Festlegung des Regierungsprogrammes und auch zukünftig „konsultiert" werden soll. Eine ähnliche Regelung kam in Campania (Region um Neapel) zustande – hier stimmten alle Parteien, einschließlich der PCI (ausgenommen nur die neofaschistische MSI) dem Regierungsprogramm zu. Eine „offene Mitte-Links-Regierung" wird auch für die Regionen Latium (um Rom) und Basilicata (Süditalien) diskutiert.

Die PSI hat erklärt, daß sie im „offenen Mitte-Links–Bündnis" auch die einzig mögliche und akzeptable Form für die Zentralregierung in Rom sieht.

Von den Städten blieben natürlich u.a. Bologna, Ferrara, Mo- die einzig mögliche und akzeptable Form für die Zentralregierung in Rom sieht.

Von den Städten blieben natürlich u.a. Bologna, Ferrara, Modena (Mittelitalien) unter linker Verwaltung; hier brachte es die PCI am 15. Juni sogar zur absoluten Mehrheit.

Bestätigt wurde auch die linke Verwaltung (PCI-PSI) in Genua.

Erstmals seit der Zeit kurz nach dem Krieg bekamen aber auch Florenz und Turin wieder linke Verwaltungen. Turin ist die erste westeuropäische Großstadt mit einem „kommunistischen„ Bürgermeister. Eine linke Verwaltung bekam auch Venedig.

Während in diesen Städten PCI und PSI allein ausreichende Mehrheiten hatten, kam es in anderen Städten nur mit Hilfe von „Überläufern" anderer Parteien zu linken Mehrheiten.

Das wohl sensationellste Beispiel war Mailand, wo PCI und PSI sowie („il manifesto" – eine von der PCI abgespaltene kleinere Partei, die bei den Wahlen am 15. Juni auf etwa 1,4% kam) zusammen genau die Hälfte der Sitze hatten. Hier verhalfen drei Abgeordnete der PSDI und zwei der DC zur Mehrheit (44 von 79 Stimmen).

In Cremona (Lombardei) war es ein Abgeordneter der PRI, der „absprang" und damit eine linke Kommunal-Verwaltung ermöglichte; in Imperia (Ligurien) war es ein Abgeordneter der PSDI.

In Neapel, geradezu einem „Erbhof" des rechtesten Klüngels in der DC, wurde ein PRI-Mann zum Bürgermeister gewählt! Für ihn stimmten a l l e Parteien (einschließlich der PDUP) – lediglich die neofaschistische MSI stimmte dagegen, während die DC grollend weiße Zettel abgab.

Ähnliche Konstellationen gab es dutzendfach in den kleineren Städten und Gemeinden. wo vielfach die PSDI, teilweise auch die PRI, und sogar die DC, mit einzelnen „Überläufen" zur Bildung linker Verwaltungen beitrug.

Und dies, obwohl die Zentralen von PSDI und DC –die PRI etwas „gemäßigter" – mit bedingungslosem Ausschluß gegen jedes Mitglied anworteten, das die Bildung linker Verwaltungen unterstützt.

In Mailand z.B. bildeten die drei ausgeschlossenen PSDI-Abgeordneten gleich eine neue Gruppierung, die sogenannte „Einheitliche Bewegung der sozialistischen Initiative" (MUIS). Mailand ist ein anschauliches Beispiel, daß es sich dabei nicht unbedingt um eine Linksentwicklung innerhalb der PSDI handel muß. MUIS-Gründer Pillitteri ist eng der Bau-Industrie verpflichtet. In der alten Stadtverwaltung („Mitte-Rechts") war er Verantwortlicher für „Private Bauwirtschaft"; in der neuen Verwaltung hat er das Amt des Verantwortlichen für „Stadtplanung" bekommen. Offenbar hat ihn zu seinem „Überlaufen" vor allem die Angst getrieben, den Zug zu verpassen.

Ähnlich dürfte es dutzenden von Pöstchenhaltern der PSDI,PRI und teilweise sogar der DC in Städten und Gemeinden gegangen sein, die Angst haben, daß sie zu kurz kommen, wenn sie jetzt nicht rechtzeitig von „Mitte-Rechts" auf „Links" umsteigen. Die Ausschlußdrohung der Parteizentralen erscheint dagegen fast belanglos.

Tatsächlich gibt es aber gerade in der PSDI offenbar auch eine weit verbreitete große Unzufriedenheit an der „Basis". Die Führung der PSDI hat in der Vergangenheit in noch schärferer Weise als die DC jede Zusammenarbeit mit der PCI abgelehnt. Diese Haltung läßt sich immer weniger aufrechterhalten.

Der frühere PSDI-Funktionär Galluppi, inzwischen Gründer einer „Union für die Erneuerung der Sozialdemokratie", behauptet, daß seit dem 15. Juni rund 50.000 (von insgesamt 2- 300.000) Mitgliedern der PSDI die Partei verlassen haben (lt. „Corriere d.S.", 6.8.).

Der „Corriere" selbst gibt an, daß etwa 25% aller Regional-, Provinzial- und vor allem Kommunal-Abgeordnete der PSDI bereit seien, in Linksverwaltungen einzutreten.

„Dicke Luft" herrschte in den PSDI-Sektionen von Genua, Turin, Asti, Vercelli, Brescia, Pavia, Mestre (Industrizentrum bei Venedig), Rovigo, Belluno („CdS", 6.8.). In Pisa und Pistoia (Toscana) soll es „gären" („CdS", 6.8.). In Triest habe eine ganze Sektion mit 500 eingeschriebenen Mitgliedern die Beziehungen zur Partei abgebrochen („CdS", 6.8.). Als weitere Beispiele seien Arezzo, Lucca und Viareggio (alle Toscana) genannt, wo es in der PSDI ebenfalls Ansätze zur „Revolte" geben soll („CdS", 6.8.).

Die heftigen Auseinandersetzungen gehen natürlich auch in die von den Sozialdemokraten mitbeeinflußte Gewerkschaft UIL hinein.

Krise der DC – Jeder gegen jeden

Krise der DC – Jeder gegen jeden

Schwer hat es auch die DC erwischt, deren Funktionäre sich daran gewöhnen müssen, daß es mit der ungefährdeten Pöstchen-Verteilung wohl vorbei ist, und unter deren werktätiger Basis die Klassenkämpfe der letzten Jahre ihre Spuren hinterlassen haben.

Am deutlichsten wurde die Krise der DC nach dem 15. Juni im Sturz des Parteichefs Fanfani (Vertreter der äußersten Rechten) und in der dann folgenden Unfähigkeit, sich auf einen neuen Parteichef zu einigen sowie im zunehmend härteren Clinch der Fraktionen untereinander und sogar der Spaltung bisheriger Fraktionen.

In der DC bestehen traditionsgemäß verschiedene Fraktionen („Correnti" =Strömungen), die offen auftreten und zu bestimmten Anteilen – entsprechend ihrer Stärke in der Partei – in den Führungsgremien vertreten sind. „Correnti" gibt es auch in den anderen bürgerlichen Parteien wie PSDI und PSI.

In der DC vor allem funktionierten die „Correnti" bisher wohl in erster Linie als „Seilschaften" bei der Vergabe von Posten; in zweiter Linie auch als Ausdruck unterschiedlicher politischer Tendenzen.

Die stärkste Fraktion sind die „dorotei" – so genannt nach ihrem Gründungsort, dem Konvent der „Heiligen" Dorotea in Rom. Sie hatten 34,2% der Delegierten auf dem letzten Parteitag und haben 70 Delegierte im Nationalrat. Ihnen gehören Politiker wie Rumor (Vorgänger Moros als Regierungschef), Piccolli, Taviani an.

Zweitstärkste Gruppe sind die Fanfani-Anhänger, nach ihrem Organ auch als „Nuove Cronache" (Neue Chronik) bezeichnet. Sie sind der rechteste Flügel der DC. 19.8% der Delegierten auf dem letzten Parteitag, 50 Delegierte im Nationalrat.

Die Gruppe um Colombo und Andreotti (auch „Impegno democratico" =Demokratische Verpflichtung) ist etwa zwischen „dorotei" und Fanfani-Anhängern einzuordnen. 16,5% der Delegierten auf dem letzten Parteitag, 38 Delegierte im Nationalrat.

Italien
Auf dem Weg zum

Fortsetzung von Seite 1

„Forze Nuove" (Neue Kräfte) um Arbeitsminister Donat Catin steht auf dem linken Flügel der DC. 10% der Delegierten auf dem letzten Parteitag, 18 Delegierte im Nationalrat.

Die zweite linke Fraktion ist die „base" (Basis) um De Mita, Granelli und Galloni. 10,8% der Delegierten auf dem letzten Parteitag, 20 Delegierte im Nationalrat.

Kleinste Gruppe sind die „morotei" um den Regierungschef Moro. 8,7% der Delegierten auf dem letzten Parteitag, 15 Delegierte im Nationalrat. Als „Zünglein an der Waage" ist ihr Einfluß erheblich.

Fanfani, Politiker mit anrüchiger Nazi-Vergangenheit, hatte es wiederholt geschafft, die DC in Situationen der Krise und innerer Streitigkeiten um seine extrem reaktionäre Linie zu scharen. Nachdem 1960 die scharf rechtsgerichtete DC-Alleinregierung Tambroni (die nur mit Unterstützung der Neofaschisten regieren konnte!) von militanten und teilweise blutigen Massenkämpfen weggefegt worden war, war Fanfani von Juli 1960 bis Juni 1963 (also drei Jahre lang, was in Italien fast einen Rekord darstellt!) Regierungschef. Dann hörte man lange nicht mehr so viel von ihm. 1972 tauchte er wieder auf und wollte sich zum Staatspräsidenten küren lassen; daraus wurde aber nichts – vor allem wohl, weil die revolutionäre Linke unter der Parole „Kampf dem Fanfaschismus" eine große Kampagne führte. 1974 war Fanfani, mittlerweile allgemein mit dem zutreffenden Spitznamen „Stehaufmännchen" belegt, jedoch schon wieder voll da. Er setzte es durch, daß die DC in der Frage des kurz vorher beschlossenen Scheidungsgesetzes eine Kraftprobe suchte: Die DC erzwang eine Volksabstimmung, von der sie sich eine Mobilisierung rückständiger Bevölkerungsschichten (vor allem mit Hilfe des Klerus) und eine große reaktionäre Offensive erhoffte. Das ging bekanntlich am 12. Mai '74 glatt in die Hose: Fast 60% stimmten beim Scheidungs-Referendum mit NEIN, also gegen die DC und gegen Fanfani. Es schien, als sollte Fanfani schon damals als Sündenbock in die Wüste geschickt werden.

Doch im Januar dieses Jahres konnte Fanfani noch einmal (endgültig zum letzten mal ?) politische Auferstehung feiern: Unter dem Einfluß seiner Fraktion erhärtete der Natio- Wüste geschickt werden.

Doch im Januar dieses Jahres konnte Fanfani noch einmal (endgültig zum letzten mal ?) politische Auferstehung feiern: Unter dem Einfluß seiner Fraktion erhärtete der Nationalrat der DC im Januar das „Nein" zum „historischen Kompromiß" mit der PCI. Fanfani eröffnete – gestützt auf die von der kapitalistischen Krise begünstigte Zunahme der Kriminalität und die Terrorakte der Faschisten (!) – einen Kreuzzug für „Ordnung und Sicherheit", gegen die „politische Gewalt", gegen die „Auflösung des Staates", für eine „Neuordnung der Polizei und Justiz" usw. Mit diesem Kurs wollte die DC bis zu den Wahlen vom 15. Juni doch noch das Steuer herumreißen.

Opposition gegen seinen Kurs fegte Fanfani beiseite: So ließ er Ende Februar die Leitung der DC-Jugendorganisation kurzerhand absetzen (gegen den Widerstand von „Forze nuove" und „base" sowie bei Stimmenthaltung der „morotei" im Parteivorstand !!); um eine Wiederholung möglichst zu verhindern, wurde das Höchstalter in der DC-Jugendorganisation auf 21 (!!) Jahre heruntergesetzt.

Erste Erfolge des scharfen Rechtskurses, auf den Fanfani die DC brachte, zeigten sich schon Mitte Januar:Bei einer Parlamentsabstimmung über die Aufhebung zweier wegen vieler Verbrechen angeklagter Abgeordneter der neofaschistischen MSI stimmten 72 (!) Abgeordnete m i t der MIS gegen den Antrag – größtenteils offenbar DC-Abgeordnete!

Erfolg bei den Wahlen am 15. Juni war jedoch dem Fanfani-Kurs nicht beschieden. Nunmehr mußte der Kopf Fanfanis rollen, um den sich noch kurz vorher die gesamte DC geschart hatte und dessen Faschisierungs-Kurs sie bis zum Bankrott mitgegagen war.

Auf einer Sondersitzung des Nationalrates der DC am 23. Juli wurde Fanfani gestürzt: Nachdem er gefordert hatte, ihm als Parteichef das Vertrauen auszusprechen, stimmten für ihn nur seine eigenen Anhänger und die „morotei". Gegen ihn stimmten die „dorotei" und die beiden linken „correnti" sowie die Andreotti-Gruppe. Die Colombo-Gruppe enthielt sich der Stimme (d.h., daß die „corrente" Andreotti-Colombo bei dieser Abstimmung gespalten war; überhaupt stimmten offenbar die „correnti" nicht absolut geschlossen ab, sondern einzelne Vertreter wichen von der „ Fraktionsdisziplin" ab).

Nach der Beseitung Fanfanis gab es Schwierigkeiten mit der Wahl eines Nachfolgers. Verschiedene Namen kursierten, bis schließlich Piccoli („dorotei") die meisten Aussichten zu haben schien. Schon 1971 einmal für wenige Monate glückloser Partei-Sekretär der DC war Piccoli bis zuletzt eng mit dem Fanfani-Kurs verbunden, fanatischer Antikommunist, in diverse Bestechungs-Skandale verwickelt, persönlicher Freund von Miceli (früherer Chef des italienischen Geheimdienstes SID, in faschistische Putschpläne verwickelt). Nach dem 15. Juni empfahl sich Piccoli plötzlich vor allem als Vertreter einer engeren Zusammenarbeit mit der PSI.

Bei der entscheidenden Abstimmung unterlag Piccoli jedoch gegen den Alternativ-Kandidaten Zaccagnini („morotei"), der 93 von 176 Stimmen bekam. Für Zaccagnini hatte sich eine skurile Koalition von „morotei", Fanfani-Anhängern und den beiden linken Fraktionen gebildet. Für Piccoli stimmten nur die „dorotei" sowie die Andreotti-Gruppe; die Colombo-Gruppe enthielt sich wiederum – wie bei der Abstimmung über Fanfani – der Stimme.

Neben der allgemeinen Verschärfung des Fraktionen-Kampfes, bis hin zu den absurdesten Zweckbündnissen, scheint sich zumindest die Spaltung der Fraktion Colombo-Andreotti („Impegno democratico") verhärtet zu haben, so daß teilweise schon von sieben statt sechs „correnti" die Rede ist. Außerdem verkündete Rumor seine Trennung von den „dorotei", als deren Führer er bisher anzusehen war. Er hatte für sich selbst den Posten des Parteisekretärs angestrebt, was offenbar von allen „correnti" akzeptiert worden wäre – mit Ausnahme seiner eigenen !!

Diese Fraktionskämpfe sind der Ausdruck der tiefen Krise einer Partei, die sich – als Ergebnis der Klassenkämpfe der letzten Jahre, besonders seit dem „heißen Herbst" 1969 – wohl von ihrem Herrschaftsmonopol wird trennen müssen; eine Partei, die nicht mehr uneingeschränkt als Hauptpartei der Bourgeoisie gelten kann; eine Partei, deren bürgerliche Auftraggeber öffentlich über die

– wohl von ihrem Herrschaftsmonopol wird trennen müssen; eine Partei, die nicht mehr uneingeschränkt als Hauptpartei der Bourgeoisie gelten kann; eine Partei, deren bürgerliche Auftraggeber öffentlich über die

„Selbstgefälligkeit" dieser Partei klagen, sich untereinander selbst über die nächsten Schritte noch nicht einig sind, die sich langsam an den Gedanken zu gewöhnen scheinen, daß sich auch mit den „Kommunisten" vielleicht ins Geschäft kommen läßt.

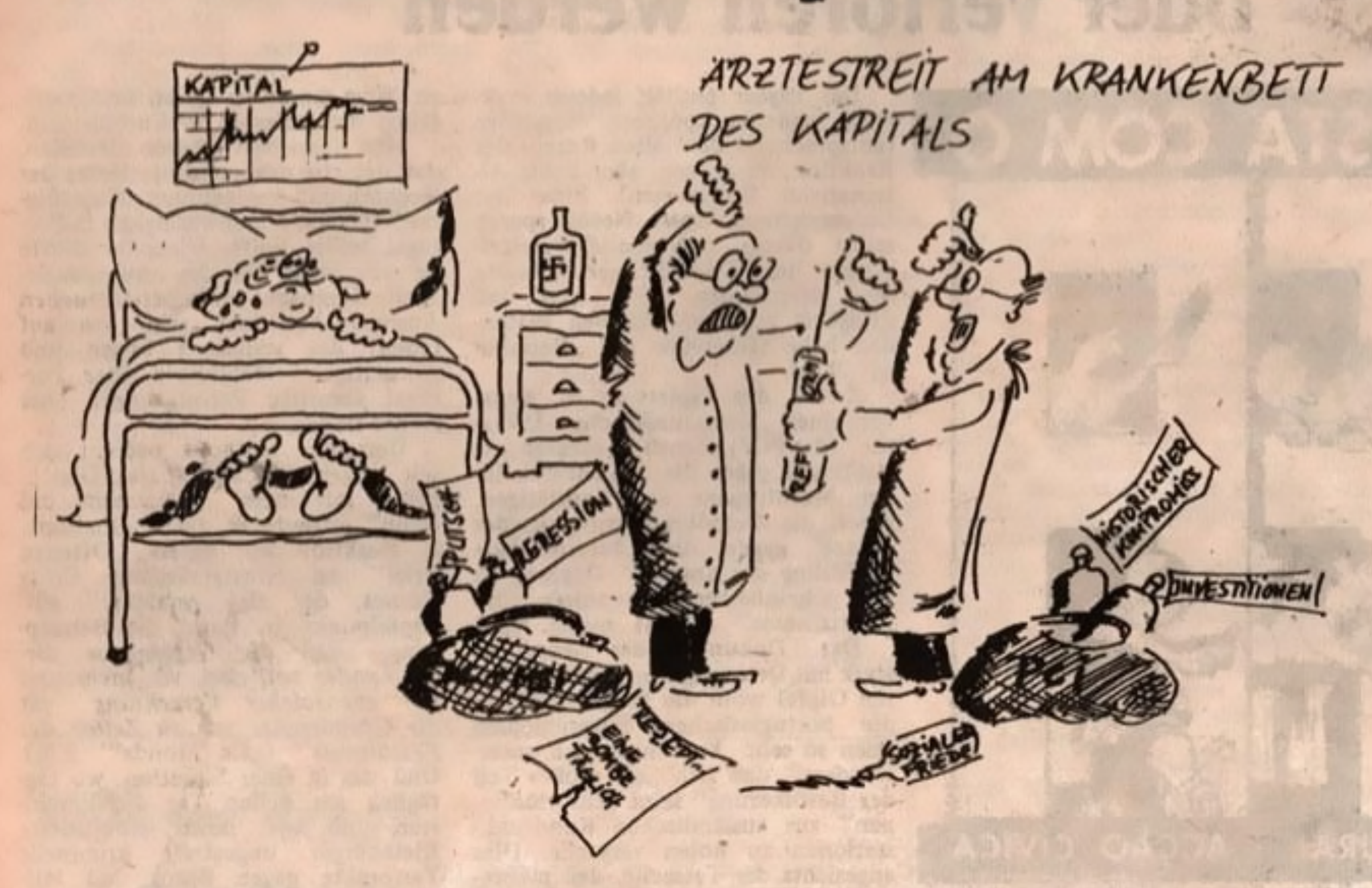
Zaccagnini selbst hat als ehemaliger Partisanenkämpfer des 2. Weltkrieges einen gewissen Ruf demokratischer Intregrität. Anfang August bat er drei DC-Politiker, ihn bei der Parteiführung zu „unterstützen" (also im Ansatz die von den „Linken" geforderte „kollektive Führung"). Es sind dies je ein Mitglied der „morotei", der „base" und der „Forze nuove". Hierin dürfte sich eine taktische „Linkswendung" der DC andeuten. Immerhin ist Zaccagnini aber nur ein „Übergangs-Kandidat" und die „fanfaniani", die Zaccagninis Wahl unterstützt haben, wollen von einer noch so trügerischen „Linkswendung" generell nichts wissen. Noch sind die Stimmen nicht verstummt, die vielmehr in einer weiteren Rechtsentwicklung der DC das zukünftige Ziel und die beste Voraussetzung für einen Wiederaufschwung der Partei sehen. Ihnen bietet sich als Bündnispartner vielleicht die MSI an, die sich möglicherweise formal auflösen möchte (gegen die gesamte MSI-Führung laufen Gerichtsverfahren wegen Neugründung der verbotenen faschistischen Partei, um sich mit einer etwas „gemässigter" auftretenden rechtsradikalen Sammlungsbewegung erneut in Szene zu setzen. MSI-Chef Almirante hat sich in diese Richtung geäußert.

Die Unschlüssigkeit in der DC, jetzt nach „links" oder rechts zu gehen, widerspiegelt die Überlegungen und Auseinandersetzungen der Bourgeoisie selbst, wo der Gedanke an den Versuch eines schärferen Rechtskurses (womöglich mit putschistischen Abenteuern) auch noch seine Anhänger hat.

„Die schlimmste Krise seit dem Krieg"

Die politische Krise der italienischen Bourgeoisie und ihrer bisherigen Hauptpartei vollzieht sich vor

„historischen Kompromiß"?



dem Hintergrund einer weltwirtschaftlichen Krise, von der Italien ganz besonders schwer betroffen ist. Bereits Anfang Januar sprach Regierungschef Moro von der ***„schwersten Wirtschaftskrise seit 30 Jahren"*** („FAZ," 2.1).

In den ersten vier Monaten dieses Jahres lag die italienische Industrieproduktion um 11,7% u n t e r der des entsprechendes Zeitraumes des Vorjahres. Im Mai dieses Jahres lag die Industrie-Produktion um 18,7% unter der des Mai '74 ! („il Giornale", 4.7. und „CdS", 6.7.). Das ist der größte Rückgang der Nachkriegszeit!

Im Mai wurden schon offiziell 1,2 Mio. Arbeitslose registriert („SZ", 9.7.). Bis zum Juni waren außerdem 119 Mio. Stunden Kurzarbeit registriet (gegenüber 13,6 Mio. im gleichen Zeitraum 1974!). Besonders betroffen davon waren die Metaller – von 4,2 Mio. Stunden auf 48 Mio. Stunden ! („CdS", 22.7.).

Nach den Prognosen wird der Höhepunkt der Krise erst im Herbst/Winter erwartet („SZ",9.7.); die italienische Chemieindustrie erwartet einen Wiederaufschwung ***„erst Ende 1976"*** („CdS", 25.7.);

119 Mio. Stunden Kurzarbeit registriet (gegenüber 13,6 Mio. im gleichen Zeitraum 1974!). Besonders betroffen davon waren die Metaller – von 4,2 Mio. Stunden auf 48 Mio. Stunden ! („CdS", 22.7.).
Nach den Prognosen wird der Höhepunkt der Krise erst im Herbst/Winter erwartet („SZ",9.7.); die italienische Chemieindustrie erwartet einen Wiederaufschwung „erst Ende 1976" („CdS", 25.7.);

Schatzminister Colombo prophezeite den italienischen Werktätigen schon Anfang Dezember '74 ***„zwei harte Jahre der Opfer"*** („FAZ", 2.12.74.).

Zum Verständnis dieser Situation geben wir hier einen kurzen Rückblick auf die Entwicklung des letzten Jahres.

Die „gewollte Rezession"

Weltweit ist die Rezession (Produktionsrückgang, Arbeitslosigkeit) ein Zeichen der Krise. Zugleich wird diese Rezession aber von der Bourgeoisie bewußt „gesteuert", als Mittel der „Bereinigung" (Prozeß der Kapital-Konzentration, „Umstrukurierungen", Rationalisierungen etc.) eingesetzt. Vor allem in Italien wurde in diesem Sinne seit dem Frühjahr '74 die Krise durch gezielte Maßnahmen verschärft.

Die Lage bis etwa zum Herbst'74 war durch eine relative „Hochkonjunktur" gekennzeichnet, d.h. Produktionswachstum, abnehmende Arbeitslosigkeit (noch im Juli 1974 lag die Arbeitslosigkeit unter der des Juli 1973 – „FAZ", 5.10.74), andererseits aber eine „galoppierende" Inflation (etwa 25 - 29 % Ende 1974, die höchste Inflationsrate in der EG), ein wachsendes Defizit der Handelsbilanz (d.h. der Import überstieg immer mehr den Export) und ebenso – und damit eng verbunden – eine ungeheure Auslandsverschuldung.

Nach Angaben der „Banca d'Italia" betrug im Herbst 1974 Italiens Auslandsverschuldung bereits 19 Mrd. Dollar (ca. 47,5 Mrd. Mark). Dafür muß Italien allein an Zinsen (!) jährlich rund 1,5 Mrd. Dollar zahlen; das entspricht den Jahreseinnahmen aus dem Fremdenverkehr! („FAZ", 2.11.74). Das Aussenhandelsdefizit allein für die ersten zehn Monate 1974 wurde auf 25 Mrd. Mark beziffert („FAZ", 10.12.74).

(Zur damaligen Situation vergl. auch den ausführlichen Artikel in AK 46, „Bourgeoisie in der Krise")

Das Ziel der italienischen Bourgeoisie angesichts dieser Lage war es, den Import zu senken, den Export zu steigern (also die Handelsbilanz zu verbessern), das Defizit des Staatshaushaltes zu verringern, das Wachstum der Inflation zu bremsen, durch eine gezielte Kredit-Politik vor allem die Konzentration und „Modernisierung" des Kapitals zu fördern. Dies alles auf der Basis zunehmender Arbeitslosigkeit, Abbau der Reallöhne, Ruin zahlreicher kleiner und mittlerer Unternehmen, verschärfter Ausplünderung des Volkes.

Als erste Maßnahme wurden im April 1974 Kredit-Restriktionen verhängt – d. h., die Kapitalisten durften ihre Kredite nur noch um einen bestimmten Prozentsatz (15 %) ausweiten. Die Folge war eine langsam beginnende Einschränkung der Investitionen, da für die Kapitalisten das Geld „teurer" wurde und schwerer zu bekommen war.

Die zweite Maßnahme war Ende April die Einführung des sogenannten „Bar-Depot", dessen praktische Folge eine Verteuerung des Imports und damit dessen allmählicher Rückgang war. Diese Maßnahme ging natürlich auf der anderen Seite gegen die Interessen der übrigen EG-Kapitalisten, vor allem der BRD, da sie zu Lasten ihres Exports ging.

und schwerer zu bekommen war.
Die zweite Maßnahme war Ende April die Einführung des sogenannten „Bar-Depot", dessen praktische Folge eine Verteuerung des Imports und damit dessen allmählicher Rückgang war. Diese Maßnahme ging natürlich auf der anderen Seite gegen die Interessen der übrigen EG-Kapitalisten, vor allem der BRD, da sie zu Lasten ihres Exports ging.

Während erstmals mit einem Milliarden-Kredit für Italien und einem „Sanierungsplan" gelockt wurde, konnte Italien von den EG-„Partnern" einigermaßen rasch „überzeugt" werden, das „Bar-Depot" schrittweise wieder aufzuheben. Immerhin hatte das „Bar-Depot" erste Wirkungen erzielt, was die Senkung des Imports (und des Massen-Konsums von Importwaren wie z. B. Rindfleisch!) angeht.

Im Juni legte die damalige Regierung Rumor ein „Paket" vor, durch das „die Massenkaufkraft abgeschöpft" werden sollte! Zusätzliche 12 Mrd. Mark sollten durch Steuer- und Tariferhöhungen aus dem Volk herausgepreßt werden. Diesem offen massenfeindlichen Raubprogramm konnte die damals noch in der Regierung befindliche PSI nicht ohne weiteres zustimmen. Es bedurfte erst eines demagogischen „Rücktritts" der Regierung Rumor am 10. Juni (der dann vom Staatspräsidenten Leone – DC! – abgelehnt wurde!) und starken Drucks auf die PSI, um das „Paket" schließlich – mit kleinen Abstrichen – durchzubringen.

Schließlich war es, nach vielem hin- und her und zahlreichen Dementis, Anfang September soweit, daß der BRD-Imperialismus Italien einen Kredit in Höhe von rund 5,2 Mrd. Mark zur Verfügung stellte. Dieser Kredit war zum einen mit einem ekelhaft nationalistischen Hochmut verbunden („Die reiche BRD hilft großzügig dem heruntergekommenen Italien aus dessen selbstverschuldeter Misere"), der selbst in der bürgerlichen Presse Italiens Widerwillen und Erinnerungen an die Nazi-Vergangenheit hervorrief. Zum anderen, und vor allem, war dieser Kredit an die Bedingung geknüpft, den Rezessions-Kurs (also Produktionsdrosselung, zunehmende Arbeitslosigkeit usw.) verschärft fortzusetzen.

Bei der Verlängerung eines zunächst nur „mittelfristigen Währungsbeistandes" der EG für Italien in Höhe von knapp 1,2 Mrd. DM auf 3 1/2 Jahre wurden sogar ausdrücklich vertragliche Bedingungen festgelegt:

- Begrenzung der Gesamtkreditausweitung bis 31.3.76 (d. h. Staat und Banken dürfen die Kreditvergabe an die Kapitalisten nur um einen bestimmten Prozentsatz ausdehnen);
- Begrenzung des Wachstums der Staatsausgaben in 1975 auf 16 %;
- Einsatz öffentlicher Ausgaben vorrangig für öffentliche Verkehrsmittel, und größere Ausnutzung inländischer Energiequellen;
- Einsparungen beim Verbrauch von Erdölprodukten durch die privaten Haushalte;
- Verbesserung der Funktionsweise der Arbeitsämter und der Berufsausbildung (diese Maßnahme zielt auf eine größere „Mobilität" der italienischen Arbeiterklasse). (Nach „VWD/NfA", 23.12.74).

„Die Bremsen greifen"

Die ersten Auswirkungen des scharfen Rezessionskurses zeigten sich schon im Herbst. Als erstes Resultat der Ausplünderung des Volkes („Abschöpfung der Kaufkraft") ging das Volumen des Innenhandels stark zurück. Beispielsweise bei Kleidung um 25 - 30 % und bei Möbeln um 20 % gegenüber dem Vorjahre („FAZ", 6.11.74) – mit entsprechenden Rückwirkungen auf die entsprechenden Industrien, also dort Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Pleiten, Stillegungen usw. Und Schatzminster Colombo (DC) verkündete den Massen, eine „Verbesserung" ihrer Lebenshaltung auf den Stand von 1973 (!!) sei erst 1976 möglich! („FAZ", 2.12.74).

Als sichtbarstes Zeichen der Produktionsdrosselung gab es Kurzarbeit für Hunderttausende bei Fiat und Alfa Romeo im Herbst/Winter.

Schon in der zweiten Jahreshälfte 1974 soll die Investitions-Tätigkeit der Kapitalisten gleich null gewesen sein („CdS", 20.4.) – Ergebnis des Zusammenwirkens von Kredit-Restriktionen (Einschränkung des Kreditvolumens, Hochzinspolitik) und „Abschöpfung der Massenkaufkraft". Der Produktionszuwachs für 1975 wurde auf 1 % geschätzt (1974: + 4 %) – eine äußerst optimistische Annahme, wie sich später zeigte! („FAZ", 2.12.74).

Schon im Herbst 1974 war in Wirklichkeit die Konjunktur „umgekippt". Die Zu- bzw. Abnahmen der Produktion im Vergleich zum entsprechenden Monat des Vorjahres betrugen: Juni 1974 + 6,4 %; Juli 1974 + 4,9 %; August 1974 - 6 %; September 1974 + 3,4 %; Oktober 1974 - 3,9 %; November 1974 - 11,6 %; Dezember 1974 - 8,3 %; Januar 1975 - 14,6 %; Februar 1975 - 6,8 %; März 1975 - 14,5 %; April 1975 - 9,7 %; Mai 1975 - 18,4 %; Juni 1975 - 10,4 %. Insgesamt im ersten

kippt". Die Zu- bzw. Abnahmen der Produktion im Vergleich zum entsprechenden Monat des Vorjahres betrugen: Juni 1974 + 6,4 %; Juli 1974 + 4,9 %; August 1974 - 6 %; September 1974 + 3,4 %; Oktober 1974 - 3,9 %; November 1974 - 11,6 %; Dezember 1974 - 8,3 %; Januar 1975 - 14,6 %; Februar 1975 - 6,8 %; März 1975 - 14,5 %; April 1975 - 9,7 %; Mai 1975 - 18,4 %; Juni 1975 - 10,4 %. Insgesamt im ersten

Halbjahr 1975 - 12,5 % gegenüber dem Vorjahre (Angaben nach „CdS", 6.8.75).

Eine Vorausschätzung sieht für den Zeitraum Juli - September einen Rückgang der Produktion um 13,4 % gegenüber dem Vorjahr vor. Danach würden die Inlandsbestellungen um 10,5 % zurückgehen, die Auslandsbestellungen um 3,8 % („CdS," 12.8.). Das deutet darauf hin, daß sich die Krise in der Tat noch weiter verschärfen wird.

Als „Erfolge" der Rezession werden verzeichnet: Der Rückgang der Inflation und die Verringerung des Defizits der Handelsbilanz. Die Inflationsrate soll im Juli „nur" noch 17 % betragen haben („CdS", 12.8.), gegenüber 29 % im Herbst 1974 („FAZ", 5.3.). Die Inflationsrate hat sich in den einzelnen Monaten, jeweils verglichen mit dem Vormonat, wie folgt entwickelt: Juli 1974 + 2,4 %; August + 2 %; September + 3,3 %; Oktober + 2,1 %; November + 1,5 %; Dezember + 0,9 %; Januar 1975 + 1,2 %; Februar + 1,2%; März + 0,1 %; April + 1,4 %; Mai + 0,7 %; Juni + 1,0 % („CdS", 12.8.). Diese Zahlen zeigen, daß auch hinsichtlich der Inflationsrate – ebenso wie bei der Produktionsentwicklung – bereits im Herbst 1974 (jeweils etwa September - Oktober) die Konjunkturmaßnahmen zu „greifen" begannen.

Schließlich der Außenhandel. Hier hatte es Italien nach einem Defizit von 429 Mrd. Lire in 1972 zu einem Defizit von 3.255 in 1973 und 8.000 (!!) Mrd. Lire in 1974 gebracht („FAZ", 2.1. – 1.000 Lire entsprechen etwa 3,80 DM). Auch hier trat die angestrebte Verbesserung ein. In den ersten sechs Monaten dieses Jahres belief sich das Defizit der Handelsbilanz nur noch auf 1.064 Mrd. Lire (gegenüber 3.941 Mrd. Lire im ersten Halbjahr 1974). Diese Entwicklung wird einem Rückgang des Imports von 7,7 % und einer Steigerung des Exports um 21,9 % in diesem Zeitraum verdankt („CdS", 29.7.).

Und die „Wiederankurbelung"?

Anfang Juli beschrieb Italiens Schatzmeister Colombo die Situation so: *„Die erzielten Ergebnisse bei der Inflationsbekämpfung und bei der partiellen, aber beständigen Gleichgewichtsherstellung der Zahlungsbilanz können noch nicht als definitiv betrachtet werden. Sie machen nur den Weg frei für eine Sanierung, Restrukturierung und Wiederankurbelung der Produktion, der Investitionen und Beschäftigung ... Unser Problem besteht darin, die bis jetzt erzielten Resultate mit einer wirksamen Bekämpfung der Rezession und der Arbeitslosigkeit zu verbinden ... Das Problem, das am dringlichsten gelöst werden muß, ist – ich wiederhole es – die Wiederankurbelung der Produktions- und Investitionstätigkeit und der Beschäftigung"* („Welt", 1.7.).

Schon Ende 1974, kaum daß die Konjunkturmaßnahmen Richtung Rezession zu „greifen" begonnen hatten, begann ein schrittweises „Gegensteuern".

Um den „Konjunktureinbruch zu bremsen", wurde Ende Dezember 74 der Diskontsatz von 9 auf 8 % gesenkt (Maßnahme in Richtung Abbau der Hochzinspolitik). Der Export wurde von den im April angeordneten Kredit-Restriktionen befreit. Dieselbe Kredit-Erleichterung galt für Schuldner mit Verpflichtungen von mehr als 2 Mio. Mark. Diese gezielte Lockerung der Kreditrestriktionen war bezeichnenderweise möglich o h n e eine Ausdehnung des Gesamtkreditvolumens über den Höchstrahmen (+ 15 %) hinaus. Denn die kleinen und mittleren Betriebe hatten insgesamt den zugestandenen Höchstrahmen nicht ausgeschöpft (hohe Zinsen, schrumpfende Nachfrage). Es ist deutlich, wie die Kreditpolitik auf Kosten der kleinen und mittleren Kapitalisten zugunsten des Großkapitals wirkt!

Im Mai 1975 wurde der Diskontsatz erneut gesenkt, auf 7 %. Die Prime Rate wurde auf 14 % gesenkt; die Prime Rate ist der Zinssatz, zu dem die Banken Geld an die „Stammkunden" geben – der durchschnittliche Bank-Zins liegt immer um einiges höher. Die Prime Rate hatte z. B. im Oktober 1974, als die Rezession gerade erst zu „greifen" begann, bei 18,5 % gelegen; der durchschnittliche Kreditbedarf lief bei Zinssätzen bis zu 22,5 %. Die Maßnahmen vom Mai 1975 bedeuteten demgegenüber eine Verbilligung des Kredits, d. h. einen gewissen Anreiz zum Investieren und zur Ankurbelung der Produktion.

Ende Juli legte die Regierung ein umfangreiches Programm zur „Wiederankurbelung" vor. Insgesamt 3.500 Mrd. Lire (13,4 Mrd. Mark!) sollen dafür eingesetzt werden.

Die Gelder sollen in erster Linie dem Export zugute kommen. Daneben sollen Infrastrukturen und sozia-

ten demgegenüber eine Verbilligung des Kredits, d. h. einen gewissen Anreiz zum Investieren und zur Ankurbelung der Produktion.
Ende Juli legte die Regierung ein umfangreiches Programm zur „Wiederankurbelung" vor. Insgesamt 3.500 Mrd. Lire (13,4 Mrd. Mark!) sollen dafür eingesetzt werden.
Die Gelder sollen in erster Linie dem Export zugute kommen. Daneben sollen Infrastrukturen und sozia-

ler Konsum (öffentliche Verkehrsmittel, Wohnungsbau, Gesundheitswesen) gefördert werden. Damit sollen „Herde" sozialer Unzufriedenheit abgebaut werden, wie etwa im Wohnungswesen: wurden 1970 noch 377.000 Wohnungen fertiggestellt, so 1974 nur noch 165.000 („il giornale", 4.7.). Zugleich wird die Bourgeoisie versuchen, diese längst fälligen Investitionen im sozialen Bereich als Trumpf in die kommenden Tarifverhandlungen einzubringen.

Die neuen Konjunkturmaßnahmen sollen außerdem auch der Landwirtschaft, der kleinen und mittleren Industrie und dem „mezzogiorno" (das unterindustrialisierte Süditalien) zugute kommen.

Das Konjunktur-„Paket" zeichnet sich dadurch aus, daß der Schwerpunkt auf eine weitere Expansion des Exports gelegt wird sowie auf Strukturmaßnahmen; dagegen soll der private Konsum weiterhin eingeschränkt werden, z. B. durch Lohnraub-Abschlüsse in der Tarifrunde im Herbst. Dies wird damit begründet, daß man die Konjunktur nicht zu schnell „ankurbeln" dürfe, ohne zur Situation des Vorjahres (galoppierende Inflation, hohes Handelsbilanzdefizit) zurückzukehren.

Kann der italienische Kapitalismus so seine Krise lösen? Abgesehen vom „Störfaktor" Arbeiterbewegung (dazu im 2. Teil des Artikels) steht und fällt das stark Export-orientierte „Wiederankurbelungs"-Programm mit einer erhofften Erholung des Weltmarktes. Colombo dazu: *„In den nächsten Monaten werden der italienische Aufschwung und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit weitgehend von der Wirksamkeit der Wiederbelebungsmaßnahmen abhängen, die von den großen Ländern wie den USA, der Bundesrepublik Deutschland und Japan eingeleitet werden"* („Welt", 1.7.75).

Im zweiten Teil des Artikels wollen wir eingehen auf die „Wirtschaftspolitik" der PCI, auf die Kontakte Kapital-PCI, auf die Auseinandersetzungen in den Gewerkschaften und auf die Tarifkämpfe. ●

Separatisten schon in den Startlöchern

Nach den Wahlen vom 15. Juni drohen einflußreiche Kräfte der reaktionären „Südtiroler Volkspartei" (SVP) mit einer Lostrennung Südtirols von Italien, „falls Italien kommunistisch wird".

In diesem Sinn äußerte sich SVP-Senator Peter Brugger, zweiter Mann der SVP, Anfang August. „Falls Italien kommunistisch wird", so drohte Brugger, könnte Südtirol (Alto Adige) von der UNO das Selbstbestimmungsrecht verlangen. Der Anschluß Südtirols an Österreich sei dann wahrscheinlich („FAZ", 7.8.). Brugger begründete das damit, daß die Südtiroler „mit ihrer Mentalität" (!!) nicht in einer Volksdemokratie leben könnten („Le Monde", 12.8.).

Bruggers Erklärung stieß bei der österreichischen Regierung auf Verlegenheit. Eduard Wallnöfer (?) allerdings, Präsident des österreichischen Bundeslandes Tirol, unterstütze Bruggers Erklärung ausdrücklich („Le Monde", 12.8.).

Das zeigt, wie auch in Italien –

ger begründete das damit, daß die Südtiroler „mit ihrer Mentalität" (!!) nicht in einer Volksdemokratie leben könnten („Le Monde", 12.8.).
Bruggers Erklärung stieß bei der österreichischen Regierung auf Verlegenheit. Eduard Wallnöfer (?) allerdings, Präsident des österreichischen Bundeslandes Tirol, unterstütze Bruggers Erklärung ausdrücklich („Le Monde", 12.8.).
Das zeigt, wie auch in Italien –

ähnlich z. B. den reaktionären, separatistischen Umtrieben auf den portugiesischen Azoren – sich die internationale Reaktion darauf vorbereitet, im Fall einer Linksregierung jede nur mögliche Reserve des Nationalismus, der religiösen Verbohrtheit und jede sonstige Dummheit zu mobilisieren.

BRD läßt Faschisten frei

Ohne daß es in der bürgerlichen Presder BRD überhaupt erwähnt wurde, hat der Staat Ende Juli einen kriminellen Faschisten auf freien Fuß gesetzt.

Es handelt sich um Guiseppe Picone Chiodo, 61 Jahre, Rechtsanwalt. Er ist in die „trame nere" (faschistische Terrorakte und Putschpläne) verwickelt und ausserdem verdächtigt, an einer Entführung beteiligt gewesen zu sein.

Der italienischen Polizei hatte sich Chiodo durch Übersiedlung in die BRD, an den Starnberger See in Bayern, zunächst entzogen. Im Mai wurde er schließlich auf Verlangen italienischer Stellen verhaftet.

Nunmehr hat ein Münchner Gericht die Freilassung des Faschisten gegen eine Kaution von 15.000 Lire angeordnet. Es scheint, daß der Faschist den richtigen Riecher hatte, als er sich gerade die BRD und speziell den „Freistaat Bayern" als Zufluchtsstätte aussuchte.

Portugal:

Jetzt kann alles gewonnen oder verloren werden

Fortsetzung von Seite 1



Antikommunistischer Kreuzzug

Einen vorläufigen Höhepunkt dieser antikommunistischen Hexenjagd stellte die Kundgebung des Erzbischof von Braga am 10. August dar. Der Erzbischof und Klerikalfaschist da Silva, enger Freund von Salazar und Caetano, hatte zu diesem antikommunistischen Kreuzzug 20 bis 25.000 Katholiken versammelt. Diese Menschen, in ihrer überwiegenden Mehrheit ärmste Kleinbauern aus dem Norden, waren unter Führung ihrer Pfaffen aus den Dörfern zusammengetrommelt worden. Nachdem sie in widerlichster Weise vom Erzbischof gegen die Kommunisten aufgehetzt worden waren, überfielen aus der aufgeputschten Menge heraus organisierte Terrorgruppen die Büros von PCP und MDP und brannten sie nieder. Einige Genossen der Organisationen, die in ihren Büros belagert worden waren, und die sich zunächst mit Jagdgewehren verteidigt hatten, wurden schließlich von Militäreinheiten vor der Mordbande in Sicherheit gebracht.

Inzwischen wurde der Aufruf des Kirchenfürsten weiter in die Tat umgesetzt. „Eine systematische Menschenjagd" auf alle fortschrittlichen Kräfte hat in Braga, dem „Vatikan Portugals" eingesetzt, und die Kommunisten leben in einer Art Illegalität, wie in den schlimmsten Zeiten des Faschismus (nach „Le Monde", vom 12.8.).

Damit haben sich innerhalb weniger Wochen die gefährlichsten klerikalen und faschistischen Feinde des portugiesischen Volkes an die Spitze einer Bewegung gesetzt, die von der „Sozialistischen" Partei unter Mario Soares initiiert wurde und von dieser schon nicht mehr kontrolliert wird.

Das beweist erneut, daß es in Portugal keine „sozialdemokratische Alternative" gibt, wie Soares die verkaufen möchte, sondern nur die Entscheidung zwischen der sozialistischen Revolution oder dem Versinken in einem neuen Faschismus nach chilenischem Muster.

Wie sehr die PS, die sich inzwischen teilweise von den übelsten Terrorakten „distanziert", direkt für diese Entwicklung verantwortlich ist, zeigt folgender Bericht der Lissaboner Tageszeitung „A Capital" vom 18.7.:

Am 13. Juli wurden die örtlichen Büros der PCP und der FSP in Rio Maior im Distrikt Santarem überfallen und verwüstet......

An diesem Tag hatte die lokale Sektion der Kleinbauernvereinigung (Liga dos Pequenos Agricultores) gegründet werden sollen, woraufhin örtliche Pfaffen und Grundbesitzer Gerüchte in Umlauf setzten, „die Kommunisten" wollten den Bauern das Land wegnehmen. Einen Tag später wurden die Zeitungswagen von „Diario Popular" und

Bauern das Land wegnehmen. Einen Tag später wurden die Zeitungswagen von „Diario Popular" und „Diario de Lisboa" angehalten und sämtliche Zeitungen verbrannt, weil sie die Erklärungen von PCP und FSP zu den Vorfällen in Rio Maior abgedruckt hatten. Am 17. Juli erklärte Mario Soares dazu auf einer öffentlichen PS-Kundgebung in Braga (wo danach die schwersten antikommunistischen Terrorakte stattfanden): *„Es gibt Zeitungen, die wir nicht kaufen dürfen, wie ‚Diario de Noticias' und ‚O Seculo', denn sie sind nicht auf portugiesisch, sondern in einer fremden Sprache (!) geschrieben, obwohl sie mit Geld von uns allen bezahlt werden.* ***In Rio Maior hat das Volk auf die Beleidigungen zu reagieren verstanden und die Zeitungen nicht durchgelassen, die unverschämte Lügen über die dortigen Ereignisse verbreitet hatten. Das ist ein Beispiel, das in anderen Regionen befolgt werden kann"!***

Es wurde befolgt. Inzwischen über 60 mal in Portugal. Zum Beispiel am 19. Juli in Matisinhos (Distrikt Porto), wo eine fortschrittliche Demonstration, die für eine Säuberung der Stadtverwaltung von Reaktionären und Faschisten eintrat, von einer PS/PPD-Gegendemonstration angegriffen wurde, deren Teilnehmer bewaffnet waren. 24 Teilnehmer der fortschrittlichen Demonstration wurden verletzt, zwei davon hatten Schußwunden.

Die Teilnehmer der reaktionären Demonstration erstürmten anschliessend das MDP-Büro und verbrannten dort alles vorgefundene Material. Überfälle auf weitere Büros linker Organisationen wurden von COPCON-Einheiten vereitelt (nach „O Seculo" und „Jornal do Comercio").

In der Folge wurden die Beispiele, die Herr Soares zur Nachahmung empfohlen hatte, bis zu Mordanschlägen und Sprengstoffanschlägen perfektioniert (siehe nebenstehenden Kasten).

Inzwischen ist erwiesen, daß ein großer Teil der Terroranschläge auf das Konto faschistischer Geheimorganisationen geht, die sich aus ehemaligen Mitgliedern der faschistischen Organisationen des Salazarismus und der Geheimpolizei PIDE zusammensetzen und häufig von Spanien aus operieren.

In einem Communique des COPCON vom 13.8. heißt es dazu, daß die Führer dieser Organisationen eng mit den Führungen der Rechtsparteien zusammenarbeiten und Sabotageaktionen durchführen, die das Ziel haben, ein Klima der Unsicherheit zu schaffen und durch Massenmanipulation Vandalismus und Terrorismus zu verbreiten. Das COPCON hat eine Reihe solcher Terroristen inzwischen festgenommen („Le Monde", 14.8.).

Das erklärte Ziel der reaktionären Terror-Kampagne ist es, in erster Linie die PCP zu isolieren, ihr Positionen abzunehmen und eine antikommunistische, antidemokratische Strömung im Land zu entfalten.

Gerade die Mobilisierung der Kleinbürger und der rückständigsten Kleinbauern soll das Klima schaffen, in dem mit Hilfe des Bürgerkriegs oder notfalls einer ausländischen Intervention eine „chilenische Lösung" vorbereitet wird.

Polarisierung im MFA

Polarisierung im MFA

In den Auseinandersetzungen um die Lösung der Regierungskrise und den weiteren Verlauf der portugiesischen Revolution schälten sich offensichtlich drei Blöcke heraus, die jedoch nicht statisch und deren Übergänge recht fließend sind:

- Eine Fraktion, die der PCP nahesteht, und der Goncalvez zugerechnet wird;
- eine revolutionäre Fraktion, die aus Sympathisanten der verschiedenen Gruppen der revolutionären Linken bis hin zur UDP besteht, und als deren Wortführer Otelo Carvalho gilt;
- schließlich die „Gemäßigten", die teilweise der PS nahestehen, teilweise auch „nationalrevolutionäre Vorstellungen (Vorbild etwa Peru) haben.

Es liegt auf der Hand, daß die Imperialisten und die portugiesische Reaktion gegenwärtig auf diese Gruppe innerhalb des MFA setzen.

Wohl unter dem Eindruck der zunehmenden Polarisierung im MFA und in den Streitkräften beschloß die Vollversammlung des MFA, dem Revolutionsrat nurmehr beratende Funktion zuzugestehen und als Exekutivgremium ein dreiköpfiges „Direktorium" (in der BRD-Presse meist als „Triumvirat" bezeichnet) einzusetzen.

Diesem Gremium gehören an:

- Ministerpräsident Goncalves, als angebliches Sprachrohr der PCP ein Hauptziel reaktionärer Angriffe;
- COPCON-Chef Carvalho, der als Sympathisant der revolutionären Linken gilt, aber immer wieder auch zu „Kompromissen" mit den „Gemäßigten" tendiert;
- Staatspräsident Costa Gomes, der den „Gemäßigten" zugerechnet wird, aber kein so profilierter Politiker wie beispielsweise Melo Antunes ist.

Scheinbar haben damit die beiden linken Strömungen im Direktorium eine Mehrheit (zwei zu eins), die günstiger ist als das Kräfteverhältnis im Revolutionsrat. In erster Linie ist aber die Bildung des Direktoriums wohl unter dem Aspekt zu sehen, 1. eine einheitlichere und zentralisiertere Führung zu schaffen und 2. durch ein Dreier-Gremium, in dem alle Strömungen vertreten sind und sich Widersrpüche im kleinsten Kreis „klären" lassen, der Polarisierung in den Streitkräften entgegenzuwirken.

Das „Dokument der Neun"

Erneut angeheizt wurde die Auseinandersetzung in den Streitkräften und im MFA wenig später durch ein Thesen-Papier der Gruppe der „Gemäßigten" um Antunes.

Das Antunes-Papier („Dokument der Neun"), das am 7. August von der rechtsgerichteten Zeitung „Jornal Novo" veröffentlicht wurde, ist von neun Mitgliedern des Revolutionsrates unterschrieben, und zwar:

- Vasco Lourenco, Sprecher des Revolutionsrats;
- Canto e Castro, einer der Organisatoren des Staatsstreichs vom 25. April;
- Victor Crespo, ehemaliger Hochkommissar in Mosambik;
- Costa Neves;
- Melo Antunes, ehemaliger Aus-
  conministr in Mosambik,
- Costa Neves;
- Melo Antunes, ehemaliger Aussenminister;
- Franco Charais, Oberkommandierender der Militärregion Mitte;
- Pezerat Correia, Oberkommandierender der Militärregion Süd;
- Sousa Castro;
- Vitor Alves;

(lt. „Le Monde", 9.8.).

In dem Papier wird erklärt, daß die Unterzeichner das *„Modell der sozialistischen Gesellschaft Osteuropas"* und das *„Modell der sozialdemokratischen Gesellschaft, das in vielen Ländern Westeuropas in Kraft ist"* ablehnen. In Portugal müsse eine „sozialistische" Gesellschaft eigener Prägung aufgebaut werden, in einem *„an die gesellschaftliche Realität angepaßten Tempo", „schrittweise, ohne Erschütterungen und friedlich".*

In dem Papier wird die „Machtübernahme" durch die PCP (*„bürokratischer Dirigismus", „neue Formen des Totalitarismus", „bürokratische Diktatur"*) beschworen. Mehr noch aber richtet sich der Angriff offensichtlich gegen die *„schrittweise Zersetzung der Staatsstrukturen"*, gegen *„wilde und anarchisierende Formen der Machtausübung"*, die selbst im MFA aufgetreten seien – also gegen den revolutionären Prozeß und insbesondere gegen die Entstehung neuer Machtorgane des Volkes.

Stattdessen müßte die Autorität der Regierung und des MFA gestärkt werden. Das MFA müßte zurückkehren zum Programm vom 25. April (mit Spinola und Co.!), um seiner *„historischen Berufung* (!) *als respektierter Schiedsrichter und Motor des revolutionären Prozesses"* zu entsprechen, zusammen mit jenen Parteien, die diesem „nationalen Projekt" zustimmen. Diese Aufgaben seien mit der gegenwärtigen „Führungsmannschaft" nicht zu erfüllen, auch wenn sie teilweise erneuert würde. *„Ihr fehlt es an Glaubwürdigkeit und Regierungsfähigkeit".*

Das Papier enthält jedoch praktisch keinerlei konkrete Vorschläge (entsprechend dem alten Rezept der Reaktion, zu hetzen, aber keine Alternativen aufzuzeigen). Einer der Unterzeichner, Costa Neves, sprach selbst davon, daß die Zielvorstellungen der Unterzeichner teilweise sehr verschieden seien und daß Einigkeit nur im Negativen bestanden habe (Interview mit „Republica", 9.8.).

Zweck des Papiers ist es, Angst vor einer „kommunistischen Diktatur" (der PCP) ebenso zu schüren wie Mißtrauen gegen die sich entwickelnden Machtorgane der Werktätigen, gegen die Demokratisierung in der Armee, gegen die *„katastrophale Auflösung des Staates"*. Dagegen ist das scheinheilige Bekenntnis zum „Sozialismus" absolut nichts wert.

Das „Dokument der Neun" ist stark mit Demagogie untermischt, deren Gipfel wohl die Behauptung ist, die portugiesischen Massenmedien seien so sehr „kommunistisch unterwandert", daß sich „ein großer Teil der Bevölkerung" seine „Informationen" aus ausländischen Rundfunkstationen zu holen versuche. Dies angesichts der Tatsache, daß mehrere Unterzeichner des Dokuments lange Interviews mit der als „kommunistisch unterwandert" diffamierten Presse, wie „Republica" und „A Capital", geben konnten und überhaupt die portugiesischen Massenmedien äußerst „pluralistisch" stets die verschiedensten Stimmen zu Wort kommen lassen und zweifellos die freiesten in Europa sind.

Man kann sich schwer vorstellen, daß derartig unverschämte Hetze der Rechten und sogenannten „Gemäßigten" (?!) auf Glaubwürdigkeit in Portugal selbst hofft. Vielmehr dürfte sie vor allem für die antiportugiesische Kampagne im imperialistischen Ausland bestimmt sein, wo auf Grund der ständigen Lügen und „einseitigen" Meldungen über Portugal derartige Behauptungen eher Gehör finden.

Derselben Methode bedient sich seit langem PS-Chef Soares. Gleichzeitig mit dem „Dokument der Neun" erfreute er die internationale Reaktion mit einem „Offenen Brief" an Staatspräsident Costa Gomes, der als „gemäßigt" gilt. Gipfelpunkt ist darin die Behauptung, *„daß die Gefängnisse dieses Landes voll sind, viel mehr und mit ebensolcher Verachtung für die Grundrechte wie zu Zeiten des Faschismus"* („Le Monde"' 9.8.). Und das in einer Situation, wo tagtäglich am hellen Tag die Faschisten und von ihnen mobilisierte Kleinbürger ungestraft kriminelle Terrorakte gegen Büros und Mitglieder der PCP und der revolutionären Linken begehen können!!

Einen Tag nach der Veröffentlichung des „Dokuments der Neun" beschloß das „Direktorium" die *„Suspendierung der Aktivitäten der neun Offiziere im Revolutionsrat"*. Am 9. August ordnete das COPCON

Laufende Einmischung durch die Imperialisten

Neben den Maßnahmen des Wirtschaftboykotts, der Wirtschaftssabotage und der ständigen geheimdienstlichen Infiltration gehen die Imperialisten zunehmend dazu über, Portugal ganz unverhohlen und öffentlich unter Druck zu setzen.

Wiederholt hat der amerikanische Außenminister Kissinger der Sowjetunion gedroht, die USA würden eine „Einmischung in Portugal" unter keinen Umständen zulassen.

Am 25. Juli erklärte Kissinger auf einer Pressekonferenz: *„Wenn die Sowjetunion in Portugal eingreift.*

Am 25. Juli erklärte Kissinger auf einer Pressekonferenz: *„Wenn die Sowjetunion in Portugal eingreift, dann sehen wir dies als unvereinbar mit der Politik der Entspannung an, und wir weisen die sowjetischen Führer darauf hin, wann immer wir sie treffen, wie wir es bereits getan haben."*

Im Juni hatte US-Präsident Ford im selben Zusammenhang sogar einmal mit amerikanische Atombomben gedroht. Auch von Seiten der EG-Imperialisten vergeht kein Tag, an dem nicht irgendein Regierungsmitglied seiner „tiefen Sorge um die Demokratie in Portugal" scheinheilig Ausdruck verleiht.

Eine Sorge übrigens, die dieselben „Demokraten" zu Zeiten des portugiesischen Faschismus und im Falle Spaniens gut zu verbergen wußten und wissen.

Beim jüngsten „Gipfeltreffen" zwischen Schmidt und Giscard d'Estaing am 25./26. Juli bestand ebenfalls Einigkeit darüber, daß man „besorgt und skeptisch" über die Entwicklung sei.

Dabei wird jedesmal ein zarter Wink hinzugefügt, daß Portugal Milliardenkredite erhalten könnte, wenn es dort erst einmal eine sozialdemokratische Regierung gäbe.

Insbesondere den „Sozialistischen" und sozialdemokratischen Parteien kommt gegenüber Portugal eine besondere Rolle zu.

Hervorstechendes Beispiel dafür ist die Konferenz der sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien, die am 2. August in Stockholm stattfand.

Auf Einladung von Olof Palme (Schweden) waren Wilson und Callaghan (England), Brandt und Schmidt (BRD), Kreisky (Österreich), den Uyl (Niederlande), Soares (Portugal), Mitterand (Frankreich), Craxi (Italien), Bratelli (Norwegen), Sorsa (Finnland) und Joergensen (Dänemark) erschienen, um ihre Portugalstrategie festzulegen. Sie gründeten ein „Komitee der Freundschaft und Unterstützung für den demokratischen Sozialismus in Portugal". Weniger gravitätisch, dafür ehrlicher, könnte man dafür auch „Komitee für konterrevolutionäre Einmischung" sagen.

Wilson, Brandt und Mitterand wurden gemeinsam mit Palme beauftragt, die Tätigkeit dieses Komitees zu organisieren.

Laut „Le Monde" (5.8.75) besteht seine Hauptaufgabe darin, *„die öffentliche Meinung in Europa zugunsten der politischen und gewerkschaftlichen Freiheiten und der Pressefreiheit zu mobilisieren".* Insbesondere Wilson vertrat noch einmal

schaftlichen Freiheiten und der Pressefreiheit zu mobilisieren". Insbesondere Wilson vertrat noch einmal entschieden den Standpunkt, den die EG auf ihrer letzten Ministerpräsidentenkonferenz mehrheitlich bezogen hatte, daß man Portugal zwar mit Krediten zu kaufen versuchen sollte, aber auf gar keine Fall Kredite ohne politische Bedingungen geben dürfte.

Inzwischen hat Joergensen im Auftrag des Komitees bereits eine „Erkundungsreise" nach Portugal unmmen. Sie endete vor den en revolutionärer Werftarbei- Als Joergensen die Lissaboner Werft ‚Lisnave' „besichtigen" wollte, sperrten Werftarbeiter die Werkstore ab und schickten ihn wieder nach Hause.

Den zynischsten Beitrag zur „Portugaldiskussion" der Imperialisten lieferte der US-Präsident Ford:

„Wir bedauern, daß sich Portugal gegenwärtig in Unruhe befindet. Ich glaube, es ist inzwischen allgemein bekannt, daß die Sowjetunion dort diskret die kommunistischen Elemente unterstützt.

Andererseits wissen wir, daß die Länder Westeuropas ihren sozialdemokratischen Freunden helfen...

Ich denke, es ist außerordentlich tragisch, daß wir wegen der gegenwärtigen Untersuchung über den CIA und der Beschränkung von Geheimoperationen, die uns auferlegt wurden, nicht in der Lage sind, uns angemessen (?!) an der Seite der anderen westlichen Länder zu beteiligen.

Ich will damit nicht sagen, daß unsere Beteiligung das Problem automatisch lösen würde", schloß der Präsident.

Man vergleiche zu diesen Ausführungen den Artikel über die CIA-Aktivitäten in Portugal, die dem Präsidenten zu gering neben den Anstrengungen der europäischen Kapitalisten vorkommen! ●

Portugal/Spanien - Kommission KB/Gruppe Hamburg

an, daß die neun jedoch alle ihre militärischen Funktionen behalten sollten. Den beteiligten Kommandanten der Militärregionen Süd und Mitte wurde vom COPCON ausdrücklich *„volle Unterstützung und Vertrauen"* ausgesprochen („O Seculo", 11.8.75).

Zustimmend zum „Dokument der Neun" äußerten sich die PS und PPD (*„ein Signal der Hoffnunf"*), aber auch die Christdemokraten der CDS (sie teile viele Sorgen der neun, sei aber gegen die darin enthaltene *„marxistische (!) Sicht"*) und die Monarchisten der PPM (die neun hätten *„dem Land einen guten Dienst geleistet"*). Hinzu gesellte sich die OCMLP/FEC-ml, eine der „ML"-Gruppen. Sie entdeckte in dem Antunes-Papier *„antifaschistische (?!) und antisozialfaschistische Positionen"* und sicherte eine *„kritische Unterstützung"* zu. Stellungnahmen der noch erheblich weiter rechts stehenden „ML"-Gruppen PCP-ml und MRPP sind uns bisher nicht bekannt – sie lassen sich aber wohl ahnen! (Zitate nach „O Seculo", 11.8.). Eine Stellungnahme der UDP (einflußreichste „ML"-Organisation) ist uns gleichfalls bisher nicht bekannt. Ihre Politik orientierte in letzter Zeit darauf, *„alles zusammenzuschliessen, was zusammengeschlossen werden kann, um die Faschisten wegzufegen, die Bourgeoisie zu stürzen und eine Volksdemokratie und den Sozialismus zu errichten"*, gleichzeitig jedoch *„die cunhalistischen Verräter* (d.h. die Revisionisten – Anm. AK) *zu isolieren"* („Republica", 9.8.).

Ablehnend zum „Dokument der Neun" verhielten sich die Revisionisten der PCP und der MDP sowie die revolutionäre Linke.

Das COPCON-Papier

Nur wenige Tage nach dem „Dokument der Neun" gaben fortschrittliche Offiziere des COPCON und der Militärregion Lissabon eine Gegenerklärung heraus, genannt **„Arbeitsvorschlag für ein Politisches Programm"** (Auszüge siehe Kasten). .

Obwohl das Ministerium für Soziale Kommunikation (Massenmedien) aufforderte, das Papier vorerst nicht zu veröffentlichen, da es erst „intern" diskutiert werden sollte, entschlossen sich die Arbeiter von „Radio Renascenca" und von der Zeitung „Republica" zur Veröffentlichung („Republica", 13.8.).

In dem „Arbeitsvorschlag" der COPCON-Offiziere wird zum einen, ähnlich wie in dem „Dokument der Neun", der PCP vorgeworfen, sie habe den Staatsapparat und die Massenmedien „infiltriert", um den Staat unter ihre Kontrolle zu bringen; auf dem Lande hätten die Revisionisten die so erreichten Positionen mißbraucht, um eine parteipolitische Vetternwirtschaft bei der Vergabe von Subventionen u.ä. zu betreiben.

• Eine Selbstkritik der Politik des MFA wird insbesondere in folgenden Punkten geübt:

– Die Durchführung der Wahlen habe unter den konkreten Bedingungen dazu beigetragen, das Volk zu verwirren; unter bürgerlichen Strukturen wie in Portugal diene das allgemeine Stimmrecht vor allem der Bourgeoisie, deren Parteien über das meiste Geld verfügen usw. Nach 48 Jahren Faschismus sei das Volk noch nicht in der Lage gewesen, die Manöver der bürgerlichen Parteien zu durchschauen.

– Das MFA habe versucht, Widersprüche mit Kompromissen zu lösen (siehe Auseinandersetzung um „Republica"!), durch Verhandlungen mit den bürgerlichen Parteien u.ä. Das habe zu einer Diskreditierung der Militärs bei den Werktätigen geführt.

Hart kritisiert wird das „Dokument der Neun", von dem es heißt, daß es *„wegen der darin enthaltenen offensichtlichen Zweideutigkeiten"* zu *„noch größerer Verwirrung"* geführt habe.

Schließlich werden eine Reihe Vorschläge gemacht (siehe Übersetzung bzw. Zusammenfassung im Kasten), die in erster Linie Vergünstigungen für die kleine und mittlere Bourgeoisie vorsehen, was offenbar als Voraussetzung ange-
setzung bzw. Zusammenfassung im Kasten), die in erster Linie Vergünstigungen für die kleine und mittlere Bourgeoisie vorsehen, was offenbar als Voraussetzung ange-
sehen wird, um diese Klassen und Schichten der Reaktion zu entreißen und sie möglichst weitgehend für den revolutionären Prozeß zu gewinnen.

Außerdem werden Vorschläge für eine weitere Demokratisierung der Armee und für die *„Stärkung der Disziplin"* auf der Grundlage von Diskussion, Zustimmung, Klärung und Kameradschaft gemacht; die Lebenslage der Soldaten soll verbessert werden.

Revolutionäre Gegenoffensive notwendig

Über die Aufnahme der beiden Papiere in der Armee war ein halbwegs klares Bild kaum zu gewinnen. Die bürgerliche Presse handelte Gerüchte, Staatspräsident Gomes sei mit dem Inhalt des „Dokuments der Neun" einverstanden („Le Monde", 12.8.), selbst Carvalho billige das „Dokument der Neun" („Le Monde", 14.8.).

Innerhalb der Armee soll das Antunes-Papier die „Zustimmung einer großen Mehrheit" gefunden haben, nur drei Regimenter der Militärregion Lissabon hätten sich dagegen ausgesprochen („Le Monde", 13.8.).

Tatsächlich ist zu vermuten, daß vor allem unter den Einheiten im Norden (Söhne jener Bauern und Kleinbürger, die dort das Fußvolk der faschistischen Terrorkampagne bilden), wie auch unter den Berufsoffizieren das Antunes-Papier eine recht breite Zustimmung gefunden haben dürfte. Richtig ist auch, daß das Direktorium des Revolutionsrates keine inhaltliche Verurteilung des „Dokument der Neun" ausgesprochen hat, sondern die Suspendierung der Unterzeichner nur mit Verletzung der „militärischen Disziplin" begründet worden war, so daß Gerüchte über die Haltung von Costa Gomes und Carvalho einen gewissen Boden hatten.

Was Carvalho angeht, so soll er das Gegenpapier von COPCON-Offizieren (angeblich von Offizieren des Regiments von Amadora, einer Lissaboner Vorstadt; in der Einheit ist der Einfluß der revolutionären Linken recht stark) zwar gesehen und korrigiert, aber nicht unterschrieben haben, „um sich die Hände frei zu halten" („Le Monde", 17./18.8.). Inzwischen ist Carvalho mit Vasco Lourenco, einem der Unterzeichner des „Dokuments der Neun" zusammengetroffen. Auch mit Melo Antunes fand inzwischen ein Gespräch statt.

Die Bestrebungen Carvalhos (und angeblich ebenso von Antunes) scheinen zu einer (zumindest vorläufigen) Aussöhnung der Widersprüche innerhalb der MFA-Führung und der Armee zu gehen.

In dieselbe Richtung ging schon die Stellungnahme des COPCON-Kommandos, d.h. vor allem Carvalhos, mit der die Unterzeichner des „Dokuments der Neun" in ihren militärischen Funktionen bestätigt wurden und ihnen „das volle Vertrauen" ausgesprochen wurde.

Besonders drastisch kam diese Haltung Carvalhos in der Neves-Affäre zum Ausdruck. Oberst Jaime Neves, Kommandant der als links bekannten Kommando-Regimenter von Amadora (Elite-Einheit des COPCON) war bereits im Zusammenhang mit dem Putschversuch Spinolas am 11. März unangenehm aufgefallen. Auf Grund neuer Vorwürfe, wurde er Ende Juli von den Soldaten abgesetzt. Sie ließen ihn ebensowenig in die Kaserne wie den zur Vermittlung herbeigeeilten Vasco Lourenco. Wenige Tage später (4. August) wurde Jaime Neves, persönlicher Freund Carvalhos, jedoch mit dessen Hilfe wiedereingesetzt. Stattdessen wurden seine Ankläger (angeblich der PCP nahestehend) verhaftet und sollen vor Gericht gestellt werden. Das ganze wurde als Intrige der PCP hingestellt. Aus Erklärungen von Jaime Neves geht indessen jedenfalls ganz klar hervor, daß er den Rechten („Gemäßigten") zuzurechnen ist (siehe „SZ", 4.8.).

Die „Gemäßigten" waren sicher im Recht, die Affäre Neves als Erfolg zu verbuchen; so gestärkt legten sie drei Tage später das „Dokument der Neun" vor. Dagegen hat die Demokratie in der Armee und das Bündnis MFA–Volk (die Soldaten waren intensiv von den Werktätigen von Amadora unterstützt worden) damit eine Niederlage erlitten. Ob es sich hierbei um taktische Zugeständnisse Carvalhos handelt, oder um eine grundsätzlich versöhnlerische Haltung zur „Einheit des MFA" und zur „militärischen Kameradschaft", wird sich erweisen müssen.,

Ein Offizier des COPCON vermittelte einem Genossen des LG des KB bei einem Gespräch am 16. August etwa folgende Einschätzung:

Das Papier der COPCON-Offiziere sei in einer Situation einer scheinbaren Abschwächung der Krise erschienen. Die Reaktion sei zur Zeit nicht in der Lage und würde es auch nicht wagen, eine Konfrontation in der Armee zu suchen – auf Grund der Stärke der Linken im Militär.

Allerdings habe auch die PCP kein Konzept für eine Gegenoffensive. Auch die Revolutionäre hätten keine Initiative auf Massenebene.

Es zeichne sich vor diesem Hintergrund ab, daß das Papier der COPCON-Offiziere zum Kristallisationspunkt der fortschrittlichen Kräfte werden könnte, eine Art Programm zur aktuellen Situation.

Das Papier habe nicht nur in den Kasernen, sondern auch in den Organisationen der Arbeiterklasse breite Zustimmung gefunden. Um die Sache voranzubringen, hat Radio Renascenca zum kommenden Mittwoch (20.8.) eine Demonstration der Arbeiterorganisationen, von Militärs und revolutionären Organisationen zur Unterstützung des COPCON-Papiers vorgeschlagen.

Die PCP sei aufgrund der Tatsache, daß sie zu einer Gegenoffensive

Fortsetzung Seite 32

Offener Brief:

Solidarität mit der portugiesischen Revolution

portugiesischen Revolution

Genossen,

in Portugal verschärft sich der Kampf zwischen Revolution und Konterrevolution immer mehr. Zur Zeit ist die internationale Reaktion bestrebt, in Portugal selbst eine Massenmobilisierung der rückständigsten und am Kleinbesitz orientierten Bevölkerungsteile und Klassen aufzubauen. Dutzende antikommunistischer Terrorakte, bis hin zum versuchten Lynchmord an Kommunisten, sind die Sprache des Faschismus. Das Beispiel Chile zeigt am deutlichsten und grausamsten das Ziel der reaktionären, antikommunistischen Kampagne. Daneben hat die internationale Reaktion auch die früher von ihr versuchten Karten – Militärputsch und Wirtschaftsboykott noch in der Hand. Aus der Kombination dieser drei Faktoren – faschistische Massenmobilisierung, Reaktion im Militär und wirtschaftliche Ruinierung – soll der konterrevolutionäre Umsturz erwachsen. Die Folge wäre nicht etwa, das lehrt uns Chile, lediglich ein bürgerlich-parlamentarischer Staat „westlicher" Prägung, sondern ein riesiges Blutbad unter der Arbeiterklasse, Massenverhaftungen, KZ's, Folter, totale Repression.

Im Kampf dagegen müssen wir die revolutionär-demokratischen Kräfte des portugiesischen Volkes, unter Führung der Arbeiterklasse, unterstützen.

Die – vor allem von der italienischen Organisation Lotta Continua unterstützte – Gesellschaft für die revolutionäre Freundschaft zwischen Portugal und Italien (AARPI) hat eine „internationale Mobilisierung" vorgeschlagen, speziell eine Solidaritätswoche und Demonstrationen im September (möglichst 21. - 28. September). Hierfür hat die AARPI folgende Parolen vorgeschlagen: Gegen wirtschaftlichen Boykott und imperialistische Einkreisung; Gegen die Provokationen der nationalen und internationalen Bourgeoisie, die den revolutionären Prozeß aufhalten wollen; Für die Volksmacht, für die proletarische Demokratie, für die Einheit der Arbeitermassen; Für die nationale Unabhängigkeit und Neutralität des Mittelmeers; Volle Unterstützung dem Kampf der revolutionären Kräfte, sowohl der zivilen als auch der militärischen; an der Seite des angolanischen Volkes und seiner Kämpfer von der MPLA in der Offensive gegen die imperialistischen Kräfte, für vollständige Befreiung.

Wir halten diesen Vorschlag und die darin enthaltenen Parolen für eine gute Grundlage, um ein einheitliches und koordiniertes Vorgehen, u.a. Demonstrationen, national und international zu erreichen. Wir unterstützen deshalb diesen Vorschlag gegenüber allen Kräften der westdeutschen Linken und werden uns mit konkreten Schritten um seine Verwirklichung bemühen. Ergänzend zu den obigen Parolen schlagen wir vor, dem Kampf gegen die westdeutsche Sozialdemokratie als Förderer und Einpeitscher der portugiesischen reaktionären Sammlung besonderes Gewicht zu geben. Für ganz falsch würden wir es halten, wenn mit Rücksicht auf ein (ohnehin illusorisches) „Bündnis" mit der SPD bzw. Teilen von ihr der Kampf gegen die westdeutsche Sozialdemokratie abgeschwächt würde.

Inzwischen hat am 13. August im Sportpalast von Lissabon eine internationale Massenkundgebung mit über 7.000 Teilnehmern stattgefunden.

Vertreten waren dabei u.a.:

–19 Arbeiterkommissionen (Lisnave, Setenave, CUF, Radio Renascence, „Republica" u.a.);
–24 Stadtteilkomitees;
–zwei COPCON-Kasernen;
–das Nationale Sekretariat der Gewerkschaft Intersindical;
–alle Organisationen der revolutionären Linken Portugals, mit Ausnahme der UDP, also MES, LUAR, PRP/BR, FSP und LCJ;

–aus Italien Lotta Continua, Avanguardia/Operaia, PDUP, MS (Studentenbewegung) sowie zwei weitere Organisationen;

–aus Frankreich Revolution!, Pour Le Comunisme, Ligue Comuniste (Trotzkisten), PUP;
–aus der BRD der RK, die SAG und der Kommunistische Bund;
–der chilenische MIR, der angolanische MPLA und der Frelimo aus Mozambique;
–Genossen aus Großbritannien und Belgien;

Der Kundgebung lag eine Resolution der Arbeiterkommission von Lisnave vor, in der die ernste Situation charakterisiert wird und die Notwendigkeit hervorgehoben wurde, internationale Solidarität zu organisieren. Die oben aufgeführten Genossen und Organisationen beschlossen einen Aufruf, in der Zeit vom 21. - 28. September auf die Straßen Europas zu gehen und die Solidartät mit der portugiesischen Revolution zu demonstrieren. Weitere vertretene Organisationen wollen die Kampagne ebenfalls unterstützen, stimmten aber nicht mit allen beschlossenen Einzelheiten überein.

Wir fordern alle kommunistischen und anderen demokratischen Organisationen und Gruppen der BRD auf, diesen Vorschlag zu unterstützen und an gemeinsamen Aktionen, die noch festzulegen sind, teilzunehmen.

Insbesondere rufen wir auch die Genossen der DKP auf, sich an gemeinsamen Aktionen der Solidarität mit Portugal zu beteiligen. Die portugiesische KP hat ebenso wie die DKP lange Zeit eine schädliche Politik der Spaltung und Diffamierung gegenüber der revolutionären Linken betrieben. Erst die Welle faschistischer Gewalt, die sich jetzt besonders gegen Einrichtungen und Genossen der portugiesischen KP richten, haben sie dazu gebracht, zumindest in Worten die E i n h e i t der Linken zu suchen. Es wäre nicht gut, wenn es bei den Genossen der DKP genauso lange dauern würde, bis sie die Notwendigkeit gemeinsamer Aktionen anerkennen. •

Mit kommunistischem Gruß
LG des Kommunistischen Bundes

CIA-Terror enthüllt

In einem „Brief an das portugiesische Volk" warnt ein ehemaliger CIA-Agent, der nach seinen eigenen Aussagen den Dienst beim CIA quittiert hat, weil er während seiner zwölfjährigen Dienstzeit in Quito und Montevideo gelernt hat, daß *„der CIA mit den brutalsten und verwerflichsten Mitteln die Ziele des US-Imperialismus verfolgt"*, das portugiesische Volk.

Der Ex-Agent namens Agee enthüllt, daß es in Portugal neun leitende CIA-Agenten gibt, von denen mindestens drei „Kaderoffiziere" sind und die Netze leiten, die jeweils aus 10 bis 15 portugiesischen Agenten bestehen. Als Hauptaufgaben nennt Agee die Infiltration in die Armee und das MFA, um „Gemäßigte" und andere Elemente zu gewinnen.

Ferner Mord- und Bombenanschläge durchzuführen, die *„der revolutionären Linken angelastet werden können"*. Gerüchtekampagnen, um *„Unruhen, Konflikte und persönliche Widersprüche anzufachen"* und schließlich die massive Versorgung reaktionärer Elemente der katholischen Kirche mit Geld.

Als Hauptagenten in Lissabon nennt Agee einen gewissen John St. Morgan, der auf der Liste der in Lissabon akkreditierten US-Diplomaten aufgeführt ist. Er wohnt in der Avenida Suica 3 im Bourgeois-Viertel Estoril. Sein Stellvertreter ist James N. Lawler, der im Prominentenviertel Cascais, Avenida do Brasil 28, untergekrochen ist.

Weitere Agenten sind Richard L. Baltimore (Lissabon 2, Praca Aguas Livres 8), Frank Lowell (selbe Adresse) und Donna J. Caldwell (ebenfalls im selben Gebäude). Außerdem werden die Agenten Philip W. Snell (Carcavelos, Rua de Beira 6), Anthony Aredondo (Adresse unbekannt), Leslie F. Hughes (Quinta da Lagoa, Carcavelos, Praceta da Rua 4, Lote 3 N) und Gerald Zapoli (Adresse unbekannt) enttarnt.

In seinem „Brief an das portugiesische Volk" schreibt Agee:

„Die wichtigste Aufgabe besteht darin, in das MFA einzudringen und Informationen über seine Pläne, seine Schwächen und die internen Auseinandersetzungen zu sammeln. Dies geschieht, um die sogenannten Gemäßigten herauszufinden.

Das CIA benutzt die Informationen, die so gesammelt werden, um innerhalb und außerhalb Portugals eine Propaganda zu machen, die das MFA spalten und schwächen soll. Ebenso werden gefälschte Dokumente und Gerüchtekampagnen benutzt . . .

Das CIA hat ganz eindeutig in die Wahlkampagne (im April) eingegriffen. James Lawler, der stellvertretende Leiter der Lissaboner CIA-Station, hat an solchen Operationen bereits 1962 in Brasilien und 1964 in Chile teilgenommen, wo Millionen Dollar aufgewendet wurden, um die ‚Gemäßigten' zu unterstützen, die den USA genehm waren . . .

Die propagandistische Ausbeutung ökonomischer Schwierigkeiten soll schließlich eine gewisse begrenzte öffentliche Zustimmung für eine plötzliche straffe Militärregierung schaffen, die ‚die nationale Würde, die Disziplin und das nationale Interesse wiederherstellen soll'. Wenn es einen portugiesischen Pinochet gibt, dann muß er jetzt identifiziert werden.

Es werden politische Morde und Bombenattentate stattfinden, die man der revolutionären Linken anlasten wird. Morgan, der CIA-Chef in Lissabon, hat derlei Operationen gelernt, als er in Brasilien (1966 - 1968) und in Uruguay (1970 - 73) Dienst tat.

Die „Todesschwadronen", die es in diesen Ländern in den vergangenen Jahren gab, müssen vorausgesehen und gestoppt werden, noch ehe sie richtig eingerichtet sind."

Weiter geht Agee darauf ein, daß der CIA nur eine der Agenturen ist, die heute in Portugal für die Verfolgung der politischen und wirtschaftlichen Interessen der Imperialisten tätig sind. Konterrevolutionäre Aktivitäten werden aller Wahrscheinlichkeit nach auch von amerikanischen Regierungsbeamten der US-Botschaft in Lissabon durchgeführt.

Unterstützt wird diese Tätigkeit vom britischen Geheimdienst. Der Wirtschaftskrieg wird mit Hilfe internationaler Banken durchgeführt.

Agee berichtet ferner, daß der CIA ohne jeden Zweifel in die Separatismusumtriebe auf den Azoren verwickelt ist, und daß „Gewerkschaftsspezialisten" versucht hätten, die portugiesische Gewerkschaftsbewegung zu spalten.

Außerdem werden gewaltige Mengen Geld an die reaktionärsten Elemente in der katholischen Hierarchie gezahlt, um ihre antisozialistischen Agitation zu finanzieren. Der Brief endet mit einem Aufruf, die Tätigkeiten des CIA und anderer Agenturen rücksichtslos zu enthüllen und ihre Agenten zu vertreiben.

Agee fügt hinzu, daß der beste Schutz gegen derlei Machenschaften darin besteht, die Revolution voranzutreiben und die Organe der Volksmacht zu entwickeln.

(Dieser Artikel stützt sich wesentlich auf den „Socialist Worker" vom 2. August. Die französischen Tageszeitungen „Liberation" und „Le Monde" haben am 8. bzw. 9. August ausführlich über den „Brief an das portugiesische Volk berichtet. Es ist eigentlich schon gar nicht mehr nötig zu erwähnen, daß in der westdeutschen Presse kein Wort über die Enthüllungen zu finden war!) •

Portugal-Spanien-Kommission,
KB/Gruppe Hamburg

Fortsetzung von Seite 31

nicht in der Lage, zu einer Änderung ihrer Taktik gezwungen. Sie hat zum kommenden Dienstag (19.8.) zu einem halbstündigen Generalstreik im ganzen Land aufgerufen; getragen wird dieser Aufruf von der Gewerkschaft „Intersindical".

Am Donnerstag (14.8.) erklärte die PCP auf einer Großveranstaltung, daß sie bereit sei, mit der revolutionären Linken zusammenzuarbeiten, wobei namentlich alle linken Organisationen bis hin zur UDP genannt wurden.

Hierzu ist noch anzumerken, daß die Revisionisten in Portugal in der Vergangenheit alles getan haben, um in der bekannten Manier die revolutionäre Linke zu diffamieren („Agenten des Klassenfeinds" usw. usf.), sich dann nach dem Aufmarsch der Reaktion plötzlich um die Hilfe der revolutionären Linken zu bemühen schienen, inzwischen wiederum Zickzack fuhren (Bündnisangebote an die PS) und zu einer konsequenten antifaschistischen Politik nicht fähig sind. International wurde außerdem versucht, eine „Berlinguerisierung" der PCP zu erreichen, d.h. eine Öffnung nach rechts, entsprechend dem „Vorbild" des italienischen Revisionismus. Verschiedene revisionistische Parteien, vor allem die PCI, sind in dieser Beziehung sehr rührig.

Die weitere Entwicklung wird zweifellos in hohem Maß von der Fähigkeit der revolutionären Linken abhängen, eine einheitliche Führung zu entwickeln und die militante antifaschistische Einheit an der Basis mit den Genossen der PCP herzustellen, die gegenwärtig wahrscheinlich, abgesehen von den fortschrittlichen Kräften im MFA, die objektiv stärkste antifaschistische Kraft darstellen. •

Portugal/Spanien - Kommission
KB/Gruppe Hamburg



'Aber Papa, ich hab doch getan, was ich konnte !'

Kampf der Frauen in Portugal:

Für freie und kostenlose Verhütung und Abtreibung

Vom 28. Juli bis zum 4. August fand in Lissabon ein internationaler Frauenkongreß unter dem Thema **„Abtreibung, Verhütung, internationale Solidarität mit den Kämpfen der Frauen"** statt. Der Kongreß wurde von der M.C.A.L.G. („Bewegung für die freie und kostenlose Verhütung und Abtreibung") veranstaltet.

Frauen aus Spanien, Frankreich, Italien, BRD, Schweiz, Luxemburg, Holland, England, Österreich, Belgien und Chile waren auf dem Kongreß vertreten.

„Republica" schreibt: *„Warum ein solches Treffen? Nicht deshalb, weil die Bewegung für freie Abtreibung in Portugal besonders stark ist, sondern weil es für wichtig gehalten wird, das Problem der Emanzipation der Frau, ihrer Kämpfe gegen die kapitalistische und männliche Unterdrückung, in einem Land zu diskutieren, das einen revolutionären Prozeß erlebt, und wo keine der offiziellen Instanzen bis zu diesem Datum die Frage der Abtreibung erwähnt hat, die auch in keinem der Regierungsbeschlüsse enthalten ist – wie es im Manifest der M.C.A.L.G. heißt. Das Dokument fährt fort, '... daß die Probleme, die am direktesten die Frauen betreffen (53 % der Bevölkerung) bis heute immer noch für zweitrangig gehalten werden'".*

In der Tat wurde seit dem Sturz des Faschismus, am 25.4.74, von seiten der Regierung nichts getan, um das aus dem Jahre 1886 stammende Abtreibungsverbot aufzuheben, obwohl in Portugal jährlich 100 – 150 000 „illegale" Abtreibungen durchgeführt werden. Nach diesem Gesetz wird die Abtreibung mit zwei bis acht Jahren Gefängnis bestraft!

Diese Lage gilt es heute zu verändern.

Der Kampf der M.C.A.L.G.

Zu diesem Zweck wurde vor etwa drei Monaten auf Initiative einer Gruppe von Genossinnen der M.L.M. (Bewegung für die Befreiung der Frau) die M.C.A.L.G. gegründet.

Die M.C.A.L.G. ist *„eine gemischte Bewegung, die autonom organisiert und unabhängig von jeder Parteienvormundschaft ist"* (nach „Republica" vom 29.7.75).

Für folgende Forderungen setzt sich die M.C.A.L.G. ein:

1. Sofortige Aufhebung des faschistischen Abtreibungsgesetzes;

2. Durchsetzung der freien und kostenlosen Verhütung und Abtreibung durch Kampf;

3. Kollektive Diskussion über die Probleme der Sexualität und Mutterschaft.

Moralische und praktische Unterstützung erhält die M.C.A.L.G. von der Klinik Santa Cruz und vom Personal des Hospitals Santa Maria, wo sie die Einrichtung benutzen dürfen. (Santa Cruz ist eine besetzte Klinik; das Hospital Santa Maria ist staatlich).

Neben der praktischen Arbeit legen sie einen Schwerpunkt auf breite Informationsarbeit über Schwangerschaftsverhütung, Sexualität und Schwangerschaftsabbruch. Zu diesem Zweck verbreiten sie Broschüren. Die M.C.A.L.G. erklärt: *„Vor allem fordern wir eines, daß es die Frau sein muß, die über ihren eigenen Körper bestimmt ... Die Freigabe der Abtreibung ist ein entscheidender Schritt im Kampf für die Befreiung der Frau. Die Eroberung des Rechts, über den eigenen Körper zu bestimmen, ist eine explosive Forderung, in einer Kapitalistischen Gesellschaft wie unserer ... Unser Kampf kann nicht getrennt werden vom allgemeinen Kampf gegen den Kapitalismus"* (nach „Republica", 29.7.75).

Deshalb tritt die M.C.A.L.G. auch ein für Forderungen wie: „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit" und für das Recht auf Kinderkrippen am Arbeitsplatz.

Die Kämpfe der Arbeiterinnen von Sogantal, Charminha, Candidinha und Portugália werden von den Frauen der M.C.A.L.G. unterstützt. Darüber hinaus fordern sie zur Erleichterung der Hausarbeit ein System öffentlicher Kindergärten, Wäschereien usw. Schließlich führt die M.C.A.L.G. auch einen politisch-ideologischen Kampf gegen die männliche Mentalität des „Familienoberhaupts", gegen den „Egoismus der Männer" und für den Aufbau gemeinsamer Kampffronten. •

Arbeitsgruppe Frauen
KB/Gruppe Hamburg

KB/Gruppe Hamburg

Südafrika:

KZ-Haft für unzählige Farbige

Die weißen Faschisten in Südafrika planen für die Zukunft Massen-KZ's. In ihnen sollen hunderttausende Schwarze eingesperrt werden.

Hierzu trat jetzt eine „Bestimmung 133" in Kraft. Hiernach können *„Schwarze, die gegen die südafrikanischen Paßgesetze verstoßen.........in ‚Rehabilitationszentren' eingewiesen werden."* (FR"29.7.75)

Eine Grundlage für diese „Paßvergehen" ist die „Bantustan-Politik" der weißen Rassisten. *„Nach dieser Politik werden ganze schwarze Bevölkerungsteile in bestimmte Reservate vertrieben, um dort einen „eigenen und unabhängigen Staat" zu gründen.* *(AK 62)*

Die Politik dieser „Staaten" ist völlig abhängig von der faschistischen Regierung Südafrikas.

Da die unfreiwilligen Bewohner dieser „Staaten" hier zwar Pässe, aber keine Arbeit bekommen, verdienen sie sich - oftmals illegal - zu Hungerlöhnen bei den südafrikanischen Kapitalisten außerhalb der „Bantustans", d.h. sie verlassen diese ohne Erlaubnis.

Eine andere Grundlage für die „Paßvergehen" liegt darin, daß der Kapitalist von seinen „legalen" Arbeitern die Pässe einzieht und sie nicht das Gelände der Firma verlassen dürfen (außer 1 x in zwei Jahren zum Urlaub)!

Wird nun ein Farbiger von den faschistischen Bullen mit einem „Bantu"-Paß oder gar ohne Paß angetroffen, so wird er wegen „Paßvergehens" verurteilt.

Das Ausmaß der zukünftigen KZ-Haft ist schon heute abzusehen: *„Wegen Paßvergehens sind in den letzten Jahren durchschnittlich 500.000 Schwarze jährlich belangt worden" („FR", 29.7.75).*

Entsprechend dem Vorbild des deutschen Faschismus heißt es zu diesen Zentren:

„Die Insassen einer solchen Institution sollen dort zu dem Zweck festgehalten werden, ihren physischen, geistigen und moralischen Zustand zu verbessern, indem sie den Gewohnheiten von Fleiß und Arbeit unterworfen... werden." (FR29.7.75)

Und

„Einweisungen in die ‚Rehabilitationszentren' können bis auf drei Jahre ausgedehnt werden." (FR,29.7.75)

Neben dieser Haft im KZ werden die Farbigen zugleich ausgewiesen. Denn die „Rehabilitationszentren" liegen den Bantustans.

Hier gibt es keine Industrie und kaum Landwirtschaft.

In Südafrika selbst bezeichneten - links von der Regierung stehende - Oppositionspolitiker (zu verleichen mit der CDU in der BRD) die Bestimmung 133 als *„den Alptraum der totalitären Regime"*.(FR29.7.75)

Anders denkt der BRD-Oberfaschist F.J. Strauß darüber. Er fuhr in den Urlaub: *„erstes Reiseziel: Südafrika"* („Hamburger Abendblatt", 2.8.75). Wieder einmal mehr wird deutlich, welche Freunde die deutschen Faschisten haben. •

Afrika-Kommission
KB-Gruppe Hamburg

KB-Gruppe Hamburg

Portugal und die BBC

Die revolutionäre Entwicklung in Portugal macht auch nicht vor der reaktionären englischen Rundfunkgesellschaft BBC halt.

In den portugiesisch-sprachigen Programmen des „BBC-World-Service" brachten fortschrittliche portugiesische Rundfunksprecher entgegen den Sendemanuskripten ihre eigenen Kommentare zur Entwicklung in Portugal. So mußte sich das BBC offiziell bei dem PPD-Reaktionär Freitas do Amaral für „gewisse journalistische Fehlleistungen" („FR" vom 22.7.) entschuldigen. Er war von einem Rundfunksprecher zu Recht als einer der „übelsten Vögel" in Portugal dargestellt worden.

Die BBC mußte zugeben, daß ihre portugiesischen Sprecher die Sendungen in mindestens sechs Fällen mit eigenen Kommentaren und Hinzufügungen versehen hätten.

Die BBC reagierte entsprechend gegen die fortschrittlichen Sprecher. Sie wurden verwarnt und mit Entlassungen bedroht. •

AK-Leser aus Vierlanden

AK-Leser aus Vierlanden

Ein neuer „Fall Republica"?

Nach einer Meldung der „Le Monde" vom 17./18.8. (portugiesische Meldungen dazu liegen uns noch nicht vor) ist es bei der wichtigsten Lissabonner Zeitung, „Diaro de Noticias", zu einem Bruch zwischen den Druckereiarbeitern und der Mehrheit der Journalisten gekommen.

30 von 55 Mitgliedern der Redaktion hatten am Donnerstag, den 15. 8. ein Papier herausgebracht, in dem sie die Linie der Zeitung als „allzu kommunistenfreundlich" angriffen. Die Zeitung sei zum „Sprachrohr des Premierministers Goncalves und der KP" geworden. Die Journalisten forderten, diese Erklärung am Freitag in der Zeitung abzudrucken.

Da zogen die Drucker aber nicht mit! Stattdessen brachten sie am Freitag auf der ersten Seite eine eigene Erklärung, in der sie die Journalisten als „Konterrevolutionäre" anklagten. Es wurde angekündigt, daß am Montag (18.8.) eine Arbeiterversammlung stattfinden soll, um über „Sanktionen" gegen die betreffenden Journalisten zu diskutieren. Den Journalisten wurde auch vorgeworfen, sie wollten die Demokratie in der Zeitung zerstören und übten eine erpresserische Politik gegenüber den Kollegen aus.

Nunmehr wird wahrscheinlich wieder die gesammelte Reaktion, von „Bild" und „Bayernkurier" bis zur „Roten Fahne", das Geschrei über den „Angriff auf die Pressefreiheit" anstimmen. Und Portugal könnte demnächst, nach der „Republica", eine weitere Zeitung in Arbeiterhand haben! **Der AK wünscht den Kollegen viel Erfolg!** •

OAU-Konferenz: Faule Kompromisse in Kampala

Vom 28.7. bis 1.8. 1975 fand in Kampala (Uganda) die 12. Gipfelkonferenz der OAU, der „Organisation für afrikanische Einheit", statt.

Sie dokumentierte – deutlich wie selten – die vom Imperialismus verursachten tiefgreifenden Widersprüche unter den afrikanischen Staaten. Alle verabschiedeten Beschlüsse zeigen, daß die vom Imperialismus beherrschten bzw. beeinflußten Staaten in der OAU noch den Ton angeben.

–fortschrittliche Staaten und Palästinenser hatten den Ausschluß Israels aus der UNO sowie totalen wirtschaftlichen Boykott gegen den Zionismus gefordert.

Übrig blieb die nichtssagende Resolution „verstärkten Druck auf Israel auszuüben" (FR, 2.8.), sowie vage Formulierungen bezüglich möglicher späterer Maßnahmen gegen Israel. Vor allem der zairische US-Statthalter Mobutu und die arabische Reaktion hinter Sadat waren die Triebkräfte dieses relativen Erfolges der Zionisten.

–bezüglich Angola wurde die „Gleichberechtigung" der drei Bewegungen anerkannt und demzufolge für „Waffenruhe und Versöhnung" mehrheitlich Stellung bezogen. Dies signalisiert eine deutliche Rechtsentwicklung; früher war MPLA als einzige Befreiungsbewegung anerkannt. Die Aufwertung der FNLA fällt zudem in eine Phase, wo diese durch ihre bekannten Mordzüge ihren imperialistischen Auftraggeber immer deutlicher erkennen läßt. Die Haltung der OAU-Mehrheit ist objektiv eine Ermunterung Mobutus, seine Waffen- und Söldnerlieferungen zur Zerschlagung der MPLA oder Spaltung Angolas zu intensivieren.

Wesentliche Fragen im Interesse der afrikanischen Völker wurden gar nicht erst verhandelt. So die „wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit zwischen der OAU und der arabischen Liga. Hier hatten die ärmeren afrikanischen Staaten ökonomische Hilfe der relativ reichen Ölstaaten gefordert. Beim Geldsack hört allerdings die „Einheit" auf!

Ebenso unerwähnt blieb die Zukunft der West-Sahara, wo die nationalen Befreiungsbewegungen zunehmend mit Annektionsplänen Mauretaniens (sprich französischer Imperialismus) und Marokkos (US-dominiert) konfrontiert sind. Außerdem kein Wort zum Kampf des eritreischen Volkes, weil sich die äthiopische Militärchlique jede Einmischung in sogenannte „Innere Angelegenheiten" verbeten hatte.

Diese sich bereits in der Vorbereitung abzeichnenden, von der Mehrheit angestrebten „Ergebnisse", sowie die Tatsache, daß mit Idi Amin einer der brutalsten Faschisten Gastgeber und damit traditionell neuer OAU-Präsident war, hatte schon vorher nahezu alle fortschrittlichen bzw. revolutionären Staaten veranlaßt, mehr oder minder deutlich die Konferenz zu sabotieren. Nur 19 von 45 Staatsoberhäuptern waren erschienen, die fortschrittlichen Staaten schickten unbekannte, nicht repräsentative Abordungen. Tansania und Sambia boykottierten offiziell: *„Tansania kann es nicht verantworten, an einer Parodie der Verdammung des Kolonialismus, der Apartheit und des Faschismus teilzunehmen, wenn diese im Hauptquartier eines Mörders, Unterdrückers,* schwarzen Faschisten und erklärten *Bewunderers des Faschismus stattfindet."* Die teilnehmenden Staatschefs gäben durch ihre Teilnahme *„einer der kriminellsten Regierungen Afrikas Auftrieb"* (Erklärung der Tansanischen Regierung vom 26.7., zitiert nach „Le Monde", 29.7.75).

Die Existenz der OAU und die vom Wortlaut her häufig fortschrittlichen Resolutionen entspringen einerseits dem Willen der afrikanischen Völker, die zumindest spontan realen Anti-Imperialismus und afrikanische Einheit wollen, und einen Druck ausüben, dem selbst die eifrigsten Kompradoren Rechung tragen müssen. Dieser Wille der Völker ist objektiv repräsentiert durch die revolutionären Volksdemokratien wie Guinea-Bissao, Mozambique, Somalia. Außerdem ist sie Ausdruck der nationalen Bourgeoisien, die über ein gemeinsames Auftreten der afrikanischen Staaten gegenüber dem Imperialismus ihren Handlungsspielraum zu erweitern versuchen. Angesichts der zunehmend agressiven imperialistischen Politik gegenüber den afrikanischen Staaten werden die Möglichkeiten eines „dritten Weges" (zwischen Sozialismus und Kapitalismus) zusehends unmöglich. Vor diesem Hintergrund werden sich die Widersprüche in Zukunft verschärfen; die Gefahr einer Spaltung war selten so groß. •

Afrika-Kommission
KB/Gruppa Hamburg

Angola:
MPLA zeigt ihre Stärke

Die Auseinandersetzungen in Angola zwischen den imperialistischen Söldnern der FNLA und der Befreiungsbewegung MPLA sind in eine entscheidende Phase getreten.
Die Anfang Juli begonnene Offensive der MPLA, deren Höhepunkt die Vertreibung der FNLA-Söldner aus Luanda war (siehe AK 64), konnte auf verschiedene Regionen ausgedehnt werden.
FNLA-Chef Roberto hat die Parole „totaler Krieg in Angola an allen Fronten" ausgegeben und marschiert mit 17.000 vom US-Imperialismus bestens ausgerüsteten Soldaten Richtung Luanda. Der bevorstehende Angriff dieser Truppen auf Luanda wird eine erneute blutige Eskalation des Bürgerkrieges in Angola zur Folge haben.

Die UNITA hat ihre (schein-) neutrale Rolle gänzlich aufgegeben und sich nunmehr offiziell mit FNLA verbündet und geht im Süd-Osten mit 8.000 Soldaten gegen MPLA militärisch vor. („Welt", 8.8.) Die Erfolge der MPLA haben das Spiel mit verteilten Rollen zwischen den beiden pro-imperialistischen Organisationen – FNLA und UNITA – platzen lassen, das eine „unbefleckte" UNITA als innenpolitisch integrierende und außenpolitisch weniger mit Blut befleckte, verhandlungsfähigere Marionette aufbauen sollte. Voraussetzung für dieses Kalkül war jedoch eine weitgehende Zurückschlagung der MPLA; ein Unterfangen, das sich immer mehr als illusionär erweist.

Im einzelnen:
Die letzten Wochen haben eindrucksvoll die militärische Stärke der MPLA dokumentiert. Nach dem Sieg in Luanda konnte die Kontrolle über Salazar (das wohl nicht mehr lange den Namen dieses Faschisten tragen wird), 250 km südöstlich von Luanda, übernommen werden („Le Monde", 19.7.). Die „Reihe bedeutender Erfolge der MPLA-Truppen" („SZ", 31.7.) setzt sich fort mit der Befreiung der Stadt Lucala, 170 km östlich von Luanda, der Stadt Duque de Braganza nordöstlich von Luanda, sowie dem im äußersten Nordosten (an der Grenze zu Zaire!) gelegenen Portugalia, dem Zentrum der angolanischen Diamantenfelder.

Ebenfalls befreit sind weite Teile der Provinz Malange. Die in ihrer Provinzhauptstadt eingeschlossenen FNLA-Truppen haben sich per Vereinbarung zum Abzug verpflichtet. („Süddeutsche Zeitung", 7.8.).

Aus den beiden großen südlichen Küstenstädten Benguela und Lobito mußte FNLA ebenso verschwinden („Le Monde", 9.8.).

Der Angriff der 17.000 FNLA-Söldner auf Luanda läuft offensichtlich nicht so, wie die Imperialisten es gern hätten. Voreilige Meldungen, daß FNLA schon 15 Kilometer vor Luanda steht (vergl. „Welt", 25.7. und „FAZ", 28.7.) mußten kleinlaut dementiert werden. Stattdessen hieß es nun: „Die FNLA-Streitkräfte in Caxito (60 km nördlich Luandas) sind umzingelt" („SZ", 29.7.). MPLA verfolgt die Taktik, die Auseinandersetzung mit dem stärksten Kontingent der FNLA möglichst in der Nähe Luandas zu suchen, da FNLA vollständig auf den Nachschub aus dem nördlichen Zaire angewiesen ist, und somit beim Abschneiden dieser Verbindung weitgehend operationsunfähig wird (Nach Aussagen des „Koordinators der MPLA-Gruppen in der BRD", mit dem wir ein ausführliches Gespräch führen konnten).

Die bürgerliche Presse hat das monatelang gängige Attribut „militärisch stärkste Bewegung" für FNLA klamm und heimlich fallengelassen und wird zusehends pessimistischer.

Zerknirscht gibt „Le Monde" am 8.8. zu: *„Mit dem Rücken zur langen Grenze, die Angola von Zaire trennt, sind die Truppen der FNLA so gut wie vertrieben. Ihnen gegenüber hat die MPLA Terrain gewonnen. Luanda ist keine belagerte Stadt, wie man vielleicht annimmt. Die Männer von Neto konsolidieren ihre Positionen und seit einigen Monaten haben sie genügend rekrutiert, um ihre Truppen gut auszustatten."*

Die anhaltende Offensive der MPLA seit zwei Monaten hat im wesentlichen zwei Gründe: Zum einen hat die Phase der Konsolidierung nach der Spaltung der MPLA durch den PIDE-Agenten und jetzigen „zweiten Mann" der FNLA, Chipenda, (die sogenannte „Revolte des Ostens") über ein Jahr in Anspruch genommen; ein Zeitraum, in dem zahlreiche Einheiten der MPLA militärisch gelähmt, teilweise aufgelöst und im Prozeß der Neubestimmung der politischen Linie waren. Chipenda war einer der Stellvertreter Netos: Als ihm bewußte Unterlassungen bei der Versorgung von MPLA-Einheiten nachgewiesen werden konnten, trat er seinerseits äußerst militant „antikolonialistisch" und „kriegerisch" auf und konnte so eine große Zahl militanter Kämpfer verwirren, indem er bestimmte pazifistische und versöhnlerische Tendenzen innerhalb der MPLA demagogisch für sich ausschlachtete. Das hierdurch bewirkte vorübergehende militärische Übergewicht der FNLA wurde noch gestärkt durch die Politik Spinolas, der der FNLA zahlreiche portugiesische Stützpunkte übergeben ließ (eine Maßnahme, die allerdings später etwas ausgeglichen wurde durch die Politik



Rosa Coutinhos, der diesen Vorteil der MPLA zukommen ließ!)

Zum zweiten hat es innerhalb der MPLA eine nicht unerhebliche Strömung pazifistischer Kräfte gegeben, die Vertreter der These eines „friedlichen Übergangs", „Verständigung mit FNLA" etc. waren. Diese Kräfte fanden Unterstützung bei verschiedenen opportunistischen afrikanischen Staaten (z.B. Sambia), wahrscheinlich auch in der Sowjetunion. Erst die Brutalität der FNLA-Söldner hat diese Tendenz wieder zurückgedrängt.

Erst mit der Überwindung dieser Schwierigkeiten konnte die militärische Offensive der MPLA gestartet werden. Erst dann kam die starke, in 15 Jahren Befreiungskampf errungene Verankerung im Volk zum Tragen!

„Poder Popular" in Luanda

Die Politisierung der Massen, die Verankerung der MPLA wird beispielhaft deutlich an der Arbeit der Basisorganisationen in Luanda, der „Poder popular" (Volksmacht).

Schon Anfang des Jahres, als Genosse Neto erstmals nach Luanda kam, zeigte sich eindrucksvoll das Bewußtsein der Bevölkerung. Von 600.000 Einwohnern waren 400.000 (!!) zu seiner Begrüßung auf den Beinen. Fast unglaublich angesichts der Tatsache, daß es in Luanda keinen bewaffneten Kampf und nur illegale Propaganda der MPLA gegeben hatte.

Weiße Rassisten und FNLA organisierten hierauf die bekannten, wahllosen Mordzüge durch die Slums und Arbeiterviertel von Luanda, um einzuschüchtern, Chaos zu verursachen und rassistische Auseinandersetzungen zu provozieren.

Als Reaktion hierauf entstand „Poder popular" als bewaffnete Selbstschutzorganisation. Bewaffnet mit geschmuggelten und selbst hergestellten rudimentären Waffen.

Die Politik des Imperialismus (Luanda wird „ausgehungert") und das faktische Nichtbestehen einer staatlichen Administration (die „Übergangsregierung" war seit ihrem Bestehen handlungsunfähig) setzte die Lösung nahezu aller Aufgaben durch das Volk selbst rasch auf die Tagesordnung. „Poder popular" organisierte sich auf der Ebene von Wohnvierteln und ist heute in Luanda weitgehend allein zuständig für:

- Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln. Besonders den Anbau von Nahrungsmitteln in kleinen Gärten der Vorstädte und ihre Verteilung;
- Organisierung der Hygiene. Z.B. Regelung der Müllabfuhr; bewaffnete Kinder jagen Ratten (man lernt gut zielen!)
- Elementare Versorgung der Kranken und Verwundeten
- Organisierung von „Volksschulen", wo Alphabetisierung und politische Schulung stattfinden.
- Und den Einsatz der Selbstverteidigungsgruppen, die in kleinen, beweglichen Trupps durch die Straßen patroullieren.

So waren es „Poder popular"-Gruppen, die kürzlich die FNLA-Büros in Luanda in Schutt und Asche legten.

Letztlich waren es diese militanten Basisorgane, die die Machtübernahme von FNLA/UNITA in der Zeit der Krise der MPLA verhinderten.

Die portugiesischen Truppen: Reaktionäre Machenschaften ...

Die 24.000 Mann starken portugiesischen Truppen stellen sich weiterhin den FNLA-Söldnern nicht entgegen und das MFA (portugiesische Streitkräftebewegung) hält an seinem Kurs der sogenannten „aktiven (?) Neutralität" fest, eine Position, die objektiv den Kräften des Imperialismus nützt. Zwischenzeitlich hat es einige weitere Hinweise gegeben, die diese rechte Position des MFA (im Gegensatz zu seiner sonstigen Politik) erklären.

Offenbar hat die revolutionäre Fraktion des MFA keine Befehlsgewalt und wenig politischen Einfluß über relativ starke Verbände der in Angola stationierten Einheiten, die von Spinolisten kommandiert werden. Angesprochen auf die Vorwürfe Netos (Präsident der MPLA), der die Haltung der portugiesischen Truppen als „kriminelle Untätigkeit" bezeichnet hatte, antwortete der linke MFA-Stratege Rosa Coutinho, der selbst vor den Verträgen von Alvor (Frühjahr 75) portugiesischer Hochkommissar in Angola war: *„Das ist wahr. Die Armee da unten hat keine guten Beziehungen zur MPLA. Und die Macht des MFA ist dort nicht so groß wie in Portugal. Selbst zu der Zeit, in der ich Hochkommissar in Luanda war, war ich weit davon entfernt, die ganze Armee auf meiner Seite zu haben. Das erklärt, daß es dort so viele Verschwörungen gegen mich gab. (...) In Angola hat es am 5. März eine Operation gegeben, die unser Vertrauen in den dortigen portugiesischen Oberbefehlshaber sehr erschüttert hat. Die Militärpolizei, die Kommandos, die Schützen, die meine Leute gewesen waren, zuverlässige Truppen, waren angeklagt, einen Putsch zusammen mit der MPLA (!) geplant zu haben. Ein die Verhältnisse vergiftender Anschlag, der dem Hochkommissar* (gemeint ist Cardoso, er gilt als Spinolist) *die Möglichkeit gab, Maßnahmen gegen sie zu treffen.*

Wenn sich am 11. März (reaktionärer Umsturzversuch in Portugal) *etwas ereignet hätte, was die Situation in Lissabon verändert hätte, wären diese zuverlässigen Truppen nicht einsatzfähig gewesen (!).*" (Aus „Afrique-Asie", 19.5.75; übersetzt in „Antiimperialistisches Informationsbulletin" Nr. 7/8)

Die hier von Coutinho geschilderten reaktionären Kreise sind mit Sicherheit auch für die Ermordung von 20 MPLA-Genossen am 27.7.75 in Luanda verantwortlich:

Bei einem Zwischenfall zwischen portugiesischen Soldaten und Provokateuren (MPLA spricht von „infiltrierten Elementen") wurden zwei portugiesische Soldaten verwundet („O Seculo", 28.7.). Daraufhin hatten portugiesische Einheiten in Bataillonsstärke (!!) – das MPLA-Quartier, in dem die Provokatuere angeblich vermutet wurden, umzingelt („O Seculo", 29.7.). Dann schossen portugiesische Soldaten ohne Vorwarnung (!!) in eine vor dem MPLA-Quartier postierte Gruppe und tötete 20 Genossen (nach „Süddeutsche Zeitung", 29.7.), darunter leitende Kader der MPLA.

Nach diesen Vorfällen hat der Revolutionsrat eine Pressezensur über alle Nachrichten aus Angola verhängt. Inwieweit sich diese gegen die teilweise äußerst reaktionäre Berichterstattung richtet („Expresso" ist inzwischen zum „Organ der FNLA" geworden), oder auch fortschrittliche Berichterstattung beschneiden soll, ist noch nicht genau zu übersehen.

... aber auch Hoffnungen

Andererseits gibt es eine Reihe von Anzeichen, die darauf hindeuten, daß Teile der portugiesischen Truppen in gewissem Umfang doch noch den revolutionären Kampf der MPLA unterstützen werden. Eine Möglichkeit, die natürlich eng verbunden ist mit dem Ausgang der schweren Auseinandersetzung in Portugal, und die ein enorm hohes politisches Bewußtsein von den portugiesischen Soldaten verlangt, da sie sich praktisch für ein „fremdes Land" engagieren müssen.

- So haben portugiesische Militärsprecher mehrfach angekündigt, daß portugiesische Truppen intervenieren würden, wenn FNLA versuchen wird, Luanda einzunehmen (vgl. z.B. „Le Monde", 23.7.).
- Gewisse Hoffnungen weckt der erste Besuch Coutinhos seit seinem (von FNLA und UNITA erzwungenen) Rücktritt als Hochkommissar in Angola am 1. August. In seiner Begleitung waren der portugiesische Oberbefehlshaber Fabiao (gilt als „gemäßigter" Anhänger der PC) und Hauptmann Canto e Castro, ein Mann der rechten Antunes-Fraktion und inzwischen aus dem Revolutionsrat ausgeschlossen.

Nur einen Tag nach dem Eintreffen dieser Delegation in Luanda „erkrankte" der verhaßte portugiesische Hochkommissar Cardoso und flog zur „Genesung" nach Portugal. Die Ablösung dieses FNLA-Mannes war in den vergangenen Wochen eine ständig wiederholte Forderung der MPLA!

Politik der VR China

„Alle meine Soldaten sind von Chinesen ausgebildet worden" verkündete kürzlich FNLA-Führer Roberto zum wiederholten Male (vgl. „Le Monde" und „Neues Deutschland", 19.7.). Diese Tatsache entspricht nicht nur Robertos Wunschdenken, sondern wird auch von der MPLA angeprangert (Gespräch mit MPLA).

Diese direkte (nicht nur propagandistische!) Unterstützung der Konterrevolution, die sich in militärischer Auseinandersetzung mit der Befreiungsarmee befindet, stellt eine neue Qualität in der chinesischen Außenpolitik dar! Offiziell und in Worten vertritt die KP Chinas zwar noch die These von der „Gleichberechtigung der drei Bewegungen". So faselte „Neues China", (amtliche chinesische Nachrichtenagentur) davon, daß es eigentlich keinen grundsätzlichen Interessensunterschied zwischen den drei Befreiungsbewegungen und keinen Grund sich zu bekämpfen gebe (keinen Unterschied zwischen Imperialismus und nationaler Befreiung also!). Weiter wird die *„empfindliche Überlegenheit in der Waffenausrüstung"* der MPLA beklagt!

Allerdings wird die Hetze gegen die MPLA immer deutlicher: *„Um die Kontrolle über Angola zu gewinnen, haben die sowjetischen Sozialimperialisten auf die schmutzige Maßnahme zurückgegriffen, die darin besteht, Uneinigkeit zwischen den Befreiungsbewegungen zu stiften* (?!). *Sie haben große Mengen Waffen geliefert* (wofür sich die MPLA ausdrücklich bedankt hat!) *um den Bürgerkrieg anzustiften* (!) *und die Einheit des angolanischen Volkes zu untergraben".*

Den „Höhepunkt" bildet der „abschließende Ratschlag" der chinesischen Außenpolitiker: *„Es wäre besser, wenn das angolanische Volk durch die feste Hand der OAU vor dem Bürgerkrieg bewahrt würde, als durch eine zweite Kolonialbesetzung durch Portugal* (welcher Unsinn!) *oder einer der Supermächte".*

Zur Angola-Politik der VR China sagte uns der Koordinator der MPLA in der BRD in einem Interview-Gespräch unter anderem: *„Materiell unterstützt die VR China heute nur die FNLA. Es wäre falsch, wenn man die Unterstützung der FNLA nur als Pragmatismus bezeichnen würde. Sie ist mehr! Hierdurch ist dem Befreiungskampf in Angola schwerer Schaden zugefügt worden. Der Kampf ist dadurch u.a. in die Länge gezogen worden. So sind die Chinesen – neben Exilkubanern und ehemaligen PIDE-Leuten – die wichtigsten Ausbilder der FNLA. Zur Zeit befinden sich mehr als 300 Ausbilder der VR China bei der FNLA, auch verschiedene Waffen wurden an die FNLA geliefert. Das Schlimmste aber ist, daß die VR China die FNLA durch diese Politik ungeheuer aufwertet. Hierdurch wird eine Bande von Mördern in der internationalen Politik zur „Befreiungsbewegung" aufgeblasen. Als deren Ergebnis hat z.B. Rumänien die Unterstützung der MPLA eingstellt und sie der FNLA gegeben.* **... Diese Politik kann das angolanische Volk der VR China nicht verzeihen.** *Es gibt für die MPLA auch nicht die „Theorie der beiden Supermächte als Hauptfeind der Völker". Die Völker Afrikas stehen im Kampf gegen ihre früheren Kolonialmächte ... die Vereinigten Staaten sind der Hauptfeind der afrikanischen Völker, denn sie unterstützen direkt die schwarzen oder weißen Ausbeuter Afrikas.*

Das tut die Sowjetunion nicht. Im Gegenteil, indem die SU zu diesen Ländern im Widerspruch steht, gehört sie zu den Freunden der Völker Afrikas. Es ist jedoch falsch, die MPLA ausschließlich auf den Kurs der Sowjetunion festzulegen. (Es gibt genügend Leute, die das gerne so darstellen!) *Die MPLA wird sich in der Frage des Widerspruchs zwischen VR China und der SU neutral verhalten. Auf dieser Grundlage wäre die MPLA sehr erfreut, wenn die VR China wieder zu einer Unterstützung der Befreiungsbewegung von Angola kommen würde".*

Dem ist nichts hinzuzufügen! Anzumerken bleibt, daß die FNLA ihre Lektion gelernt hat und sich zunehmend durch antisowjetische Sprüche hervortut: *„Die FNLA warnt vor einem Invasionsversuch des sowjetischen Imperialismus ... Der Führer des sowjetischen Imperialismus hilft seinen Dienern verzweifelt"* (Erklärung der FNLA nach „NZZ", 15.7.). FNLA-Führer Vaal Neto tischte in Peking sogar die abenteuerliche Story auf, daß die sowjetischen Panzer der MPLA „teilweise von UdSSR-Militärpersonal (!) gefahren werden!" (vgl. „SZ", 18.7.).

Und die „KPD" zieht nach

Wie zu befürchten, hat die „KPD" nach einigen Wehen nun auch bezüglich Angola die „chinesischen Thesen" übernommen, und somit einen der letzten Widersprüche zur chinesischen Außenpolitik stillschweigend aufgehoben.

Aus der Tradition besserer Zeiten hatte die „KPD" bis in die jüngste Zeit hinein ihre Angola-Solidarität auf die MPLA ausgerichtet. Im Oktober 74 war es deshalb zu einer Polemik mit dem KBW gekommen, der in Westdeutschland als erster von der „Gleichberechtigung der drei Befrei-

Fortsetzung von Seite 33

ungsbewegungen" gefaselt hatte. In der Zeitung „Afrika kämpft" („KPD"-nahestehend) war damals noch zu lesen: *„Dann ist entscheidend, wie eine Organisation den Volksbefreiungskrieg geführt hat. Daß die FNLA seit 1963 keinen Befreiungskampf geführt hat, sondern in Kinshasa, der Hauptstadt Zaires, sitzt und auf den Tag X der Unabhängigkeit wartet, das weiß jeder. Allein die Tatsache, daß der Führer der FNLA, Holden Roberto, über zehn Jahre lang an der Seite des Staatschefs von Zaire überlebt hat, spricht Bände. Mobutu zählt zu den korruptesten und machtgierigsten Staatschefs* ... (vgl. „Zaire ein Stützpunkt des Imperialismus in Afrika")".

Im weiteren wurde damals Roberto als „Lakai des Imperialismus" und Vertreter des Neokolonialismus bezeichnet. Der Artikel schließt: *„Die führende Kraft des angolanischen Volkes, sein einziger legitimer Vertreter, das ist nach wie vor die MPLA unter ihrem Präsidenten Agostino Neto"* („Afrika kämpft", Oktober 74).

So weit, so richtig!

Selbst im Juli 75 war in „Afrika kämpft" noch unter der Überschrift „USA-Imperialisten und Mobuto – die Hauptfeinde Angolas" zu lesen: Die Imperialisten *„bedienen sich heute vor allem der FNLA, die ihre Existenz in den Jahren, in denen das angolanische Volk für seine Freiheit gekämpft hat, allein der Unterstützung der USA-Imperialisten und Mobutu verdankt. ... Die Streitkräfte der FNLA sind heute zu großen Teilen eine Söldnerarmee"*. Auch diese Aussagen können wir nur unterstreichen.

Allerdings wurde den Genossen von „Afrika kämpft" offensichtlich ihr richtiger Standpunkt langsam selbst unheimlich, sodaß wenigstens gegen die Sowjetunion eine abenteuerliche Story erfunden wurde: *„Anfang März berichtete die schwedische Zeitung „Dagens Nyheter", daß die USA und die Sowjetunion schon im vorigen Jahr vereinbart hätten, daß Angola Interessensphäre der USA (!) und Mozambique Interessensphäre der SU (!!) ist und daß die SU deshalb ihre Hilfe an die MPLA abgebrochen (!) hat. Sicher wollen die Sozialimperialisten schnellstmöglich auch diese „Krisenherde" in Afrika auslöschen (!), um dann ungestört (?) nach neuen Machtpositionen zu streben"*. („Afrika kämpft", Juli 75).

Das war schon mehr als grober Unsinn, das war blanke Demagogie angesichts der zahlreichen Erklärungen Netos, in denen er sich für die Hilfe der SU bedankt (vgl. hierzu z.B. AK 62). Allerdings hatte man sich hiermit in diametralen Gegensatz zu den Aussagen der KP Chinas gebracht, die zu diesem Zeitpunkt die „großen Waffenlieferungen" der SU „anprangerte" (siehe weiter oben).

In der „Roten Fahne" vom 6.8.75 wurde schließlich alles bisher geschriebene über den Haufen geworfen (ohne eine weitere Begründung – versteht sich!), die Liquidierung der Solidarität mit der MPLA wurde still und heimlich vollzogen. Ein trauriges Dokument, das keines weiteren Kommentars bedarf: *„Afrikas Einheit wächst. Doch ist die Einmischung und die Infiltration der beiden Supermächte in Afrika noch nicht vollständig zerstört. Das zeigt insbesondere das Beispiel von Angola, wo der Bürgerkrieg zwischen den Befreiungsbewegungen ausgebrochen ist. Die bürgerliche Presse gibt als Ursache des Bürgerkrieges Stammeskonflikte, Auseinandersetzungen zwischen afrikanischen Staaten an und konstruiert (!!!) Widersprüche zwischen Marxisten und Nationalisten. Der wirkliche Grund des Bürgerkriegs zwischen den Befreiungsorganisationen ist die Rivalität zwischen den beiden Supermächten (!). Angola ist ein an Bodenschätzen reiches Land, daher wollen die beiden Supermächte hier die Herrschaft gewinnen... Die Befreiungsbewegungen (?) von Angola haben gemeinsam grundlegende Interessen (!!): Die Erringung der Unabhängigkeit Angolas und die Errichtung eines freien, souveränen Staats. Auf dem Weg zu diesem Ziel haben sie in mehreren Abkommen den Weg der Einheit (!) begonnen. Auf diesem Weg müssen sie weitergehen und die Einmischung der beiden imperialistischen Supermächte beenden."*

Damit hat fast die gesamte revolutionäre (?) Linke (?) in der BRD (KBW, „KPD", „KPD"/ML) ihre Solidarität mit der MPLA aufgekündigt. Diese, noch vor zwei Jahren undenkbar erschienene Entwicklung, verlangt von uns größere Anstrengungen, propagandistisch und materiell den Kampf des angolanischen Volkes unter der Führung der MPLA zu unterstützen. ●

Afrika-Kommission, KB/Gruppe Hamburg

Griechenland –

Ein Jahr nach dem Sturz des Faschismus

Vor dem Hintergrund einer monatlichen Lebenshaltungskostensteigerung von runden 4 % (!) und der Verschleppung der vom griechischen Volk geforderten Entnazifizierung sieht sich die reaktionäre Regierung Karamanlis einer breiten Protestbewegung gegenüber.

– Etliche Male sind in den vergangenen Monaten bei Massendemonstrationen Einrichtungen der US-Imperialisten, inbesondere ihre Botschaft, erheblich in Mitleidenschaft gezogen worden. Zuletzt am 21. April (dem 8. Jahrestag des Putsches!), als mehrere tausend Demonstranten in Athen die US-Botschaft in Brand setzten.

– Ende April beschloß das gesamte Personal der griechischen Luftverkehrsgesellschaft „Olympic Airways" einen Streik auf den innergriechischen Linien.

– Anfang Juni trat das Schiffspersonal sämtlicher innergriechischer Fährlinien in einen 48-stündigen Streik. Bei beiden Streiks standen Forderungen nach höheren Löhnen im Vordergrund.

– Eindeutig politische Ziele verfolgten die Athener Drucker und Zeitungsredakteure mit ihrem Streik am 1. Mai (in Griechenland kein freier Tag!), den sie als „legalen arbeitsfreien Tag", als „Kampftag der Arbeiter" proklamierten.

– Anfang Juli traten 4.500 Krankenhausärzte in Athen in einen zeitlich nicht begrenzten Streik. Die Ärzte fordern die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Krankenversorgung sowie eine Beteiligung der Ärzte an der Krankenhausführung und die Entfernung ehemaliger Anhänger der griechischen Militärjunta aus dem Krankenhausmanagement. („Süddeutsche Zeitung", 9.7.)

– Am 22.7. demonstrierten ca. 20.000 Studenten in Athen gegen geplante Einschränkungen der demokratischen Rechte der Studenten. Die Polizei griff die Demonstranten mit Panzerfahrzeugen an. Die Studenten errichteten daraufhin Barrikaden. Es gab etliche Verletzte und Festgenommene unter den Studenten.

– Einen Tag später, am 23.7., traten in Athen mehrere tausend Bauarbeiter in einen 24-stündigen „wilden" Streik, um gegen die sich verschlechternde wirtschaftliche Lage zu protestieren. Auf der morgendlichen Protestversammlung faßten die Bauarbeiter den Beschluß, sofort durch die Stadt zum Arbeitsministerium zu demonstrieren, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen und ein deutliches Zeichen für die Arbeiter anderer Industriebereiche zu setzen.

Ein riesiges Aufgebot der Polizei stellte sich den streikenden und demonstrierenden Bauarbeitern nach kurzer Zeit entgegen. Gepanzerte Polizeifahrzeuge fuhren, wie am Vortage gegen die Studenten, auch jetzt auf. Die Bullen setzten Tränengas und Waffen ein. Mehrere Bauarbeiter wurden durch Polizeikugeln verletzt.

Tausende von Studenten und Werktätige Athens schlossen sich den Bauarbeitern an und verteidigten sich gegen die Polizisten mit Steinen und Latten, setzten zwei Polizeifahrzeuge in Brand und errichteten, z.T. aus den gerade weggeräumten Straßensperren des Vortages, neue Barrikaden.

Die Straßenkämpfe gingen über 14 Stunden bis tief in die Nacht hinein. Der Regierungserklärung zufolge wurden 111 Menschen, darunter 63 Polizisten, verletzt. 120 Demonstranten wurden festgenommen, von denen im Schnellverfahren 15 bereits eine Woche später zu Strafen bis zu zwei Jahren (!) verurteilt wurden. Drei Minderjährige wurden in „Besserungsanstalten" eingewiesen, gegen zwei Jugendliche ist ein Verfahren vor dem Jugendgericht eröffnet worden.

Nach Meldungen der bürgerlichen Presse verurteilten sämtliche im Parlament vertretenen Parteien (von der rechten Karamanlis-Partei „Neue Demokratie" bis zur revisionistischen „Vereinigten Linken") die „Ausschreitungen", die angeblich von „Provokateuren" veursacht worden waren, unter denen Mitglieder der alten faschistischen Polizei etc. gewesen seien.

Nach einer Erklärung der linken Gruppe „EKKE" war es in der Tat so, daß faschistische Provokateure und Polizei in Zivil am Rande der Kämpfe in wilder Zerstörungswut tobten (Fenster von Wohnhäusern zerschlugen etc.), um Stimmung gegen den gerechten Kampf der Bauarbeiter zu erzeugen. Abgesehen davon ist es aber eine typische Methode der bürgerlichen Parteien, und hier speziell der Revisionisten, von ihnen nicht kontrollierte, militante Massenkämpfe als Werk von „Provokateuren" zu beschimpfen. So wollten die Revisionisten schon im November '73 den Kampf der Studenten des Athener Polytechnikums (der wesentlich zum Sturz der faschistischen Diktatur beitrug!) als „Provokation" abstempeln.

Das besonders Zynische an der gegenwärtigen Situation ist, daß es ja der bürgerliche Staat, allen voran die Karamanlis-Partei, ist, der überhaupt dafür verantwortlich ist, wenn sich alte Faschisten noch massenhaft auf freiem Fuß befinden.

Versammlungs- und Demonstrationsverbot

Gestützt auf die bis zu den Revisionisten gehende Diffamierung der für ihre Rechte kämpfenden Arbeiter als „Provokateure" nutzte die reaktionäre Karamanlis-Regierung die Stunde zu einem totalen Versammlungs- und Demonstrationsverbot, das bis Ende September gelten soll! Dies wurde mit den „Provokationen von Junta-Anhängern während der Demonstrationen an den Vortagen" zu begründen versucht. Angeblich sei dieses Verbot auch nowendig, um mit den inzwischen begonnenen Prozessen gegen einige der übelsten Faschisten „ungestört fertig zu werden" (laut Regierungserklärung).

Das sollte wohl so aussehen, als richte sich das Verbot in erster Linie gegen „faschistische Provokationen", die die Prozesse stören könnten. Die wirkliche Sorge der Regierung geht aber in eine ganz andere Richtung: Sie rechnet nämlich, wie selbst Springers „Welt" schrieb, bei den zu erwartenden *„von Milde und Nachsicht bestimmten Urteilssprüchen in den gegenwärtig begonnenen Prozessen gegen die Juntaführer mit Stürmen des Protestes"*!!(„Welt", 23.7.)

Es zeigt sich, daß die Karamanlis-Regierung unter den hergesuchtesten Vorwänden den Wiederabbau demokratischer Rechte zügig voranzutreiben versucht. Es ist allerdings nicht bekannt, daß sich die bürgerlichen Kräfte, die sich gegenwärtig so scheinheilig um die Demokratie in Portugal „sorgen", wegen der Vorgänge in Griechenland (die t a t s ä c h l i c h die politischen Rechte des Volkes einschränken!!) irgendwelche Sorgen machen. Im Gegenteil, darf man wohl annehmen!!

Die Prozesse gegen die Juntaführer

Im Sommer und Herbst dieses Jahres beginnen die ersten größeren Prozesse gegen einige Verantwortliche des siebenjährigen Terrror-Regimes. Vorher hat es nur einige kleinere Prozesse gegeben. So im Juni in Saloniki gegen einen Polizeioffizier wegen Folterung von Häftlingen. Das makabre Urteil von ganzen zehn Monaten Gefängnis dürfte allerdings nicht die Ausnahme bleiben.

– Am 21.7. begann der erste grössere Prozeß. Angeklagt sind 21 Offiziere, die unmittelbar im Zusammenhang mit einem gescheiterten faschistischen Putschversuch gegen Karamanlis im Februar dieses Jahres stehen.

Im einzelnen wollten sie, laut Anklage, die Freilassung der inhaftierten Führer des Militärregimes, die Einstellung der Verfolgung wegen Straftaten der Diktatur, die Rückkehr Griechenlands in die NATO und ein Verbot der Kommunstischen Partei erzwingen. Als Köpfe dieser Verschwörung gelten Oberst Papapostolou und der frühere Befehlshaber der Militärpolizei ESA, Ioannidis.

– Der zweite Prozeß begann am 28.7.. In diesem sog. „Hochverratsprozeß" sind die Führer des Putsches vom 21. April 1967 angeklagt, die rechtmäßige Ordnung außer Kraft gesetzt zu haben (Hochverrat) und gegen die Weisungen der damaligen Regierung gehandelt zu haben (Meuterei). Angeklagt sind der ehemalige Junta-Chef Papadopoulos, die beiden stellvertretenden Ministerpräsidenten Pattakos und Makarezos, Militärpolizeichef Ioannidis, der ehemalige Befehlshaber der griechischen Streitkräfte General Angelis, Generalstabschef Spandidakis, Geheimdienstchef Roufogalis, „Vizekönig" Zoitakis, Brigadegeneral Ivadis, Polizeistaatssekretär Ladas, zwei Minister, und zwar Efesios (Verteidigung) und Agathangelou (Finanzen), zwei sich noch in Italien und der BRD (!!) aufhaltende Juntaführer; Aslanidis (ehemaliger Generalsekretär für Sport) ist inwischen in Italien verhaftet worden und Oberst, Provinzgouverneur und Staatssekretär der Junta Kotselis, der in der BRD gesehen wurde, sowie gegen sechs weitere Generäle.

In der 110-seitigen Anklageschrift wird den 20 Angeklagten u.a. die Verhaftung von 8.270 Personen, die Entfernung von 6.118 Oppositionellen aus ihren Amtsstellungen und die Durchführung von 2.254 Militärgerichtsverfahren gegen die Gegner der Diktatur vorgeworfen.

Bereits am ersten Verhandlungstag starteten die angeklagten Faschisten die ungeheuerlichsten Provokationen. So prahlte beispielsweise Papadopoulos:*„Die Griechen müßten mir ein Denkmal setzen für das, was ich für sie getan habe."*

Nach kurzer Verhandlung legten die Verteidiger von 16 der 20 Angeklagten ihr Amt mit der Begründung nieder, dem Prozeß fehle jede Rechtsgrundlage. Sie bezeichneten das Verfahren als einen „Racheakt" der Politiker, die durch die „siegreiche Revolution" 1967, d.h. durch den faschistischen Putsch, von der Macht verdrängt worden seien.

– Am 7. August soll der dritte Prozeß beginnen. Dabei sind 32 Offiziere und Militärpolizisten der Folterung politischer Gefangener angeklagt. Die bekanntesten Angeklagten sind der ehemalige Chef der Untersuchungsabteilung der Militärpolizei ESA, Oberstleutnant Giannakos und Major Spanos; außerdem der ehemalige Kommandeur des Militärgefängnisses von Bojati bei Athen, Oberstleutnant Groos.

Im Herbst sollen dann zwei weitere Prozesse beginnen:

– Ein Prozeß, der die Vorgänge bei der blutigen Niederschlagung der Unruhen im Athener Polytechnikum im November 1973 klären soll Hierbei sind mehr als 30 Studenten ermordet und über 1.000 verletzt worden. Hauptangeklagter ist dann erneut Papadopoulos.

– Des weiteren sollte im Herbst der Prozeß gegen die Juntamitglieder beginnen, die am Putsch gegen den zyprischen Staatspräsidenten Erzbischof Makarios beteiligt waren. Allerdings soll dieser Prozeß von allen im Parlament vertretenen Parteien auf unbestimmte Zeit verschoben worden sein. *„Man fürchtet offensichtlich, daß Ioannidis in einem solchen Prozeß Aussagen machen würde, die den nationalen Interessen abträglich und den Amerikanern sehr peinlich sein würden."* („Welt", 23.7.)

Die fünf Prozesse können aber in keinem Fall darüber hinwegtäuschen, daß hier überhaupt nur ein Bruchteil der Verantwortlichen vor Gericht steht.

So werden z.B. sämtliche 104 Zivilminister des siebenjährigen Faschismus nicht angeklagt. Das Oberste Gericht, das noch immer in derselben Zusammensetzung Urteile fällt wie unter dem Faschismus, hat die Machtergreifung der Militärs als „momentanes Verbrechen" einge-

„Amerikaner raus!" – Wandparolen in der Athener Universität

Fortsetzung Seite 35

Griechenland – Ein Jahr nach...

Fortsetzung von Seite 34

stuft und will alle, die danach an der Machtausübung sich beteiligt haben, straffrei ausgehen lassen, sofern ihnen nicht unmittelbare Verbrechen wie Folter u.a. vorzuwerfen sind.

Der dickste Hammer ist, daß das ganze Hochverratsverfahren nicht etwa von der Regierung oder der Staatsanwaltschaft eingeleitet wurde, sondern es erst einer Strafanzeige eines linken Athener Rechtsanwaltes bedurfte!

Inzwischen hat beispielsweise der Verband der „Inhaftierten und Widerstandskämpfer" Griechenlands die Säuberung in der Verwaltung und den Streitkräften von Faschisten als völlig unzureichend kritisiert: „*Das Heer werde immer noch von der Junta beherrscht. Die Regierung hätte es versäumt, in Justiz, Erziehungswesen und Staatsapparat gründlich mit den Faschisten aufzuräumen.*"



Faschisten auf der Anklagebank: Makarezos, Papadopoulus, Pattakos

Putschisten-Prozeß gibt interessante „Einblicke"

Der Prozeß gegen die Hauptputschisten Papadopoulos und Kumpane ist dadurch gekennzeichnet, daß auf der einen Seite die Angeklagten und auf der anderen Seite ein großer Teil der Zeugen einander gegenseitig zu belasten versuchen. Denn ein großer Teil der Zeugen sind hohe Funktionäre der 1967 von den Putschisten gestürzten Regierung, die ihrerseits schon extrem reaktionär und antidemokratisch war. Viele dieser Zeugen sind mehr oder minder nicht nur mit den Angeklagten, sondern auch mit den Putschvorbereitungen verfilzt.

Sozusagen die Linie „von Staats wegen" (d.h. die offizielle Version der griechischen Bourgeoisie) vertrat als Zeuge vor Gericht vor allem General Papaiergopoulos, ehemaliger Chef des griechischen Geheimdienstes. Seine These: Die eigentliche Ursache des Putsches sei der krankhafte Ehrgeiz von Papadopoulos gewesen. Er sei der „Kopf" des Putsches 1967 gewesen. Nur 13 Offiziere seien Mitglieder der Führungsclique gewesen, die den Putsch organisierte. Etwa 70 weitere Offiziere seien Komplizen gewesen.



Tausende Bauarbeiter demonstrieren am 23. Juli in Athen. Die Polizei ging mit Panzerfahrzeugen, Tränengas und Schußwaffen vor.

Das heißt, weniger als hundert Offiziere hätten den Putsch getragen, der im übrigen von der Luftwaffe und der Marine nicht unterstützt worden sei. Um dieses „Wunder" zu erklären, gab Papaiergopoulos u.a. an, die Putschisten hätten die Armeeführung unter Druck gesetzt: So sei der General Angelis von ihnen mit seiner Homosexualität erpreßt worden, dem General Spandakis habe es einfach „an Mut gefehlt", sich den Putschisten zu widersetzen usw.

Neben diesen Zumutungen vermittelte Papaiergopoulos aber auch wirklich interessante Dinge: Der Putsch sei von Papadopoulos schon zehn Jahre vorher vorbereitet worden, nämlich in den Jahren 1956 bis 1958; damals herrschte der jetzige Regierungschef Karamanlis mit brutalem Terror: Tausende von Kommunisten in Gefängnissen und KZ's, die Kommunistische Partei verboten, Unterdrückung der Arbeiterbewegung.

Papadopulos habe – laut Papaiergopoulos – die These vertreten, auch unter den Mitarbeitern von Karamanlis sei „die fünfte Kolonne der Kommunisten". Mitte der 60er Jahre habe Papadopoulos dann begonnen, „seine Leute" in strategische Positionen zu schleusen. Und das, obwohl der Geheimdienst die Putschpläne von Papadopoulos kannte!! Dazu befragt, meinte Papaiergopoulos: „*Wir haben ihn nicht ernst genommen. Keiner von uns hielt ihn für so etwas fähig, er schien uns eine lächerliche Figur zu sein.*"

Und zwar so „lächerlich", daß Papadopoulos zum Kommandanten der Panzereinheiten in der Umgebung Athens befördert wurde (eine enorm wichtige Ausgangsstellung für den faschistischen Putsch vom 21. April 67!!). Von seinen Kumpanen wurde beispielsweise Stamatelapoulos zum Leiter des Büros des Generalstabs für Umbesetzungen gemacht – d.h. er kontrollierte den Austausch von „unzuverlässigen" Militärs gegen Mitverschwörer und andere Faschisten.

Makarezos (später „Wirtschaftsminister" der Junta) war vor dem Putsch in der Führung des Geheimdienstes KYP. Er sorgte dafür, daß schwankende Militärs mit Phantasie-Meldungen über angebliche kommunistische Aufstandspläne im Sinne der Putschisten bearbeitet wurden. (So z.B., daß die Sowjetunion der revisionistischen KP große Mengen Waffen geliefert hätte und ähnliche Märchen.)

Diese Mitteilungen von Papaiergopoulos zeigen, daß der faschistische Putsch schon lange vorher vorbereitet wurde, indem mit Wissen des KYP (und sicher auch des CIA) die Putschisten in die entscheidenden Positionen befördert wurden. Und man muß wohl sagen: nicht nur „mit Wissen", sondern mit aktiver H i l f e der Geheimdienste!

Weitere interessante Details brachte die Zeugenvernehmung von Kanellopoulos, entschiedener Reaktionär, letzter Ministerpräsident vor dem faschistischen Putsch. Er berichtete, wie er dem damaligen König Konstatin vorgeschlagen habe, sich den Putschisten mit loyalen Armeeeinheiten entgegenzustellen. Das habe Konstantin abgelehnt, der leider sehr ängstlich gewesen sei und „Blutvergiessen vermeiden wollte" . . .

Die Verteidigung der Putschisten erwiderte: Auch die monarchistischen Generäle hätten damals einen Putsch vorbereitet, die Angeklagten seien ihnen nur zuvorgekommen. Also habe damals der Putsch sowieso „in der Luft gelegen", sei „unvermeidlich" gewesen; den Angeklagten dürfe also kein Vorwurf gemacht werden . . .

Dazu Kanellopoulos: Der von den Monarchisten geplante Putsch habe aber doch „einen ganz anderen Charakter" haben sollen, gewissermaßen „legal", und das sei „traditionell in der griechischen Geschichte": Die monarchistischen Verschwörer hätten lediglich Druck auf den König und die Regierung ausüben wollen, damit der Ausnahmezustand ausgerufen würde, und so die Abhaltung der bevorstehenden Wahlen (bei denen ein Wahlsieg der demokratischen Zentrumsunion und der Revisionisten zu „befürchten" war) zu verhindern.

Man darf gespannt sein, welche weiteren Dinge der Prozeßverlauf noch zutage fördern wird. Gerade die faktische Komplizenschaft oder zumindest Mitwisserschaft zwischen den Verbrechern auf der Anklagebank und dem sie richtenden reaktionären Karamanlis-Regime macht einen „Kompromiß" bei der „Urteilsfindung" ziemlich wahrscheinlich. Weder die Karamanlis-Regierung noch die US-Imperialisten als direkte Hintermänner des Putsches von 1967 sind daran interessiert, die Angeklagten so weit in die Enge zu treiben, daß diese die Karten voll aufdecken. ●

Griechenland-Kommission, KB/Gruppe Hamburg

NATO-„Südostflanke"

Türkei übernimmt US-Stützpunkte

Als Antwort auf die Verweigerung von Waffenlieferungen durch die USA gab die türkische Regierung Ende Juli die „Stillegung" der US-Stützpunkte in der Türkei bekannt.

Praktisch wurden die Stützpunkte unter Kontrolle der türkischen Armee gestellt, jedoch nicht wirklich stillgelegt.

Die Angaben über die Zahl der US-Stützpunkte in der Türkei schwanken von 25 bis 45. In erster Linie handelt es sich um Station des US-„Frühwarnsystems" ‚Nadge'. Dieses System umfaßt von Nordnorwegen bis zur Türkei 84 Kontrollstationen mit Radar- und Computeranlagen („SZ", 4.8.75). „*Ein wesentlicher Teil – Schätzungen gehen von 25 bis 50 Prozent – der Informationen des US-Verteidigungsministeriums (Pentagon) über Raketentests in Südrußland, vor allem aber über See- und Luftoperationen im Zusammenhang mit dem Nahen Osten, wird von den Radar- und Funküberwachungsanlagen der US-Stützpunkte geliefert*" („FR", 29.7.75).

Unter den übrigen US-Stützpunkten in der Türkei ist vor allem Adana von großer strategischer Bedeutung: „*Im Fall eines Nahost-Konflikts wäre Adana der wichtigste US-Stützpunkt für eventuelle Versorgungsflüge nach Israel oder für ein direktes militärisches Eingreifen der USA*" („FR", 29.7.75). Insgesamt sind in der Türkei 7.000 US-Soldaten stationiert.

Nicht berührt von den Maßnahmen der türkischen Regierung ist der NATO-Stützpunkt Incirlik. Dort sind u.a. F-4-Jagdbomber stationiert, die mit Atomwaffen ausgerüstet werden können.

Die strategische Bedeutung der Südostflanke der Nato

Sowohl an Griechenland als auch die Türkei liefern die USA und die EG-Imperialisten seit langem Waffen. Sie verfügen dort über zahlreiche Stützpunkte, u.a. auch für Atomwaffen.

Beide Länder grenzen direkt an die Sowjetunion bzw. Bulgarien und Rumänien. Die Türkei kontrolliert außerdem die Meerenge zwischen Schwarzem Meer und Mittelmeer und damit die sowjetischen Kriegsschiffe, die ins Mittelmeer ausfahren In beiden Ländern befindet sich ein wesentlicher Teil des Nato-Frühwarnsystems mit großen Radaranlagen.

„*Von der Türkei aus beobachten die USA vor allem den Funkverkehr und die Raketenexperimente der Sowjetunion*" („SZ", 18.7.75). Das Frühwarnsystem ist gleichzeitig „*Horchposten und Radarauge der Sechsten Flotte*", die im Mittelmeer kreuzt („FAZ", 1.8.75). Außerdem sind diese Länder Stützpunkte der Flotte. Die strategische Bedeutung dieser Länder liegt vor allem in der Einflußnahme auf das strategisch und ökonomisch wichtige Eröl in den arabischen Ländern. Die Türkei bildet dabei zusätzlich „*die Brücke zwischen dem Westen und dem Iran*" („Welt", 31.7.75).

Im Zypern-Konflikt des letzten Jahres versuchten die US-Imperialisten, Zypern in diese Strategie miteinzubeziehen, da es bis dahin eher eine neutrale und „blockfreie" Politik betrieben hatte.

Nachdem im August 74 Griechenland „formal" aus der NATO ausgetreten war, das US-Repräsentantenhaus die Türkei durch ein Waffenembargo im Februar dieses Jahres gefügig zu machen suchte und die Türkei als Antwort darauf die US-Stützpunkte übernahm, hieß es z.B. unter der Überschrift „*Ein Bündnis betreibt seinen Zerfall*" in der „FAZ" vom 1.8.75: „*Strategisch ist jetzt die südliche Flanke der NATO gefährdet*". Zur Türkei hieß es: „*Die Türkei als konventionelle Militätmacht ist zum fragwürdigen Verbündeten geworden. Die Türkei als Horchposten und Radarauge der Sechsten Flotte ist nunmehr eine unsichere Basis; das atlantische Frühwarnsystem droht blind zu werden. Die Türkei als amerikanischer Freund, den die Weltmacht als feste Größe in ihrer Nahost-Politik einsetzen konnte, ist in der Strategie als zwielichtiges Element einzuschätzen*". Zu Griechenland hieß es: „*Die griechische Militärpolitik ist ebenfalls wenig vorbildlich*" (alle Zitate aus „FAZ", 1.8.75).

Nun ist durch diese Maßnahmen die militärische Strategie der NATO keinesfalls unmittelbar bedroht: Schon anläßlich des formellen Natoaustritts Griechenlands hieß es dazu in der „FAZ" vom 19.8.74) unter der Überschrift „*Die Sechste Flotte bleibt überlegen*", daß die Sechste Flotte, „*die stärkste Abschreckungswaffe der atlantischen Allianz*", „*autark*" sei. Selbst bei Schließung der Stützpunkte sei Die Sechste Flotte „*militärtechnisch kaum benachteiligt*" „*Ihr Atomarm reicht auch ohne Griechenland bis weit nach Südrußland hinein*". „*Anders ist auf Dauer die politische Situation zu deuten*". Es gehe darum, wie weit die Imperialisten diese Länder noch „*als feste Größe*" in ihrer Politik „*einsetzen*" können.

Bei sich verstärkendem Widerstand der Völker dieser Länder ist die imperialistische Politik in der Tat bedroht: Das Mittelmeer „*kann zu einer Falle werden, wenn die Küsten nicht politisch durch Freundschaftsverträge abgesichert sind.*"

„Halbherzige" Positionen der griechischen Bourgeoisie

Die breite antiimperialistische Massenbewegung in Griechenland verlangt den vollen NATO-Austritt und die Schließung der US-Stützpunkte. Die Oppositionsparteien, die diese Forderungen vertreten, erreichten bei den Kommunalwahlen vom 30.3. dieses Jahres die Mehrheit. Die Karamanlis-Regierung, die sich jedoch auf die absolute Mehrheit im Parlament stützen kann, versucht, die antiimperialistische Bewegung hinters Licht zu führen.

Nach dem NATO-„Austritt" im August '74 arbeiten die griechischen Vertreter nach wie vor in den wichtigsten NATO-Gremien mit. Lediglich der Flottenstützpunkt Eleusis mußte geräumt werden und der Luftwaffenstützpunkt Athen-Hellikon soll wegen „politisch-psychologischer Ventilfunktion" geschlossen werden. Einige Privilegien der rund 10.000 US-Militärs mit ihren Angehörigen im Land sollen fallen, die übrigen Stützpunkte wechselten im wesentlichen die Flagge. Die „Süddeutsche Zeitung" vom 2.5.75 kommentierte die Lage so:

„*Am Ende stünde ein für alle Beteiligten akzeptabler Kompromiß: die behutsam operierende Regierung Karamanlis könnte den teilweisen Abbau der amerikanischen Militärpräsenz gegenüber einer nach wie vor von antiamerikanischen Ressentiment aufgewühlten Bevölkerung als politischen Erfolg ausweisen, und die NATO sähe sich der gravierendsten Sicherheitssorgen in ihrem Südostflankenbereich vorerst enthoben. Denn das Radar-Frühwarnsystem (Nadge) und die Raketenstationen auf griechischem Boden bleiben für das westliche Bündnis intakt, auch wenn künftig griechische Offiziere auf den sechs weiterbestehenden US-Basen formal das Kommando übernehmen werden... In der Substanz und vom Geostrategischen her gesehen aber ändert sich nicht allzuviel. NATO-Übungen weiterhin offen steht der von der Bundeswehr mitbenutzte Raketenschießplatz auf Kreta... Die Regierung Karamanlis scheint demnach bei ihrem Streben nach mehr Unabhängigkeit das sicherheitspolitische Augenmaß zu behalten, zumal ihre Streitkräfte augenblicklich mit amerikanischen Waffen ausgerüstet sind. Athen ist wieder an einer Verbesserung seiner Beziehungen zu den USA gelegen, was Washinton im kommenden Jahr unter anderem mit einer Militärhilfe von 155 Millionen Dollar honorieren würde*".

Zugleich versucht die Karamanlis-Regierung, ihren außenpolitischen Spielraum auszudehnen:

Ende Mai machte Regierungschef Karamanlis auf dem Wege zum Natogipfel in Rumänien Station, wo er erklärte, die Beziehungen seien von einem „ausgezeichneten Klima" bestimmt; eine Steigerung des Handelsverkehrs um 75 % auf 168 Mio DM im Jahre 1975 wurde vereinbart.

Im Juni reiste Karamanlis nach Jugoslawien und Anfang Juli nach Bulgarien. Vereinbart wurde mit Bulgarien die „*Unverletzlichkeit der Grenze*"; es wurde erklärt, daß „*zwischen beiden Ländern ‚keine Territorialansprüche und keine Bevölkerungsprobleme' bestehen*" („FAZ", 5.7.75). Der Streit um Mazedonien wurde für begraben erklärt. Bulgarien erklärte seine Neutralität im Falle eines Konfliktes mit der Türkei. Die Zeitung der griechischen „KP", ‚Arghi', erklärte dies alles als „*eine erste Öffnung Griechenlands zu den sozialistischen Staaten*" („FAZ", 27.5.75). Im Juni war dann ein Besuch Karamanlis in Libyen vorgesehen.

Gleichzeitig hat insbesondere die BRD in Griechenland mehr „Verantwortung" übernommen: Karamanlis besuchte im Mai die BRD.Es ging um Bemühungen, die Kontakte „*möglichst in allen Bereichen zu intensivieren*" („FAZ", 14.5.75). Laut „FAZ" vom 20.5. hat die Bundesregierung „*Überschußbestände der Bundeswehr im Wert von über 100 Mio. DM für Griechenland bereitgestellt.*"

US-Imperialisten zwischen den Stühlen

Der Versuch der US-Imperialisten, Griechenland und die Türkei gegeneinander auszuspielen, um die eigene Stellung – insbesondere auf Zypern – zu stärken, hat stattdessen zu Schwierigkeiten sowohl mit der griechischen wie auch mit der türkischen Bourgeoisie geführt.

So wurde nach dem NATO-„Austritt" Griechenlands, sozusagen als Entgegenkommen und Preis für eine

Fortsetzung Seite 36

Fortsetzung von Seite 35

Wiederannäherung, am 5.2. vom US-Kongreß ein völliges Waffenembargo gegen die Türkei verhängt. In dieser Entscheidung trafen sich insbesondere die Interessen der „Griechenland-Lobby" mit denen der zionistischen „Lobby": Auch die Zionisten sind an einer militärisch starken Türkei in der unmittelbaren Nähe Israels nicht interessiert.

Vergeblich forderten Ford und Kissinger die Aufhebung des Waffenembargos.

Am 17.6.75 setzte die Türkei die USA *„davon in Kenntnis, daß die Verträge über die militärische Zusammenarbeit mit den Amerikanern, in denen auch die Regelung über die Verteidigungsbasen festgelegt ist, durch das von Washington seit dem 5. Februar verhängte Waffenembargo verletzt und damit als nicht bestehend anzusehen seien"* („FAZ", 18. 6.75). Gleichzeitig wurde ultimativ die „Überprüfung" des Waffenembargos gefordert.

Am 24.7.75 lehnte der US-Kongreß mit 223 : 206 Stimmen erneut Waffenlieferungen an die Türkei genauso ab wie einen Kompromißvorschlag Fords, der Waffenlieferungen im Werte von 78 Mio. Dollar vorsah und weitere Waffenlieferungen, wenn die Türkei bar bezahle. Präsident *sichtsvoll aufgetreten sind"* („FAZ", 30.7.75). Weiterhin versicherte der türkische Botschafter, *„daß die Radarkette zur militärischen Vorwarnung intakt bleibt"* („FAZ", 30.7.75).

In einer weiteren Meldung der „FR" hieß es: *„Beobachter gingen davon aus, daß die Entscheidung der Regierung Demirels eher eine zeitlich beschränkte Maßnahme als eine wirkliche Schließung der Basen darstelle".*

Tatsächlich funktioniert vor allem das NATO-Frühwarnsystem „Nadge" mit modernsten Radargeräten weiter – wichtig für die USA zur Spionage und Registrierung sowjetischer Raketenbasen im Süden der UdSSR.

Das „behutsame" Vorgehen der Türkei in punkto Schließung von Stützpunkten und auch die erste Einigung bei den Zypern-Verhandlungen in Wien zwischen Denktasch und Klerides drückt das Bestreben der türkischen Bourgeoisie aus, *„ein neues Arrangement mit den USA zu treffen"* („FAZ", 30.7.75).

Inzwischen gehen in den US die Auseinandersetzungen weiter: Am 31. Juli stimmte der US-Senat mit 47 : 46 Stimmen *„für die normale Erwerbung amerikanischer Waffen durch die Türkei und die Lieferung von Waffen in Höhe von 185 Millionen Dollar ..., die Ankara vor Einsetzen des Embargos im Februar bereits bewilligt worden waren'* („FAZ", 2.8.75).

Der Kongreß wies diese Entscheidung jedoch am folgenden Tag zurück, so daß die Frage vorerst offen bleibt.

Schon Anfang Juli hatte der türkische Generalstabschef Sancar die BRD besucht. Besonderes Interesse zeigte er daran, *„ob die Bundesrepublik noch stärker als bisher den Part bei der Rüstungshilfe übernehmen will, den die Vereinigten Staaten bisher innehatte". „In Bonn wurde Sanvar auf höchster Ebene klargemacht, daß es türkischer Trugschluß wäre, anzunehmen, statt der Amerikaner könnten nun die Deutschen im gleichen Umfang Rüstungshilfe leisten".* („FAZ", 9.7.75).

Das kann die BRD in der Tat nicht, denn insbesondere ist von dem Waffenembargo neben der Flotte die Luftwaffe betroffen, wo der BRD-Imperialismus auch beim besten Willen keinen Ersatz anbieten könnte.

Immerhin hatte die BRD *„im Frühjahr ihre Waffenlieferungen an die Türkei wieder aufgenommen. Sie sind in erster Linie für die Landstreitkräfte sowie die Transportkapazitäten der türkischen Luftwaffe wichtig"* („FR", 30.7.75). Gleichzeitig wurde die türkische Regierung aufgefordert, *„eine neue Panzergeneration in der Bundesrepublik zu kaufen",* worauf der türkische Generalstabschef *„das Interesse an einer Intensivierung der Rüstungszusammenarbeit durchblicken"* ließ („FAZ", 9.7.75).

BULGARIEN
SCHWARZES MEER
UdSSR
ISTANBUL
SAMSUN
Ankara
IRAN
IZMIR
TÜRKEI
Malatya
ADANA
Incirlik
ZYPERN
SYRIEN
IRAK
MITTELMEER
LIBANON
300 km

Diese Karte zeigt 17 der insgesamt mindestens 25 (nach anderen Quellen 45!) US-Stützpunkte in der Türkei. Incirlik an der Südküste ist zugleich NATO-Stützpunkt.

(Karte aus „Welt", 27.7.75)

ZYPERN
SYRIEN
IRAK
MITTELMEER
LIBANON
300 km

Diese Karte zeigt 17 der insgesamt mindestens 25 (nach anderen Quellen 45!) US-Stützpunkte in der Türkei. Incirlik an der Südküste ist zugleich NATO-Stützpunkt.

(Karte aus „Welt", 27.7.75)

Ford erkärte, *„die Entscheidung könne nicht wiedergutzumachende Schäden für die nationale Sicherheit der Vereinigten Staaten und ihre Beziehungen zur Türkei zur Folge haben"* („FR", 26.7.75).

Die Reaktion der türkischen Bourgeoisie erfolgte prompt: die US-Stützpunkte wurden unter türkische Kontrolle gestellt.

Bereits vor der amerikanischen Entscheidung, das Waffenembargo nicht aufzuheben, steuerte die Türkei einen unabhängigen Kurs:
– die Türkei schloß mit Libyen einen Wirtschaftsvertrag ab;
– die Türkei erhielt sowjetische Wirtschaftshilfe von 1 Milliarde Dollar (!!!) zur Erweiterung von Stahl- und Aluminiumwerken („SZ", 11. 7.75).

Die Widersprüche zwischen den USA und der Türkei kamen auf einer extra einberufenen NATO-Ratstagung zur Sprache. Dabei hat die Türkei *„jede Zuspitzung vermieden"* („FAZ", 30.7.75).

„Botschafter Erhalp versicherte auch, die Türkei strebe eine weitere gute Zusammenarbeit in der NATO an. Die jetzt von seinem Land getroffenen Maßnahmen beträfen keine Einrichtungen, die unter atlantischem Oberbefehl stünden. Auch seien Amerikaner und amerikanische Anlagen, die im Dienste der NATO stünden, nicht von den Maßnahmen betroffen. Alle in Brüssel vorliegenden Berichte besagen im Übrigen, daß die türkischen Militärs bei der Übernahme von amerikanischen Stützpunkten behutsam und rück-

Der BRD-Imperialismus baut seine Positionen aus

Der BRD-Imperialismus vermied sowohl gegenüber Griechenland als auch der Türkei eine offene Stellungnahme zur Zypern-Frage, sondern vermittelte nach allen Seiten. So bescheinigt sich Genscher nach seiner Türkei-Reise im Juni als *„wichtigstes Ergebnis", „daß er das gespannte Verhältnis zwischen den USA und der Türkei auflockern, zumindest aber eine weitere Eskalation der Spannungen verhindern konnte".* Gleichzeitig bescheinigte er der türkischen Regierung *„eine konstruktive Haltung"* gegenüber den US-Imperialisten und *„besonnene Beurteilung"* in der Zypern-Frage („Welt", 23.7.75).

Unter diesem Motto baute dann der BRD-Imperialismus kräftig seine Beziehungen zur Türkei aus. Es wurde die *„Bildung eines gemischt deutsch-türkischen Kooperationsausschusses beschlossen"* („Welt", 23. 7.75).

Inzwischen sind die Beziehungen der EG-Imperialisten und allen voran der BRD zur Türkei soweit gediehen, daß die „FR" in einem Kommentar vom 30.7.75 vermelden konnte: *„Im Grunde sind weder Demirel noch Ecevit* (Regierung und Opposition in der Türkei) *überzeugt, daß die Türkei ... ohne enge Bindungen an die EG wirtschaftlich aus ihrer Misere kommen könnte".*

Es deutet sich eine gewisse Interessenidentität zwischen türkischer Bourgeoisie und EG-Imperialisten an, sich gemeinsam stärker vom US-Imperialismus „unabhängig" zu machen. Dies zeigt sich z.B. auch in einer Erklärung des türkischen Außenministeriums, **„die Türkei würde den USA die Wiederaufnahme der Tätigkeit auf den Militärbasen nur unter der Bedingung gestatten, daß die gesammelten Ergebnisse den NATO-Alliierten mitgeteilt würden. Bisher seien die Resultate nur von den USA selbst benutzt worden"** („FR", 29.7.75).

Zugleich scheint die türkische Regierung entschlossen, gegenüber US- u n d EG-Imperialisten die Karte ihrer **„guten Beziehungen"** zu den arabischen Staaten, zur Sowjetunion und zum Iran auszuspielen (Ministerpräsident Demirel laut „SZ", 4.8.75), um den größtmöglichen Vorteil für sich selbst herauszuholen. ●

Antimilitarismus - Kommission
KB-Gruppe Hamburg
und AK-Redaktion

„KPD" für US-Stützpunkte

Empört über die **„Auflösung"** (Quatsch!!) der US-Stützpunkte in der Türkei zeigte sich prompt die „KPD". In ihrer „Roten (Oho!!) Fahne" vom 6.8. wettert sie: Diese Maßnahme **„stärkt den sowjetischen Sozialimperialismus und ermuntert ihn zu weiterer Expansion".** *„Die türkische Regierung geht gegen den USA-Imperialismus vor, indem sie den Sozialimperialismus stärkt. Sie tut es, um ihre großmachtchauvinistischen Interessen gegenüber Zypern und Griechenland durchzusetzen. Deshalb handelt es sich bei der Auflösung (??!) der amerikanischen Stützpunkte nicht um einen Akt im Rahmen einer Politik der nationalen Unabhängigkeit. Deshalb schadet die türkische Aktion dem antihegemonialen Kampf und Zusammenschluß der Völker."*

Nun ist es zwar richtig, daß es der türkischen Bourgeoisie um chauvinistische Interessen geht. Dieses „Argument" ist allerdingst reichlich seltsam ausgerechnet bei der „KPD", die nämlich gegen den „sowjetischen Sozialimperialismus" noch nie Skrupel hatte, sich mit den Großmachtsinteressen der EG-Imperialisten, vor allem des BRD-Imperialismus, zu „verbünden". Die tatsächliche Argumentation der „KPD" ist schlicht: Gegen den US-Imperialismus darf man nichts unternehmen, weil sonst der „Sozialimperialismus" gestärkt würde. Also Unterstützung des sogenannten „Unabhängigkeitsstrebens" der Bourgeoisie nur, soweit es sich nicht gegen die US-Imperialisten richtet.

Das zeigt erneut, daß die „KPD"-Führung die „sozial"-chauvinistische, proimperialistische Linie „Kampf den Supermächten" inzwischen schöpferisch weiterentwickelt haben zur offenen Parteinahme für die Interessen des US-Imperialismus. ●

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Strauß in Griechenland: CSU-Politik als Exportartikel

F.J. Strauß ist mal wieder im Ausland aktiv geworden. Die ersten sichtbaren Auswirkungen zweier Griechenlandbesuche ließen nicht lange auf sich warten. *„In Athen ist jetzt eine ,Griechische Christliche Union' gebildet und vom Obersten Gerichtshof zugelassen worden. Als Gründer traten zwei erklärte Freunde der abgetretenen Militärdiktatur in Aktion: Der ehemalige Junta-Minister Iosif und der Maschinenbauingenieur Photios Gouras, der zugleich auch Mitglied der CSU sein soll"* („SZ", 25.7.75).

Während seines Griechenland-„Privatbesuches" traf Strauß auch mit Ministerpräsident Karamanlis zusammen. Er legte dabei für seine alten faschistischen Junta-Freunde, mit denen ihn bekanntlich enge Beziehungen verbanden und gegen die z.Z. Prozesse in Griechenland laufen, ein gutes Wort ein.

Strauß forderte von Karamanlis eine **„politische Amnestie für die Junta-Offiziere"** („SZ", 25.7.75).

Nach dem Motto: „Eine Krähe hackt der anderen kein Auge aus" bezeichnete Strauß die Faschisten-Prozesse als *„Selbstzerfleischung"* und appellierte an Karamanlis, im Interesse des Kampfes gegen den gemeinsamen Feind, den Sozialismus, die Prozesse einzustellen. Ansonsten *„könne die gesamte west-' liche Verteidigungsbereitschaft im östlichen Mittelmeer"* gefährdet sein!! ●

KB-Sympathisantengruppe Kassel

Neue Meldungen zu den Faschisten-Prozessen in Griechenland

Im sogenannten „Verschwörerprozeß" gegen 21 angeklagte Offiziere, die am 24. Februar 1975 die Regierung Karamanlis stürzen, die bürger-

Nebenbei kamen Zahlen über die geschätzte Anhängerschaft der Putschfaschisten im Offizierskorp heraus mehr als 1000 Offizie-

Neue Meldungen zu den Faschisten-Prozessen in Griechenland

Im sogenannten „Verschwörerprozeß" gegen 21 angeklagte Offiziere, die am 24. Februar 1975 die Regierung Karamanlis stürzen, die bürgerlichen Freiheiten außer Kraft setzen und die kommunistischen Parteien und Organisationen verbieten wollten, sind am 10. August die Urteile verkündet worden.

Vier Jahre Gefängnis für die drei der Angeklagten, fünf Jahre für je sechs, zwei Jahre für zwei und acht, elf, und zwölf Jahre für je einen Angeklagten. Sieben Putschisten wurden freigesprochen! Damit erhöht sich die Zahl der freigesprochenen Faschisten in diesem Prozeß auf 25 (!) Offiziere, da bereits kurz vor Beginn der Verhandlungen 18 Putschisten freigelassen wurden!

Insgesamt blieb das Urteil unter den von der griechischen Presse bereits als „zu milde" bezeichneten Anträgen der Staatsanwaltschaft.

Sie hatten Strafen bis zu 17 Jahren gefordert, außerdem Zuchthaus (und nicht Gefängnis) und nur einen Freispruch. Da den Faschisten noch Berufung zugestanden wird, muß mit einer nochmaligen Verkürzung der Strafzeiten bzw. weiteren Freisprüchen gerechnet werden.

Die Urteile im sogenannten „Hochverratsprozeß" gegen die Führer des Faschismus werden noch im August erwartet. Während der Verhandlungen bestätigten einige Zeugen erneut, wer die Hintermänner des siebenjährigen Faschismus in Griechenland waren.

So beschuldigte beispielsweise A. Papandreou „Washington und daneben die Nato als Hauptverantwortliche für die Errichtung der Militärdiktatur".

Von einer Reihe der Zeugen wurden ebenfalls die Rolle König Konstantins auf Seiten der Obristen bewiesen.

Papandreou forderte, daß Konstantin auf die Anklagebank gehöre, ebenso einige konservative Politiker wie Kanellopoulos, damals in der „Nationalradikalen Union" (ERE), die heute als Zeugen aussagen, aber die Diktatur „vorbereitet und akzeptiert" hätten.

Nebenbei kamen Zahlen über die geschätzte Anhängerschaft der Putschfaschisten im Offizierskorp heraus mehr als 1000 Offiziere!

Nach weiteren Meldungen wurde inzwischen bekannt, daß seit dem Sturz des Faschismus von den über 1000 Putschanhängern lediglich etwa 140 Offiziere vom Dienst suspendiert wurden, von denen wiederum knapp die Hälfte vor Gericht steht, von denen wiederum wohl nur nur die Hälfte für einige Monate oder Jahre ins Gefängnis kommen.

Somit werden gerade 3,5% (!!) der faschistischen Offiziere verurteilt!

So stellen sich die Imperialisten die „Entnazifizierung" vor!

Am 7. August begann der Prozeß gegen 32 Offiziere und Mannschaften, denen Folterungen vorgeworfen wird.

Die Anklageschrift wirft den Folterern vor: „Häftlinge mit Fäusten, Gürteln und Peitschen geschlagen zu haben, sie an Zellenwände gekettet, mit brennenden Zigaretten verbrannt, tagelang ohne Wasser und Schlaf gelassen und sie mit dem Tode bedroht zu haben. Die Gesundheit hunderter Opfer habe dauernden Schaden genommen." 28 Angeklagte erschienen, einer hatte sich rechtzeitig ins Ausland abgesetzt, drei hatten vor Prozeßbeginn Gift eingenommen.

25 der 28 anwesenden Angeklagten wiesen sämtliche Vorwürfe als „beleidigend" zurück.

Der erste Zeuge, der frühere Offizier und jetzige Parlamentsabgeordnete Minis rief einem der Angeklagten zu: Du hast mich 111 Tage gefoltert, und du konntest mich nicht brechen. Eines Tages werde ich dich töten."

Von den 32 Angeklagten sind übrigens noch sieben im Dienst der griechischen Armee! ●

Chemie-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Betriebsrätewahlen 1975: Leichter Linkstrend wurde bestätigt

Fortsetzung Seite 15

Die „KPD" („Rote Fahne") stieg in den BR-Wahlkampf in der gehabten und bei verschiedenen Landtagswahlkämpfen oft vorgeführten Weise ein, d.h., sie warf alle „verfügbaren Reserven" an diesen „Frontabschnitt" des Klassenkampfes. Dieser Einsatz hatte allerdings bei genauerem Hinsehen bereits den Charakter des „Volkssturmes" (aus Kindern, Greisen und Invaliden).

Bei der "KPD" mußte offenbar alles kandidieren und zwar auf „revolutionären Oppositionslisten" – versteht sich. Wo die „KPD" keine Arbeiter- oder Angestellten zu ihrem Mitgliederstamm zählen durfte, traten Lehrlinge oder auch solche "Parteikader" zur Wahl an, die erst wenige Wochen im Betrieb waren und augenscheinlich auch eigens zur Wahlteilnahme in die Betriebe geschickt wurden. Wurden – wie zu erwarten war – soldhe Kandidatur-Versuche abgelehnt, hatte die „KPD" den Stoff, mit dem sie lärmend vor den Betriebstoren aufkreuzte.

Die „Rote Fahne" (22/75) der „KPD" umschreibt diesen Tatbestand recht vornehm damit, daß sie in 70 Betrieben (!) zu kandidieren „versuchte". Zur eigentlichen Kandidatur kam es dann allerdings in nur 35 (!) Betrieben: „*In 35 Betrieben gelang es trotz aller Provokationen und terroristischen Behinderungen mit einem oppositionellen Programm die Wahlbeteiligung zu erzwingen.*" Und: „*Mit all den genannten Mitteln gelang es der Einheitsfront von Kapitalisten, Bonzen, reaktionären Betriebsräten und Klasssenjustiz, in 34 Betrieben unsere Kandidatur zu verhindern.*"

Die 35 gelungenen „Versuche" waren schließlich von realen 5 Erfolgen gekrönt, die in Form einer Hitliste veröffentlicht wurden. Dazu kommen noch zwei Betriebe, wo die „KPD" oppositionelle Listen unterstützte.

kommen noch zwei Betriebe, wo die „KPD" oppositionelle Listen unterstützte.

Platz Nr. 1 der Hitliste hält der Erfolg auf dem Bremer Vulkan. „KPD"-Mitglied Heinz Scholz wurde hier - im Rahmen einer Persönlichkeitswahl - mit den fünftmeisten Stimmen gewählt. Dies ist u.E. allerdings weniger der hundertprozent richtigen „revolutionären Linie" der „KPD" zu verdanken, sondern der Tatsache, daß H. S. - schon lange vor seinem Anschluß an die „KPD" - langjähriges und erfahrenes BR-Mitglied war: ein persönlicher Erfolg von H. S., der ihm zweifellos auch ohne seine (derzeitige) Parteimitgliedschaft zugekommen wäre.

Auf Platz Nr. 2 der Hitliste rangiert der Wahlerfolg bei Blohm & Voß (Hamburger Großwerft). Hier gewann die oppositionelle Liste 12% und damit 2 BR-Sitze. Auf diesen Fall werden wir nachher einmal genauer eingehen, um das Vorgehen der "KPD" zu charakterisieren.

Nach diesen beiden Zugpferden, folgen dann noch auf der Hitliste der „Roten Fahne" die „Erfolge" bei AEG-Brunnenstraße (Westberlin), wo drei oppositionelle Kandidaten gewählt wurden, bei Bayer-Leverkusen, wo ein Oppositioneller gewählt wurde, der allerdings seinen BR-Posten wegen vorheriger Kündigung nicht antreten konnte und

schließlich im Bürgerhospital in Frankfurt, wo es einer oppositionellen Kollegin gelang, 59% der Arbeiterstimmen auf sich zu vereinigen.

Aufgenommen in die „KPD"-Hitliste wurden noch zwei Betriebe, in in denen „die Partei" Oppositionslisten – offenbar von außen – unterstützte, nämlich bei Ciba-Geigy in Grenzach, wo die Opposition die Mehrheit (acht von fünfzehn BR-Sitzen) erobern konnte, sowie bei Dunlop in Hanau, wo die „KPD" eine Ausländerliste unterstützte, die „in den Betriebsrat einzog" (in welcher Stärke ist nicht bekannt). (Alle Angaben und Zitate nach „RF" 22/75, die eine „Auswertung" der BR-Wahlen bringt.)

Das Vorgehen der „KPD" bei Blohm & Voß (B & V) ist charakteristisch für die Politik dieser Gruppe überhaupt: Ursprünglich kandidierten für die Opposition („GOG") drei Kandidaten. Einer von ihnen mußte nachträglich wieder von der Liste gestrichen werden, weil er noch keine sechs Monate im Betrieb war und demzufolge auch noch kein passives Wahlrecht hatte. Er wurde dabei gleich gefeuert. Die anderen beiden Kandidaten waren gerade über ihre sechs Monate Betriebszugehörigkeit hinaus. Von einer Verankerung im Betrieb konnte bei der „GOG" natürlich nicht ausgegangen werden. Die wochenlangen scharfen Auseinandersetzungen zwischen der rechten BR-Mafia um Knödler und den Sektoren fortschrittlicher und kommunistischer Vertrauensleute und Kollegen, haben die „GOG"-Kandidaten überhaupt nicht mitbekommen. Die „GOG" tauchte erst eine Woche nach der der Kandidatenaufstellung auf. Sie führte ihren Wahlkampf einmal mit der Publizierung eines Forderungs-Programms, das der Einfachheit halber vom Bremer Vulkan übernommen wurde und das peinlicherweise Probleme enthält, die es bei der B & V garnicht gibt und zum anderen mit einer schlichten und demagogischen H e t z e gegen die SPD-Betriebsräte, d.h. nicht mit konkreten Enthüllungen über deren arbeiterfeindliche Politik, sondern ausschließlich mit verbalen Allgemein-Behauptungen.

Seit Beginn des BR-Wahlkampfes bei B&V, lebte die Hamburger Ortsgruppe einige Monate lang von dieser Speise, bemalte Hamburg mit Parolen zu diesem Thema etc. Aber auch das „Zentralorgan" („RF") der „KPD" brachte einen Artikel nach dem anderen zur (angeblichen!) Situation auf der Werft. Wie ahnungslos diese Herrschaf ten tatsächlich sind, bewiesen sie dann gleich selbst.

In der „RF" (10/75) behaupteten sie z.B.: „*Mit der Übernahme von Stülcken (eine ehemalige Hamburger Werft) aufs Blohmsche Kapital 1966 haben die B & V Kapitalisten auch viele klassenkämpferische Kollegen übernommen. Auf Stülcken gab es einen fortschrittlichen Betriebsrat und somit auch bessere Arbeitsbedingungen als auf B & V. Der Betrieb Betriebsrat von B & V schaffte es aber relativ schnell, den Stülcken-BR aus dem Betriebsratgremium herauszusäubern. Durch politische Unterdrückung der B & V - Kapitalisten in Zusammenarbeit mit dem Betriebrat haben sie es geschafft, die klassenbewußten Kollegen zur Resignation zu treiben.*" Hier ging's der „KPD" wie der berühmten Kuh, die sich auf's Glatteis wagte...

Tatsächlich lief die ganz Sache seit1966 natürlich genau umgekehrt, was den Werftarbeitern mehrheitlich noch bestens bekannt ist: Die gesam-

seit1966 natürlich genau umgekehrt, was den Werftarbeitern mehrheitlich noch bestens bekannt ist: Die gesam-

te derzeitige BR-Mafia (Knödler, Höppner, Schreyer etc.) stammt von Stülcken und hat später – mit Hilfe der Kapitalisten – den fortschrittlichen BR von B&V liquidiert.

Es ließen sich weitere Kuriositäten aus der „KPD"-Küche servieren, wir wollen es mit diesem Beispiel jedoch belassen. Wo immer die „KPD" oder „GOG" zur Sache kam, wurde es verrückt, der Rest ihrer Agitation blieb rein demagogisch.

Das Wahlergebnis brachte bei nur etwa 50% Wahlbeteiligung genau 257 Stimmen für die „GOG" und damit zwei Sitze im BR. Inzwischen sind beide Kollegen aus dem Betrieb gefeuert; der eine wegen „Urkundenfälschung" (im Zusammenhang mit einem Krankenschein von ihm), der letzte, weil er – trotz Verwarnungen (auch gerichtlicher) – nicht müde wurde, auf Flugblättern immer wieder anzukündigen (!!), daß er im Falle eines Falles (konkret lag garnichts vor!), die Friedens- und Schweigepflicht brechen werde .

Unsere Betriebszellen arbeiten bei B & V seit über fünf Jahren, wohl wissend, daß dieser Betrieb zu den kampfschwächsten überhaupt zählt und die Masse der Kollegen – wenn nicht gar verhetzt, so doch enorm resigniert ist (siehe auch die niedrige Wahlbeteiligung). Aus Sicht dieser kontinuierlichen Arbeit unter den Werftarbeitern läßt sich feststellen, daß das kurzfristige Zwischenspiel der „KPD" dort reichlich schädlich war. Die rechte BR-Mafia hat die offenkundigen Dusseligkeiten der „GOG"-Leute bestens zum Anlaß genommen, gegen die betriebliche Linke überhaupt vorzugehen und kann dabei – insbesondere nach den letzten provokatorischen Einsätzen der „KPD" vorm Betriebstor – auf die Zustimmung auch solcher Kollegen zählen, die früher durchaus von links her ansprechbar waren. Wie überall, hatte auch hier die Politik der „KPD" den Charakter eines Heuschrecken-Schwarms, der blindlings irgendwo einfällt, niedergeht, alles abgrast, um dann – auf Nimmerwiedersehen – wieder abzuheben.

Gegenüber dem BR-Wahlkampf der „KPD" verblüffte das Herangehen ihrer Hauptkonkurrenten von der „KPD/ML". Nicht, daß die „KPD/ML" erfolgreicher bei den Wahlen abschnitt, sondern daß sie viel weniger auf Affekt-Hascherei ausgerichtet war, hat erstaunt. Die „ML"-Führer gaben an ihre Leute die Parole aus, nur in solchen Betrieben zu kandidieren, in denen sie „schon das Vertrauen der Kollegen" hätten, die sie dann – im Falle einer späteren Kündigung – wieder „in den Betrieb streiken" würden.

Diese reichlich übergeschnappte und wirklichkeitsfremde Devise hatte aber immerhin den Erfolg, daß die „KPD/ML"-Mitglieder nicht überall auf „Deubel komm raus" kandidierten, sondern nur dort mit oppositionellen „Roten Listen" aufkreuzten, wo sie sich einigermaßen eine Chance auf Erfolg ausrechnen konnten.

Während die „KPD"-Führer aufs Geradewohl den „Massen"verschleiß ihrer letzten Mitglieder und Sympathisanten in den Betrieben riskierten, konnten ihre Konkurrenten von der „ML" nach den Wahlen stolz vermelden: „*Nur in zwei Fällen erhielten Rote Kanidaten, die von der Partei* (gemeint: die „KPD/ML") *propagiert wurden, nicht die genügende Zahl an Stimmen, um in den Betriebsrat hineinzukommen* (bei Klöckner/Bremen und in einer Münchener Druckerei)" (Beilage zum „Roten Morgen" 1.8.75).

Allerdings wußte der „Rote Morgen" der „ML" auch über mißlungene Kandidatur-Versuche zu berichten: Weder auf der Zeche General Blumenthal in Recklinghausen, noch bei Hoesch in Dortmund bekamen die „ML"er genügend Unterschriften zusammen, wie für eine Kandidatur notwendig wäre (vgl. „RM", 15/75).

Völlig untypisch kandidierten „ML"er sogar seelenruhig und „unbemerkt" auf den IGM-Listen mit, um um sich – nach der Wahl! – zum Schreck der IGM-Führer (und ihrer Wähler?) als „Rote Betriebsräte" der „KPD/ML" im „Roten Morgen" feiern zu lassen: So geschehen bei Mannesmann/Düsseldorf-Rath (vgl. „RM", 13/75) und Elac/Kiel (vgl. „RM", 18/75). Bei Mannesmann erhielt der „ML"er 600 Stimmen und damit einen Sitz im BR, bei Elac schafften sogar drei „ML"er den Schritt in den 10-köpfigen BR.

Den großen Clou schaffte die „ML" bei HDW/Kiel und – mit Abstrichen – bei KHD/Köln. In beiden Großbetrieben traten die „ML"er ordnungsgemäß auf eigenen „Roten Listen" an und kandidierten gegen die IGM („den imperialistischen IGM-Apparat" wie es nach offizieller Lesart heißt). Bei KHD gewannen sie zwei BR-Sitze (vgl. entsprechenden Bericht). bei HDW-Kiel erhiel-

ler Lesart heißt). Bei KHD gewannen sie zwei BR-Sitze (vgl. entsprechenden Bericht),

bei HDW-Kiel erhielten sie mit 1.072 von insgesamt 4.870 gültigen Stimmen sogar vier BR-Sitze.

Beide Betriebe zeichnen sich durch eine – bei den Kollegen ziemlich verhaßte – rechts-sozialdemokratische BR-Regentschaft aus, wo ein Teil der Kollegen liebend gern die Möglichkeit für eine Anti-Stimmabgabe genutzt hat. In beiden Betrieben hat die „ML" nur wenig Einfluß, wenn sie auch nachträglich versucht, die Stimmabgabe als Zustimmung für ihre „Partei"politik umzumünzen. Gerechterweise muß hinzugefügt werden, daß bei KHD die „ML" sich gleichzeitig auch gegen eine linkssozialdemokratische Oppositionsliste durchsetzen mußte.

Obgleich die „ML" traditionell ihren „Hauptschlag" gegen die DKP und sonstige mehr oder weniger bewußte Links-Strömungen führt, hatte sie gerade in solchen Betrieben, in denen diese stark sind, absolut nichts zu melden. Anschauliches Beispiel ist dafür die Bremer Klöckner-Hütte, wo die „ML" recht jämmerlich abgebürstet wurde (vgl. entsprechenden Bericht).

Außer in den schon erwähnten Betrieben kandidierten noch von der „ML" unterstützte sog. „Rote Einzelkandidaten" in „*einem metallverarbeitenden Betrieb in Mainz*" („RM", 23/75), wo von drei Kandidaten einer in den BR kam. Weiter in der Pumpenfabrik Allweiler in Radolfzell (800 Kollegen).

Hier wurde ein „ML"er auf dem 6. Platz in den BR gewählt („RM", 22/ 75. Ein weiterer „ML"er schaffte den Sprung in den BR bei Dörnemann in Recklinghausen (130 Kollegen) (lt. „RM", 21/75).

Jeweils ein „ML"er wurde BR „*in einem Kieler Mittelstandsbetrieb*" („RM", 16/75), im Nordenhamer Zweigwerk von Felten & Guilleaume („RM" 15/75), sowie bei Siemens in Witten („RM", 7/75). Alles in allem hat die „ML" damit bundesweit 15 iheer Mitglieder und Sympathisanten in den BR gebracht, offenbar mehr, als der KBW oder die „KPD".

Angesichts einiger zehntausend westdeutscher Betriebsräte mutet die Interpretation dieses Wahlergebnisses durch die "ML" allerdings makaber an: „*Dieses Wahlergebnis* (gemeint die Wahl einiger „Roter Kandidaten") *ist ein großer Erfolg der Partei, ein Sieg, der die Richtigkeit unserer marxistisch-leninistischen Politik verdeutlicht. Es macht sichtbar, daß bereits ein nicht unbedeutender Teil des Industrieproletariats Vertrauen in die marxistisch-leninistische Partei zu setzen beginnt, und daß eine relativ große Zahl von Arbeitern heute bereit ist, sich unter Führung der Partei im revolutionären Klassenkampf zusammenschließen.*" – Hier hat wohl wieder mal „Genosse" Trip die Feder gelenkt?

Insgesamt muß eingeschätzt werden, daß die BR-Wahlen '75 im Ergebnis noch einmal überdeutlich die Schwäche der gesamten Linken – die linken Sozialdemokraten und Sozialisten eingeschlossen – insbesondere unter der Industriearbeiterschaft belegt hat. Darüber können auch einige, im einzelnen recht schöne Erfolge nicht hinwegtäuschen. Obgleich die Linke bei diesen BR-Wahlen besser abschnitt als noch vor drei Jahren, hat sie doch mit der schnell fortschreitenden Krise nicht Schritt halten können. Trotz dieser Schwäche sind die Angriffe, sowohl der Kapitalisten, als auch der Gewerkschaftsführer, gegen die wenigen und zumeist noch schwachen Bastionen der betrieblichen Linken unangemessen scharf und treffen alle Sektoren der Linken mit gleicher Intensität. Demgegenüber ist die Reaktion der Linken – sowohl in ihrer Qualität, als auch in ihrer Einheitlichkeit – nur schwach entwickelt.

Es wird u.E. zukünftig notwendig sein, angesichts dieser Lage Möglichkeiten nach stärkerer Auseinandersetzung, Diskussion und Erfahrungsaustausch zwischen linken Betriebsräten auch dann zu suchen, wenn politische Differenzen in einer Reihe von Fragen nicht oder nur langsam überwunden werden können. ●

KBW: Immer noch keine Richtigstellung!

Man mag es ja kaum noch erwähnen, so peinlich ist es: die „KVZ" des KBW windet sich seit mehr als vier Monaten wie ein Aal, um nicht zugeben zu müssen, daß sie ihre Leser nach Strich und Faden belogen und imperialistische Propaganda-Märchen verbreitet hat.

Im AK 58, Anfang April (!!) zeigten wir an einem Beispiel („KVZ" zur Lage im Indischen Ozean) auf, daß die Behauptungen der „KVZ" über angebliche „sowjetische Stützpunkte", Flottenstärke etc. durchweg auf imperialistischen Lügen und Fälschungen beruhen.

Trotz zweimaliger Nachmahnung (in AK 59 und 60) ließ sich die „KVZ" mit einer Stellungnahme dazu bis zum 29. Mai (!) Zeit. Sie bezog sich dort lediglich auf einen UNO-Bericht und versuchte den irreführenden Eindruck zu erwecken, als würde dieser ihre Behauptungen unterstützen. Tatsächlich erwähnt aber dieser UNO-Bericht beispielsweise nur e i n e n angeblichen sowjetischen Stützpunkt im Indischen Ozean (was von der „KVZ" natürlich verschwiegen wurde, die nämlich von n e u n sowjetischen Stützpunkten dort getünt hatte!!).

Nachdem dieser Sachverhalt in AK 62 sowie durch einen Sonderdruck („Der KBW lügt") von uns aufgedeckt worden war, verging nochmals reichlich Zeit, bevor sich die „KVZ" am 17. Juli zu einer weiteren Stellungnahme bequemte. Hier hieß es nunmehr zu den diversen Lügen, diese Dinge würden halt **„allgemein behauptet"** (ja von der bürgerlichen Presse!!), und es sei ja **gleichgültig**, ob die Behauptungen stimmen, denn sozialimperialistisch sei die Sowjetunion in jedem Fall.

Für überzeugend halten wir dieses Vorgehen nicht gerade. Es bleibt abzuwarten, ob die „Kvz.. ihre den Imperialisten abgeschauten Lügengeschichten stillschweigend zu Grabe tragen will, oder ob in der „KVZ" noch ein weiterer dümmlicher Versuch unternommen werden wird, sich um die seit Monaten überfällige Richtigstellung und Selbstkritik nochmals herumzuwindeln. ●

„KPD/ML" bietet der Bundeswehr

„KPD/ML" bietet der Bundeswehr Waffenstillstand an

In einer Situation zunehmender „Gefahr aus dem Osten" dürfte der westdeutschen Bourgeoisie und ihren Generälen bei folgender Nachricht ein Stein vom Herzen gefallen sein: Die „KPD/ML" hat ihnen für den Fall eines sowjetischen Überfalls einen Waffenstillstand angeboten!

In einer Erklärung des „Präsidiums des ZK" der „KPD/ML" (das ist wohl so etwas ähnliches wie bei der Bundeswehr der Generalstab) heißt es, daß die früher vertretene Losung „Im Ernstfall die Gewehre umgedreht!" f a l s c h sei. (Das wird insbesondere jene „ML"er freuen, die wegen ihres Einsatzes für diese Losung Geld- und Haftstrafen einstecken mußten!).

Im Fall eines sowjetischen Überfalls, so der Generalstab der „KPD/ML", „*würden wir keineswegs dazu aufrufen, die Gewehre sofort gegen die westdeutsche Monopolbourgeoisie zu drehen*". Vielmehr seien in diesem Fall „*Absprachen*" mit dem Staat der Bourgeoisie „*über gegenseitigen militärischen Nichtangriff möglich*" (Beilage zum „RM", 33/75).

Im Falle Chinas, wo die Kommunistische Partei unter Führung Mao's über eine eigene Armee und Stützpunktgebiete verfügte, war natürlich eine Politik der „Absprachen" und „Nichtangriffspakte" mit der Bourgeoisie angesichts der japanischen Aggression möglich.

Die Übertragung dieser Politik auf die imperialistische BRD ist nicht nur grob falsch (eben astreine „Vaterlandsverteidigung"), sondern angesichts der realen Bedeutungslosigkeit der „KPD/ML" auch der nackte Größenwahn. ●

Antifa-Kommission
KB / Gruppe Hamburg

„Vaterlandsverteidiger" fordern DKP-Verbot

Bei der Entwicklung der Politik der „Vaterlandsverteidigung" hat eine Gruppe namens „Frankfurter Marxisten-Leninisten" die Rolle des Pioniers gespielt. Nachdem jedoch auch die „KPD/ML" und „KPD" diesen Weg eingeschlagen haben, haben es die Frankfurter recht schwer, noch ihre „Existenzberechtigung" nachzuweisen. So versuchen sie dies immer waghalsigeren „Profilierungsversuchen" auf rechtsaußen.

Neueste Einfälle der Frankfurter „ML":

- Forderung nach **Berufsverbot** für „*moskauhörige Landesverräter*" (= DKP-Mitglieder). „*Wir sind für deren Unterdrückung und Verfolgung*".
- „*Wir sind für strengste Bestrafung des Landesverräters Gulliaume*".
- „*Wir sind für das Verbot der einschläfernden Friedenspropaganda der DKP*".
- „*Wir sind gegen die Subversionsarbeit in der Armee und für die Stärkung der Landesverteidigung*".

Dies sind Zitate aus einem Flugblatt zum Frankfurter „Fahrpreiskampf". Im selben Flugblatt erfährt man, daß die „Supermächte" auch an den Frankfurter Fahrpreiserhöhungen schuld seien: „**Sie zwingen uns zu den großen Rüstungsausgaben, die in Anbetracht unserer Bedrohung noch vergrößert werden müssen**". Deshalb müßte auch der „Fahrpreiskampf" „*nicht in erster Linie gegen diesen Staat, sondern hauptsächlich gegen die Supermächte und besonders den Sozialimperialismus*" geführt werden. „*Deshalb sind wir auch, selbst wenn es unsere Kräfte zulassen, gegen bürgerkriegsähnliche Schlachten mit der Polizei*".

Aus einem Flugblatt der Frankfurter „ML" zur KSZE geht hervor, welche Kampfformen den „ML"ern lieber sind als „Schlachten mit der Polizei" – nämlich faschistischer Terror und Mordhetze. Über die faschistischen Überfälle auf KP-Büros, Mordanschläge gegen Genossen usw. in Portugal wird in dem Flugblatt lautstarker Jubel angestimmt: „*Die Mehrheit des portugiesischen Volkes führte dieser Tage große Massenkämpfe zur Verteidigung der Demokratie und der nationalen Unabhängigkeit. Sie richten ihre Angriffe gegen die Cunhal-Partei, die sich als ‚Kommunistische Partei' ausgibt, die aber eine 5. Kolonne Moskaus ist und die darauf hinarbeitet, die gerade erst erkämpfte Demokratie durch eine sozialfaschistische Diktatur russischer Prägung zu ersetzen. In einer Front kämpfen Sozialisten, patriotische und demokratische Soldaten und Offiziere und die Marxisten-Leninisten Portugals*". ●

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Eiertänze und Riesenslalom

Die chinesische Außenpolitik bringt die Opportunisten in Schwierigkeiten

In AK 63 hatten wir damit begonnen, das Verhältnis opportunistischer Gruppierungen (vertreten vor allem durch den KBW) zur chinesischen Außenpolitik und zu Grundfragen kommunistischer Strategie und Taktik (Theorie der „Supermächte" etc.) zu behandeln. Die Opportunisten zeichnen sich dadurch aus, daß sie allgemeine Bekenntnisse zur „Analyse der internationalen Lage durch die Kommunistische Partei Chinas" ablegen („KVZ" des KBW, 22. 5. 75), aber die konkreten Schlußfolgerungen der „Vaterlandsverteidigung", Unterstützung der EG und der imperialistischen Kriegsrüstung etc. ablehnen. Sie behaupten dabei, daß diese Ablehnung keinen Widerspruch zu den wesentlichen Thesen der chinesischen Außenpolitik darstellt.

Zur Frage des „Hauptfeindes"

Tatsächlich besteht aber bereits in der Frage des „Hauptfeindes" ein wesentlicher Unterschied zwischen der Meinung der Opportunisten und den Thesen der chinesischen Außenpolitik.

Während die chinesische Außenpolitik davon ausgeht, daß der sowjetische „Sozialimperialismus" von den beiden „Supermächten" der „Hauptfeind" sei, halten die Opportunisten *beide* „Supermächte" in *gleicher* Weise für den „Hauptfeind", und in gewisser Weise auch die „kleineren" imperialistischen Mächte (BRD usw.). Der KBW erklärt, daß die „Supermächte" und andere Imperialisten in ihrem jeweiligen „Einflußgebiet" der „Hauptfeind' seien.

Auf diesen Widerspruch zu einer der wesentlichen, wenn nicht *der* Hauptthese der chinesischen Außenpolitik gehen die Opportunisten natürlich nicht ein.

In einem anderen Punkt machen die Opportunisten sogar ein Zugeständnis an die chinesische Außenpolitik, nämlich in der Frage, von welcher der „beiden Supermächte" gegenwärtig die „Hauptkriegsgefahr" ausgehe. Dazu meint auch der KBW, daß die „Hauptkriegsgefahr" vom „Sozialimperialismus" ausgehe.

Sehen wir, wie diese These begründet wird. Im wesentlichen stützt sie sich auf zwei „Argumente":

1. Die angebliche militärische Überlegenheit der Sowjetunion, vor allem in Mitteleuropa. Beispielsweise behauptet der KBW, die Tatsache, daß die Sowjetunion 75 % ihrer Streitkräfte an ihrer westlichen Grenze stehen habe, lasse ja schon auf aggressive Absichten schließen (W. Maier in der „theoretischen" Zeitschrift des KBW, „KuK", vom März 1975). Dies „Argument" ist völlig unsinnig: Seit Entstehung der Sowjetunion steht natürlich der größte Teil ihres Heeres an der westlichen Front, und zwar einfach deshalb, weil von dort die größte Kriegsgefahr ausging (siehe Überfall Hitlers auf die Sowjetunion); wenn man sich die strategische Lage der Sowjetunion ansieht, so liegt es auf der Hand, warum sie den allergrößten Teil ihrer Truppen im Westen stehen hat und nicht z. B. in Sibirien oder im Kaukasus.

Was die angebliche militärische Überlegenheit der Sowjetunion angeht, so ist sie selbst für Mitteleuropa höchst zweifelhaft (vgl. AK 62, S. 16/17). Die chinesische Außenpolitik (und teilweise auch die Opportunisten) beschränkt sich jedoch keineswegs darauf, die angebliche Überlegenheit der „Sozialimperialisten" in Mitteleuropa zu beschwören, sondern behauptet diese – gestützt auf lächerlichste Fälschungen und Verdrehungen sogar *weltweit*.

2. Daneben stützt sich die These von der „Hauptkriegsgefahr' durch den „Sozialimperialismus" auf folgende (auch von den Opportunisten vertretene) Behauptung: Die US-Imperialisten seien weltweit in der Defensive und seien eine „absteigende Supermacht", während der „Sozialimperialismus" die „aufsteigende Supermacht" und weltweit in der Offensive sei. Daher sei der „Sozialimperialismus" gefährlicher und aggressiver als der sozusagen schon in den letzten Zügen liegende US-Imperialismus.

Gegen diese beiden „Argumente" sprechen folgende Fakten:

1. Tatsächlich ist „der Westen" (US-Imperialismus und Verbündete) insgesamt der Sowjetunion und ihren Verbündeten militärisch erheblich überlegen. Während außerdem für die Sowjetunion außerhalb des Warschauer Pakts praktisch nur Kuba ein verläßlicher Verbündeter ist, können sich die US-Imperialisten vorerst weltweit auf zahlreiche reaktionäre Staaten stützen, deren herrschende Klassen mit den Interessen des US-Imperialismus aufs engste verbunden sind. Entsprechend verfügen US-Imperialismus und NATO über ein weltweites Netz von Militärstützpunkten, dem die Sowjetunion außerhalb des Warschauer Pakts praktisch nichts entgegenzusetzen hat. Offensichtlich ist die Ausgangslage zur Führung „begrenzter Kriege" für die US-Imperialisten und ihre Verbündeten viel günstiger als für die Sowjetunion. Die historischen Tatsachen zeigen denn auch, daß solche Kriege (bzw. Stellvertreterkriege durch faschistische Putsche u. ä. wie Zypern, Chile, iranische Intervention in Oman usw.) in allererster Linie von den US-Imperialisten und ihren Verbündeten geführt wurden – während die chinesische Außenpolitik (und teilweise die Opportunisten) allerdings ständig bestrebt ist, solche Vorgänge allgemein dem „Ringen der Supermächte" anzulasten und damit von der konkreten besonderen Verantwortung des US-Imperialismus abzulenken; man muß sogar sagen, daß die chinesische Außenpolitik es fertigbringt, angesichts solcher offener imperialistischer Aggressionen wie auf Zypern und in Palästina/Nahost das Hauptfeuer gegen den „Sozialimperialismus" zu richten.

2. Es ist richtig, daß der US-Imperialismus weltweit in der Defensive ist. Es ist aber nicht richtig, zu behaupten, daß die Sowjetunion in der Offensive sei. Tatsächlich ist der US-Imperialismus nicht gegenüber der Sowjetunion in der Defensive, sondern gegenüber den nationalen Befreiungsbewegungen der „Dritten Welt" und gegenüber revolutionären Prozessen wie in Portugal und teilweise auch schon in Italien.

Letzten Endes ist es so, daß gegenüber solchen Bewegungen auch die Sowjetunion in der Defensive ist, soweit es um ihre Großmachtspolitik geht. Es ist außerdem offensichtlich, daß die Sowjetunion in den letzten Jahren keinen direkten „Bodengewinn" verzeichnen konnte, sondern im Gegenteil selbst mit Schwierigkeiten zu kämpfen hat z. B. in der arabischen Welt, in den revisionistischen Staaten (RGW) u.a.

Wenn die Sowjetunion aus dem Vordringen der nationalen Befreiungsbewegungen und revolutionärer Prozesse einen gewissen Vorteil gegenüber der imperialistischen Konkurrenz ziehen kann, dann nur dadurch, daß sie in begrenztem Rahmen ein Bündnis mit diesen revolutionären Kräften eingeht, sie ökonomisch, militärisch und politisch unterstützt (Südvietnam, Angola, Palästina etc.).

Es ist kein Wunder, daß die chinesische Außenpolitik in der „Dritten Welt" absolut *keine* antiimperialistische Kraft gefunden hat (abgesehen vielleicht von Kambodscha), die bei den Angriffen gegen den „Sozialimperialismus" auch nur ansatzweise mitzieht. Denn die meisten antiimperialistischen Kräfte erklären sich ausdrücklich für die Unterstützung der Sowjetunion dankbar. Stimmen *gegen* die Sowjetunion kommen lediglich aus pro-imperialistischen Staaten wie dem Iran.

Wir können feststellen, daß sowohl die These von der militärischen Überlegenheit des „Sozialimperialismus", wie auch die Behauptung, daß er in der Offensive sei, falsch sind. Demnach entfallen die wesentlichen „Argumente" für die These, daß vom „Sozialimperialismus" die „Hauptkriegsgefahr" ausgehe. Vielmehr hat diese (auch von den Opportunisten vertretene) These nur die Funktion, die Imperialisten bei der Schaffung von Kriegshysterie („Gefahr aus dem Osten") und bei ihren konkreten Kriegsvorbereitungen zu unterstützen. Diese pro-imperialistische Funktion wird besonders deutlich an der Verwendung von Fälschungen und Erfindungen über die angebliche militärische Stärke der Sowjetunion durch die chinesische Außenpolitik und durch die Opportunisten (wir haben diese Methode in den letzten AK's an zahlreichen Beispielen detailliert nachgewiesen!!).

Unterschiedliche Schlußfolgerungen

Sowohl die chinesische Außenpolitik wie auch die Opportunisten erklären den „Sozialimperialismus" zur „Hauptkriegsgefahr". Während die chinesische Außenpolitik jedoch den „Sozialimperialismus" zugleich (eigentlich logischerweise?!) als „Hauptfeind" bekämpft (und dagegen die „andere Supermacht", den US-Imperialismus, weitgehend schont und die „kleineren" imperialistischen Mächte offen unterstützt), sagen die Opportunisten, daß trotzdem „Imperialismus gleich Imperialismus" sei, daß beide „Supermächte" in gleicher Weise „Hauptfeind" seien; man muß den Opportunisten sogar zubilligen, daß sie in erster Linie ihre Aufgabe im Kampf gegen den BRD- und US-Imperialismus sehen.

In den konkreten Schlußfolgerungen ist die Meinungsverschiedenheit zwischen den Opportunisten und den Thesen der chinesischen Außenpolitik ganz offensichtlich – ein Widerspruch, der von den Opportunisten jedoch glatt geleugnet wird.



Für diesen Widerspruch gibt es indessen zahlreiche eindeutige, unzweifelhafte Belege.

Das offensichtlichste Beispiel ist die Stellungnahme der VR China zum EG-Referendum in Großbritannien: Die chinesische Außenpolitik feiert den Verbleib Großbritanniens in der EG als großen Sieg im Sinne des „Kampfes gegen die Supermächte", während die Opportunisten (nicht ohne Schwankungen!!) das Abstimmungsergebnis letztlich als Niederlage der britischen Arbeiterbewegung einschätzen (vgl. AK 63, S. 39).

Ein anderes Beispiel ist die ganze Frage der Kriegsvorbereitungen der EG-Imperialisten. Hier bezieht die chinesische Außenpolitik klar den Standpunkt, daß diese Kriegsvorbereitungen („Verteidigungsbereitschaft") notwendig und nützlich seien wegen der angeblich vom „Sozialimperialismus" ausgehenden Aggressivität und Kriegsgefahr. Die Haltung der Opportunisten dazu ist schwankend: Einerseits unterstützen sie mit ihrem – weitestgehend auf Fälschungen basierenden – Geschrei über die angebliche militärische Stärke der Sowjetunion objektiv die Kriegspropaganda und Kriegsrüstung des Imperialismus. Außerdem hat der KBW direkt erklärt, es sei nicht das Interesse der Arbeiterklasse, in einem waffenlosen Land zu leben (Maier, „KuK", März 75). Praktisch wird damit die Arbeiterklasse aufgefordert, sich gegenüber der imperialistischen Aufrüstung zwar nicht zustimmend zu verhalten (wie es die erklärten „Vaterlandsverteidiger" fordern!) aber andererseits auch nicht ablehnend; daß sich die Arbeiterklasse also zur imperialistischen Aufrüstung gleichgültig zu verhalten habe. Historische Tatsache ist indessen, daß die Arbeiterklasse zu allen Zeiten einen scharfen Kampf gegen die imperialistische Aufrüstung geführt hat und natürlich auch führen muß. Die Arbeiterklasse kann sich nicht auf den Standpunkt stellen: „Uns geht es nur darum, selbst die Waffen in die Hand zu bekommen. Bis dahin ist es uns gleichgültig, wie sehr ‚unsere' Imperialisten aufrüsten".

Andererseits nehmen die Opportunisten Stellung gegen die Politik der „Vaterlandsverteidigung", die – vor allem vertreten durch die „KPD" – intensiv die Trommel für verstärkte Kriegsrüstung, für den Aufbau einer „europäischen Atomstreitkraft" usw. schlägt.

Die Opportunisten leugnen allerdings, daß dieses Vorgehen der „Vaterlandsverteidiger" die logische Konsequenz der entsprechenden Thesen der chinesischen Außenpolitik ist. Tatsache ist jedoch, daß die chinesische Außenpolitik die imperialistische Aufrüstung intensiv fordert und jede noch so reaktionäre Stimme aus dem imperialistischen Lager (Strauß, Springer-Presse, „Bayernkurier" etc.) in diesem Sinne („verstärkte Wachsamkeit gegenüber dem Sozialimperialismus") dankbar würdigt.

Es ist rätselhaft, wie die Opportunisten es angesichts dieser Tatsache fertigbringen können, der von der chinesischen Außenpolitik so intensiv propagierten „Wachsamkeit" (sprich: imperialistische Kriegsrüstung) sozusagen in den Rücken zu fallen, bei gleichzeitigem globalen „Bekenntnis" zur chinesischen Aussenpolitik.

Es hat sogar den Anschein, als würde die chinesische Außenpolitik nicht nur die EG und die Aufrüstung der EG-Imperialisten unterstützen und direkt propagieren, sondern als würde zunehmend auch gegenüber der Anwesenheit von US-Truppen in Westeuropa eine „wohlwollende" Haltung eingenommen. Jedenfalls behauptet die „KPD", die im Mai mit einer Delegation in der VR China war, ihr sei dort von den „chinesischen Genossen" gesagt worden, daß zur Zeit die Anwesenheit von US-Truppen in Westeuropa noch erforderlich sei (zur Abwehr gegen den „Sozialimperialismus"), solange die Aufrüstung der EG-Imperialisten allein noch nicht stark genug sei. Dieser Behauptung ist bisher weder von Stellen der VR China noch von der „KPD/ML" (die zur selben Zeit eine Delegation dort hatte!) widersprochen worden. Zwar polemisiert die „KPD/ML" *trotzdem* gegen diese These der „KPD" – und ebenso natürlich die Opportunisten – wobei aber die Frage nicht beantwortet wird, ob dies tatsächlich die Auffassung der „chinesischen Genossen" ist.

Es ist also deutlich, daß sich die Opportunisten (auf deren Seite sich im letzten Punkt sogar die „KPD/ML" geschlagen hat!) in Widersprüchen zu verschiedenen konkreten Schlußfolgerungen der chinesischen Außenpolitik befinden; sie erklären diese Widersprüche jedoch nicht, sondern heucheln globale Übereinstimmung mit der „Analyse der internationalen Lage durch die Kommunistische Partei Chinas" (KBW), der sie in der Tat gewisse Zugeständnisse machen (Übernahme der „Hauptkriegsgefahr"-These, Schwankungen in der Bewertung der EG, Lügen-Propaganda zur angeblichen militärischen Stärke der Sowjetunion u. a. m.), aber eben nur soweit, daß sie nicht ihre Selbstisolierung innerhalb der Linken damit riskieren.

Haltung zur Arbeiterbewegung

Die chinesische Außenpolitik betrachtet in Westeuropa seit einigen Jahren fast ausschließlich die Imperialisten als ihre Gesprächspartner. An die Imperialisten wenden sich ihre „Ratschläge" zur „Wachsamkeit" gegenüber dem „Sozialimperialismus" zur „Stärkung der Verteidigungsbereitschaft", zum „Zusammenschluß" (EG). Für die Arbeiterbewegung dagegen hat die chinesische Außenpolitik absolut keine „Ratschläge" – sofern man nicht die chinesischen „Ratschläge" an die Imperialisten auch als indirekte „Ratschläge" an die Arbeiterbewegung (folglich im Sinne der „Vaterlandsverteidigung" etc.) verstehen will.

Bekanntlich hat die VR China in früheren Jahren (noch bis Anfang der 70er Jahre) bedeutende und wertvolle Anstrengungen unternommen, umfassend zu Problemen der internationalen kommunistischen- und Arbeiterbewegung Stellung zu nehmen („Polemik über die Generallinie" u. a.).

Bereits zu der Entwicklung in Chile hat die VR China international praktisch nichts mehr zu sagen gehabt, weder während der Regierungszeit Allendes, noch nach dem faschistischen Putsch.

Dieselbe Ignoranz zeigt sich gegenüber dem revolutionär-demokratischen Prozeß in Portugal, zu dem international veröffentlichte Äußerungen der VR China praktisch nicht vorliegen. Beispielsweise hat die „Peking Rundschau" inzwischen dreimal zu Portugal Stellung genommen – und zwar mit folgenden „Beiträgen":

1. In „PR" 20/75 wurden lediglich die Wahlergebnisse zur verfassungsgebenden Versammlung mitgeteilt;
2. in der „PR" 21/75 wurde aus einem Artikel der übelsten portugiesischen „ML"-Gruppe, PCP/ML, zitiert! In diesem Artikel wurde kein Wort über die Situation in Portugal gesagt, dafür aber der Quark des „Ringens der Supermächte" breitgetreten, mit spezieller Stoßrichtung natürlich gegen die Sowjetunion;
3. in der „PR" 22/75 wurde über einen Besuch von Vertretern dieser PCP/ML in der VR China berichtet.

Wahrlich eine „stolze" Bilanz! Und schließlich wartete die VR China Mitte August '75 (!) mit dem *„ersten (!!!) detaillierten Kommentar zur innenpolitischen Situation in Portugal"* auf (lt. „Le Monde", 13. 8. 75). In diesem Kommentar wurde ausgiebig aus der Erklärung der reaktionären Antunes-Gruppe zitiert. Mit der (natürlich durch keinen Fakt belegten!!) Behauptung, die Politik des Ministerpräsidenten Goncalves habe *„zur sowjetischen Infiltration in Portugal beigetragen"*, leistete die VR China zugleich einen beachtlichen Beitrag zur gegenwärtig laufenden Kampagne der Konterrevolution!

Diese Stellungnahmen der VR China können wohl nur als Zeichen der Interesselosigkeit gegenüber den Massenkämpfen und den sich daraus ergebenden neuen Erfahrungen für die internationale kommunistische- und Arbeiterbewegung gewertet werden.

Fortsetzung Seite 39

Fortsetzung von Seite 38

Die chinesische Außenpolitik bringt die Opportunisten in Schwierigkeiten

Ähnliches gilt für Italien.

Die Opportunisten „rechtfertigen" diese Haltung damit, daß die VR China schließlich nicht *„ausdrückliche Bekenntnisse zur Perspektive der Revolution in jedem einzelnen Land"* abgeben können (W. Maier in der „KuK", März '75).

Tatsache ist aber, daß die chinesische Außenpolitik Europa ausdrücklich zum aktuellen „Z e n t r u m des Ringens der beiden Supermächte" und Hauptherd eines neuen Weltkriegs erklärt; folglich muß das Desinteresse an den Kämpfen der Arbeiterklasse in diesem Gebiet, und speziell für die strategisch äußerst wichtige Entwicklung in Portugal, als bemerkenswert angesehen werden. Im besten Fall kann man das so interpretieren, daß die chinesische Außenpolitik in der europäischen Arbeiterbewegung keinen wesentlichen Faktor der Entwicklung sieht und sich mit ihren Ratschlägen lieber an die Imperialisten hält, von denen sie sich mehr verspricht. Im schlimmsten Fall lassen sich schon direkt feindselige Einstellungen gegenüber der europäischen Arbeiterbewegung erkennen, soweit diese – was bei einem gewissen Entwicklungsstand durchweg der Fall ist! – unter revisionistischen Einfluß steht und folglich als angebliche „fünfte Kolonne Moskaus" (d.h. des angeblichen „Hauptfeindes") mit Mißtrauen betrachtet wird. In diesem Sinn hat die VR China es ausdrücklich abgelehnt, Vertreter einflußreicher revisionistischer Parteien (KP Frankreichs u.a.) zu empfangen, während Reaktionäre wie Strauß als Vertreter des Imperialismus herzliche Aufnahme fanden.

Auch in diesem Punkt ist die Haltung der Opportunisten schwankend. Zum einen rechtfertigen sie „natürlich" vollständig die Haltung der VR China. Daneben hatte der KBW – als Hauptgruppierung des Opportunismus – beispielsweise allergrößte Schwierigkeiten, sich eine fundierte Einschätzung zu Portugal zu erarbeiten: Zuerst schwankte er – in Anlehnung an die portugiesische Organisation MRPP (der „KPD/ML" vergleichbar) arg nach rechts (Diffamierung des revolutionär-demokratischen Prozesses in Portugal); dann beschränkte er sich auf die platte Wiedergabe von Berichten über Fabrikbesetzungen etc. (ohne den Hauch einer grundsätzlichen Einschätzung der Entwicklung); inzwischen ist er soweit, etwas „festen Grund" zu fassen, indem er die Meinung der UDP (unter den portugiesischen „ML"-Organisationen wohl die vernünftigste) umfassend vorstellt („KVZ", 7.8.75), anscheinend anstelle einer eigenen Einschätzung.

Die Theorie der „drei Welten"

Die Theorie der „drei Welten"

Die chinesische Außenpolitik geht von der Existenz dreier „Welten" aus:
- Die „erste Welt" sind die zwei „Supermächte" Sowjetunion und USA;
- die „zweite Welt" sind die „kleineren" imperialistischen und kapitalistischen Staaten, also vor allem EG und Japan;
- die „dritte Welt" sind die auch sonst allgemein als „Dritte Welt" bezeichneten Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, sowie China selbst und wohl auch Vietnam und Korea.

Die „dritte Welt" sei die eigentliche Hauptkraft gegen die beiden „Supermächte". Die Länder der „dritten Welt" müßten sich eng zusammenschließen. Auch die Länder der „zweiten Welt" seien in gewisser Weise gegen die beiden „Supermächte", könnten am Kampf gegen diese teilnehmen und seien folglich in der gegenwärtigen Phase ein möglicher Verbündeter der „dritten Welt". „Zweite Welt" und „dritte Welt" sollten sich zur „Einheitsfront gegen die Supermächte zusammenschließen.

Diese Theorie hat zur Folge, daß die chinesische Außenpolitik den Widerspruch zwischen „zweiter Welt" und „dritter Welt", d.h. die imperialistische Politik der „zweiten" gegenüber der „dritten Welt" weitestgehend ignoriert. Lediglich soweit sie unmittelbar als Kolonialisten alten Stils auftreten, werden die „kleineren" imperialistischen Mächte der „zweiten Welt" verurteilt (Südrhodesien, Südafrika, portugiesische Kolonien). Es gibt aber seit Jahren schon keine international zugängliche Veröffentlichung oder Erklärung zu sonstigen Fragen der imperialistischen Politik der „zweiten Welt", d.h. zu deren neokolonialistischen Praktiken. Dieser Aspekt ist gegenüber der propagierten „Einheitsfront gegen die Supermächte" total untergegangen.

Die Opportunisten rechtfertigen natürlich auch dies (vgl. W. Maier in der „KuK", März '75).

Die Existenz sozialistischer Länder als entscheidender Faktor geht bei der Theorie der „drei Welten" gleichfalls unter. Sie werden einfach der „dritten Welt" zugeschlagen. Anstelle der Gegenüberstellung Imperialismus – Sozialismus als Hauptwiderspruch unserer Epoche kommt es zur Gegenüberstellung „Supermächte" – „Einheitsfront" („zweite" + „dritte" Welt).

Innerhalb der „dritten Welt" differenziert die chinesische Außenpolitik kaum. Die Differenzen innerhalb der „dritten Welt" werden als durchweg nicht antagonistisch (d.h. als versöhnbare Differenzen) hingestellt, die sich alle mit „gutem Willen" lösen lassen. Dabei verschwinden praktisch sämtliche Klassenwiderprüche, die Widersprüche zwischen reaktionären und fortschrittlichen Ländern usw.

Hierfür zwei besonders markante und traurige Beispiele.

Der durch seine fragwürdigen Schnacks bereits bekannte stellvertretende chinesische Ministerpräsident Deng Hsiao-ping erklärte auf einem Bankett zu Ehren des irakischen Vizepräsidenten Marouf am 4.7.75:

„Gegenwärtig ist die Situation im Golfgebiet wie in der übrigen Welt sehr ermutigend. Die täglich wachsende Rivalität der Supermächte und ihre Expansion haben bei den Völkern dieses Gebietes einen heftigen Widerstand und Kampf hervorgerufen und sie dazu veranlaßt, sich enger zusammenzuschließen (?). *Der Kampf gegen die Intervention, Kontrolle, Aggression und Rivalität der Supermächte erlebt einen neuen Aufschwung. Zur Zeit erhöhen die Völker in diesem Gebiet von Tag zu Tag ihr Bewußtsein und brennen vor Haß gegen die gemeinsamen Feinde; die Staaten* (!!!) *dort stärken ihre Einheit* (?) *und kämpfen an einer gemeinsamen Front* (??!!). *Sie verlangen ausdrücklich* (?) *den Abzug der Kräfte der Großmächte aus diesem Gebiet* (?????) *und haben sich nacheinander für eine gemeinsame Verteidigung der Sicherheit dieses Gebietes durch dessen Länder ausgesprochen. Diese gerechte Stimme findet immer breitere Sympathie und Unterstützung ...*

Es ist besonders erfreulich, daß Irak und Iran vor kurzem nach Konsultationen auf der Basis der Gleichberechtigung einen Vertrag unterzeichnet und so einen von der Geschichte (?) *hinterlassenen Konflikt zufriedenstellend* (?) *beigelegt haben* (auf Kosten des kurdischen Volkes!! – Anm. AK). *Das ist eine sehr gute Sache. Dazu unseren herzlichen Glückwunsch! Die Tatsachen zeigen wieder einmal, daß es keinen* (!!!!) *grundlegenden Interessenkonflikt und keine* (!!!) *unüberbrückbare*

Sache. Dazu unseren herzlichen Glückwunsch! Die Tatsachen zeigen wieder einmal, daß es keinen (!!!!) *grundlegenden Interessenkonflikt und keine* (!!!) *unüberbrückbare*

Streitigkeit zwischen den Ländern der Dritten Welt gibt, die gemeinsame In essen haben und vor gemeinsamen Kampfaufgaben stehen, und daß sie aufgrund dieser gemeinsamen Interessen allen Grund haben, sich zu vereinigen, und keinen Grund für gegenseitige (!) *Entfremdung* (!). *Ihre zeitweiligen Differenzen können in vernünftiger Weise* (?) *und im Geiste des gegenseitigen Verständnisses und des gegenseitigen Entgegenkommens* (??) *ohne fremde Einmischung durch sie selbst gut gelöst werden"* (lt. „Peking Rundschau", 28/75).

Es scheint unmöglich, in diesem geradezu lächerlichen Geschwätz die reale Situation dort noch irgendwie wiederzufinden: Daß es dort auf der einen Seite eine revolutionäre Befreiungsbewegung wie in Oman-Dhofar und einen antiimperialistischen Staat wie die VR Jemen (Südjemen) gibt. Daß es auf der anderen Seite reaktionäre Staaten wie den Iran und Saudiarabien (um nur die wichtigsten zu nennen) gibt; daß diese vom US-Imperialismus (und teilweise auch vom EG-Imperialismus) mit ungeheuren Waffenlieferungen zum Hüter imperialistischer Interessen am Persischen Golf aufgerüstet werden. Daß es eine reaktionäre Intervention gegen die Volksbefreiungsbewegung von Oman-Dhofar gibt (Iran, Saudi-Arabien, Jordanien), daß es eine reaktionäre Einkreisung gegen die VR Jemen gibt. Daß die Imperialisten Stützpunkte in Bahrain (USA) und Oman (Großbritannien) sowie „Militärberater" in Saudiarabien, Kuweit und Oman unterhalten. Daß sich der Iran offen für den Ausbau des US-Stützpunkts Diego Garcia im Indischen Ozean ausgesprochen hat. ...

Alle diese realen Widersprüche werden einfach weggelogen zugunsten einer vorgeblichen Interessenidentität der Länder der „dritten Welt" und eines glatt zusammengesponnenen gemeinsamen „Kampfes gegen die Supermächte". Daß es dort nationale Befreiungsbewegungen ebenso gibt wie eine mit dem Imperialismus eng verbundene reaktionäre Bourgeoisie und Feudalklasse, und daß zwischen beiden ein unversöhnlicher Kampf besteht, fällt glatt unter den Tisch.

Praktisch geht es dabei um eine recht widerwärtige Beschönigung der reaktionären Regimes, um eine Verharmlosung der hinter diesen stehenden imperialistischen Mächte und um eine Verhöhnung der Volksmassen dieser Länder, die in opferreichen Kämpfen gegen Reaktion und Imperialismus stehen.

Noch übler ist die Haltung der VR China zu den Kämpfen in Angola. So heißt es in einer Stellungnahme der Nachrichtenagentur „hsinhua": *„Um ihr Ziel, Angola zu kontrollieren, zu erreichen, haben die russischen Sozialimperialisten zu dem schmutzigen Trick Zuflucht genommen, Zwietracht zwischen den Befreiungsorganisationen zu säen . . . Ungeachtet der Tatsache, daß alle drei Befreiungsorganisationen den anti-imperialistischen und antikolonialistischen bewaffneten Kampf geführt haben, klassifizierten die russischen Sozialimperialisten sie boshaft in revolutionäre, nicht-revolutionäre und sogar konterrevolutionäre, mischten sich in die inneren Angelegenheiten des angolanischen Volkes ein und hetzten die einen gegen die anderen auf* (!!!). *. . . Und was noch ernster ist, ist, daß sie sofort nachdem die drei angolanischen Befreiungsbewegungen das Abkommen von Nakuru unterzeichnet haben, eine große Anzahl schwerer Waffen nach Angola gebracht haben* (!), *um den Bürgerkrieg zu schüren* (!!) *und die Einheit des angolanischen Volkes zu unterminieren . . . Es sind die russischen Sozialimperialisten selbst, die die Flammen des Krieges in Angola angezündet haben . . .* (!!!!)" (lt. „Roter Morgen", 9.8. 75 – der „RM" ergänzt dies noch durch folgende verrückte story: „ . . . *als vier russische Schiffe im Hafen von Luanda Panzerfahrzeuge und Waffen, getarnt als Medizin entluden, erhob sich unter der Bevölkerung starker Protest*"!!!).

Diese Äußerungen zur Lage in Angola zeigen die Fehler der chinesischen Außenpolitik auch gegenüber der ‚dritten Welt' besonders deutlich: Zum einen wird hier total ignoriert, daß solchen Auseinandersetzungen wie in Angola klassenmäßige Widersprüche zugrunde liegen. Die ganze Frage reduziert sich darauf, daß es zwischen „Befreiungsbewegungen" keine antagonistischen Widersprüche geben könne.

sprüche zugrunde liegen. Die ganze Frage reduziert sich darauf, daß es zwischen „Befreiungsbewegungen" keine antagonistischen Widersprüche geben könne.

Während die MPLA für ein sozialistisches Angola eintritt, widersetzt sich die FNLA diesem Ziel aufs schärfste. Die chinesische Außenpolitik behauptet, in dieser Frage einen „neutralen" Standpunkt zu beziehen. Es ist rätselhaft, wie ein sozialistisches Land sich in einer solchen Frage „neutral" verhalten kann. Dies erklärt sich aber, wenn man bedenkt, daß sich die VR China ja ausdrücklich – hinsichtlich ihrer internationalen Politik – nicht als sozialistisches Land definiert, sondern nur als Teil der ‚dritten Welt'. Folglich ist der Maßstab ihrer Außenpolitik auch nicht der proletarische Internationalismus (der eine ‚Neutralität' in einer solchen Frage selbstverständlich ausschließt!!), sondern eine mystische Solidarität einer ‚dritten Welt', in der es angeblich keine antagonistischen Widersprüche gibt.

Indessen ist die Haltung der VR China auch nur in Worten neutral. Indem sie der Sowjetunion die Verantwortung für die Kämpfe in Angola anlastet und in übelster Weise gegen die für die MPLA bestimmten sowjetischen Waffenlieferungen hetzt, ergreift sie klar Partei gegen die MPLA und für die FNLA. Denn nur die FNLA – die ihrerseits reichlich von den Imperialisten und ihrer Marionette Mobuto versorgt wird (dazu aber kein Wort in der chinesischen Stellungnahme!!) – kann an einer Einstellung der sowjetischen Waffenhilfe für die MPLA und damit deren Schwächung interessiert sein.

Man darf gespannt sein, ob die chinesischen Außenpolitiker demnächst in derselben üblen Weise z.B. gegen die sowjetische Waffenhilfe für den palästinensischen Widerstand hetzen wollen. Ihrer „Logik" zufolge, können sie demnächst auch dazu kommen, beispielsweise die Kämpfe im Libanon zwischen den Palästinensern und der faschistischen Falange-Partei als „Konflikt zwischen nationalen Befreiungsbewegungen" hinzustellen, für die ebenfalls der „Sozialimperialismus" verantwortlich sei.

Die weitestgehende Konsequenz dieser Haltung hat mittlerweile die „KPD/ML" gezogen, die in ihrem „Roten Morgen" schreibt: *„Wer denn ist vor allem die Quelle von Unsicherheit und Spannungen in der Welt, wenn nicht die beiden Supermächte, die auf der ganzen Welt die Völker bedrohen und heftig miteinander um die Weltherrschaft ringen? Ob Kambodscha oder Vietnam (!!!),ob Naher Osten (!) oder Zypern, überall sind sie es, die die Widersprüche schüren, um darauf ihr Süppchen zu kochen..."* („RM", 26.7.75).

Der gerechte Befreiungskampf der Völker Vietnams u.a. gegen innere Reaktion und imperialistische Aggression wird hier praktisch als von der Sowjetunion „geschürt" verleumdet. Logischerweise, da in der chinesischen Theorie der ‚dritten Welt' mit ihrer totalen Leugnung antagonistischer Widersprüche für gerechte Befreiungsbewegungen und Revolution eigentlich kein Platz mehr ist.

Was die Opportunisten vom KBW angeht, so haben sie die von der VR China geäußerte „Neutralität" angesichts der Klassenkämpfe in Angola als „beispielhaft" gepriesen (vgl. AK 64). Sie selbst eifern diesem Beispiel nach, indem sie z.B. leugnen, daß die FNLA pro-imperialistisch ist, daß sie Massaker an der Bevölkerung verübt und daß sie für die gegenwärtige bürgerkriegsähnliche Situation in Angola verantwortlich ist. Tatsächlich ist auch diese „Neutralität" nur eine scheinbare: indem sie nämlich die MPLA der Lüge bezichtigt (die MPLA hat die FNLA als pro-imperialistisch angeklagt, hat ihr Massaker vorgeworfen usw), nimmt diese Art „Neutralität" praktisch gegen die MPLA Stellung und verteidigt die Verbrechen und die imperialistischen Hintermänner der FNLA.

Angola ist vorerst der deutlichste ‚Höhepunkt' einer Politik, die durchaus noch „ausbaufähig" sein könnte. Denn „rivalisierende Befreiungsorganisationen" (d.h. w i r k l i c h e Befreiungsbewegungen und mehr oder weniger pro-imperialistische, reaktionäre Gruppen) gibt es in vielen Ländern der ‚Dritten Welt'.

Die Haltung des KBW zu Angola ist ein klarer Ausdruck der Tatsache, daß die Genossen nicht mit der Realität klar gekommen sind – die nämlich darin besteht, daß die Sowjetunion in vielen Fällen ein objektiver Verbündeter der nationalen Befreiungsbewegungen ist. So kann der KBW nur dazu kommen, die Rolle der Sowjetunion einfach mit der des US-Imperialismus gleichzusetzen („Ringen der Supermächte"). Gleichzeitig setzt er auch die von den „beiden Supermächten" jeweils unterstützten Kräfte im Wesentlichen gleich („rivalisierende Befreiungsbewegungen", die sich gefälligst vertragen sollten!) und setzt sich in die Positur eines „Neutralen" in einem Kampf, der sich in Wirklichkeit zwischen Imperialismus und nationaler Befreiungsbewegung abspielt.

Bleibt abzuwarten, ob der KBW diese Haltung auch auf Parallele und ähnliche Auseinandersetzungen in anderen Teilen der „Dritten Welt" ausdehnen will. Der Höhepunkt dürfte erreicht sein, wenn erst einmal der Zionismus und der pallistinensische Widerstand in den Rang „rivalisierender Befreiungsbewegungen" gehoben sind. ●

Die Vaterlandsverteidiger sind die Feinde des vietnamesischen Volkes!

Bei ihrem Amoklauf unter der Losung „Stärkt die Einheitsfront gegen die imperialistischen Supermächte!" machen die Vaterlandsverteidiger (von der „KPD" etc) neuerdings nicht mal mehr vor dem siegreichen vietnamesischen Volk halt.

Unter der irreführenden Bezeichnung „Indochina-Hilfe" verbreiten diese Leute die lügenhaftesten Thesen über die Lage der vom imperialistischen Joch befreiten Länder und unterschieben den siegreichen Völkern und ihren revolutionären Organisationen Positionen, die diese zu keiner Zeit vertreten haben.

Während die vietnamesischen Genossen bekanntlich die Auffassung vertreten, durch die **„erbitterste historische Konfrontation"** den **„kriegslüsternsten, halsstarrigsten und aggressivsten Imperialismus mit**

nossen bekanntlich die Auffassung vertreten, durch die **„erbitterste historische Konfrontation"** den **„kriegslüsternsten, halsstarrigsten und aggressivsten Imperialismus mit**

dem mächtigsten wirtschaftlichen und militärischen Potential" (Le Duan, Erster Sekretär des ZK der Partei der Werktätigen Vietnams) – also den US-Imperialismus – bezwungen zu haben, behaupten die Vaterlandsverteidiger, *„daß die indochinesischen Völker unsere gemeinsamen (!?) Hauptfeinde, USA- und Sozialimperialismus, geschlagen haben"*. („Rote Fahne", 6. Jahrgang, Nr. 29)!

Während der US-Imperialismus nach wie vor mit einem riesigen Militärapparat auf einem ausgedehnten Sützpunktenetz in Nordost- und Südost-Asien die Sicherheit und Souveränität der Völker und Staaten dieser Region bedroht – die vietnamesischen Genossen der Meinung sind, daß die US-Imperialisten **„noch immer eine feindselige Haltung gegenüber Vietnam und Indochina ein** (nehmen)" (so Nguyen Huu Tho, Präsident des ZK der Befreiungsfront Südvietnams, in einem Interview mit dem „Spiegel" vom 30. Juni 75), verbreiten die Vaterlandsverteidiger den Schwachsinn, daß *„der USA-Imperialismus in Indochina nicht mehr die imperialistische Macht* (ist), *von der die Hauptgefahr ausgeht"* („Indochina-Kurier" der „KPD"-„Indochina-Hilfe", Nr. 9/75)

Während die „KPD"-Führer behaupten, daß *„der sowjetische Sozialimperialismus versucht, unter der Maske der ‚brüderlichen Hilfe' und der ‚internationalen Solidarität' die Finger nach Indochina auszustrecken"* („Indochina-Kurier", ebenda), bekundet die Provisorische Revolutionäre Regierung Südvietnams die feste Überzeugung, **„daß die Siege der revolutionären Sache des vietnamesischen Volkes von der gewaltigen Hilfe und Unterstützung seitens der KPdSU, der Regierung der UdSSR und des sowjetischen Volkes sowie seitens der anderen sozialistischen Staaten und der gesamten fortschrittlichen Menschheit nicht zu trennen sind"** (Telegramm der PRRS, laut „ND", 28.5.75).

Während für die Vaterlandsverteidiger die „Indochina-Hilfe" erst *„mit der Verschärfung des Kampfes gegen den Sozialimperialismus und die DKP"* („Rote Fahne", 6. Jahrgang/29) die „richtige" Linie erhält, sind die vietnamesischen Genossen **„fest davon überzeugt, daß die Sowjetunion der Bevölkerung Südvietnams bei deren Anstrengungen zur Überwindung der Folgen des Krieges, zum Aufbau der Heimat, zur Vollendung der nationaldemokratischen Revolution in Südvietnam und zum Voranschreiten zur Vereingung des Landes auch weiterhin Hilfe und Unterstützung erweisen wird"** (PRR, laut ND. vom 28.5.75).

Nur Psychopathen und politisch

schen Revolution in Südvietnam und zum Voranschreiten zur Vereingung des Landes auch weiterhin Hilfe und Unterstützung erweisen wird" (PRR, laut ND. vom 28.5.75).

Nur Psychopathen und politisch

Blinde von der Art der Vaterlandsverteidiger können unterstellen, daß die vietnamesischen Genossen zur Erfüllung ihres r e v o l u t i o n ä r e n Programms die Unterstützung einer „imperialistischen Macht" erwarten und begrüßen, von der die „Hauptgefahr" für die indochinesischen Völker ausgeht.

Genau das behaupten aber die Vaterlandsverteidiger von der „KPD"!

Dabei wagen diese Leute es tatsächlich, als e i n z i g e n „Beleg" für ihre These vom „Hauptfeind Sozialimperialismus" die vom Imperialismus kolportierte L ü g e anzubieten, daß die Sowjetunion von der Provisorischen Revolutionären Regierung Südvietnams verlangt habe, ihr *„den Hafen Cam Ranh als Flottenstützpunkt zu überlassen"* – *„im Austausch"* für *„Fabriken, Lastwagen und Kräne"*. Die PRR habe, so behauptet die „KPD", diesen Wunsch *„brüsk abgelehnt"* („Indochina-Kurier", 9/75).

Daß die imperialistische Presse das größte Interesse daran haben mußte, nach der endgültigen Befreiung Vietnams die endlich erreichte Unabhängigkeit und die endlich verwirklichte Souveränität des vietnamesischen Volkes mit Lügen und Gerüchten (über „sowjetische Flottenstützpunkte" etc.) zu diskreditieren, liegt auf der Hand.

Daß sich die „KPD"-Führer die Provokation leisten, diese Lüge auch heute noch zu verbreiten, obwohl sie zwei Monate lang Gelegenheit hatten, sich von den Diplomaten Vietnams in Europa eines Besseren belehren zu lassen (Anruf genügt!), beweist erneut, daß diesen Leuten wirklich j e d e s M i t t e l recht ist, um von der „Einheitsfront gegen die Supermächte" phantasieren zu können. ●

Indochina-Kommission, KB/Gruppe Hamburg

Geschäft mit der Hilflosigkeit

KBW zu § 218

Die Auseinandersetzung um den §218 hat der KBW zu einer seiner mittlerweile berüchtigten „Kampagnen" ausgenutzt. Er hat die von ihm erdachte Parole „Volksentscheid gegen §218" in den Mittelpunkt dieser „Kampagne" gestellt, unter dieser Losung sogenannte „Komitees gegen den §218" gebildet, für diese Losung Unterschriften gesammelt (nach seinen eigenen Angaben bis Ende Juli schon beachtliche 250.000 Unterschriften) und will als Höhepunkt (und Schlußpunkt?) der Kampagne im September eine „zentrale Demonstration" in Bonn durchführen.
Diese „Kampagne" zeigt sehr anschaulich die vom KBW bekannten Fehler. Darauf soll hier noch einmal zusammenfassend eingegangen werden, nachdem wir uns schon in früheren AKs mehrfach mit Aspekten dieser Kampagne beschäftigt haben.

Der KBW spaltet die Bewegung

Die Losung „Volksentscheid gegen § 218" wurde vom KBW bewußt zur Spaltung der Bewegung gegen den §218 eingesetzt. Die vom KBW gebildeten „Komitees gegen den § 218" machen nicht lediglich das Z i e l des Kampfes zur Voraussetzung der Einheit, sondern legen sich zugleich verbindlich auf ein ganz bestimmtes M i t t e l des Kampfes fest – eben die von den KBW-Führern erdachte Parole „Volksentscheid". Sie engen also den Kreis der Menschen, die gegen den § 218 sind, von vornherein auf diejenigen ein, die auch das vom KBW vorgeschlagene M i t t e l für sinnvoll halten.

Dasselbe gilt für die gesamte Kampagnen-Führung des KBW und seiner „Komitees", bis hin zur „zentralen Demonstration", die auch unter der Parole des „Volksentscheids" stehen soll.

Es ist bezeichnend, daß k e i n e Organisation der Linken sich bereit gefunden hat, mit dem KBW auf dieser Grundlage (d.h. der verbindlichen Parole des „Volksentscheids") eine Aktionseinheit einzugehen. Der KBW hat diese Einheit auch von Anfang an nicht angestrebt, sondern im Gegenteil die Spaltung g e s u c h t, um umso ungestörter mit den „Komitees" auf Fischfang für die eigene Organisation gehen zu können.

Daß der KBW die Spaltung von Anfang an g e w o l l t hat, ergibt sich eindeutig daraus, daß er keinerlei Versuch unternommen hat, das

Daß der KBW die Spaltung von Anfang an g e w o l l t hat, ergibt sich eindeutig daraus, daß er keinerlei Versuch unternommen hat, das weitere Vorgehen gegen den §218 mit den anderen linken Organisationen zu beraten. Stattdessen hat er von einem Tag auf den anderen die Parole vom „Volksentscheid" in den Raum gestellt und diese für die angeblich einzig mögliche Parole erklärt; wer nicht dieser Meinung sei, würde den politischen Kampf aufgeben usw.

Mit unglaublicher Arroganz hat die KBW-Führung es verschmäht, ihre Parole mit Argumenten zu begründen. Stattdessen wurde hartnäkkig die Behauptung immer auf's Neue wiederholt: Die Parole vom „Volksentscheid" sei „gut, weil sie richtig ist" bzw. „richtig, weil sie gut ist". Also eine echte Verarschung der Bewegung gegen den § 218!

Dies alles muß man noch vor dem Hintergrund sehen, daß der KBW ursprünglich – als es um Demonstrationen vor und unmittelbar nach dem Karlsruher Urteil (Verhinderung der Fristenregelung durch das Verfassungsgericht) ging – den Kampf nur sehr halbherzig unterstützte und mancherorts – z.B. in Hamburg – Demonstrationen gegen den § 218 für „unzeitgemäß" hielt. Erst als das Karlsruher Urteil bereits g e f ä l l t war und die Bewegung damit eine Niederlage erlitten hatte, kamen die KBW-Führer plötzlich mit ihrer rasch erdachten Parole und der um diese geplanten „Kampagne".

Der KBW organisiert neue Niederlagen

Es ist bezeichnend, daß der KBW gerade dort seinen Weizen blühen sieht, wo die Ratlosigkeit und Hilflosigkeit in der Linken und in einer bestimmten Bewegung besonders groß ist.

Wenn es dem KBW teilweise gelungen ist, beispielsweise Teile von Frauengruppen und andere gutwillige Menschen für seine „Komitees gegen den § 218" einzufangen, dann ganz sicher nicht wegen der Kraft seiner Argumente für den „Volksentscheid".

Vielmehr hat er ausschließlich auf ein verbreitetes Gefühl der Ratlosigkeit und Hilflosigkeit gesetzt: Daß nämlich viele Menschen, die gegen den § 218 gekämpft hatten, nach dem Karlsruher Urteil nicht mehr wußten, wie der Kampf nun weitergeführt werden soll. Diesen Menschen bot der KBW seine „Volksentscheid"-Parole an, als angebliche Möglichkeit, den Kampf doch noch mit kurzfristigem Erfolg weiterzuführen.

Der KBW setzte darauf, daß es zur „Volksentscheid"-Parole keine vergleichbare Alternative gibt – ausser, wenn man sich auf das Niveau des KBW begibt, einen ähnlich törichten und in der Konsequenz verantwortungslosen Vorschlag zu machen. Das hat aber außer dem KBW niemand getan.

Die Situation ist so, daß heute an einen kurzfristigen Erfolg des Kampfes gegen den §218 nicht ernsthaft zu denken ist. Deshalb kann auch niemand ernsthaft eine Parole vorschlagen, unter der ein solcher kurzfristiger Erfolg möglich ist. Vielmehr ist es so, daß dieser Kampf langfristig geführt werden muß, daß er sich (nach dem Karlsruher Urteil) direkt gegen die sogenannte „verfassungsmäßige Ordnung" des Staates richten muß, daß er also nur von einer breiten Massenbewegung durchgesetzt werden könnte, die scharfe Kämpfe gegen diesen Staat führt.

Statt für Klarheit in diesem Sinn zu sorgen, tischte der KBW seine Parole auf und kann nun mit scheinbarem „Recht" sagen, daß seine Parole ja wohl „richtig" sei, da niemand einen Gegenvorschlag für kurzfristige Erfolge anzubieten hat.

Damit spricht der KBW genau die Menschen an, die auch nach dem Karlsruher Urteil noch „etwas tun" wollen, ohne zu wissen, was denn nun eigentlich; er spricht Menschen an, denen das Verständnis für den Charakter des bürgerlichen Staates und für die Härte und Dauer der zu führenden Kämpfe noch fehlt. Statt diese Menschen voranzubringen, spekuliert der KBW genau auf diese beschränkten und illusionären Vorstellungen. Er fährt genau im Fahrwasser dieser Vorstellungen, wenn er beispielsweise so tut, als könnte der § 218 nach dem Karlsruher Urteil mit Unterschriftensamm-

Vorstellungen. Er fährt genau im Fahrwasser dieser Vorstellungen, wenn er beispielsweise so tut, als könnte der § 218 nach dem Karlsruher Urteil mit Unterschriftensamm-lungen und einer „zentralen Demonstration" zu Fall gebracht werden. Der bürgerliche Staat ist aber durch Unterschriftensammlungen nicht zu erschüttern. Er ist nicht einmal durch Demonstrationen zu erschüttern, wenn dahinter nicht eine aktive und militante Massenbewegung steht. Die ganze „Kampagne" des KBW lebt von den Illusionen, die in dieser Frage im Volk bestehen und von der Ratlosigkeit vieler Menschen angesichts der „verfassungsmäßigen" Besiegelung des § 218.

In allen „Kampagnen" dasselbe!

Es wäre weit gefehlt, dies alles für einmalige „Fehler" des KBW zu halten. Vielmehr steht dahinter ein vielfach erprobtes System politischer Falschmünzerei und Rattenfängerei.

Im Grunde kann man sagen, daß dieses Geschäft des KBW umso besser blüht, je s c h l e c h t e r objektiv das Kräfteverhältnis für wirkliche Massenkämpfe ist, je größer die Ratlosigkeit und die Gefahr der Resignation ist.

Die Methode des KBW bestand bisher in j e d e r „Kampagne" darin, am realen Kräfteverhältnis vorbei, phantastische „Einschätzungen" über die Erfolgsaussichten des jeweiligen Kampfes zu verbreiten. Beschworen wurden die „Richtigkeit" der jeweiligen Parolen des KBW (unter denen sich die Massen „zusammenschließen" könnten), die angebliche Breite und Stärke der Bewegung, die angebliche Schwäche der Bourgeoisie und ihres Staates, die angebliche Möglichkeit eines Sieges. Nebenbei war es die Methode des KBW, besonders „eigenwillige" Parolen und Kampfformen zu wählen und diese für verbindlich zu erklären, um einer Aktionseinheit mit anderen linken Organisationen aus dem Wege zu gehen. Das ist nur logisch, da diese ganze Politik nicht auf Einheit im Kampf, sondern auf Rattenfängerei für den eigenen „Parteiladen" orientiert ist.

Diese Methode des KBW läßt sich zurückverfolgen bis zum Versuch einer „Kampagne" gegen die sogenannte „Energiekrise" Ende 1973/Anfang 1974. Sie zeigte sich in den verschiedenen Fahrpreis-Kampagnen, in den Parolen zum „Sturz der Magistrate" u.a.

Stets versprach der KBW Erfolge, stellte die Bourgeoisie und ihren Staat als schwach und hilflos hin, trieb schein-„revolutionäre" Spielchen („Sturz der Magistrate"), – während er als Kampmittel meist in erster Linie auf Unterschriftensammlungen orientierte, ergänzt durch Demonstrationen.

Zu dieser Methode gehört natürlich auch, daß der KBW Organisationen mit einer realistischeren Einschätzung der Situation als angeblich defätistisch und opportunistisch beschimpft; diese Organisationen hätten Angst vor der Bourgeoisie, sie wollten den Kampf nicht führen usw.

Tatsache ist, daß der KBW in k e i n e r einzigen „Kampagne" seine hochstaplerischen Erfolgsversprechen verwirklichen konnte. Das war für den KBW selbstverständlich (?) bis heute kein Anlaß zu einer selbstkritischen Überprüfung seiner Politik. Der KBW hat auch die grössenwahnsinnige Linie „Sturz der Magistrate" bis heute nicht zum Gegenstand einer öffentlichen Selbstkritik gemacht. Auch das ist indessen nur logisch: Die Methode der hochstaplerischen Versprechungen wird ergänzt durch den Anschein politischer Unfehlbarkeit. **Eine schlichte „Erfolgsbilanz" der bisherigen „Kampagnen" des KBW wäre zweifellos keine gute Reklame für die gerade laufende „Kampagne"!**

„Volksentscheid" – eine unrealistische Parole

Zu Recht hat der KBW vielfach erklärt, daß sich der Kampf gegen den § 218 auch gegen den bürgerlichen Staat richten muß.

Indem der KBW aber gleichzeitig vorgibt, diesen Kampf in erster Linie mit Unterschriftensammlungen und unter der Parole „Volksentscheid" führen zu können, kriecht er lediglich vorhandenen Illusionen hinterher und stiftet Verwirrung.

Der § 218 ist durch das Karlruher Urteil vom bürgerlichen Staat „verfassungsmäßig" zementiert worden. Ebenso ist aber auch Tatsache, daß die bürgerliche Verfassung einen Volksentscheid nicht vorsieht. Das heißt, daß in dieser Hinsicht gar kein Unterschied besteht, ob wir einfach für die Forderung kämpfen „Weg mit dem §218", oder ob stattdessen die Parole „Volksentscheid gegen den § 218" aufgestellt wird. Denn in beiden Fällen setzt die Verwirklichung der Forderung eine Änderung der bürgerlichen Verfassung voraus.

Warum sich der Kampf gegen die bürgerliche „Verfassungsmäßigkeit" unter der Parole „Volksentscheid" besser führen lassen soll, als wenn wir u n m i t t e l b a r für eine bestimmte Forderung eintreten, ist rätselhaft und ist vom KBW niemals erklärt worden. Es liegt auf der Hand, daß sich j e d e beliebige Forderung in dieser Form „verpacken" ließe (z.B. statt „Weg mit den Berufsverboten" könnte man sagen „Volksentscheid gegen die Berufsverbote" usw.), aber wozu soll das nützlich sein?

Der KBW versucht, die relativ hohe Zahl gesammelter Unterschriften als Zustimmung für seine „Volksentscheid"-Parole auszugeben. Das ist aber sehr unwahrscheinlich. Tatsache dürfte sein, daß die Menschen, die die Listen des KBW und der „Komitees" unterschrieben haben, damit in erster Linie ihren Protest gegen den §218 zum Ausdruck bringen wollten, und nicht etwa ihre Forderung nach einem „Volksentscheid".

Die Parole „Volksentscheid" trägt nicht dazu bei, das Verständnis dafür zu schärfen, daß sich der Kampf gegen den §218 direkt gegen den bürgerlichen Staat richten muß und

Die Parole „Volksentscheid" trägt nicht dazu bei, das Verständnis dafür zu schärfen, daß sich der Kampf gegen den §218 direkt gegen den bürgerlichen Staat richten muß und daß dieser Kampf nur dann erfolgreich sein kann, wenn er von einer breiten und aktiven Massenbewegung getragen wird. Vielmehr erweckt die Parole „Volksentscheid" den Anschein, als könnte der „Wille des Volkes" o h n e einen solchen Kampf durchgesetzt werden.

Bürgerliche Untersuchungen haben festgestellt, daß ein sehr großer Teil des Volkes bereit ist, für bestimmte Forderungen mit seiner Unterschrift einzutreten. Wesentlich geringer ist aber der Prozentsatz, der auch beispielsweise Demonstrationen für angemessen halten würde. Und ziemlich klein ist der Anteil, der sich zu noch „radikaleren" Kampfformen (wie z.B. Betriebsbesetzungen) bereit erklärt.

Dies wird von den Erfahrungen bestätigt. Von den Menschen, die heute ihre Unterschrift gegen den §218 abgeben, ist zweifellos nur ein kleiner Teil bereit, für diese Forderungen auch zu demonstrieren – von schärferen Kampfformen ganz abgesehen.

In seinen „Kampagnen" versucht der KBW diesen Widerspruch keineswegs aufzuheben. Im Gegenteil steigt er voll in die vorhandenen Illusionen ein und tut so, als seien die Unterschriften in der Tat ausreichend, den „Willen des Volkes" gegen den bürgerlichen Staat durchzusetzen. Somit kann die Abgabe einer Unterschrift für viele Menschen sogar zum Alibi werden, sozusagen ihre „Pflicht" getan zu haben.

Nebenbei knüpft die KBW-Parole *„Das Volk soll selber entscheiden – Volksentscheid gegen den § 218"* auch g r u n d s ä t z l i c h an Illusionen über den bürgerlichen Staat an. Es wird damit nämlich so getan, als könnte es im Kapitalismus eine Möglichkeit geben, daß das Volk „selbst entscheidet". Das ist aber nicht der Fall. Andernfalls wäre beispielsweise in Großbritannien mit dem Referendum über die EG-Mitgliedschaft die Forderung „Das Volk selber soll entscheiden" verwirklicht worden. Und da es in der Bundesrepublik formal „freie Wahlen" gibt, wäre zu schlußfolgern, daß also „das Volk selber entscheiden" könnte, von wem es „regiert" werden will.

Im Kapitalismus kann aber auch die „freieste" Abstimmung nur sehr beschränkt die Interessen und den Willen des Volkes zum Ausdruck bringen. Das bedeutet, daß das Mittel des Volksentscheids unter Umständen (wie beispielsweise in Italien gegen das Abtreibungsgesetz) als e i n Mittel des Kampfes genutzt werden kann (verbunden mit einer Massenmobilisierung!), aber daß wir auf keinen Fall behaupten dürfen, daß damit „das Volk selbst entscheidet". Denn dies wird erst im Sozialismus möglich sein, wenn das Volk weitestgehende Möglichkeiten hat, sich zu informieren, seine Interessen zu beraten, seinen Willen auf allen Ebenen zum Ausdruck zu bringen und dessen Durchsetzung aktiv zu kontrollieren.

Wie muß der Kampf gegen den §218 weitergeführt werden?

Notwendig ist es, die „Beratung" des §218 im Bundestag noch einmal zum Anlaß zu nehmen, den vorhandenen Protest gegen den §218 möglichst breit mit Demonstrationen und Kundgebungen zum Ausdruck zu bringen.

Nicht richtig ist, so zu tun, als ob beim aktuellen Stand der Massenkämpfe und des gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses irgendeine Aussicht bestünde, gegenwärtig den §218 zu Fall zu bringen. Das kann momentan nicht gelingen.

Es mag zunächst schwierig erscheinen, einen Protest zu organisieren, von dem wir selbst sagen müssen, daß er momentan keine Aussicht auf Erfolg hat. „Leichter" erscheint es, den Protest mit angeblichen Erfolgsaussichten zu organisieren. Es liegt aber auf der Hand, daß eine solche Politik der ständigen Erfolgsversprechungen (wie sie vor allem der KBW beteibt) längerfristig zum totalen Verlust der Glaubwürdigkeit führen muß. Damit schadet der KBW nicht nur sich selbst (was zu verschmerzen wäre), sondern belastet die gesamte linke Bewegung, als deren Teil er angesehen werden muß.

führen muß. Damit schadet der KBW nicht nur sich selbst (was zu verschmerzen wäre), sondern belastet die gesamte linke Bewegung, als deren Teil er angesehen werden muß.
Die Menschen, die heute noch von der Politik des KBW „eingefangen" werden, müssen längerfristig einfach zu der Schlußfolgerung kommen, daß „die Kommunisten" zwar viel versprechen, aber wenig halten.

Gerade deshalb ist es notwendig, mit klaren und realistischen Einschätzungen in die Kämpfe einzugreifen. Es muß Klarheit darüber geschaffen werden, daß in Kämpfen wie gegen den §218 kurzfristige Erfolge nicht zu erhoffen sind, sondern daß hier Erfolge erst dann zu erreichen sind, wenn breite Volksmassen a k t i v und auf allen Ebenen sich für ihre Interessen mobilisieren.

Selbstkritisch muß angemerkt werden, daß bei manchen Genossen eine Tendenz besteht, die „Schaffung langfristiger politischer Klarheit" zu einer abstrakten Formel zu machen und die Verbreitung einer realistischen Einschätzung als resignatives Jammern über die aktuelle Stärke der Bourgeoisie mißzuverstehen. Diese Tendenz ist in ihrer Wirkung nicht weniger gefährlich als die Illusionsmacherei des KBW und anderer Organisationen.

Für den Kampf gegen den §218 heißt das: Proteste in Form von Demonstrationen zu propagieren und zu organisieren, weil nur so erreicht werden kann, daß die Zahl der Menschen, die sich aktiv gegen den §218 wehren, sich vergrößert. Dafür zu sorgen, daß auch nach der zu erwartenden Zementierung des §218 durch den Bundestag der Kampf gegen den §218 lebendig bleibt, z.B. durch Diskussion und Zusammenarbeit mit Frauengruppen, durch Agitation und Propaganda, eventuell durch weitere Kampagnen zu diesem Thema. Ein gutes Mittel, den Kampf gegen den §218 weiterzuführen, könnte auch der aus dem Kreis der Frauengruppen kommende Vorschlag sein, einen jährlichen Kampftag gegen den §218 durchzuführen. ●

Noch eine „zentrale" Demonstration gegen § 218! gegen § 218!

Bisher hatte der KBW allein die Werbetrommel für eine „zentrale" Demonstration im Herbst gegen den § 218 gerührt.

Aber vorbei sind die Stunden der Einsamkeit: Auch die Trotzkisten von der „Gruppe Internationaler Marxisten" (GIM) haben zur „Zentralen Demonstration im Herbst 1975 in Bonn" geblasen.

An politischer Einfalt und Desorientierung im Kampf gegen den § 218 steht die GIM dem KBW allerdings in nichts nach!

Glaubt man der GIM, so hängt es von der *„Stärke der Mobilisierung"* für die zentrale Demonstration ab, *„was bei der Neubehandlung des § 218 in diesem Herbst herauskommt, ob es bei dem Abtreibungsverbot bleibt oder ob ein wirklicher Erfolg durch die Legalisierung der Abtreibung erreicht werden kann"* („Was Tun", Nr. 79).

Die angeblichen „Erfolgsaussichten" der Demonstration werden damit begründet, daß die Bourgeoisie und ihr Staat zu Zugeständnissen gezwungen werden könnten, wenn *„es für sie gefährlicher wird, am Karlsruher Urteil festzuhalten, als der Forderung nach Beseitigung des § 218 nachzugeben"* („Was Tun", Nr. 79).

Glaubt die GIM wirklich, im Herbst 1975 solch eine Klassenkampfsituation vorzufinden, daß die Bourgeoisie aus Existenzgründen zur „Legalisierung der Abtreibung" g e z w u n g e n werden könnte? !

Mit ihrer „zentralen" Demonstration wird die GIM den Kampf gegen den § 218 keinen Schritt weiterbringen – im Gegenteil.

Ebenso wie der KBW wird sie Menschen, die über den § 218 ehrlich empört sind und sich für seine Abschaffung einsetzen wollen, in die Resignation „führen". Nämlich dann, wenn die Illusionsmacherei an der Wirklichkeit zerschellt. ●

KB-Sympathisantengruppe Kassel

Steine aus dem Glashaus

Gewagter Balance-Akt der „KPD/ML"

Die neue These der „KPD", man müsse f ü r die Anwesenheit US-imperialistischer Truppen in Westeuropa eintreten (siehe AK 64), hat bei der „KPD/ML" eine verblüffende Reaktion ausgelöst.

In ihrer Zeitung „Roter Morgen" (2.8.75) erklärt die „KPD/ML" dreist, daß *„diese Positionen die Kapitulation vor dem US-Imperialismus, die Unterstützung des westdeutschen Imperialismus, den Verzicht auf die proletarische Revolution bedeuten würden".*

Das kann man nur unterstreichen! Makaber mutet es allerdings an, solche Töne ausgerechnet von der „KPD/ML" zu hören, die bereits v o r der „KPD" den Kurs der „Vaterlandsverteidigung" eingeschlagen hat. Diese Methode der Polemik gegen die „KPD" hat die „KPD/ML" allerdings auch schon früher praktiziert: So versuchte „KPD/ML"-Chef Aust in seiner berüchtigten „Kieler Rede" zu „beweisen", daß ein Krieg des BRD-Imperialismus „gegen die Supermächte" ein „gerechter" Krieg sein würde. Als sich etwas später die „KPD" dieser blödsinnigen These anschloß, führte die „KPD/ML" deswegen plötzlich eine tollkühne Polemik – ein Krieg des BRD-Imperialismus wäre selbstverständlich auf keinen Fall gerecht usw.

Diese demagogischen Purzelbäume sind Teil des Versuchs der „KPD/ML", sich den mit ihr konkurrierenden Verein für „Vaterlandsverteidigung" einzuverleiben. Keinesfalls sind sie Ausdruck eines ernstzunehmenden Abrückens von der Linie der „Vaterlandsverteidigung"!

Bei der neuesten Polemik ergibt sich allerdings eine kleine Schwierigkeit: Die „KPD" hat die Linie „Duldung der US-Besatzungstruppen" nämlich nicht erst – wie der „Rote Morgen" vorgibt – in der „Roten Fahne" 28/75 ausgegeben, sondern auch schon in der „Roten Fahne" 23/75. Dort hieß es: *„Die Verteidigungskraft der westeuropäischen Länder muß erhöht werden . . .".*

Bevor das jedoch *„nicht in ausreichendem Maße sichergestellt ist, kann man den Abzug der USA-Truppen aus Europa nicht ernsthaft wollen. Das würde dem Sozialimperialismus direkt in die Hände arbeiten"* . Den betreffenden Artikel hatte ein „Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüro des ZK der KPD" geschrieben, der kurz zuvor an der Spitze der sogenannten „Arbeiterdelegation" die VR China besucht hatte. Und der Verfasser versuchfe den Eindruck zu erwecken, als seien die zitierten „Erkenntnisse" das Ergebnis der Diskussionen mit den „chinesischen Genossen".

Was meint die „KPD/ML", die zur selben Zeit mit einer „Delegation" in der VR China war, hierzu? Entweder sagt die „KPD" die Wahrheit über ihre Gespräche mit den „chinesischen Genossen" – dann steht die „KPD/ML" also in diesem Punkt in offenem Widerspruch zu den chinesischen Genossen. Oder die KPD l ü g t – was allerdings unwahrscheinlich ist, denn in diesem Fall hätte sich die „KPD/ML" die Gelegenheit sicher nicht entgehen lassen, der „KPD" Fälschung, Verleumdung etc. vorzuwerfen.

Viel wahrscheinlicher ist, daß selbst für die eingeschworenen Vaterlandsverteidiger von der „KPD/ML" sich Widersprüche zwischen den gewagten Thesen der „chinesischen Genossen" einerseits und der geistigen Zumutbarkeit im Rahmen eines halbwegs fortschrittlichen Anspruches andererseits ergeben. Es wäre zweifellos interessant, wenn die „KPD/ML", die es ja wissen müßte, sich mal dazu äußern würde, was die chinesischen Genossen denn nun w i r k l i c h gesagt haben, und was die „KPD/ML" dazu meint!



Der Exorcist

„KPD" schlägt zurück!

Auf den Angriff des „Roten Morgen" parierte die „Rote Fahne" der „KPD" (6.8.75) mit einem ganzseitigen Artikel gegen die *„jüngsten Schwankungen der KPD-ML".*

Dort heißt es, daß die vom „KPD/ML"-Chef Aust in seiner ‚Kieler Rede' eingeschlagene Linie der rabiaten „Vaterlandsverteidigung" *„in der Hauptseite richtig"* gewesen sei – daß es danach aber seitens der „ML" ein *„Zurückweichen und ‚links'-opportunistische Schwankungen"* gegeben habe. Das ist insoweit berechtigt, als die „KPD/ML" stillschweigend manche Punkte der Aust-Rede zurückgesteckt hat: Austs These, daß ein Krieg der EG-Imperialisten gegen die „Supermächte" ein „gerechter" Krieg wäre, wurde (ohne Selbstkritik, wie üblich) revidiert. Von Austs Angebot zum Bündnis mit „nationalrevolutionären" (sprich ‚links'faschistischen!) Kräften war seither nicht mehr die Rede. Um nur zwei Punkte anzusprechen :

Die „Rote Fahne" bedauert sehr, daß die „ML" feige *„vor den notwendigen Konsequenzen zurückschreckt, die aus den Aufgaben des antihegemonialen Kampfes erwachsen".*

Tatsächlich scheint die „KPD/ML" mit Recht „zurückzuschrecken" vor der totalen Verachtung und Isolierung, auf die die reaktionäre, proimperialistische Linie der „Vaterlandsverteidigung" in der gesamten Linken gestoßen ist. Hier neigt die „KPD/ML" in der Tat zu ‚opportunistischer Anpassung'.

Im Kampf gegen die „Schwankungen" der „KPD/ML" beschwört die „Rote Fahne" gar die heilige Autorität der ‚chinesischen Genossen': *„Obwohl die chinesischen Genossen zu Recht mehrfach z.B. die Stärkung der europäischen Panzerkampfverbände (auch der westdeutschen) im Rahmen der NATO als Stärkung der Verteidigungsbereitschaft gegenüber dem sowjetischen Sozialimperialismus gewertet haben, setzt der „Rote Morgen" die NATO vollständig mit dem US-Imperialismus gleich und fordert nach wie vor: ‚BRD raus aus der NATO!' ".*

Offensichtlich gibt es aber, wie die „Schwankungen" der „KPD/ML" vermuten lassen, Höhepunkt der Dummheit, die sich nicht einmal mit Unterstützung ‚heiliger Autoritäten' durchsetzen lassen. Mit einer Propaganda für die Anwesenheit von US-Truppen in Westeuropa, für „europäische' Atomwaffen, für die Verstärkung der Bundeswehr, für den „Kampf gegen den Sozialimperialismus" Seite an Seite mit F.J. Strauß, läßt sich hierzulande eben kein Blumentopf gewinnen. Auf der Linken schon gar nicht. Und die Rechte fühlt sich von NPD and CDU/CSU in dieser Hinsicht einfach besser bedient als von den Hysterikern der „KPD", die das Wedeln mit der roten Fahne immer noch nicht sein lassen können.

Was die „Schwankungen" der „KPD/ML" angeht, so sollte man nicht darauf rechnen, daß sie unversehens ins revolutionäre Lager „schwankt". Nur eine radikale Selbstbesinnung und Selbstkritik könnte dieser Gruppe vielleicht noch helfen. Aber dazu ist die „KPD/ML" seit ihrer Gründung nicht in der Lage gewesen. ●

Antifa-Kommission, KB/Gruppe Hamburg

Leserbrief zu „Sag mir, wo die Flotten sind" (AK 64)

Eurer Anregung folgend haben auch wir uns auf die Suche gemacht und sind nach Studium einer bisher unberücksichtigten Zeitung zu völlig neuen Ergebnissen gekommen:

So konnte man in der „Bild am Sonntag" vom 27.7. lesen, daß „15 **als Fischereifahrzeuge getarnte sowjetische Spionageboote aus den Gewässern um Bornholm abgedrängt"** wurden.

Mit dieser Meldung ergeben sich verblüffende Möglichkeiten der vollständigen Auffindung der 1.601 „roten" Kriegsschiffe. Die Sowjetunion betreibt nämlich 2.370 Fischereiboote... Gehen wir jetzt davon aus, daß es sich hierbei durchweg um getarnte Kriegsschiffe handelt, sind sogar die Zahlen der „KVZ" noch weit untertrieben! (Hier fehlt den Genossen wahrscheinlich noch der richtige vaterländische Blick der „Bild" z.B. .)

Ein einziges Problem tritt nun auf: Wenn nämlich alle Fischereiboote Kriegsschiffe sind – was essen die Sowjetbürger eigentlich, wenn Fisch auf dem Speiseplan steht? ? ●

Ein Metallergenosse KB/Gruppe Hamburg

Antwort der Redaktion:

1. *Sind vielleicht einige der 2.370 angeblichen Fischereiboote tatsächlich Fischereiboote?*
2. *Sind vielleicht einige der sowjetischen Kriegsschiffe getarnte Fischereiboote?*
3. *Woher hat der Genosse überhaupt die Information, daß es in der Sowjetunion Fisch zu essen gibt?*

Neue Schlagertexte – Teil der ideologischen Offensive der Bourgeoisie

Hand in Hand mit Meldungen über die „Zufriedenheit der Frauen" mit ihrer Situation, mit beschönigenden Artikelserien („Spiegel"-Artikel), mehren sich in letzter Zeit Schlager von Liedermachern, die nicht mehr die Frau als hehres, engelsgleiches Wesen besingen – sondern ins andere Extrem verfallen: nämlich die Frauen als leicht zu habende, häßliche, verbrauchte Schlampen darstellen:

Einige Beispiele:

„In Wirklichkeit sahst du aus wie eine weggeworfene Aktentasche, deine Figur war wie ein Kleiderständer. Seitdem du nicht mehr kochst, habe ich auch kein Sodbrennen mehr."

„Er sieht sich auf der Szene um, und nachts probierte er fremde Betten aus. Normalerweise läuft das sehr gut. Doch manchmal gibt's auch 'ne Pleite. Dann wacht er morgens auf und Lady Horror liegt an seiner Seite".

„Das Bett ist zu eng, denn der Zahn neben dir hat Übergewicht, und nun frage ich mich, wieso gerade die".

Die Sänger sind sich nicht nur in ihren Texten ähnlich. Udo Lindenberg (völlig überspannter, abgetakelter Plattenstar) und Knut Kiesewetter stehen in dem Ruf, realistische, anspruchsvolle, wenn nicht gar fortschrittliche Texte zu machen (Kiesewetter hat z. B. mal in einem Lied gegen die Rassendiskriminierung Stellung bezogen).

Sie sprechen mit ihren Liedern in erster Linie junge Intellektuelle an, die sich mit der Gefühllosigkeit und dem herzlosen Zynismus, die aus den Texten sprechen, identifizieren sollen. Sie sollen das Gefühl vermittelt bekommen, diesen „Weibern", mit denen man mal für eine Nacht ins Bett geht – im Suff natürlich, versteht sich – haushoch überlegen zu sein, so daß man sie „nachher" auch schlecht behandeln kann, um sich dann wieder toll zu fühlen. Heiraten tut man – natürlich – immer noch das „saubere" junge Mädchen, das sich nicht „weggeworfen" hat.

Wieviel Spießertum und welch' kaputtes Verhältnis zu sich und seiner Umwelt kommt da zum Vorschein!

Die Intellektuellen, die hiervon in erster Linie angesprochen werden, sollen – obwohl ihre Zukunft ziemlich düster aussieht und ihre Privilegien auch immer mehr abhanden kommen – nicht den Kampf gegen diese Verhältnisse aufnehmen, sondern sollen sich lieber in diesen psychologischen, philosophischen Weltekel flüchten, der sie über abhanden gekommene „Werte" grübeln läßt; sollen gleichgültig, zynisch, angekotzt von allen Ereignissen sein, von sich und natürlich von den Frauen, die sich noch mit einem abgeben.

Den Kampf gegen die bürgerliche Ideologie auch in dieser Verpackung müssen wir aufnehmen, uns stets mit derartigen Ideen auseinandersetzen, um klarzumachen, daß es im Sozialismus eine neue kommunistische Weltanschauung geben wird, die nicht auf Heuchelei und Lüge aufgebaut ist. ●

Arbeitsgruppe Frauen KB/Gruppe Frauen



KONTAKTADRESSEN des KB

Braunschweig:
P.Liebert
33 Braunschweig
Postlagerkarte 081368 A

Bremen:
Arnold Neugebohrn
28 Bremen 1
Postfach 10 29 41
Jeden Samstag am H-Bahnhof
Büchertisch

Bremerhaven:
285 Bremerhaven 1
Postlagerkarte 00 31 6o

H. Lankau
242 Eutin
Postlagerkarte A 022854

Flensburg:
Peter Petersen
239 Flensburg
Postlagerkarte A 02 25 83

Frankfurt:
Arbeiterkampf-Vertriebsbüro
6 Frankfurt/M. 90
Kurfürstenstraße 8
öffentl. Bürostunde:
mittwochs 14 – 18.3o Uhr

Göttingen:
KAG im Buchladen „Rote Straße"
34 Göttingen
Rote Straße 10
Di. 17 – 19.00 Uhr

Hamburg:
ARBEITERKAMPF
Literatur-Vertrieb + Büro
2 Hamburg 6
Susannenstraße 41
Tel.: 040/439 38 15

Hannover:
Buchladen E. Thälmann
z. Hd. KB
3 Hannover
Grotestraße 13

Hildesheim:
32 Hildesheim
Postlagerkarte A 019075

Kappeln:
Dagmar Schneider
234 Kappeln/Schlei
Postlagernd

Kassel:
Florian Rohs
35 Kassel
Goethestraße 31

Kiel:
W. D. Scheel
23 Kiel 1
Postlagerkarte 098 831 A

Lübeck:
c/o Arbeiterbuch
24 Lübeck 1
Hüxstraße 68

Mölln/Ratzeburg:
P. Wurzbacher
2410 Mölln
Postfach 1362

Nürnberg:
G.N.K.
Thomas Gradl
85 Nürnberg 16
Postfach 16 03 65

Oldenburg:
Th. Piepgras
29 Oldenburg
Postfach

Westberlin:
A. Radtke
1 Berlin 21
Thomasiusstraße 2
Freitag, 16.00 bis 19.00 Uhr

Redaktion und Verlag:
2 Hamburg 13, Rutschbahn 35, Telefon 040/45 38 91

„Den Frauen geht's doch gar nicht so schlecht"

Alte Leitbilder – neu aufgelegt

In der letzten Zeit haben sich die Angriffe der Kapitalisten, bürgerlicher Parteien sowie der reaktionären und auch „liberaleren" Presse auf die Frauen im Beruf und im Haushalt verschärft. Als „Gegenreaktion" auf das von der UNO ausgerufene „Jahr der Frau" werden in konzertierter Aktion die dicksten Lügen aufgetischt, um alle Proteste und Kämpfe (z.B. gegen den § 218) sowie Emanzipationsbestrebungen der Frauen als unberechtigte, längst überholte Anliegen hinzustellen. „Bestenfalls" wird zwar noch verbal die besondere Unterdrükkung der Frauen anerkannt, um dann mit demagogischen Tricks doch wieder die Sache als „halb so schlimm" hinzustellen.

Ein Beispiel weiterer Demagogie ist im „Spiegel" Nr. 27 (Juni) zu finden, der unter der Überschrift „Große Erotische Mutter" an Zynismus und plumpen Lügen zur Lage der Frauen kaum zu überbieten ist. Während in einer 1971 erschienenen Artikelfolge des „Spiegels" unter dem Oberbegriff „Unterprivilegiert" u.a. noch hervorgehoben wurde, daß die Frauen „die Neger aller Völker" sind und sie zu den „unterprivilegiertesten Kreisen" gehören, werden 1975 ganz andere Töne angeschlagen. Nach dem „Spiegel"-Artikel aus Nr. 27 ist es die mangelnde Beteiligung der Frauen an Politik, Bildung etc., weshalb sie für ihr Los selber verantwortlich sind und – laut „Spiegel" – an einer Änderung ihrer Situation eh kein Interesse haben.



In zwei Artikelfolgen wollen wir auf die Argumentationsweise des „Spiegels" eingehen, der dank der besonderen „Geschicklichkeit" des Schreiberlings sowohl dem reaktionären als auch dem liberaleren Leser etwas „bietet". Im ersten Teil wird sich u.a. damit auseinandergesetzt, was der „Spiegel" für einen Unsinn zur Lage und dem Bewußtsein der Frauen in der BRD schreibt; im zweiten Teil soll etwas zur Politik und den Zielen der feministischen Frauengruppen gesagt werden, die vom „Spiegel" ebenfalls herangezogen werden, um sämtliche Anstrengungen der Frauen zur Gleichberechtigung zu verleumden.

Die zufriedenen Hausfrauen ...

Die Situation der ca. 15 Millionen Frauen, die nicht arbeiten und deren „einzige" Aufgabe in der Versorgung und Bewältigung der anfallenden Hausarbeit besteht, ist ein Kapitel im „Spiegel"-Artikel. Die Ausführungen zu diesem Thema zeichnen sich durch eine „Doppel"-Demagogie aus, die in folgendem besteht:

Es ist dem kapitalistischen Staat nicht verborgen geblieben, daß die Frauen, die ausschließlich an den Haushalt gefesselt sind, mit ihrem Dasein wenig zufrieden sind. Diese Unzufriedenheit zu übertünchen, ist den Kapitalisten immer schon dicke Kampagnen wert gewesen. So startete z.B. die „Bild" mehrere Artikel zum Thema „Das wahre Glück der Hausfrauen". Die Frauen werden außerdem von der Werbeindustrie umschmeichelt, ihr Denken auf superblankes Geschirr, superweiche Wäsche etc. gelenkt. Man denke auch an ganze Freß-Zeitschriften wie „Schöner Essen" oder auch „Schöner Wohnen", die einzig und allein die Aufgabe haben, die Kettung an den Haushalt in rosa Licht erscheinen zu lassen. Außerdem sollen sie den Frauen eine Art von „Selbstbewußtsein" einflößen, das darin besteht, erst dann mit sich selber zufrieden zu sein, wenn der Großteil der verrichteten Hausarbeit den propagierten Idealen von „Sauberkeit" etc. entspricht. Dabei geht dann halt auch oft der ganze Tag drauf.

Eine „Kollektivierung" der Hausarbeit z.B., die die Frauen entlasten und aus der Isolation holen könnte, liegt natürlich keinesfalls im Interesse der Kapitalisten.

„Die moderne Familie enthält im Kern nicht nur Sklaverei, sondern auch Leibeigenschaft ... sie enthält in Miniatur alle die Gegensätze in sich, die sich später breit entwickeln in der Gesellschaft und in ihrem Staat" („Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates", Friedrich Engels).

Der Staat unterstützt die Familienformen, da diese der Erhaltung des Staates zuträglich sind!

Der „Spiegel" geht jedoch auf die Hausfrauenarbeit so ein, daß er behauptet, „so schlimm" sei es doch gar nicht. *„Die Mehrzahl der Haushalte, in denen Voll-Hausfrauen wirken, ist mittlerweile mit Zentralheizung, Waschmaschine, Kühlschrank, Staubsauger und Gefriertruhe ausgestattet"*. Und weiter: *„Die meisten Hausfrauen gaben bei der Befragung an, im Laufe ihres langen Arbeitstages auch ‚ein paar Stunden' ganz für sich zu haben ..."*.

Fazit für den „Spiegel": Es herrsche unter den Hausfrauen „allgemeine Zufriedenheit". (Zitiert nach Helge Pross, Soziologin, u.a. honoriert von der Zeitschrift „Brigitte").

Die Erleichterungen, die mit dem heutigen Stand der Technik die Hausarbeit sicherlich einfacher gemacht haben, die Minderbelastung, werden gleichgesetzt mit Zufriedenheit. Der besondere Stumpfsinn dagegen, die vollkommene ökonomische Abhängigkeit der Frau vom Geld des Mannes, die Isolation und der engere Gesichtskreis, der zweifelsohne durch den Ausschluß von der produktiven Tätigkeit erzeugt werden – all dies wird nicht gewertet.

Stattdessen werden die Frauen darauf gedrillt, sollten sie noch nicht ganz zufrieden sein, sich halt „Mehrarbeit" im Haushalt zu verschaffen, hin zur „Perfekten Hausfrau".

„In die Rolle gedrängt, aus der sie nicht heraus kann, versucht sie, diese perfekt zu erfüllen", so die Sozialforscherin Gertraud Reitz im „Spiegel", wobei die Frage nach dem „Warum" jedoch auch tunlichst vermieden wird.

Sind die Frauen selber schuld?

Durch ausführliche Beschreibung und Darstellung darüber, wie die Frauen – festgemacht an den Ergebnissen von den verschiedensten Befragungen – zur Ehe, zur Bildungsfrage stehen, ist der „Spiegel" bemüht, die Unterdrückung der Frauen in unserer Gesellschaft ihnen selber anzulasten.

– *„Immer noch entscheiden sich Millionen Mädchen, unterstützt von Millionen Müttern und Vätern, für minderwertige Ausbildung und frühe Flucht in die Ehe ..."* (S. 38). Sie alle wollen angeblich noch immer „lieber unter die Haube, als unter den Doktorhut". Die „alten Leitbilder" sind es angeblich, die dazu beitragen, daß die Frauen „kaum Anstalten machen", gegen ihre Unterdrückung anzugehen, und stattdessen sich „in ihren Schmollwinkel häuslich einzurichten" suchen. Die Bundestagsabgeordnete Helga Timm, SPD, wird wohlwollend zitiert, die feststellt, daß die Frauen sozusagen ihre „Erfolglosigkeit" bereits „verinnerlicht" haben, und sich „in der Rolle der ewig Diskriminierten langsam heimisch zu fühlen beginnen"!

Was die Unterbezahlung der Frauen angeht, wird sich an den Satz des SPD-Ministers Walter Arendt gehalten, der behauptete, daß man „nicht eigentlich von einer Diskriminierung sprechen" könnte. So besitzt der „Spiegel" die Unverschämtheit, als „Argument" für die Leichtlohngruppen und die Unterbezahlung der Frauen anzugeben, daß im wesentlichen ihre *„im Schnitt weniger qualifizierte und daher zu Recht geringer bezahlte Arbeit"* der Grund dafür sei. *„Einer generellen Lohndiskriminierung unterliegen Westdeutschlands Arbeitnehmerinnen längst nicht mehr"*.

Der „schlagenste Beweis" scheint dem „Spiegel" in dem „Argument" zu liegen, daß den „Leichtlohngruppen seit langem keineswegs nur Frauen, sondern bis zu einem Drittel auch Männer, insbesondere Gastarbeiter" angehören.

Die Unterbezahlung und Diskriminierung einer weiteren „Schicht" von Menschen, der ausländischen Kollegen nämlich, muß herhalten, um zu „beweisen", daß es keine besondere Unterdrückung und Ausbeutung der Frauen gebe. Unverschämter geht's kaum!

Als ein Hauptproblem wird des weiteren hingestellt, daß die Frauen in den Parlamenten unterrepräsentiert sind. Schuld daran trägt, nach Behauptung des „Spiegels", die mangelnde Bereitschaft der Frauen, einer Partei beizutreten. In einem „Rausch von Kritik" wird dafür dann der schulische Sozialkundeunterricht verantwortlich erklärt!

Obwohl, und hier bestehen anscheinend Unklarheiten beim „Spiegel", an den westdeutschen Grund-, Real- und Oberschulen weniger Mädchen als Jungen „sitzenbleiben"!

Die Erkenntnis, daß das gesellschaftliche Sein das Bewußtsein bestimmt und nicht umgekehrt, hätte den „Spiegel"-Journalisten um einiges weiterbringen können.

So ist den „Argumenten" von wegen der „frühen Flucht in die Ehe" entgegenzuhalten, daß die Frauen von klein auf auf die Rolle der guten Ehe- und Hausfrau ausgerichtet werden. Das demagogische Argument der Helga Timm, daß sich die Frauen in

Das demagogische Argument der Helga Timm, daß sich die Frauen in ihrer angestammten Rolle „heimisch" fühlen, soll vergessen machen, daß der kapitalistische Staat Tag für Tat gerade den Erhalt dieser Frauenrolle fördert.

Ebenso die Demagogie bezüglich der Unterbezahlung. Ist es etwa Wunsch und Wille der Frauen, ausgerechnet in den monotonen Berufen beschäftigt zu werden? Vielmehr ist es doch Gesetzmäßigkeit im Kapitalismus, den Frauen fast ausschließlich nur solche Arbeiten zugänglich zu machen, sie zur Lohndrückerei zu benutzen, ihre soziale Unsicherheit brutal auszubeuten, um sie für die Annahme solcher stupiden Tätigkeiten zu erpressen.

Und die Organisierung der Frauen in den bürgerlichen Parteien? Was sollte die Frauen veranlassen, sich gerade dort zu betätigen? Es ist den Frauen nicht verborgen geblieben, daß für ihre Situation so gut wie gar nichts getan wird, daß höchstens zur Hochjubelung irgendwelcher Programme vereinzelt spezielle Frauenforderungen aufgenommen werden, um die Frauen als Stimmvieh zu benutzen. Zum anderen lautet nicht die Parole „Frauen ins Haus, Männer in die Politik ..." ? !

Einige Untermalungen ...

Wie anfangs erwähnt, hat der „Spiegel" in der ihm bekannten Schreibweise, den Artikel jedoch auch so „angereichert", daß fortschrittliche Menschen meinen könnten, ein Fünkchen Wahrheit zu finden. Daher fehlt es auch nicht hier und da an versteckt angebrachter „Kritik".

So wird in einem Kapitel, wo es um das angebliche „Wohlbefinden" der Hausfrauen geht, zitiert, daß auch stellenweise „vage Mißstimmungen" festzustellen sind. Es wird von einem „dumpfen Gefühl" gesprochen, das bei aller „Zufriedenheit" doch noch das Leben der Voll-Hausfrauen überschattet.

Die Erklärung dafür wird allerdings in rein psychologischem Geschwafel gesucht; aber – und hier findet auch schnell der Dreh wieder statt – die Frauen machen angeblich „keine Anstalten", da heraus zu kommen.

Ein weiterer „kritischer" Einschub wird dort gemacht, wo Forderungen von Frauen zitiert werden, die u.a. lauten:

– Bessere Kindergärten, mehr Ganztagsschulen und Tagesmütter;
– eigenständiger Rentenanspruch;
– staatliches Erziehungsgeld.

Jedoch der „Spiegel" dazu: *„Die ökonomischen Verhältnisse sind nicht so"*, womit die „Auseinandersetzung" mit diesen berechtigten Forderungen sich auch bereits erledigt hat.

Am Ende des Ergusses von über zehn Seiten heißt es: *„Und so scheinen denn Deutschlands Frauen insgesamt in einem Teufelskreis: Archaische Vorstellung vom vermeintlichen Wesen der Geschlechter erschweren ihnen den Zugang zur Politik; das hat zur Folge, daß feminine Belange, von der eigenständigen sozialen Sicherung der Hausfrau bis hin zu Änderungen des Schulsystems, unzureichend vertreten werden; das Ausbleiben solcher Reformen schließlich trägt dazu bei, daß Millionen Frauen im Hergekommenen verharren – und so weiter im Kreis"*.

Die alten Vorstellungen, Ideen, Leitbilder der Frauen also sollen es sein, die jeglichen Fortschritt verhindern. Woher sie kommen, wer sie produziert ... was störts einen alten Idealisten!

Mann gegen Frau Frau gegen Mann ...

Die richtige Feststellung, daß die Frauen nicht nur vom Kapitalisten geknechtet werden, sondern durch die Männer einer doppelten Unterdrückung unterliegen, wird dazu benutzt, dummfrech zu fragen, ob denn eine *„absolute Rollengleichheit"* überhaupt *„erwünscht"* sei, ob das überhaupt *„biologisch"* zu vertreten sei! Also der „Spiegel", lassen wir lieber alles beim alten, denn schließlich seien Mann und Frau beide *„angstvoll darauf bedacht, sich lediglich als Persönlichkeitstorso zu verwirklichen"* (zitiert nach dem Psychosomatiker Richter).

Nicht die kapitalistische Gesellschaft soll es sein, die eine freie Entwicklung der Persönlichkeit für Mann und Frau nicht zuläßt. Vielmehr sind es angeblich die Männer und Frauen selbst, die sich selbst und sich gegenseitig dabei behindern. Alles wohl wegen der „Biologie" und wegen der „alten Vorstellungen".

Wahrlich ein „Teufelskreis". „Ausweg" des „Spiegels": Ruhig auch mal „Rollentausch" zwischen Mann und Frau – die Frau geht in den Beruf, der Mann schafft zuhaus. Als Beispiel, wie schön das gehen kann, wird eine SPD-Abgeordnete angeführt. Wahrlich eine gelungene Verarschung von Millionen Frauen!! ●

Arbeitsgruppe Frauen
KB/ Gruppe Hamburg

Vaterlandsverteidiger weiter auf dem Vormarsch ins Lager der Bourgeoisie

Kampf gegen die Berufsverbote – mit wem?

Am 12.8. führte der Liberale Schülerbund (LSB) in Hamburg eine Veranstaltung gegen die Berufsverbote durch. Als Sprecher hatte der LSB die Betroffenen Kurt Groenewold (Rechtsanwalt), Gerd Heide (Lehrer) und Jochen Hiltmann (Professor und Vizepräsident der HfBK) eingeladen. Der „Edwin Hoernle Bund" (EHB), eine Kreation der Vaterlandsverteidiger von der „KPD", dessen Mitglied Gerd Heide ist, hatte ebenfalls zu der Veranstaltung aufgerufen. Ein gemeinsamer Resolutionsentwurf von LSB und „EHB" lag zur Diskussion und Abstimmung vor, worin es hieß: *„Wir solidarisieren uns mit allen vom Berufsverbot betroffenen Kommunisten und anderen Demokraten, auch wenn sie nicht auf dem Boden der sogenannten ‚Freiheitlich Demokratischen Grundordnung (FDGO)' stehen und für ein sozialistisches Gesellschaftssystem eintreten."*

für ein sozialistisches Gesellschaftssystem eintreten."

Die Forderung nach Solidarität mit a l l e n vom Berufsverbot Betroffenen seitens des „EHB" machte uns stutzig – war doch schon vor einiger Zeit in einem Flugblatt aus der gleichen Ecke (KSV/Westberlin) zu lesen, daß sich *„die Revisionisten ihre Plätze im Staatsapparat erschleichen wollen, um ihre Aufgabe als Vertreter der Interessen der sowjetischen Sozialimperialisten besser erfüllen zu können."* Wir gingen daher hin, um der Sache mal auf den Zahn zu fühlen.

Wir brauchten nicht lange zu warten, bis sich unsere Befürchtungen bestätigten. In einem Flugblatt des „EHB" und in der Rede Gerd Heides wurden die Absichten sehr schnell deutlich:

Die fortschrittlichen Schüler des noch jungen LSB sollten überrumpelt und auf die Linie der „Vaterlandsverteidigung" festgelegt werden. Zur gemeinsamen Resolution schlug der „EHB" eine „Ergänzung" vor, die eine inhaltliche Kehrtwendung um 180 Grad bedeutete: Von der „Solidarität" (?) gegen die Berufsverbote sollten die Revisionisten von der DKP ausgeschlossen werden! Begründung: *„Insbesondere in der Krise wird die FDGO zur Säuberung des Staatsapparates, der Betriebe und der Gewerkschaften herangezogen. Wenn in dieser Situation die DKP und ihre Tarnorganisationen im Auftrage ihrer politischen Drahtzieher und Geldgeber aus der Sowjetunion durch Denunziation und Verteidigung der FDGO die Berufsverbotepraxis unterstützen, dann tut die DKP-Führung das nicht, weil sie Illusionen über den volksfeindlichen Charakter der FDGO und des Grundgesetzes hat, sondern um sich in den Staatsapparat und die Gewerkschaften einzuschleichen, um dort ihre Agentenrolle für den Sozialimperialismus spielen zu können. Portugal und Indien zeigen, was diese Leute vorhaben: eine sozialfaschistische Diktatur über das Volk nach Moskauer Vorbild ...*

Wir werden die Massen mobilisieren (!), um Faschisten und Sozialfaschisten (!) aus Staatsapparat, Betrieben und Gewerkschaften hinauszuwerfen (!)".

Das Mißfallen unter den Veranstaltungsteilnehmern gegenüber diesen wahnwitzigen Ideen der „Vaterlandsverteidiger" erreichte einen Höhepunkt bei der „Rede" eines „KPD-Vertreters", der mit der penetranten Wiederholung seiner Sprüche gegen die angeblich „gefährlichere Supermacht Sozialimperialismus" massive Proteste herausforderte. Seine Schnacks wurden mit Pfiffen und lautstarken Zwischenrufen quittiert, zusätzlich auch deswegen, weil er den Versammelten die Zeit zu einer sinnvollen Diskussion stahl. Als endlich kurz vor Verabschiedung der Resolution von seiten des LSB und anderen Teilnehmern der Veranstaltung Kritik an den so entschlossenen „Kämpfern

Teilnehmern der Veranstaltung Kritik an den so entschlossenen „Kämpfern gegen den Sozialimperialismus" geübt wurde, ergeiferten sich diese in wüsten Beschimpfungen vor allem gegen den Kommunistischen Bund. Es kostete den Versammlungsleiter einige Mühe, den schäumenden „KPD-Vertreter" und seinen Anhang zur Ruhe zu bringen. Endgültig, zumindest für diesen Abend, zur Ruhe gebracht wurden er und seine Anhänger, als nach mehrmaliger Wiederholung das Abstimmungsergebnis über ihren „Ergänzungsantrag zur Resolution" feststand: Er wurde mit 45 gegen 41 Stimmen abgelehnt!

Daß die Abstimmung so knapp ausging, lag nicht etwa daran, daß sich soviel fortschrittliche Schüler hätten verwirren lassen, sondern an der Mobilisierung der „letzten Reserven" durch die „Vaterlandsverteidiger".

Die Erklärung des „EHB", *„die Massen* (zu) *mobilisieren, um Faschisten und Sozialfaschisten aus Staatsapparat, Betrieben und Gewerkschaften hinauszuwerfen"* (sicherlich unter Führung der „KPD"), bedeutet einen weiteren Schritt zum aktiven Eintreten gegen die demokratische und kommunistische Bewegung, und es bleibt abzuwarten, wie lange es noch dauert, bis auch andere Organisationen als die DKP (die sogenannten „Wasserträger des Revisionismus" wie etwa der KB!) davon betroffen werden.

Diese Veranstaltung hat bewiesen, daß die Politik der „Einheitsfront gegen die Supermächte" Gruppen wie die „KPD" konsequent in die rechte, provokatorische Ecke rücken läßt. Der Kampf gegen die Berufsverbote, der die Solidarität mit allen vom Berufsverbot betroffenen Kommunisten und Demokraten verlangt, wird ohne sie und bei der weiteren Entwicklung ihrer Politik auch gegen sie geführt werden müssen. Diese wichtige Erkenntnis muß auch mit denjenigen fortschrittlichen liberalen Schülern diskutiert werden, die sich um ein solidarisches Verhältnis zu allen linken Kräften bemühen. ●

Bündniskommission
KB/Gruppe Hamburg

Schikanen gegen linke Rechtsanwälte

Wenn es nach der Hamburger Staatsanwaltschaft geht, muß sich der Verleger der Asterix-Hefte demnächst auf eine strafrechtliche Verfolgung einstellen: der berühmte Spruch „Die spinnen, die..." ist schon bedenklich in die Nähe der „Illegalität" geraten:
Ein linker Hamburger Rechtsanwalt bekam jüngst eine Anklageschrift wegen Beleidigung zugestellt, weil er zu einem Bullen gesagt haben soll: „Ihr seid wohl verrückt geworden!"

Das ganze hatte sich etwa so abgespielt: Bei einem politischen Prozess hatten die Bullen mal wieder in rabiater Art und Weise den Gerichtssaal geräumt, weil der Richter das als eine geeignete Maßnahme angesehen hatte.

Als dabei auch ein Assistent des Verteidigers angerempelt wurde, griff der Rechtsanwalt selber ein und wollte die Dienstnummer des Schiebers wissen. Als der Anwalt daraufhin selber hinausbefördert werden sollte, rief er „Sind Sie verrückt geworden? Ich verteidige in diesem Verfahren".
Daraufhin wurde der Anwalt in Ruhe gelassen. Er hörte jedoch, wie ein älterer Mann zu dem einen Bullen rief: „Ich stehe für eine Aussage gegen diesen Mann zur Verfügung."
Das Ergebnis war dann die Anklage wegen Beleidigung, die allerdings nur unter äußerst fragwürdigen Bedingungen von der Staatsanwaltschaft zusammengezimmert wurden.

Der Hamburger Polizeipräsident hatte es zuvor abgelehnt, gegen den Anwalt Strafantrag wegen Beleidigung zu stellen, weil er den Ausruf nicht tatbestandsmäßig hielt (!!).

Auch die Polizeirevierwache, die den Anwalt verhören sollte, hatte die Akte an die Staatsanwaltschaft zurückgeschickt mit der Bemerkung, sie könne darin keine Beleidigung sehen.

Auf Weisung der Staatsanwaltschaft wurde das Verfahren dann aber doch durchgezogen.

Das Interesse der Staatsanwälte daran ist sehr klar: Es handelt sich bei dem Missetäter um einen Rechtsanwalt, der sich stets als Interessenvertreter des Angeklagten und nie als Hilfsbeamter der Staatsanwaltschaft versteht.

Sowas ist gerade in politischen Verfahren der Staatsanwaltschaft ein erheblicher Dorn im – rechten – Auge.

Deshalb wird jetzt von den Staatsschutzbehörden ein systematischer Nervenkrieg gegen unbequeme linke Verteidiger geführt mit dem Ziel, sie durch dauernde Querelen mürbe zu machen, sie in ihrer Berufsausübung zu behindern und sie dann schließlich, wenn man genug Vorarbeit geleistet zu haben glaubt, nach Möglichkeit mit Berufsverbot zu belegen – wie schon bei Groenewold praktiziert. ●

IKAH
(„Arbeiterhilfe" Hamburg)

Arbeitsverbot für ausländische Studenten

Im Oktober '74 forderte das Westberliner „Landes"arbeitsamt das Studentenwerk auf, die bestehenden Vorschriften zur Beschäftigung von ausländischen Studenten aus Nicht-EG-Ländern schärfer zu beachten. Diese Studenten erhalten nämlich von der Ausländerbehörde ein Visum, daß sie nur zum Leben und Studieren hier berechtigt; eine Arbeitsaufnahme ist nur für insgesamt 2 (!) Monate im Jahr während der Semesterferien gestattet. Diese Vorschriften wurden von den studentischen Arbeitsvermittlungen – Tusma und „Heinzelmännchen" – sehr lax behandelt. Zum großen Vorteil der ausländischen Studenten, denn ihre Lage hat sich enorm verschlechtert. Durch die Veränderungen der Wechselkurse, durch die Inflation in der BRD und Westberlin und durch die verschlechterte Lebenslage der Volksmassen in der 3. Welt aufgrund der imperialistischen Ausbeutung, sind die ausländischen Studenten gezwungen, einen großen Teil ihres Lebensunterhaltes neben dem Studium durch Jobs zu bestreiten. Das betrifft ca. 4.000 allein in Westberlin (lt. offiziellem „FU-Info" 18/75) und natürlich nur die, die nicht zu den privilegierten Klassen in ihren Heimatländern gehören!

Ausländische Kollegen bekommen gemäß Anweisung der „Bundesanstalt für Arbeit" nur noch eine Arbeit, *„wenn die zuständigen Arbeitsämter für den betreffenden Arbeitsplatz keinen einheimischen Arbeitssuchenden vermitteln können."* („Tagesspiegel", 30.11.74).

Damit stehen die ausländischen Studenten vor den Alternativen, entweder ständig am Rande des Existenzminimums dahinzuvegetieren, das Studium abzubrechen oder aber i l l e g a l zu arbeiten. Im letzteren Fall droht ihnen, die eh schon durch die reaktionäre Ausländergesetzgebung, Bespitzelung usw. politisch entrechtet sind, jeden Tag die Ausweisung. ●

Hochschulgruppe
KB/Gruppe Westberlin

Fortschrittliche Türken in Frankfurt: Die Repressionen nehmen zu

Während einer Pressekonferenz der „Vereinigung der Arbeiter aus der Türkei, Frankfurt" deckte der Vorsitzende dieser Vereinigung, Metin Gür, auf, daß fortschrittliche türkische Kollegen seit einiger Zeit vermehrten Angriffen durch rechtsradikale und klerikale Landsleute ausgesetzt sind. Von kleinen militanten Gruppen und Kommandos, die sich aus Anhängern faschistischer Organisationen und religiösen Fanatikern zusammensetzen, werden Drohungen gegen fortschrittliche Türken ausgesprochen und auch Überfälle organisiert.
Dafür führt die Vereinigung, die sich selbst als „dem DGB und teilweise der SPD" nahestehend charakterisiert, auch verschiedene Beispiele an:

- Die Kollegen Örtulu und Harmanci, beide bei der Stadtreinigung beschäftigt, wurden am 9. Juli vor dem städtischen Ausländerwohnheim in der Seehofstraße 48/50 in Frankfurt von einer über 20 Mann starken Gruppe von Landsleuten überfallen. Mit Stöcken prügelten die Faschisten auf die beiden Kollegen ein; Örtulu und Harmanci erlitten zahlreiche Prellungen und Blutergüsse auf Brust und Rücken.
- Ein anderer fortschrittlicher Türke wurde im Rothschildpark ebenfalls von einer Gruppe militanter Rechtsradikaler überfallen.

Darüberhinaus sollen weitere Vorfälle ähnlicher Art vorgekommen sein. Die Angehörigen der „Vereinigung der Arbeiter aus der Türkei, Frankfurt" führen diese vermehrten Angriffe auf die Entwicklung in der Türkei zurück und befürchten, daß eine weitere Zuspitzung der innenpolitischen Lage in der Türkei auch für die fortschrittlichen Türken zunehmende Auseinandersetzungen mit rechtsradikalen Landsleuten mit sich bringen wird.
Starke Zweifel, ob die „Vereinigung" diesen Angriffen in gebührender Weise entgegentreten wird, erweckt aber die von ihr geäußerte Hoffnung, *„daß demokratische Parteien und die Gewerkschaften in der Bundesrepublik den Aktivitäten von Rechtsextremisten einen Riegel vorschieben."* („FR", 23.7.75) ●

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Frankfurt

Lübeck: Wieder Angriffe auf kommunistische Presse – und JU in trauter Eintracht

Am Samstag-Vormittag – 12.7.75 – starteten mehrere Bullen in der Fußgängerzone der Lübecker Innenstadt einen massiven Angriff gegen Verkäufer mehrerer linker Zeitungen. (Mehr oder weniger regelmäßig werden dort Zeitungen der „KPD", der „KPD/ML", des KBW und des Kommunistischen Bundes (AK) verkauft, in der letzten Zeit ohne Behinderung.)
In der Absicht, die ganze Fußgängerzone aufzurollen, begannen die Bullen bei Verkäufern des KBW. Sie wollten eine Verkaufserlaubnis sehen, die angeblich nach einer Straßennutzungsordnung in ganz Schleswig-Holstein nötig sei. Verkäufer der „KPD/ML" und des ARBEITERKAMPF unterstützten die KBWler gegenüber den Bullen. Argumentiert wurde, daß für den Verkauf politischer Zeitungen keine besondere Gewerbeerlaubnis notwendig sei, sondern ausschließlich das Recht auf freie Meinungsäußerung zu gelten habe. Ein Bulle ganz frecht: „Geh'n sie mir doch ab mit dem Grundgesetz, faseln sie nicht soviel herum!"
Ohne eine Begründung zu geben, verlangten die Hüter der kapitalistischen Ordnung Personalausweise. Da ein KBWler die Personalien nicht geben wollte, wurden brutal Zeitungsverkäufer des KBW, der „KPD/ML" und des KB in Bullenwagen gezerrt und zur Wache mitgenommen, wo sie ebenfalls ohne Begründung noch eine Weile festgehalten wurden, als sie bereits ihre Personalien angegeben hatten!
Lauthals Beifall gezollt wurde den Bullen bei ihrer Aktion von einer Gruppe JU'ler (Junge Union), die binnen kürzester Zeit fast 20 Mann zusammengetrommelt hatten, um in der Pose der „schweigenden Mehrheit der Bevölkerung" zu fordern: „Kurzen Prozeß machen mit den Kommunisten", es sei „an der Zeit, daß diese Leute hier verschwinden". Demgegenüber protestierten viele Passanten g e g e n die Vorgehensweise der Bullen.
Nicht ganz abwegig ist die Vermutung, daß für diese Bullenaktion –

gegenüber protestierten viele Passanten g e g e n die Vorgehensweise der Bullen.
Nicht ganz abwegig ist die Vermutung, daß für diese Bullenaktion –

hinter der zweifelsfrei die Behörden stehen – JU'ler mitgesorgt haben. Denn erst an zwei Samstagen vorher war in Mölln ein AK-Verkäufer von einem JU'ler krankenhausreif geschlagen worden – ohne daß die Bullen etwas dagegen unternahmen.
Bereits häufiger sind von Verkäufern in Lübeck vor Betrieben, Berufsschulen und in der Innenstadt Personalien festgenommen worden, jedoch gabe es bisher nur bei einem „KPD/ML"-Verteiler vor einem Betrieb einen solchen brutalen Polizeiüberfall. Nun scheint für die Behörden der Zeitpunkt gekommen, auch durch Strafverfolgung gegen Verkäufer vorzugehen; denn am 16. 7. flatterte einem AK-Verkäufer ein polizeiliches Anhörformular in's Haus. Vorgeworfen wird Verstoß gegen die schleswig-holsteinische „Straßen- und Wege-Nutzungsordnung", d. h. Verkauf ohne besondere Erlaubnis.
Diese Vorgehensweise der Behör- ist deshalb so hinterhältig, weil bereits im August 1972 offiziell durch die Behörden der AK-Verkauf in der Lübecker Innenstadt verboten worden ist (vergl. AK 22). Allerdings, da *„das Feilbieten von Waren aus verkehrlichen Gründen grundsätzlich untersagt"* sei. Allerdings verzichtete man damals (noch) darauf, mit Polizeigewalt das Verbot in die Praxis durchzusetzen.
Dieselbe Behörde verbot uns im September 1974, in der Fußgängerzone eine Geldsammlung für den chilenischen Widerstand durchzuführen sowie Stellschilder aufzustellen. Büchertische usw. wurden uns seit Jahren in schöner Regelmäßigkeit verboten.
Wie wir bereits seit August 1972 in der Praxis gegen das Verbot vorgegangen sind, indem wir uns nicht einschüchtern ließen, so wird dies auch künftig geschehen. Freilich werden wir nicht darauf verzichten, auch juristisch gegen die Aushöhlung noch bestehender demokratischer Grundrechte (durch Landesgesetze usw.) zu kämpfen. ●

KB/Gruppe Lübeck

„Ehrlich fährt am längsten"

Mit dieser Überschrift verteilte am 16./17. Juli die sogenannte „Revolutionäre Zelle" (RZ) Flugblätter in vier Westberliner Bezirken (Reinikendorf, Schöneberg, Charlottenburg und Neukölln), zusammen mit gefälschten Berliner Verkehrs-Gesellschaft (BVG)-Karten (Wert der Karten DM 3,–). In den Flugblättern wies die „Revolutionäre Zelle" auf die zu erwartenden Erhöhungen bei der GASAG, den Mieten und auf die anstehenden Fahrpreiserhöhungen ab 1. März 1976 hin. Als Ziel dieser Ak-

ten DM 3,–). In den Flugblättern wies die „Revolutionäre Zelle" auf die zu erwartenden Erhöhungen bei der GASAG, den Mieten und auf die anstehenden Fahrpreiserhöhungen ab 1. März 1976 hin. Als Ziel dieser Ak-

tion nannte sie: *„Es sollen die bezahlen, die davon profitieren – die Unternehmer und Geschäftsleute. Für uns aber gilt: NULLTARIF! ...Damit wir uns an das Schwarzfahren gewöhnen und die Angst vor angeblich illegalen Aktionen verlieren können („Wer die Macht hat, hat das Recht") haben wir 100.000 BVG-Karten erst einmal selber gedruckt, die wir hiermit zur freundlichen Benutzung verteilen"* („Flugblatt der RZ).

Selbst diese Art von spaßigen Einfällen einiger Schwarzfahrerfreunde nahm die Bourgeoisie als Vorwand für Hausdurchsuchungen und Kommunistenhetze: So wurden z.B. in Charlottenburg ganze Straßenzüge, Wohnung für Wohnung, angeblich nach den Fälschern, den Druckmaschinen und was weiß der Geier sonst noch allem abgesucht. Dieses unterschied sich von der sonst allgemein üblichen Durchsuchungspraxis, wo gezielt bestimmte Wohnungen durchschnüffelt worden sind. Aber so wird die Bevölkerung noch besser an solche sinnlosen Aktionen und den Polizeistaat gewöhnt. Die Abteilung Staatsschutz und die Westberliner Polizei durchwühlten auch gleich noch zwei linke Druckereien nach den ominösen Fahrscheinen. Damit nicht genug: die Wohnungen der Druckereibesitzer wurden auch noch gleich mit aufs Korn genommen (vielleicht nehmen sie ihre Druckmaschinen abends immer mit nach Hause? ?). Natürlich erfuhr man von den Durchsuchungen immer nur etwas in Nebensätzen aus der bürgerlichen Presse.

Die Polizei scheute auch keine Mühe: *„Die Polizei bildete eine Sonderarbeitsgruppe (? ? !)"* („TSP", 18.7.). Die Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) setzten 10.000 (in Worten Zehntausend) Mark Belohnung für Hinweise auf die Fälscher aus.

„Vorsicht! Kommunisten (?) fälschten Fahrkarten", wußte die „Bild" (17.7.) zu berichten. Die Schmierfinken von der „BZ" hatten diese Aktion auch gleich groß aufgemacht und versuchten, die Leser einzuschüchtern:

„Polizei und BVG warnen (!) alle Berliner davor, die falschen Fahrscheine zu benutzen. Wer es trotzdem tut, macht sich strafbar" („BZ", 17.7.)
Sie vergaßen auch nicht, wenn sie von der „Revolutionären Zelle" schrieben, hinzuzufügen, daß *„diese radikale Gruppe schon mehrere*

scheine zu benutzen. Wer es trotzdem tut, macht sich strafbar" („BZ", 17.7.)
Sie vergaßen auch nicht, wenn sie von der „Revolutionären Zelle" schrieben, hinzuzufügen, daß *„diese radikale Gruppe schon mehrere*

Sprengstoffanschläge zugegeben hat" („BZ"). Natürlich wollten sie auf traute Gemeinschaft machen und wandten sich an *„alle Berliner"* mit Fragen, um *„die größte Betrugsaktion in der Geschichte der BVG aufzuklären"* („BZ", 17.7.). „BZ" sagte auch gleich, was die sogenannte „Revolutionäre Zelle" damit beabsichtigte: *„Die Fälscher wollen Chaos in der Stadt und in den Verkehrsmitteln stiften"* („BZ", 17.7.). Im Kommentar vom 17.7. schmierte die „BZ" weiter dazu: *„Terror auf leisen Sohlen"*. Diese Aktion sei *„eine der schlimmsten, bösesten und hinterhältigsten Aktionen... Denn sie bedeutet nichts anderes, als daß mit kriminellen Mitteln die Menschen kriminalisiert werden sollen... Damit soll auch eine allgemeine Verunsicherung erreicht werden."*

Die „allgemeine Verunsicherung" wurde natürlich von niemand sonst als vom Staatsapparat selbst erzeugt. Die BVG beteiligte sich durch verschärfte Fahrpreiskontrollen daran. Zwar wußte ein besonders pflichtbewußter BVG-Kontrolleur in der „Bild" zu sagen: *„Den Gefallen haben wir den Anarchisten nicht getan. Bei uns lief alles wie immer. Kontrollen gab es natürlich auch. Aber im üblichen Rahmen."* Obwohl jeder regelmäßige U-Bahn-Fahrer, der nicht gerade blind war, gesehen hat, daß manche Züge in diesen Tagen sogar von drei Kontrolleuren auf einmal bestiegen wurden.

Die empfindliche Reaktion von Staat und Presse zeigt auch, wie sehr gerade solche Aktionen, die sich „an die Massen" wenden, die Bourgeoisie echt „verunsichern". Sieht sie doch bei jedem Schwarzfahrer schon die Axt gegen die „heilige Kuh" Privateigentum (an Produktionsmitteln!!) geschwungen. ●

Bezirksorganisation Neukölln
KB/Gruppe Westberlin

vorschieben." („FR", 23.7.75) ●

Hochschulgruppe
KB/Gruppe Westberlin

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Frankfurt

Das größte Schwein im ganzen Land . . .

Diese alte Arbeiterweisheit hat sich jüngst in Hamburg mal wieder bestätigt. Ein besonders „entschlossener" Reaktionär, der sich schon seit längerer Zeit durch seine Aktivitäten gegen fortschrittliche Studenten an der Hamburger Uni einen Namen gemacht hat, hat nun nachweisbar seine Denunziantentätigkeit ans Tageslicht befördert.
Vorausgegangen war folgendes: Im Januar hatte vor dem Amtsgericht Hamburg ein Prozeß gegen einen Studenten stattgefunden, der sich an Aktionen gegen Fahrpreiserhöhungen beteiligt hatte. Der Prozeß endete mit der Verhängung einer extrem hohen Strafe: 1.000 DM Geldstrafe. das verhängte Strafmaß lag um über das dreifache über dem Antrag der Staatsanwaltschaft.
Richter in diesem Prozeß war der Richter am Amtsgericht Graue, ein wegen seiner „staatstragenden" Gesinnung und Rechtsprechung bekannter Diener seiner Herren. Dieser Richter war in einem Flugblatt, das über den Prozeß berichtete, als „Scharfrichter" und „Büttel der Klassenjustiz" bezeichnet worden.

Der Denunziant Engelke hatte nun nichts besseres zu tun, als dem Richter Graue ein Exemplar dieses Flugblattes zu übersenden mit dem Bemerken, er habe zwar im Moment dafür keine Verwendung (?), aber die Staatsanwaltschaft wüßte doch sicher etwas damit anzufangen. Schließlich bot sich Engelke noch als Zeuge für ein „evtl. Strafverfahren" an.
Um das Maß vollzumachen, rief der Denunziant dann gleich noch bei der politischen Polizei an und gab eine detaillierte Schilderung des „Vorfalls". Engelke will gesehen haben, wie der betroffene Student, den er denunziert hat, das Flugblatt verteilt haben soll.
Ein lehrreiches Beispiel, von welchem Schlage die Burschenschaftler und sonstigen Reaktionäre heute schon sind. Sie werden ihre „Fähigkeiten" sicher noch auszubauen wissen ...
Aufgrund der Denunziation hat der angebliche Flugblattverteiler eine weitere Geldstrafe von 1.000 DM von der Justiz aufgebrummt bekommen. ●

Initiativkomitee Arbeiterhilfe



Morddrohungen der Faschisten

Kurz nach dem Prozeß gegen drei Eutiner Antifaschisten bekam einer der drei einen anonymen Brief mit dem Spruch: „Sieh Dich vor!“ und einer darunter gezeichneten Odalsrune.

Mit Datum vom 13.7. ging bei unserem Eutiner Presseverantwortlichen ein zweiter, schon wesentlich gezielterer Drohbrief ein, den wir hier im Wortlaut abdrucken.

In diesem Pamphlet wird eine offene Morddrohung gegen unsere Genossen, ja praktisch gegen jeden engagierten Antifaschisten ausgesprochen.

Wer steckt hiner dem Drohbrief und damit hinter der „Organisation Consul“, die dafür verantwortlich zeichnet? Dies ist nicht schwer zu erraten:

Einmal beziehen sich die Verfasser selbst auf die Aktion einiger Antifaschisten in Kiel, wo vor kurzem vier Faschisten am Verteilen von Nazi-Flugblättern („Rudolf Heß – ich bereue nichts“) und ähnlichem Abfall handgreiflich gehindert und z.T. arg lädiert wurden, so daß sie von der bereitstehenden Polizei abtransportiert werden mußten. Was liegt also näher, als die Verfasser des Briefs bei den „Opfern“ der antifaschistischen Aktion gegen die Nazi-Flugblattverteilung zu suchen?

Dieselben Herrschaften sind im übrigen auch in Flensburg bei einem (allerdings wegen gelungener antifaschistischer Intervention mißlungen!) „Reichstag zu Flensburg“ aufgefallen, sowie beim Prozeß gegen die drei Antifaschisten in Eutin. Entlarvend deshalb auch die Tatsache, daß der Brief an den E u t i n e r Presseverantwortlichen des KB ging und auch einen Eutiner Poststempel trägt.

Erinnern wir uns deshalb noch einmal an diejenigen schleswig-holsteinischen Faschisten vom „Bund Volkstreuer Jugend“ bzw. „Bund Konservativer Jugend“ über die NPD bis hin zur „Bürgerinitiative Deutsches Reich“, die bislang identifiziert werden konnten:

Hain, Hans-Herbert NPD-Chef von Ostholstein und Mitglied des NPD-Landesvorstandes, „Gauleiters“ des BVJ, verteilte in Kiel Flugblätter der „Hilfsgemeinschaft Freiheit für Rudolf Heß“;

Peine, Jürgen: BGSler im Strafvollzug, Mitglied des BJV, Verteiler für o.g. Flugblätter;

Pahl, Gunnar: Mitglied des BVJ,

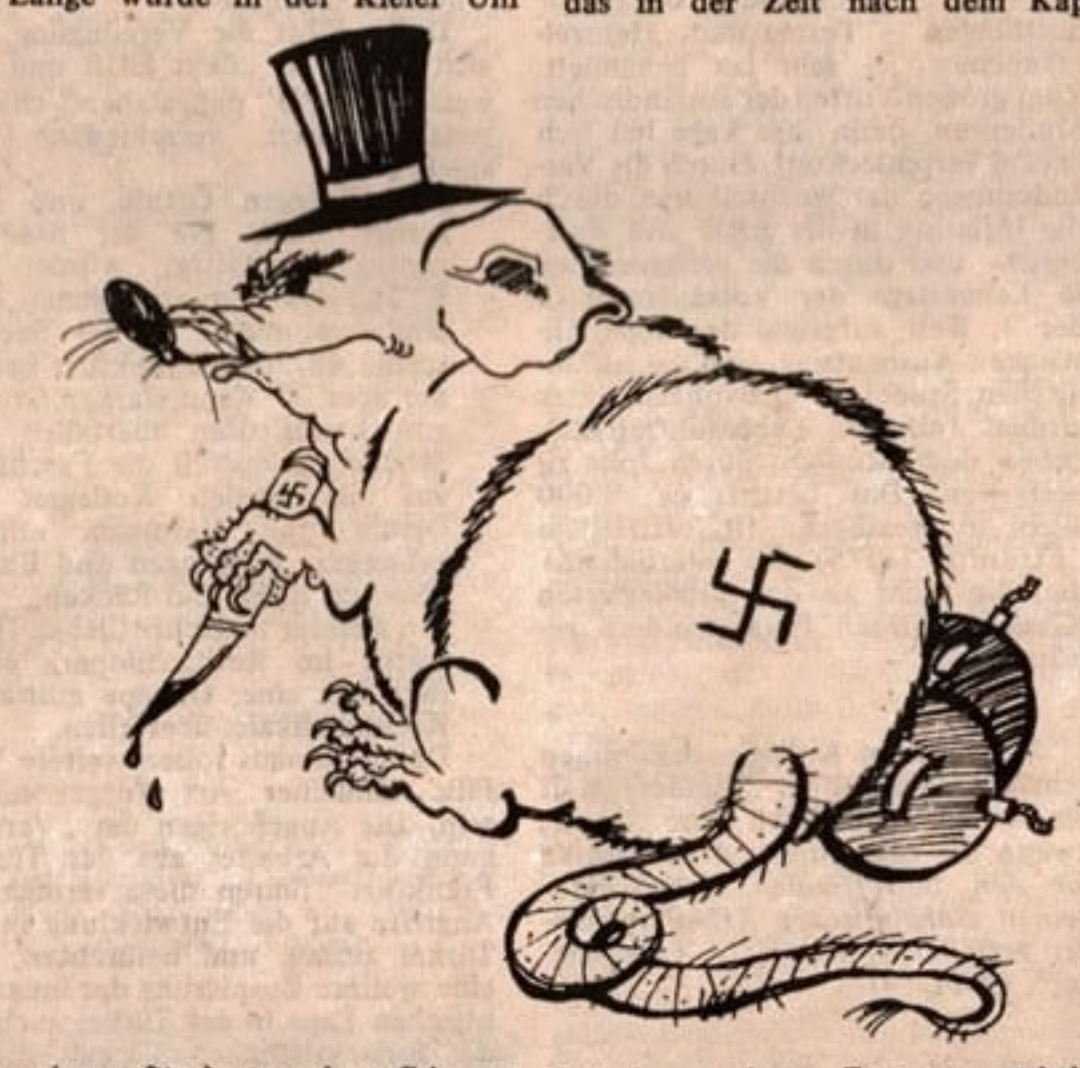
ter;

Pahl, Gunnar: Mitglied des BVJ,
Verteiler für die „Bürgerinitiative Deutsches Reich“;

Lange, Thomas-Günter: vermutlich Mitglied des BVJ, stellvertrefender Vorsitzender des „Bund Konservativer Jugend“, tritt bei RCDS-(CDU-Studenten)-Veranstaltungen als „Ordner“ auf und versuchte bei einer derartigen Gelegenheit, ein DKP-Mitglied durch Rempeleien am Reden zu hindern;

Schweiz, Michael: Mitglied der JN, (NPD-Jugend), Schüler am Kieler Max-Planck Gymnasium, hat zumindest schriftlich Verbindung zum reaktionären „Unabhängigen Schülerbund“ Göttingen.

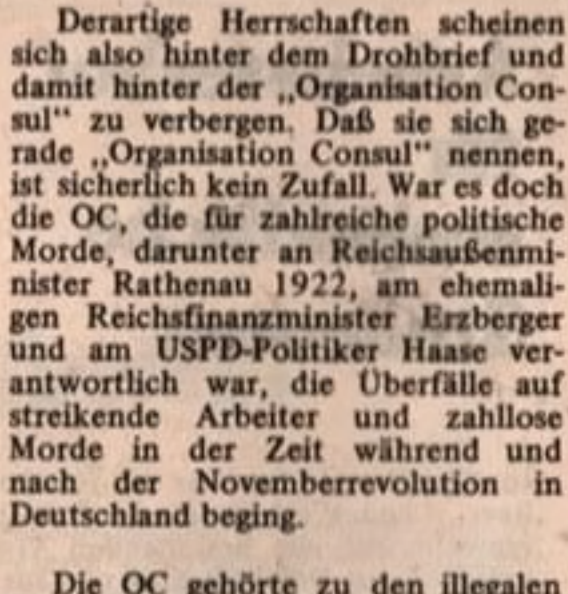
Lange wurde in der Kieler Uni



von einem Studenten daraufhin angesprochen, daß seine Kumpane in der Holstenstraße ganz schön was abbekommen hätten, woraufhin Lange antwortete: „Dafür werden die auch bezahlen!“ Dies bestätigt obengenannte Vermutung.

Interessant und aufschlußreich zugleich sind in diesem Zusammenhang die Verbindungen, die M. Schweiz zum „Unabhängigen Schülerbund“ unterhält. Der erklärtermaßen „antimarxistische, freiheitliche und gesamtdeutsche“ USB (Vorsitzender Christian Heck) rief auf seiner ersten Mitgliederversammlung im Februar dieses Jahres in München auf zum „Kampf gegen die rote Zersetzung“ und diskutierte in diesem Zusammengang die „Notwendigkeit“ einer Schieß- und Nahkampfausbildung. „Jeder sollte

digkeit“ einer Schieß- und Nahkampfausbildung. „Jeder sollte
Nahschießen und Judo lernen, eventuell Karate als Ergänzung! Einen Kommunisten zu treffen, ist relativ einfach!“



Derartige Herrschaften scheinen sich also hinter dem Drohbrief und damit hinter der „Organisation Consul“ zu verbergen. Daß sie sich gerade „Organisation Consul“ nennen, ist sicherlich kein Zufall. War es doch die OC, die für zahlreiche politische Morde, darunter an Reichsaußenminister Rathenau 1922, am ehemaligen Reichsfinanzminister Erzberger und am USPD-Politiker Haase verantwortlich war, die Überfälle auf streikende Arbeiter und zahllose Morde in der Zeit während und nach der Novemberrevolution in Deutschland beging.

Die OC gehörte zu den illegalen Freikorps und war aus der nach dem Kapp-Putsch 1920 aufgelösten Marine-Brigade „Erhardt“ hervorgegangen. (Chef der Marine-Brigade war Korvettenkapitän Erhardt, nach dessen Decknamen die ‚Organisation Consul‘ benannt war).

Der Sitz der OC war München, das in der Zeit nach dem Kapp-Putsch zu einem Zentrum reaktionärer und faschistischer Kreise wurde.

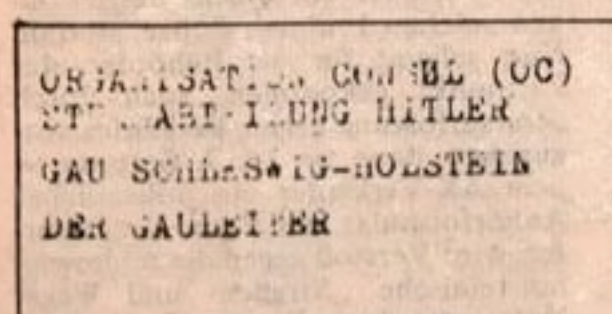
Die OC wurde streng nach rassistischen und nationalistischen Richtlinien aufgebaut; „Verräter verfielen der Fehme“, d.h. wurden ermordet.

Die Absender des Drohbriefes gedenken offenbar, die Tradition der OC ungebrochen fortzuführen und erhoffen sich wohl – gerade angesichts der Tradition der OC – eine besondere Einschüchterung linker und antifaschistischer Kräfte.

Es ist Strafantrag gegen die Verfasser des Briefes gestellt worden. Wir haben gezeigt, wo das dahintersteckende Gesocks zu suchen ist. Ob und wie tatsächlich ermittelt wird, bleibt abzuwarten. ●

Ob und wie tatsächlich ermittelt wird, bleibt abzuwarten. ●

Antifa-Komission
KB/Gruppe Kiel



ORGANISATION CONSUL (OC)
STURMABTEILUNG HITLER
GAU SCHLESWIG-HOLSTEIN
DER GAULEITER

HAKENKREUZ AM STAHLHELM
SCHWARZ-WEISS-ROTES BAND
STURMABTEILUNG HITLER
WERDEN WIR GENANNT !
!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!

Herrn [redacted]
Groß-Meinsdorf

Herr [redacted] !

Ihnen, stellvertretend für alle Bolschewistenführer, senden wir diesen Brief zu, der ihre Organisation KB und alle Ihnen befreundeten Organisationen, Parteien und Verbände davor warnen soll, weiterhin gegen Mitglieder unserer Bewegung oder überhaupt Angehörige des nationalen Lagers, ganz gleich, ob bei Nationalsozialisten, Nationalliberalen oder Deutsch-Nationalen einzuordnen, irgendwelche Terroranschläge oder Übergriffe, wie zum Beispiel kürzlich in Kiel geschehen, zu tätigen.
Unser Grundsatz ist ab sofort:
Für einen Gefallenen, Verletzten oder irgendwie Geschädigten des Nationalen Lagers der Roten zehn ! Dabei sind wir nicht gerade zimperlich, auch mit Schußwaffen wissen wir umzugehen, sie gehören sogar zu unserer Uniform ....
Ab sofort kennen wir keine Schonung mehr und keine Gnade, denn solches Ungeziefer wie Ihr Roten verdient sie nicht. Ihr seid Ungeziefer, und Ungeziefer muß zertreten werden !
Das war nur eine Warnung. Halten Sie sich zurück sowie Ihr sauberer Club, sonst bekommen Sie zu spüren, was Roheit ist !

Mit derjenigen Hochachtung, wie sie einem Bolschewisten gegenüber angebracht ist:

ORGANISATION CONSUL/STURMABTEILUNG HITLER

HEIL UNSEREM GROSSEN FÜHRER ADOLF HITLER, DER FÜR UNS SEIN LEBEN GEGEBEN HAT ! WIR WERDEN IHN NIE VERGESSEN !!!

Wieder Verleumdungen gegen den Gefangenenrat Knast Bruchsal/Karlsruhe

Der Frankfurter Gefangenenrat, eine Interessensvertretung für Gefängnis- und Anstaltsinternierte, die sich im März letzten Jahres konstituierte, wurde vor kurzem erneut angegriffen. Das baden-württembergische Justizministerium behauptete nicht nur, daß es dem Gefangenenrat *„nicht um die Verbesserung der Verhältnisse im Strafvollzug* (gehe), *sondern um anarchistische und revolutionäre* (und damit für die bürgerlichen Antikommunisten „kriminelle“) *Ziele“*, sondern beschuldigte die Mitglieder des Gefangenenrats als *„kriminelle Vereinigung“* und unterstellte ihnen (ohne nähere Angaben) *„schwere Straftaten, die mit hohen Freiheitsstrafen bedroht sind“*. („Frankfurter Rundschau“, 30.7.75)

Einen Tag später schwächte der Pressesprecher des Justizministeriums den schweren Vorwurf dahingehend ab, daß er erst einmal dreist diese Behauptungen abstritt und dann dahingehend abwandelte, er habe lediglich gesagt, *„die Organisation entlarve sich als kriminelle Vereinigung, wenn sie zu Sabotage und Gewaltanwendung aufrufe. Als Tatsachenbehauptung sei die Beschuldigung nicht gemeint gewesen.“* Und dann der Clou: *„Seiner Behörde liege an einer weiteren* (??) *sachlichen* (??) *Zusammenarbeit mit dem Gefangenenrat“*. („FR“, 31.7.75). Als wenn es diese jemals gegeben hätte!

Und das hatte seinen Grund: Seit seinem Bestehen ist der Frankfurter Gefangenenrat Angriffen von Seiten der Justiz, der Anstaltsleitungen und der Presse ausgesetzt. Und zwar deshalb, weil es ihm gelungen ist, zahlreiche Kontakte zu Häftlingen zu knüpfen, eine Öffentlichkeitsarbeit über die Probleme und Sauereien im Knast zu machen und auch eine gewisse Resonanz in der Öffentlichkeit zu finden. Man denke nur an den sogenannten „Mannheimer Gefängnisskandal“, (Folterungen an Gefangenen, die im Falle des Häftling Vast sogar zum Tode führten), in dem die Vorgänge im Mannheimer Gefängnis „Landes“ nur aufgrund der unermüdlichen Öffentlichkeitsmobilisierung des Frankfurter Gefangenenrates überhaupt bekannt wurden und dann von der Justiz aufgerollt werden mußten.

Auch damals versuchte man, bevor man den Sauereien nachging, die der Gefangenenrat aufdeckte, ihn mundtot zu machen. Die „FAZ“ schrieb im August letzten Jahres,

mundtot zu machen. Die „FAZ“ schrieb im August letzten Jahres,
daß die Veröffentlichungen des Gefangenenrates *„die Gewißheit vermitteln, auch der Gefangenenrat zähle zu jenen linksradikalen Grüppchen am Rande der Legalität“* (31.8.74) und Hessens Justiz-Staatssekretär Horst Werner: Der Gefangenenrat hat *„Verzweigungen in den Bereich Rote Hilfe und Rote Armee Fraktion“* („Spiegel“ 36/74) (meist schlicht: „Baader-Meinhof-Bande“ tituliert).

Hausdurchsuchungen und kurzfristige Verhaftungen gab es auch ab und zu.

Doch an den Tatsachenenthüllungen kam die bundesdeutsche Justiz eben nicht immer vorbei. So auch in dem neuesten Fall. Anlaß für die neuesten Verleumdungen war, daß der Gefangenenrat aufgedeckt hatte, daß im Knast Bruchsal/Karlsruhe eine Salmonellenseuche grassierte, und daß diese unzureichend bekämpft wurde. Festgestellt wurde die Seuche am 27. Juni, lt. „FR“ vom Gefangenenrat. Anfang Juli an die Öffentlichkeit gebracht und von der bürgerlichen Presse bis Mitte des Monats (!) verschwiegen.

„Der Frankfurter Gefangenenrat, der am Mittwoch (also eine Woche zuvor) *den ersten Hinweis auf die Infektion gegeben hatte, sprach von unhygienischen Lebensmittelzuteilungen in der Strafanstalt. Entgegen den Vorschriften seien acht der Essens-Austräger nicht ärztlich untersucht worden, heißt es in einem Schreiben an das Bruchsaler Gesundheitsamt und das Stuttgarter Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung“*. („FR“, 17.7.75).

Und nun siehe man sich das Datum der neuen Verleumdungskampagne an: 14 Tage später! Ja, „Strafe“ folgt eben auf dem Fuße bei der bundesdeutschen Justiz!

Gefangene aus Bruchsal hatten dem Gefangenenrat geschrieben:
„In diesem Gefängnis sitzen fast 400 Männer in Zellen, die eng und stickig sind. Unter ihnen sind jetzt über zehn Prozent infiziert und in Quarantäne. (Mit Salmonellen. Das sind Bakterien, die mit der Nahrung aufgenommen werden. Sie bewirken Darminfektionen bis hin zu Typhus). *Die Anstaltsleitung sagt, es ist keine Epidemie. Aber es werden immer mehr, die krank sind. Inzwischen zählen wir nicht mehr und sind ganz schön sauer, daß es nun auch die Küche erwischt hat. Am 11.7. wurden zwei Mann aus dem Hof geholt. Vom Gesundheitsamt sind nur einige Zellen ausgeräuchert worden, aber ansonsten wird mit Desinfektionsmitteln sparsam umgegangen, was sich darin ausdrückt, daß nur für die Schänzer (Essensausträger) ein spezielles Handwaschmittel ausgegeben wurde, ausdrücklich für Schänzer, auf Anordnung des ‚Arztes‘ “* (nach: „Informationsdienst“ Nr. 90 vom 26. 7.75).

Bruchsal ist übrigens der dritte Knast, aus dem in den letzten zwei Jahren eine Salmonellenseuche gemeldet wurde (nach Ludwigsburg und Stammheim).

Das Justizministerium Baden-Württemberg *„räumte daraufhin ein, daß ein Küchenhelfer entgegen gesetzlicher Vorschrift nicht ärztlich untersucht worden war. Auch die Essensträger waren nicht untersucht worden, das ist jedoch auch nicht gesetzlich vorgeschrieben* (!!!). *Darüber hinausgehende Beschuldigungen des Gefangenenrates hatte Stuttgart als unberechtigt bezeichnet“* („FR“, 30.7.75).

Darüberhinausgehend hatte der Gefangenenrat aufgrund von Berichten von Häftlingen veröffentlicht, daß ein Teil der Gefangenen unterernährt sei. Außerdem veröffentlichte und unterstützte er ein Forderungsprogramm von sieben Häftlingen, die am 20.5.75 in den Hungerstreik getreten sind. Das Forderungsprogramm aus Bruchsal sieht folgendermaßen aus:

1. Aufhebung des Erlasses des Anstaltsleiters Rosen, den nicht arbeitenden Gefangenen die Essensrationen zu kürzen (!!).

2. Verlängerung der Freistunde, die zur Zeit 40 Minuten beträgt.

3. Erhöhung des Essenssatzes für alle Gefangenen der BRD.

4. Aufhebung des Ausschlusses der sieben Gefangenen vom 14-tägigen Umschluß (Öffnung aller Zellentüren), außerdem Einführung des täglichen Umschlusses, wie es in den anderen Anstalten seit langem üblich ist.

5. Bessere ärztliche Versorgung.

6. Betriebliche Verbesserungen wie ausreichende Belüftung.

7. Angemessene Bezahlung.

(Nach: „Nachrichtendienst“ Nr. 9 des Frankfurter Gefangenenrates).

Logisch, daß die bundesdeutsche Justiz, die die Gefangenen am liebsten in der Versenkung verschwinden lassen würde, die Propagierung solcher Forderungen, in denen die Mißstände im Knast zutage treten, unterbinden möchte. Sie versuchte es in diesem Fall mit dem bewährten Mittel der Kriminalisierung von fortschrittlichen Menschen und Gruppen. ●

Leitung der Betriebszellen
Beiersdorf,KB/Gruppe Hamburg

Hetze gegen Monitor

Zur rechten Ausrichtung des Fernsehprogramms

„Die Hinrichtung eines Polizeipräsidenten", solche und ähnliche „Aufschreie der bürgerlichen Presse sowie reaktionärer Politiker tönten durch die Massenmedien, seit am Montag, dem 28.7.75 in der Monitor-Sendung der ARD ein recht kritischer Beitrag zum Vorgehen der Frankfurter Polizei ausgestrahlt worden war. In der Sendung hatten die verantwortlichen Redakteure, Christoph Maria Fröder und Klaus Richter, Kinder aus dem Frankfurter Stadtteil Bockenheim interviewt, die vom Kampfgas „Chemical Mace" während eines Bulleneinsatzes getroffen worden waren.

Ein Frankfurter Autofahrer konnte außerdem berichten, wie er fast von „Zivilen" wegen Überfahren einer roten Ampel erschossen worden wäre und es wurden noch weitere Fälle von Polizei-Willkür aufgezeigt.

Ebenfalls in dieser Sendung wurde der Frankfurter Polzeipräsident Müller befragt, wie er sich zu der verstärkt aufkommenden Empörung über brutale Polizeieinsätze gegen Passanten, Kinder, harmlose Bürger stellt. Müller bestritt daraufhin schlicht und einfach, daß es brutale Knüppeleinsätze je gegeben hätte.

Der Frankfurter Polizeichef Müller gab in der Sendung dazu an: „Frankfurter Polizeibeamte schießen und prügeln nicht auf unschuldige Bürger und setzen kein Tränengas gegen Kinder ein. Chemical-Mace wurde nur gegen Erwachsene eingesetzt (das ist ja auch nicht so schlimm!?). Wenn Kinder von dem Tränengas in Mitleidenschaft gezogen waren, sind sie allenfalls in eine Tränengaswolke geraten. (!!!)

Außerdem ist Chemical Mace (Pfeffergas) kein Kampfmittel, auch kein Giftgas, sondern nur ein Hilfsmittel des polizeilichen Zwanges."

Soweit der Polizeichef, der diese Einsätze befohlen und zu verantworten hatte. Nach dieser Sendung hat eben dieser Polizeipräsident von „Manipulation in übelster Weise" gesprochen. Außerdem kündigte Müller „aller Wahrscheinlichkeit nach" strafrechtliche Schritte gegen den Autor des Beitrages, zivil- und presserechtliche Schritte gegen die Magazinsendung an, um eine „Gegen-

darstellung" zu erwirken. Außerdem
strafrechtliche Schritte gegen den Autor des Beitrages, zivil- und presserechtliche Schritte gegen die Magazinsendung an, um eine „Gegen-

darstellung" zu erwirken. Außerdem will Müller auch gegen den Anwalt Bossi, der auch im Monitor über die Polizeipraktiken zu Wort kam, strafrechtlich vorgehen. (Zitate „FR", 30.7.75).



Polizeipräsident Müller / Frankfurt

„Chemical Mace" – ein lebensgefährliches Kampfgas

Um den Einsatz dieses Gases wird schon seit einigen Wochen eine Auseinandersetzung in Presse und Parteien geführt. Streitpunkt dabei ist, ob Chemical Mace gefährlich ist oder eine „humane" Waffe der Polizei. Dabei ist schon allein dieser Streit eine Farce, da Gutachten vorliegen, in denen dargelegt wird, daß mit diesem Gas lebensgefährliche Situationen herbeigeführt werden können. Und nicht zuletzt die konkreten Erfahrungen in Frankfurt, wo solche Gaseinsätze Verätzungen ersten und zweiten Grades bei betroffenen Menschen hervorriefen, zeigen bereits ein erhebliches Ausmaß der gefährlichen Wirkungen dieses Mittels.

Trotzdem banalisierte nicht nur Polizeipräsident Müller in der Monitorsendung diesen Kampfstoff als „Hilfsmittel des polizeilichen Zwanges", sondern er erhielt dabei lebhafte Unterstützung von der CDU, von der Gewerkschaft der Polizei, vom hessischen Innenminister Bielefeld usw. usf. Selbst die ÖTV-Führung befürwortet den Einsatz von Chemical Mace. Zu diesem Ergebnis kam die Vorstandssitzung der Hauptabteilung Polizei in der ÖTV-Kreisverwaltung in Frankfurt am 29. 7.: „*Chemical mace ist unter Beachtung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit humaner (!) als die anderen bisher gebräuchlichen, polizeilichen Zwangsmittel.*" („FR" 31.7.).

Neben der Taktik, die Existenz von Untersuchungen, die die Gefährlichkeit von Chemical Mace darlegen, einfach zu leugnen, versuchte Müller darüber hinaus den Einsatz z. B. gegen die Kinder in Bockenheim noch nachträglich zu rechtfertigen, indem

lichkeit von Chemical Mace darlegen, einfach zu leugnen, versuchte Müller darüber hinaus den Einsatz z. B. gegen die Kinder in Bockenheim noch nachträglich zu rechtfertigen, indem

er die Sozialarbeiter diffamierte: „*Diese sogenannten Sozialarbeiter sind uns seit langem bekannt. Wer Kinderin den von ihnen betreuten Kitas hat, der weiß genau Bescheid, welche Art von Arbeit da geleistet wird. Ob sie die geeigneten öffentlichen Bediensteten sind, denen man Kinder in Problemgebieten anvertrauen darf, wage ich zu bezweifeln.*" („NP" 3O. 7.) Jetzt fehlt eigentlich nur noch, die Sozialarbeiter als Mitglieder der RAF hinzustellen.

Die Kritiker – recht schwach auf der Brust

Verschiedentlich wurden jedoch auch Stimmen aus dem Lager bürgerlicher Parteien laut, die sich gegen einen Einsatz von Chemical Mace wandten. Zumindest solange, bis seine Ungefährlichkeit nachgewiesen sei. Diesen Kritikern ist aber überwiegend gemein, daß sie nicht die Abschaffung einer derartigen Bewaffnung der Polizei fordern, sondern sich um „das gute Image der Polizei" sorgen und ähnlichen Unsinn. Der stellvertretende SPD-Unterbezirksvorsitzende Hans Michel z. B. aus Frankfurt möchte das „Vertrauensverhältnis zwischen Bürger und Polizei" nicht gefährdet sehen. Auch Monitor enthielt einiges aus dieser Ecke. Z. B. hieß es am Schluß der Sendung: „*Die Gesundheit der Polizei muß geschützt werden.*"*(!!)* „*Die Gesundheit unbeteiligter (!) Passanten aber darf auf der anderen Seite auch nicht durch Polizisten gefährdet werden.*" (Zitate „FR" 30.7.75).

Es geht nicht um den Polizeieinsatz – Es geht um die Berichterstattung darüber

Sehr treffend brachte die großbürgerliche „FAZ" die ganze Geschichte auf den Punkt. In einem Kommentar („FAZ", 30.7.) mit der Überschrift „*Die Hinrichtung eines Polizeipräsidenten*" schrieb die „FAZ": „*Am Montag hatte die Stadt Frankfurt eine Anzeigenkampagne angekündigt, um ihr schlechtes Image aufzupolieren. Motto: Frankfurt ist besser als sein Ruf. Abends versetzte das Deutsche Fernsehen diesem Bemühen einen Keulenschlag, gegen den das jetzt vielzitierte Tränengas Chemical Mace eine sanfte Sache ist. (!!) Ein Bericht in der Sendung Monitor beschäftigte sich mit der Frankfurter Polizei und erhob einseitige Vorwürfe gegen den Polizeipräsidenten Müller. Die Geschichte wäre kaum der Rede wert, wenn in diesem Fall nicht gleich drei Musterbeispiele für einen Zustand enthalten wären, der immer bedenklicher wird. Es geht darum, wie das Fernsehen mit hohen Beamten und mit Politikern umspringt, um den Stil, in dem die Sendungen angelegt werden und schließlich um die manchmal nur noch schwer zu verstehende Bereitschaft der Betroffenen, an solchem oft peinlichen (!) Schauspiel mitzuwirken.*" Soweit die „FAZ".

Was geschieht aber nun direkt, um für die Zukunft solche „peinlichen Berichte" zu verhindern.

Bayern und Baden-Württemberg gehen voran

Bayern und Baden-Württemberg gehen voran

CDU-Ministerpräsident Filbinger und Bayerns CSU-Landesvater Goppel haben seit längerem die Hatz auf das Fernsehen, vor allem ARD (Arbeitsgemeinschaft der Rundfunkanstalten Deutschlands), eröffnet. Als erstes wurden in beiden Bundesländern „schwarze Listen" von unerwünschten Fernsehsendungen aufgestellt. (Siehe Kasten)

Als Bayern droht, aus der ARD ganz auszuscheren, zog in Stuttgart CDU-Filbinger nach und stellte einen Katalog von Forderungen auf, die Grundlage der Arbeit der ARD sein sollten. Die Forderungen im einzelnen: (lt „Stern" vom 28.7.75)

„*Problematische Sendungen dürfen nur noch ausgestrahlt werden, wenn zwei Drittel der Anstalten den Beitrag billigen. Das bestehende Recht jeder Station, sich trotz des Votums auszuschalten und eigene Programme zu senden, muß selbstverständlich unberührt bleiben.*"

...*Sendungen über Länderthemen sollten nur mit Zustimmung der zuständigen Rundfunkanstalt zulässig sein.*"

„*Standort und Zusammensetzung der Tagesschau bedürfen einer Überprüfung. An Welt- und Bundesnachrichten sollte ein nach Nord und Süd getrennter Regionalteil angehängt werden.*"

„*Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Rundfunkanstalten über den Grundsatz der Ausgewogenheit müssen durch präzise Richtlinien ausgeräumt werden.*"

In der Praxis würde das bedeuten, daß der NDR nicht mehr ohne Genehmigung des CSU-Goppel über Ereignisse in Bayern berichten darf. Außer einem Eingriff in die laut Grundgesetz festgelegte Meinungsäußerung bedeutet dieser Vorstoß von CDU/CSU eine Verhinderung jeder Kritik im Fernsehen.

Wenn es nach dem Willen von Goppel und Konsorten ginge, würde wohl bald nur noch „das Wort zum Sonntag" diese Kontrolle passieren, und somit die Chance haben, bundesweit ausgestrahlt zu werden.

Der Vergleich zu der Gleichschaltung des gesamten Rundfunks im 3. Reich fällt bei diesen Vorschlägen nicht schwer. ●

Chemiekomitee KB/Gruppe Hamburg und Antifa-Kommission KB/Gruppe Frankfurt

Schwarze Listen

Nach Zuschauerbeschwerden – vornehmlich aus CSU-Kreisen – stellte der Bayerische Rundfunk eine Liste von Sendungen zusammen, die das Mißfallen der Bayern erregten:

Panorama: Bericht über Fememord an dem Ex-Anarchisten Schmücker (NDR; 14. 4. 1975);

„Aufstand am Persischen Golf" (WDR; 15. 4. 75);

„Internationaler Frühschoppen" (Vorwurf der SPD-Propaganda nach NRW-Wahl; WDR; 11. 5. 75);

Panorama: Bericht über Ärztetag (NDR; 12. 5. 75);

„Zum Heulen" – Ein Bericht über Umweltschutz; (WDR; 26. 5. 75);

Spätausgabe der Tagesschau – Interview mit dem DDR-Marxisten Robert Havemann (NDR; 12. 6. 75);

Panorama: Bericht über Abhöraffäre (NDR; 16. 6. 75).

Den Stuttgartern Öffentlichkeitsarbeitern der Staatskanzlei mißfielen diese Sendungen:

Panorama: Abgesetzter Beitrag über eine Abtreibung (NDR; 11. 3. 74; der Film wurde später im 3. NDR-Programm gesendet);

„Was bedeutet uns das Abitur heute?" (Hessischer Rundfunk; 20. 11. 74);

Panorama: Bericht über Radikalen-Erlaß in Baden-Württemberg (NDR; 10. 2. 1975);

„Die Stadt im Tal" – Interessenverfilzung in einer Kleinstadt (WDR; 27. 2. + 29. 2. 75).

„Bürger gegen Atomkraftwerke" – Bericht über Wyhl (WDR; 26. 2. 75);

Aus „STERN" 28.7.75

Westberliner Berufsverbieter laufen Amok!

Im Kampf um die „Reinhaltung" des Öffentlichen Dienstes vor Demokraten und Kommunisten haben die Westberliner Verwaltungs- und Staatsschutzbehörden blendende Aussichten, selbst ihren Kumpanen aus den schwarz-braun regierten Bundesländern Bayern und Baden-Württemberg den Rang abzulaufen.

Betroffen von Gesinnungsschnüffelei und Berufsverbot sind nicht nur Beamte auf Lebenszeit oder – wie in Niedersachsen – fest angestellte DKP-Friedhofsgärtner (vgl. Rebell 8), sondern auch Bewerber für befristete Arbeiten: z.B. für die Dauer eines Ferienaufenthaltes angestellte Betreuer von Kindern, sonstige Helfer von Jugendferienprogrammen und – Rettungsschwimmer... – eine groteske Wiederauflage des in der reaktionären Adenauer-Ära geprägten antikommunistischen Leitsatzes, „*Lieber tot als rot!*". Nun ist, soweit uns bekannt, zwar glücklicherweise kein Kind durch das Verschulden antikommunistischer Schreibtischtäter ertrunken, zumindest aber konnte allein im Stadtteil Kreuzber – „*anders als sonst – kein Kind von der Warteliste (insgesamt 20 Plätze) in den Genuß von Licht,*

tischtäter ertrunken, zumindest aber konnte allein im Stadtteil Kreuzber – „*anders als sonst – kein Kind von der Warteliste (insgesamt 20 Plätze) in den Genuß von Licht,*

Luft und Sonne kommen..., weil es an Betreuern fehlt." („Tagesspiegel", 23.7.75). Bezeichnend auch, daß „*in solchen Fällen an fachliche Qualifikationen überwiegend keine sonderlichen Anforderungen gestellt werden*" („FR", 24.7.), die p o l i t i s c h e Überprüfung eines Bewerbers für einen 4-Wochen-Job hingegen in einigen Fällen bis zu einem halben Jahr dauert. So brachte der „Tagesspiegel" vom 23.7. den Fall eines Betreuers im Bezirk Kreuzberg, der seit dem 18. April überprüft wird, und bei Ferienbeginn immer noch keinen Bescheid hatte. Er wurde deshalb zunächst einmal dort als „Platzarbeiter" beschäftigt, wo sich die Kreuzberger Kinder am Stadtrand erholen. „*Für den zweiten Durchgang des Ferienprogramms war für ihn noch immer keine Unbedenklichkeitserklärung eingetroffen, die Stelle eines Platzarbeiters aber schon anderweitig vergeben.*

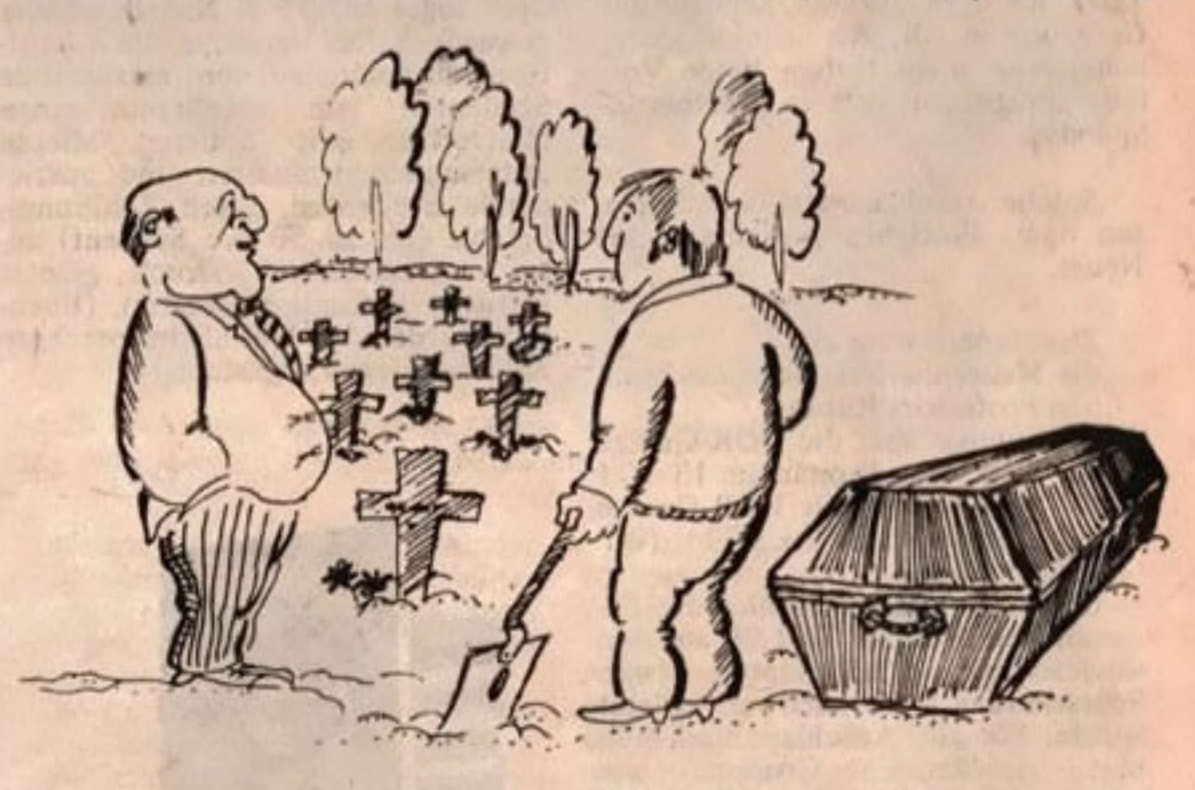
Da wurde der Bewerber für die Betreuertätigkeit in die Kinderküche vermittelt, was er nun nicht mehr wollte. Er wurde hartnäckig, kam jeden Tag auf den früher von ihm gesäuberten Platz und drängte auf Beschäftigung als Kinderbetreuer. Da bekam er Platzverbot."

Ähnliche Fälle wurden aus dem von dem rechtsradikalen CDU-Bürgermeister und BFD-Sympathisanten Legien regierten Bezirk Charlottenburg bekannt. Zwei Bewerber für eine Betreuerstelle in einem Ferienprogramm an der Ostsee hätten den „*Überprüfungen nicht standgehalten*". Der G r u n d für ihre Ablehnung wurde ihnen jedoch nicht mitgeteilt, da „*eine Überprüfung nur dann sinnvoll sei, wenn die Gründe für eine Ablehnung dem Abgewiesenen nicht mitgeteilt würden*" – so der verantwortliche Charlottenburger Bürohengst (lt. Tsp, 23.7.). Damit wird – entgegen anderslautenden Zusicherungen – munter weiter verfahren nach dem Vorbild des Schöneberger Bezirksbürgermeisters Kabus (CDU). „*der auf Bitte von Löffler* (SPD – die Red.) *in geheimen Rundschreiben*" an-

weiter verfahren nach dem Vorbild des Schöneberger Bezirksbürgermeisters Kabus (CDU). „*der auf Bitte von Löffler* (SPD – die Red.) *in geheimen Rundschreiben*" an-

geordnet hat, „*daß Bewerbern um Stellen des Öffentlichen Dienstes die Überprüfung durch den Verfassungsschutz verheimlicht wird, damit sie sich gegen dessen Belastungen nicht gerichtlich wehren können.*" (Lt. „Extra-Dienst", 1.7.). Zwar wurde aus Schöneberg versichert, jene Dienstanweisungen bis zum Vorliegen neuer Richtlinien der Innenverwaltung (d.h. aus dem Hause Neubauer) ausser Kraft zu setzen, doch intern hört man aus dem Bezirksamt, „*es sei wohl ein Fehler gewesen, eine derartige Anweisung s c h r i f t l i c h zu geben, anstatt wie andere einfach entsprechend zu verfahren*" („FR", 15.7.). Schließlich sei – so Kabus – „*eindeutig nur die bisherige Praxis*" zusammengefaßt worden („FR", 27.6.), womit er wohl recht hat! ●

KB/Gruppe Westberlin



Muß Sie leider entlassen, Sie können auf Ihrer Umgebung verfassungsfeindliche Tätigkeit ausüben.

Wieder bewaffnete Anschläge an der Staatsgrenze der DDR

Wie das DDR-Außenministerium mitteilte, drangen am 18.7. von Westberliner Seite mehrere Personen ca. 10 m auf DDR-Gebiet vor und feuerten sieben Schüsse ab, von denen einer einen DDR-Soldaten schwer in der Schulter verletzte.

Am 19.7. feuerte ein unbekannter Täter mehrere gezielte Schüsse auf Grenzposten ab, die jedoch glücklicherweise nicht trafen. Beide Vorfälle ereigneten sich in Westberlin-Spandau.

Solche Anschläge auf Grenzsoldaten bzw. -Einrichtungen sind nichts Neues.

Zu erinnern wäre an:
- die Mauerprovokationen des braunen Professors Rubin
- die Schüsse über die DDR-Grenze bei Westberlin-Fronau am 13.6.71
- die Schüsse über die DDR-Grenze bei Spandau am 13.3.72 (vgl. AK 63, S. 46),
- und an den Mordanschlag des Faschisten Weil am 7.11.70 auf den sowjetischen Wachsoldaten Iwan Schtscherbak, der schwer verletzt wurde. Für alle Anschläge sind militant - faschistische Gruppen wie „Außerparlamentarische Mitarbeit" (APM), „Bund Heimattreuer Jugend" (BHJ) und „Arbeitsgemeinschaft Völkischer Verbände" (AVV) verantwortlich.

Bezeichnend ist, daß die Bourgeoisie in jedem Falle großen Wert darauf legte, von der Urheberschaft dieser Verbrechen abzulenken. Selbst den Faschisten Weil, in dessen Wohnung Waffen und haufenweise faschistische Propaganda gefunden wurde (vgl. „Tagesspiegel" ((Tsp)), 10.11.70), versuchte man als „versponnenen Eigenbrötler" und „gefühlskalten Pathologen" zu verharmlosen (vgl. Tsp, 12.11.70).

Bezeichnend ist ferner, wie „ernsthaft" die Bourgeoisie solche Verbrecher aus der braunen Ecke „verfolgt". Nur gut eine Woche nach seiner Festnahme konnte Weil bereits wieder flüchten. Bei der Überführung zum Verhör von Moabit nach Tempelhof, also durch halb Westberlin, leistete ihm nur ein unbewaffneter 59 Jahre alter Bullen„greis" Gesellschaft (vgl. Tsp, 20.11.70).

Man vergleiche das nur mit den Sicherheitsmaßnahmen bei den RAF-Prozessen! Um das Maß voll zu machen, wurde Weil Ende Juli dieses Jahres wegen „guter Führung" (!!) zwei Jahre vor seiner Haftverbüßung laufengelassen.. („FR", 30.7.75).

Nach dem selben Muster verfuhren die Westberliner Staatsschutzbehörden anläßlich der jüngsten Anschläge – nach der „bewährten" Devise: „Nichts Genaues weiß man nicht". Diesmal versuchte man nicht nur die braune Spur zu verwischen, sondern leugnete gar die Anschläge überhaupt! Niemand will in der fraglichen Zeit Schüsse vernommen haben. Eigenartig, wo den Westberliner Behörden sonst jede Aktion der DDR-Grenzposten – teilweise noch bevor sie stattfinden – bekannt wird.

Zudem befinden sich an der Spandauer Grenze zur DDR mehrere englische Kasernen, wo man als Spaziergänger gleich mit den Wachen ins Gehege kommt, wenn man wagt, dort zu nahe an die englischen Anlagen zu treten.

Als die DDR detaillierte Angaben lieferte, hieß es: der Grenzzaun sei zwar beschädigt, aber man könne nicht mehr feststellen, ob die Beschädigungen „frisch" seien. Außerdem seien durch die „Fugenlöcher" in der Grenzmauer gezielte Schüsse unmöglich... (Tsp, 23.7.75).

Westberlin bleibt El Dorado für revanchistische und faschistische Provokateure! ●

DDR-Kommission KB/Gruppe Westberlin

Hannover:

Hartnäckiger Studentenmietstreik

Seit dem 1. Januar befinden sich die Bewohner der Studentenheime in Hannover in einem Mietkampf. In ganz Niedersachsen sind zum 1. Januar die Mieten für die Studentenwohnlöcher (acht bis zwölf Quadratmeter) um 25% erhöht worden. Dagegen haben sich in Hannover 80 bis 90% der Wohnheimbewohner durch die Weigerung der Zahlung der Erhöhung gewehrt (siehe AK Nr. 54). Gerade in Hannovers größten Studentenwohnheimen (Dorotheenstraße, auch genannt „Silo" und Jägerstraße) ist seitdem die Kampfbereitschaft nicht gebrochen, sondern sogar auf 95 % aller Bewohner gewachsen. Die Versuche, die Kampffront zu spalten, indem einziehende Studenten von vornherein einen Mietvertrag mit höheren Mieten unterschreiben mußten und ausziehende Studenten durch Zahlunngsbefehle (bis zu 50 pro Student) unter erpresserischen Druck gesetzt wurden, ist somit gescheitert. (Ebenfalls wurden den Wohnheimsprechern Zahlungsklagen zugestellt.)

Stattdessen traten inzwischen -zig Studenten in den totalen Mietstreik (100 %): *„Die unverschämten juristischen Herausforderungen gaben für uns den Anlaß, in den totalen Mietstreik zu treten"*. (Silo-Streikkomitee). Der organisierte totale Mietstreik im „Silo" (523 Bewohner, Hannovers größtes Studentenwohnheim), der im Juni mit einer Beteiligung von 75% begann, wurde auf einer Heimvollversammlung am 23.6. fast einstimmig fortgesetzt.

Der relative Erfolg des Mietstreiks bisher ist dadurch gewährleistet worden, daß die Heimbewohner unbeirrt an ihren berechtigten Forderungen festhielten und ausführlich die gesamte studentische Öffentlichkeit informierten. Z.B. wurde auf dem Gelände des „Silos" zwei „Tage der offenen Tür" veranstaltet, mit Informationen und gemeinsamen Feiern.

An ihnen nahm ein großer Teil der vorwiegend arbeitenden Bevölkerung des umliegenden Wohngebietes teil.



Mietstreik auch in der Jägerstraße


Studentenwohnheim Dorotheenstraße Hannover: Mietstreik seit 1.1. im „Silo"

Der Mietstreik ist beispielhaft für den Kampf aller Studenten gegen die steigende Verschlechterung ihrer sozialen Lage. Eine Erhöhung der Wohnheimmieten zieht erfahrungsgemäß auch die Erhöhung der Wuchermieten auf dem „freien" Wohnungsmarkt nach sich. Dabei wird sich die soziale Lage vieler Studenten im kommenden Wintersemester weiter verschlechtern: denn der Darlehnsanteil vom Bafög (Bundesausbildungsförderungsgesetz; von 1971 bis '74 auf 420 DM maximal festgelegt, im Oktober '74 um ein zusätzliches Darlehen von 80 DM auf 500 DM „erhöht"; den Höchstförderungssatz erhalten z.B. nur 18% der Wohnheimbewohner) soll von 80 auf 130 DM erhöht werden, was effektiv einer Kürzung der staatlichen Förderung gleichkommt. Gleichzeitig wird die halbstaatliche Studentische Krankenversicherung (SVK) aufgelöst. Die Studenten müssen sich deshalb privat versichern, was eine Steigerung der Krankenversicherungsbeiträge in Hannover von 21,60 DM auf 150 DM pro Semester bedeutet.

In dieser Situation ist es wichtig, daß die Studenten den Angriff auf ihre Lebensbedingungen nicht isoliert sehen, sondern ihn in die allgemeine Sparpolitik des Staates einordnen und mit Kämpfen anderer Teile der Bevölkerung gegen diese Sparpolitik verbinden.

Noch ist der Kampf der Studentenheimbewohner nicht gewonnen. Denn auf den totalen Mietstreik folgte als Reaktion die fristlose Kündigung der Wohnheimsprecher sowie die Drohung, das Wohnheim Silo ganz zu schließen. Es wird darauf ankommen, daß alle Heimbewohner gemeinsam diesen und weiteren massiven direkten Angriffen entgegentreten. Dazu bedarf es noch der breiten Information aller Heimbewohner und der übrigen Studenten über die beispielhafte Bedeutung des Mietstreiks für den Kampf aller Studenten. Dies müssen die aktivsten Heimbewohner und die linken politischen Studentengruppen verstärkt leisten. Denn nur der kontinuierlich, bewußt geführte Kampf hat Aussicht auf Erfolg. Im Flugblatt der studentischen Heimbewohner heißt es zum Schluß: „Wir wehren uns!" ●

Studentengruppe des KB/Gruppe Hannover

Einer, der auszog, geheilt zu werden – oder: Erfahrungen mit der bürgerlichen Psychologie — Leserbrief

Als ich beschloß, Krankenschwester zu werden, waren meine Eltern (Arbeiter) dagegen, weil sie der Meinung waren, daß ich einmal „etwas Besseres" werden sollte. Das hieß in ihrem Fall, irgendwo auf einem Büro zu arbeiten, denn eine solche Tätigkeit bedeutet für sie schon ein Aufstieg.

Bestärkt wurden sie darin von einigen Familienangehörigen, die ihrerseits versuchten, mich umzustimmen und meinten, daß ich für einen solchen Beruf „eigentlich zu schade" sei.

Trotzdem setzte ich meinen Willen durch und besuchte eine Schwesternschule. Da die meisten meiner Klassenkameradinnen die Mittlere Reife hatten (ich hatte nur Volksschulabschluß) fühlte ich mich ihnen von vorneherein unterlegen.

Da ich auch noch Angst hatte, in der Schule zu versagen, weil dies eine Sache war, die ich aus eigenem Entschluß unternommen hatte, vor allen Dingen, um den anderen zu zeigen, daß ich trotzdem (trotz meiner Schulbildung) „zu etwas taugte", und mich damit nicht zu blamieren, setzte ich micht selbst unter Leistungsdruck Nach der dreijährigen Lehrzeit bestand ich ohne Schwierigkeiten das Examen.

Während meine Arbeitstätigkeit glaubte ich, daß ich nun besonders viel leisten müßte; vor allen Dingen durfte mir kein Fehler unterlaufen, damit ich mich rechtfertigen konnte. (Ich glaubte damals immer, mich für alles rechtfertigen zu müssen, da ich sehr von der Meinung anderer abhängig war und die kleinsten Zwischenfälle als persönliches Versagen erlebte.)

Denn genau in dem Sinne „ja nicht auf die eigenen Kräfte bauen" war ich erzogen worden.

In dieser Zeit traten zum ersten Mal Schlafstörungen auf und demzufolge war ich tagsüber, wenn ich arbeiten sollte, ziemlich fertig.

Vom Hausarzt wurde ich zum Psychiater überwiesen, der mir Medikamente verschrieb, die jede Woche gewechselt wurden, im Endeffekt aber nichts halfen.

Nach ungefähr drei Monaten traten dann erstmalig unklare Zustände von Bewußtlosigkeit auf, die in einer neurologischen Klinik als ein Anfallsleiden diagnostiziert wurden. Ich wurde danach mit Medikamenten gegen Epilepsie behandelt, und alle drei Monate mußte ich zur ambulanten Untersuchung in die Klinik.

Weil die Anfälle sich trotz medikamentöser Behandlung nicht verminderten, wurde ich im Laufe des Jahres in eine Nervenklinik eingewiesen, damit ich unter ärztlicher Beobachtung auf andere Medikamente umgestellt werden sollte. Man beschränkte sich aber darauf, mir Beruhigungsmittel zu geben.

Vom Neurologen wurde ich dann zum Psychotherapeuten überwiesen. Hier wurde mir in der Psychotherapie allmählich bewußt, was die eigentliche Ursache meiner Anfälle war: Eben genau jener Leistungsdruck mit gleichzeitigem Schuldgefühl, der mich ständig dem Streß aussetzte.

Da ich in dieser Zeit ziemlich depressiv war, kam ich nochmals in eine Nervenklinik, in der ich drei Monate blieb. Meine Arbeitsstelle sorgte für eine Heilung durch Kündigung, allerdings wurde ich in ein anderes Krankenhaus weitervermittelt.

Hier waren ungünstige Arbeitsbedingungen, und das Betriebsklima war auch nicht besonders gut. Außerdem war es nicht möglich, irgendetwas selbständig zu tun, da man (Stations- und OP-Schwestern) meinen Kolleginnen und mir nichts zutraute und besonders mich nicht für voll nahm.

Als ich z.B. anfing, mich mehr um die Patienten als um saubere Fußböden zu kümmern, bekam ich von einer Vorgesetzten zu hören, was ich mir eigentlich einbilden würde, mich in Angelegenheiten zu mischen, die mich nichts (?) angingen.

Hinzu kam noch, daß ich (laut Aussage einer Kollegin) von meinem Arbeitgeber als simulant dargestellt wurde; außerdem wurde behauptet, daß ich dies selbst zugegeben hätte.

Weil ich wegen Schlafstörungen abends Schlaftabletten einnahm, wurde ich von meinem Neurologen zu einer Entziehungskur geschickt, da er meinte, daß sich, wenn ich so weitermachen würde, in einigen Jahren eine Sucht entwickeln würde.

Bis in der Klinik ein Platz frei war, mußte ich erstmal sechs Wochen warten. In dieser Zeit hatte ich bereits die Schlafmittel abgesetzt.

Die Entziehungskur dauerte dann auch nur drei Wochen; danach wurde ich entlassen. Die Behandlung bestand darin, daß ich morgens zur Beschäftigungstherapie, zum Schwimmen oder zur Gymnastik ging und nachmittags wieder zur Beschäftigungstherapie oder ab und zu mit den anderen spazieren.

Es ist klar, daß auf diese Weise keine Konfliktsituationen geklärt, geschweige denn günstig beeinflußt worden wären.

Nach der Entlassung aus der Klinik ging ich wieder arbeiten, aber mein psychischer Zustand änderte sich nicht. Vom Neurologen wurde ich – diesmal – zur Beratungsstelle für Suchtkranke (!) geschickt, wo ich jede Woche hinging.

Dort riet man mir, mich in eine Psychosomatische Klinik zu begeben. Ich beschloß, dies auch zu tun.

Zufällig erfuhr ich, daß der behandelnde Arzt mir unterstellte, daß ich weiterhin Schlaftabletten einnahm. Da dies nicht stimmte, war ich ziemlich sauer.

Ich begab mich also bald in diese Klinik. Kurz vor der Abfahrt erfuhr ich von der Verwaltung des Krankenhauses, daß ich in ca. drei Wochen gekündigt würde, obwohl mir der Arbeitgeber selbst gesagt hatte, daß ich für die Dauer der stationären Behandlung auch noch im Arbeitsverhältnis blieb. Durch diese gegenteiligen Sachen war ich recht verunsichert und wußte nicht, was ich eigentlich davon halten sollte.

Als ich einen Suicidversuch (Selbstmordversuch – Anm. AK) machte, wurde ich aus der Klinik entlassen und zwar am nächsten Tage. Die Begründung des Chefarztes (der mich vorher noch nicht gesehen hatte) war die, daß man so ein Theater nicht hier gebrauchen könnte. Der Stationsarzt, der mich behandelt hatte, gab mir dann auf ziemlich gemeine Art indirekt zu verstehen, daß ich an meiner ganzen Situation sozusagen selber schuld sei. Mit vielen psychologischen Drehs brachte er mich zum Schluß dazu, daß ich ihm dies auch noch alles glaubte.

Von der Arbeitsstelle wurde mir zunächst fristgerecht gekündigt. Damit verlor ich dann auch noch meine Berufstätigkeit.

Ich habe dann zwei Monate Arbeitslosengeld bezogen und bin jetzt dabei, mich auf eigene Kosten in einem anderen Beruf ausbilden zu lassen.

Durch Gespräche mit einer Genossin – die mich zu der Niederschrift dieses Berichtes anregte – ist mir inzwischen klar geworden, daß nicht der Betroffene der Versager ist, sondern die äußeren Gegebenheiten, die verursacht werden durch Menschen, die die Unsicherheit eines anderen ausnutzen und sie auch noch unterstützen.

Wenn man also bisher nicht gelernt hat, auf die eigenen Kräfte zu vertrauen, dann ist es wohl klar, daß man wohl sehr bald an der Wirklichkeit scheitern wird.

Nicht nur die Schuld wird einem dann selbst gegeben; man kriegt auch obendrein noch eins drauf, damit man ja nicht auf die Idee kommt, kritische Gedanken zu entwickeln.

Auch in einer solchen Lage, in der sich sicherlich viele andere befinden, wenn auch die Probleme auf einer anderen Ebene liegen, bleibt als einzige Lösungsmöglichkeit nur der gemeinsame Kampf.

Diese Information soll ein Beitrag zur Organisierung des Widerstandes im Gesundheitswesen sein. ●

Eine AK-Leserin

Erdeinbrüche in Ronnenberg bei Hannover

Läßt „Hitze und Trockenheit“ Straßen versinken?



Um 25 Zentimeter verschob sich diese Straßendecke. Die Folgen der Erdbewegung sieht man am Kanalisationsschacht.

Die angeblich „unvorhersehbare" Katastrophe von Ronnenberg am Stadtrand Hannovers begann in der Nacht zum 28. Juni, als es zu starken Wassereinbrüchen in der Grube „Albert" der Kali-Chemie AG kam. Bereits vor dem 28. Juni hatten sich die Wassereinbrüche verstärkt, von denen die Grube seit jeher bedroht war. Man stopfte die Sohleneinbrüche mit Zement zu, was dazu führte, daß die Decke an einer anderen Stelle der 650 m tiefen Sohle platzte („FR", 31.7.75). Die Wassereinbrüche nahmen in einem solchen Maße zu (von 2 auf 30 Kubikmeter pro Minute), daß bald die tiefste Sohle der Grube (in 1.050 m Tiefe), auf der das Kali abgebaut wurde, überschwemmt war und die Produktion eingestellt werden mußte. Für die 400 Kollegen bedeutete dies der Verlust ihres Arbeitsplatzes. Aber der Verlust der Arbeitsplätze sollte nicht die einzige Sorge der Kollegen und Bewohner Ronnenbergs bleiben. Denn durch die starken Wassereinbrüche war mit Veränderungen der Erdoberfläche d.h. Senkungen, Verschiebungen und Rissen zu rechnen. Die Kali-Chemie hatte Jahrzehnte hindurch riesige Mengen Kali usw. ausgebeutet und Millionenprofite gescheffelt. Dabei war ein dicht besiedeltes Gelände, mehre Ortschaften umfassend, „unterwühlt" worden. Für die im Hannoverschen Raum (kein massives Gestein) nötige Absicherung vor Bergbauschäden (Wiederauffüllung der abgebauten Stollen mit Geröll usw.) wurde allerdings von der Kali-Chemie nichts getan. Auf die Gefahr von Erdeinbrüchen wurde die Bevölkerung jetzt durch einen Informationszettel der Kali-Chemie vorbereitet, der dies aber als „unwahrscheinlich" darstellte.

Doch schon seit Anfang Juli beobachten 'Expertengruppen der Kali-Chemie, des Hannoverschen Bergamtes und des Oberbergamtes Clausthal-Zellerfeld mögliche Veränderungen der Erdoberfläche. Ein „Krisenstab" wurde eingerichtet. Die Notrufzentrale des Landeskreises Hannover richtete sich einige 100 Meter vom Bergwerk entfernt auf einen Katastrophenfall ein. Auch das THW (Technisches Hilfswerk) wurde eingeschaltet, um notfalls die Ortsfeuerwehren bei Einsätzen zu unterstützen. Diese umfangreichen Maßnahmen lassen darauf schließen, daß sowohl die Kali-Chemie als auch die Bergbehörden mit einer Gefährdung größeren Ausmaßes gerechnet haben, die Bevölkerung aber darüber im Unklaren ließen.

Als schließlich am 15.7. die ersten Erdrisse in Ronnenberg auftraten, wollten die „Experten" der Kali-Chemie den Bewohnern weismachen, daß die Hitze und die Trockenheit die Ursachen wären. *„Ein Zusammenhang mit dem Wassereinbruch im Bergwerk... bestehe nicht."* („NHP", 15.7.75) Am 18. Juli senkten sich Fahrbahn und Bürgersteig um fast einen halben Meter, die Straße wurde vermessen und erst auf Forderung der Bewohner eine Erklärung dafür am Abend gegeben: Es bestehe kein Zusammenhang der Einsenkung mit dem Bergbau. Darüberhinaus versicherte die Kalichemie, es bestehe „kein Anlaß zur Besorgnis"!

Als es am 24.7. in Ronnenberg zu Rissen an Häuserwänden und Erdsenkungen kam, entschloß sich die Bergbehörde, die drei inzwischen angebrachten Bohrungen zu öffnen, um die Stollen schneller mit Grundwasser zu fluten. Hierdurch sollte erreicht werden, daß der Ortskern von Ronnenberg durch die Ausfüllung der Hohlräume mit Wasser von weiteren Erdsenkungen verschont blieb. Doch genau das Gegenteil wurde erreicht. 15 Minuten nach Öffnung der Ventile der Entlastungsbohrungen traten in Benthe tiefe Mauerrisse auf. Zwei Tage später mußten zahlreiche Bewohner von Ronnenberg und Benthe ihre Häuser verlassen, da akute Einsturzgefahr bestand. Ursache war der Einsturz von unterirdischen Hohlräumen in geringer Tiefe, die durch den Abzug des Grundwassers entstanden waren.

In den nächsten Tagen häuften sich ähnliche Meldungen aus Ronnenberg, Benthe, Empelde, Davenstedt und Badenstedt, Orte am Stadtrand Hannovers und einige Kilometer von Ronnenberg entfernt. In Davenstedt ist auch ein riesiges Miethaus bedroht. Erst jetzt stellte ein Bauausschuß fest, daß der Bau nicht auf einem Plattenfundament steht, wie es bei derart gefährdeten Gebieten (Bergsenkungsgebiete) an sich verwendet werden muß, sondern auf einem einfachen Betonfundament, das bei Verschiebungen und Senkungen der Erdoberfläche zu zerbrechen droht. – Aber es hat einen „Vorteil", es ist halt billiger, und das zählt! Insgesamt mußten ca. 80 Häuser mit über 300 Bewohnern zeitweise geräumt werden. Zahlreiche Wasserrohr- und Gasrohrbrüche fanden statt, Straßen und Gehwege senkten sich, in den Feldern entstanden Erdspalten.

35 weitere Kollegen verloren ihren Arbeitsplatz, weil ihre Firma zusammenkrachte. Weitere 21 Betriebe mit 700 Kollegen sind gefährdet. Bis jetzt werden noch laufend weitere Risse an Häusern gemeldet.

Die „Hilfsmaßnahmen", die von Seiten der Behörde und Kali-Chemie für den Notfall getroffen worden waren, liefen chaotisch ab. Noch am Nachmittag des 25.7. wurden die Bewohner Ronnenbergs mit Worten wie „es geschieht schon nichts" beruhigt. Abends um zehn wurden sie aus den Betten geholt und hatten gerade eine halbe Stunde Zeit, um das nötigste zu packen. Nach der Hals-über-Kopf-Räumung der Häuser mußten die Bewohner sehen, wo sie bleiben konnten. Ein Teil konnte bei Verwandten unterkommen, die übrigen mußten sich ein Zimmer mieten. Die Hotelkosten sollen sie allerdings von den insgesamt 1 Mio. Mark, die von Gemeinde und Stadt zur Verfügung gestellt wurden, zurückbekommen.

Erdeinbrüche waren der Kali-Chemie seit langem bekannt

Die Kali-Chemie versuchte von Anfang an davon abzulenken, nach den tatsächlichen Ursachen des Unglücks zu fragen.

So wurden nach dem Wassereinbruch *„alle Mitarbeiter von Vorstandsmitglied Dr. Hertz zu strengem Stillschweigen verpflichtet."* („NHP", 5./6.7.). Die offensichtlichen Sicherheitsmaßnahmen, sowie die Bedeutung der Entlastungsbohrungen blieben der Bevölkerung bis auf zwei verharmlosende Informationszettel ohne Erklärung. Und noch bei den ersten Rissen wurde jeder Zusammenhang mit dem Bergwerk abgestritten. Als sich das Unglück ausweitete, verweigerte das Werk die Herausgabe der Schachtpläne, die das Ausmaß der Gefährdung hätten anzeigen können. Das Werksgebiet wurde für die Presse abgeriegelt und der NDR durfte nicht einmal die Bergung der Maschinen aus der Grube filmen. Erst als ein Zusammenhang zwischen den Vorgängen in der Grube und über der Erde nicht mehr abgeleugnet werden konnte, stellte die Kali-Chemie als erste lächerliche 500.000 DM zur Verfügung, die aber auf spätere Schadenersatzansprüche angerechnet werden sollen.

Daß die Kali-Chemie die Folgen des Wassereinbruchs für die Erdoberfläche und deren Ausmaße – wie sie behauptet – tatsächlich nicht abzuschätzen wußte, ist ziemlich unwahrscheinlich. Dagegen sprechen:

- die oben geschilderten umfangreichen Sicherheitsmaßnahmen gleich nach dem Einbruch;
- die Tatsache, daß die Kali-Chemie schon seit Jahren genaue Bodenuntersuchungen im Bereich der Ronnenberger Grube anstellte. Lage und Größe der Wasservorkommen dürften ihnen also bekannt gewesen sein;
- eine Bergarbeitersiedlung, die der Kali-Chemie gehörte, wurde in den letzten 3 Jahren nach und nach für 12.000 DM unter Normalpreis pro Haus an die Kumpels verkauft. In den Verträgen ist eine Klausel enthalten, die das Werk ausdrücklich davon befreit, bei Bergschäden zu haften. Damit wurde das gültige preuß. Bergrecht umgangen.

Kali-Chemie um Image-Pflege bemüht

Bei den augenblicklichen Schadensersatzregelungen ist die Kali-Chemie der bürgerlichen Presse nach sehr zuvorkommend und bemüht, *„die Probleme außergerichtlich zu lösen"* („HAZ", 2./3.8.75). *„Einhellig"* sei die Meinung, *„daß dieses Ausmaß von keinem auch nur annähernd vorausgesehen wurde"* („NHP", 31.7.75), und einhellig im Handeln mit der Kali-Chemie ist Bergamt und Stadt. Neben ihrer Zusammenarbeit bei der Verschleierung der tatsächlichen Gefahren, lehnte das Bergamt Clausthal-Zellerfeld jede Erklärung über die Bedeutung der Entlastungsbohrungen, die offensichtlich die aktuellen Schäden mitverursacht haben, als „geologisch zu kompliziert" ab. Der „Untersuchungsausschuß für Grubensicherheit" – nach dem Bergwerksunglück in Lengede eingerichtet – hatte „kein Interesse" an einer Klärung der Ursachen des Unglücks. Er erklärt sich schlichtweg für inkompetent: *„Aber jetzt, nachdem die Grube stillgelegt ist, ist die ganze Angelegenheit ja keine Frage der Grubensicherheit mehr, da ist der Grubenausschuß nicht mehr damit befaßt"* („NHP", 29.7.). Stattdessen kann die Kali-Chemie mit jeglicher Unterstützung staatlicher Stellen rechnen, da die Stadt *„großes Verständnis für die schwierige Lage, in die die Kali-Chemie AG durch den Unglücksfall gekommen ist,"* zeigt. Und Oberstadtdirektor Koldewey ließ verlauten, daß er „völlig ohne Kritik" anerkennt, daß bei „großen Komplexen" kein Schadensanspruch an die Kali-Chemie bestände (wie etwa für die Bewohner der Bergarbeitersiedlung). Der Stadt liegt es fern, diesen und anderen Meistbetroffenen beim Kampf um die Durchsetzung ihrer berechtigten Ansprüche gegenüber der Kali-Chemie zu helfen. Auch an „Hilfe" ließ sie ihnen gerade das Notwendigste zukommen. Die 800.000 DM, von der Stadt als schnelle und unbürokratische Hilfe angepriesen, müssen von den einzelnen Gemeinden in Einzelbeträgen und mit Begründungen angefordert werden. Und schon wurde angekündigt, in „Bagatellfällen" würde nichts gezahlt. Das betrifft die große Masse der Geschädigten, etwa Mieter, denen nur einige Möbel kaputtgegangen sind, Besitzer von Häusern, in denen sich „lediglich" Risse gebildet haben oder Wasser- und Gasrohre zu Bruch gegangen sind. Solche Beschädigungen werden auch nur zum Teil von Hausratsversicherungen etc. gedeckt, soweit Bewohner solche Versicherungen abgeschlossen haben.

Dritter im Bunde dieser Verschleierungs- und Beschwichtigungspolitik – wenn auch mit anderer Rolle – ist die bürgerliche Presse. Anfangs übernahm sie die Beruhigungen der „Experten". Als dann die Angst in der Bevölkerung wuchs und Rufe nach genauer Information laut wurden, machte sich die „Neue' Hannoversche Presse" (NHP), ein ehemaliges SPD-Blatt, zum Vorreiter der Empörung: *„Denn die „NHP" wird an ihrer Auffassung von öffentlichem Interesse und öffentlicher Verantwortung festhalten: Sie wird so ausführlich wie möglich (?) weiterberichten, auch wenn die Kali-Chemie sich darüber ärgern sollte. Sie wird auch nachbohren, wenn... die Frage mehr in den Vordergrund treten wird: Wer hat schuld, wer entschädigt, wer trägt die Folgen?"* („NHP", 28.7.75). Daß dies nicht mehr als ein schmieriger Trick zur Steigerung ihrer Auflage war, bewies die „NHP" am 29. Juli. Ein Artikel schilderte, daß schon vor Jahrhunderten bei Ronnenberg Dörfer versanken... es hätte wohl auch ohne die Kali-Chemie zum Unglück kommen können ! Und statt ihre großartigen Versprechungen zu erfüllen, schwelgte die „NHP" in Berichten über die „schnellen" und „unbürokratischen" Hilfsmaßnahmen: *„Eine Welle der Hilfsbereitschaft breitet sich aus: Zahlreiche Firmeninhaber bieten den Angestellten, die vom Unglück betroffen sind, soweit vorhanden, Firmenautos für die Evakuierung an"* („NHP", 28.7.).

Die Absicht ist klar: Man wollte die Bevölkerung durch undeutliche und widersprüchliche Meldungen verunsichern, um die momentan große Empörung, die sich ja gegen die Kapitalisten der Kali-Chemie und die Stadt gezielter richten könnte, im Sande verlaufen lassen.

Vor allem auf Initiative von geschädigten 'Kleinkapitalisten der Gegend wurde die „Interessengemeinschaft geschädigter Bürger" gegründet. „Keiner der Bürger ist so naiv zu glauben, die Bürger könnten isoliert ihre Interessen erfolgreich durchsetzen", schrieb dazu die „NHP" am 30. Juli. Daß von dieser Initiative kein entschiedener Kampf für alle Geschädigten zu erwarten ist, zeigte sich alsbald. Sie wolle *„auf keinen Fall einen Konfrontationskurs"* („NHP", 1.8.75). Begründung: Es gebe in der BRD keinen Kalibergbau-Experten, der noch nicht bei der Kali-Chemie beschäftigt war und somit unparteiisch wäre! Daher sei man von Anfang an zur vertrauensvollen Zusammenarbeit gezwungen... Mit dieser läppischen Begründung wird die Bürgerinitiative sicherlich auch dem Vorschlag der Kali-Chemie zustimmen, ein paritätisch (?) besetztes „Untersuchungsgremium" aller „Betroffenen" zu bilden. Die Zukunft wird zeigen, ob diese „Interessengemeinschaft" noch dann, wenn Haus- und Grundeigentümer und Kleinkapitalisten entschädigt sind, für diejenigen eintritt, die von der Stadtverwaltung als „Bagatellfälle" (kaputtes Mobiliar usw.) abqualifiziert wurden oder die rein juristisch keine Anspruchsgrundlage durch den Verkaufstrick der Kali-Chemie mehr haben (Mieter und Bewohner der Bergarbeitersiedlung).

Der Kali-Chemie AG wird es jedenfalls nicht schwerfallen, in jahrelangen Prozessen zu versuchen, die

Fortsetzung Seite 48



Benthe: Die Straße Ronnenberger Feld senkte sich am Sonntag mehrere Meter und mußte gesperrt werden

Fortsetzung von Seite 47

Schuld auf Berg- und Bauamt abzuschieben – zum Nachteil der Geschädigten. (Im Geschäftsjahr 1974 konnte die Kali-Chemie 18 % Dividende an ihre Aktiengesellschafter auszahlen und ihre Rücklagen stiegen um 12 Mio. DM. Daran wird auch die Ronnenberger Grube ihren Teil beigetragen haben. Denn der Kali-Anteil des dort geförderten Salzes war doppelt so hoch wie in anderen Kali-Gruben und somit die Produktion nur halb so lohnintensiv und sehr profitträchtig. Außerdem steht hinter der Kali-Chemie AG über eine 2/3 Beteiligung ihrer deutschen Tochtergesellschaft der belgische Solvay-Konzern, einer der großen Chemiekonzerne Europas.)

Die Sicherheit der Kollegen hatte Vorrang?

Die 400 Kollegen erfuhren am 8.7. auf einer Betriebsversammlung, daß die Grube aufgrund der zunehmenden Wassereinbrüche stillgelegt werden müsse. Doch trotz der Einsturzgefahr der Stollen mußten die Kollegen die wertvollen Anlagen aus der Grube hochholen. Auch als am 14.7. Risse und Aufbrüche in der Erdoberfläche in der Nähe der Kaligrube auftraten, wurden die Bergungsarbeiten ungehindert fortgesetzt: *„In den ersten Tagen habe die vordringliche Sorge des Unternehmens der Belegschaft und deren Sicherheit gegolten. Innerbetriebliche Maßnahmen hätten Vorrang gehabt vor Mitteilungen zum Beispiel an die Presse"* („NHP", 9.7.).

In sehr zynischer und dummdreister Art wurde hier ein angeblicher Vorrang der „Sicherheit für die Kollegen" benutzt, um die Abriegelung der Grube für Film und Presse zu rechtfertigen. In dem gleichen Artikel berichtet die „NHP", was nun wirklich Vorrang hatte. *„Es sei zunächst darauf angekommen, die Maschinen im Werte von mehreren Millionen aus der Grube zu bergen"* („NHP", 9.7.).

In dem Kündigungsschreiben wurde den Kollegen von der Kali-Chemie erklärt, daß der Betriebsrat der Schließung der Grube und **des Übertagebetriebes (Kaliverarbeitung) aus Rentabilitätsgründen** zugestimmt habe. Noch Tage vorher hatte die Kali-Chemie versucht, die Kollegen damit zu trösten, daß sie sich „bemühen" werde, die Ronnenberger Bergleute in anderen Bergwerken der AG unterzubringen. Gerüchte über eine Aufrechterhaltung des Übertagebetriebes durch Kalisalzlieferungen aus anderen Gruben nach Ronnenberg oder eine mögliche Wiederinbetriebnahme einer anderen stillgelegten Grube, waren von der Kali-Chemie in die Welt gesetzt worden, um die Kollegen vorerst zu besänftigen. Auch der gleich nach Bekanntgabe der Stillegung angekündigte Sozialplan erfüllte die Erwartungen der Kollegen nicht. Er sieht vor, daß „eine gewisse Anzahl von Bergleuten" mit in andere Gruben übernommen werden sollen. Diese Kollegen sollen „einzeln unterrichtet" werden, womit unzweifelhaft versucht wird, zu spalten. Außerdem wird dies auf Kosten der älteren Kollegen der anderen Gruben dort gehen. Sie sollen vorzeitig pensioniert werden, um jüngeren (für die Kapitalisten wertvolleren) Kollegen aus Ronnenberg Platz zu machen! Die nicht das „Glück" haben, übernommen zu werden, bekommen eine lächerliche Auszahlung. Unter 10 Jahren Betriebszugehörigkeit eine Jahresprämie, darüber staffeln sich die Beträge von 4 - 10 Monatsgeldern.

Die versuchte Augenwischerei mit dem „Sozialplan" wird für den Großteil der Ronnenberger Bergleute nichts daran ändern, daß sie sich in das Heer der Arbeitslosen in Hannover (4,7 % Arbeitslose) einreihen müssen. Gerade für sie als Facharbeiter besteht kaum Aussicht, einen neuen gleichwertigen Arbeitsplatz zu bekommen. ●

KB/Gruppe Hannover



Die Werkhalle eines Betriebes ist eingestürzt. Drei Meter tief sackten die Stützpfeiler, im Boden gähnt ein riesiges Loch.

Nachruf

Wir bedauern tief den Verlust unserer Genossin Else Hartmann, die ein tödlicher Unglücksfall mitten aus der Arbeit riß. Else ertrank am 15. August beim Segeln in der Kieler Bucht, sie war 25 Jahre alt. Alle, die Else kennen, wissen, daß sie sich mutig und kämpferisch für die Sache der Arbeiter eingesetzt hat. Zuletzt hatte sie zum Erfolg der linken Liste „Alternative" (Beiersdorf/Hamburg) bei den diesjährigen Betriebsratswahlen beigetragen. Wir werden Else nicht vergessen. ●

Chemie-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Am 25. Juli starb unser Genosse Thomas im Alter von 15 Jahren an den Folgen eines Motorradunfalls.

Wir trauern um einen Genossen, der eine unentbehrliche Stütze im Schulkampf und für den Vertrieb unserer Presse war. Seine Fähigkeit, selbständig zu denken und zu handeln, gepaart mit großer Initiative und Tatendrang, ließen ihn trotz seiner Jugend zu einem Vorbild für andere werden.

Was wir, was alle fortschrittlichen Menschen mit Thomas verloren haben, läßt sich kaum absehen. Er stand erst am Anfang einer hoffnungsvollen Entwicklung. Wir bewahren das Andenken an unseren toten Genossen. Thomas wird weiterleben in uns und unserem Kampf. ●

KB/Gruppe Bremerhaven
Sozialistischer Schülerbund/Bremerhaven

Lübeck: Aktionseinheit gegen „Spar"politik!

Gegen die Fahrpreiserhöhung für Lübecker Busse!



In einer Bürgerschaftssitzung einen Tag vor Beginn der Sommerferien wurde einstimmig (!) der von CDU-Stadtwerkesenator Knüppel eingebrachte Antrag über Tariferhöhung der Lübecker Busse um 25 % (!) angenommen.

Noch zum Ende der Sommerferien – zum 1. 8. – trat die Erhöhung in Kraft.

Die Lübecker Aktionseinheit (AE), Teil der landesweiten AE in Schleswig-Holstein, die es als ihre Aufgabe begreift, gegen die Sparschweinpolitik von Stadt, Land und Bund eine Kampffront aufzubauen, nahm diese arbeiter- und jegendfeindliche Maßnahme zum Anlaß, zu einer Demonstration aufzurufen.

Trotz Sommerpause der Gewerkschaften, allgemeiner Urlaubs- und Ferienzeit bemühten sich Genossen und Kollegen, im Zusammenhang mit der Fahrpreiserhöhung die „Spar"politik auf Kosten der arbeitenden und lernenden Bevölkerung as einen allseitigen Angriff aufzudecken.

So wurden in Großbetrieben wie Flender und Schmalbach und in den Krankenhäusern Protestresolutionen und Unterschriftensammlungen durchgeführt.

Die Flender-Lehrlinge zeigten in ihrer Resolution besonders deutlich, daß diese Fahrpreiserhöhung ein weiterer Reallohnabbau ist: Die Erhöhung der Monatsmarken für Auszubildende von 16,– auf 20,– DM frißt allein ein Drittel (!!) ihrer letztjährigen Tariferhöhung auf! (Sie erhielten in der Tarifrunde 74/75 12,– DM mehr Ausbildungsvergütung.)

Die Gruppen der AE (Jugendzentrumsgruppen, Kollegen aus einigen Großbetrieben, Jugendvertreter und „Initiativen" aus den Krankenhäusern und die Ortsgruppe des KB) waren die einzigen, die überhaupt etwas auf die Beine stellten.

SDAJ und KBW brachten noch nicht mal ein Flublatt zustande, „KPD" und KPD/ML riefen in einem gemeinsamen (!) Flugblatt zu einer Kundgebung auf, an der sich etwa 15 Leute beteiligten.

Die relativ geringe Beteiligung von 150 an der AE-Demonstration zeigte, daß längst noch nicht alle, die eigentlich den Beschluß der AE begrüßten, auch schon bereit sind, dafür auf die Straße zu gehen.

So haben sich z. B. im Krankenhaus wesentlich mehr Kollegen an der Vorbereitung der Aktion beteiligt (Flugblätter verteilen etc.), als nachher auch zur Demonstration erschienen. Dies muß für die AE Ansporn sein, in ihrer weiteren Arbeit die Auswirkungen der „Spar"politik noch mehr an der Basis in Angriff zu nehmen! ●

KB/Gruppe Lübeck.

Inhalt